

42

**BILAG**  
TIL  
**BERETNING**  
TIL  
**FOLKETINGET**

AFGIVET AF

DEN AF TINGET UNDER  
25. OKTOBER 1950 NEDSATTE KOMMISSION  
I HENHOLD TIL GRUNDLOVENS § 45

**XIV**

DET TYSKE MINDRETAL UNDER  
BESÆTTELSEN

**BIND 2**  
**TYSKE DOKUMENTER**

**J. H. SCHULTZ A/S**  
UNIVERSITETS-BOGTRYKKERI  
KØBENHAVN  
1953

**BILAG**  
TIL  
**BERETNING**  
TIL  
**FOLKETINGET**

AFGIVET AF

DEN AF TINGET UNDER  
25. OKTOBER 1950 NEDSATTE KOMMISSION  
I HENHOLD TIL GRUNDLOVENS § 45

**XIV**

DET TYSKE MINDRETAL UNDER  
BESÆTTELSEN

**BIND 2**

**TYSKE DOKUMENTER**

**J. H. SCHULTZ A/S**  
UNIVERSITETS-BOGTRYKKERI  
KØBENHAVN  
1953



**TYSKE DOKUMENTER**



## A. Almindelige forhold.

### 1. Før 9. april 1940.

#### 1.

**Grundherr til Renthe-Fink angående et møde i Berlin med dr. Möller, hvor linierne for dennes politiske arbejde blev afstukket.**

20. og 23. maj 1939.

AUSWÄRTIGES AMT

Berlin, den 20. Mai 1939.

*Lieber Herr von Renthe-Fink!<sup>1)</sup>*

Berlin, den 23. Mai 1939.

Vielen Dank für Ihre Zeilen vom 19. Mai. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie über die Besprechung mit Möller noch nicht orientiert habe. Ich habe im Trubel der Geschäfte noch keine Aufzeichnung darüber machen können. An der Sitzung nahmen teil: Möller, *Votr.Leg.Rat* Lorenz von Kult. A., Herr Meissner (Volksdeutsche Mittelstelle) und ich; soviel ich mich erinnere, auch noch ein jüngerer Herr von der Volksdeutschen Mittelstelle. Die Angelegenheit war vorher von mir mit Kult. A., Herrn von Weizsäcker und Herrn Woermann besprochen worden. Ich habe zunächst ausgeführt, dass und aus welchen Gründen der Führer Ruhe in den Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten haben will; aussenpolitisch dürften unsere Beziehungen zu Dänemark jetzt keinesfalls belastet werden. Im Minderheitenkampf komme es nicht auf Äusserlichkeiten an (Aufmärsche, weisse Strümpfe, Schulterriemen und Ähnliches), sondern darauf, alles zu tun, damit die Position materiell gehalten oder, wenn möglich, sogar verbessert werde. Formulierungen wie „Vom Marsch in die Freiheit“ seien abwegig. Diese Formulierung hätten die obersten Stellen beispielsweise Dr. Neumann erst 8 Tage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Memel gestattet. Überhaupt sei diese Zusammenarbeit mit Dr. Neumann vorbildlich gewesen, weil er sich bis ins Kleinste nach unseren strikten Weisungen gerichtet habe. Die Situation in Nord-Schleswig sei im übrigen von der Memeler grundverschieden, weil die Frage der Rückgliederung Nordschleswigs<sup>2)</sup> in keiner Weise akut sei und hier also unter Umständen mit langen Zeiträumen gerechnet werden müsse<sup>3)</sup>; das verlange eine andere Taktik. Die Dänen würden voll Spannung auf seine — Möllers —<sup>2)</sup> erste Rede im Parlament warten. Es sei nicht angängig, dass er die Grenzfrage überhaupt anschnitte; wenn die Dänen es täten, was ich nicht glaubte, so sei immer noch Zeit, mit vorsichtigen Worten sie darauf hinzuweisen, dass sie, die Dänen, selbst wohl am besten wissen müssten, wie die nordschleswigsche Minderheit und das deutsche Volk die Art des Zustandekommens der Grenzziehung beurteile, die ein Geschenk der Versailler Mächte an das neutrale Dänemark bedeutete, das zu direkten

Verhandlungen mit Deutschland nicht bereit war. Dagegen habe ich Möller für seine Rede freie Hand bezüglich seiner Forderungen auf *wirtschaftlichem* Gebiet (Verschuldung, Bodenkreditpolitik u.s.w.) gegeben. Ich habe ihm nahegelegt, anscheinend aber vergeblich, auch einige anerkennende Worte für die Dänische Regierung für manches Entgegenkommen in kultureller Hinsicht zu äussern. Herr Möller machte hauptsächlich geltend, dass die Volksgruppe recht verzweifelt sei, weil sie nicht wisse, wann sie zu Deutschland zurückkehren könne. Er müsse daher, damit die Volksgruppe nicht auseinanderfalle, ihr etwas bieten können, um sie bei der Stange zu halten. Etwas radikal müsse er dazu sein. Ich habe Herrn Möller darauf hingewiesen, dass, wenn er zu scharf im Parlament auftrete, er sich die praktische Arbeit, bei der er immer auf die Dänen mitangewiesen sei, nur erschwere. Ich gäbe zu, dass die Lage für ihn nicht ganz einfach sei; hier gelte es eben, seine Führerqualitäten zu beweisen.<sup>3)</sup> Herr Möller bat dann dringend um finanzielle Unterstützung, d. h. die Bewilligung von Devisen. Wir haben ihm auseinandergesetzt, dass Kult. A, Volksdeutsche Mittelstelle und Pol. VI selbstverständlich *alles* tun würden, um möglichst viel Devisen für die Minderheit zu beschaffen; er könne auf unsere vollste Unterstützung dabei rechnen. Schliesslich habe ich ihm noch ans Herz gelegt, eng mit Ihnen Fühlung zu halten.

Ich bin gespannt, wie der Nicht-Gewalt-Anwendungs-Pakt nun weiter läuft. Slanders Einfluss hat Erkkö, der ursprünglich dafür war, umgeworfen. Besonders gut kam übrigens in der norwegischen Presse heraus, dass die Norwegische Regierung genau so wie gegenüber Deutschland die Anfragen aller anderen Mächte ebenso ablehnend beantwortet haben würde und dass es bedauerlich sei, dass die ausländische Presse in hetzerischer Absicht der Ablehnung des deutschen Angebots eine in keiner Weise vorhandene antideutsche Spitze seitens Norwegens unterstelle.

Zahle ist nun also im Besitz des deutsch-estnischen bzw. deutsch-lettischen Pakts und der von uns den Esten und Letten auf ihren Wunsch zugestandenen Änderungen. Ich habe ja auch Ihnen dieses Material vollständig geschickt.

Gestern war Herr Frielitz bei mir; ich hoffe, dass er nicht all zu sehr in das Schussfeld unserer Auseinandersetzung mit dem Promi gekommen ist, die zurzeit sehr heftig im Gange ist.

Soviel für heute.

Mit vielen Grüßen und

Heil Hitler!  
stets Ihr ergebener

Grundherr.

<sup>1)</sup> Nedenunder noteret: *Mir am 2/9 39 vorgelegt. Da inzwischen(?) überholt.*

<sup>2)</sup> Ordet tilføjet over linien med blæk.

<sup>3)</sup> I marginen udfor disse sætninger står: *richtig.*

## 2.

### Det tyske udenrigsministerium (Weizsäcker) til gesandtskabet i København angående undertegnelsen af den dansk-tyske ikke-angrebspagt.

26. maj 1939.

Berlin, den 26. Mai 1939.

e.o. Pol VI 1356

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 81. CITO!

#### Telegramm in Ziffern

(Geh.Ch.Verf.)

*Zur Information:* Falkenstjerna reist heute nach Beendigung Besprechungen nach Kopenhagen zurück, um morgen früh Aussenminister zu berichten. Vorgesehen, dass bis Dienstag Mittag uns dänisches Alternat Textes zugeht. (Vertragstext abgeht heute mit

Luftpost an Gesandtschaft) Zeichnung Vertrages für Mittwoch Mittag in Berlin vorgegesehen. Um dieser Zeichnung gebührende Feierlichkeit zu geben, habe ich gegenüber dänischem Gesandten weisungsgemäss Anregung ausgesprochen, und warm befürwortet, dass Munch persönlich Vertrag hier unterzeichnet. Dänischer Gesandter hat dies nur ad referendum genommen und u. a. ausgeführt, Vollmacht für ihn selbst sei wohl schon unterschrieben. Bitte, ohne Demarche zu unternehmen oder Pression auszuüben, bei sich bietender Gelegenheit unseren Gesichtspunkt in geeigneter Weise zu verwerten.

Frage Grenzgarantie, die von journalistischer Seite berührt worden war, ist in Gesprächen mit dänischem Gesandten mit keinem Wort erwähnt worden.

Weizsäcker.

### 3.

## Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående den dansk-tyske ikke-angrebspacts vedtagelse i den danske rigsdag.

5. juni 1939.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Kopenhagen

Kopenhagen, den 5. Juni 1939.

Nr. 8 A.

Betr. Annahme des deutsch-dänischen  
Nichtangriffspaktes durch den  
dänischen Reichstag.

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin

Der Vertreter der Deutschen Volksgruppe, Tierarzt Möller, der sich vorher mit mir in Verbindung gesetzt hatte, gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, dass der Pakt zu einer Entspannung im Grenzgebiet und damit zur Förderung der deutsch-dänischen Beziehungen beitragen möge. Der Redner äusserte sich im übrigen bezüglich des Austrittes aus dem Völkerbund und der tadelnswerten Haltung der dänischen Presse ähnlich wie der Vertreter der Bauernpartei und der Dänischen Nationalsozialisten.

Während der Debatte im Folketing und Landsting ist die Grenzfrage mit keinem Wort berührt worden. In der breiten Öffentlichkeit herrscht keine ganz klare Vorstellung darüber, dass diese Frage durch den Nichtangriffspakt nicht gelöst ist. In massgebenden Kreisen gibt man sich freilich keinen Illusionen hin. Das ist auch einer der Gründe dafür, dass der Abschluss des Vertrages bei aller Würdigung seiner politischen Bedeutung nach aussen nicht stärker gefeiert worden ist. Auf der anderen Seite ist den Dänen durch das Abkommen zweifellos ein grosser Stein vom Herzen genommen worden. Bezüglich Nordschleswigs glaubt man nun sicher sein zu können, dass wir die Frage nicht auf machtpolitischem Wege lösen werden, eine Überlegung, die natürlich zunächst auf die Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig entmutigend wirkt, zumal die Volksgruppe sich nach den politischen Ereignissen der letzten Zeit, berechtigt glaubte, auf eine baldige Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Deutschland rechnen zu dürfen. Darüber hinaus sieht man den grossen Wert des Abkommens darin, dass wir bei internationalen Verwicklungen nicht nur die dänische Neutralität in territorialer Beziehung respektieren, sondern auch den dänischen Lebensnotwendigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet Rechnung tragen werden.

Renthe-Fink.

## 4.

**[Renthe-Fink]s optegnelser angående Gauleiter Lohses udtalelser om Hitlers stilling til det nordslesvigske spørgsmål m. m.**

udat. [1939?].

Gauleiter Lohse (Mitte Juni 39, Lübeck).

1) Führer — jedenfalls vorläufig — nicht für Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dtschld.

- a) dtscher Bevölkerungsteil nur  $\frac{1}{3}$ .
- b) Möchte keine fremde Bevölkerung im Reich.
- c) Steht bei Erklärung, dass er keine territorialen Wünsche mehr hat.
- d) Will keinen Krieg wegen Nordschleswig, *denkt an Nordosteuropabund (Dtschld u. skand. Staaten)*.

2) Mit Möller ist man unzufrieden. Hat keine Fühlung mit Gauleiter gehalten. Hat in Berlin ihm angebotene Audienz bei Ribbentrop wegen Verhinderung durch Begräbnis abgelehnt. Einbildung, dass Obergruppenführer Lorenz ihn empfangen müsste.

Hat Ribbentrop u. Grossadmiral nie gesehen. Behauptungen über deren territoriale Revisionswünsche ganz falsch. Äusserungen, die auf baldige Rückkehr ins Reich abzielten, eigenmächtig. Auch wirtschaftliche Begründung der Volksgruppenpolitik verkehrt. Er sollte ideelle Seite in Vordergrund stellen.

Stehr immer noch Vertrauensmann Gauleiters. Möller auf ihn eifersüchtig. Will ihn gegen Willen Stehrs u. Gauleiters in Nordschleswigsche Zeitg abschieben.

- 3) Lohse findet, Frank in Äusserungen reichlich weit gegangen (Clausen).

Rosenberg (Mitte Juni 39, Lübeck).

Skandinavien wird immer mehr vor Entscheidung gestellt. Weicht es aus u. bleibt am Rande, so werden skand. Länder bedeutungslos werden.

## 5.

**Renthe-Fink til Grundherr angående dr. Möllers Knivbjergtale.**

1. juli 1939.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Nr. 248 B

Kopenhagen, den 1. Juli 1939.

Herrn

Vortragenden Legationsrat v. Grundherr  
Auswärtiges Amt  
Berlin.

Lieber Grundherr!

Für den Fall, dass Dr. Möllers Knivbjerg-Rede noch nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sein sollte, füge ich in der Anlage einen Ausschnitt aus der „Nordschleswigschen

Zeitung“ bei.<sup>1)</sup> Ich finde seine Ausführungen über die Grenzfrage und über das vom Führer geplante grossgermanische Reich völlig überflüssig und politisch ganz deplaciert. Lachmann hat von mir Weisung erhalten, dies in freundlicher Form Dr. Möller zu verstehen zu geben.

Mit den besten Grüßen und Heil Hitler!  
stets Ihr  
gez. v. **Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Dr. Möllers Knivsbjerg-tale er refereret i „Nordschleswigsche Zeitung“ 26. juni 1939. Om grænse-spørgsmålet udtalte dr. Möller bl. a.: „Auf die Frage, ob diese Grenze gerecht ist, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gezogen ist oder für die Ewigkeit besteht, da können wir nur antworten: Nein, nein, niemals“.

## 6.

**Det tyske konsulat i Aabenraa til gesandtskabet i København angående en samtale med dr. Möller i anledning af dennes Knivsbjergtale.**

1. juli 1939.

JNr. 555.

1. Juli 1939.

Auf die Erlasse vom 28. und 30.6.1939  
— 248 B —.

1 Anlage.

An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.

Den erhaltenen Auftrag habe ich heute Dr. Möller gegenüber ausgeführt.  
Er nahm dies zur Kenntnis.

Im Verlauf der Unterredung erklärte er, dass die Verpflichtung zur Wahrung der politischen Linie nur für seine Reichstagsrede gegolten hätte. Er behalte sich das Recht für sein Handeln in Nordschleswig vor. Er habe die Ausführungen in seiner Knivsbjerg-Rede gemacht, um die Volksdeutschen bei der Stange zu halten. Denn was solle er der Jugend sagen? Um ihm zu helfen solle man ihm mehrere Millionen Kronen geben. Wenn das nicht geschehen könne, müsse er so handeln, wie er es für richtig halte. Er könne sich darüber keine Vorschriften machen lassen. Seine Ausführungen hätten im übrigen in deutschen Kreisen eine gute Aufnahme gefunden, mit den Äusserungen der dänischen Presse müsse er sich abfinden.

L [achmann].

## 7.

**Det tyske gesandtskab til Grundherr angående dr. Möllers Knivsbjergtale og hans krav om politisk selvstændighed.**

11. juli 1939.

Kopenhagen, den 11. Juli 1939.

S NSchl. 500.

Herrn

Vortrag. Legationsrat v. Grundherr  
oder Vertreter im Amt  
Auswärtiges Amt,  
Berlin.

*Sehr verehrter, lieber Herr von Grundherr!*

Im Anschluss an den Brief des Herrn Gesandten an Sie vom 1.d.M. — Nr.248 B — betr. Dr. Möllers Knivsbergrede darf ich Ihnen heute auf Veranlassung von Herrn v. Renthe-Finck nachstehenden Auszug aus einem Bericht von Konsul Lachmann — Apenrade vom 1.Juli d.J. — J.Nr.555 — mitteilen:<sup>1)</sup>

Nach Auffassung der Gesandtschaft sind die Erklärungen Dr. Möllers gegenüber Konsul Lachmann Ausflüchte und nicht stichhaltig<sup>2)</sup>.

Mit ...

H[ensel]

<sup>1)</sup> Herefter følger en gengivelse af det tyske konsulats brev af 1/7, 1939 (A. nr. 6)

<sup>2)</sup> For underretten i Aabenraa har dr. Møller den 16. marts 1948 forklaret, at han i anledning af Knivsbjergtalen blev kaldt til Berlin, hvor han havde en samtale med Behrends i Vomi, som gav ham fortrolige oplysninger om Tysklands udenrigspolitik.

## 8.

Partifører, dr. Møllers opråb i „Nordschleswigsche Zeitung“.

1. sep. 1939.

## Danzig ist frei!

Ein Aufruf Gauleiter Forsters

Danzig, den 1. September.

Gauleiter Forster hat nachfolgenden Aufruf erlassen:

Danzig ist mit dem heutigen Tage heimgekehrt ins Großdeutsche Reich. Unser Führer Adolf Hitler hat uns befreit. Auf den öffentlichen Gebäuden in Danzig weht heute zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne, die Flagge des Deutschen Reiches. Sie weht auch auf den ehemals polnischen Gebäuden und überall im Hafen. Von den Türmen des alten Rathauses und der ehrwürdigen Marienkirche läuten die Glocken die Befreiungsstunde Danzigs ein.

Wir danken unserm Herrgott, daß er dem Führer die Kraft gegeben hat, auch uns von dem Uebel des Versailler Diktats zu befreien. Wir Danziger sind glücklich, nun auch Bürger des Dritten Reiches zu sein. Wir wollen dem Führer das heilige Versprechen geben, alles zu tun, was in unsern Kräften steht für unser herrliches Großdeutschland.

Es lebe das befreite, wieder ins Reich heimgekehrte Danzig!

Es lebe unser Großdeutsches Vaterland!

Es lebe unser geliebter Führer Adolf Hitler!

Gez. Albert Forster, Gauleiter.

## Aufruf des Parteiführers

Vom Amt für Aufklärung und Propaganda geht uns folgende Erklärung des Parteiführers zu:

### Deutsche Volks- u. Heimatgenossen!

Der Kampf des deutschen Volkes um seine Gleichberechtigung und um die Beseitigung des Versailler Unrechts ist in ein entscheidendes Stadium eingetreten.

Polen hat die großzügigen Angebote des Führers zu einer Befriedung der europäischen Lage, von den Einkreisungsmächten des Westens unterstützt, abgewiesen.

Polen treibt zum Kriege. Irreguläre Verbände haben schon gestern, wie u. a. der Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz beweist, die deutschen Grenzen überschritten.

Das deutsche Volk setzt nunmehr Gewalt gegen Gewalt. Der nationalsozialistische Staat wird den deutschen Lebensinteressen im Osten und den unterdrückten Volksdeutschen so oder so Geltung verschaffen.

Danzig ist bereits in das Reich heimgekehrt, und die vollziehende Gewalt auf den Gauleiter Forster übergegangen.

Der Reichsstaat hat die Befehle des Führers entgegengenommen. Unbeteiligt zum letzten entschlossen und im gläubigen Vertrauen auf den Führer tritt das deutsche Volk den Weg in die Zukunft an.

Der Kampf des deutschen Volkes ist auch unser Kampf, sein Glaube ist auch unser Glaube und seine Stärke ist auch unsere Stärke.

Vor der deutschen und dänischen Öffentlichkeit erneuern wir das Bekenntnis unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Volk, Führer und Reich.

Deutsche Volksgenossen, bewahrt Disziplin und Besonnenheit und erwartet die Anweisungen der Parteileitung.

Es lebe Adolf Hitler!

Gravenstein, den 1. September 1939.

gez. Dr. Möller.

## 9.

**Koncept til telegram fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i  
København angående dr. Möllers loyalitetserklæring.**

2. sep. 1939.

Berlin, den 2. September 1939.  
Diplogerma Kopenhagen Nr. 165.

e.o. Pol VI 2022

**Telegramm in Ziff.<sup>1)</sup>**  
(Geh.Chiff.Verf.)

Möller-Gravenstein hat in Nordschleswigscher Zeitung Aufruf erlassen, in dem er unverbrüchliche Solidarität Nordschleswiger mit Volk, Führer und Reich erklärt. Er fordert sie auf, Disziplin zu bewahren und Anweisungen Parteileitung abzuwarten. Beabsichtigte Anweisungen sollen dahin lauten, dass Nordschleswiger in Deutschland mitkämpfen.<sup>2)</sup>

Da Aufruf Möllers in dänischer Presse und Öffentlichkeit sicher erhebliches Aufsehen erregt und politische Rückwirkungen haben kann<sup>3)</sup>, bitte auf Möller nachdrücklichst einzuwirken, dass er, etwa bei Reichstagsrede oder in sonstiger Verlautbarung, Loyalität Nordschleswiger gegenüber Dänischer Regierung betont.

[Volksdeutsche Mittelstelle lässt Möller darauf aufmerksam machen, dass er bei Nichtinnehaltung sofort abzutreten habe und vom Reich nicht mehr als Volksgruppenführer anerkannt werden wird. Ausserdem wird Möller jeder öffentlichen Erklärung ohne vorherige Verständigung der Gesandtschaft oder Volksdeutschen Mittelstelle ausdrücklich untersagt.]

**Woermann.**

PN Text [ ] ist von Oberführer Behrends, Volksdeutsche Mittelstelle diktiert.

**G[rundherr]**

<sup>1)</sup> Af originalen, der findes i det tyske gesandtskabs arkiv, fremgår det, at telegrammet først blev afsendt <sup>3</sup>/<sub>9</sub> 1939. Det har her nr. 169/2.

<sup>2)</sup> I marginen tilføjet: *Meldung von Schröder-Flensburg*. Til rapport af 23. november 1946 har Deichgräber udtalt, at der den 1. september 1939 fandt et partirådsmøde sted i Aabenraa, og at deltagerne her enedes om, at de om fornødent alle ville stille sig til Tysklands rådighed som krigsdeltagere i den udstrækning, forholdene måtte kræve det.

<sup>3)</sup> Den oprindelige formulering var: *Falls Nachricht zutreffend, dass Aufruf Möllers in dänischer Presse und Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt hat und als Verletzung dänischer Neutralität durch Nordschleswiger angesehen wird, . . .*

## 10.

**Renthe-Fink til det tyske konsulat angående dr. Möllers opråb i  
„Nordschleswigsche Zeitung“.**

3. sep. 1939.

Ab. 3/9 W.

S. N. Schl./504.

**Tel. (Satzbuch)**

*Deutsches Konsulat,  
Apenrade.*

Bitte Möller-Gravenstein sofort mündlich zu eröffnen, dass Gesandtschaft anlässlich seines Aufrufs in Nordschlesw. Ztg. Weisung erhalten hat, ihm folgd. mitzuteilen:

Bei schwerem Existenzkampf Deutschlands ist gutes Verhältnis zu Deutschland besonders wichtig. Seitens d. Volksgruppe ist daher alles zu unterlassen, was auf die Beziehungen der beiden Staaten nachteilig wirken könnte. Es wird in dieser Beziehung von Volksgruppe u. ihrer Führung selbstlose Einordnung u. nat. soc. Disziplin erwartet. Um Übereinstimmung Haltung Volksgruppe mit Gesamtpolitik Deutschlands herbeizuführen wird M. ausdrücklich z. Pflicht gemacht, jede öff. Erklärung ohne vorherige Verständigung mit Gesandtschaft oder Volksdeutsche Mittelstelle zu unterlassen.

Volksd. Mittelstelle lässt darauf aufmerksam machen, dass Möller bei Unterlassung dieser Pflicht sofort abzutreten habe und vom Reich nicht mehr als Führer d. Volksgruppe anerkannt würde.

Bitte Möller sagen, dass er bei nächstem Aufenthalt in Kopenhagen sofort wieder auf Ges. schaft vorsprechen möchte.

Zur allg. Regelung Ihrer Sprache:

Deutsch-ital. Politik beruht auf vollkommener und klarer Übereinstimmung zwischen Führer und Duce. Bitte dies auch Möller zu verstehen zu geben.

gez. **Renthe-Fink.**

## 11.

### **Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående den tyske folkegruppes holdning.**

14. sep. 1939.

Durchdruck.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Nr. S.N.Schl./503

Kopenhagen, den 14. September 1939.

Auf den Drahterlass Nr. 169  
vom 3. September 1939

*Inhalt:* Haltung der deutschen Volksgruppe  
in Nordschleswig.

*Anlagen* (Ausschnitte aus „Nationaltidende“  
v. 2. und 13.9. sowie „Nordschles-  
wigsche Zeitung“ vom 11.9.39).

An *das*  
*Auswärtige Amt*  
*Berlin.*

Dr. Möller ist weisungsgemäss eröffnet worden, welche Haltung man in Zukunft von ihm erwartet. Dies scheint, wenigstens zunächst, die gewünschte Wirkung auf seine Sprache und Haltung gehabt zu haben. Er hat jedenfalls anlässlich einer Tagung der Mitarbeiter der „Nordschleswigschen Zeitung“ in Tingleff am 10.ds.Mts. eine auch in der dänischen Presse wiedergegebene Äusserung getan, des Inhalts, dass in dieser ersten Zeit sich alle Mitglieder der Volksgruppe dem dänischen Staat gegenüber loyal verhalten und die Massnahmen verstehen sollten, die jetzt in Dänemark als notwendig ergriffen werden müssen (vergl. den beigegefügte Ausschnitt aus der „Nordschleswigschen Zeitung“ vom 11.ds.Mts.).<sup>1)</sup>

Dem Aussenminister gegenüber habe ich natürlich den Spiess umgedreht und den Angriff der „Nationaltidende“ vom 2.ds.Mts. auf Dr. Möller wegen seines in der „Nord-

schleswigschen Zeitung“ veröffentlichten Aufrufes vom 1. ds. Mts. als unklug und unzweckmässig bezeichnet. Ich sagte Herrn Munch, dass man in Dänemark für die natürliche und berechtigte Teilnahme der Deutschen in Nordschleswig an dem schweren Kampf, den das deutsche Volk in diesen Zeiten zu bestehen hätte, mehr Verständnis als bisher aufbringen müsse. Die Haltung und Gesinnung, die die dänische Bevölkerung jetzt gegenüber ihren deutschen Mitbürgern einnehme, würde wahrscheinlich sehr entscheidend für das künftige Zusammenleben von Deutschen und Dänen im gemischten Gebiet und für die Einstellung der deutschen Nordschleswiger gegenüber dem dänischen Staat und Volk überhaupt sein. Der Graben könnte vertieft oder aber mehr überbrückt werden. Die deutsche Volksgruppe würde sich immer als Teil des deutschen Volkes fühlen und dessen Freuden und Leiden teilen, und ich könne darin keinen Verrat an den Staatsbürgerpflichten gegenüber dem dänischen Staat erblicken.

Herr Munch schien durchaus Verständnis für diese Gedankengänge zu haben, und ich habe feststellen können, dass auch der neue Angriff auf Dr. Möller in der „Nationaltidende“ vom 13. September von den massgebenden Stellen nicht gebilligt wird. Aber nachdem die Regierung auf die Presse einen Druck ausübt, sich in dem gegenwärtigen Konflikt möglichst neutral zu verhalten, scheut man sich offenbar jetzt, der Presse auch auf anderen Gebieten Zügel anzulegen, um nicht in den Verdacht zu geraten, die geheiligte Pressefreiheit irgendwie anzutasten.

gez. v. **Renthe-Fink.**

- <sup>1)</sup> Referatet i „Nordschleswigsche Zeitung“ lyder således: „An der Tagung nahm auch Parteiführer Dr. Möller teil, der über den Schicksalskampf des deutschen Volkes sprach, und in dieser Verbindung alle ermahnte, in dieser ersten Zeit sich loyal dem dänischen Staat gegenüber zu verhalten und die Massnahmen zu verstehen, die jetzt in Dänemark als notwendig ergriffen werden müssen“.

## 12.

### **Ernst Schröder til Grundherr angående forskellige spørgsmål, bl. a. dr. Möllers loyalitetserklæring.**

15. sep. 1939.

ERNST SCHRÖDER  
S./D.

Pol VI 2147  
Flensburg, d. 15. September 1939.  
Deutsches Haus  
Hindenburgstrasse

Herrn

Geheimrat v. Grundherr,  
Auswärtiges Amt,  
Berlin  
Wilhelmstr. 75.<sup>1)</sup>

*Sehr verehrter Herr Geheimrat!*

In Nordschleswig sind die Dinge jetzt geradeaus gerückt. Die Loyalitätserklärung Dr. Möllers, die ich aus Anlass der Pressetagung veranlasste, hat in der dänischen Presse sehr gut gewirkt. „Jydske Tidende“ und auch andere Blätter haben diese Erklärung fett umrahmt abgedruckt, wodurch eine Entspannung eingetreten ist. Kräftigere Töne allerdings schlägt „Nationaltidende“ an. Das Blatt stellte fest, dass es noch mit Dr. Möller und der „Nordschleswigschen Zeitung“ eine Abrechnung zu halten hätte. Diese würde bald folgen. Das ist nun eine Drohung, die wir hier nicht tragisch nehmen. Da sich aber aller-

hand Material bei „Flensburg Avis“ in Flensburg angesammelt hat, könnte eine solche Abrechnung sehr unliebsame Folgen für das dänische Blatt südlich der Grenze haben. Ich wollte Sie nur auf diese Dinge hinweisen. Im übrigen werden wir versuchen, alles in den Formen und Bahnen zu halten, über die wir kürzlich am Telephon sprachen. Ich bemühe mich dauernd, und zwar mit Erfolg, die Situation hier dem Ganzen anzupassen. Ich habe auch lange Gespräche mit Dr. Möller gehabt und ihn davon überzeugt, dass es richtig war, eine Loyalitätserklärung abzugeben.

Wenn ich mich nun noch in einigen weiteren Fragen an Sie wenden darf, dann sind es diese:

Es muss m.E. vom Auswärtigen Amt schleunigst dafür gesorgt werden, dass die Volksgruppe in Nordschleswig bei dem deutschen Konsulat in Apenrade eine Erleichterung in der Visumfrage erhält, wenigstens geldlich, denn bei den jetzigen Sätzen ist es selbst den führenden Männern unmöglich, nach Deutschland zu kommen. Ich erfahre heute, dass sie 18 Kronen für 24 Stunden bezahlen sollen. Das ist natürlich gleichbedeutend mit einer völligen Abstopfung der Arbeit, vor allen Dingen auch unserer Arbeit nach Nordschleswig, denn wir können dann den Herren keine Richtlinien mehr geben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie veranlassen würden, dass jemand sich dieser Angelegenheit annimmt. Die Volksgruppe in Nordschleswig ist ja nun langsam die letzte, deren Verhältnisse freilich gottlob auf einer völlig anderen Basis ruhen als im Osten.

Dann habe ich hier viele Gespräche gehabt mit Menschen aus Nordschleswig, deren Wohnsitz sich südlich der Grenze befindet, die aber dänisches Staatsbürgerrecht haben und nun fragen, ob sie sich beim Militär melden sollen, wodurch sie ihr dänisches Staatsbürgerrecht leicht verlieren, denn viele von diesen befinden sich in einem dänischen Militärverhältnis. Ich bremse von mir aus bei aller Anerkennung des guten Willens dieser Männer. Ich bin der Meinung, dass es heute wichtiger denn je ist, das dänische Staatsbürgerrecht zu behalten. Ich habe mir selbst auch die Frage viele Male in diesen Tagen vorgelegt. Aber ich habe ja nicht einmal eine Möglichkeit, später nötigenfalls in Nordschleswig zu arbeiten, wenn es sein soll und die Stunde vielleicht da wäre, wenn ich das dänische Staatsbürgerrecht, das ich ja aus bestimmten Gründen aufrecht erhalten soll, aufgebe. Ich könnte auch nicht mehr die „Nordschleswigsche Zeitung“, deren Aufsichtsratsvorsitzenden-Posten ich habe, in der geschäftlichen und verlegerischen Tätigkeit leiten und hätte also auch keinen Einfluss auf den Inhalt der Zeitung, wie dies jetzt wieder bei der Loyalitätserklärung deutlich in die Erscheinung trat. Ich wäre Ihnen für ein grundsätzliches kurzes Wort dankbar, ob wir den Einstrom nach Deutschland und die Umwandlung der dänischen Staatsangehörigen in deutsche beantragen sollen bei solchen, die unzweifelhaft deutsch sind. Dr. Möller hat seinerzeit zu Beginn der Krise die ganze Volksgruppe hier „zur Verfügung gestellt“ zum Mithelfen, wenn sie gebraucht wird. Ich halte das für einen etwas romantischen Gedanken, denn die Volksgruppe soll da sitzen bleiben, wo sie sitzt. Sie tut uns, wenn sie sich geldlich auf eigene Beine stellt, einen viel grösseren Dienst als dadurch, dass sie sich hier freiwillig meldet. —

Entschuldigen Sie, dass dieser Brief etwas länger geworden ist. Ich wollte Sie am Schluss nur noch aufmerksam machen auf einen Aufsatz des dänischen Historikers Prof. Aage Friis, der 1918 in Berlin eine grosse Rolle spielte, in „Tilskueren“, der dänischen Monatsschrift, September-Heft. Ich werde den Aufsatz, der auf Grund von Radiovorträgen von Aage Friis aufgebaut ist, übersetzen und Ihnen zuleiten. Es liegt in dem Artikel eine grössere Bedeutung, als man vielleicht annehmen sollte. Aage Friis sieht schwarz und baut vor. Aber ich will dem Eindruck nicht vorgreifen, den Sie aus dem Lesen der Übersetzung des Aufsatzes bekommen.

Mit herzlichen Grüssen!

Heil Hitler!

Ihr

Ernst Schröder.

<sup>1)</sup> Brevet bærer påskriften: *Eil!*

## 13.

**Koncept til skrivelse fra Grundherr til Ernst Schröder angående forskellige spørgsmål, bl. a. dr. Möllers stilling.**

20. sep. 1939.

zu Pol. VI 2147.

Berlin, den 20. September 1939.

*Eilt!*  
*Einschreiben!*

An

Herrn Ernst Schröder, Flensburg,  
Deutsches Haus.

Sehr geehrter Herr Schröder!

Ich danke Ihnen sehr für Ihren freundlichen Brief vom 15. d. M. Es ist erfreulich, dass die von Ihnen veranlasste Loyalitätserklärung Dr. Möllers eine Entspannung herbeigeführt hat. Es bleibt nur zu hoffen, dass er die ihm vorgeschriebene Linie, auf der wir gerade in der jetzigen Lage bestehen müssen, auch weiterhin einhalten wird.<sup>1)</sup>

Zu den zwei von Ihnen gestellten Fragen teile ich Ihnen nach Rücksprache mit den Sachbearbeitern im A. A. folgendes mit:

1) Visumfrage für die deutsche Volksgruppe in Nord-Schleswig: Die Angelegenheit wird auf Grund von Berichten des Konsulats in Apenrade und der Gesandtschaft in Kopenhagen hier bereits behandelt und dürfte in den nächsten Tagen entschieden werden. Es sind Aussichten für eine Regelung vorhanden, die den von Ihnen mitgeteilten Wünschen in möglichst weitgehendem Masse entgegenkommt.

2) Militärdienst und Wechsel der Staatsangehörigkeit von Volksdeutschen: Wir stimmen Ihrer Auffassung zu, dass es heute wichtiger denn je ist, dass die Volksdeutschen das dänische Staatsbürgerrecht behalten. Wir haben ein dringendes Interesse daran, dass die Volksdeutschen dort verbleiben, wo sie gegenwärtig leben und wirken. Wünschen fremder Staatsangehöriger hinsichtlich des Eintritts in die deutsche Wehrmacht wird derzeit grundsätzlich nicht entsprochen. Auch die Meldung zum freiwilligen Militärdienst deutscher Volksgenossen aus dem In- und Ausland ist gegenwärtig unerwünscht.

Mit vielen Grüßen und

Heil Hitler!

Ihr

gez. von Grundherr.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Den oprindelige udformning lød: . . . Linie, an deren Festhalten wir gerade im jetzigen Zeitpunkt das grösste Interesse haben, auch weiterhin einhalten wird.

<sup>2)</sup> I marginen står: Vor Abgang: Herrn V.L.R. Sethe zur gefl. Mitz. wegen Punkt 2). (Entnahme des Briefauszuges und eines Durchschlages der Angabe wird anheimgestellt.)

Nach Abg.:

R. V.

Kult. A.

Pol. I Mil.

zur gefl. Knts.

Verm.: Nach Rücksprache mit V.L.R.Rödiger (R), V.L.R.Lorenz, V.L.R. Sethe und L.R. von Nostiz.

Desuden er brevet stemplet: Ab 21. Sept. 1939. Pe.

## 14.

**AO til AOs kontor i det tyske rigsøkonomiministerium angående  
indstilling af valutatildelinger til det tyske arbejde i Nordslesvig.**

9. okt. 1939.

*Abschrift (für Kult A.)*

*Berlin-Wilmersdorf 1, den 9.10.39.*

NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE  
ARBEITERPARTEI  
DIE LEITUNG DER AUSLANDS-  
ORGANISATION

Zch. Kulturamt K 26-O/Me.

Ihr Zeichen: AO 1827/39 — Rg/Sc.

Zu V LD (D) 5/144216/39—

Ihr Schreiben vom 27.v.M.

*Über Aussenhandelsamt:*

*An*

*die Dienststelle der AO im  
Reichswirtschaftsministerium  
z.Hd. Pg. Rosenberg.  
Berlin W 8.*

Ich halte für die weitere Zukunft eine Zahlung in dänischen Kronen für den Assessor Stehr, der die Leitung des Amtes für Volksaufklärung und Propaganda der NSDAP-N innehat, für überflüssig.

Aus der Rede des Führers geht eindeutig seine Stellung gegenüber Dänemark hervor, sodass die Aufgaben der NSDAP-N dadurch illusorisch geworden sind und in Anbetracht der angespannten Devisenlage eine Devisenausschüttung für ein Amt, dessen Aufgabe illusorisch geworden ist, unzweckmässig ist. Wir müssen uns daher vollinhaltlich der Ansicht des RWM anschliessen.

Heil Hitler!

Unterschrift.

## 15.

Det tyske udenrigsministerium til AO angående indstilling af valutatildelinger  
til den tyske folkegruppe i Nordslesvig.

30. nov. 1939.

Geheim!

Berlin, den 30. November 1939.

zu Kult A 1691 (g) II.

Geheim! Eilt!

An

die Leitung der AO der NSDAP  
Berlin-Wilmersdorf.<sup>1)</sup>

Das Reichswirtschaftsministerium hat in einem Schreiben vom 10. d. M. — V Dev 6 b/1578/39 g<sup>2)</sup>, in dem es die Einstellung der Devisenzuteilungen für die Deutschumsarbeit in Nordschleswig begründet, auf die Ausführungen in dem dortigen Schreiben vom 9.v.M. — Kulturamt K 26 O/Me — Bezug genommen.

Nach der Führerrede vom 6.v.M. war von verschiedenen Stellen die Ansicht geäußert worden, dass die Ausführungen über die Umsiedlung alle deutschen Volksgruppen in Europa, also auch unsere Volksgruppe in Nordschleswig, betreffen. Die in dem dortigen Schreiben enthaltene Stellungnahme geht offenbar gleichfalls von dieser Auffassung aus.

Die Frage ist inzwischen im Auswärtigen Amt einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Die Prüfung hat ergeben, dass die Frage einer Umsiedlung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig weder in der Rede des Führers vom 6.v.M. noch in der Danziger Rede des Herrn Reichsministers des Auswärtigen vom 24.v.M. berührt worden ist und überhaupt nicht zur Diskussion steht.

Die weitere Frage der deutsch-dänischen Grenze interessiert in diesem Zusammenhang nicht und muss unerörtert bleiben.

Es ist hiernach beabsichtigt, unsere Deutschumsarbeit in Nordschleswig in dem bisherigen Rahmen weiterzuführen. Die Organisation der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist bereits vertraulich davon verständigt worden.

Zurzeit stehen wir nur mit Italien, Sowjet-Russland, Estland und Lettland wegen der Umsiedlung in Verbindung. Weitere Umsiedlungen sind nicht akut.

Zur dortigen Information darf ich ferner mitteilen, dass uns daran liegt, die Diskussion über das Umsiedlungsproblem möglichst klein zu halten. Insbesondere sollen Erörterungen in der Presse, soweit unser Einfluss reicht, möglichst unterbleiben.

I. A.

gez. v. Twardowski.

<sup>1)</sup> I brevets margin står: Vor Abgang Chef AO vorzulegen. Vor Abg. Pers (H.Ges. Rohde). Pol VI (H. VLR. v. Grundherr) z.Kts. W. v. nach Abg.

<sup>2)</sup> I marginen med håndskrift tilføjet: p. n. wird bei Pers. [H. Ges. Rohde] bearbeitet (nr. 120 — 32 R<sup>10/11</sup>).

## 2. Fra 9. april til 28. juni 1940.

### 19.

#### Kredslederen for NSDAP-N i Tønder til afdelingslederne.

17. april 1940.

NSDAP-N.  
Kreisleitung.

Tøndern, d. 17.4.40.

An die  
Ortsgruppenleiter der NSDAP-N.  
des Kreises Tøndern<sup>1)</sup>.

1. Die Parteileitung erwartet, dass in dieser Zeit des gewaltigen Geschehens die Volksgruppe sich bewährt und Ruhe und Disziplin währt. Einzelaktionen werden nicht geduldet. Jeder O. L. ist für seinen Bereich verantwortlich.
2. Als selbstverständlich wird es angesehen, dass jeder Pg. seine Kinder in die deutsche Schule schickt.
3. Eine leichte Lockerung der Parteisperre ist eingetreten. Auf Vorschlag des O. L. können bewährte Volksgenossen unter Umständen in der Partei aufgenommen werden.
4. Alle Berichte über Aggressivität und Drohungen, Boykott usw. von Seiten der Dänen erbitte ich an die Kreisgeschäftsstelle.
5. Der Geburtstag des Führers soll für uns in diesem Jahr ein besonderes Bekenntnis und eine grosse Kundgebung sein. Das Flaggen geschieht privat; nicht auf öffentlichen Gebäuden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass reichlich geflaggt wird. Die Feier ist geschlossen, d. h. etwa im Rahmen des Bundes f. d. Kultur.
6. Die Ortsgruppen müssen Verbindung mit der Wehrmacht aufnehmen, damit der Geburtstag des Führers gemeinsam mit der Wehrmacht gefeiert wird; etwa bei Paraden oder Kundgebungen.
7. Diese Nachricht wird sofort nach Kenntnisnahme vernichtet.

Heil Hitler!

Der Kreisleiter.

<sup>1)</sup> Denne skrivelse samt A. nr. 22, 461 og 463 er fundet hos Christian Friedrich Jessen, der var afdelingsleder i Tønder. Hos Jessen er der ligeledes fundet gennemslag af to af hans indberetninger (den ene af 4. maj 1940), som begge indeholder en lang række oplysninger om boykot og tyskfjendtlige udtalelser og handlinger. Til rapport af 23. august 1946 har kredslederen Jes P. Petersen forklaret, at skrivelserne af 17. og 28. april 1940 er udsendt fra Kreisgeschäftsstelle og indeholder beretning om de drøftelser, der har fundet sted på de kort tid forinden afholdte møder af afdelingsledere. Petersen mener, at der til grund for den i stk. 4 indeholdte ordre om indsendelse af beretninger om boykot m. m. har foreligget en partibefaling.

## 20.

**Renthe-Fink til den XXXI højere kommando, København, angående de retningslinier, der er givet den tyske folkegruppe for dens opførsel.**

21. april 1940.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Der Bevollmächtigte des Reichs

Kopenhagen, den 21. April 1940.

**Geheim!**

Nr. S.N.Schl./850

Unter Bezugnahme auf die heutige Rücksprache mit dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, General der Flieger Kaupisch, über die Verhältnisse in Nordschleswig.

An das  
Höhere Kommando z. b. V. XXXI,  
Kopenhagen.

Die Führung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hat folgende Verhaltensmassregeln<sup>1)</sup> erhalten:

1) Dänemark ist anlässlich der Besetzung durch die deutschen Truppen die territoriale Unversehrtheit zugesichert worden. Die Grenzfrage darf daher von der Volksgruppe nicht erörtert werden.

2) Der reibungslose Verlauf der Besetzung ist wichtig, daher dürfen keine Provokationen erfolgen und kein Triumphgeschrei erhoben werden. Das Verhalten gegenüber den dänischen Behörden muss stets korrekt sein.

3) Die deutsche Volksgruppe soll sich dem deutschen Militär gegenüber herzlich — ohne anti-dänische Spitze — verhalten. Ostentative Verbrüderungsfeiern sollen unterbleiben.

4) Die Betreuung der deutschen Volksgruppe vom Reich aus wird in diskreter Form wie bisher fortgesetzt.

Es wird gebeten, die Verhaltensmassregeln dem für Nordschleswig zuständigen örtlichen militärischen Befehlshaber zwecks Regelung seiner Haltung *vertraulich* zur Kenntnis zu geben.

Das Deutsche Konsulat in Apenrade ist im gleichen Sinne unterrichtet worden.

**Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Brevet til det tyske konsulat med de her anførte påbud er dateret 19/4 1940. Instruksen følger de af Lorenz den 9. april givne retningslinier (se ber. XII, A. nr. 89).

## 21.

**Beretning fra det tyske konsulat til gesandtskabet i København om  
den tyske folkegruppes optræden den 9. april og senere.**

22. april 1940.

S/N Schl.

22. April 1940

Betrifft Vorkommnisse im hiesigen  
Amtsbezirk.

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Am 9. April d.J. haben mehrere Angehörige der deutschen Volksgruppe das Haus der hiesigen Schiffsmaklerfirma Cleemann umstellt und den Prokuristen festgenommen, weil er angeblich im feindlichen Nachrichtendienst stehen sollte. Sie haben dann — wie ich hörte — einen anwesenden SS Offizier herbeigeholt, der den Festgenommenen übernehmen sollte, was dieser aber abgelehnt hat. Auch der angeblich anwesende Standartenführer soll die Beteiligung abgelehnt haben. Unter Mitnahme eines Paketes von Briefen ist der Prokurist dann angeblich von Closter in Loitkirkeby und vom Lehrer Kortsch von der hiesigen deutschen Abteilung der Bürgerschule nach der Grenze abtransportiert, aber am nächsten Tag von deutscher Seite wieder freigelassen worden, da sich der Inhalt der Briefe als harmlos erwies. Einige Tage später sind hier der reichsdeutsche Hanstein und ein dänischer Staatsangehöriger ebenfalls verhaftet und über die Grenze gebracht worden. Hanstein war als Kommunist bekannt. Beide sind, wie verlautet, inzwischen zurückkehrt.

Vor seiner Abreise erfuhr ich gelegentlich von Herrn Lachmann, dass Amtmann Thomsen ihn angerufen und gefragt habe, was die Verhaftungen am Ort bedeuten sollten. Herr Lachmann hat darauf erwidert, dass er nichts davon wisse.

Herr Pastor Nissen, Tingleff, hat mir heute mitgeteilt, dass der Ortsgruppenleiter der NSDAPN — Festersen — in Quars zusammen mit anderen dänische gefangene Soldaten bewacht habe, wozu sie von der deutschen Wehrmacht Gewehre erhalten hätten. Die Frau des volksdeutschen Gastwirts Johannsen in Bredewatt hat, wie Pastor Nissen weiter erzählte, einen in ihr Haus geflüchteten dänischen Soldaten entwapnet, weshalb man sie angeblich zur Rechenschaft ziehen will. In Tondern sind, wie mir Dr. Kähler sagte, am 9.4. mehrere Hakenkreuzflaggen auf den öffentlichen Gebäuden gesetzt worden. Der Polizeimeister habe darauf Dr. Möller angerufen und ihn gebeten, die Flaggen entfernen zu lassen, da er keine Zwischenfälle schaffen wolle. Die Flaggen sollen dann auch entfernt worden sein.

Wie mir bekannt geworden ist, haben auch verschiedene deutsche Volkstumsschulen die Hakenkreuzflagge am 9.4. gesetzt. In Apenrade ist diese auf dem Dibbernhaus, in dem sich die Deutsche Wirtschaftsberatungsstelle, die Geschäftsleitung der Deutschen Berufsgruppen usw. befinden, und auf dem Gebäude der Nordschleswigschen Zeitung gesetzt worden. Auch gegen diese Flaggenhissung soll die hiesige Polizei eingeschritten sein. Ein angeblicher Versuch, auch auf dem hiesigen Rathaus die Hakenkreuzflagge zu hissen, soll auf energischen Einspruch des Bürgermeisters unterblieben sein.

Am Abend des 9. April hat dann im hiesigen Deutschen Haus eine der Stimmung der deutschen Volksgruppe entsprechende Begrüßungsfeier stattgefunden.

Im Laufe der vorigen Woche haben, wie mir berichtet wurde, angeblich deutsche Militärkommissionen in Apenrade, Sonderburg und Tingleff Musterungsgeschäfte abgehalten und zwar — wie verlautet — nur unter Parteiangehörigen und Reichsdeutschen im Alter von 17 bis 40 Jahren. In Sonderburg sind angeblich 280, in Apenrade und Tingleff etwa je 250 Personen zur Musterung gewesen. Von Tondern und Hadersleben liegt noch keine Meldung vor.

Diese Vorkommnisse sind den dänischen Kreisen natürlich bekannt geworden und haben teilweise eine feindliche Stimmung hervorgerufen. So haben zwei weibliche dänische Staatsangehörige nach Aussagen des Herrn Lundberg eine Hakenkreuzflagge am Auto des Versicherungsinspektors der Victoria in Sonderburg — Max Clausen — bespien. Die eine dieser beiden soll dafür von einem jungen Mann eine Ohrfeige erhalten haben. Bei den beiden handelt es sich nach Angabe Lundberg's um die Tochter des dänischen Obersten Christensen in Sonderburg und ihre aus Kopenhagen anwesende Freundin. Ferner hat gegen deutsche Geschäftsleute eine Boykottbewegung eingesetzt. Wie Dr. Möller angab, sind ihm bisher 34 Fälle von Boykott bekannt geworden.

Der Erlass vom 19.d.M.<sup>1)</sup> — S N Schl/850 — hat mich veranlasst, über die Vorkommnisse Bericht zu erstatten.

Erwähnen möchte ich noch, dass Dr. Möller mich darauf aufmerksam gemacht hat, dass mehrfach deutsche Militär-Fahrzeuge den Dannebrogwimpel bei ihrer Durchfahrt durch Nordschleswig führten und dass deutsche militärische Stellen an Gräbern dänischer Soldaten Kränze niedergelegt haben, deren Schleifen dänische Aufschriften trugen. Herr Möller meinte, dass die deutsche Volksgruppe hierfür kein Verständnis habe.

Dass deutsche Militärwagen den Dannebrogwimpel führten, ist von mir bei einer morgens hier durchkommenden Transportkolonne ebenfalls beobachtet worden.

I. V.

gez. St[effenhagen]

<sup>1)</sup> Se A. nr. 20.

## 22.

### **Kredsledelsen i Tønder til de lokale afdelinger indenfor NSDAP-N, bl. a. angående indberetninger om boykot m. m.**

**28. april 1940.**

NSDAP-N  
Kreisleitung

Tøndern, d. 28.4.40.

*An die  
Ortsgruppen der NSDAP-N.  
des Kreises Tøndern.*

1. Auf Befehl des Parteiführers müssen die bevölkerungspol. Erhebungen jetzt *sofort* zu Ende geführt werden. Es ist selbstverständlich, dass diese Erhebungen heute eine ganz grosse Bedeutung haben.  
.....
2. Die Werbung für unsere Listen geht weiter. In Frage kommen die Jahrgänge bis 1895. Vordrucke gehen den Ortsgruppen in den nächsten Tagen zu.
3. Die O.L. haben ebenfalls bis Sonnabend, d. 4.5.40 festzustellen, ob in ihrer Ortsgruppe Pg. sind, die ihre Kinder in die dän. Schule senden. Wenn ja, dann 1. Wie viele? 2. Seit wann? 3. Aus welchem Grund?  
Grundsätzlich ist eine solche Haltung heute nicht mehr tragbar. Wir müssen jetzt endlich klare Linien aufziehen. Bei den Privatschulen kann die Umschulung in jeder Zeit erfolgen.

4. Die Sammlung über Boykott, Drohungen, Entlassungen usw. muss unbedingt fortgesetzt und das Material an die Kreisgeschäftsstelle gesandt werden. In Frage kommen nur wahrheitsgetreue Berichte, am liebsten mit Unterschrift<sup>1)</sup>.
5. Irgend welche Bescheinigungen für Volksgenossen dürfen nicht ausgestellt werden. Wenn eine deutsche Dienststelle Aufklärung wünscht, wird sie sich direkt an das Organisationsamt wenden, und dieses wieder an die Ortsgruppen.
6. Die Parteisperre besteht auch weiterhin. Der Weg geht durch die S.K. Eine leichte Lockerung der Sperre ist für verdiente Volksgenossen eingetreten. Ein Recht auf Aufnahme besteht jedoch nicht. Über die Aufnahme entscheidet (nach Rücksprache) nur der Parteiführer. Neben dem O.L. ist auch den Turnvereinen zugebilligt worden Vorschläge für die Aufnahme zu machen.

Heil Hitler!

K. G. F.

<sup>1)</sup> Allerede den 4. oktober 1938 blev der i „Nordschleswigsche Zeitung“ offentliggjort et opråb med opfordring til at indsende beretninger om tyskfiendtlige udtalelser m. m. til Organisationsamt. Denne opfordring synes at være blevet gentaget umiddelbart efter 9. april. Dr. Clausen har i hvert fald for landsretten den 6. april 1949 forklaret, at han husker en partibefaling om indsendelse af beretninger om „Gehässigkeiten“ (jfr. A. nr. 19). Det er muligt, at det er den, der ligger til grund for punkt 4 i kredslederens skrivelse.

## 23.

### Skrivelse fra Stehr angående den tyske folkegruppes oplysningstjeneste.

29. april 1940.

Hadersleben, den 29. April 1940

N. S. D. A. P.-NORDSCHLESWIG.

Amt für Aufklärung und Propaganda.

Rednerdienst Nr. 1.

Betr. Aufklärungsdienst der deutschen Volksgruppe.  
(Feiern zum 1. Mai).

I. Auf Anordnung des Parteiführers vom 28. April 1940 wird in Zukunft ein Rednerdienst herausgegeben, um hierdurch

- 1) eine stärkere einheitliche Ausrichtung unserer Propaganda zu erreichen, und um
- 2) dem Rednerstab laufend Anregungen zu vermitteln.

II. In der Propagandatätigkeit der deutschen Volksgruppe ist auch nach dem 9. April an der seit dem 3. September 1939 herausgestellten Linie festzuhalten d.h. entscheidend sind einzig und allein die Erfordernisse des gesamtdeutschen Schicksalskampfes, die in eine Neuordnung Europas einmünden wird. Alles was sich nicht auf die grosse Auseinandersetzung unseres Volkes mit der Londoner Plutokratie bezieht, ist in aussenpolitischen Berichten zurückzustellen. Das bedeutet auf Nordschleswig übertragen den *Verzicht auf eine Erörterung grenzpolitischer Fragen* aus irgendwelchen lokalen Gesichtspunkten heraus. Selbstverständlich kann und muss aber betont werden, dass das Schicksal der Volksgruppe mit dem Schicksal des gesamtdeutschen Volkes verknüpft ist. Die Zukunft der Volksgruppe steht und fällt mit der Zukunft

des Reiches. Es gibt im mitteleuropäischen Raume, und zwar weder im Südosten noch im Norden die Möglichkeit eines künftigen Aufbaues gegen das Reich, sondern immer nur mit Deutschland.

Die grundlegenden Richtlinien für den europäischen Aufbau sind in der Führerrede vom 6. Oktober 1939 enthalten. In dieses Programm kann die militärische Aktion in Skandinavien eingegliedert werden (Deutschlands Interesse an leistungsfähigen neutralen Staaten, die in ihrem Lebensbereich von London und dem internationalen Kapital unabhängig sind, Englands Kampf gegen die neutralen Nachbarn Deutschlands, weil diese schon durch ihre Existenz eine Lücke in der Einkreisung und Blockade bedeuten und dem Prinzip des Koalitionskrieges widersprechen).

Erörterung der neuen strategischen Lage im Norden. Herausstellung des Ergebnisses des letzten deutschen Weissbuches, das die in Norwegen gefundenen Dokumente enthält. Die vier Schlusspunkte der Rede Ribbentrops.

III. Bisher nahm die Widerlegung der englischen Lügenmeldungen, die von der dänischen Presse übernommen wurden, einen weiten Raum in den Reden ein. Hier hat sich die Lage seit dem 9. April etwas verändert. Es ergibt sich jetzt aber die Notwendigkeit

- 1) gegen die ausserordentlich starke Flüsterpropaganda im englischen Sinne Stellung zu nehmen. Hier ist es zweckmässig, einige dieser Latrinenparolen zu zerpfücken. Die Zuverlässigkeit der deutschen Meldungen im Gegensatz zu den ausländischen Nachrichten kann an dem Verlauf des Polenfeldzuges nachgewiesen werden.
- 2) Getarnte Versuche einer antideutschen Einstellung, die jetzt wieder hier und da in der Presse auftauchen, müssen als solche gekennzeichnet werden.
- 3) Etwaigen Versuchen der dänischen Seite, Schwierigkeiten wirtschaftlicher oder politischer Art auf die deutsche Besetzung zurückzuführen, ist unter der Herstellung der Londoner Verantwortlichkeit für die ganze Entwicklung entgegenzutreten (Kriegserklärung vom 3. September durch England, Methoden des Blockadekrieges englischen Ursprungs u. s. w., Bombardierung Kopenhagens 1807 im Gegensatz zu der Art der Besetzung durch die deutschen Truppen).

IV. Der 1. Mai bietet Gelegenheit, das neue Deutschland als den *Volkstaat Adolf Hitlers* zu charakterisieren. Die symbolische Bedeutung des 1. Mai als nationaler Feiertag. Ueberwindung der Klassen und Parteien, der einzelstaatlichen Zersplitterung, des Parlamentarismus u. s. w., dagegen Aufbau des neuen Deutschlands auf dem Leitungsprinzip, Konzentration der Kräfte auf den Lebenskampf des deutschen Volkes

- 1) in der Haltung (innere Front),
- 2) in der Wirtschaft (Brechung des Kapitalismus, Vierjahresplan, Erzeugungsschlacht),
- 3) durch das neuerstandene Volksheer.

Front der Arbeiter, Bauer und Soldaten. Beseitigung der Spekulation und der Kriegsgewinnler, dagegen WHW, Hilfswerk für das Rote Kreuz, neue Grundsätze in der berufständischen Organisation usw.

*Aus diesem Geist des neuen Deutschland sind die Schlussfolgerungen für unsere nach innen gerichtete Arbeit in der Volksgruppe zu ziehen. Solidarität innerhalb der Volksgruppe wie im gesamten deutschen Volk, unser WHW, unsere Selbsthilfe, Bauernschutz usw., Deutsche Volksgruppe durch ihre Haltung Bestandteil der inneren deutschen Front, Pflicht zur Bewährung in der gegenwärtigen Zeit. Volksgruppe als geschlossenes einsatzbereites Instrument für die Zukunft.*

V. Für den 1. Mai wird empfohlen

- 1) die grosspolitische Entwicklung darzustellen — mit ihren Auswirkungen auf Skandinavien, aber ohne Grenzfrage,
- 2) die Voraussetzungen der deutschen Erfolge darzustellen (vergl. Ziffer IV) und
- 3) aus Ziffer 2) herleitend die kommenden Aufgaben der Volksgruppe klarzulegen, oder doch wenigstens anzudeuten.

## 25.

**Gårdejer Jürgen Schmidt, Øster-Terp, skriver til Vogelgesang angående danskernes indstilling overfor Tyskland og folkegruppens fremtid i tilfælde af besættelsens ophør.**

4. juni 1940.

*Sehr geehrter Herr Vogelgesang!*

Bezüglich der in Ihrem Brief v. 28.5.<sup>1)</sup> erwähnten Dinge, ist es nicht immer leicht die Grenze zwischen Denunziation und den im Interesse der deutschen Volksgruppe zu machenden Angaben zu finden. Ich beabsichtige deshalb auch nicht, jede unbedachte, gehässige Äusserung von sonst nüchternen und ruhig denkenden Dänen an die grosse Glocke zu hängen. Wir werden wohl alle von unfätigen Angriffen und Äusserungen über Führer und Reich seitens des Dänentums erzählen können.

Mehr denn je werden wir nach Kriegsausbruch darüber klar geworden sein, dass das dänische Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit die Träger des 3. Reiches und seine deutschen Freunde in Nordschleswig hasst, mit geballter Faust in Tasche herumläuft und nur der Not, resp. dem Zwang gehorchend sich verhältnismässig ruhig verhält, daran wird auch keine noch so gute Behandlung Dänemarks seitens des 3. Reiches etwas ändern. Obgleich sich der normal begabte Däne über die katastrophalen wirtschaftlichen und evtl. politischen Folgen einer Niederlage Deutschlands klar ist, hofft er in seiner grossen Mehrheit doch auf eine Zerschmetterung des 3. Reiches. Der Däne schwimmt heute noch völlig im Fahrwasser der Westmächte, und es wird — wenn überhaupt — wenigstens ein Menschenalter darüber hingehen, bevor die den Westmächten dargebrachten Sympathien eine andere Richtung einschlagen.

Zu Ihrer Frage, wie sich die Zukunft der deutschen Volksgruppe gestalten wird, wenn die deutsche Besatzung abzieht, und Nordschleswig in der bisherigen Form mit Dänemark verbunden bleibt, Folgendes:

Den Fall einer Niederlage Deutschlands brauchen wir wohl nicht zu erörtern, denn solchenfalls würde es für einen aufrechten Deutschen in Nordschleswig unerträglich sein, weil eben der Däne im innersten seines Herzens alles Deutsche hasst, und darum kein starkes Reich seinen Gefühlen und Machtgelüsten Einhalt gebieten könnte.

Aber auch wenn Deutschland, worüber ja doch bei uns keinerlei Zweifel besteht, den Krieg ganz gross gewinnt, wird die Lage für die deutsche Volksgruppe sehr bedrohlich, ja hoffnungslos werden. Die Kampfkraft des aktiven Teils der deutschen Bevölkerung würde völlig erlahmen, da ja dann das Kampfziel, Wiedervereinigung mit dem Reich, endgültig begraben wird. Viele der deutschen jungen Leute, die sich jetzt freiwillig dem deutschen Heer zur Verfügung stellen, würden unter den gedachten Umständen nicht mehr in die Heimat zurückkehren, während umgekehrt immer mehr Reichsdänen importiert würden. Die dänische Siedlungstätigkeit, und der jetzt schon recht stark eingesetzte Boykott gegen deutschen Handel und Wandel würden verstärkt werden. Der Däne wird sich mit Recht sagen: Wenn jetzt, wo Deutschland alle Macht hat, das Unrecht der Grenzziehung von 1920 nicht wieder gut gemacht wird, so haben wir für die Zukunft auf diesem Gebiet nichts zu befürchten, nun gilt es für uns nur, den erschütterten Rest des Deutschtums in Nordschleswig in möglichst kurzer Zeit und ohne Gefühlsduselei zu erledigen.

Auch wenn gewisse Minderheitenrechte durch ein siegreiches Deutschland garantiert werden, so würde eine Lösung der nordschleswigschen Frage, wie oben angenommen, doch ein sicheres Absterben der deutschen Volksgruppe bedeuten, weil eben das grosse Ziel — Vereinigung mit dem Reich — begraben werden müsste.

Die Aussichten für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage Dänemarks nach einem restlosen Sieg des 3. Reiches, und namentlich wenn Dänemark seine Innenpolitik in vernünftige Bahnen zurückbringt beurteile ich recht günstig.

Uebrigens hat auch die Partei dazu aufgefordert, Beobachtungen etc., wie von Ihnen erbeten, festzuhalten und weiter zu geben.

Mit deutschem Gruss

Ihr ergebener

**Schmidt.**

<sup>1)</sup> Jürgen Schmidts brev er svar på en skrivelse af <sup>28</sup>/<sub>5</sub> fra Vogelgesang, hvori han havde bedt Schmidt meddele ham tyskfyndtlige udtalelser, fremsat af danskere. Han bad om også at få navnene på dem, der fremkom med disse, og ønskede at høre Schmidts mening om, hvorledes folkegruppens fremtid ville blive, hvis besættelsen ophørte. Sådanne skildringer var nødvendige for at give folk, som ikke kendte noget til grænseforholdene, et rigtigt billede af tilstandene her og muliggøre „*ein gesundes Urteil*“ ved en mulig nyordning af forholdene. Schmidts brev er skrevet på tyndt papir og synes at være et gennemslag. Da det er fundet i Schmidts arkiv og er forsynet med Schmidts underskrift, har både han og Vogelgesang gjort opmærksom på, at der foreligger en mulighed for, at det aldrig er blevet afsendt.

## 26.

**Det tyske gesandtskab sender det danske udenrigsministerium en note angående klager fra den tyske folkegruppe over økonomisk boykot og opkøb af tyske ejendomme.**

6. juni 1940.

### Notiz.

Seitens der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist in der letzten Zeit in zunehmendem Masse Klage geführt worden über die Haltung des dänischen Bevölkerungsteils, insbesondere über wirtschaftliche Boykottierung Angehöriger der deutschen Volksgruppe.

Ausserdem mehren sich die Klagen, dass deutscher Besitz in Nordschleswig systematisch von dänischer Seite aufgekauft wird.

*Kopenhagen, den 6. Juni 1940.*

## 27.

**Vereinigte Finanzkontore sender det tyske udenrigsministerium, indenrigsministeren og Vomi uddrag af en beretning [fra Vogelgesang] vedrørende Nordslesvig (med bilag).**

1. juli 1940.

VEREINIGTE FINANZKONTORE  
G. M. B. H.

Berlin W8, den 1. Juli 1940

Unser Zeichen: 1.8.0

Betr.: Nordschleswig.

An das  
Auswärtige Amt  
z.Hd. Herrn Vortragenden Legationsrat Grosskopf

An den  
Herrn Reichsminister des Innern

An die  
Volksdeutsche Mittelstelle  
Berlin.

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 11. Juni 1940 erlauben wir uns, beigefügten Auszug aus einem uns erneut zugegangenen Bericht zur dortigen gefälligen Kenntnisnahme zu überreichen.

**VEREINIGTE FINANZKONTORE**

**GMBH**

Anlage.

(2 ulæselige navne).<sup>1)</sup>

Meine früheren Berichte dürften Ihnen gezeigt haben, dass wir Deutschen in Nordschleswig, abgesehen von einer ganz kleinen, in sich unorganisierten, wirtschaftlich von Reichsdänemark abhängigen oder von Ablehnung gegen die neuen deutschen Dinge geleiteten Gruppe, in dem Dänen nördlich und südlich der Königsau nicht den lebenswürdigen Nachbarn sehen, von dem man nur eine leichte Schicht westlichen Einflusses abzukratzen braucht, um dann den versöhnungswilligen nordischen Bruder vor uns zu haben.

Die Dänen sind *von Grund auf* unsere Feinde, sie lehnen alles was deutsch ist, ab und taten es schon vor 1933. Ihre wirtschaftliche, geistige und politische Einstellung ist von der Wiege bis zur Bahre deutschfeindlich. Wäre die dänische Wehrmacht nur ein klein wenig besser gewesen, als sie am 9. April war, hätten die deutschen Truppen hier ebenso kämpfen müssen, wie sie das in Südnorwegen mussten. Noch heute hört und liest man täglich, dass nach dem Abzug der Deutschen, mit dem man bestimmt rechnet, die Wehrmacht wesentlich verstärkt und verbessert werden muss, damit sich die Ereignisse vom 9. April nicht wiederholen.

Man darf diese Begründung nicht übersehen, sie zeigt die dänische Einstellung.

Dänemark ist unser Feind, der überwunden werden muss. Tun wir es nicht mit Waffen, müssen andere Mittel dafür gefunden werden. Güte ist nach den Erfahrungen der letzten 80 Jahre aber völlig ungeeignet dazu. Jedes Entgegenkommen, aussenpolitisch wie innenpolitisch wurde als Schwäche angesehen und führte nur zu grösseren Forderungen. Auch der wirtschaftliche Wohlstand, der sich seit 1864 über Schleswig ausgebreitet hatte, vermochte die Bildung einer unversöhnlichen dänischen Irredenta nicht zu verhindern.

Die Höfe südlich der Königsau waren 10 % bis 20 % teurer als gleich gute Höfe nördlich der Königsau. Von den geringen Preisen in Nordjütland ganz zu schweigen. Die dänische Volksgruppe errichtete im Laufe der 50 Jahre nach 1864 ein dichtes Netz von Banken und Sparkassen. Die Bauern trugen Jahr für Jahr von ihren Schulden ab, konnten auch ihre zweiten Söhne und ihre Töchter ausstatten und ansetzen. All dieser Wohlstand hat aber die Bildung der dänischen Irredenta mehr gefördert als gehindert. Deswegen werden wirtschaftliche Vorteile, die wir den jetzt etwa zum Reich kommenden Dänen und vielleicht auch dem gesamten Königreich verschaffen, die dänische Zuneigung zum Reich nicht vergrössern, sondern nur geeignet sein, dem dänischen Selbstgefühl neue Nahrung zu geben. Man wird in solchem Vorteil nur eine Bestätigung dafür sehen, dass man die Dänen und ihre Freundschaft unbedingt braucht.

Ein Mensch, der nicht jahrelang mit ihnen im täglichen Leben zu tun gehabt hat, weiss ja gar nichts von der moralischen Überheblichkeit, mit der sie von ihrer, angeblich so hohen Kulturwarte auf alles, was deutsch ist, herabsehen, und wie sehr sie dem westlichen Geist verfallen sind. Wirtschaftlich sind sie Anhänger des äussersten Liberalismus, ob er sich nun hinter „Herrenmoral“ verbirgt oder sozialdemokratisch getarnt. Politisch sind sie überzeugte Anhänger der Demokratie, die bei ihnen in Mehrheitsbeschlüssen besteht. Geistig sehen sie in der deutschen Straffheit und Disziplin einen Beweis für Sklavensinn. In ihrer Weichheit lehnen sie auch grundsätzlich die deutsche Rassenlehre als Barbarei ab. Ein so eingestelltes Volk kann man nicht in wenigen Jahren versöhnen.

Auch eine Teilung Nordschleswigs in eine nördliche dänische und eine südliche deutsche Hälfte wird nicht dazu führen. Jegliches Rühren an der Grenze, auch wenn es sich nur auf Tondern und Hoyer beschränkt, wird einen Entrüstungsrummel entfachen und wird stets als eine „preussische Ungerechtigkeit“ in den Herzen der Dänen weiterleben.

Eine Versöhnung mit dem Norden ist über Dänemark nicht zu erreichen. Es war wohl überlegt, wenn die Dänen in den letzten 20 Jahren immer schrieben, dass der Weg Deutschlands zu den Herzen des Nordens über Nordschleswig ginge. Sie haben dieses Lied ja auch seit 1864 gesungen und haben damit, selbst in Berlin, die Herzen betört. Will man den Norden gewinnen, so ist das nur über Schweden und Norwegen möglich. Hat man diese Völker, so wird man auch am Schluss der ganzen Entwicklung Dänemark haben. Der Weg über Nordschleswig ist von dem bösen Willen der Dänen versperrt.

Der ganze Kult, der mit den wenigen gefallenen Dänen getrieben wird, woran sich die alten Frauen in den Dörfern gerade so beteiligen wie die königliche Familie, rührt nur von der Meinung, dass diese Soldaten für die „Freiheit“ Dänemarks und im Kampf gegen den deutschen Erbfeind gefallen sind. Seit dem 9. April, ich muss das wiederholen, betont man hier im Lande durch Flaggen, Aufmärsche usw. mehr als je das Dänische. Als einige der toten Soldaten hier durch Hadersleben geführt wurden, gingen die Dänen von Haus zu Haus und verlangten, dass geflaggt würde. Dass sie dabei auch an Deutsche gerieten, war ihr Pech. In Sonderburg hat man, weil jeder öffentliche Aufzug am 15. Juni verboten war, das Verbot auf folgende Weise umgangen. Alles was dänisch war, wurde auf die Strasse beordert und die Sonderburger dänische Garnison, an der Spitze der Garnisonälteste, machte zur verabredeten Stunde einen Ausmarsch, um sich durch Zurufe und Blumengeschenke begeistert feiern zu lassen.

In Hadersleben hatten alle Kinder kleine dänische Fähnchen und sollen auch in diesem Schmuck an dem Wiedervereinigungsgottesdienst teilgenommen haben. Am 15. Juni werden alljährlich dänische Strassensammlungen veranstaltet. Jeder Spender bekommt einen Dannebrog zum Anstecken. In diesem Jahr hat die Strassensammlung einen Rekord in Nordschleswig erzielt.

Ein deutschstämmiger Student von der Universität Kopenhagen ist jetzt in die Ferien gekommen und erzählt, dass die Kopenhagener Bevölkerung für den General Kaupisch den Namen „Kopis“ (Kuhpisse) und für sein Stabsquartier „Hotel d'Angleterre“ den Namen „Hotel Ajlebeholderen“ (Jauchegrube) braucht.

Der gebildete Däne ist vorsichtig. Solche Äusserungen der Strasse aber zeigen die Einstellung und den Charakter des Volkes.

Allgemein wird das Verhältnis zu den deutschen Truppen sowohl wie auch zu uns immer gespannter. Es ist, als läge irgendetwas in der Luft und dränge zur Entscheidung oder

Entladung. Die Überfremdung in dem Gebiet Nordschleswig ist seit 1920 sehr bedeutend. Eine Denkschrift der NSDAPN. beziffert die Zahl der ausgewanderten Deutschen auf 20 000 und die Zahl der eingewanderten Dänen auf 30 000; bei einer Bevölkerung von 150 000 bis 160 000 Seelen bedeutet diese Verschiebung schon eine völlige Änderung des Charakters und des Aussehens unseres Landes, was ja auch die aus dem Reich hier bei uns hin und wieder zum Besuch gekommenen früheren Nordschleswiger jedes Mal mit grossem Erstaunen festgestellt haben. Die amtlichen Zahlen für die Stadt Tondern sind 2 100 deutsche Abwanderer und 3 100 dänische Zuwanderer. Wenn wir trotz dieses Aderlasses und trotz des durch die Einwanderung verstärkten dänischen Druckes bei den Folketingswahlen unsere deutschen Stimmen von 7 500 auf 15 000 erhöht haben, so zeigt das, wie lebensfähig unsere Volksgruppe und wie gross ihre Anziehungskraft ist, denn die 7 500 Stimmen, die sich in den vergangenen 20 Jahren wieder zu uns gefunden haben, gelten doch den Dänen im Jahr 1920 als dänische Stimmen. Es ist zu hoffen, dass bei einer weiteren Beruhigung des mitteleuropäischen Raumes, bei einer weiteren Stärkung des deutschen Ansehens und der deutschen Macht, diese Entwicklung sich beschleunigt fortsetzen wird. Dann aber verschiebt sich ohne unser Zutun auch der Bodenbesitz zu deutschen Gunsten.

Das Land war bis 1864 dänisch und stand, wie jedes Geschichtsbuch zeigt, unter stärkstem dänischen Druck. Dann ist es 50 Jahre lang deutsch gewesen. Trotz aller dänischen Propaganda kann man von einem deutschen Druck in dieser Zeit nicht reden. Im Gegenteil, solange ich die Dinge übersehen kann, also seit etwa 1900, ist man auf deutscher Seite von einem Entgegenkommen zu dem anderen gegangen. Nun ist das Land wieder 20 Jahre dänisch gewesen, und diese Zeit hat gereicht, das Aussehen des Landes völlig zu verändern.

Heute, nachdem der Zusammenbruch der machtpolitischen Grundlage für das Diktat von Versailles aller Welt offenbar geworden ist, muss Versailles mit allen seinen Folgen beseitigt werden. Die Abstimmung mit ihren Fehlern und Ungerechtigkeiten war ein Bestandteil des Diktats. Ihre Folgen müssen ebenfalls beseitigt werden, wenn auch, was uns ja vielleicht leid tut, Nutzniesser des Diktats darunter leiden müssen. Nordschleswig kehrt also ganz von selbst durch die Aufhebung von Versailles zum Reich zurück. Die jetzige Grenze ist niemals von Deutschland anerkannt, auch nicht von den Regierungen der zwanziger Jahre. Kann nun das neue Reich die Grenze anerkennen?

Die Rückkehr Nordschleswigs und die Wiedervereinigung mit dem übrigen Schleswig-Holstein bedeutet die Räumung des Landes von allen eingewanderten Reichsdänen. Man kann ihnen ja ihre Höfe, Häuser usw. beim Abzug ruhig gut bezahlen. Man kann und soll Dänemark eine neue Regelung der Dinge zusagen. Wir Deutschen haben seit 1920 immer unsere Agitation darauf abgestellt, dass die damals gefundene Lösung ein Unheil war und eine *neue* Entscheidung kommen müsste.

Die Grenzen Dänemarks, also des Landes, das nach dem Fortfall des Versailler Diktats noch mit Recht Dänemark genannt werden kann, werden durch solche Wiedervereinigung eines Teiles unseres Herzogtums mit dem übrigen Teiles nicht berührt. Das wirkliche Dänemark bleibt unbeschnitten und frei. Es muss auch in seiner Wirtschaft frei bleiben, wie in seiner Politik. Volk und Staat waren und sind unsere Feinde mit mindestens derselben Abneigung, derselben Unversöhnlichkeit und dem gleichen Hass, wie Frankreich und England. In diesen beiden Ländern erzwingt das Reich eine Sinnesänderung mit den Waffen. Aber, so wie die Dinge hier nun einmal gelaufen sind, kann dafür Gewalt gegen Dänemark nicht angewandt werden. Man muss es mit anderen Mitteln zur Umkehr bewegen. Zu diesem Zwecke überlasse man das Land seiner eigenen Unfähigkeit, die wirtschaftlichen und völkischen Probleme zu meistern, und damit seinem baldigen Verfall, ohne ihm wirtschaftlich zur Hilfe zu kommen. Es ist übervölkert. Zwei Drittel seiner von ihm so hochgerühmten landwirtschaftlichen Produkte sind nicht aus eigenem Boden gewonnen, sondern industriemässig aus importierten Rohstoffen (Dünger, Futtermittel, Maschinen usw.) hergestellt. Das fällt jetzt und künftig fort. Ein besiehtes und arm gewordenes England wird nicht mehr als Grossabnehmer auftreten können. Canada und Irland werden das nicht dulden und ihm alles liefern wollen und können, was es braucht. Wenn sich dann auch das Deutsche Reich zurückhält, so wird die Übervölkerung des Landes, die sich in der grossen, schon seit 1920 bestehenden Arbeitslosigkeit ausdrückt, rasch zum Zusammenbruch und damit zu einer geistigen Umkehr des Volkes und endlich zu einem ehrlichen Friedenswillen

und zu einer Aussöhnung führen mit dem von der Natur gewiesenen blutsverwandten Nachbarn.

Vorher von den nordischen Brüdern in Dänemark zu reden, ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Die Entscheidung des Staates am 9. April 1940 ist nicht von Freundschaft oder von ehrlichem Friedenswillen diktiert, sondern von dem Zwang und der Angst. Dass man das jetzt „politische Weisheit der verantwortlichen Männer“ nennt, ändert daran nichts.

Wie hernach, wenn Nordschleswig und die Herzen seiner Bewohner von der Überfremdung der letzten 20 Jahre befreit sind, die neue Regelung erfolgt, ob durch Teilung des Landes oder Umsiedlung, darüber zu reden, ist heute noch nicht angebracht.

<sup>1)</sup> Af påtegningerne fremgår det, at brevet har været forelagt Pol VI og Kult A og er blevet læst af Grosskopf. Det bærer desuden følgende bemærkning: *Anheimstelle Übersendung einer Abschrift an Gesandtschaft Kopenhagen.*

### 3. Problemerne omkring 28. juni.

## 32.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående rygter om grænseflytning.

18. juni 1940.

S/N Schl.

18. Juni 1940

*Betrifft:* Gerücht über eine bevorstehende Änderung der Staatshoheit über Nordschleswig.

*Einschreiben!*

*An*  
*die Deutsche Gesandtschaft*  
*in Kopenhagen*

Seit gestern ist in volksdeutschen Kreisen das Gerücht stark verbreitet, dass in den nächsten Tagen die alte Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wieder hergestellt werde.

Ein Amtswalter der N.S.D.A.P.N. erschien heute bei mir und gab an, dass er von deutschen Volksgenossen bestürmt werde, deutsche Fahnen zu beschaffen. Er bäte um Auskunft, auf welchem Wege dies möglich sei. Ich habe ihm erklärt, dass mir von einer Grenzänderung nichts bekannt sei und dass das Konsulat sich mit der Beschaffung deutscher Fahnen nicht befassen könne. Auf Befragen erklärte der Besucher, dass er nicht im Auftrage der Partei, sondern privat käme.

In dem obenerwähnten Gerücht wird noch behauptet, dass Dr. Möller zwecks Verhandlung über die Grenzangelegenheit nach Berlin berufen worden sei.

I. V.

St[effenhagen].

## 33.

**Renthe-Fink til Grundherr angående cirkulerende rygter i Nordslesvig om en forestående grænseflytning.**

20. juni 1940.

**Telegramm**

(offen)

Kopenhagen, den 20. Juni 1940 16.50 Uhr  
Ankunft: — 20. — — 17.20 —

Nr. 699 vom 20.6.

*Für Gesandten von Grundherr.*

Konsulat Apenrade meldet am 19.d.Monats:

In volksdeutschen Kreisen Gerücht stark verbreitet, dass in nächsten Tagen die alte Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wiederhergestellt werden würde, und dass Tierarzt Moeller zwecks Verhandlungen über Grenzfrage nach Berlin berufen. Halte für richtig, dass Volksdeutsche Mittelstelle informiert wird.

gez. **Renthe-Fink.**

## 35.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående hans besøg hos Stauning og Munch samt om rygterne angående grænseflytning.**

26. juni 1940.

**Telegramm**

(offen)

Kopenhagen, den 26. Juni 1940 0.30 Uhr  
Ankunft: — 26. — — 2.15 —

Nr. 717 vom 25.6.

Geheim No. 135.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 699 vom 20.6.

Staatsminister Stauning und Aussenminister Munch<sup>1)</sup>, die mich gestern zu einer Aussprache gebeten hatten, berührten bei dieser Gelegenheit auch umlaufende Gerüchte über bevorstehende Ereignisse in Nordschleswig. Habe erwidert, mir sei nichts darüber bekannt.

Hier wird vielfach mit Möglichkeit gerechnet, dass Führer am 28. Juni Versailler Diktat für annulliert erklärt und dass dadurch neue Lage für Nordschleswig entsteht. Einsichtige Kreise geben sich durchaus darüber Rechenschaft, dass Grenzziehung, die auf Versailler Diktat beruht, für Deutschland schwer erträglich, jedoch fehlt Entschlusskraft

und Mut, von dänischer Seite initiative Verständigung mit Deutschland über Nordschleswigfrage anzustreben. Man gibt sich dabei auch Hoffnung hin, dass jetzige Grenze durch Zusicherung territorialer Integrität in deutschem Memorandum vom 9. April gewährleistet sei.

**Renthe-Fink.<sup>2)</sup>**

<sup>1)</sup> Angående Munchs og Staunings samtaler med Renthe-Fink omkring dette tidspunkt, se ber. V A. 15 og 17.

<sup>2)</sup> Nedenunder har von Grundherr skrevet: Am 26. 6. h[abe] v[on] R[enthe-Fink] telefoniert: [ ] richtige Sprache (?). ( ) davon wissen wir garnichts. ZdA Pol VI Dänemark Gr[undherr] 28/6. [ ] er af v. Grundherr anbragt om ordene: Habe erwidert . . . . bekannt, ( ) om stykket: Hier wird . . . . entsteht.

## 36.

### R. Hesse, Tønder, til NSDAP, Landeskreis Dänemark, København, angående rygterne om Nordslesvigs indlemmelse i Tyskland.

2. juli 1940.

NSDAP + LANDESKREIS DÄNEMARK  
 Presseleiter Nordschleswig  
 R. Hesse = Tøndern

Tøndern, den 2. Juli 1940

*NSDAP, Landeskreis Dänemark,  
 Kopenhagen.*

Nordschleswig war in den letzten Wochen von einer ausserordentlichen Unruhe erfasst und ich halte es für wichtig, Ihnen darüber einen Bericht zu geben, nachdem ich schon kürzlich dem Pg. Thiele kurz mündlich darüber berichtet habe.

Die Führung der volksdeutschen Partei hat schon bei früheren Gelegenheiten, so besonders beim Wahlkampf im Frühjahr 1939, Parolen ausgegeben, wonach eine Rückgliederung Nordschleswigs in allernächster Zeit bevorsteht. Dabei berief man sich meistens geheimnisvoll auf Besprechungen des Parteiführers Dr. Möller in Berlin. Auf Grund dieser Beeinflussung reagierte der weitaus grösste Teil der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs auf die Besetzung Dänemarks am 9. April in der Weise, dass er felsenfest glaubte, diese Besetzung wäre gleichbedeutend mit der Rückgliederung Nordschleswigs. Die Auswirkung dieser falschen Auffassung waren die früher gemeldeten Übergriffe wie z. B. das Hissen von Hakenkreuzfahnen auf öffentlichen Gebäuden usw.

Der 15. Juni 1940 war in Nordschleswig ein Tag voll besonderer Spannung. Zum 20. Male jährte sich der Tag der Einverleibung Nordschleswigs in den dänischen Staat. Den Dänen gab das Anlass zu ganz ersichtlich demonstrativ starkem Flaggen und in geradezu herausfordernder Weise wurden die vielen Dannebrogfähnchen getragen, die zum Besten der dänisch-nationalen Arbeit verkauft wurden. In der deutschen Bevölkerung aber tauchte die Meinung auf, dass dieser historische 15. Juni die Wiedergutmachung des Unrechts vom 15. Juni 1920 bringen müsse und es ging das Gerücht, dass Nordschleswig an diesem Tage wieder deutsch werden würde. Es gab lange Gesichter, als der Tag anbrach und nichts geschah. Dieses Gerücht war aber auch im reichsdeutschen Grenzgebiet in Umlauf, denn am 15. Juni erschienen viele Volksgenossen an der Grenzsperrre, die ins dänische Gebiet hinüberwollten, weil sie im Glauben waren, die Grenzen seien gefallen und sie könnten nun hier nach Herzenslust einkaufen! Obwohl der Parteiführer Dr. Möller auf das bestehende Verbot des Flaggens mit der deutschen Flagge aufmerksam gemacht hatte, hatten doch in jenen Tagen wieder verschiedene Volksdeutsche in Tøndern geflaggt.

Am 16. Juni hielt die volksdeutsche Partei in Tingleff eine Amtswaltertagung statt. Hier hat Parteiführer Dr. Möller geäußert, dass das Flagen, wie es in letzter Zeit wieder vorgekommen sei, nicht erlaubt wäre. Er wünsche nicht, dass geflaggt würde, jedenfalls nicht vor dem 28. Juni! Nach dieser Amtswaltertagung setzte eine ausserordentlich starke Bewegung ein. Die volksdeutsche Partei liess in allen ihren Ortsgruppen durch Umfrage feststellen, wer Fahnenstangen und Fahnen wünsche und nahm Bestellungen dafür an. Von verschiedenen Leuten wurden in der Zeitung Fahnen und Fahnenstangen angeboten. Zu Hunderten wurden dann in ganz Nordschleswig, in den abgelegensten Dörfern, und überall, Fahnenstangen und Fahnen bestellt und herangeschafft. Von massgebenden Führern der volksdeutschen Partei wurde verbreitet, dass der Führer am 28. Juni, dem Tag von Versailles, sprechen und Nordschleswig wieder ins Reich einverleiben würde. Man berief sich darauf, dass der Parteiführer Dr. Möller in Berlin gewesen sei. Einige ganz Kluge erzählten gar, der Parteiführer sei beim Führer im Führerhauptquartier gewesen!

Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass dieses Gerücht nicht von irgend einer unverantwortlichen Stelle gekommen oder vielleicht gar vom Gegner verbreitet ist, sondern durch Aussagen zahlreicher verantwortlicher Amtswalter der volksdeutschen Partei belegt ist. Dafür aus der Vielzahl nur einige wenige Beispiele:

Von einem Freund, der im volksdeutschen Parteirat sitzt, mit dem Parteiführer Dr. Möller kürzlich in Berlin war und ihm sehr nahesteht, wurde ich um den 20. Juni herum allen Ernstes gefragt, ob ich mir schon eine Fahne besorgt hätte, worauf ich ihm erwiderte, wenn es mal so weit wäre, dann hätte ich auch wohl eine Fahne.

Der volksdeutsche Ortsgruppenleiter von Tondern, Jessen, erklärte, zwei Tage vor dem 28. Juni einigen seiner Parteigenossen, die einige Zweifel hegten „O, ihr Kleingläubigen!“ Anderen seiner Parteigenossen erklärte er vor dem 28. Juni: „Ihr könnt mich dreimal aufhängen, wenn das nicht stimmt mit dem 28. Juni.“

Fast alles wurde von dieser Psychose erfasst. Wer ruhig blieb und Zweifel zu äussern wagte, konnte es erleben, dass er als Volksverräter angesehen wurde. Alle diese Leute richteten sich darauf ein, dass der 28. Juni die Entscheidung bringen würde, die langersehnte Rückkehr Nordschleswigs zu Deutschland. Viele der im Grenzkreis Südtondern beschäftigten Grenzgänger aus Nordschleswig kehrten zum 28. Juni nach Hause zurück oder fuhren nicht an ihre Arbeitsstelle, weil sie bombenfest das Ereignis erwarteten.

In den letzten Tagen vor dem 28. Juni schien doch der eine oder andere der volksdeutschen Parteiamtswalter etwas bedenklich geworden zu sein und um allen Eventualitäten vorzubeugen, sicherten sie sich die Retourkutsche, der Parteiführer Dr. Möller habe ja garnicht gesagt, dass es am 28. Juni geschähe, er habe nur gemeint von diesem Tage ab müssten die Fahnen bereit sein.

Der 28. Juni verlief ebenso wie der 15. Juni ohne dass das Mindeste in dieser Richtung erfolgte. Welche Auswirkung das auf die irreführten Volksdeutschen gehabt hat, lässt sich heute noch garnicht absehen. Die Enttäuschung und die Verärgerung über Irreführung hat sich manchmal in recht drastischer Weise Luft gemacht. Andere, Frauen, die mit heissem Herzen ihre ganze grosse Hoffnung auf diesen Tag gesetzt haben, haben bitterlich geweint, als sie merkten, dass nichts geschah, dass alles Bluff war! Der volksdeutsche Ortsgruppenleiter von Tondern, Jessen, erklärte einem Volksgenossen, am 30. Juni: „Ich kann es nicht begreifen, dass das Erwartete am 28. Juni nicht eintraf, es muss etwas dazwischen gekommen sein.“

Die entfachte Psychose hatte scheinbar auch dazu geführt, dass viele Volksdeutsche es nun für ratsam hielten, sich noch schnell der volksdeutschen Partei oder den Deutschen Berufsgruppen (der volksdeutschen DAF) anzuschliessen, denn diese beiden Organisationen verhängten in der Woche vor dem 28. Juni eine Mitgliedersperr.

Wenn die Nordschleswiger nicht so ausserordentlich ruhig und gutmütig wären, wäre es ja gewiss zu recht scharfen Auseinandersetzungen gekommen nach dem 28. Juni. Der eine oder andere hat sich damit beruhigt, dass er sich sagt, die Sache wäre nur aufgeschoben, viele aber dürften endgültig und restlos das Vertrauen zur volksdeutschen Parteiführung verloren haben. Dafür gibt es auch verschiedene Auslassungen. Ein Volksgenosse in Apenrade äusserte z. B., dass ihn keine zehn Pferde wieder in eine volksdeutsche Versammlung hineinbrächten!

Ganz abgesehen aber von der Auswirkung auf die deutsche Bevölkerung hat diese Welle einen ungeheuren Schaden dadurch angerichtet, dass sie natürlich nicht den Dänen unverborgen blieb. Auch sie waren von einer starken Unruhe erfasst, sodass sogar das dänische Militär und die Polizei in Bereitschaft gehalten wurden. Sie triumphieren heute natürlich.

Die Entwicklung der Dinge wird wahrscheinlich zu einem verschärften Boykott der Deutschen durch die Dänen führen.

Heil Hitler!

Hesse.

## 37.

### Konsularagent Lundbergs beretning om 28. juni 1940.

[1940].

#### Der erwartungsvolle 28. Juni 1940.

Der Tag ist in Sonderburg ruhig verlaufen. In dem Glauben, dass an dem Tage die Rückgliederung Nordschleswigs an Deutschland erfolgen würde, hatten vielleicht ca. 90 % der NSDAPN und auch viele andere Volksgenossen Hakenkreuzfahnen angeschafft und Flaggenstangen errichtet<sup>1)</sup>, um den Tag, auf den wir jahrelang gewartet haben und der nun endlich angebrochen war, mit Fahnschmuck feierlich zu begehen.

Als aber am 28. Juni nichts geschah, sah man unter den Volksgenossen vielfach enttäuschte Gesichter, bis auf die wenigen, die nicht so recht an die Abtretung, grade an diesem Tage, glaubten.

Die Hochspannung, sowohl bei den Deutschen als wie auch bei den Dänen, hat sich schnell gelegt. Während die Deutschen Volksgenossen wegen des politischen Fehlschlages enttäuscht waren, lachen die Dänen über unser politisches Missgeschick. Aber ihr Lachen verheisst uns nichts Gutes und wenn sie die Macht hätten uns für die ausgestandene Angst der letzten Tage zu schädigen, dann hätten wir bestimmt von ihnen nichts Gutes zu erwarten.

Wer nicht an die zu erwartende Begebenheit glaubte, wurde beinahe als „Aussen-seitler“ dahingestellt, und als ich einem Amtswalter gegenüber anderer Meinung war, sagte der Betreffende zu mir: „Glauben Sie denn etwa Dr. Möller wird uns zum Narren halten.“ So dachten nicht nur einzelne, so dachten viele, und man versucht sich nun mit allen möglichen Redensarten über die Enttäuschung hinwegzusetzen.

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir durch diese verfrühte Demonstration einen grossen Rückschlag zu verzeichnen haben und alle Schichten der deutschen Bevölkerung werden es mehr oder weniger zu spüren bekommen. Allerdings nicht in voller Auswirkung solange die deutschen Truppen noch im Lande sind, aber die Boykottbewegung der Dänen den deutschen Handwerkern und Kaufleuten und Arbeitern gegenüber, wird sich jedenfalls verschärfen. Für die deutschen Gewerbetreibende kann das verhängnisvoll werden, denn von der deutschen Kundschaft allein, können sie schwerlich existieren.

Man fragt sich jetzt allgemein, wer für dieses Gerücht und die dadurch entstehenden Folgen die Verantwortung trägt, zumal von der Parteileitung nichts geschehen ist um dieses Gerücht abzublasen.

Die Kluft zwischen beiden Volksgruppen ist durch diesen Akt bedeutend vertieft worden und den Volksdeutschen hat dieses politische Fiasko sicherlich keinen Gewinn gebracht.

C. Lundberg.

<sup>1)</sup> I „Nordschleswigsche Zeitung“ fandtes den 22. juni 1940 følgende annonce: „Hakenkreuzfahnen 70×110 cm auf Lager. Grössere Fahnen auf Bestellung. Clausen, Kastanienallee 18. Sonderburg“.

## 4. Fra 29. juni 1940 til 28. aug. 1943.

## 49.

## Rimanns artikel i „Deutsche Arbeit“ angående stillingen i Nordslesvig.

Juni 1940.

## Zur Lage in Nordschleswig

von Waldemar Rimann

Die militärischen Ereignisse seit dem 9. April haben einen tiefen Einschnitt in die äusserlichen Beziehungen *Skandinaviens* zu *England* zur Folge. Die skandinavischen Völker besannen sich auf ihr Verhältnis zum *Deutschen Reich* und *Volk*. Der feste Wille des Reiches, schon jetzt in Kriegszeiten die Beziehungen zu seinen Nachbarn so zu gestalten, dass für die Zukunft eine *harmonische Entwicklung* gesichert scheint, ist bei dieser Kritik der skandinavischen Völker der beste Helfer gewesen. Die über den Briefwechsel zwischen dem Führer und dem schwedischen König veröffentlichte Notiz sowie die Erwähnung der schwedischen Politik in der Erklärung der Reichsregierung vom 27. April haben daher auch in der schwedischen Öffentlichkeit eine so günstige Aufnahme gefunden, wie es selten bei deutschen politischen Erklärungen der Fall gewesen ist. Die Beziehungen zu Dänemark wurden in den ersten vierundzwanzig Stunden der deutschen militärischen Sicherungsmassnahmen insbesondere durch das deutsche Memorandum, das der dänischen Regierung überreicht wurde, klargestellt. Das Bewusstsein, als kleines Volk neben einem grossen nicht mehr darauf angewiesen zu sein, einen völkischen Erhaltungskampf, sei es mit der Waffe, sei es in anderer Form, führen zu müssen, hat die Einstellung des gesamten dänischen Volkes bestimmt. Selbstverständlich ist auch die Frage *Nordschleswigs* nicht ausserhalb der erhobenen Betrachtungen geblieben. War dies doch schon immer ein heikler Punkt, der besonders von den Gegnern einer deutsch-dänischen Annäherung als unüberwindbares Hindernis bezeichnet wurde. Jede Debatte über die territoriale Seite des Problems Nordschleswig ist dann durch das deutsche Memorandum einhellig abgeschnitten worden.

Die *deutsche Volksgruppe* in *Nordschleswig* fühlt sich derart mit dem Reich und dem deutschen Volk verbunden, dass sie die selbstverständlich bisher diskutierten Fragen und damit ihr eigenes Schicksal nur im Rahmen der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches sah. Selbstverständlich hat sie die deutschen Truppen, die zur Wahrung der Neutralität Dänemarks durch- und einmarschierten, mit jubelnder Begeisterung begrüsst. Und es gibt wohl niemanden, der nicht verstehen könnte, dass die feldgrauen Uniformen die Erinnerung an die Zeiten bis zur Abtretung 1920 wachriefen. Politische Wünsche sind mit dieser Erinnerung und mit dieser Begeisterung nicht zum Ausdruck gekommen. Wohl aber hat an vielen Stellen der deutsche Nordschleswiger, der selbstverständlich jedem deutschen Soldaten gerne ein Quartierwirt war, die *Brücke* von diesem *zum Dänen* schlagen helfen. Darin sieht die deutsche Volksgruppe auch für die Zukunft ihre Aufgabe. Sie erkennt, dass sie an einer Stelle steht, wo Deutschtum und Dänentum sich unmittelbar berühren, und dass die Aufgabe aller derjenigen, die in diesem Raum leben, nur darin liegen kann, dass an den Berührungsstellen der beiden Völker nicht ein Abgrund, ein unüberwindliches Hindernis entsteht. Durch ihre Lage im dänischen Staat hat die Volksgruppe besser als manche anderen Deutschen die Ereignisse des 9. April so sehen können, wie sie das dänische Volk sieht. Sie hat, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, auch mit diesem zusammen die kommende Entwicklung zu tragen. Sie hat zusammen mit dem ganzen dänischen Volk die Tatsache zu würdigen gewusst, dass Dänemark durch die rasche deutsche Besetzung davon verschont geblieben ist, Kriegsschauplatz zu werden, und dass das kluge Verhalten der dänischen Regierung das Blutvergiessen unter zwei benachbarten Völkern vermieden hat, zwischen denen keine Gegensätze bestehen.

Die *Bedeutung* der deutschen Volksgruppe geht also über ihre unmittelbare Heimat hinaus. Dieses ist angesichts der grossen Planung eines neuen Ostens völlig belanglos. Aber es ist von Bedeutung, dass in diesem Raum, in welchem sich das deutsche und das dänische Volk berühren, das *Zusammenleben in den Formen gegenseitiger Achtung* vor sich geht. Die deutsche Volksgruppe ist sich bewusst, dass sie in Nordschleswig der Repräsentant des gesamten deutschen Volkes gegenüber seinem nordischen Nachbarn ist und daher verpflichtet ist, ein *würdiger* Repräsentant zu sein. Das Festhalten am Volkstum und die Wahrung aller Volkstumsrechte ist für diese Aufgaben Voraussetzung, und die gegenseitige Achtung hat auch diese Dinge zu umschliessen.

Auch von dänischer Seite sind die Blicke auf Nordschleswig gerichtet. Die öffentliche Auseinandersetzung lässt dabei erkennen, dass die von der Volksgruppe eingenommene Stellung richtig verstanden ist. Natürlich fehlt auch hier und da nicht ein scharfes Wort, aber es wird in den meisten Fällen nicht zum unbegründeten Angriff benutzt, sondern zum Hinweis auf die beiderseitige Verpflichtung zur Disziplin in der gegenwärtigen Lage. So fällt der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig eine besondere Aufgabe zu, die ihr als Teil des Gesamtvolkes obliegt. So wie sie sich bisher als Teil des Ganzen gefühlt hat, übernimmt sie diese Aufgabe freudig und in dem stolzen Bewusstsein der Verantwortung und des Gefühls ihres Einsatzes für die Gesamtheit.

## 50.

### Optegnelse af Meissner og von Löw angående det nordslesvigske spørgsmål.

10. juli 1940.

#### Aufzeichnung.<sup>1)</sup>

*Betrifft:* Innerpolitische Auseinandersetzungen Dänemarks im Lichte des dänisch-deutschen Zukunftsverhältnisses.

... Die Nordschleswig-Frage, die in allen Teilen des dänischen Volkes aufgrund der jahrzehntelangen Auseinandersetzung lebendig ist, bildet bei einer wirklichen dänisch-deutschen Annäherung ein entscheidendes Problem. Eine territoriale Rückgliederung Nordschleswigs an das Reich würde im ganzen dänischen Volk auf Jahre hinaus das Gefühl einer ungerechtfertigten nationalen Kränkung unter Missbrauch der Macht schaffen und den Kreisen, die für eine Annäherung mit Deutschland arbeiten, ihre Arbeit sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Es ergibt sich die Frage, ob bei einer weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen engen Eingliederung Dänemarks in die neue europäische Ordnung unter Führung Deutschlands ein Aufgreifen des Nordschleswig-Problems im Sinne grösserer territorialer Forderungen erforderlich ist, da ja für die deutsche Volksgruppe unter diesen Voraussetzungen die hemmenden Faktoren für die Gestaltung ihres Eigenlebens fortfallen und sie ausserdem bei einer anzustrebenden Vertiefung des deutschen Einflusses in Dänemark gerade innerhalb der dänischen Grenze eine grosse Zukunftsaufgabe hätte.

*Berlin, den 10. Juli 1940.*

gez. Meissner  
Legationssekretär.

gez. von Löw  
SS-Sturmbannführer im Sicherheitsdienst des  
Reichsführers SS.

<sup>1)</sup> Dokumentet optrykkes in extenso i ber. XIII.

## 51.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående samtale med Scavenius  
om det nordslesvigske spørgsmål.**

11. juli 1940.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 11. Juli 1940.

Nr. Pol 3/230

*Inhalt:* Unterhaltung mit dem neuen  
dänischen Aussenminister.

**Geheim!**

Im Anschluss an das Telegramm  
Nr. 774 vom 9.7.

Der neue dänische Aussenminister Eric von Scavenius suchte mich gestern auf, um die erste amtliche Fühlung mit mir aufzunehmen. ...<sup>1)</sup>

... Eine grosse Schwierigkeit sah Herr von Scavenius in der Nordschleswig-Frage. Er hätte früher die dänische Regierung gedrängt, sich mit Deutschland unmittelbar zu verständigen. Er habe aber leider taube Ohren gefunden. Die Frage jetzt als Einzelfrage aufzugreifen hält er für schwer tragbar für jede dänische Regierung. Falls Deutschland nicht darauf verzichten könne, das Problem erneut zur Diskussion zu stellen, wäre es noch am besten, dies im Zuge der Neuordnung Europas zu tun....

gez. v. **Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Dokumentet optrykkes in extenso i ber. XIII.

## 52.

**Sonnleithner til statssekretæren: Renthe-Fink skal have anvisning på overfor  
den nye danske udenrigsminister at vise tilbageholdenhed i det nordslesvigske  
spørgsmål.**

16. juli 1940.

Zu Nr. Pol 3/230 v. 11.7.40.

**Vermerk.**

*Für Staatssekretär:*

Der Herr RAM bittet Sie, Gesandten von Renthe-Fink anzuweisen, dass er die Fühlungnahme des neuen dänischen Aussenministers dilatorisch behandeln möge, sich aber insbesondere in der nordschleswigschen Frage bei voller Zurückhaltung jeder Einmischung enthalten und sich auf die Berichterstattung an das Amt beschränken möge.

*Fuschl, den 16. Juli 1940.*

**Sonnleithner.**

## 53.

**Optegnelse om den tyske folkegruppe i Nordslesvig.**

[Før 24. juli 1940?].

e. o. Kult A 2120 (g)

**Aufzeichnung  
betreffend deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.<sup>1)</sup>***Grösse der Volksgruppe.*

Die Grösse der deutschen Volksgruppe wird auf 50 000 Köpfe geschätzt. (Die dänische Volksgruppe in Deutschland beträgt ca. 5 000 Köpfe).

Die Zahl von 50 000 ist eine Mindestzahl. Es kommt eine zahlenmässig nicht feststellbare Zwischenschicht hinzu. Diese ergibt sich aus der Tatsache, dass die 53jährige Zugehörigkeit Nordschleswigs zu Deutschland nicht genügt hatte, um die Gesamtbevölkerung dem deutschen Volkstum zu gewinnen. Die Trennungslinie ging zum Teil mitten durch die Familien hindurch, wobei die jüngere Generation sich teils ganz zum Deutschtum bekannte oder doch bereits sehr erhebliche Sympathien erworben hatte. Es ist ferner zu beachten, dass seit dem Diktat von Versailles unter dem Druck der politischen Verhältnisse eine erhebliche Zahl von Deutschen zur Abwanderung nach dem Reich gezwungen war.<sup>2)</sup>

*Geografische Verbreitung.*

Der Raum zwischen der gegenwärtigen Reichsgrenze und der sogenannten Tiedjelinie kann vollständig als deutscher Volksboden in Anspruch genommen werden. Von dort aus nach Norden in die Königsau hinein wird die deutsche Besiedlung weniger dicht.

*Biologische Verhältnisse.*

Der Gesundheitszustand der Volksgruppe ist genügend, die Volksvermehrung hält sich in den Grenzen, die bei den Nordgermanen allgemein zu beobachten sind.

*Berufsgliederung.*

In der Volksgruppe sind alle Berufe vertreten. Das Bauerntum steht im Vordergrund.

*Konfessionelle Gliederung.*

Die Volksgruppe ist fast durchweg evangelisch und besitzt namentlich auf dem Lande eigene Kirchengemeinden. Diese haben ihren organisatorischen Zusammenhang mit der Deutschen Evangelischen Kirche (Schleswig-Holsteinische Synode und Kirchliches Aussenamt der Deutschen Evangelischen Kirche) nicht gelöst und erhalten von hier aus Beihilfen.

*Politische und kulturelle Lage.*

Die Volksgruppe ist durch einen Abgeordneten (z.Zt. Dr. Möller) im dänischen Reichstag vertreten. Ihre kulturelle Lage ist besser als die der anderen deutschen Volksgruppen. Die Volksgruppe besitzt eigene Schulen, zu deren Unterhalt von Deutschland aus Beihilfen gewährt werden, was der Dänischen Regierung inoffiziell bekannt ist. Es haben auch verschiedentlich Aussprachen über das deutsche Schulwesen in Nordschleswig zwischen unserem Gesandten und Vertretern des Reichserziehungsministeriums einerseits und Vertretern der Dänischen Regierungsstellen andererseits stattgefunden. Wenn

auch die kulturelle Lage sich günstig von der anderer deutscher Volksgruppen unterscheidet, so ist doch von dänischer Seite die allgemeine Tendenz unverkennbar, unter Ausnutzung der finanziellen Schwierigkeiten auf Seiten der deutschen Volksgruppe, die Schulen und andere kulturelle Einrichtungen in den Dienst einer allmählichen Assimilation zu stellen.

#### *Wirtschaftliche Lage.*

Die wirtschaftliche Lage der Volksgruppe wird durch die Dauerkrise der dänischen Landwirtschaft gekennzeichnet. Diese hat insbesondere darin ihren Grund, dass England als Hauptabnehmer zu niedrige Preise zahlte. Gegenwärtig wird die Volksgruppe von der durch die Kriegslage hervorgerufenen allgemeinen Absatzstockung stark in Mitleidenschaft gezogen.

Von dänischer Seite wird die schlechte Lage der Landwirtschaft weitgehend dazu ausgenutzt, um deutschen Bauernboden in dänische Hände zu bringen. Seit dem Diktat von Versailles ist bereits  $\frac{1}{3}$  des deutschen Bodens in dänische Hände übergegangen. In der gleichen Richtung nutzen die Dänen die sogenannten Meliorationskredite aus, durch welche die deutschen Bauern in Zahlungsschwierigkeiten gebracht werden. Die dänische Tendenz, den deutschen landwirtschaftlichen Boden in dänische Hände zu bringen, hat auch mit der Besetzung Nordschleswigs durch die Deutsche Wehrmacht keineswegs ein Ende gefunden.

#### *Organisation der Volksgruppe.*

Die deutsche Volksgruppe ist in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Nordschleswigs (NSDAPN) organisiert. Der Führer der Organisation ist der Abgeordnete Dr. Möller. Die NSDAPN zählte ca. 4500 Mitglieder, zu denen noch die Jugendorganisation und die Frauenschaft mit je 2500 Mitgliedern kamen. In letzter Zeit ist die Organisation in raschem Wachsen begriffen.

Das Presseorgan der Volksgruppe ist <sup>3)</sup> . . . .

#### *Eventuelle Lösungsmöglichkeiten. <sup>4)</sup>*

Die Deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum vom 4. Mai 1940 Dänemark die Respektierung seiner territorialen Unversehrtheit und seiner Souveränität zugesichert. Andererseits stellt das Diktat von Versailles, auf dem die gegenwärtige deutsch-dänische Grenze beruht, einen Gewaltakt dar. Um zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zu gelangen steht es der Deutschen Regierung selbstverständlich frei, der Dänischen Regierung eine gütliche Einigung über eine neue Grenzziehung vorzuschlagen.

Zweifelloos ist das Verhalten der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs gegenüber unserer Volksgruppe seit dem Einmarsch nicht einwandfrei. Die Mitglieder unserer Volksgruppe werden von dänischer Seite geschäftlich und im persönlichen Verkehr boykottiert und gemieden. Das Vorgehen gegen den deutschen Grundbesitz, das bereits zum Verlust von einem Drittel der deutschen Bodenfläche geführt hat, wird weiter fortgesetzt. Obwohl ein freundschaftliches Verhalten unserer Volksgruppe gegenüber den deutschen Truppen selbstverständlich ist, werden die Mitglieder unserer Volksgruppe polizeilich bespitzelt und es gelangen immer wieder Drohungen an sie, dass man sich nach dem Abzug der Truppen schwer an der deutschen Volksgruppe rächen werde. Es hat daher allgemeine Unsicherheit und Besorgnis in der deutschen Volksgruppe um sich gegriffen und sie zu der Überzeugung gebracht, dass sie sich nach einem eventuellen Abmarsch der Besatzungstruppen nicht mehr halten können.

Bezeichnend für diese dänische Einstellung ist auch das Verhalten der dänischen Minderheit in Deutschland.

Das Presseorgan der dänischen Minderheit bedauerte es nach der erfolgten Besetzung Dänemarks, dass die dänische Armee sich nicht zum Kampf gestellt habe und machte ihr Vorwürfe wegen dieses Verhaltens. In der Jahresversammlung der dänischen Minderheit bezeichneten alle Redner den Tag des deutschen Einmarsches als den schwärzesten Tag der dänischen Geschichte. Es wurde auch hervorgehoben, dass die Mitglieder der dänischen Minderheit gezwungen seien, für eine fremde Sache ins Feld zu ziehen.

Sollte es nicht zu einer gütlichen Einigung über die Grenzverlegung kommen, so würde uns das Verhalten, das die dänische Bevölkerung seit dem Einmarsch an den Tag legt, dazu zwingen, die Sachlage zu überprüfen. Die Sicherheit unserer Volksgruppe wird jedenfalls eine Räumung Nordschleswigs nicht gestatten und wir würden gezwungen sein, die Rückgliederung als Forderung zu erheben.

Die Rückgliederung des ganzen Gebietes, das wir durch das Diktat von Versailles verloren haben, würde unseren Volkstumsansprüchen am vollständigsten Rechnung tragen.

Für den Fall, dass höhere politische Erwägungen (Herstellung eines Ausgleichs, um die Voraussetzungen für eine dauernde Verbundenheit Dänemarks<sup>5)</sup> mit dem Reich zu schaffen) die vollständige Rückgliederung untunlich erscheinen lassen, ist in der deutschen Volksgruppe eine Zwischenlösung erwogen worden. Das Gebiet bis zur sogenannten Tiedje-Linie müsste jedenfalls wieder zum Reich kommen. Innerhalb<sup>6)</sup> der Zone zwischen der Tiedje-Linie und der alten Reichsgrenze könnte durch eine teilweise Umsiedlung ein Bevölkerungsaustausch stattfinden u. dadurch<sup>6)</sup> eine klarere Volkstumsgrenze geschaffen werden, die dann die Reichsgrenze sein würde.

Besondere Verhältnisse liegen für die Insel Alsen vor, wo unser Volkstumsanspruch verhältnismässig schwach begründet ist. Die strategischen Erwägungen stehen hier im Vordergrund.

1) Optegnelsen består af to dele. Første afsnit slutter med: *Das Presseorgan der Volksgruppe ist* (se note 3) og er skrevet på en anden skrivemaskine end den øvrige del. Det er derfor meget muligt, at de to dele ikke fra først af har udgjort en enhed.

Øverst til venstre på aktstykket er gjort følgende håndskrevne bemærkning: *Nebst 5 Abschriften zdA. Goe[cken]*<sup>24/7</sup>. Iøvrigt mangler optegnelsen enhver datering, men dens indhold og plads i arkivet synes dog nærmest at tyde på, at den er blevet til i 1940. Politiet har foretaget afhøringer af de embedsmænd i AAs kulturafdeling, som kunne tænkes at kende til den. von Twardowski, der var leder af kulturafdelingen, tror, at den er skrevet i 1941 eller 1942. Regeringsråd, dr. Goecken hælder til den samme anskuelse, men tør dog ikke udelukke efteråret 1940 som affattelsestid. von Twardowski mener, at blæktilføjelserne (se note 2—5) skyldes dr. Max Lorenz, der var „Referatsleiter“, men denne kan ikke udtale sig om, hvem der har ført dem i pennen. Iøvrigt har Goecken overfor politiet oplyst, at han ikke ved noget om optegnelsens tilblivelse, men at han kan tænke sig, at AA fra et partikontor, måske Vomi, er blevet opfordret til at give en redegørelse for de faktiske forhold og for de eventuelle muligheder for en løsning af det nordslesvigske spørgsmål. Betegnelsen e.o. (ex officio) øverst til højre viser, siger han, at der ikke overfor AA er fremsat nogen skriftlig anmodning om udfærdigelsen af optegnelsen; (g) angiver, at den er blevet behandlet som „Geheimsache“. Hans egen påskrift: zdA (zu den Akten) betyder, at sagen er blevet henlagt. For landsretten har Rimann den 1. april 1949 forklaret, at betænkningen ikke er affattet i Vomi, og han mener ikke, den stammer fra folkegruppen.

2) Stykket: *Es ist jerner . . . . gezwungen war* er en håndskreven tilføjelse.

3) Der følger herefter to håndskrevne, ulæselige ord.

4) For landsretten har dr. Møller den 30. marts 1949 udtalt, at det må være Lanwer, der har nævnt disse muligheder for en kompromisløsning overfor Auswärtiges Amt. En sådan løsning har ikke været drøftet indenfor folkegruppeledelsen. Hvis den her angivne datering er rigtig, kan Lanwer selvfølgelig ikke være ophavsmand til denne del af optegnelsen.

5) Ordet tilføjet med håndskrift.

6) Ordene: *ein Bevölkerungsaustausch stattfinden u. dadurch* tilføjet med håndskrift. Disse ord og de i note 5 nævnte to ord er skrevet af samme person, mens de i note 2 og 3 nævnte tilføjelser må være foretaget af to andre personer.

## 54.

**Konsul Lanwer til Schaller angående dr. Möllers udtalelser om  
grænseflytning.**

5. aug. 1940.

5. August 1940

An

Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Schaller  
in Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft

*Lieber Schaller!*

2. Vor einigen Tagen erfuhr ich, dass Dr. Möller auf einem Parteiabend am 28. Juli in Kjelstrup bei Hadersleben folgendes gesagt hat:

„Man spricht viel von der Grenze. Einige sagen, sie käme bei Apenrade zu liegen, andere behaupten bei Hoptrup usw. Das ist alles Unsinn, als Grenze kommt nur die Königsau in Frage. *Ich glaube das nicht nur, ich weiss es.* Kaufen Sie sich ruhig Ihre Flaggen und Fahnenstangen.“

Ich bin der Sache zunächst sorgfältig nachgegangen und erhielt sie gestern von Herrn Stehr, der auf dem Parteiabend zugegen war, wörtlich bestätigt. Er fügte noch hinzu, dass Dr. Möller zwar nichts über die Grenzziehung wisse, die Äusserung jedoch aus propagandistischen Gründen (er sprach im Haderslebener Bezirk!) für nötig halte.

Ich weiss nicht, ob man Herrn Dr. Möller diese in der augenblicklich angeordneten zweimonatigen Schweigeperiode<sup>1</sup>) zweifellos unklugen Äusserung allzusehr verübeln darf. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass es für eine Volksgruppenführung ein fast widernatürliches Verbot ist, über die glühendste Aufgabe ihrer Arbeit kein einziges Wort mehr reden zu dürfen. Theoretisch wohl sehr gut denkbar, doch „hart im Raum stossen sich Gedanken“. Nach meiner privaten völlig unmassgeblichen Ansicht werden Übergriffe wie die von Dr. Möller auch künftig wohl kaum ausbleiben können, wenn die politische Parole für die nordschleswigsche Frage (jedenfalls für die Erörterung innerhalb der Volksgruppe) nicht abgeändert wird. Meines Erachtens wäre schon geholfen, wenn man zur Erörterung freigibt die Tatsache, dass die Grenzziehung gegen den Willen einer grossen deutschen Minderheit durchgesetzt worden ist und auch in wirtschaftlicher Hinsicht ungesund war. Auch die Feststellung, dass die neue Grenze von den Westmächten Deutschland aufgezwungen und nicht zwischen Deutschland und Dänemark frei vereinbart worden ist, wäre doch nur eine objektive Betrachtung. Und wenn man an diese beiden Tatsachen die Forderung anknüpft, dass dieser Mangel — selbstverständlich im Wege friedlicher Regierungsverhandlungen von Land zu Land — geheilt werden muss, so dürfte das ein Kompromis sein zwischen Rücksichtnahme auf die dänische Empfindsamkeit und das Verständnis gegenüber der Volksgruppe. Natürlich müssten jegliche Erörterungen über die Grenze und alle pressepolitischen Kampagnen strikt unterbleiben; der Freibrief dürfte nur für die Veranstaltungen gelten. — Ich sehe ein, dass die Grenze zwischen „Gutem und Bösem“ in der Praxis wiederum sehr schwer zu ziehen sein wird. Auch entstammen meine Gedanken nicht etwa irgendwelcher Anregungen aus volksdeutschen Kreisen. Ich habe mich vielmehr lediglich restlos in die seelische Lage der Volksgruppe einzudenken und einen Weg zu finden versucht, um die unbedingt zu vermeidenden Äusserungen, wie die Dr. Möller's, künftig verhindern zu können.

Ich möchte auch bitten, Dr. Möller seitens der Gesandtschaft nicht besonders zur Rechenschaft zu ziehen, da der Vorfall bereits acht Tage zurückliegt. Sollte der Minister es jedoch für notwendig halten, so darf ich bitten, mich persönlich damit zu beauftragen, um ihm *beiläufig* im Laufe einer gesellschaftlichen Unterhaltung entsprechende Vorhaltungen machen zu können.

4. Mein Verhältnis zu den verschiedenen Volksgruppenführern bessert sich zusehends. Ein gewisses Hindernis erscheint mir allerdings die bisherige Gepflogenheit der Gesandtschaft zu sein, verschiedentlich *unmittelbar* mit den Amtswaltern zu verkehren. Ich denke hierbei an die im Auftrage der Gesandtschaft unternommene Informationsreise des Landrats Schröder, die zu einer umfassenden Denkschrift für den Herrn Gesandten geführt hat, und von deren Inhalt ich keine Ahnung habe (nebenbei nach Mitteilung von Herrn Stehr soll diese Denkschrift ausgesprochen „nordschleswigsch“ aufgezogen sein). Ferner denke ich an die telefonischen Anforderungen der Gesandtschaft an Herrn Stehr usw. Wäre es nicht möglich, dass das Konsulat schriftlich oder telefonisch Weisung bekäme, bei den einzelnen volksdeutschen Stellen einschliesslich Herrn Stehr bestimmte Dinge anzufordern. Auf diese Art und Weise würde auch gegenüber der Volksgruppenführung das Konsulat mehr in der Vordergrund gestellt werden.

Für heute darf ich dieses „Potpourri“ schliessen. . . .

m[anu] p[ropria]

L[anwer]

<sup>1)</sup> For underretten har dr. Møller den 27. april 1948 bestridt rigtigheden af Lanwers påstand angående hans udtalelser på Kelstrup-mødet. Han husker ikke mødet, men siger, at han slet ikke ville kunne fremsætte sådanne udtalelser, da han jo vidste, at forholdene lå lige modsat. Iøvrigt var der ikke fra tysk side givet ham noget tavshedspålæg. Stehr har samme dag udtalt, at han ikke erindrer at have talt med Lanwer om dr. Møllers tale i Kelstrup.

## 55.

### Vogelgesang til Vereinigte Finanzkontore angående forholdene i Nordslesvig.

9. aug. 1940.

G. VOGELGESANG  
Rechtsanwalt

Flensburg, den 9. August 1940.

*Vereinigte Finanzkontore  
G.m.b.H.  
Berlin.*

Die Stimmung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist ganz erheblich gesunken. Man hat das Gefühl, als werde kein einheitlicher Kurs verfolgt, und als sei die Entscheidung in weite Ferne gerückt. Diese innere Unruhe gibt zu mancherlei äusseren Unzuverlässigkeiten Anlass. Ich habe nicht die Zeit, das Nachstehende einheitlich zu verarbeiten und muss mich darauf beschränken, Beobachtetes und Gehörtes kurz wiederzugeben und muss es den Herren dort überlassen, aus diesen Mosaiksteinen sich ein einheitliches Bild zu machen.

Unmittelbar nach dem 9. April fanden zunächst in der deutschen Volksgruppe, hernach aber auch im alten Dänemark Aushebungen junger Leute für die SS-Schule in Klagenfurt statt. Man nahm das allgemein als Zeichen dafür, dass es dem Reich oder doch wenigstens der SS daran liege, eine auserwählte Schar einheimischer Leute zu bilden, die bei politischen Veränderungen in Nordschleswig einsatzbereit sein solle. Es hat uns deshalb mit Verwunderung erfüllt, dass man jetzt in Klagenfurt auf diese unsere junge Mannschaft einen starken Druck ausübt dahingehend, dass die jungen Leute die deutsche Staats-

angehörigkeit erwerben sollen. Zunächst sollen sich nur 11 bereit erklärt haben, während die anderen antworteten, sie wollten wohl deutsch werden, aber nur mit Nordschleswig zusammen, denn sonst könnten sie nicht in ihre Heimat zurückkehren. Der Druck scheint sich so verschärft zu haben, sodass die, die zunächst ablehnten, als nicht vollwertig angesehen wurden. Wieviele nun hernach dem Druck noch nachgegeben haben, ist noch nicht bekannt geworden. Ich erfahre heute vom Prok. Petersen der Apenrader Bank, dass 93 Leute aus Klagenfurt wieder nach Nordschleswig zurückkehren, darunter die Hälfte Angehörige unserer Volksgruppe, die es endgültig abgelehnt haben, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Es soll zu Auseinandersetzungen über diese Frage gekommen sein zwischen dem Kommandanten in Klagenfurt und Dr. Möller, ohne dass die Herren zu einer Verständigung gekommen sind.

Wir sehen es natürlich sehr ungern, wenn unser bäuerlicher und handwerklicher Nachwuchs der Heimat dauernd entzogen wird, solange es nicht feststeht, ob Nordschleswig ganz oder zum grossen Teil wieder deutsch wird, oder ob unserer Volksgruppe auch späterhin noch Aufgaben unter dänischer Herrschaft gestellt werden. Wenn man nicht an eine Grenzverschiebung, sondern nur an eine, den meisten von uns noch unfassliche Umsiedlung denkt, kann man das Klagenfurter Vorgehen vielleicht<sup>1)</sup> verstehen. Soll unsere Volksgruppe aber weiter als deutsche Minderheit unter dänischer Herrschaft leben, dann ist der jetzige Aderlass nicht zu billigen.

Freilich können wir uns noch keine Möglichkeit denken, als deutsche Volksgruppe unter dänischer Herrschaft zu bleiben und unser Leben dort zu fristen. Man soll die dänischen Nordschleswiger und die Reichsdänen nicht östlichen Völkern gleichstellen, die wohl rasch zum Messer greifen, hernach aber sklavisch sich neuen Verhältnissen fügen. Der uns von allen Seiten androhte künftige Boykott wird für unsere Volksgruppe verderblich sein, im wahrsten Sinne des Wortes. Er wird auch die Gefahr des Zusammenbruchs des deutschen kulturellen Lebens nach sich ziehen, weil die wirtschaftliche Not dann viele Volksgenossen zwingen wird, allen deutschen Veranstaltungen fernzubleiben, insbesondere auch ihre Kinder aus der deutschen Schule zu nehmen usw.

Wir wissen nicht, von welcher Seite die Parole: der 28. Juni: ausgegeben wurde, doch muss man wohl davon ausgehen, dass Dr. Möller sie nicht aus seiner eigenen Brust geschöpft hat. Dass die damals diesseits und jenseits der Grenze hochgespannten Hoffnungen nicht erfüllt sind, hat der Stimmung in Nordschleswig grossen Abbruch getan. Das Vertrauen, namentlich der weniger gebildeten Kreise, ist stark erschüttert. Dr. Möller hat deshalb, wie ich Herrn Orth schon schrieb, versucht, wenigstens bei der Landbevölkerung die Stimmung wieder zu heben, dadurch, dass er verkündete und verkünden liess, die deutsche Regierung werde keine Zwangsversteigerung eines deutschen Hofes in Nordschleswig mehr zulassen. Das wurde amtlich auch allen Zellenwärtinnen mitgeteilt. Auch hier scheint man über das Ziel hinausgeschossen zu haben. Jetzt hat Herr Stehr die unangenehme Aufgabe, die Bauern zu beruhigen und ihnen zu sagen, es sei zwar eine Aktion nach dieser Richtung hin eingeleitet, aber in den nächsten 5—6 Wochen werde man davon keinen Erfolg erwarten können. Auch diese Parole scheint nicht innerhalb der agrarpolitischen Kreise geblieben zu sein. Mir wurde heute von Herrn Petersen, Apenrade, mitgeteilt, dass der Ortsgruppenleiter von Tondern daraufhin seinen Leuten erklärt hätte, nun würde nach Ablauf von 6 Wochen Deutschland in Nordschleswig eingreifen und dann würde die Nordschleswigsche Frage zu Gunsten der deutschen Volksgruppe gelöst werden. In Tondern herrscht darüber grosse Freude, in Apenrade und Gravenstein aber Kopfschütteln.

Erstaunen — wenigstens bei nachdenklichen Leuten — hat auch die Rede des Dr. Möller bei der deutschen Versammlung in Kjelstrup Kr. Hadersleben erregt, wo er erklärt hat, er hoffe nicht und er glaube nicht, sondern er wisse ganz bestimmt, dass Nordschleswig wieder deutsch würde. Es werde zwar südlich und nördlich der jetzigen Grenze von allerlei Linien in Nordschleswig gesprochen; wenn das aber ein Mitglied der deutschen Volksgruppe täte, so wäre das Verrat. Die Zuhörer haben diese Rede nicht anders aufgefasst, als dass nun Nordschleswig bis zur Königsau bestimmt wieder dem Reich einverleibt werde.

Mein Gewährsmann — eben der zum Parteirat gehörende Bankprok. Petersen — war über alle diese Unruhe sehr betrübt und sieht ihren Grund darin, dass auch südlich

der Grenze keine einheitliche Linie innegehalten würde. Infolgedessen wäre das auch für Dr. Möller unmöglich. Sollte es nicht möglich sein, dass an alle für Nordschleswig jetzt interessierten Stellen, die ja sicherlich das Beste wollen, eine gleichlautende Parole ausgegeben wird, sich jeglicher Prophezeiungen und jeglicher voreiliger Massnahmen zu enthalten, bis die Entscheidung wirklich vorliegt und veröffentlicht werden kann. Es geht nicht an, — wie Petersen sagte — dass in Flensburg das eine, in Hamburg das andere gesagt würde und ausserdem noch von Berlin und anderswo her quergeschossen wird.

Auch auf unserem Arbeitsgebiet — so klagte Herr Stehr bei der Aussprache, die ich mit ihm kürzlich herbeiführte — wäre offenbar die Verbindung zwischen den Finanzkontoren, den Parteidienst- und amtlichen Stellen nicht so eng, wie es für die Ruhe auf unserem Arbeitsgebiet nötig wäre. Es kann, und ich darf mich ihm anschliessen, nicht von einer Stelle eine Ansicht ausgesprochen und eine Parole herausgegeben werden, die der anderen ganz unbekannt sind, wie es doch geschehen ist, als man mir jeglichen Bodenverlust verbot, während mein Prokurist im Namen der Partei und des agrarpolitischen Amts und angeblich im Einvernehmen mit parteipolitischen Stellen im Reich, bereit war, Bodenverlust in Kauf zu nehmen, ja geradezu, herbeizuführen, um auf diese Weise das Eingreifen der amtlichen Stellen in Berlin und Kopenhagen zu erzwingen, wobei diese amtlichen Stellen, soweit wir sehen, noch nicht einmal eine leise Ahnung von der ihnen zugeordneten Rolle hatten. Ich darf mir die dringende Bitte erlauben, wenigstens in der Bodenfrage alle einschneidenden Massnahmen vorher mit *allen* beteiligten Stellen zu besprechen und darüber Einigkeit zu erzielen, oder — wenn das nicht möglich ist — von der obersten Stelle einen für alle anderen beteiligten Dienststellen und Parteistellen bindenden Befehl geben zu lassen.

Ist Ihnen etwas davon bekannt, dass die Wirtschaftsberatungsstelle am 1. Okt. d.J. aufhört, als Parteidienststelle zu arbeiten. Angeblich ist eine solche Anordnung von Dr. Möller ergangen. Er soll sie dann aber widerrufen haben, aber Herr Petersen wusste nicht, was nun eigentlich werden sollte. Eine Änderung müsse eintreten. Dr. Christensen soll künftig als Privatmann bei der Vermittlung von Export- und Importgeschäften tätig sein. Da wir bisher mit der Wirtschaftsberatungsstelle in Bodenfragen viel zusammengearbeitet haben, bitte ich doch gütigst, in aller Stille bei der volksdeutschen Mittelstelle anzufragen, was es mit der Unruhe um diese Stelle auf sich hat. Es ist dabei — wie überhaupt — nicht wünschenswert und für meine Stellung und Arbeit hier in der Volksgruppe nicht vorteilhaft, meinen Namen zu nennen, wie ich ihn auch möglichst zu verschweigen bitte, wenn die Herren auf Grund meiner obigen Darlegungen irgendwelche Schritte ergreifen, oder Untersuchungen anstellen. Ich stehe selbstverständlich für das ein, was ich Ihnen schreibe, möchte aber — Sie werden das verstehen — noch im Hintergrund bleiben, solange es geht.

Mit Herrn Stehr habe ich eine Aussprache herbeigeführt, dass ein Gegeneinanderarbeiten, wie das in letzter Zeit beobachtet wurde, nicht angängig ist. Der in unserem Geschäftshaus bisher praktizierende Zahnarzt ist jetzt ausgezogen, ich habe Herrn Stehr diese Räume, die in der 1. Etage liegen, für seine Parteidienststelle überlassen. Nun aber will Herr Stehr, der früher — wenn ich die Trennung der Diensträume wünschte — immer auf diese Zimmer des Zahnarztes hingewiesen hatte, jetzt sehr ungern dort hinaufziehen. Er fürchtet dann jegliche Verbindung mit der Kreditanstalt zu verlieren. Diese Verbindung würde ich von mir aus längst aufgegeben haben, wie die Herren wissen, wenn nicht durch die Ereignisse des 9. April eine baldige endgültige Lösung uns in Aussicht gestellt wurde. Ich bin bei einem Gegeneinanderarbeiten, auch schon bei einem blossen Nichtmiteinanderarbeiten immer im Nachteil. Mein Prokurist, also die Parteidienststelle, sieht meine gesamte Korrespondenz und ist Vorgesetzter meiner Angestellten. Er weiss dementsprechend von allen meinen Plänen und Massnahmen, während mir die parteidienstliche Korrespondenz und die Ergebnisse der parteidienstlichen Verhandlungen vorenthalten werden. Es finden in meinem Büro, solange Herr Stehr dort sitzt, Besprechungen statt, die mein Arbeitsfeld berühren, von denen ich keine Ahnung habe. Mit Recht kann aber behauptet werden, dass die Kreditanstalt Bescheid gewusst hat, denn Herr Stehr als Prokurist der Anstalt war ja unterrichtet.

<sup>1)</sup> Læsningen af dette ord, der er skrevet til med blyant, er ikke helt sikker.

## 56.

## Vogelgesang til professor Otto Scheel angående Rimanns artikel i „Deutsche Arbeit“ og rygterne om grænseflytning.

23. sep. 1940.

GEORG VOGELGESANG  
Rechtsanwalt u. Notar.

Hadersleben, den 23. September 1940.  
Norderstr. 37.

(Uebersandt durch Herrn Direktor Orth, Flensburg.)

*Sehr geehrter Professor Scheel!*<sup>1)</sup>

Res ad triarios venit! würde Cäsar sagen, wenn er auf den heutigen Stand der nord-schleswigschen Frage einen Blick tun könnte. In der Monatschrift des VDA und der Deutschen Mittelstelle vom Juni 1940, die den Titel „Deutsche Arbeit“ trägt, ist ein Aufsatz unter der Ueberschrift „Zur Lage in Nordschleswig“ veröffentlicht, der bei der dänischen Presse natürlich Beifall gefunden hat, weil er scheinbar das Programm für die Entwicklung der deutschen Dinge in Nordschleswig enthält. Der Verfasser ist Herr Waldemar Rimann, Dezernent!! in der Volksdeutschen Mittelstelle für Nordschleswig.

Er verlangt, dass die deutsche Volksgruppe unter dänischer Herrschaft bleibt, und dass an der Grenze nicht gerührt werden darf, und beruft sich da auf das Memorandum, das die deutsche Regierung am 9. April 1940 überreicht hat. Darin heisst es am Schluss, dass Deutschland nicht die Absicht hat, durch seine Massnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark jetzt oder in Zukunft anzutasten. Wir Nordschleswiger haben uns damit getröstet, dass unsere Heimkehr ins Reich nicht durch die Massnahmen vom 9. April herbeigeführt werden sollte, sondern [durch] spätere Verhandlungen, und dass diese spätere Verhandlungen für das Reich unausweichlich wären, weil das Führerwort, alles Unrecht von Versailles wieder zu beseitigen, auch hier an der Nordgrenze eine Wiedergutmachung verlangt. Ausserdem ist, so meinen wir, seit 1920 von keiner Regierung im Reich die neue Grenze jemals anerkannt, so dass also in einer deutschen Erklärung, die vom Königreich Dänemark spricht, Nordschleswig nicht mit gemeint sein könnte.

Die Stellung der nationalsocialistischen Partei Nordschleswigs zu der Grenzfrage wird Ihnen bekannt sein. Hat doch Dr. Möller schon einmal auf einen bestimmten Tag, nämlich zum 28. Juni 1940, die Verwirklichung unserer Hoffnung in gewisse Aussicht gestellt, und er hat noch vor etlichen Wochen in Kjeldstrup bei Süderwilstrup erklärt, *er wisse bestimmt*, dass Nordschleswig wieder deutsch würde, und vor wenigen Tagen hat er in Rödding gesagt, dass die nordschleswigsche Frage unseren Wünschen entsprechend gelöst werden würde. So ist also unsere Hoffnung sozusagen parteiamtlich garantiert. Und nun wird dieser Artikel von Herrn Rimann hier in Nordschleswig bekannt! Dass er grosse Unruhe erweckt, ist bei der bisherigen Einstellung aller deutschen Nordschleswiger klar. Ich habe Dr. Möller und auch unseren Kreisleiter hier in Hadersleben auf den Artikel hin angesprochen und erfahren, dass ihnen schon im Mai das Kommen des Artikels bekannt war, und dass sie schon damals Herrn Rimann ihre andere Auffassung mitgeteilt hätten. Beide Herren lehnen unsere Sorge lächelnd ab und meinen, der Artikel hätte nichts zu bedeuten, er wäre durch die Ereignisse (welche?) überholt, und Herr Rimann hätte sicherlich seine Meinung auch schon geändert. Die Parteidisziplin ist wohl hier ein gewisses Hindernis dafür, dass wir den Artikel öffentlich kritisieren und unsere Meinung mit dem allmählich erforderlichen Nachdruck geltend machen. Von der Jugend können wir ja jedenfalls keine Hilfe erwarten, obwohl doch eine Entscheidung, wie Herr Rimann sie empfiehlt, ja sozusagen schon als gefällt hinstellt, einen Bruch mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung bedeutet, sowohl mit der Entwicklung seit 1920 als auch mit der seit Arrilds Zeiten her.

Wenn früher Schleswig in Not war und seine Recht angetastet werden sollten, dann ist die Landesuniversität auf den Plan getreten und hat mit der ganzen Kraft ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung die Rechte Schleswig-Holsteins vertreten. Ich bitte Sie als den führenden Historiker unserer Landesuniversität, also als den für solchen Kampf prädestinierten Dozenten, zu erwägen und, falls Sie Zweifel haben, mit anderen Herren zu besprechen, ob es jetzt nicht an der Zeit ist mit einer Veröffentlichung oder auch nur mit einem Memorandum an den Führer und seine Paladine hervortreten, um einmal die ganze geschichtliche Entwicklung vor und nach 1920 vorzulegen und Schleswig-Holsteins Rechte und damit Deutschlands Rechte auf Nordschleswig zu verfechten. Wenn Sie meinen, dass das nicht angebracht ist, so wären meine Freunde und ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns irgend einen anderen Weg zeigen würden, auf dem die Gefahr noch in letzter Stunde abgelenkt werden könnte.

Ein Stück des Heftes „Deutsche Arbeit“ lege ich Ihnen bei. Die Antwort auf diesen Brief wollen Sie gütigst an Herrn Direktor Orth, Westholsteinische Bank, Flensburg, senden. Er nimmt hin und wieder die Briefe für mich in Empfang, die wir nicht gern der dänischen Postzensur aussetzen wollen.

Heil Hitler

Ihr sehr ergebener

gez. Vogelgesang.

<sup>1)</sup> Vogelgesang har til rapport af 27. november 1945 forklaret, at han efter afsendelsen af brevet fik betænkeligheder, hvorfor han drøftede det med skibsreder Jebsen i Aabenraa, der straks erklærede, at det ikke burde have været afsendt. Vogelgesang prøvede derefter at få det standset. Professor Scheel svarede iøvrigt Vogelgesang ganske kort i et brev af 17. oktober 1940. Det hedder heri: „*Ich bin gern bereit, Ihre Anregungen mit den zuständigen Herren zu erörtern, weiss aber nicht, ob gegenwärtig etwas unternommen werden kann*“. Iøvrigt synes han, at Vogelgesang tillægger Rimanns artikel for stor betydning. Fire dage før havde professor Scheel i et brev til Ernst Schröder udtalt, at han mente at måtte meddele Vogelgesang, at Ausw. Amt i sin tid havde forbudt ham at berøre grænse- og revisionsspørgsmålet, når han tog ordet i Nordslesvig, og han kunne derfor ikke tænke sig, at universitetet kunne foretage sig noget i denne sag. Muligvis ville han dog udtrykke sig i mere almindelighed. Selv, tilføjer han, kunne han naturligvis intet som helst gøre.

## 57.

**Optegnelse vedrørende forhandlinger i Haderslev mellem Krahmer-Möllenberg, Dietrich, Vogelgesang og Stehr angående Vogelgesangs kritik af Rimanns artikel i „Deutsche Arbeit“.**

12. okt. 1940.

Anlage 2.

**Aktennotiz**

**betreffend die Kreditanstalt Vogelgesang.<sup>1)</sup>**

.....

Es ist zu erwarten, dass durch diese Neuregelung<sup>2)</sup> zukünftig ein einmütiges Zusammenarbeiten zwischen dem Agrarpolitischen Amt und der Kreditanstalt Vogelgesang gewährleistet ist, sodass Unzuträglichkeiten, wie sie sich im Anschluss an den Artikel des Herrn Rimann „Zur Lage in Nordschleswig“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Deutsche

Arbeit“ — im Juni 1940 — ergaben, vermieden werden. Der Tenor dieses Artikels hatte bei Herrn Rechtsanwalt Vogelgesang und seinem Aufsichtsrat keinen Wiederhall gefunden. Diese Herren waren vielmehr der Meinung, dass eine Demarche notwendig sei, um an zuständiger Stelle in Erfahrung zu bringen, ob bei richtigem Verstehen des Artikels Nord-schleswig endgültig bei Dänemark verbleiben soll. Es wurde ein Rundschreiben abgefasst, das in einer Druckerei zur Drucklegung gelangte. In diesem Rundschreiben, in welchem der Artikel von Herrn Rimann wiederholt wurde, wurde gegen den Inhalt desselben Stellung genommen und die politische Linie dieses Artikels kritisiert. Anhand dieses Rundschreibens sollten Unterschriften für eine Protestaktion gesammelt werden. Es wurde im Anschluss an die Generalversammlung der Höfeverwaltungsgesellschaft den Anwesenden vorgelegt mit der Bitte, sich der Einstellung des Rundschreibens anzuschliessen. Herr Assessor Stehr erkannte die Abwegigkeit dieser Aktion, weil sich die Höfeverwaltungsgesellschaft bzw. die Kreditanstalt Vogelgesang und ihr Aufsichtsrat in politische Zielsetzungen einmischten, die von der Volksdeutschen Mittelstelle aufgezeigt waren, und somit der Partei als Richtlinie gegeben waren. Herr Stehr forderte, dass das Rundschreiben zunächst dem Parteiführer Dr. Möller vorgelegt und von ihm genehmigt werden müsste, ehe es zum Gegenstand einer weiteren Aktion gemacht werden könnte. Das ist dann auch geschehen. Herr Dr. Möller hat auf das Rundschreiben keine Antwort gegeben. Die Angelegenheit ist durch mündliche Ausführungen von Herrn Dr. Krahrmer-Möllenberg zunichte gemacht worden. Herr Dr. Krahrmer-Möllenberg hat Herrn Rechtsanwalt Vogelgesang und den anwesenden Mitgliedern des Aufsichtsrats, dem Vorsitzenden Herrn Schmidt-Osterterp, ferner Herrn Kier und Herrn Bankdirektor Orth mit betonter Deutlichkeit klargelegt, dass die mit dem Rundschreiben verfolgte Absicht eine politische Aktion darstellt, die vollkommen ausserhalb der Zuständigkeiten des Aufsichtsrats der nordschleswigschen Institute liegt. Wenn die Herren einmal glaubten sich im Gegensatz zu Massnahmen der politischen Führung befinden zu sollen, so seien sie gehalten, dies in Berlin vorzubringen und das Weitere den Berliner Stellen zu überlassen. Eigenmächtige Handlungen, wie sie in diesem Fall beabsichtigt waren, müssten unter allen Umständen unterbleiben. — Die Herren nahmen dies zur Kenntnis und versprachen, sich in Zukunft danach zu richten.

*Berlin, den 12. Oktober 1940.*

**Dietrich.**

<sup>1)</sup> Optegnelsen er egentlig bilag til Vereinigte Finanzkontore's skrivelse af 15. okt. 1940 til det tyske udenrigsministerium (se A. nr. 220). Da forholdet mellem kreditanstalten og partiet ikke behandles i denne publikation, udelades det afsnit, som vedrører dette problem. Mødet i Haderslev fandt sted 3.—4. okt.

<sup>2)</sup> Den drøftede nyordning gik ud på, at Stehr skulle træde tilbage som prokurist i kreditanstalten, men i stedet optages i dens tilsynsråd. Desuden skulle der udpeges lokale tillidsmænd, som var fælles for kreditanstalten og for partiets agrarpolitiske kontor.

## 58.

**OKH kommunicerer forbud mod, at der under krigen rejses krav om  
grænserevisioner.**

20. okt. 1940.

Geheim!

OBERKOMMANDO DES HEERES

H. Qu., den 20. 10. 1940.<sup>1)</sup>

GenStdH/Org.Abt. (1.St.) (II)

Nr. 2419/40 geh

An

*Chef H. Rüst. und B.d.E. (mit je 1 N.A. für W. B. Prag und Kdeur. der  
deutschen Truppen in Dänemark),*  
*Chef H. Rüst. und B. d. E./AHA*  
*H. Gruppe A*  
*H. Gruppe B (mit 1 N.A. für Mil. Bef. im Gen. Gow.)*  
*H. Gruppe C*  
*H. Gruppe D*  
*Chef der Mil.Verw. in Frankreich (mit 5 N.A.)*  
*Mil. Bef. in Belgien u. Nordfrankreich*  
*Kdeur. der deutschen Truppen in den Niederlanden.*

Nachstehendes Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei — Rk. 620 B II vom 2.10.1940 — zur Kenntnis:

„Aus Anlass einiger Vorkommnisse hat der Führer erneut die Weisung gegeben, dass während des Krieges alle Wünsche auf Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Gaue und Provinzen grundsätzlich zurückzustellen sind, und zwar sowohl im Verhältnis zu anderen Gauen und Provinzen als auch im Verhältnis zu den besetzten Gebieten. Der Führer wünscht, um jede Beunruhigung zu vermeiden, auch keine vorbereitenden Massnahmen oder Äusserungen über etwa beabsichtigte künftige Gebietsänderungen. Das gilt auch im Verhältnis zum Protektorat Böhmen und Mähren und zum Generalgouvernement.

Im Auftrage des Führers gebe ich hiervon mit der Bitte um Beachtung Kenntnis“.

I. A.

Reinhardt.<sup>2)</sup>

Nach Abgang

Op.Abt.  
Gen.Qu. (4 x)  
Heerw.Abt.  
Ausb.Abt.  
Trsp.Chef  
Chef H.N.W.

<sup>1)</sup> Ovenover bærer brevet følgende journalstempel: *Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark. Eing. 27. Okt. 1940.*

<sup>2)</sup> Nedenunder er med håndskrift tilføjet: *Das wäre inhaltlich bei der Morgenbesprechung beim Bevollm. vorzutragen mit der Bitte, auf die in Südjüt. erscheinenden dt. Zeitungen Einfluss zu nehmen, auch auf die dt. Vereinigungen. 30/X Min. v[on] R[enthe] F[ink] vorgetragen. (ulæselig sign.). Bevollmächtigten am <sup>31/10</sup> Abschrift übersandt. (ulæselig sign.).*

## 59.

[Dr. Møller] sender 5. række af beretninger om overgreb mod folketykere og forlanger en løsning af det slesvigske spørgsmål.

21 okt. 1940.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG

Gravenstein, den 21. Oktober 1940.<sup>1)</sup>

Parteileitung  
Organisationsamt

Die 5. Folge der Lageberichte zeigt eindeutig, dass die Spannung in unserem Grenzland leider noch im Wachsen ist. Kettenbriefe, geheime Aufrufe und einschneidende Boykottmassnahmen beweisen die Systematik mit der man von dänischer Seite zu Werke geht. Diese Entwicklung vollzieht sich trotz der disziplinierten und ruhigen Haltung der Volksgruppe. Ich darf nämlich feststellen, dass die deutsche Volksgruppe willig und vollzählig meiner Anweisung, jeder Provokation auszuweichen und auf Angriffe nicht zu reagieren, gefolgt ist. Erst gegen Ende des Sommers ist die „Nordschleswigsche Zeitung“ dazu übergegangen, einige besonders krasse Fälle an den Pranger zu stellen und an alten Aussagen die wirklich Schuldigen an der steigenden Spannung zu entlarven. Sie hat auch dann jedes provozierende Vorgehen unterlassen und nur in so weit das bisherige Schweigen gebrochen, als das zur Behauptung unserer Ehre und unserer Existenz notwendig war. Wir wären sonst in die Gefahr gekommen, dass man uns selbst als schwach oder unsere Lage als vollkommen zufriedenstellend angesehen hätte.

Unsere zeitweiligen Enthüllungen haben den Gegner zur Vorsicht gezwungen, die unterirdische Wühlarbeit aber geht unentwegt weiter. Das Dänentum fühlt seine völkische und weltanschauliche Unterlegenheit und arbeitet daher unter der Decke mit allen Mitteln. Damit wird das Grenzland zu einer Herdstätte dauernd neuer Beunruhigungen des deutsch-dänischen Verhältnisses, ohne dass von deutscher Seite unter den heutigen Umständen die Dinge geändert werden können.

Hier beweist sich eindeutig die Richtigkeit jener deutschen Auffassung die da besagt, dass um das Grenzland Nordschleswig herum eine endgültige Bereinigung des deutsch-dänischen Verhältnisses nicht möglich ist. Der Weg nach dem Norden geht nur über die Lösung der schleswigschen Frage. Diese Frage aber wird erst gelöst sein, wenn das völkische Element die Führung bekommt, dem es, das ganze Schleswig gerechnet der Zahl und der völkischen Stärke nach, zukommt. Ein Schleswig unter deutscher Führung würde dieses Land wieder endgültig seiner wirklichen Bestimmung zuführen: Brücke nach dem Norden zu sein.

Auf alle Fälle wird die Lage für die deutsche Volksgruppe immer unerträglicher, und immer häufiger kommen meine Parteigenossen mit der Bitte, zur Selbsthilfe schreiten zu dürfen. Ich habe diese Bitten abgewiesen mit der Begründung, dass wir auch in der schwierigsten Lage Disziplin zu üben haben. Ich sehe aber klar, dass die Spannung im Grenzland entscheidend und im höchst ungünstigen Sinne den gesamten deutsch-dänischen Fragenkomplex beeinflusst, und ich halte für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen. Die vorliegenden Dokumente dürften meine Auffassung genügend unterstreichen.

Heil Hitler<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Brevet er et gennemslag, der er skrevet på brevpapir med Organisationsamts „hoved“. Dette bar stedsangivelsen: *Apenrade, Schiffbrückstrasse 7*, men disse ord er udexet, og i stedet er med skrivemaskine skrevet: *Gravenstein, den 21. Oktober 1940*. Øverst til venstre er med blæk skrevet: *5. Folge: I) 59—66, II) 67—80, III) 31—53*. Dokumentet er fundet i AAs arkiv i en pakke, der bærer titlen: *Gegen das Deutschtum gerichtete Gehässigkeiten in Dänemark*. På pakkens omslag står: *Anl. zu D VIII 345 g. 42*, og nedenunder med anden håndskrift: *An das Auswärtige Amt D VIII z. H. Amtsrat*

*Fleissner. Berlin W 3. Rauchstrasse 41. Sichelschmidt* <sup>26/8</sup> 42. *Muss bis* <sup>27/8</sup> 12 Uhr mittags abge-  
fert sein. Sichelschmidt var Vomis sagkyndige i nordslesvigske spørgsmål, og det er altså Vomi,  
som den 26. august 1942 har sendt pakken til Afdeling Deutschland i AA, hvorfra den dagen efter  
er videresendt til den politiske afdeling (se brev af 27. aug. 1942, A. nr. 95). Man har således haft meget  
 travlt med at få disse dokumenter fremskaffet og videresendt, men akterne giver ingen oplysning  
 om, til hvilket formål den politiske afdeling skulle bruge dem. Politiets afhøringer af forskellige  
 embedsmænd i AA har heller ikke bragt klarhed over dette punkt.

- 2) Brevet mangler underskrift, hvilket er ret naturligt, da der er tale om et gennemslag. Som Peter  
Larsens brev af 1. nov. 1940 (A. nr. 62) og Lanwers skrivelse af 2. s.m. (A. nr. 63) viser, må originalen  
formodentlig være sendt til det tyske konsulat og derfra til det tyske gesandtskab. Om den derfra er  
gået til AA, vides ikke. Spørgsmålet bliver så, hvem der har underskrevet originalskrivelsen. Politiet  
har afhørt dr. Möller herom, men han har nægtet at kende noget som helst til brevet. Også Peter  
Larsen har hævdet, at han ikke kendte noget dertil, men i sin forklaring for landsretten har han  
den 29. marts 1949 udtalt, at han kan tænke sig, at det er konciperet af Peter Kragh, der døde  
i 1945. Derimod har Asmus Wilhelm Jürgensen den 27. april 1948 for underretten forklaret, at  
selvom han ikke tror, at han har konciperet brevet, tør han dog ikke positivt benægte det. Hele  
formen og dateringen viser dog, at dr. Möller må have underskrevet det, selvom han måske ikke har  
ført det i pennen. Når P. Larsen d. 1. nov. skriver, at han sender den 5. række af beretninger „*Im  
Auftrage des Parteiführers*“, og det dagen efter i Lanwers brev hedder: „... *übersende ich anbei ein  
Schreiben des Parteiführers Dr. Möller vom 21. v. M.*“, kan der vel ikke være nogen tvivl om, at  
det virkelig er partiførerens navn, der har stået under brevet.

## 60.

### Organisationsamt indsender beretning om underførermødet i Tinglev (med bilag).

22. okt. 1940.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG

Parteileitung  
Organisationsamt

*Apenrade, den 22. Oktober 1940.*

*An das  
Deutsche Konsulat,  
Apenrade.*

Im Auftrage des Parteiführers Dr. Möller, Gravenstein, überreiche ich in der Anlage  
2 Durchschriften unseres kurzen Berichtes über die Tagung der Amtswalter der N.S.D.A.P.-N.  
in Tingleff.

Heil Hitler!

P. Larsen.

*Anlagen.*

### Tagung der Ortsgruppenleiter und höheren Amtsleiter der NSDAP-Nordschleswig in Tingleff.

*Ein Stimmungsbild aus unserer Grenzlandheimat.*

Nach einer Begrüßung durch den Leiter des Organisationsamtes, P. Larsen, zeichnete  
der Parteiführer, Dr. Möller-Gravenstein, ein Bild von der Lage Dänemarks und der  
Folgerungen, die sich daraus für uns ergeben. Dänemark steht mitten im Umbruch. Zwar

schwingen die Stimmungen noch hin und her. Während man ursprünglich auf die deutsche Niederlage eingestellt war, wurde diese Einstellung nach dem Waffenstillstand von Compiègne abgelöst durch den widerwilligen Glauben an den deutschen Sieg. Im Augenblick aber hofft man, infolge Ausbleibens der deutschen Landung in England wieder auf einen englischen Sieg. Wir im Grenzland sind unmittelbar Zeugen der dänischen Haltung und viele unter uns spüren direkt die Auswirkungen einer fast krankhaften Englandfreundlichkeit. In diese Stimmung hinein kommt uns durch den konservativen Abgeordneten Aksel Möller, der auf vertraulichen Versammlungen der Konservativen in Nordschleswig gesprochen hat, die Kunde von einem deutschen Vorschlag und seine Ablehnung durch Dänemark. Nach Mitteilungen Aksel Möllers und nach einem geheimen Rundschreiben, das anscheinend von dem Handelsminister Christmas Möller ausgeht, soll Deutschland Dänemark eine Zoll- und Münzunion vorgeschlagen haben mit einer gleichzeitigen rechtlichen Gleichstellung deutscher und dänischer Staatsbürger in Dänemark, sowie Uebernahme der wirtschaftlichen und politischen Vertretung Dänemarks im Ausland durch Deutschland. Nach Aksel Möller soll dieser Vorschlag ebenfalls die Anerkennung der jetzigen Grenze enthalten haben. Wir deutschen Nordschleswiger, so führte Dr. Möller aus, können eine enge Verbindung zwischen Deutschland und Dänemark nur aufs wärmste begrüßen. Ich weiss nicht, wie weit die Möglichkeit einer Lösung, die Aksel Möller andeutet, besteht und ob sie jemals erwogen ist. Soviel aber weiss ich: wir würden uns einem höchsten Befehl fügen, der aber in seiner Durchführung tiefste Enttäuschung und weitgehende Bitterkeit auslösen würde. Allerdings ist ein Zusammenleben ungeheuer erschwert, durch den sich fast überschlagenden Hass, der sich heute infolge der jahrelangen systematischen Hetze geltend macht. Wir wissen, dass auch das jetzige Vorgehen der Dänen von oben organisiert wird, wenn auch unter geschickter Tarnung. Es sind die ewig Gestrigen, die sich gegen die neue Zeit auflehnen und zur Verteidigung ihrer Stellung das dänische Volk in den passiven Widerstand hineinmanövrieren. Wir wissen aber auch, dass alle Auflehnung nichts nützt, dass die neue Zeit auch über Dänemark heraufzieht und dass sie das Schicksal unserer Heimat so oder so neu gestalten wird.

Im zweiten Teil der Führertagung der Partei gaben die Ortsgruppenleiter aus allen Teilen unseres Grenzlandes Berichte zur Lage. Alle Berichte unterstrichen klar und eindeutig vier Tatsachen.

- 1.) Die Stellung des Deutschtums war infolge der inneren Erneuerung und äusseren Einheit nie stärker als heute.
- 2.) Die Kluft zwischen Deutschen und Dänen ist auf Grund der englandfreundlichen Haltung des dänischen Elements trotz Familienbande und Nachbarschaft tiefer als je zuvor.
- 3.) Der Hass der Dänen zeigt sich vor allem in einem starken wirtschaftlichen Druck auf die Volksgruppe und einem gut getarnten, aber dafür nicht minder wirksamen Terror.
- 4.) Die gesamte deutsche Volksgruppe erwartet mit einem unerschütterlichen Vertrauen die Auslöschung des Versailler Diktats auch hier in der Heimat und den Anschluss an das Reich.

Deneken-Wandling (Hadersleben) berichtet von einer schwarzen Liste, auf der die Dänen die führenden Deutschen verzeichnet haben. Diese Massnahme ist nur ein Teil einer deutschfeindlichen Maulwurfsarbeit, die von oben geleitet wird. Aber die Deutschen des Kirchspiels erwarten in ruhiger Zuversicht eine neue Entscheidung. Sie protestieren gegen eine Zwischenlösung, sie wollen keine Extrastellung, sie wollen nur eins: Heim ins Reich!

Hansen-Green, Osterterp (Apenrade) greift Denekens Worte auf. Er wendet sich scharf gegen den Parteiführer, der bei dem Hinweis auf die Zoll- und Münzunion eine Art Protektoratlösung für unsere Heimat für möglich andeutete. Der Parteiführer solle nicht glauben, so sagt der Bauer Hansen-Green, dass eine solche Lösung auch nur annähernd den Hoffnungen der Deutschen Nordschleswigs entgegenkommen würde. Der Deutsche will wieder zum Reich. Er will nicht noch einmal Gefahr laufen, um jeden Hektar Boden kämpfen zu müssen, um schliesslich doch grosse Flächen durch eine systematische Verarmung und Verschuldung des Bauernstandes zu verlieren. Der Däne hat durch seine deutschfeindliche Einstellung selbst die Brücken zu uns abgebrochen. Wir haben wahrhaftig keinen Grund, auf

unser altes, heiliges Recht zu verzichten, nachdem die Dänen den deutschen Weg in die Freiheit mit ihrem Hassgesang verfolgt.

Kley-Hadersleben lässt die ganze Schwere der dänischen Boykottbestrebungen vor der Versammlung erstehen. Einige fast unglaubliche Uebergriffe, die durch Zeugen jederzeit bestätigt werden können, werden geschildert. Die Spannung ist in den Städten aufs höchste gestiegen. Wie lange geht das noch? So fragen viele. Nur die eiserne deutsche Disziplin verhindert Zusammenstöße. Diese Disziplin ist nur zu verstehen aus der Hoffnung heraus auf die grosse herrliche Stunde der Freiheit und der Heimkehr. Das muss der Parteiführer wissen, und wir bitten ihn, dementsprechend zu handeln, so schloss der Buchdrucker Kley an Dr. Möller gewandt.

Roth-Sonderburg erweiterte das Bild, das Kley gezeichnet hatte. Auch er illustrierte den schweren Existenzkampf der städtischen deutschen Bevölkerung durch anschauliche Beispiele. So konnte er von einem grossen deutschen Friseurgeschäft berichten, das nicht weniger als 70 reichsdänische Kunden seit dem 9. April verlor. Der Boykott ist organisiert, die Boykottlisten sind eindeutig festgestellt. Mit rücksichtsloser Brutalität, wenn auch in freieren Formen, hat der Däne mit Hilfe der Behörden die deutsche Ueberlegenheit von vor dem Kriege erdrückt. Viele Deutsche sind nach Norden und Süden dem Druck ausgewichen. Ohne diese Tatsache zu erwähnen, pochte der Däne heute auf eine Mehrheit und möchte so das Unrecht von 1920 bagatellisieren. Wir sind auf der Wacht und folgen gerne und willig den Parolen des Parteiführers. Wir erwarten allerdings von ihm trotz seiner heutigen Ausführungen, dass seine entscheidende Parole nach wie vor heisst: Heim ins Reich! Nur unter dieser Voraussetzung ist die bleibende Ruhe der deutschen Bevölkerung den unerhörten Provokationen gegenüber zu verstehen. Sonderburgs Deutsche würden aber nie verstehen, dass eine durch Versailles und durch eine systematische Aufsaugungspolitik künstlich herbeigeführte Mehrheit das Recht haben sollte, auch am Ende eines siegreichen Krieges zu triumphieren.

Hansen-Bau griff mit scharfen Worten die Methoden der dänischen Arbeit an. Tätliche Beleidigungen, unerhörte politische Uebergriffe und ein unerträglicher Boykott sind an der Tagesordnung. Er erzählt von einer schweren Beleidigung des Führers im Kino, wo eine Menge johlte und piff, als der Führer erschien. Wir sind gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn nicht bald eine Aenderung eintritt. Man kann nicht von uns verlangen, dass wir derartige Beleidigungen in aller Oeffentlichkeit ruhig hinnehmen. Aber hoffentlich tritt bald eine grundsätzliche Aenderung ein, so dass die deutsche Fahne wieder über ein freies, ungeteiltes und deutsches Schleswig wehen kann. Wir sind bereit für diese Stunde, denn „hinter jeder Gartenmauer liegt eine Stange auf der Lauer.“

Bossen-Tingleff, wies hin auf das gefährliche Wort der Dänen: „Wartet nur, bis sie weg sind!“ Sollte es anders kommen, als wir es alle erhoffen, dann ist unser Weg gegeben, dann heisst es fliehen. Wir wollen aber unsere Heimatscholle, und wir wollen sie deutsch. Nach zwanzig Jahren Fremdherrschaft stehen wir stärker und geschlossener denn je. Wir glauben darum nicht, dass der Führer aller Deutschen uns in Stich lassen wird. Wir glauben an seinen Schutz auch für uns, wir glauben an die Gerechtigkeit, und darum werden wir heimkommen. Eine Protektoratslösung wollen wir nicht, wir wollen als Deutsche zum Reich.

Auch die Berichte der anderen Ortsgruppenleiter unterstrichen diese Ausführungen. Durch den Abscheu über die gehässige Haltung der Dänen, durch die Zuversicht über unsere starke völkische Stellung klang klar und fordernd der Ruf: Heim ins Reich! Mit Leidenschaft wurde jede andere Lösung abgelehnt.

Der Parteiführer fasste einmal die Hauptlinien der Berichte zusammen. Er dankte für die ungeschminkte Darstellung der Lage und versprach, im Sinne und im Geiste dieser Tagung das ihm Mögliche zu tun: „Unsere Sehnsucht ist Deutschland, unsere Zuversicht und unser Glaube ist Adolf Hitler, ihn grüssen wir.“

## 61.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående underføremødet  
i Tinglev.**

24. okt. 1940.

DEUTSCHES KONSULAT

*Apenrade, d. 24. Oktober 1940*

S/NSchl

1 Anlage.

*An*

*die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Anbei beehre ich mich, die Abschrift einer Aufzeichnung<sup>1)</sup> über die vor einiger Zeit in Tingleff stattgefundene Tagung der Amtswalter der NSDAP.-N. vorzulegen. Die Tagung wurde erstmalig dazu benutzt, sich durch ungeschminkte, lebendige Berichte der Ortsgruppenleiter aus den einzelnen Kreisen ein zuverlässiges Bild über die Stimmung im gesamten nordschleswigschen Grenzland zu verschaffen.

Ergänzend darf ich hinzufügen, dass mir die Ausführungen keineswegs übertrieben erscheinen. Die Spannung zwischen Deutschtum und Dänentum hat sich in der Tat ausserordentlich verschärft. Grund und Veranlassung zu dieser Entwicklung liegen zweifellos in dem Verhalten der dänischen Seite. Die deutsche Volksgruppe hat monatelang mit erstaunlich guter Disziplin „Gewehr bei Fuss“ gestanden und sich auf die Beobachtung und Registrierung der volkspolitischen Lage beschränkt. Unterdes ging jedoch das Dänentum dazu über, seine Verstimmung über die Ereignisse des 9. April an den Volksdeutschen abzureagieren. Hundertfältige Beweise hierfür liefern die regelmässig von mir nach dort übersandten Sammelberichte des Organisationsamts der NSDAP.-N. und zahlreiche sonstige Einzelerfahrungen deutscher Minderheitsangehöriger. Wenn dann schliesslich der Volksgruppenführung der Geduldsfaden riss und sie vor einiger Zeit in Versammlungen und Presse zur Abwehr und zum Gegenangriff überging, so ist das bei der kämpferischen Gesinnung des hiesigen organisierten Deutschtums nicht zu verwundern. Allerdings ist im Fortlauf dieser Auseinandersetzung die Spannung begreiflicherweise nur noch grösser geworden, sodass z. Zt. eine beiderseits geschürte Hassatmosphäre über dem Grenzland liegt.

Die Beschwerden der Volksgruppe sind nur im relativ geringen Umfang wirtschaftlicher Art, lassen sich vielmehr im allgemeinen auf den Generalnenner: *Ehrverletzung* bringen. Jeder offene oder versteckte Angriff der Öffentlichkeit auf die nationalsozialistische Weltanschauung, jede abfällige Kritik an den politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Methoden Deutschlands, die sture Nichtanerkennung bewährter deutscher Neuerungen und Einrichtungen, das bewusste Verschweigen oder Verkleinern deutscher militärischer und politischer Erfolge u. dgl. treffen den Volksdeutschen tiefinnerlich persönlich. Unerträglich verletzend empfindet er die in Organisationen, Schule und Kirche gegen den „Süden“ betriebene Hetze und duldet nicht jene beleidigenden Anspielungen auf den Führer, die deutsche Wehrmacht usw., denen er im nachbarlichen Zusammensein mit Dänen wiederholt ausgesetzt ist. Mit mimosenhafter Empfindsamkeit reagiert er auf die Tendenz des Dänentums, Minderheitsangehörige nicht als gleichberechtigte Staatsbürger zu betrachten. Kurzum: die Volkstumsnot dürfte hier mehr als bei anderen Minderheiten in erhöhte Masse eine psychologisch-nationalpolitische sein. Den tieferen Grund sehe ich nicht zuletzt darin, dass das hiesige organisierte Deutschtum rassistisch, kulturell und weltanschaulich aussergewöhnlich stark mit dem nationalsozialistischen Deutschland fühlt. Von einem besonders ausgeprägten deutschen Ehrgefühl beseelt und einem fanatischen Amtswalterkorps geführt, lebt in der deutschen Volksgruppe ein unbändiger Stolz auf die Grossmacht Deutschland, der vom Dänentum eine bisher versagte vorbehaltlose Achtung vor dem deutschen Volk verlangt.

Dass eine volks- und nationalpolitisch so hervorragend entwickelte Volksgruppe die Rückgliederung Nordschleswigs erstrebt, ist selbstverständlich. Alle Energien gelten nur dieser letzten Kampfesphase. Andere Lösungsmöglichkeiten, infolge verschiedenster Gerüchte oft mit banger Sorge erörtert, werden bis zum letzten Deutschen mit Empörung abgelehnt. In Kreisen der Amtswalter gilt es allen Ernstes als abgemachte Sache, dass das Deutschtum im Falle einer Enttäuschung hinsichtlich der Grenzregelung in einem gewalttätigen Aufruhr zur Selbsthilfe schreiten wird. Auch Parteiführer Dr. Möller, den ich auf ähnliche, mir gegenüber von Kreisleitern und sonstigen Amtswaltern wiederholt mit Überzeugung vertretene Ansichten hinwies, ist der Überzeugung, dass sich die grosse Enttäuschung in Gewalttätigkeiten Luft machen wird<sup>2)</sup>. Ich sehe in dieser Ankündigung nicht ein taktisches Manöver oder eine versteckte Drohung, kann mich vielmehr auf Grund der Gesamtlage der Volksgruppe ähnlicher Befürchtungen nicht verschliessen.

gez. Lanwer.

<sup>1)</sup> Se A. nr. 60.

<sup>2)</sup> For underretten har dr. Møller den 20. april 1948 nægtet at have fremsat en sådan udtalelse overfor Lanwer. I givet fald ville han have sat sin autoritet ind for at hindre voldelige handlinger.

## 62.

### Organisationsamt sender 5. række af beretninger om overgreb mod folkety-skere til det tyske konsulat.

1. nov. 1940.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG

*Apenrade, den 1. November 1940.*

Parteileitung  
Organisationsamt

*An das  
Deutsche Konsulat,  
Apenrade.<sup>1)</sup>*

Im Auftrage des Parteiführers überreiche ich dem deutschen Konsulat, Apenrade, die 5. Berichtsserie über Boykottbestrebungen, Übergriffe gegen Volksdeutsche und gegen die Wehrmacht zur geflg. Bedienung.

Heil Hitler!

P. Larsen.

1 Anlage.

<sup>1)</sup> Jfr. A. nr. 59.

## 63.

Det tyske konsulat sender gesandtskabet i København 5. række af beretninger om overgreb mod folketyskere og brev af 21. oktober 1940 fra dr. Möller.

2. nov. 1940.

S/NSchl

2. November 1940.

*Eingeschrieben!*

An

*die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Mit Beziehung auf die bisher von mir vorgelegten Lageberichte des Organisationsamts der NSDAP.-N. übersende ich anbei ein Schreiben des Parteiführers Dr. Möller vom 21.v.M.<sup>1)</sup> sowie die fünfte Berichtsserie über Übergriffe gegen Volksdeutsche und die Wehrmacht und über dänische Boykottbestrebungen.

L[anwer].

<sup>1)</sup> Se A. nr. 59.

## 64.

Ernst Schröder til Weizsäcker angående grænseflytningskrav.

8. nov. 1940.

ERNST SCHRÖDER  
S./D.

Flensburg, d. 8. November 1940.  
Deutsches Haus

Brief Nr. 1568

Herrn

*Staatssekretär Freiherrn v. Weizsäcker,  
Auswärtiges Amt,  
Berlin  
Wilhelmstr. 75.*

*Sehr verehrter Herr Staatssekretär!*

.....

Ich will mich aber hier nicht über die gesamte dänische Frage äussern, darf Ihnen aber beilegen einige Bemerkungen, die ich mit Genehmigung der Pressestelle des Auswärtigen Amtes im „Schleswig-Holsteiner“, Oktober-Heft, unter dem Titel „Schicksalsgemeinschaft in Nordeuropa“ verfasst habe. Es liegt mir vielmehr daran, Ihnen etwas über Nordschleswig zu sagen, und zwar sowohl wie man in Dänemark als auch in Nordschleswig, als auch in Schleswig-Holstein darüber denkt. Mir ist auf meinen Fahrten durch Dänemark und Nordschleswig immer wieder die Auffassung entgegengebracht worden, und zwar von dänischer Seite, dass man sich nicht vorstellen kann, dass die Nordschleswig-Frage, die ja auf Versailles ruht, so bleibt, wie sie ist. Mir sind wiederholt in Kopenhagen als auch in Aarhus als auch sonst Äusserungen direkt gemacht und auch überbracht worden des Inhalts, dass man dänischerseits nicht glaubt, dass die Grenze bestehen bleibt, dass aber ein gewisses Interesse dafür vorhanden ist, wohin wohl die neue Grenze kommt und wie Deutschland es anfangen wird, die Frage anzuschneiden, wobei aber dann fast immer hinzugefügt wurde, dass die Initiative bei der Lage der Dinge natürlich von dänischer Seite ausge-

hen müsse und auch eines Tages ausgehen werde. Gegenüber der allgemeinen Animosität in Dänemark, die durch Flüsterparolen verstärkt wird, spielt die Grenzfrage eine ganz untergeordnete Rolle, und lediglich ein kleiner Kreis unentwegter Dänen starrt wie seit hundert Jahren auf die Grenze. Die Wirtschaftskreise und die Bauern in Dänemark, die die Verhältnisse wesentlich ruhiger betrachten, rechnen mit einer Grenzrevision, wie sie schon seit Jahrzehnten und gerade nach 1920 immer wieder, hervorgerufen durch die Grenzdebatte, festgestellt haben, dass diese Frage einmal aus der Welt gebracht werden müsse, und das könne nur dadurch geschehen, dass Nordschleswig geteilt würde. Das ist die Auffassung, der ich in dänischen Kreisen begegnet bin.

In Nordschleswig selbst sind die Haupthetzer auf dänischer Seite die Reichsdänen, und zwar sowohl die Beamten als auch das sonstige reichsdänische Element in Nordschleswig. Sie sind es, die die Komplikationen und die Fälle, so leise sie sich auch abspielen, in Szene setzen. Die deutsche Volksgruppe bemüht sich mit Erfolg, straff ihre nationalpolitische kulturelle Haltung zu bewahren, und steht, jetzt darf ich es sagen, als wachsender Block da. Es ist jetzt dieses auf dem Marsche, was ich seit Jahren immer wieder gesagt habe, dass der grosse Prozentsatz der bisher unentschiedenen, sich lediglich als Nordschleswiger fühlenden Menschen in Bewegung gekommen ist und dem Süden als dem grossen Magneten sich zuzuneigen beginnt. Wir werden das in nächster Zeit in der Zunahme der Zahlen an den deutschen Schulen feststellen, wie wir es schon bei den Abonnenten der deutschen Zeitung und bei der Selbsthilfe-Organisation in Nordschleswig, die die Partei errichtet hat, spüren. Das Bild wird sich zahlenmässig ganz gewaltig im Laufe der nächsten Zeit verändern. Das ist ja auch kein Wunder, denn Nordschleswig ist alter deutscher Volks- und Kulturboden. Man braucht nur die nationalpolitische Schichtung des Jahres 1912 anzusehen, ja, die Abstimmungszahlen im Südgürtel des Jahres 1920 zu betrachten, die in Deutschlands dunkelster Zeit erreicht wurden, um festzustellen, dass die dänische Rechnung nicht stimmt. Es ist in der Tat das reichsdänische Element, das augenblicklich in Nordschleswig führt und die Dinge durcheinander zu bringen sucht, wobei ich nicht verschweigen will, dass auch auf deutscher Seite hier und da aus verständlichen Gründen einmal über das Ziel hinausgeschossen wird. Die Deutschen in Nordschleswig, die bodenständigen Unentschiedenen, die sich jetzt der deutschen Front zuwenden, und auch die dänischen Nordschleswiger gehören zusammen. Sie bilden im Grunde den echten Bestandteil des Landesteils, in dem die Reichsdänen als Führer nichts zu suchen haben. Das ist auch die Auffassung, der ich in Nordschleswig wiederholt und sehr energisch begegnet bin. Ich habe in Nordschleswig mit sehr vielen Bauern in der letzten Zeit gesprochen, die sich in wachsendem Masse mit den geschichtlichen Grundlagen beschäftigen und, was wichtig ist, felsenfest damit rechnen, dass die Grenzfrage in irgendeiner Weise zugunsten der deutschen Sache in die Hand genommen wird. Die Untersuchungen, die Dr. Peter Kragh-Tingleff über die bevölkerungspolitische Lage in Nordschleswig unternommen hat, sind gleichfalls interessant. Ich lege sie zu Ihrer persönlichen Information bei.<sup>4)</sup> Er wird in diesen Tagen eine Karte herausbringen, die ich Ihnen dann auch zustellen werde. Diese Karte wird aber nur zum internen Gebrauch innerhalb der Volksgruppe hergestellt.) Es fehlt den deutschen Bauern in Nordschleswig keineswegs der Blick für die grosse europäische Entwicklung, und ich habe Bauern getroffen, die erstaunlich weitgehende Blicke in die Zukunft warfen und den Standpunkt vertraten, dass die Grenze an sich bei der zukünftigen Entwicklung unwesentlich sei, ja, dass es auch unwesentlich sei, wo sie gezogen würde. Aber bei allen habe ich die feste Überzeugung gefunden, dass die Grenze nach Norden verschoben werden muss, schon weil sie mit dem Versailler Diktat, Englands Mitwirkung und Frankreichs Hilfsstellung, entstanden ist. Ich zitiere dieses alles nur, um Sie über die gegenwärtigen Strömungen zu unterrichten.

In Schleswig-Holstein gibt es nur eine einzige Auffassung, dass nämlich eine Revision eines Tages in irgendeiner Form und in irgendeinem Masse erfolgen wird. Dabei wird nicht überall von der Königsau als Grenze gesprochen, sondern vielmehr die Auffassung vertreten, dass im Interesse der zukünftigen deutsch-dänischen Entwicklung auf den Kreis Hadersleben bezw. den Westen des Kreises Hadersleben aus ethnographischen Gründen verzichtet werden kann.

Dieses wollte ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, mitteilen, lediglich zu Ihrer persönlichen Information und weil ich weiss, dass Ihnen unsere Dinge am Herzen liegen.

Ich erwarte nicht und darf es auch nicht hoffen, dass Sie mir hierzu ein Wort schreiben. Ich habe nur den begreiflichen Wunsch, Sie persönlich zu informieren, damit Sie diese Gesichtspunkte, wenn einmal über die Dinge gesprochen wird, kennen.

Mit den besten Empfehlungen, auch an Ihre Frau Gemahlin, bin ich mit

Heil Hitler!

Ihr

Ernst Schröder

2 Anlagen!

<sup>1)</sup> Ikke medtaget her.

## 65.

**Chefen for det tyske sikkerhedspoliti og SD til det tyske udenrigsministerium angående visum for dr. John Boyens, Kiel, der i de danske arkiver skal gøre studier med henblik på drøftelse af grænseespørgsmålet og den tyske folkegruppes forhold.**

7. dec. 1940.

Geheim!

DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI  
UND DES SD

Berlin SW 68, den 7. Dezember 1940.

*Betrifft:* Durchlassschein Nord für Dr. John Boyens, Kiel.

*Vorgang:* Hies. Schreiben vom November 1940 betr. Dr. John Boyens und telef. Rücksprache Legationsrat Picot — SS-Stubaf. v. Löw am 6.11.1940.

An das

Auswärtige Amt  
— Abteilung Deutschland —  
z.Hd. Herrn Legationsrat Picot  
Berlin W 35.

Es wird gebeten, für den beifolgenden Pass des Dr. John Boyens, Kiel, einen Durchlassschein Nord zur einmaligen Ein- und Ausreise nach Dänemark in der Zeit vom 12.12.1940 bis 1.3.1941 auszustellen und die Erteilung des Visums bei der dänischen Gesandtschaft zu befürworten. Es wird dabei Bezug genommen auf die mündl. Rücksprache zwischen Herrn Legationsrat Picot und SS-Stubaf. v. Löw und den hiesigen Antrag vom November ds.Js.

Der Zweck der Reise des Dr. B. wurde in obigem Schreiben bereits ausführlich dargelegt. Kurz zusammenfassend wird wiederholt, dass Dr. Boyens beim Studium dänischer und schleswig-holsteinischer Verfassungsprobleme im dänischen Reichsarchiv und in den dänischen Stadtarchiven aus den wichtigsten Akten Auszüge machen soll, die gegebenenfalls als Unterlagen dienen könnten für die Begründung des deutschen Standpunktes bei Verhandlungen über die Klärung der deutsch-dänischen Grenzfrage bzw. des Verhältnisses der in Dänemark lebenden deutschen Volksgruppe.

I. A.

v. Löw.

SS-Sturmbannführer.

An das A.A.  
in 4-facher Ausfertigung.

## 66.

**Organisationsamt sender det tyske konsulat notat om et møde i Vomi 4. og 5. december og om partirådsmøde 8. december 1940 (med bilag).**

9. dec. 1940.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG

Parteileitung  
Amt für Aufklärung und  
Propaganda.

Organisationsamt.

Apenrade, den 9. Dezember 1940.

Betr.: Volksgruppenaufgaben.

Herrn

Konsul Dr. Lanwer,  
Apenrade.

Im Auftrage des Parteiführers übersende ich anliegend einen Vermerk über die Besprechung der Volksgruppenführung in Berlin am 4. und 5. Dezember, sowie einen Vermerk über die letzte Parteiratsitzung in doppelter Ausfertigung mit der Bitte um Kenntnisnahme. Je ein Stück der Vermerke wollen Sie bitte an die Deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen weiterleiten.

Heil Hitler!

P. Larsen.

4 Anlagen.

---

**Vermerk.**

Am 4. und 5. Dezember 1940 fanden in der Volksdeutschen Mittelstelle unter der Leitung von Oberführer Behrends wichtige Besprechungen über die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig statt. Die Abordnung aus Nordschleswig bestand aus dem Parteiführer Dr. Möller, dem Leiter des Organisationsamts Pg. Larsen, dem Propaganda- und Agrar-amtsleiter Pg. Stehr und dem Landesjugendführer Pg. Blume. Ausser dem Oberführer Behrends nahmen je nach dem Gegenstand weitere Sachbearbeiter der Mittelstelle bzw. des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Stiftung und der Vereinigten Finanzkontore an den einzelnen Besprechungen teil.

Auf der Hauptsitzung gab Oberführer Behrends einen Abriss über die Stellung der Volksgruppe im gesamtdeutschen Schicksalskampf und zog hieraus die Folgerungen für die von der Volksgruppe in Nordschleswig zu lösenden Aufgaben. Parteiführer Dr. Möller hatte Gelegenheit, einen Überblick über die Lage in Nordschleswig zu geben unter besonderer Berücksichtigung der Stellungnahme der Volksgruppe zu dem innerpolitisch-weltanschaulichen Kampf in Dänemark.

Aus den Gesamtbesprechungen schälte sich folgendes Ergebnis heraus:

Die Volksgruppe hat vornehmlich zwei Aufgaben:

- I. Volkstumserhaltung und
- II. Einschaltung der Volksgruppenarbeit in die Linien des gesamtdeutschen Schicksalskampfes und insbesondere in den Rahmen der deutschen Aussenpolitik.

Diese beiden Aufgaben ergeben folgendes:

- 1) Die Volksgruppe ist als Bestandteil des deutschen Volkes in ihrer ganzen Arbeit dem Gesamtvolk und dem Reich verantwortlich.

- 2) Diese Verantwortlichkeit dem Reich gegenüber, bedingt durch die Einschaltung in den gesamtdeutschen Schicksalskampf, gibt der Führung der Volksgruppe eine Erziehungsaufgabe. Das Ziel ist dabei die planmässige Verankerung dieser Linie in der Volksgruppe.
- 3) Die Aufgabe zu 2) erfordert eine klare und enge Zusammenarbeit aller an ihr beteiligten Kameraden und Dienststellen der Volksgruppe, um hierdurch die einheitliche Linie zu gewährleisten.

Die aussenpolitische Linie des Reiches, in die nach Ziffer II die Volksgruppe eingeschaltet ist, bedingt

- a) eine geeignete Form der Verbindung zu der dänischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei von Frits Clausen und
- b) eine Ablehnung des Hassgedankens, soweit dieser sich unmittelbar auf das dänische Volk bezieht. (Im Gegensatz etwa zu Überfremdungserscheinungen im Norden oder sonstigen Auswüchsen des bisherigen politischen Systems).

Allgemein gültige Richtlinien für diese Verbindung zu den dänischen Nationalsozialisten können nicht aufgestellt werden. Hier ist jeweils aus den Erfordernissen des Augenblicks heraus zu handeln, und zwar unter engster Fühlungnahme mit der Gesandtschaft in Kopenhagen. Dabei wurde festgestellt, dass diese Aufgabe aus der bisherigen Linie der Volksgruppe heraus fortentwickelt werden kann. Eine offizielle Verbindung zwischen der Volksgruppe und den dänischen Nationalsozialisten hat zwar bisher nicht bestanden. Die Volksgruppe hat aber alles unterlassen, was der dänischen Bewegung abträglich sein könnte und besonders durch den Kampf gegen das liberal-demokratische System Dänemarks die Bewegung Frits Clausens mittelbar unterstützt. Eine öffentlich proklamierte Zusammenarbeit würde sich im übrigen, wenigstens zur Zeit, innerpolitisch als Belastung für Frits Clausen auswirken, und zwar besonders in den breiten Schichten des dänischen Bürgertums. Alle Massnahmen, die dieses Gebiet berühren, sind daher sorgfältig abzuwägen und den jeweils vorliegenden Erfordernissen anzupassen.

Das Schwergewicht der Arbeit muss in der Volkstumserhaltung liegen, wobei dieser Begriff so weit wie möglich zu fassen und auch der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass die Volksgruppe der stärkste Träger der europäischen Neugestaltung im nordschleswigschen Grenzland ist. Die bisherigen Positionen sind demnach unter allen Umständen zu halten und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auszubauen. Das bedingt verstärkte Arbeit der gesamten Organisationen, ganz gleich auf welchem Einzelgebiet sie zum Einsatz gelangen. Die 3 zentralen Punkte sind dabei Schularbeit, Erhaltung der Lebensgrundlagen einschliesslich des Bodenschutzes, sowie Erziehung der jungen Mannschaft und Aufklärung im Rahmen der in diesem Vermerk niedergelegten Richtlinien.

Um diese Aktivität zu ermöglichen ist

- 1) das Organisationssystem der Volksgruppe soweit wie möglich zu vervollkommen und
- 2) die Aufstellung eines Volksgruppengesamttats beschleunigt vorzunehmen.

Zu 1): Der bisherige organisatorische Aufbau der Volksgruppe wurde als geeignete Grundlage für die Weiterarbeit anerkannt. Entscheidend ist dabei die sinnvolle Einfügung sämtlicher Einzelarbeitsgebiete unter die politische Führung der Volksgruppe. Diese Führung ist für das Gesamtleben verantwortlich. Im Zuge der weiteren Entwicklung des berufsständischen Aufbaues wurde angeregt, die einzelnen Säulen dieses berufsständischen Aufbaues einschliesslich der Landesbauernschaft einem Amt für Volkswirtschaft unter Leitung eines Volksgruppenwirtschaftsführers zu unterstellen. Dieses Amt soll die gesamten wirtschaftlichen Fäden zusammenhalten, insbesondere soweit es sich um Fragen handelt, die über die Interessen des einzelnen Berufstandes hinaus die Existenzgrundlagen der gesamten Volksgruppe berühren. Nach dieser Richtung hin soll das Amt für Volkswirtschaft die wirtschaftliche Gesamtplanung innerhalb der Volksgruppe vorwärtstreiben.

Da aus politischen und praktischen Gründen von Berlin aus eine Angleichung des organisatorischen Aufbaues der deutschen Volksgruppen im gesamteuropäischen Raum angestrebt wird, ist für diese Fragen noch eine Sonderbesprechung in Aussicht genommen.

Zu 2): Die organisatorische Vereinheitlichung findet ihre Ergänzung in der Aufstel-

lung des Gesamtetats. Dieser Gesamtetat soll einmal die Eigenleistungen der Volksgruppe aufweisen und zum andern den Bedarf ermitteln, der darüber hinaus zusätzlich erforderlich ist, um die Aufgaben der Volksgruppe mit der höchstmöglichen Schlagkraft und Intensität zur Durchführung zu bringen. Wichtig ist, dass dieser Etat alle Arbeitszweige umfasst. Ferner wurde anerkannt, dass die geforderte verstärkte Volkstumsarbeit bei der Aufstellung der Voranschläge angemessen zu berücksichtigen sei. Das gilt u. a. auch für Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Gründung neuer Schulen, für zusätzliche Bodenschutzmassnahmen, für die Erfordernisse des Aufklärungsdienstes usw.

Die Besprechungen in Berlin gaben weiterhin Gelegenheit, den Einsatz der Volksgruppe für die Aufgaben der S.S. und das Verhältnis des Amtes für Agrarpolitik zur Kreditanstalt G. Vogelgesang und zur Höfeverwaltungsgesellschaft in Hadersleben klarzulegen. Auch zu diesem letzteren Punkt wurde das Primat der politischen Führung klargestellt und in Richtlinien niedergelegt. Hierüber bleibt die Aufstellung eines Sondervermerks vorbehalten.

Ein Kameradschaftsabend gab den Nordschleswigern Gelegenheit, sich mit den Sachbearbeitern der einzelnen Dienststellen in zwangloser Form auszusprechen.

Zum Abschluss der Besprechungen nahm Oberführer Behrends Gelegenheit, der Volksgruppe für ihre bisherige Arbeit zu danken und für die Durchführung der künftigen Aufgaben im Dienst des gesamtdeutschen Volkes die besten Wünsche zu übermitteln.

*Nordschleswig, den 8. Dezember 1940. St|L.-A.f.A.u.P.*

#### **Vermerk.**

Am 8. Dezember 1940 fand in Apenrade eine Sitzung des Parteirats der N.S.D.A.P.N. statt. Der Parteiführer gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Handwerksmeisters Müller, Sonderburg, und ernannte den Parteigenossen Kley zu seinem Nachfolger.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Bericht des Parteiführers über die politische Lage und die künftigen Aufgaben der deutschen Volksgruppe, sowie eine Aussprache, die sich an dieses Referat anschloss. Aus Referat und Aussprache soll folgendes herausgehoben werden:

Die Stellung der Volksgruppe ergibt sich aus ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk. Der Kampf, den das deutsche Volk heute führt, wird nicht nur über die Zukunft des Reiches, sondern in gleicher Weise über die Zukunft des gesamtdeutschen Volkes entscheiden, gleichgültig, ob die einzelnen Angehörigen dieses Volkes innerhalb oder ausserhalb der Grenzen des Reiches wohnen. Wir sind alle in das grosse Geschehen hineingestellt. Wir spüren schon heute den Schutz des Reiches, demerhöhte Verpflichtungen der Volksgesamtheit gegenüber entsprechen.

Diese Verpflichtungen bestehen

- 1) in Erhaltung, Festigung und Ausbau unserer Stellungen in unserer Heimat und
- 2) in der Einfügung und in dem Kampf für die Linien der gesamtdeutschen Politik und im besonderen der deutschen Aussenpolitik.

Diese Aussenpolitik des Reiches bedingt für die deutsche Volksgruppe eine Stellungnahme zu dem innerpolitischen dänischen Geschehen. Alle Kräfte, die sich der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Sinne der vom Reich aus entfalteten Bestrebungen positiv stellen, sind in ihrer Arbeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. Das gilt für Dänemark insbesondere in Bezug auf die Bewegung von Frits Clausen.

In welcher Form eine Zusammenarbeit denkbar erscheint, kann nicht generell entschieden werden, sondern muss von Fall zu Fall nach den örtlichen Verhältnissen im Benehmen mit der Parteileitung geprüft werden. Eine zu stark betonte öffentliche Unterstützung würde voraussichtlich — wenigstens zur Zeit — der dänischen nationalsozia-

listischen Bewegung abträglich sein. Die Volksgruppe muss sich auf diesem Gebiet langsam an die richtige Form der Zusammenarbeit herantasten.

Dabei dürfen die Grenzen zwischen der dänischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der N.S.D.A.P.N. in keiner Weise verwischt werden. Ein Volksdeutscher aus Nordschleswig gehört nicht in die Reihen der dänischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, sondern in die politische Organisation der deutschen Volksgruppe.

Gerade die Volksgruppe ist heute im Grenzland der stärkste Träger der weltanschaulichen Idee unseres Führers und seines Kampfes für eine europäische Neugestaltung. Ihre Volkstumsarbeit muss mit aller Kraft und verstärktem Einsatz vorwärtsgetragen werden. Das bedeutet insbesondere Arbeit für unsere Volkstumsschulen, für die Sicherung der Lebensbedingungen der bodenständigen Bevölkerung und klare Werbung für die Politik des Führers.

Der einheitlichen Ausrichtung wird eine Redner- und Presseamtstagung dienen, die für den nächsten Sonntag nach Tingleff einberufen wird.

Über das Verhältnis der politischen Arbeit zur Tätigkeit der Kreditanstalt G. Vogelgesang, sowie über die Landesbauernschaft Nordschleswig berichtete Pg. Rudolf Stehr, Hadersleben. Er führte dabei u.a. folgendes aus: Die gesamte Volksgruppenarbeit ist als eine Einheit zu sehen, die von der Volksgruppenführung gesteuert wird. In die politische Gesamtlinie haben sich alle einzelnen Arbeitsgebiete sinnvoll einzugliedern. Die Zuständigkeiten zwischen Amt für Agrarpolitik und Kreditanstalt sind in der Form abzugrenzen, dass sämtliche politisch bedingten Entscheidungen, insbesondere die agrarpolitischen Fragen zum Zuständigkeitsbereich des Amtes gehören. Diese Zuständigkeit umfasst demnach alle Fragen des Erbhofrechts, der Marktordnung, Preisgestaltung, allgemeine agrarpolitische Berichterstattung, Untersuchungen über Zinsleistungsgrenze usw. Um das Ineinanderspielen der agrarpolitischen und wirtschaftlich-bankmässigen Fragen anzubahnen, sind eine Reihe von Punkten aufgestellt, die das loyale Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren möglichst sicherstellen sollen. Über Einzelheiten dieses ganzen Fragenkomplexes wird auf Kreisobmännertagungen des Amtes für Agrarpolitik berichtet.<sup>1)</sup>

Die Landesbauernschaft baut auf dem bisher geschaffenen auf. Es werden im Rahmen der Landesbauernschaft zwei Hauptabteilungen gebildet: Eine agrarpolitische, deren Funktionen vom Amt für Agrarpolitik wahrgenommen werden und eine fachlich-betriebswirtschaftliche, deren Aufgaben der Landwirtschaftliche Hauptverein für Nordschleswig durchführt.

Für die Erfassung und Betreuung der unselbständigen Mitglieder des landwirtschaftlichen Berufstandes (Arbeiter, Knechte, Tagelöhner, Jungbauern usw.) werden den Obmännern des Amtes für Agrarpolitik Gefolgschaftswarte beigegeben, die sich dieser Aufgabe besonders anzunehmen haben. Das Ziel ist die organisatorische Erfassung der gesamten bäuerlichen Bevölkerung als der landwirtschaftlichen Säule in unserem berufsständischen Aufbau. Auch hier müssen organisatorisch alle Grundlagen geschaffen sein, um erfolgreich weiterarbeiten und vorstossen zu können.

Der Leiter des Winterhilfswerkes erstattete einen Bericht über die bisherigen Arbeiten und über die geplanten Massnahmen. Ferner wurde eine Reihe weiterer Einzelfragen besprochen, bevor dann der Parteiführer die Sitzung mit einem Sieg-Heil auf den Führer beschloss.

gez. Stehr.

<sup>1)</sup> Som det fremgår af en levnedbeskrivelse, som Rudolf Stehr skrev i 1943, blev han sendt til Nordslesvig i juli 1937 af Deutsche Stiftung i indforståelse med Gauleiter Lohse. Han skulle arbejde for en politisk samling af folkegruppen og tage sig af spørgsmålet om beskyttelse af tysk jord og samtidig varetage de tyske bønders interesser. Han blev prokurist i kreditanstalten og i Hofeverwaltungsgesellschaft. I efteråret 1938 oprettede han efter partiførerens ordre Amt für Agrarpolitik, der blev det politiske instrument i kampen for beskyttelse af jorden. Efter at der var ført forhandlinger med Vomi, fik kontoret den 1. januar 1941 til opgave at repræsentere folkegruppeledelsen overfor Kreditanstalt Vogelgesang og Hofeverwaltungsgesellschaft, og landbrugspolitiske spørgsmål skulle herefter høre under kontoret, mens kreditanstalten skulle behandle spørgsmål vedrørende kreditgivning. Stehr fratrådte som prokurist i de to selskaber.

## 67.

**Renthe-Finks referat af samtale med v. Ribbentrop angående den politiske situation i Danmark. Samtalen fandt sted i gesandt Luthers nærværelse.**

19. dec. 1940.

Abschrift.

Ref. Pol. VI  
U.St.S.  
St.S.

Pol. VI 4014 g

**Aufzeichnung.<sup>1)</sup>**

... Als der Herr Reichsaussenminister die Nordschleswigfrage anschnitt, legten wir dar, dass diese Frage die nationale Frage in Dänemark sei und dass Dr. Clausen, soweit das jetzt zu beurteilen sei, wohl zu gewissen Grenzkorrekturen die Hand reichen, aber nicht wesentliche Teile Nordschleswigs an uns abtreten könne, ohne alle nationalgesinnten Kreise gegen sich aufzubringen. Es schiene gut, die Frage ruhen zu lassen, bis sich zeigte, wie weit sich Dänemark zu Deutschland freundschaftlich einstellte...

*Berlin, den 19. Dezember 1940.*

gez. v. **Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Dokumentet optrykkes in extenso i ber. XIII.

## 68.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående det danske nationalsocialistiske møde i Haderslev og hjemmetyskernes syn derpå.  
Tanken om en patrouilletjeneste er blevet fremsat.**

21. dec. 1940.

S/N.Schl.

21. Dezember 1940.

Im Anschluss an mein Ferngespräch vom 8.d.M. mit Herrn Minister.

*Inhalt:* Demonstration der dänischen Nationalsozialisten in Hadersleben.

*An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen*

Bei meiner Rückkehr von Berlin fand ich in der volksdeutschen Presse mehrere Artikel, in denen von skandalösen Vorgängen am Montag nach der bekannten Sonntags-Demonstration der dänischen Nationalsozialisten in Hadersleben berichtet wird. Im persönlichen Verkehr mit zahlreichen Amtswaltern hörte ich ferner, dass der berühmte Montag in Hadersleben die Volksgruppe sehr beschäftigt und teilweise grosse Empörung über das

Verhalten der Dänen und der dänischen Polizei ausgelöst hat. Da vor allem wiederholt der Gedanke geäußert wurde, dass die Polizei nicht Herr der Lage gewesen sei, und somit im Wiederholungsfall u. U. auch Volksdeutsche ähnlichem Terror künftig ausgesetzt sein könnten, habe ich mich veranlasst gesehen, sorgfältige Ermittlungen über die genannten Vorgänge anstellen zu lassen und hiermit Herrn Stehr, der mir im Kreise Hadersleben als der zuverlässigste und objektivste Berichterstatter zu sein scheint, beauftragt. ....

Ich weise besonders darauf hin, dass Herr Stehr den Gedanken erörtert, bei Wiederholungen zum Schutz der Volksdeutschen gegebenenfalls einen Streifendienst einzusetzen. Ähnliche Äußerungen hörte ich bereits auf der letzten Redner- und Preetagung der NSDAP-N. in Tingleff, wo man von einer evtl. Mobilisierung der SK sprach. Dr. Möller, mit dem ich die letztgenannte Äußerung besprach, rückte allerdings deutlich hiervon ab, indem er auf die Berliner Anordnung hinwies, dass im Grenzgebiet unbedingt Ruhe zu herrschen habe. Aber auch Dr. Möller gab mir zu verstehen, dass die Montagvorgänge in Hadersleben das Deutschtum sehr empört hätten. ....

L[anwer]

## 69.

### Uddrag af „Schulungsbrief der NSDAP-N“ nr. 1.

[ca. 1940].

#### Unser Schleswig und das germanische Werk Adolf Hitlers. <sup>1)</sup>

.....  
 Wieder ist eine grosse Bewegung auf dem Marsch in den Norden, es ist die nationalsozialistische Weltanschauung. *Wenn die grosse germanische Gemeinschaft unter Deutschlands Führung werden soll, muss diese Weltanschauung auch im Norden siegen.* Es nützt ja nichts dass die Völker nur äusserlich eingeordnet werden, sie müssen auch innerlich gewonnen werden. Das dänische Volk muss aus seiner kühlen bezw. feindlichen Haltung herausgerissen werden; das kann aber erst geschehen, wenn jene Frage endgültig gelöst ist, die seit mehr als 100 Jahren das deutsch-dänische Verhältnis vergiftet, *die schleswigsche Frage.* So lange dieses Problem schwebt, werden sich die Völker in diesem Raum mit Misstrauen begegnen. Das wäre vielleicht für das grosse Ganze zu ertragen, wenn dieses Misstrauen sich nicht von hier aus sowohl nach dem Süden, nach Schleswig-Holstein hinein, als auch besonders nach dem Norden mit absoluter Gewissheit verbreiten würde.

*Eine ungelöste Schleswigfrage ist ein Unruheherd für den gesamten Norden, sie macht jede Lösung der deutsch-nordischen Probleme im höchsten Masse fraglich.*

Diese Feststellung ist eine sachliche und zugleich das Festhalten einer Erfahrungstatsache, die jeder Schleswiger bestätigen wird.

*Der Weg nach dem Norden geht über Schleswig hinweg, niemals um Schleswig herum. Wollte ich diesen Weg erzwingen, würde ich mich an einem historischen und politischen Gesetz vergehen. Die Frage würde ein politisches Fiasko.*

Schleswig ist auch heute wieder Brücke. Damit es seine Brückenstellung erfüllen kann, aber muss sein eigenes Problem gelöst, der Schlagbaum muss gehoben werden.

*Die Lösung der Schleswigfrage aber muss eine deutsche sein.* Es wird wohl jedem Deutschen als Selbstverständlichkeit erscheinen, dass deutsche Schleswiger eine deutsche Lösung erstreben. Darüber hinaus aber ist die deutsche Lösung die wirkliche und befreiende Lösung. Das zeigt die Geschichte eindeutig. Während die dänische Lösung im Jahre 1851 und die Kompromisslösung im Jahre 1920 die Spannung wesentlich verstärkten, hätte die deutsche Lösung vom Jahre 1864 zu einer wirklichen Entspannung geführt, wenn die Entwicklung

nicht im Jahre 1914 abgebrochen worden wäre. Das deutlichste Zeichen dieser erfreulichen Entwicklung vor 1914 ist die berühmte Parole des grossen Norwegers Björnstjerne Björnson: „Ändert die Signale!“ sowie der Optantenvertrag von Apenrade 1907, der die freiwillige und offizielle dänische Anerkennung der Lösung von 1864 brachte.

*Die deutsche Lösung der Schleswigfrage hat sich in der Geschichte als sicherste Voraussetzung einer endgültigen Bereinigung der schwebenden Fragen gezeigt.* Sie wird auch heute Schleswig seiner uralten Brückenstellung wieder zuführen und damit die wesentlichste Voraussetzung schaffen für das Kommen der grossen germanischen Völkergemeinschaft.

*Unser Dienst an einer deutschen Heimat ist in hohem Masse ein Dienst am grossgermanischen Reich Adolf Hitlers. Das ist unser Stolz und unsere hohe Verpflichtung.*

<sup>1)</sup> Instruktionsbrevet er skrevet af lærer Asmus Wilhelm Jürgensen („Asmus von der Heide“), som ialt har skrevet godt 30 instruktionsbreve for partiet. De blev i begyndelsen dupliseret, senere tryktes de i „Nordschleswigsche Zeitung“s bogtrykkeri. Det var oprindeligt Organisationsamt, der distribuerede dem, men da lærer Jürgensen var blevet leder af kontoret for presse og propaganda, overtog han selv fordelingen. Brevene blev gennemgået på en særlig Schulungsabend, enten af den lokale leder eller af den særlige Schulungsleiter, hvis en sådan fandtes. Jürgensen var ikke underkastet censur fra partiets side, men har i enkelte tilfælde vist dr. Møller manuskriptet til brevene, for at denne kunne være orienteret om indholdet. Til politiet har Jürgensen forklaret, at når han gik ind i dette arbejde, skyldtes det bl. a., „at Grænservisionskravet var skrinlagt, hvorfor Kpt. som tysk Statsborger i sit politiske Arbejde her i Landsdelen ikke kunde risikere at jaa sin Opholdstilladelse inddraget“.

## 70.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København om den tyske folkegruppes virksomhed.

3. feb. 1941.

S./N.Schl.

3. Februar 1941

*Inhalt:* Gesteigerte Tätigkeit der deutschen Volksgruppe.

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen  
im Durchdruck  
dem Herrn Beauftragten der Inneren Verwaltung  
in Kopenhagen.*

#### I. Allgemeinpolitische Lage.

Den 9. April sahen die meisten Volksdeutschen als die Vollendung ihrer zwanzigjährigen Volkstumsarbeit an. Jede weitere Tätigkeit hielten sie für überflüssig und glaubten, nur noch auf die endgültige Entscheidung warten zu brauchen. Obwohl die Volksgruppenführung diese Stimmung zu unterdrücken sich bemühte, trat ein gewisser Stillstand in der Begeisterung für volkstumpolitische Tätigkeit ein. Erst allmählich, verursacht durch die wiederholte Beratung der leitenden Volkstumsführer seitens der dortigen Gesandtschaft und schliesslich durch den letzten offiziellen Besuch der Volksgruppenführung in Berlin, konnte wieder allgemein ein *neuer Optimismus* beobachtet werden. Nachdem Klarheit über die aussenpolitischen Rücksichten im Norden und über den dringenden Wunsch Berlins nach weiterem Ausbau der Volkstumsstellung geschaffen worden ist, wird allgemein die völkische Arbeit intensiviert und eine neue Festigung und straffere Ausrichtung der Parteiorganisationen und ihrer Gliederungen durchgeführt.

a) *Die politische Parole für Schulung und Propaganda.*

Die neue Propaganda geht davon aus, dass neue staatliche Entscheidungen durch Siege des deutschen Volkstums vorbereitet werden, und weist hin auf die staatlichen Entscheidungen im Saarland, im Sudetenland, Memelland und in Danzig, wo durch völkische Erfolge und durch völkischen Einsatz die Volksgruppe die Entscheidungen des Führers vorbereitet hat. Man hebt jedoch gleichzeitig hervor, dass für den Entschluss des Führers ausser der Reife des Problems auch die aussenpolitische Lage massgebend sei, welche die Volksgruppe in vollem Umfange nicht zu beurteilen vermöge. Es dürften somit keinerlei Termine für staatliche Entscheidungen gefordert oder bestimmt werden. Über Grenzrevisionspläne könne überhaupt nicht gesprochen werden, da *die einzige Aufgabe der Volksgruppe nur die sei, das Volkstum zu festigen und vorwärts zu tragen*, um dadurch ein Problem lediglich zur völkischen Reife zu bringen. Alles andere läge in der Hand des Führers, der von der Volksgruppe den letzten völkischen Einsatz verlange, weshalb auch unter den jetzigen Verhältnissen der völkische Kampf um Schleswig weitergehe.

Um der von der Masse zu erwartenden Kritik vorzubeugen, wird ferner die *Parole der unbedingten Disziplin und willigen Gefolgschaft gegenüber dem Parteiführer* propagiert, der seine Weisungen vom Führer des deutschen Volkes erhalte. Vorbehaltloser Gehorsam gegenüber dem Parteiführer und Verzicht auf jede öffentliche Kritik seien daher völkische Pflicht.

Als Drittes wird die *Parole von der führenden Rolle des deutschen Volkes* im neuen grossgermanischen Raum in den Vordergrund gestellt.

Die Überlegenheit des deutschen Volkes und das völkische Vorwärtsdrängen mache auch das deutsche Volkstum hier in Nordschleswig zum führenden Faktor. Nicht auf eine zahlenmässige Mehrheit komme es an, sondern die Stärke einer Volksgruppe und ihr Führeranspruch seien abhängig von der völkischen Kraft und Lebendigkeit. Da in dieser Beziehung die deutsche Volksgruppe die stärkere sei, habe sie das Führungsrecht. Aus diesen Gedanken ergebe sich auch *das Verhältnis zu den dänischen Nationalsozialisten und zu Frits Clausen*. Ein Mitglied des Führervolkes brauche sich nicht einzuordnen in die Reihen eines Volkes, das in deutscher Gefolgschaft marschiere. Der Volksdeutsche brauche nicht einen Zweiten, den Führer eines anderen Volkes (Frits Clausen), zwischen sich und seinem Führer Adolf Hitler einzuschalten. Die germanischen nationalsozialistischen Volksgemeinschaften ständen nicht gleichberechtigt nebeneinander, sondern unter der kameradschaftlichen Führung des deutschen Nationalsozialismus'. Daneben unternimmt die Propaganda und Schulung u.a. den Versuch, die Gedanken einer europäischen Neuordnung, insbesondere über grossgermanische Lebensraumprobleme, in die Volksgruppe zu tragen. Diese Arbeit wird zwar nur einigen speziellen Rednern überlassen, hat aber entgegen allen Erwartungen bei der Volksgruppe Verständnis gefunden.

b) *Neue Erfolge der Volksgruppentätigkeit.*

Die gesamte Volksgruppe steht in einem neuen Aufbruch. Auf allen Gebieten ist eine deutliche Intensivierung der Arbeit spürbar. Das Wachsen der einzelnen Parteiorganisationen bis zur stellenweise fast 100 %igen Erfassung der deutschen Volksgenossen, die Gründung neuer Schulen und Kindergärten, das Ansteigen der Schülerzahlen auch in den bereits bestehenden Schulen, die stetigen Steigerung der Spenden und sozialen Beiträge, der restlos durchgeführte Aufbau der ständischen Organisationen (Deutsche Berufsgruppen Nordschleswig): Alles das ist ein eindeutiger Beweis für die deutschen Aktivierungen. Eine glänzende Dokumentation dieses neuen volksdeutschen Lebenswillens und des freudigen Vorwärtsdrängens sind auch die deutschen Veranstaltungen, die alle bisherigen Rahmen sprengen. Das gilt sowohl für die grossen monatlichen Amtswaltertagungen wie vor allem für die Gemeinschaftsabende im ganzen Land sowie auch für die kulturellen Veranstaltungen. Der gewaltige deutsche Sieg, die mächtige aussenpolitische Stellung Deutschlands, der Schutz der Wehrmacht und nicht zuletzt das Gefühl, dass man im Reich einen weiteren Ausbau der volksdeutschen Stellung verlangt und daher mit der deutschen Volksgruppe rechnet, haben einen frohen Optimismus geschaffen, welcher vor allem der Parteiarbeit neuen Auftrieb gegeben hat.

II. Diesen Vormarsch der deutschen Volksgruppe an Hand der erfolgreichen Tätigkeit der zahlreichen Organisationen im einzelnen nachzuweisen, würde über den Rahmen dieses Berichtes weit hinausgehen. Lediglich hervorheben möchte ich hier das Anwachsen der Mitgliederzahl in der NS-Frauenschaft, die bemerkungswerte Vergrößerung der Abonnentenzahl der Nordschleswigschen Zeitung, die Gründung einer weiteren volksdeutschen kirchlichen Freigemeinde und die Steigerung der Spenden für die sog. „Deutsche Selbsthilfe“. Bei den im folgenden behandelten Auswirkungen des gesteigerten Volkstumseinsatzes scheint mir jedoch eine ausführlichere Betrachtung unumgänglich.

a) Besonders auffallend ist die von den „Deutschen Berufsgruppen Nordschleswig“, die gleichsam die Arbeitsfront der deutschen Volksgruppe darstellen, in der letzten Zeit entfaltete Tätigkeit. Der von ihnen durchgeführte berufsständische Aufbau umfasst die vier grossen Säulen: Handel, Handwerk, Arbeiter und Landwirtschaft.

### 1.) *Gruppe Handel.*

Bisher war es sehr schwierig, die selbständigen Kaufleute für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Der Hauptgrund war wohl der deutscherseits gefürchtete dänische Boykott. Erst durch die innerhalb der Gruppe Handel der D.B.N. gegründeten Lieferungsgemeinschaften und durch die diesen zufallenden Aufträge der deutschen Wehrmacht gelang es, fast 100 % der volksdeutschen Betriebe organisatorisch zu erfassen. Die wesentlichen Aufgaben der Gruppe Handel sind ausser der wirtschaftlichen Stärkung der Betriebe durch Bildung von Lieferungsgemeinschaften die Sammlung der Kaufleute, Gehilfen und Lehrlinge, die Berufsförderung und Berufsertüchtigung, sowie die Berufslenkung und Lehrstellenvermittlung des Nachwuchses. Die Gruppe umfasst z.Zt. 349 Betriebsführer, 583 Gesellen und 87 Lehrlinge, insgesamt also 1019 Mitglieder. Nunmehr sollen die Betriebe in Fachgruppen eingeteilt werden, um unter der Leitung des Fachwartes die obengenannten Aufgaben intensivieren zu können.

### 2.) *Gruppe Handwerk.*

Durch eine gross angelegte Werbeaktion hat diese Gruppe in Verbindung mit den durch die für Wehrmächtaufträge gegründeten Liefergemeinschaften entstandenen Vorteile fast sämtliche deutschen Handwerker, sowohl Meister als Gesellen und Lehrlinge organisatorisch erfasst. Die Zahl der Mitglieder beträgt heute 1834, nämlich 834 Meister, 784 Gesellen, 99 Lehrlinge und 117 Hausangestellte. Das bedeutet seit August v. Js. mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Mitgliederzahl. Der geringe Teil der noch nicht erfassten Handwerker soll in nächster Zeit persönlich geworben werden. Neben der Vergebung von Aufträgen widmet sich die Organisation z.Zt. der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, zu welchem Zweck in allen Kreisstädten und an zahlreichen anderen Orten Vorträge von Spezialisten sowie in den Städten regelmässige Sprechstunden abgehalten werden. In diesem Jahr beabsichtigt man, innerhalb der Gruppe Innungen aufzubauen für verschiedenste Handwerkszweige. Es werden 14 Innungen errichtet werden; für ganz Nordschleswig immer nur je eine Innung, an deren Spitze ein Obermeister stehen wird.

### 3.) *Gruppe Arbeiter.*

Auch hier haben die im Rahmen der Wehrmachtsvermittlung entstandenen Beschäftigungsmöglichkeiten der Gruppe grossen Zulauf an Mitgliedern gebracht. Die Arbeitslosigkeit der Volksdeutschen in Nordschleswig, unter der die Arbeiter jahrelang sehr gelitten hatten, konnte fast restlos beseitigt werden durch Vermittlung nach Nordjütland oder als Grenzgänger nach Schleswig-Holstein. Die Volksgruppe hat diese Chance volkstumpolitisch zu nutzen gewusst. Da die „Gruppe Arbeiter“ nur vermittelt, wenn die Kinder die deutsche Schule besuchen oder zumindest eine entsprechende Umschulung versprochen wird, wird diese Tätigkeit volkstummässig sich wohl bald positiv auswirken können. Hand in Hand mit der Vermittlung geht ferner eine Betreuung durch die neu errichtete Rechtsberatungsstelle sowie durch die Frauenschaft. Die auf den Fliegerhorsten beschäftigten Arbeiter sind dort in Baracken besonders untergebracht und werden von der Partei mit deutschen Zeitschriften, aber auch durch regelmässige Rednerbeschiekung von Nordschleswig aus betreut.

Für die volksdeutschen Arbeiter sind aus ihren Reihen Vertrauensmänner eingesetzt worden, die Kameradschaftsabende abhalten und den ständigen Kontakt mit der „Gruppe Arbeiter“ aufrechterhalten. Die Mitgliederzahl beträgt z.Zt. 1150, ist somit seit einem Jahr ebenfalls auf das Doppelte angestiegen. Täglich laufen Neuanmeldungen ein; die Höchstzahl soll noch nicht erreicht sein.

#### 4.) Gruppe Landesbauernschaft.

Am 15. November v. Js. wurde die Errichtung einer „Landesbauernschaft Nordschleswig“ in Angriff genommen, welche die endgültige organisatorische Form für die Zusammenfassung des Landvolkes darstellt. Die Landesbauernschaft zerfällt unter Anlehnung an den Reichsnährstandsaufbau im Reich in zwei Hauptabteilungen: Hauptabteilung 1 (das bisherige Amt für Agrarpolitik) als agrarpolitischer Faktor und Hauptabteilung 2 (bisheriger Landwirtschaftlicher Hauptverein) als betriebswirtschaftliche und betriebstechnische Zentralstelle. Entsprechend der regionalen Parteilgliederung sind in der Landesbauernschaft 5 Kreise gebildet worden mit insgesamt 53 Bezirksbauernschaften. An der Spitze der Bezirksbauernschaften stehen 53 Bezirksbauernobmänner, denen wiederum 178 Ortsbauernobmänner für die einzelnen Ortschaften beigegeben sind. Die erste Werbeaktion bezog sich auf die selbständigen Bauern und hatte den Erfolg, dass über die bereits organisierten 1500 Bauern hinaus etwa 600 Bauern zusätzlich erfasst wurden. Die Werbung ist noch nicht ganz abgeschlossen. Zur Betreuung der sog. Gefolgschaftsmitglieder, d. h. der nicht selbständigen Angehörigen des bäuerlichen Berufsstandes (Schweizer, landwirtschaftliche Arbeiter, usw.) werden als Gehilfen und Berater der 53 Bezirksbauernobmänner 53 Gefolgschaftswarte eingesetzt. Um diese auf ihre kommenden Arbeiten vorzubereiten, ist für diesen Monat die Durchführung eines bäuerlichen Führernachwuchslagers im Langbehneim vorgesehen. Im Anschluss hieran wird die Werbung zur Erfassung der nicht selbständigen Angehörigen des Landvolkes einsetzen. Man rechnet nach Abschluss der Werbung mit einer organisatorischen Erfassung von etwa insgesamt 3000 Mitgliedern für die Landesbauernschaft.

Neben dieser organisatorischen Neuregelung in Form der Landesbauernschaft läuft z.Zt. eine starke Versammlungstätigkeit unter der Parole: Erzeugungsschlacht. Unter diesem Stichwort wird die vor allem seit dem 9. April 1940 in Nordschleswig erforderlich gewordene Aufklärungstätigkeit für die Neuorientierung und grundsätzliche Umstellung betrieben, zu der nach den bisherigen Erfahrungen in erfreulich starkem Masse eine grosse, einsatzbereite Bauernschaft bereits vorhanden ist. Eine weitere Hauptaufgabe der Landesbauernschaft wird in diesem Jahr die Unterstützung notleidender Betriebe sein. Für die Planung der Kreditgewährung werden aus diesem Grunde mit Hilfe eines Sachverständigen aus dem Reich sorgfältige Untersuchungen über die Festsetzung der Zinsleistungsgrenze in Nordschleswig eingeleitet werden. Das Ziel ist die Ausarbeitung eines allgemeinen Ermittlungsschemas, nach dem im Einzelfall die innere Struktur und auch die Zinsleistungsgrenze für jeden Betrieb ermittelt werden kann. Nach Abschluss dieser grundsätzlichen Ermittlungen sollen 3—400 Betriebe einzeln überholt werden, die sich s.Zt. für die sog. Zwangsversteigerungsschutzaktion zur Verfügung gestellt hatten. Weiter plant die Landesbauernschaft eine sorgfältige Nachprüfung von Betrieben, bei denen die Erbfolge Anlass zum Einschreiten geben kann, sei es dass kein bauernfähiger Nachwuchs vorhanden ist oder dass ein Erbe wegen seiner fachlichen Fähigkeiten oder auch wegen seiner politischen Einstellung Anlass zu Bedenken gibt.

#### b) Schule.

Seit 1934—35 konnten keine neuen Schulen gegründet werden. Die Schülerzahl nahm ständig ab. Erst das Jahr 1940 brachte für das deutsche Schulwesen einen neuen Aufstieg. Die Schülerzahl in den deutschen Privatschulen stieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres um etwa 100; für Ostern erwartet man in den deutschen Kommunalschulen sowie den Privatschulen eine weitere Erhöhung der Besuchsziffer um insgesamt etwa 200. In der gleichen Periode konnten zwei neue Privatschulen eröffnet werden: in Branderup und auf der Insel Aarö im kleinen Belt. Die Eröffnung von zwei weiteren Privatschulen in Baurup und in Bredebro steht kurz bevor. Die Entwicklung wird hierbei aber nicht stehenbleiben;

es bestehen bestimmte Aussichten, noch in diesem Jahr weitere Privatschulen zu errichten — auch ein neuer Kindergarten konnte in Tingleff eingerichtet werden; drei weitere sollen in diesem Jahre folgen.

c) *Film- und Büchereiarbeit.*

Im vergangenen Jahre war die Zusammenarbeit zwischen der Filmtätigkeit, der Büchereiarbeit und der Planung für die Neugründung von Schulen besonders glücklich. Neue Vorstösse in die Bevölkerungsschicht bisher nicht erfasster Gebiete hat zunächst der deutsche Schmalfilm übernommen, der in einer Gastwirtschaft oder in einem deutschen Bauernhause einem kleinen Kreis zugänglich gemacht wird, ohne volkspolitische Erörterungen anzuknüpfen. Nachdem durch Wiederholungen solcher Abende das Gelände „abgehört“ worden und eine hinreichend grosse, konstante Teilnehmerzahl festzustellen ist, setzt die Büchereiarbeit ein, die einem deutschen Bauern die sog. Schrankbücherei zur Verfügung stellt, um über das deutsche Buch mit den bisherigen Filmbesuchern den Kontakt aufrechtzuerhalten. Sobald das so gewonnene neue Feld für politische Arbeit reif geworden ist, werden auch Parteiredner entsandt und gleichzeitig die Vorbereitungen für die Gründung einer deutschen Schule in Angriff genommen. Diese Methode war — wie bereits unter Ziffer b erläutert — in letzter Zeit ausserordentlich erfolgreich und wird künftig der wichtigste Weg der Volksgruppe sein, Neuland zu erobern, d.h. im Sinne der neuen Richtlinien: die Stellung auszubauen.

d) *SK. (Schleswigsche Kameradschaft).*

Die SK. hat die Aufgabe, dem Parteiführer der NSDAP-N als Kampforganisation zur Verfügung zu stehen. Obwohl zahlreiche SK.-Männer teils zur SS. und teils zur Arbeit ins Reich oder nach deutschen Flugplätzen in Nordjütland abzogen, hat eine gleichzeitig vorgenommene Werbeaktion über 500 neue Mitglieder gebracht, sodass in der SK. heute trotz des obengenannten Abganges über 1200 Mitglieder stehen. Z.Zt. werden in allen grösseren Ortschaften wiederum grosse Werbeabende veranstaltet, sodass ständig neue Zugänge gemeldet werden. Man rechnet in diesem Jahr mit einer Steigerung der zahlenmässigen Stärke auf 1800 Mitglieder.

Die Führerausbildung wird wesentlich gefördert durch Teilnahme an sechswöchentlichen Lehrgängen bei der Waffen-SS. in Langenhorn. Das Bedürfnis und der Wunsch, an solchen Lehrgängen teilzunehmen, ist in den Reihen der SK. sehr gross. Ausserdem beschickt die SK. die Waffen-SS-Lehrgänge in Klagenfurt (Standarte Nordland). 180 SK-Männer haben an kurzfristigen Lehrgängen teilgenommen; weitere 132 stehen als sog. langfristigen Freiwillige noch heute in den Reihen der Waffen-SS.

e) Die Jugend (*Deutsche Jungenschaft und Deutsche Mädchenschaft*) steht noch mitten in einer im vergangenen Jahre begonnenen grossen Werbung. Bisher sind bereits 100 Mitglieder den Jugendorganisationen neu beigetreten. Man wird weitere Vorstösse versuchen und die Chance der Zeit dazu ausnutzen, auch den letzten deutschen Jungen organisatorisch zu erfassen. Vor allem will man in den Orten, wo neue Schulen errichtet wurden, durch Jugenderfassung nachsetzen, um das für den Schulbesuch erforderliche Reservoir sicherzustellen. Als besondere Aufgabe der Kriegszeit hat sich auch die Jugendorganisation das Ziel gesetzt, junge Soldaten für die Wehrmacht zu stellen. Bisher haben an den Kämpfen in Polen und im Westen 17 volksdeutsche Jungen teilgenommen. Etwa 300 wurden zur SS. eingezogen, wovon etwa 150 nach einer Kurzausbildung wieder entlassen wurden, während 150 noch heute als Freiwillige bei der Waffen-SS. stehen.

f) *Winterhilfswerk.*

Der gesteigerte Arbeitswille der Volksgruppe kommt zum Ausdruck in der Opferwilligkeit beim Winterhilfswerk. Die Ergebnisse der Büchsammlungen steigerten sich vor allem in den letzten Monaten. Sie betragen etwa 80 % mehr als im Vorjahre. Ähnliche Beobachtungen konnten bei den Listensammlungen gemacht werden. Die Volksgruppe hat ferner in diesem Winter erstmalig neben den üblichen Weihnachtsbeihilfen eine Sonderbetreuung in Notfällen, sowie vor allem eine regelmässige Dauerunterstützung für etwa 630

bedürftige Volksgenossen durchgeführt. Gestern wurde der „Opfertag der Solidarität“ erstmalig veranstaltet. Im Monat März soll, um schon jetzt Mittel für eine Dauerbetreuung in den Sommermonaten zu sammeln, eine grosse Verlosung stattfinden.

III. Die oben beispielsweise angeführten Ausschnitte aus der Volkstumsarbeit dürften einen ungefähren Eindruck von dem neuen Lebenswillen des Deutschtums vermitteln. Wenn man persönlich mitten in der Volksgruppe steht, erscheint einem die Lebendigkeit des politischen und kulturellen Lebens noch gewaltiger. Andererseits darf man die Erfolge der neuen Aktivität nicht ohne weiteres auch als eine bedeutende *zahlenmässige* Stärkung der Volksgruppe schlechthin werten. Wohl erscheint das völkische Erwachen vollständiger denn je. Das Deutschtum stand sicherlich nie stärker als jetzt — sowohl hinsichtlich der Tiefe als auch der Breite des völkischen Lebens. Im allgemeinen aber bestehen die neuen Erfolge in einer gesteigerten, inneren einheitlichen Ausrichtung und strafferen Festigung des Deutschtums, das bisher teilweise noch ausserhalb der politischen Organisationen stand. Es kann daher sehr wohl möglich sein, dass die neuen Impulse für einen erheblichen Einbruch in die Front der sog. Blackede (der völkisch unentschiedenen Kreise) im Augenblick noch nicht wirksam sind und sich auch bei den kommenden Wahlen zahlenmässig noch nicht auswirken. Die Intensivierung der Volkstumsarbeit wird aber nach aussen jene Einheit schaffen, die die Voraussetzung ist für eine wirksame nationale Stosskraft, sodass ein wesentliches zahlenmässiges Anwachsen der Volksgruppe zumindest in der Zukunft möglich sein dürfte.

L[anwer]

## 71.

### Uddrag af den tyske folkegruppes månedsbæretning.

Marts 1941.

#### Arbeitsbericht der deutschen Volksgruppe Nordschleswigs im Monat März 1941.

##### 1. Politische Arbeit:

Die Arbeit der Partei geht ruhig und energisch weiter. Neue organisatorische Massnahmen sollen die Möglichkeiten des Einsatzes verstärken.

Da der Parteirat infolge seines Umfanges eingehende Besprechungen nicht zulässt, sind für die einzelnen Arbeitsgebiete besondere Räte geschaffen worden. Während die allgemeinen politischen und organisatorischen Fragen in einem „Politischen Rat“ behandelt werden, sind für die wirtschaftlichen und kulturellen Fragen ein „Wirtschaftsrat“ und „Kulturrat“ eingesetzt worden. In den „Politischen Rat“ sind die höheren Amtsleiter der Partei, sowie die Kreisleiter der Partei berufen worden. Im „Wirtschaftsrat“ und „Kulturrat“ sitzen die Führer der Wirtschafts- und Kulturorganisationen.

Der erweiterte Parteirat wird unter diesen Umständen nur alle acht Wochen zusammentreten, um einen allgemeinen Lagebericht des Parteiführers und Berichte der einzelnen grossen Organisationen entgegenzunehmen.

Der „Politische Rat“ nahm seine Arbeit in einer Tagung Ende März auf. Das Hauptaugenmerk wurde den organisatorischen Fragen gewidmet. Das Verhältnis der Partei zu den anderen Organisationen wurde genau festgelegt. Die führende und verantwortliche Stellung des Ortsgruppenleiters wurde noch einmal unterstrichen. Um den monatlichen Berichten der Ortsgruppenleiter die gewünschte Richtung zu geben, wurde die Neuherausgabe von vorgedruckten Formularen mit vorgedruckten Fragen beschlossen.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående den tyske folkegruppes fremstød og forsøg på at vinde de blakkede.**

19. juni 1941.

DEUTSCHES KONSULAT

S/NSchl

Apenrade, den 19. Juni 1941

*Inhalt:* Leergebietstätigkeit der deutschen Volksgruppe.

An

die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.

Wiederholt habe ich in den letzten Monaten anhand zahlreicher Beweise berichten können über den Vormarsch der Volksgruppe, der gekennzeichnet ist durch innere Festigung und äusseres Wachsen. Dieser Vorstoss des Deutschtums auf allen Gebieten, der seine Kraft aus der völkischen Weltanschauung des Nationalsozialismus nimmt, hat seine besonders günstigen Bedingungen in den bekannten äusseren Umständen seit April v.J. Dass die Volksgruppe diese neue Chance mit allen loyalen Mitteln ausnutzt, ist ihr gutes Recht. Einst — im Jahre 1920 und später — stand das Glück gegen das Deutschtum, und bekanntlich nutzte das Dänentum die Stunde gründlich. Es bedeutet daher nur die ausgleichende Gerechtigkeit der Geschichte, wenn den Volksdeutschen eine ähnliche glückliche Stunde geboten und diese im ritterlichen Volkstumskampf ausgeschöpft wird.

Innerhalb der NSDAP.-N. besteht für die Vorstossarbeit ein sog. „Leergebietsreferat“, für das Herr Callesen, der Leiter der Hauptbücherei Apenrade und der Partei-Filmstelle verantwortlich ist. Mit Absicht wird von dieser Einrichtung wenig geschrieben und gesprochen; umso erfolgreicher ist ihre Tätigkeit in der letzten Zeit gewesen. M.E. wird ihre Methode künftig der wichtigste Weg der Volksgruppe sein, Neuland zu erobern.

Die Leergebietsarbeit wendet sich zunächst an das *verschüttete und „gelähmte“ Deutschtum*, das bisher aus Sorge vor wirtschaftlichen Nachteilen das offene Bekenntnis nicht wagte oder sich durch parteipolitische sowie verwandtschaftliche Bedenken gehemmt fühlte. Diese Deutschen sind heute zum grossen Teil erfasst von dem gewaltigen und grossen Geschehen der Zeit, die ein deutsches Gesicht trägt. Sie können sich nunmehr gegen den wirtschaftlichen Druck wehren; der Siegesmarsch des deutschen Volkes gibt ihnen die Kraft, auch sonstige Rücksichten fallen zu lassen. Hier bedeutet die Vorstossarbeit der Volksgruppe lediglich die Rückgewinnung verlorener Positionen.

In ebenso starkem Masse wendet sich die besprochene Aktion an *alle die Menschen*, in denen ein *endgültiges* Erwachen zu nationalem Bewusstsein noch nicht stattgefunden hat. Leergebiet ist in Nordschleswig somit überall dort, wo Menschen leben, die eine eindeutige nationale Entscheidung noch nicht getroffen haben. In der volksdeutschen Propaganda wird die These vertreten, dass hierzu die Mehrheit der nordschleswigschen Bevölkerung gehört. Wenngleich auch diese Ansicht stark übertrieben erscheint, so darf nicht verkannt werden, dass *aus den bekannten historischen Gründen* der Nordschleswiger allerdings vielfach ein eigenartiges nationales Gepräge hat. Durch zahlreiche persönliche Erfahrungen verstärkt sich bei mir die Überzeugung, dass man aus dem Stärkeprozentsatz des erfassten Deutschtums keineswegs den Schluss ziehen darf, dass der übrige Teil der Bevölkerung restlos nationalbewusstes Dänentum darstellt. Vielmehr sind sowohl in dem Abstimmungsergebnis des Jahres 1920 als auch in den dänischen Wahlziffern und Schulstatistiken die Stimmen der labilen Elemente mitenthalten. Bekannt ist, dass man sich vor allem bei der Abstimmung sehr von materiellen Überlegungen leiten liess. Und bei den späteren Wahlen liegt es vielfach ähnlich. Zahlreiche Arbeiter z. B. wählen nicht sozialistisch, weil sie Dänen sind. Ihnen im-

poniert in erster Linie der materielle Vorteil der dänischen Gewerkschaftspartei, den die Volksgruppe bisher nicht geben konnte. Auch bei den Bauern sind die Fälle nicht selten, dass die nationalen Programmpunkte der Parteien sie gleichgültig lassen und ihre Politik sich erschöpft in dem Problem der Schweinepreise und der Kronenhebung bzw. Kronensenkung. Vor allem aber stehen die nationalpolitisch Indifferenten in den Reihen der Nichtwähler und der Splitterparteien, für die Nordschleswig immer ein fruchtbarer Boden war. Alle diese Kreise sind ein Beweis dafür, dass in Nordschleswig die Entwicklung zur nationalen Entscheidung bis heute noch nicht überall abgeschlossen ist. Die heutigen Verhältnisse geben die Möglichkeit, auch die vor die Entscheidung zu stellen, die bisher unentschieden zwischen den Fronten standen und lediglich eine lose Verbindung zum dänischen Staatsvolk eingegangen waren, ohne sich innerlich endgültig entschieden zu haben. Hier liegt daher noch ein umfangreiches Operationsfeld für die Leergebietsarbeit.

Die Volksgruppenführung hat die günstigen Vorbedingungen für eine neue Vorstosstätigkeit erkannt und ist auch in der Wahl ihrer Mittel auf dem richtigen Wege. Das Buch und der Film sind die fruchtbarsten Samenkörner dieser stillen Gärtnerarbeit. Im Buch, das das unauffälligste und letzten Endes auch nachhaltigste Mittel ist, findet der Leser die Verbindung mit dem deutschen Leben der Vergangenheit und Gegenwart. Ohne sich vor den Nachbarn blosszustellen, kann er sich in deutsches Denken einleben und die Kenntnis der deutschen Sprache auffrischen. Das erste Arbeitsziel besteht somit darin, in dem neuen Gebiet bei einem Bauern oder Arbeiter eine kleine Schrankbücherei einzurichten. Schneller und eindringlicher arbeitet der Film.

Ich bin der Ansicht, dass die bisherigen Ereignisse erst Anfangsergebnisse darstellen und künftig noch recht bedeutende Erfolge dieser Art zu erwarten sein werden. Unabsehbar scheinen mir die Aussichten vor allem im Augenblick des endgültigen deutschen Sieges zu werden. Bei einer Beurteilung der künftigen Entwicklung des Deutschtums muss allerdings schon jetzt ebenfalls in Rechnung gestellt werden der Abwanderungsstrom, der unter den augenblicklichen Kriegsverhältnissen (Freiwilligenmeldung zur Waffen-SS, Arbeitsvermittlung ins Reich, Heirat mit hier stationierten Truppen usw.) eine neue Förderung erhalten hat. Nach beendeter Kriege werden die Abwanderungstendenzen vor allem bei der Jugend wesentlich beeinflusst werden von dem künftigen staatspolitischen Schicksal Nordschleswigs. Es scheint zwar im Augenblick müßig, hierüber schon jetzt konkretere Betrachtungen anzustellen. Die grundsätzliche Stellungnahme zu diesem Problem dürfte aber eine wesentliche Rolle spielen für die jetzt vielfach aufgetauchte Frage, ob das bisherige Tempo der Schulneugründungen beibehalten werden soll: eine Frage, mit der sich nach verschiedenen Anzeichen die Volksdeutsche Mittelstelle sowie die Deutsche Stiftung z. Zt. beschäftigen. M. E. erfordern die obenerwähnten Chancen der Leergebietsarbeit eine weitere Intensivierung der bisherigen Schulpolitik. Die Verantwortung gegenüber der Geschichte und dem hundertjährigen Volkstumsringen Schleswig-Holsteins verpflichtet in dieser einmaligen Glücksstunde des hiesigen Deutschtums zur weiteren finanziellen Unterstützung der Schulpolitik. Spätere Rückschläge wird man entweder durch entsprechende Massnahmen (Verbot der Abwanderung, Ansiedlung neuen Zuwachses aus dem Süden od. ähnl.) zu verhindern suchen oder aber mit in Kauf nehmen müssen.

gez. Lanwer

## 73.

**Det tyske konsulat til Peter Larsen angående den planlagte artikel af lærer  
Bargfeldt og om den almindelige politiske stilling.**

12. nov. 1941.

Kult 3 Nr. 2.

12. November 1941

1 Anlage.

Herrn

*Oberleutnant P. Larsen  
in Apenrade.*

*Sehr geehrter Herr Oberleutnant!*

Zu dem wiederbeigelegten Artikel von Herrn *Bargfeldt* möchte ich folgendes bemerken:

1) Die offizielle Anerkennung der SK in Verbindung mit den kürzlich durchgeführten Gedächtnismärschen ist eine starke öffentliche Bestätigung der Kopenhagener Behörden für die Loyalität der Volksgruppenpolitik. Die Volksgruppe ist wesentlich daran interessiert, dass dieser Eindruck erhalten bleibt. Praktische Gründe gebieten es daher, von uns aus keine noch so vorsichtig gearteten Vorstöße gegen die dänische Haltung zu unternehmen, *solange* der dänische Gegner keine neuen Anhaltspunkte zu einer Auseinandersetzung bietet. M. E. sollte sich daher die Volksgruppe vorerst darauf beschränken, die weitere Entwicklung abzuwarten, insbesondere die künftige Haltung und eine evtl. Reaktion der dänischen Presse zu beobachten und genau zu registrieren. Je grössere Geduld unsererseits nachweislich geübt worden ist, desto berechtigter und heftiger können unsere Angriffe sein, wenn das Mass übergelaufen ist.

2) Für die Richtigkeit meiner Ansicht dürfte auch folgendes Argument sprechen:

Die Legalisierung der SK-Arbeit ist im Benehmen mit dem Herrn Gesandten von dem Direktor des Dänischen Aussenministeriums, Herrn Svenningsen, zum Anlass genommen worden, während eines mehrtägigen Aufenthalts in Nordschleswig in zahlreichen Konferenzen, Besprechungen und vertraulichen Gesprächen mit den massgeblichen Vertretern der dänischen Behörden, Presse, Schulen, Kirche, Organisationen usw. seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass dänischerseits die öffentliche und stille Hetze gegen das Deutschtum eingestellt werde und eine ruhigere Betrachtung der hiesigen Verhältnisse sich durchsetzen möge. Dieses offizielle dänische Bemühen fällt zeitlich zusammen mit der in der deutschen und dänischen Öffentlichkeit stark beachteten Loyalitätserklärung des Parteiführers Dr. Möller im Reichstag.<sup>1)</sup> Man kann daher sehr wohl von einem beiderseits indirekt gebilligten „Burgfrieden“ sprechen, sodass es ratsam erscheint abzuwarten, ob ein solcher „Burgfrieden“ dänischerseits ein grösseres Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Volksgruppe mit sich bringen wird oder nicht. Jedenfalls halte ich es für klug, unsererseits so zu manövrieren, dass die Verantwortung für eine eventuelle Störung dieses „Burgfriedens“ eindeutig und klar die dänische Seite trifft. Auch aus diesem Grunde sollte daher ein Zurückgreifen auf die Vergangenheit besser unterbleiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, dass die Gesandtschaft wegen der in „Jydske Tidende“ kürzlich erschienenen Artikel über die Loyalitätserklärung von Herrn Dr. Möller bereits beim Dänischen Aussenministerium vorstellig geworden ist und die Antwort erhalten hat, dass die beanstandeten Ausführungen schon in Druck gegeben waren, bevor Direktor Svenningsen mit der Presse abschliessend Fühlung genommen hatte.

3) Schliesslich ist es ein persönlicher Wunsch des Herrn Gesandten, die dänische Öffentlichkeit sich allmählich an die Neuregelung der S.K.-Arbeit gewöhnen zu lassen. Ein starkes propagandistisches Auswerten des erreichten Erfolges würde man somit besser auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

4) Hinzu kommt, dass — wie ich Ihnen bereits mündlich mitteilte — nach ausdrücklicher Weisung der Deutschen Gesandtschaft die Einzelheiten der vertraglichen Abmachung (vor allem hinsichtlich des Marsches an den sechs Feiertagen) vorläufig streng vertraulich behandelt werden sollen und daher nicht veröffentlicht werden dürfen.

Nach allem bin ich leider nicht in der Lage, die Verantwortung für den geplanten Artikel zu übernehmen und möchte Sie bitten, von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Zu einer mündlichen Besprechung werden wir vermutlich im Laufe des morgigen Tages auf der Gaupressetagung in Flensburg Gelegenheit haben.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> Dr. Møller talte i folketinget den 29. oktober. Her sigtes sikkert til følgende udtalelse: „Den Loyalitetserklæring, vi afgav ved Krigens Begyndelse, er fremdeles Rettesnor for vor Holdning over for den danske Stat“ (Rigsdagstidende. Forhandlingerne i folketinget 1941—42, spalte 271). Angående dr. Møllers loyalitetserklæring se A. nr. 11.

## 74.

### Renthe-Fink til Lanwer angående retningslinier for den tyske folkegruppes politik.

20. nov. 1941.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen

Tgb.Nr.1368/41

Auf Ihren Bericht vom 12.11.1941.

København, den 20. November 1941.

*Lieber Lanwer!*

Der von Ihnen übersandte Aufsatz „Nach der Schlacht bindet den Helm fester“,<sup>1)</sup> den Herr Larsen zu veröffentlichen beabsichtigte, zeigt deutlich, dass Larsen in keiner Weise erkannt hat, wie sich die Volksgruppe zu den getroffenen Abmachungen über die SK einzustellen hat. Nachdem die Veranstaltungen am 9. November reibungslos und ohne Störung verlaufen sind, sind die scharfen Angriffe und der herausfordernde Ton in dem Aufsatz von Herrn Larsen umso weniger angebracht, da damit nur wieder neue Spannung und neue Unruhe geschaffen wird. Die Erregung der Volksgruppe über die Vorfälle in Sonderburg ist zweifellos verständlich und begründet. Es wäre aber nach dem Brief des Bischofs Noack, der Entschuldigung des Amtmanns Thomsen und den betreffenden Zeitungsveröffentlichungen politisch falsch, diesen Vorfall nochmals zum Anlass einer öffentlichen Polemik zu machen. Es war deshalb richtig, dass Sie gegen die Veröffentlichung des Aufsatzes Stellung genommen haben; in Ihrem Schreiben an Larsen ist aber nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen, dass die Volksgruppe ihrerseits alles zu vermeiden hat, was unserem grossen politischen Interesse an einer ruhigen Entwicklung der Verhältnisse im Grenzgebiet zuwiderläuft. Ich halte es auch nicht für angebracht, der Volksgruppe lediglich aus taktischen Gründen anzuraten, vorläufig mit derartigen Veröffentlichungen zu warten, um gegebenenfalls später umso heftigere Angriffe gegen die Dänen richten zu können, und der Volksgruppe nahe zu legen, eine propagandistische Auswertung des erreichten Erfolges in der SK-Frage auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Eine propagandistische Auswertung der SK-Vereinbarung muss überhaupt unterbleiben. Der Volksgruppe ist immer wieder und gerade auch aus

Anlass der geplanten Veröffentlichung von Larsen einzuschärfen, dass sie im Interesse der Politik des Reiches trotz mancher Störungsversuche von dänischer Seite das Ihrige dazu beitragen muss, um ein erträgliches Verhältnis zur dänischen Bevölkerung in Nordschleswig zu schaffen bzw. zu erhalten. Diesem Ziel hat sich auch die Nordschleswigsche Zeitung unterzuordnen, deren Veröffentlichungen unter der Rubrik „Unsere Stimme“ in letzter Zeit wieder häufig einen zu scharfmacherischen Ton aufweisen und die dänische Presse dazu aufmuntern, sich nicht an die ihr angeblich von Herrn Svenningsen gegebenen Richtlinien zu halten.

Ich darf Sie bitten, im Sinne meiner Ausführungen ständig und mit allem Nachdruck auf die Volksgruppe einzuwirken. Wir haben eine grosse Verantwortung in dieser Beziehung.

Mit besten Grüßen und

Heil Hitler!

stets Ihr

**Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Den pågældende artikel var ikke skrevet af Peter Larsen, men af lærer Bargfeldt (se A. nr. 73).

## 75.

### Lanwer til Renthe-Fink angående direktør Svenningsens besøg i Nordslesvig.

20. nov. 1941.

Kult 3 Nr. 2

20. November 1941

An den

*Bevollmächtigten des Deutschen Reiches  
Herrn Minister von Renthe-Fink  
in Kopenhagen*

*Hochverehrter Herr Minister!*

Infolge einer unangenehmen Grippeerkältung komme ich leider erst heute dazu, über den Aufenthalt des Herrn Svenningsen in Nordschleswig zu berichten:

Herr Svenningsen, der unmittelbar nach seiner Ankunft in Apenrade sich fernmündlich mit mir in Verbindung setzte, suchte mich bereits am nächsten Vormittag in meiner Wohnung auf, wo wir über eine gute Stunde verschiedene, z.Zt. aktuelle Angelegenheiten des hiesigen Grenzgebietes besprachen. Herr Svenningsen bat mich u.a., dafür zu sorgen, dass der Gedächtnismarsch der SK zum 9. November nicht zu einem Propagandamarsch ausgestaltet würde. Er hätte bereits erfahren, dass z.B. in Sonderburg der SK-Umzug fast durch sämtliche Strassen der Stadt geführt werden sollte. Ich habe Herrn Svenningsen zugesichert, seinem Wunsch nachzukommen, und konnte in einer von Herrn Oberleutnant Larsen im hiesigen Dibbernhaus anberaumten Besprechung der Kreismannschaftsführer erreichen, dass in allen fünf Orten die geplanten Marschwege um ein Wesentliches gekürzt wurden.

Sehr interessiert war Herr Svenningsen daran dass die SK sich niemals in der Öffentlichkeit zusammen mit der Wehrmacht zeigen soll. Ich habe ihm erklärt, dass bei den nunmehr genehmigten SK-Umzügen gelegentlich der nationalen Feiertage selbstverständlich niemals auch die Wehrmacht auftreten würde. Herr Svenningsen wollte aber gern weiter hören, dass überhaupt grundsätzlich die deutsche Volksgruppe sich in der Öffentlichkeit nicht

zusammen mit Wehrmachtsformationen zeige. Ich habe Herrn Svenningsen gebeten, diesen Fragenkomplex mit der Gesandtschaft zu erörtern und ihn bereits darauf hingewiesen, dass m.E. während des Heldengedenktages, dessen Veranstaltungen im Ausland von der Wehrmacht getragen werden, eine Beteiligung der Volksdeutschen als Zuschauer od. ähnl. wohl kaum verhindert werden könnte. Auch eine gemeinsame Kranzniederlegung volksdeutscher Ortsgruppen und militärischer Abteilungen an den wenigen frischen Soldatengräbern würde wahrscheinlich gelegentlich vorkommen.

Weiterhin wollte Herr Svenningsen es gern sehen, dass die von der Volksgruppe niedergelegten Kränze des Nachts von der Polizei in einer Kirche oder Friedhofskapelle aufbewahrt und im übrigen die Kränze nach spätestens drei Tagen von den Denkmälern wieder endgültig entfernt würden. Wir haben uns schliesslich jedoch dahin geeinigt, die Kränze wenigstens fünf Tage liegen zu lassen. Einer Entfernung der Kränze für die Dauer der Nacht wollte die Volksgruppenführung nicht gern zusagen, bot dafür aber eine eigene volksdeutsche Wache für die Dunkelheit an. Amtmann Thomsen hat jedoch diesen Vorschlag der Volksgruppenführung aus verständlichen Gründen nicht annehmen wollen, sodass es also nach wie vor dabei verbleiben wird, dass die Polizei die Kränze auch des Nachts zu bewachen hat.

Im übrigen habe ich leider aus der Unterredung den Eindruck gewonnen, dass Herr Svenningsen sich sehr rasch von den führenden dänischen Männern Nordschleswigs hat einfangen lassen. Wiederholt erklärte er mit auffällender Bestimmtheit, dass Männer wie Amtmann Thomsen und Folketingsabgeordneter Svensson (Chefredakteur der „Jydske Tidende“) mit erstaunlicher Ruhe und grossem Verständnis die Volkstumsverhältnisse im Grenzland beurteilten. Bei der Erörterung der Sonderburger Kranzschändung gebrauchte Herr Svenningsen mehrere Argumente, die fast wörtlich Amtmann Thomsen mir gegenüber verwertet hatte und deutlich verrieten, dass die offizielle Einstellung nicht erheblich abweicht von den bekannten bedauernswerten Presseäusserungen gelegentlich des Sonderburger Übergriffs. Mir war hierbei besonders bemerkenswert, dass Herr Svenningsen, der offenbar dort in Kopenhagen während der Demarche der Gesandtschaft eine ganz andere Haltung eingenommen hatte, hier schon sobald die Einstellung der Herren Thomsen usw. angenommen hatte.

Erwähnenswert sind vielleicht noch folgende Gedanken: Nach Ansicht des Herrn Svenningsen ist es ausserordentlich schwer für das dänische Volk, den Nationalsozialismus zu verstehen. Er glaubte sogar, dass das Dänentum die neue deutsche Weltanschauung wohl nie begreifen werde. Andererseits wird daher umgekehrt auch das Deutschtum niemals die Einstellung des dänischen Volkes ganz verstehen, sodass sich schon aus dieser Situation immer gewisse Unruhemomente im Grenzgebiet ergeben würden. Bei dem dänischen Volk käme noch eine Art Minderwertigkeitskomplex hinzu, da es als kleines Land dem mächtigen grossdeutschen Reich gegenüber stünde. Ich bin auf diese Gedanken nicht näher eingegangen, da die einzig mögliche Antwort Herrn Svenningsen sehr unangenehm gewesen wäre. Denn man hätte lediglich antworten können, dass somit nach offizieller Ansicht eines dänischen Regierungsvertreters in Nordschleswig niemals Frieden einkehren und der Unfriede verewigt würde. Wenn Herr Svenningsen recht hat, dann sind die Angriffe der Volksgruppe gegen das führende demokratische Dänentum insofern berechtigt, als sie immer wieder behauptet, dass nur in einem nationalsozialistisch ausgerichteten dänischen Volke ein gutes nachbargemeinschaftliches Zusammenleben im Grenzgebiet garantiert sei. Ich war überrascht, dass Herr Svenningsen sich so äusserte, denn seine Begründung ist wohl der durchschlagendste Beweis entweder für die Notwendigkeit eines nationalsozialistischen Regimes in Dänemark oder aber einer Rückgliederung Nordschleswigs an Deutschland.

Mit verbindlichsten Empfehlungen und

Heil Hitler!

m[anu] p[ropria]

L[anwer]

## 76.

## Lanwer til Kassler angående dr. Möllers møde med Himmler.

25. nov. 1941.

25. November 1941

Herr

Legationssekretær Dr. Kassler  
in Kopenhagen,  
Deutsche Gesandtschaft

Lieber Herr Kassler!

Wie ich bereits fernmündlich kurz andeutete, ist Dr. Möller vor einigen Tagen im Führerhauptquartier von Reichsführer Himmler empfangen worden. Ein besonderer Anlass für diesen Empfang hat nicht vorgelegen. Vielmehr hat SS-Obersturmführer Lorenz auch Dr. Möller dem Reichsführer mal vorstellen wollen, zumal die übrigen Volksgruppenführer aus dem Südosten in diesen Tagen zum Reichsführer befohlen worden waren. Dr. Möller, der im Salonwagen des Reichsführers gewohnt hat, ist etwa eine Stunde mit dem Reichsführer zusammen gewesen. Reichsminister Himmler hat Dr. Möller seine Anerkennung für die bisherige Arbeit ausgesprochen und besonders die geschlossene Ausrichtung der deutschen Volksgruppe gelobt. Als besonderer Wunsch wurden an Dr. Möller Fragen gestellt über die berufliche Schichtung des hiesigen Deutschtums, über die Stärke der Kinderzahl usw.: Dinge, über die demnächst Dr. Peter Kragh vom Bevölkerungspolitischen Amt der NSDAP.-N. nach genauen Instruktionen der Volksdeutschen Mittelstelle Erhebungen anstellen wird. Sodann sind vom Reichsführer verschiedene Möglichkeiten über das Schicksal Nordschleswigs angedeutet worden, über die ich aus Gründen der Sicherheit nicht gern sprechen möchte. Dr. Möller hat im Anschluss an den Empfang beim Reichsführer eine eigene Besprechung mit SS-Obergruppenführer Behrends gehabt, in der Dr. Möller — unter dem starken Eindruck der neuen Gedanken — einen Vorschlag betr. Volksgruppenrecht für Nordschleswig gemacht hat, über den ich aber brieflich ebenfalls nicht berichten kann.<sup>1)</sup> Vielleicht ist Dr. Möller gelegentlich in Kopenhagen und kann Ihnen oder dem Herrn Minister persönlich Einzelheiten erzählen. Jedenfalls glaube ich, dass eine sofortige Information nicht notwendig ist, da die erörterten Dinge in Kreisen des Auswärtigen Amtes wohl nicht neu sein dürften.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

L[anwer]

<sup>1)</sup> Under en afhøring for landsretten den 30. og 31. marts 1949 har dr. Möller hævdet, at det er fuldstændig fri fantasi, hvad Lanwer skriver angående rigsførerens udtalelser om de forskellige muligheder med hensyn til Nordslesvigs skæbne og angående dr. Möllers drøftelser med Behrends. Han kunne iøvrigt ikke huske, at han havde talt med Lanwer om spørgsmålet folkegrupperet, ligesom han heller ikke kendte noget til traktaten vedrørende den tysk-kroatiske folkegruppes retsstilling (se A. nr. 81). Derimod havde han i Vomi drøftet folkegrupperettigheder i almindelighed, og man havde også talt om spørgsmålet, da en tysk jurist, dr. Hasselblatt, der var ekspert i mindretals-spørgsmål, havde været i Nordslesvig. Möller hævdede, at der ikke havde været udarbejdet en særlig folkegrupperet, men man havde diskuteret, hvad der skulle stå i en sådan. For landsretten har Rimann den 1. april 1949 forklaret, at Vomi ikke ønskede en mindretalsstatut, da man mente, at en sådan kunne bringe mindretallets loyalitet mod opholdsstaten i fare.

## 77.

Lanwer til Kassler angående dr. Møllers løfter m. h. t. „Nordschleswigsche Zeitung“s holdning.

26. nov. 1941.

26. November 1941

Herrn

Legationssekretär Dr. Kassler  
in Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft

Lieber Herr Kassler!

Wegen der künftigen Haltung der „Nordschleswigschen Zeitung“ habe ich mich eingehend mit Dr. Möller unterhalten, der mir nach Rücksprache mit seinem „Politischen Rat“ gestern abend mitteilte, dass die „Nordschleswigsche Zeitung“ und das sonstige volksdeutsche Schrifttum zunächst einmal für die Dauer eines Monats grosspolitische Auseinandersetzungen mit dem dänischen Volk nicht bringen wird. Vor allem soll „Unsere Stimme“ während dieser Zeit nicht erscheinen, zumindest jegliche Angriffe unterlassen.<sup>1)</sup> Sollte sich eine neue pressepolitische Lage ergeben, so wird Dr. Möller erst nach Rücksprache mit mir andere Weisungen geben.

Dass der Beitritt zum Antikominternpakt, der doch sehr überraschend kam, das hiesige Dänentum auf eine sehr ernste Probe gestellt hat, war wohl zu erwarten. Die englische Radiopropaganda und gewisse Flüstermethoden haben einen Teil dazu beigetragen, die Erregung zu vergrössern. Ich glaube aber, dass die sehr kühlen Presseäusserungen das dänische Volk wieder beruhigen werden. Gerade mit Rücksicht darauf, dass man bei der bisherigen Haltung des Dänentums dem dänischen Partner eine gewisse Übergangszeit zubilligen muss, hat Dr. Möller sich zu den obengenannten Weisungen entschlossen.

Mit freundlichen Grüssen und

Heil Hitler!

L[anwer]

<sup>1)</sup> „Unsere Stimme“ findes også i den følgende tid i „Nordschleswigsche Zeitung“, således 29. november, 2. og 6. december.

## 78.

Lanwer til Kassler angående drøftelser med dr. Møller om  
dennes politiske holdning.

17. dec. 1941.

S/NSchl

17. Dezember 1941

Herrn

Legationssekretär Dr. Kassler  
in Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft

Lieber Herr Kassler!

Nach Rückkehr von meinem Urlaub habe ich bereits zweimal sehr eingehend mit Dr. Möller die politische Haltung im Volkstumskampf besprochen und vor allem Dr. Möller zu überzeugen versucht, dass er angesichts der letzten grosspolitischen Entwicklungen seine Ausführungen im Folketing zur Tagessprache auf den Parteiveranstaltungen der Volksgruppe machen müsse. Insbesondere habe ich ihm nachzuweisen versucht, dass „Unsere Stimme“ immer weniger in die Zeit hineinpasst. Ich möchte, trotz anfänglichen Sträubens Dr. Möllers annehmen, dass er zumindest einen Teil meiner Ausführungen beherrzigen und danach handeln wird. Ich persönlich hatte ja unter dem Eindruck des Beitritts Dänemarks zum Antikominternpakt und der vermutlich in Zukunft zu erwartenden weiteren politischen Schritte der dänischen Regierung geglaubt, dass man nunmehr der Volksgruppe jede öffentliche Beschäftigung mit der Diskrepanz zwischen offizieller dänischer Politik und politischer Haltung des dänischen Volkes untersagen würde. Ich war etwas überrascht, von Dr. Möller zu hören, dass in dieser Beziehung seitens der Gesandtschaft bei seinem letzten Besuch in Kopenhagen besondere Wünsche nicht geäußert worden seien. Sie wissen, dass ich immer weitgehend versucht habe, der Volksgruppe im Rahmen der grosspolitischen Rücksichten hinreichende Bewegungsmöglichkeiten im beiderseitigen Volkstumskampf zu belassen. Z.Zt. aber verstärkt sich bei mir immer mehr der Eindruck, dass die Volksgruppe sich politische Aufgaben auferlegt, deren Durchführung besser unterbleiben sollte. Es ist begreiflich, wenn z.B. der Volksdeutsche empört ist über die zahlreichen, immer wieder zu beobachtenden kleinen Widerstände und Übergriffe der dänischen Bevölkerung. Mir will aber scheinen, dass über diese oft unverständliche politische Haltung und deren Auswirkungen sich die offizielle Politik mit demselben Recht entrüsten könnte wie die Volksgruppenführung. Wenn man aber in Berlin die „viel gelästerte“ Langmut und Geduld aufbringt und für zweckmässig hält, dann müsste eine ähnliche weise Beschränkung auch der Volksgruppe zugemutet werden können. Es müsste möglich sein, dass die Volksgruppe sich nunmehr ausschliesslich beschränkt auf die Festigung der Volkstumspositionen und andererseits auf die Mobilisierung aller Kräfte mit dem Ziel der Unterstützung des deutschen Muttervolkes im jetzigen Kriege. Demgegenüber vertritt Dr. Möller den Standpunkt, dass die Volksgruppe ausserdem auch eine *politische* Aufgabe haben müsse, die er darin sieht, dass sie immer wieder den abseitsstehenden und oft feindlich gesinnten dänischen Kreisen nachweisen müsse, dass die offizielle dänische Regierungspolitik vom eigenen Volk sabotiert werde. Ich gebe zu, dass eine solche Aufgabe in der Hand ruhiger Volkstumspolitikern zweifellos eine gewisse Bedeutung haben könnte. Ich halte sogar einen ruhigen, beherrschten Meinungs austausch der beiderseitigen Presse über grundsätzliche Fragen für zweckmässig. Leider aber werden die Angriffe immer wieder in der Rubrik „Unsere Stimme“ gebracht, deren äussere Form und kühle Schärfe oft wie ein drohender Zeigefinger wirken. Ich habe daher Dr. Möller vorgeschlagen, die „Stimme“ doch endlich fallen zu lassen und dafür ähnliche Gedanken in verbindlicher Form in einem ausführlichen, versöhnlich gehaltenen Leitartikel (vielleicht einmal in der Woche) zu bringen. Alle kleineren Entgleisungen aber

sollten nur noch mir zwecks Weitergabe an die Gesandtschaft gemeldet werden. Leider aber taucht bei der Volksgruppenführung in jeder Diskussion über „Unsere Stimme“ sofort die Prestigefrage auf, sodass auch jetzt Dr. Möller auf dem Standpunkt verharret, die „Stimme“ halten zu müssen. Er hat sich allerdings bereit erklärt, nur die gravierenden Fälle zu behandeln und künftig die kleinen Ausschreitungen nicht zu veröffentlichen. Der Erfolg meiner Besprechungen bleibt zunächst abzuwarten. Ich würde es begrüßen, wenn Dr. Möller bei seinem nächsten Aufenthalt in Kopenhagen von Herrn Minister in klarer Form ähnliche Vorhaltungen gemacht würden.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

m[anu] p[ropria]

L[anwer]

## 79.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dommen over de to SK-mænd, der overfaldt lektor Rosent.

22. dec. 1941.

J.Nr. 927.

22. December 1941

*Inhalt:* Strafverfahren gegen die S.K.-Männer  
Christian Petersen und Emil Jacob von  
Essen.

- 2 Anlagen.  
3 Durchschläge.

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Am 12. d.M. wurden die S. K.-Männer *Petersen* und *Essen* von dem hiesigen Schöfengericht wegen Körperverletzung des am hiesigen dänischen Gymnasium tätigen Lektors *Rosent* zu 40 Tagen Haft verurteilt.

Bisher ist das Urteil in der „Nordschleswigschen Zeitung“ nur vorsichtig angegriffen worden. In „Unsere Stimme“ wird darauf hingewiesen, dass dänische Gerichte wiederholt nur auf Geldstrafe erkannt hätten in Fällen von dänischen tätlichen Übergriffen gegen deutsche Jugend. Dr. Möller, der die Angelegenheit leider sehr stark vom Prestigestandpunkt aus beurteilt, will auf keinen Fall zulassen, dass die Angeklagten die Haftstrafe antreten. Ich habe Herrn Dr. Möller eindringlich seine Loyalitätserklärung im Folketing vorgehalten und ihm mit allem Nachdruck erklärt, dass eine erneute breite Erörterung des mehrere Jahre zurückliegenden Falles Rosent nicht erwünscht sei. Dr. Möller hat sich schliesslich bereit erklärt, vorläufig in der Presse keine neuen heftigen Angriffe gegen Rosent zu unternehmen, mich allerdings gleichzeitig dringend gebeten, der Gesandtschaft den Fall mit der Bitte vorzutragen, Schritte mit dem Ziel einer baldigen Entfernung des Lektors Rosent aus dem Grenzgebiet zu unternehmen. Dr. Möller meint, dass er nur dann die Inhaftierung der beiden Angeklagten vor seiner Volksgruppe verteidigen könne, wenn gleichzeitig auch Rosent abtreten müsse.

Ich wäre für eine baldgefl. Mitteilung darüber besonders dankbar, wie dortseits die Angelegenheit beurteilt wird.

L[anwer]

## 81.

Lanwer til Kassler angående samtale med dr. Möller, især vedrørende arbejdet med en særlig folkegrupperet.

7. jan. 1942.

S/NSchl

7. Januar 1942

Herrn

Legationssekretär Dr. Kassler  
in Kopenhagen.

Lieber Herr Kassler!

Gestern hatte ich eine längere Unterredung mit Dr. Möller, aus der ich Ihnen einiges privatdienstlich mitteilen möchte:

1. *Volkgruppenrecht:*

Dass Dr. Möller den der Gesandtschaft versprochenen Bericht betr. Volkgruppenrecht nicht übersandt hat, ist — wie ich bereits vermutet hatte — auf das Einwirken von SS-Brigadeführer Behrends zurückzuführen, der bei seinem letzten Besuch in Nordschleswig Herrn Dr. Möller es untersagt hat, über die politisch wichtige und heikle Angelegenheit einen Antrag über das Auswärtige Amt leiten zu lassen. Dr. Behrends befürchtet angeblich, dass ein solcher Bericht zum Gegenstand einer Besprechung zwischen Ribbentrop und Himmler gemacht wird und Reichsführer Himmler über die Methode von Dr. Möller erbost sein könnte, zumal Dr. Möller in seinem Bericht an die Besprechung mit Reichsführer Himmler anknüpfen wollte. Wie ich nunmehr von Dr. Möller höre, ist man im Kreise der Volkgruppenführung bereits ausserordentlich aktiv mit der Ausarbeitung eines Volkgruppenrechts beschäftigt. Vor einigen Wochen hatte Dr. Möller auf einer Sitzung des Politischen Rates verschiedenen Amtswaltern den Auftrag gegeben, spezielle Sachgebiete sich zu überlegen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Auf der gestrigen Sitzung des Politischen Rates wurden die einzelnen Vorschläge besprochen, und in den nächsten Wochen soll aufgrund der bisherigen Vorschläge und anschliessenden Besprechungen erstmalig eine konkrete Zusammenfassung erfolgen. Der Vorschlag wird eine von Lehrer Jürgensen (Schulungsleiter) verfasste Einleitung haben, in der die Zweckmässigkeit des Vorschlages volkpolitisch und grosspolitisch begründet werden soll. Im übrigen wird der Entwurf nur sog. Rahmenbestimmungen aufweisen, in denen lediglich allgemeine Grundsätze aufgestellt werden: z. B. Grundsätzliches über die Stellung des Volkgruppenführers im dänischen Staat (eine in den Rahmen der dänischen Verwaltung eingebaute Dienststelle als Departementschef), über sein Verordnungsrecht, über Schulwesen, kulturelle Arbeit, Gerichtsbarkeit über Volksdeutsche und vor allem über die volksdeutsche Wehrpflicht in der reichsdeutschen Wehrmacht. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs hat vor allem der der Volkgruppe zur Verfügung gestellte deutsch-kroatische Volkgruppen-Rechtsvertrag Pate gestanden.<sup>1)</sup> Dr. Möller hat mir versprochen, unmittelbar nach Fertigstellung eines konkreten Entwurfs mir eine Abschrift zuzustellen. Die Ausarbeitung wird allerdings jedoch noch drei bis vier Wochen dauern.<sup>2)</sup>

.....

3. *Fall Rosent:*

Dr. Möller erkundigte sich wiederum nach der Angelegenheit Rosent. Ich habe ihn wissen lassen, dass eine Entscheidung des Herrn Gesandten noch nicht getroffen sei, aber vielleicht damit gerechnet werden könne, dass die Haftstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt wird. Dr. Möller ist der Ansicht, dass das nur eine halbe Lösung sei, und Rosent auf jeden Fall aus dem Grenzgebiet verschwinden müsse. Er beabsichtigt, den Sachverhalt

mit Staatsminister Stauning og dem Erziehungsminister Jörgensen zu besprechen, wird aber auf meinen dringenden Rat vorher sich die Zustimmung des Herrn Gesandten für diesen Schritt persönlich einholen.

#### 4. *Empörung bei den Angehörigen der SS-Freiwilligen:*

Über die Verzögerungen der amtlichen militärischen Benachrichtigungen vom Tode von SS-Freiwilligen haben wir bereits korrespondiert. Das angewandte Verfahren hat bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt. Da die Volksgruppenführung die gleiche Sorge immer wieder der SS-Ergänzungsstelle in Kopenhagen mündlich und schriftlich ohne Erfolg vorgetragen hat, dürfte auch eine neue Hinwendung der Gesandtschaft an die genannte SS-Stelle wenig Zweck haben, weshalb ich von einer offiziellen Berichterstattung absehen möchte. Richtig ist jedenfalls, dass der augenblickliche Zustand sich ganz verheerend in der Volksgruppe ausgewirkt hat. Dr. Möller, der diese Stimmung mit „mies“ bezeichnete, sprach geradezu von einer feindlichen Stimmung gegenüber der SS. Die Kreisleiter werden mit unberechtigten Vorwürfen überhäuft, und auch Dr. Möller hat sehr unangenehme Auseinandersetzungen mit achtbaren Volksdeutschen gehabt. In der Volksgruppe — immer nach Äusserungen von Dr. Möller — kommt die Ansicht zum Durchbruch, dass die volksdeutschen Söhne lediglich als Kanonenfutter verwandt würden, dass man nicht einmal 15 Öre und eine Postkarte für die Angehörigen übrig habe. Das Ansehen der NSDAP.-N., die sich s.Zt. bei der Freiwilligen-Werbung stark eingeschaltet hatte, beginnt sehr zu leiden. Von bisher 45 Gefallenen soll nur in drei Fällen eine amtliche Benachrichtigung der SS-Ergänzungsstelle vorliegen. Dass die erwähnte Empörung im Augenblick auf einen dafür besonders empfänglichen Boden fällt, liegt in der Natur der augenblicklichen militärischen Lage Deutschlands. Man darf ja nicht verkennen, dass die Volksdeutschen in Dänemark tagtäglich durch Rundfunk und dänische Presse, aber auch durch nachbarlichen Verkehr mit Andersgesinnten einer ausgesprochenen Miesmacherpropaganda ausgesetzt sind, die naturgemäss auch auf gewisse Kreise der Volksgruppe ihre pessimistische Wirkung vielfach nicht verfehlt. Gerade in diesem Zusammenhang gesehen — so glaubt Dr. Möller — muss hinsichtlich der obenerwähnten Benachrichtigung von Todesfällen baldmöglichst eine Änderung eintreten. Dr. Möller will sich in einem Bericht unmittelbar an Reichsführer Himmler wenden.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

L[anwer]

<sup>1)</sup> I 1941 undertegnede den kroatiska Poglavnik tre love ang. de rettigheder, der tilkom den tyske folkegruppe i Kroatien. Den første lov angik folkegruppereferensens retsstilling og gav denne en statsdirektors stilling og beføjelser samt ret til at udstede anordninger indenfor rammerne af de kroatiske love. I grevskaber (Gespanschaften), hvor den overvejende del af befolkningen var af tysk blod, skulle der indsættes folkegruppereferenter, som var statstjenestemænd. Den anden lov angik tjenestemænd, som tilhørte den tyske folkegruppe. Før de kunne indsættes i deres embeder, skulle folkegruppens ledelse bekræfte, at de var værdige til stillingen. Embedseden skulle aflægges på tysk med tilføjelsen „overfor tyskheden og Føderen“ samt „staten Kroatien og Poglavnik'en“. De tyske embedsmænd kunne kun ansættes, forflyttes, pensioneres og afskediges med folkegruppereferensens samtykke. I den tredje lov blev der givet alle tyskere ret til fri brug af det tyske sprog og det tyske riges fane og symboler. I kommuner med over 20 pct. tysk befolkning var det tyske og det kroatiske sprog ligeberettiget, og offentlige bekendtgørelser skulle ske på begge sprog. Når der var en tysk befolkning på over 10 pct., var det tilladt at bruge det tyske sprog i samkvem med øvrigheden, tyske stednavne skulle gælde som officielle betegnelser, og det tyske folks ære, dets fane, symboler, kendetegn og uniformer skulle nyde samme beskyttelse som de kroatiske. (Archiv der Gegenwart vom 30. Oktober 1941, s. 5249).

<sup>2)</sup> Se A. nr. 76, note 1.

## 82.

**Det tyske udenrigsministerium anmoder Alexander Thomsen om ikke at  
kritisere den tyske folkegruppes politik.**

15. januar 1942.

AUSWÄRTIGES AMT

Berlin, den 15. Januar 1942.

D VIII 86/42 Dr. B/K.

Herrn

Dr. Alexander Thomsen  
Berlin NW 21  
Krefelderstr. 14

Betr.: Ihr Schreiben vom 8.1.1942.

Ihr Protest gegen die bevölkerungspolitischen Arbeiten der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig und gegen die Grenzrevisionswünsche der NSDAP-N hat in der Volksgruppenführung grosses Aufsehen erregt.

Die Schwierigkeiten, die man Ihren wissenschaftlichen Arbeiten macht, sind wohl ausschliesslich auf Ihre scharfe Stellungnahme in den genannten Fragen zurückzuführen. Sie haben ausserdem mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie eine Verbindung mit Wissenschaftlern, die der NSDAP-Nordschleswig und der DNSAP-Dänemark angehören, entschieden ablehnen und nur mit Wissenschaftlern zusammenarbeiten wollen, die politisch unabhängig sind und wie Sie eine internationale objektive Zusammenarbeit aller Völker ohne Rücksicht auf Konjunktursympathien wollen.

Wir sehen uns deshalb veranlasst Ihnen mitzuteilen, dass wir Ihre Ansichten, die vielleicht in Dänemark eine Berechtigung haben, nicht teilen. Gleichzeitig ersuchen wir Sie, Ihre Proteste gegen die Politik der Deutschen Volksgruppen in Nordschleswig und der DNSAP-Dänemark zu unterlassen. Bezüglich Ihres Protestes gegen die Schrift von Paysen und des Misbrauches Ihres Namens wird Ihnen von zuständiger Seite näheres mitgeteilt werden.

L. S.

gez. Unterschrift  
Legationssekretär.

Overensstemmelse med Originalen og dennes Rigtighed bekræftes hermed under vor Haand og Segl:

Kungl. Svenska Generalkonsulatet

P. V. V.

Underskrift.

(L. S.)

Gebyr: RM 2,-

## 83.

Det tyske udenrigsministerium sender konsulatet dr. Alexander Thomsens beretning om et møde med Peter Kragh og dr. Möller angående Kraghs befolkningspolitiske arbejder (med bilag).

23. jan. 1942.

AUSWÄRTIGES AMT  
Nr. D VIII 120/42 II

Berlin W 8, den 23. Januar 1942.  
Wilhelmstr. 74-76

Im Anschluss an den Erlass vom  
13. Januar 1942 —D VIII 120/42 —.

An  
das Deutsche Konsulat  
in Apenrade.

Anbei wird Abschrift eines Schreibens von Dr. Alexander Thomsen an die Publikationsstelle in Berlin—Dahlem über seine mit Parteiführer Dr. Möller am 10. Dezember 1941 in Kopenhagen geführte Aussprache über seine bevölkerungsstatistischen Arbeiten über die Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig zur Kenntnis übersandt.

Im Auftrag  
gez. **Triska**

Beglaubigt  
**Martin**  
Min.-Kzl.-Obersekr.

Abschrift zu D VIII 4226/42

DR. ALEXANDER THOMSEN

Kopenhagen, den 12. Dezember 41.

Deutsche Gesandtschaft  
Presse-Abteilung.

An die  
Publikationsstelle  
z. Hd. v. Herrn Staatsarchivdirektor  
Dr. Papritz.  
Berlin-Dahlem  
Gelfertstr. 11.

Sehr geehrter Herr Staatsarchivdirektor!

Am Mittwoch, den 10. Dezember 1941, fand zwischen Parteiführer Dr. Möller, Dr. Sichel Schmidt von der Volksdeutschen Mittelstelle Berlin, Dr. Kragh-Tingleff und mir eine Unterredung über die Kraghsche Arbeit statt.

Dr. Möller, der nur zu Beginn der Unterhaltung anwesend war, machte den Gesichtspunkt geltend, dass meine Stellungnahme zur Arbeit von Dr. Kragh ihm zuerst zur Begutachtung hätte vorgelegt werden müssen.<sup>1)</sup> Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, dass meine Denkschrift, die im Rahmen anderer Arbeiten erfolgt ist, ein interner Bericht für die Publikationsstelle darstellt und erst im Einverständnis mit den zuständigen Stellen im Auswärtigen Amt und im Innenministerium an ganz bestimmte Dienststellen und Persönlichkeiten gegangen ist. Ich hielt es ausserdem weder sachlich noch technisch für möglich, dass interne Berichte für den Dienstgebrauch erst einer Aussenstelle zur Begutachtung vorgelegt würden. Ich müsse ferner darauf hinweisen, dass ich im September 1940 beim Erscheinen der Arbeit von Dr. Kragh diesen auf die Nichthaltbarkeit seiner Ergebnisse aufmerksam gemacht hätte und ihm gleichzeitig mitteilte, dass ich im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt ähnliche bevölkerungspolitische Arbeiten über Nordschleswig, die ich im Jahre 1937 begonnen hatte, fortführe. Von Brigadeführer Behrends sei ich ausserdem beauftragt, die bevölkerungsstatistischen Fragen in Nordschleswig zu überwachen und alle diesbezüglichen Dinge der Volksdeutschen Mittelstelle zu referieren. Der Volksdeutschen Mittelstelle hätte ich ausserdem von der Unrichtigkeit der Kragh'schen Zahlen und von einer im amtlichen Auftrag ausgeführten Neubearbeitung meinerseits Mitteilung gemacht. Schliesslich sei meine Denkschrift sofort nach ihrem Erscheinen Dr. Kragh und Dr. Möller und anderen zuständigen Stellen in Nordschleswig zugeleitet worden.

Im Verlaufe der Unterhaltung fragte mich ferner Dr. Möller, ob ein Einspruch, der von Seiten des Propagandaministeriums ebenfalls gegen die Arbeiten von Dr. Kragh erfolgt sei, auch von mir stamme. Ich konnte das verneinen.

Im zweiten Teil der Unterhaltung betonte Dr. Kragh, dass seine Arbeit als eine politische und bewusst einseitige bevölkerungsstatistische Arbeit zugunsten der deutschen Volksgruppe gedacht sei und keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wissenschaftliche Exaktheit erhebe. Ich habe demgegenüber geltend gemacht, dass man mit derartigen sachlich und politisch nicht einwandfreien Methoden nicht die Unterstützung einer so wichtigen Frage wie die einer deutsch-dänischen Grenzrevision versuchen könne. Dr. Kragh bestreitet übrigens, dass seine Zahlen die Grenzrevision unterstützen sollen, was jedoch offensichtlich aus der offiziellen Benutzung des Kragh'schen Materials bei Grenzrevisionsforderungen der Parteileitung und aus den zahlreichen und scharfen Antworten der dänischen Presse auf die Kragh'sche Arbeit hervorgeht. Ich verwies ferner darauf, dass die Unanwendbarkeit derartiger bevölkerungspolitischer Arbeitsmethoden auch für politische Publikationen gelte, ausserdem habe die Arbeit von Dr. Kragh grössere politisch wichtige Perspektiven nicht berücksichtigt. Es erscheine mir nicht möglich, dass jemals eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk herbeigeführt werden könne, wenn die Parteileitung Grenzrevisionsforderungen aufstellt und sich dabei auf unrichtige und falsche Statistiken stützt.

Auf Wunsch der Parteileitung beabsichtigt Dr. Kragh, eine Entgegnung auf meine Stellungnahme vorzunehmen und diese nach Möglichkeit an Persönlichkeiten und Dienststellen im Reich, in Nordschleswig und in Dänemark zu verteilen. Ausserdem wolle die Parteileitung darauf hinarbeiten, dass meine gedruckte Arbeit (Die Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Bevölkerungstatistische Untersuchungen. Leipzig 1941 in der Vertraulichen Schriftenreihe der Publikationsstelle, nur für den Dienstgebrauch — 50 Druckseiten) vor der endgültigen Drucklegung (die Arbeit sollte Ende Dezember, evtl. auch noch vor Weihnachten erscheinen), der Parteileitung zur Begutachtung vorgelegt würde.

Ich habe demgegenüber betont, dass ich mich in keiner Weise in der Lage sehe, Dr. Kragh's Gutachtertätigkeit über meine wissenschaftlichen Arbeiten zu akzeptieren. Auch eine Antwort Dr. Kragh's auf meine Denkschrift werde nicht den sachlichen Gegebenheiten gerecht werden, denn die in meiner Denkschrift gemachten Einwände seien nicht die einzigen, die man geltend machen könne, was auch von anderen Nordschleswigern hervorgehoben werde, und eine erneute Betonung der Kragh'schen Ergebnisse würde von mir nicht unerwidert bleiben können. Als Volksdeutscher würde ich selbstverständlich die notwendige politische Rücksicht auf die Volksgruppe bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen über die Bevölkerungslage Nordschleswigs nehmen. Das sei durch die Vertraulichkeit des Druckes meiner wissenschaftlichen Arbeiten und ihrer kartographischen Darstellungen

genügend geschehen und diese Vertraulichkeit des Druckes von Arbeiten, die für mich einen wissenschaftlichen und persönlichen Wert haben, sei ein ausreichender Beweis für die Rücksichtnahme auf die Volksgruppe.

Im übrigen fühle ich mich jedoch politisch und wissenschaftlich nicht der Parteileitung, sondern der Publikationsstelle und den zuständigen Stellen im Auswärtigen Amt und im Innenministerium verantwortlich.

Heil Hitler!

Ihr ergebener

gez. Thomsen

<sup>1)</sup> Både fra dr. Kraghs og dr. Alexander Thomsens side foreligger der fra krigen's år en række redegørelser vedr. nordslesvigske befolkningsforhold. Hverken disse eller den nævnte betænkning er medtaget i nærværende udgave.

## 84.

### Lanwer til Kassler om Paysens nye bog.

13. april 1942.

S/NSchl.

13. April 1942

1 Anlage.

Herrn

*Legationssekretär Dr. Kassler  
in Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft.*

*Lieber Herr Kassler!*

Anbei übersende ich Ihnen die neue Schrift von Carstensen, herausgegeben von Christian Paysen<sup>1)</sup>. Ich hatte geglaubt, dass Ihnen ein Exemplar unmittelbar von Kopenhagen aus zur Verfügung gestellt worden wäre, zumal ich auf diesem Wege per Post die Schrift bereits sehr früh erhielt.

Im Gegensatz zu der ersten Schrift von Christian Paysen, die sich in ruhiger Form mit den grundsätzlichen Gedanken des nordischen Nationalsozialismus und der „Heimat Nordschleswig“ befasste, enthält die Schrift ausser den gleichen allgemeinen Ausführungen leider auch zahlreiche persönliche Angriffe gegen die Volksgruppenführung, gegen einige namentlich genannte volksdeutsche Persönlichkeiten und gegen gewisse Massnahmen der Volksgruppenpolitik. Das Heft ist hier überall im Buchhandel erhältlich und wird jedenfalls mehr gekauft und in volksdeutschen Kreisen erörtert, als es s.Zt. mit dem ersten Buch von Paysen der Fall war. Vielleicht hat dazu auch beigetragen, dass die dänische Grenzpresse teilweise in ihren Leitartikeln die neue Schrift besprochen und selbstverständlich gegen die Volksgruppenpolitik ausgewertet hat. Bei seinem letzten Besuch in Berlin hat Dr. Möller der Volksdeutschen Mittelstelle den Sachverhalt eingehend vorgetragen und Massnahmen gegen Paysen erbeten. Angeblich soll der Fragenkomplex dem Reichsführer Himmler zur Entscheidung unterbreitet werden.

Die Herausgabe der Schrift und ihre Verbreitung in der Volksgruppe ist aus mehreren Gründen zu beklagen. Zweifellos ist sie geeignet, die Autorität der Volksgruppenführung

zu erschüttern, da sie Angriffe enthält, gegen die man von volksdeutscher Seite aus in der Presse nicht vorgehen will, um nicht dem Dänentum einen Bruderzwist vorzuführen, der ja tatsächlich gar nicht besteht. Da Dr. Möller der von der Volksdeutschen Mittelstelle eingesetzte Volksgruppenführer ist und in seiner gesamten Volksgruppenpolitik lediglich Weisungen und Befehle von Berlin ausführt, verlangen es schon Gründe der Sauberkeit, dass Dr. Möller von der VoMi in Schutz genommen wird. Hinzukommt, dass die Gruppe Paysen eine Unterstellung der Volksgruppe als eigene getrennte Formation unter Frits Clausen propagiert, was einer Schwenkung der Volksgruppe um 180 Grad gleichkommt, da sie sich von Berlin abwenden und Kopenhagen (Frits Clausen) anschliessen soll. Es mag dahingestellt sein, ob solche Gedanken richtig sind oder später einmal praktiziert werden. Jedenfalls kann man einer Volksgruppe aus taktischen Erwägungen eine solche Schwenkung nicht urplötzlich zumuten. Es ist bekannt, wie schwierig es bereits gewesen ist, den Blick der Volksdeutschen von der Grenze weg auf grosspolitische Dinge zu lenken. Diese schwierige Aufgabe ist erst jetzt allmählich insoweit gelöst, als zwar im Herzen der Volksdeutschen nach wie vor die Grenzrevision als Wunsch besteht, aber nach aussen hin zumindest jeder den Versuch macht, sich der Grosspolitik unterzuordnen. Aufgrund dieser Erfahrung müsste eine von Herrn Paysen gewünschte Umstellung (wenn sie demnächst offiziell gewünscht sein sollte) sehr langsam und vorsichtig und mit viel Geduld durchgeführt werden. — Als Letztes möchte ich bemerken, dass die Volksgruppenführung gerade im Augenblick für die Durchführung der Freiwilligen-Werbeaktion eine starke Autorität benötigt. In dieser Beziehung kann nicht geleugnet werden, dass die neue Schrift eine gewisse Gefahr in sich birgt. Schon heute hört man vielfach die Äusserung, dass Paysen offenbar bessere Fühlung mit Berlin hat und der Volksgruppenführer nicht richtig informiert sei. So gesehen stellt die neue Schrift einen Dolchstoss gegen Dr. Möller dar in einem Augenblick, wo er, wie nie zuvor, vollste Disziplin verlangen muss.

.....

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

L[anwer]

<sup>1)</sup> I 1941 udgav Chr. Paysen: *Der Nationalsozialismus als Weltanschauung im Grenzland*, og lidt senere udkom det værk, der her er tale om: Chr. M. Carstensen: *Nordschleswigs Sendung im grossgermanischen Reich*, med undertitlen: *Ein Beitrag der Front zur Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark*.

## 85.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående dr. Møllers frygt for, at der ikke i fremtiden vil blive taget tilstrækkeligt hensyn til den tyske folkegruppe, og hans utilfredshed med, at folketyiskere skal kæmpe i Frikorps Danmark.**

21. april 1942.

**Telegramm**

(G. Schreiber)

Kopenhagen, den 21. April 1942, 12.00 Uhr  
Ankunft: — 21. — — 13.30 Uhr

Nr. 553 vom 21. 4. CITISSIME!

Mit Bezugnahme auf das Telefongespräch mit R.R. Goeken vom 20.4.

Verschiedene Vorkommnisse letzter Zeit haben bei Volksgruppenführer Dr. Moeller Zweifel aufkommen lassen, ob massgebende Stellen wie die SS noch an der bisherigen Linie unserer Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig festhalten. Dr. Moeller steht unter Eindruck, dass die grossgermanische Politik besonders nach dem Kriege immer mehr dazu führen werde, alles auf ein Dänemark unter dänischer nationalsozialistischer Führung auszurichten, ohne auf die besonderen Belange der Volksgruppe Rücksicht zu nehmen. Dr. Moeller hat, wie er betont, Werbeaktion für Waffen-SS innerhalb Volksgruppe auf Grundlage durchgeführt, dass deutsche Volksgruppe ihre Sonderstellung gegenüber Dänen auch künftig beibehält, und dass der Einsatz der volksdeutschen Freiwilligen Position der Volksgruppe in Nordschleswig stärken wird. Er erklärt, dass er es unter diesen Umständen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, am 22. ds. Mts. das erste Kontingent der auf Grund der neuen Werbung ausrückenden volksdeutschen Freiwilligen selbst zu verabschieden, weil er nicht vor die Freiwilligen hintreten könnte, solange er ausserstande sei, klare Antwort auf ihre Fragen zu geben.

Dr. Moeller ist verletzt, weil kürzlich an der Ostfront eine Anzahl volksdeutscher Freiwilliger dem Freikorps Dänemark zugeteilt und dadurch genötigt worden sind, unter dänischer Fahne und dänischen Offizieren zu kämpfen. Obwohl inzwischen das SS-Hauptamt mitgeteilt hat, dass die Zuteilung der Volksdeutschen an das Freikorps Dänemark rückgängig gemacht wird, und die Volksdeutschen in Zukunft ausschliesslich reichsdeutschen Einheiten zugewiesen werden, legt Dr. Moeller diesem Vorfall eine besondere Bedeutung bei, weil er ihn mit einer vor kurzem erschienenen Flugschrift des ehemaligen volksdeutschen Kreisleiters Paysen in Verbindung bringt. Paysen, der in Opposition zur Volksgruppenführung steht und sich dem Parteiführer der dänischen Nationalsozialisten Dr. Frits Clausen genähert hat, richtet in der Flugschrift ausserordentlich scharfe Angriffe gegen Dr. Moeller persönlich und gegen seine Politik. Er betont sehr stark den grossgermanischen Gedanken und will einen Gegensatz zwischen deutsch und dänisch in Nordschleswig nicht gelten lassen, fordert vielmehr die gemeinsame nationalsozialistische Front unter starker Hervorhebung Frits Clausens. Moeller nimmt diese Schrift sehr ernst, weil sie mit den Siegrunen der SS versehen ist und Paysen sich ständig zu seinen guten Beziehungen zu massgebenden Stellen im Reich beruft.

Ich habe Dr. Moeller mitteilen lassen, dass ich seine Haltung nicht billigen könnte, und ihm ausserdem sagen lassen, dass eine Änderung in unserer bisherigen Politik nicht eingetreten sei. Ich fügte dabei auf Grund der Mitteilungen, die SS-Oberführer Kanstein vom SS-Hauptamt erhalten hatte, hinzu, dass die SS die Flugschrift Paysen's ablehne und von ihr abbrücke.

Dr. Moeller erklärte trotzdem, seinen Entschluss nicht ändern zu können. Wie Vizekonsul Lanwer berichtet, ist Moeller zurzeit völlig mit den Nerven herunter und hat sich so festgefahren, dass ich es nicht für richtig halte, ihn anzuweisen, an der Feier teilzunehmen. Auch die Waffen-SS steht auf diesem Standpunkt. Ich habe Dr. Moeller, der, wie ich höre, bei seinem Besuch in der Volksdeutschen Mittelstelle am 9. d.M. beantragt hat, von Reichsführer-SS empfangen zu werden, hierher gebeten, um den ganzen Fragenkomplex mit ihm zu besprechen.

Zu der Verabschiedung der Freiwilligen, die von SK-Führer Larsen am 22. um 15.00 Uhr vorgenommen wird, an der auch der Leiter des hiesigen Ergänzungsamtes der Waffen-SS, SS-Hauptsturmführer Lorenz teilnimmt, möchte ich als meinen Vertreter Vizekonsul Lanwer entsenden und bitte dafür um telefonische Genehmigung.

**Renthe-Fink**

**86.**

**Himmler til Vomi angående Paysen-sagen.**

**22. april 1942.**

— Abschrift —

DER REICHSFÜHRER-SS

*Führer-Hauptquartier*

Tgb. Nr.  
RF:V.

*22. April 1942.*

*An den*

*Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle,  
SS-Obergruppenführer Lorenz  
Berlin.*

In der Angelegenheit *Peisen* verfüge ich wie folgt:

- 1) Herr Christian *Peisen* hat sich sofort nach Deutschland zu begeben.
- 2) Ich erwarte von Herrn *Peisen*, dass er entsprechend seinen mutigen Schriften seinen Mut durch die Tat beweist und sich zum Waffendienst in Deutschland meldet und dabei versucht, durch tapferes Verhalten den Schaden, den er durch Missbrauch der Namen seiner gefallenen Volksgenossen angerichtet hat, wieder gutzumachen.

In die Waffen-SS nehme ich *Peisen* nicht. Er soll sich beim Heer oder am besten bei den Fallschirmjägern, wo ein besonderer Einsatz ist, melden.

- 3) Ich bitte, durch Fühlungnahme mit SS-Obergruppenführer *Heydrich* in Dänemark die sofortige Einziehung dieser unglaublichen Schrift, die die SS-Rune missbraucht, zu veranlassen.

- 4) Dem Volksgruppenführer *Möller* bitte ich mitzuteilen, dass er mein Vertrauen voll und ganz genießt.

gez. **H. Himmler**

## 87.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående dr. Møllers  
utilfredshed med den tyske politik.**

29. april 1942.

*Nur als Verschlussache zu behandeln.*

**Telegramm<sup>1</sup>)**

(G.Schreiber)

Kopenhagen, den 29. April 1942, 22.10 Uhr  
Ankunft: — 29. — — 23.30 Uhr

Nr. 615 vom 29. 4. CITO!

Mit Bezugnahme auf die Drahtberichte Nr. 553 (bei Dtschld.) vom 21.4., Nr. 578 (bei Dtschld.) vom 24.4. und Nr. 579 (bei Pol I g) vom 25.4.

1.) Die mit Drahtbericht vom 21.4. angekündigte Besprechung mit Volksgruppenführer Dr. Moeller fand hier am 28. April statt. Sie bestätigte meine im Drahtbericht Nr. 553 mitgeteilten Eindrücke. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten ergeben sich aus der Besorgnis Dr. Moellers, dass die ihm nach dem 9. April gegebenen Richtlinien für seine Politik von massgebenden Stellen, insbesondere der SS nicht mehr anerkannt werden. Er glaubt, aus einer Reihe von Anzeichen schliessen zu müssen, die SS wollen den grossgermanischen Gedanken in Dänemark in der Weise verwirklicht sehen, dass die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum vollkommen zurücktritt vor dem von Deutschen und Dänen in gleicher Weise abzulegenden Bekenntnis zur nationalsozialistischen germanischen Schicksalsgemeinschaft. Nach Ansicht Dr. Moellers wird an die deutsche Volksgruppe die Forderung gestellt werden, mehr und mehr ihre geschlossene völkliche Einheit aufzugeben und sich mit denjenigen dänischen Kräften innerlich zu verschmelzen, deren Ziel es ist, das dänische Volk auf der Grundlage des gemeinsamen Blutes durch die Kraft der nationalsozialistischen Weltanschauung mit dem deutschen Volke geistig zu vereinen und in den grossgermanischen Raum hineinzubauen. Da die Gewinnung des dänischen Volkes für die grossgermanische Idee in erster Linie Aufgabe der dänischen Nationalsozialisten sei, ergebe sich daraus zwangsläufig die Forderung auf Einordnung und Unterstellung der Volksgruppe unter die Führung der dänischen Nationalsozialisten.

Seine Annahme, dass diese Entwicklung von der SS gewünscht werde, glaubt Dr. Moeller u.a. in folgendem bestätigt zu sehen:

1.) In der Tatsache, dass die volksdeutschen SS-Freiwilligen zusammen mit den dänischen in Klagenfurt in dänischer Sprache und im Sinne der Gedankengänge von Frits Clausen geschult worden seien.

2.) Es sei im Laufe des letzten Jahres, trotz zahlreicher ernster Vorstellungen seitens der Volksgruppe, immer wieder vorgekommen, dass Volksdeutsche dem Freikorps „Danmark“ zugeteilt worden seien und damit gezwungen würden, unter dänischen Fahnen und dänischem Kommando zu kämpfen. Eine Anzahl Volksdeutscher sei sogar der holländischen Legion zugeteilt worden und ein Volksdeutscher sei in dieser Legion gefallen.

3.) Die gegen die Volksgruppe gerichtete Tätigkeit von Paysen, der von der Volksgruppe als ein Abtrünniger betrachtet werde, sei von Dienststellen der SS gebilligt worden, was eine Unterstützung der Bestrebungen der dänischen Nationalsozialisten bedeute, Volksdeutsche aus der Volksgruppe zu sich herüber zu ziehen.

Dr. Moeller erklärte hierzu, es könne unmöglich von einem Volksdeutschen, der sein Deutschtum in der Heimat heute noch täglich gegen das Dänentum behaupten müsse, verlangt werden, unter den dänischen Symbolen zu kämpfen und in dänischer Sprache geschult zu werden. Ein Volksdeutscher wolle als Deutscher für Führer und Volk sein Leben einsetzen, nicht aber dafür sein Blut opfern, dass Dänemark damit einen besonderen Platz im neuen Europa erwirbt.

Dr. Moeller hob weiter hervor, dass die Volksgruppe durch die gemeinsame Weltanschauung mit den dänischen Nationalsozialisten verbunden und eine Zusammenarbeit mit Frits Clausen selbstverständlich sei. Auch betrachte es die Volksgruppe als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Grundlagen für eine Verständigung mit dem dänischen Volke zu erweitern und es für den grossgermanischen Gedanken zu gewinnen. Dies dürfte aber niemals zu einem Aufgeben des deutschen Volkstums führen.

Dr. Moeller betonte ferner, man dürfe nicht vergessen, dass Frits Clausen erst einen sehr kleinen Prozentsatz des dänischen Volkes hinter sich habe. Dies bedeute, dass die überwiegende Mehrheit der dänischen Bevölkerung im Grenzland das Ziel der Aufsaugung des Deutschtums weiterhin verfolge und mit allen Mitteln des Grenzkampfes gegen das Deutschtum vorgehe. Die deutsche Volksgruppe sei daher nach wie vor gezwungen ihre Position in täglichem Kampf gegen das Dänentum zu behaupten. Solange diese Entwicklung noch nicht überwunden und Dänemark noch nicht nationalsozialistisch, bezw. grossgermanisch ausgerichtet sei, sei auch das Deutschtum zur Fortsetzung des Volkstumskampfes im Grenzlande gezwungen, wenn es sich nicht selbst aufgeben wolle. Die Zugehörigkeit zum Deutschtum sei für jeden Volksdeutschen in Nordschleswig heute noch das entscheidende, nur auf dem Boden seines deutschen Volkstums könne er sich für die grossgermanischen Ziele einsetzen. Die Mission, die dem Deutschtum in Dänemark für den grossgermanischen Gedanken auferlegt sei, könne nur unter der Voraussetzung erfüllt werden, dass die Volksgruppe eine geschlossene Einheit bleibt, von der aus die positiven Kräfte in die dänische Bevölkerung ausstrahlen müssten.

2.) Dr. Moeller war bereits davon unterrichtet, dass Obergruppenführer Lorenz im Auftrage des Reichsführers SS wahrscheinlich noch in dieser Woche zu einer Aussprache mit ihm nach Nordschleswig kommen wird. Dr. Moeller begrüsst dies und hofft, dass dabei eine Klärung der von ihm aufgeworfenen Fragen möglich ist. Sie ist nach Auffassung Dr. Moellers unbedingt notwendig, da innerhalb der Volksgruppe die Zweifel, ob die Politik Dr. Moellers vom Reichsführer SS gebilligt wird, auf Grund der oben genannten Ereignisse, immer stärker geworden sind. Dr. Moeller spricht hier von einer Krise des Vertrauens zu seiner Autorität, die nur beseitigt werden könne, wenn auf Grund des Besuches von Obergruppenführer Lorenz in irgendeiner geeigneten Form der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht werde, dass der Reichsführer SS der Arbeit der Volksgruppenführung seine Anerkennung ausspricht.

Wenn von einer Vertrauenskrise in der Volksgruppenführung gesprochen wird, so darf dies nicht dahin verstanden werden, dass sich innerhalb der Führung Gegensätze entwickelt haben. Wie das Konsulat Apenrade berichtet, stehen alle Amtswalter eindeutig hinter Dr. Moeller und sind ebenso wie er davon überzeugt, dass die Volksgruppe nicht zusammengehalten werden kann, wenn das Gefühl aufkomme, dass die Politik Dr. Moellers vom Reich nicht mehr gestützt wird.

Ich habe [auf] Dr. Moeller beruhigend eingewirkt und ihn erwidert, dass die grosse Aufgabe der Schaffung eines grossgermanischen Blockes nur verwirklicht werden könne, wenn alle Beteiligten dazu ihren Beitrag leisteten. Wenn dafür auch von der deutschen Volksgruppe, die sich auf diese neue Idee doch schon weitgehend umgestellt hätte, eine aktive Mitarbeit gefordert werden müsse, so könne dies nicht bedeuten, dass sie damit ihr Deutschtum aufzugeben habe. Die grosse Wandlung im dänischen Volk könne sich nicht von heute auf morgen vollziehen. Das Übergangsstadium, das in dem wir uns gegenwärtig befänden, fordere von der Volksgruppe ein gutes Verhältnis zu den dänischen Nationalsozialisten, verlangt aber nicht Verzicht auf Verteidigung gegen diejenigen Kräfte im dänischen Volk, die das Deutschtum anzugreifen und zurückzudrängen suchten. Das Recht auf Verteidigung dürfe aber nicht dazu benutzt werden, um den alten Nationalitätenhader aufrecht zu erhalten.

Ich habe Dr. Moeller weiter darauf hingewiesen, dass die SS die beanstandete Schrift von Paysen mit den persönlichen Angriffen auf die Volksgruppenführung beschlagnahmt habe und von ihm abgerückt sei und die Zuweisung von Volksdeutschen an das Freikorps Danmark rückgängig gemacht und Vorsorge getroffen habe, dass in Zukunft Volksdeutsche nur noch reichsdeutschen Einheiten zugeteilt würden. Dies sowie die Tatsache, dass der Reichsführer SS Obergruppenführer Lorenz persönlich beauftragt habe, nach Nordschleswig zu kommen, deutete meines Erachtens darauf hin, dass die weitgehenden Schlussfolgerungen, die er, Dr. Moeller, gezogen habe, nicht richtig seien.

#### Renthe-Fink

<sup>1)</sup> På et andet eksemplar af depechen har Luther skrevet: *Sofort D VIII zur Besprechung mit Obergruppenführer Lorenz. Lu[ther] 30/4.*

## 88.

### Lanwer til Renthe-Fink angående SS-overgruppfører Lorenz' besøg.

7. maj 1942.

S/NSchl.

7. Mai 1942.

An den

Bevollmächtigten des  
Deutschen Reiches  
Herrn Minister  
von Renthe-Fink  
Kopenhagen.

Hochverehrter Herr Minister!

Zum heute Vormittag abgeschlossenen Besuch des SS-Obergruppenführer Lorenz beehre ich mich folgendes zu berichten:

SS-Obergruppenführer Lorenz, der sich in Begleitung des Abteilungschefs der Volksdeutschen Mittelstelle, Sturmbannführer Dr. Kubitz befand, war — von Hamburg kommend — durch Flensburg, wo er Herrn Oberbürgermeister Kracht lediglich abgeholt hatte, ohne weitere Rast durchgefahren, und kehrte zum Frühstück beim Hotel Riise, Kollund (Flensburger Förde) ein. Unmittelbar nach seinem dortigen Eintreffen erhielt ich hiervon Nachricht und begab mich unverzüglich nach Kollund, wo ich den Obergruppenführer namens des Herrn Gesandten willkommen hiess und ihm die mir aufgetragenen Grüsse übermittelte. Anschliessend fuhren wir gemeinsam nach Apenrade zum Grand Hotel, wo der Obergruppenführer, Oberbürgermeister Dr. Kracht und Dr. Kubitz während ihres Aufenthalts in Nordschleswig wohnten. Am Spätnachmittage begab sich der Obergruppenführer nach Gravenstein zu Dr. Möller, der bei der Begrüssung in Kollund nicht anwesend war, Herrn Lorenz aber telephonisch zum Kaffee eingeladen hatte. Zum Abend war der Obergruppenführer mit seiner Begleitung Gast in meinem Hause, wo ich ihm einen Empfang gab, an dem ausser Dr. Möller und einigen Herrn der Volksgruppenführung auch Vertreter der Wehrmacht und der Auslandsorganisation der NSDAP teilnahmen. Der Empfang, den ich mit einer Ansprache einleitete und in dessen Verlauf auch der Obergruppenführer kurz

das Wort ergriff, verlief in einer besonders herzlichen und kameradschaftlichen Atmosphäre. Am Mittwochvormittag 11 Uhr weilte Herr Lorenz nach einer Besichtigung des Dibernnhauses (Parteihaus) im Kreise des dorthin bestellten „Kleinen Politischen Rats“, wo nach kurzen Begrüßungsworten Dr. Möller in einem halbstündigen Vortrag einen Überblick über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Volksgruppenarbeit gab, insbesondere auch kurz die verschiedenen Einzelheiten darlegte, die zu der bekannten Haltung der Volksgruppenführung gegenüber den letzten Begebenheiten geführt hatten. Hierbei legte Dr. Möller Wert auf die Feststellung, dass seine derzeitige volkspolitische Einstellung in keiner Weise gegen die SS gerichtet sei. Sein Ziel, das Deutschtum zu stärken und der Volksgruppe ihre grosspolitische Bedeutung als Brücke zur Gewinnung des germanisch-dänischen Brudervolkes vorzuhalten, sei im Gegenteil eine positive Unterstützung der von der SS geförderten nordgermanischen Rasseneinheit. Obergruppenführer Lorenz, der alsdann das Wort ergriff, sprach Dank und Anerkennung des Reichsführers Himmler an die Volksgruppenführung für die bisherige Volksgruppenarbeit aus. Er streifte die stillen Wünsche der Volksgruppe betreffend Eingliederung ins grossdeutsche Reich, betonte jedoch, dass diese Frage nicht aktuell sei und er über diesen Fragenkomplex weder etwas sagen könne noch was sagen wolle. Er wies jedoch in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Volksgruppe in Nordschleswig bereits weltanschaulich, kulturell, wirtschaftspolitisch, völkisch und künftig auch noch in mehreren anderen Hinsichten mit dem Mutterland vereint sei, und dass die später vielleicht einmal kommende Lösung — ganz gleich wie sie ausfallen möge — sicherlich zur Zufriedenheit der Volksgruppe ausfallen würde. Sodann sprach der Obergruppenführer Herr Dr. Möller in sehr eindrucksvollen und herzlichen Worten das uneingeschränkte Vertrauen des Reichsführers aus. Die Person und Broschüre des Chr. Paysen verurteilte der Obergruppenführer in einer sehr scharfen Art, sodass auch nicht der geringste Zweifel zurückbleiben konnte, dass der Reichsführer vor den schärfsten Massnahmen gegen Paysen nicht zurückschrecken werde. Nachdem der Obergruppenführer noch die Zusicherung des Reichsführers überbracht hatte hinsichtlich der künftigen Eingliederung der volksdeutschen Freiwilligen in reichsdeutsche SS-Einheiten, verlas er die von Dr. Kubitz dort am Sonnabend vorzulegenden Dokumente des Reichsführers.<sup>1)</sup> Nach dieser kurzen Sitzung des Politischen Rates, in der keine Diskussion stattfand, besichtigte Herr Lorenz den Knivsberg und einen im Kreise Apenrade gelegenen Gutshof. Gegen 13 Uhr fand im Strandhotel „Elisenlund“ (Apenrader Förde) ein Mittagessen statt, an dem etwa 20 Amtswalter teilnahmen. Anschliessend fuhren sämtliche Teilnehmer zum Deutschen Haus in Apenrade, wo sich im Kleinen Saal weitere 20 Amtswalter (sämtliche Mitglieder des „Parteirats“) eingefunden hatten. Nach einer persönlichen Vorstellung der Amtswalter sprach Dr. Möller einige Begrüßungsworte, worauf Obergruppenführer Lorenz etwa 10 Minuten lang die gleichen Gedanken ausführte, die er bereits am Vormittag auf der Besprechung des „Politischen Rats“ brachte. Allerdings wurden hier nicht die Urkunden des Reichsführers verlesen und auch im übrigen seine Mission im Auftrage des Reichsführers nicht so konkret betont. Nachdem man etwa eine gute Stunde bei Kaffee und Kuchen zwanglos beisammen gesessen hatte, fuhr der Obergruppenführer mit Dr. Möller und einigen wenigen Amtswaltern zur Besichtigung der Düppelner Schanzen. Von hier aus begab man sich nach Gravenstein, wo im Hause von Dr. Möller das Abendessen stattfand, an dem die engsten Mitarbeiter des Volksgruppenführers teilnahmen. Der Obergruppenführer hat heute vormittag Nordschleswig verlassen; Dr. Kubitz wird in Begleitung von Dr. Möller morgen nach Kopenhagen reisen, um dort Besprechungen mit dem Herrn Gesandten, Präsidenten Kanstein und Dr. Meissner zu führen und bei der Gelegenheit auch die Originaldokumente von Reichsführer Himmler vorlegen.

Ausser der kurzen Besprechung im Politischen Rat am Mittwochvormittag habe ich als Gast des Volksgruppenführers an *sämtlichen* Veranstaltungen, Zusammenkünften, Besprechungen und Fahrten des Obergruppenführers persönlich teilgenommen. Herr Lorenz scheint seine wesentliche Aufgabe darin gesehen zu haben, im Auftrage des Reichsführers die oben erwähnten Erklärungen abzugeben. Im übrigen fiel auf, dass er sonstigen Erörterungen über volksdeutsche Angelegenheiten nach Möglichkeit aus dem Wege ging, zumindest keine grundsätzlichen Ansichten äusserte. Das bestätigte mir auch Dr. Möller, der aus dem gleichen Grunde kaum mit Dr. Lorenz seine laufenden Angelegenheiten besprach, sondern

dies während seiner Fahrt nach Kopenhagen mit Herrn Kubitz nachholen will. Erwähnenswert wäre lediglich, dass seitens der Amtswalter immer wieder gegenüber dem Obergruppenführer das Verbot der gemeinsamen Veranstaltungen Reichs- und Volksdeutscher anlässlich der Staats- und Parteifeiertage scharf kritisiert wurde und Herr Lorenz versprach, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Am Rande sei noch bemerkt, dass der Obergruppenführer kein Verständnis dafür zeigte, dass hier in Apenrade die sechs englischen Rostockflieger unter militärischen Ehren feierlich beigesetzt wurden. Er will hierüber gelegentlich mit dem Führer sprechen. Ich persönlich hatte wiederholt Gelegenheit, mich mit dem Obergruppenführer länger allein zu unterhalten. Bemerkenswert in diesen Unterhaltungen waren lediglich seine Feststellungen, dass sich an der bisherigen Volksgruppenpolitik der Volksdeutschen Mittelstelle nichts geändert habe, dass also weiterhin die beiden Volksgruppen, auch soweit sie nationalsozialistisch ausgerichtet sind, getrennt zu marschieren haben, wobei allerdings seitens der Volksgruppe eine möglichst grosse Loyalität an den Tag gelegt werden soll. Hinsichtlich des Falles Paysen erzählte er mir, dass dieser durch die Verfügung des Reichsführers aus der deutschen Gemeinschaft vorerst ausgestossen und ihm lediglich die sogenannte Frontbewahrung ermöglicht sei. Paysen hat, unter starken Druck gesetzt, sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet und wird kurzfristig zu einem sogenannten Sonderkommando einberufen werden. Staatssekretär Luther ist hiervon unterrichtet. Wie und in welcher Form mit Paysen Fraktur geredet wurde, möchte ich einem Postbrief nicht anvertrauen, wird aber sicherlich Dr. Kubitz dort persönlich schildern. Weiterhin erzählte mir Herr Lorenz, dass die in den Paysenschriften zum Ausdruck gekommenen grundsätzlichen *weltanschaulichen* Formulierungen nicht Gegenstand seiner Besprechung mit dem Reichsführer gewesen seien; die Ausfälle gegen die Volksgruppenführung hätten bereits die Massnahmen gegen Paysen gerechtfertigt. Im übrigen meinte er hierzu, dass diese grundsätzlichen Fragen zumindest nicht aktuell seien. Es sei aber nicht Sache eines Volksdeutschen, an Stelle eines *deutschen* Nationalsozialismus von einem *grossgermanischen* Nationalsozialismus zu sprechen. Das müsse nach seiner persönlichen Ansicht den Dänen, Norwegern und Schweden überlassen werden.

Ich darf noch bemerken, dass der Obergruppenführer sich über die Grüsse des Herrn Gesandten sehr erfreut zeigte, diese herzlichst erwiderte und dem Herrn Gesandten durch mich sagen lässt, dass er — falls seine dienstliche Tätigkeit eine Reise nach Kopenhagen möglich machen sollte, — mit besonderer Freude den Herrn Gesandten aufsuchen würde.

Mit besten Empfehlungen und Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

L[anwer]

<sup>1)</sup> Her er tale om Himmlers breve af 22. april 1942 (A. nr. 86 og 309).

## 89.

**Det tyske gesandtskab til det tyske udenrigsministerium angående Lorenz'  
besøg i Nordslesvig.**

14. maj 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

*Tgb. Nr. 300/42.*

*Kopenhagen, den 14. Mai 1942.*

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 615  
vom 29.4. und mit Bezugnahme auf den  
Drahterlass Nr. 711 vom 1.5.1942.

*Betr.:* Besuch des SS-Obergruppenführers  
Lorenz in Nordschleswig.

2 Durchschläge.  
2 Anlagen doppelt.

*An das  
Auswärtige Amt, Berlin.<sup>1)</sup>*

.....

Nachdem der Obergruppenführer am 7. Mai Nordschleswig wieder verlassen hatte, suchte mich Volksgruppenführer Dr. Möller und Sturmbannführer Kubitz in Kopenhagen auf und teilten mir das Ergebnis der Besprechungen mit SS-Obergruppenführer Lorenz mit. Dr. Möller zeigte sich sehr befriedigt über die Erklärungen des SS-Obergruppenführers Lorenz und sagte mir, dass der Besuch die gewünschte Klärung der schwebenden Fragen gebracht hätte und sich sehr positiv auf die weitere Volkstumsarbeit in Nordschleswig auswirken würde. Auch ich glaube, dass eine allgemeine Beruhigung innerhalb der Volksgruppenführung eingetreten ist, und dass die aufgetauchten Zweifel und Besorgnisse der Volksgruppenführung beseitigt sind.

**Renthe-Fink**

<sup>1)</sup> I marginen bl. a. påtegning om forelæggelse for Luther.

Den første del af brevet, der er udeladt her, indeholder udelukkende et referat af Lanwers redegørelse af 7. maj (A. nr. 88).

## 91.

## Lanwer til Kassler angående pastor Schmidts tale i Tinglev og modsætningerne mellem Schmidt og dr. Møller.

16. juni 1942.

S/NSchl.

16. Juni 1942

Herrn

Legationssekretär Dr. Kassler  
in Kopenhagen.

Lieber Herr Kassler!

I. Gestern nachmittag fand in Tingleff die 15. Jahresversammlung des Deutschen Lehrervereins Nordschleswig statt, an der sämtliche Lehrer und Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Pastoren und überhaupt ein Grossteil aller massgeblichen Volksdeutschen und Gäste aus Flensburg teilnahmen, u.a. auch Dr. Møller mit fast sämtlichen höheren Amtswaltern. Auf dieser Versammlung hielt u.a. Pastor Schmidt-Wodder einen Vortrag über „Verwandtes und Abweichendes in der Geschichte der Deutschen und der Skandinavien“, der ausserordentlich interessant war und von den Zuhörern mit allergrösstem Interesse verfolgt wurde. Pastor Schmidt gab einen von hoher Warte gesehenen, grosszügigen Gesamtüberblick über die Geschichte der „deutschen Mitte“ und des Nordens. Er brachte ferner Gedanken aus seiner letzten Schrift „Der skandinavische Norden und Europas Zukunft“, ging aber in der Erörterung seiner persönlichen Ansicht über die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse im Norden noch weiter und sagte u.a.:

- a) Man dürfe nicht unbeachtet lassen, dass es das dänische Volk aufgrund seiner Entwicklung und gewisser historischer Erfahrungen usw. nicht leicht habe, innerlich den Anschluss an das Neue Europa mit deutschem Führungsrecht zu finden. Ausser mannigfachen Änderungen materieller und sonstiger Art befürchte es vielleicht sogar, dass die nationale Selbständigkeit bei einem solchen Anschluss gefährdet sein könnte. Kurzum — *man müsse sich und dem dänischen Volk Zeit lassen*. Es handele sich hier in erster Linie immer um *seelische* Hemmungen, denen man mit Vernunftgründen nicht begegnen könne. *Es sei daher falsch, diese Haltung mit Überlegungen der Vernunft zu bekämpfen!*
- b) Das dänische Volk werde sich eines Tages zu den Ideen der Neuen Zeit bekennen müssen. Es werde sehr viel von Deutschland lernen und solle das auch. Aber wir sollen nicht den Lehrmeister spielen. *Es müssen Männer aus dem eigenen (dänischen) Volk sein, die den Dänen die neuen Ideen predigen*. Wenn wir es tun, werden wir immer schulmeisterlich wirken und Ablehnung finden. Dies sei ein altes psychologisches Gesetz!
- c) Wir dürfen nicht in den unverzeihlichen Fehler verfallen, *über die skandinavischen Einheitsbestrebungen zu spotten*. Einmal wirkt es sehr verletzend und zum anderen haben auch wir Deutschen bis zur vollzogenen Einheit sehr viel Zeit gebraucht; auch durch das deutsche Volk ist jahrhundertlang die Einheitsbewegung ohne Erfolg gegangen.
- d) Nach Darlegung seiner bekannten Gedanken über den „skandinavischen Einheitsstaat mit Anschluss an Deutschland“ führte der Redner aus:

Das finnische Volk fühlt trotz seiner vielen Enttäuschungen, die es mit den nordischen Ländern erlebte, immer noch eine vorbehaltlose starke Anhänglichkeit zum Norden. Dieses Finnland aber ist gleichzeitig unser treuester Waffengefährte. Sollte es da nicht möglich sein, deutscherseits den gesamten Norden zu eigigen und sodann diesen Norden an unsere Seite treten zu lassen? Das wäre unser würdigster Dank an Finnland!

Wie mir Pastor Schmidt nach seinem Vortrag erzählte, beabsichtigt er, den wesentlichen Inhalt in dem nächsten Schleswig-Holsteiner-Heft veröffentlichen zu lassen.<sup>1)</sup>— Es wird auch Ihnen auffallen, dass die oben wiedergegebenen Gedanken z. T. eine klare Ablehnung der Volksgruppenpolitik von Dr. Möller bedeuten. Vor allem lehnt Pastor Schmidt offenbar die in der Rubrik „Unsere Stimme“ zum Ausdruck kommende Linie ab, dass die Volksgruppe sich zum Lehrmeister des dänischen Volkes macht. Aber auch die Ausführungen über die nordische Zusammenarbeit und über den Mangel an notwendiger Geduld scheinen, eine Kritik der Volksgruppenpolitik darzustellen. Ob alle Zuhörer die Ausführungen von Pastor Schmidt so aufgefasst haben, ist allerdings zweifelhaft, da der Redner in sehr sachlicher und vornehmer Art vortrug. Dr. Möller äusserte mir gegenüber ziemlich erregt, dass schon mit Rücksicht auf seine zahlreiche anwesenden Amtswalter eine öffentliche Erklärung notwendig sei, dass die Ausführungen von Pastor Schmidt seine persönliche Ansicht darstellen, die nicht von der Volksgruppenführung geteilt würden. Ich habe ihn gebeten, von öffentlichen Erklärungen Abstand zu nehmen, da dadurch unnötig die Angelegenheit noch weiter breitgetreten und ausserdem ein Keil zwischen Pastor Schmidt und seinen Anhängern und der offiziellen Volksgruppenführung getrieben würde. Ich hatte schliesslich auch die Überzeugung, dass er es bei einer Erklärung im Kreise des Parteirats od. ähnl. bewenden lassen wird. — Ich hatte fast den Eindruck, als habe Pastor Schmidt jene Gedanken vorgetragen, die er kürzlich in der Ihnen bei meinem Aufenthalt in Kopenhagen mitgeteilten Auseinandersetzung zwischen Dr. Möller und Pastor Schmidt vertreten hat. Obwohl ich feststellen konnte, dass die erwähnte Auseinandersetzung keinen Einfluss auf das persönliche Verhältnis zwischen Dr. Möller und Pastor Schmidt gehabt hat, wäre es nunmehr denkbar, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Herren etwas versteifen.

Dr. Möller wird in den nächsten Tagen in Kopenhagen vorsprechen und vielleicht diese Angelegenheit erörtern, weshalb ich Sie bitten darf, den Herrn Gesandten zu informieren.

II. Gestern erfuhr ich ferner, dass der Bürgermeister in Hadersleben an der deutschen Kommunalschule zum Jubiläumstag die dänische Fahne hat hissen lassen. Einer entsprechenden Aufforderung war der Leiter der Schule nicht nachgekommen, weshalb der Bürgermeister mit Hilfe eines Beauftragten die Flaggenhissung hat durchsetzen müssen. Die Empörung hierüber ist bei Dr. Möller kaum noch zu beschreiben. Dennoch hat der Bürgermeister vom formalrechtlichen Standpunkt aus richtig gehandelt. Die Kommunalschule ist Eigentum der Stadt; dem Bürgermeister steht die kommunale Schulaufsicht und damit auch die Anordnung über die Flaggenhissung zu. Hinzukommt, dass bis vor etwa 1 bis 2 Jahren an allen deutschen Kommunalschulen an den dänischen Flaggentagen der Dannebrog gezeigt worden ist und somit ausgerechnet der Stadtjubiläumstag einen sehr ungeeigneten Grund für eine Beschwerde darstellt. Allerdings sollen im letzten Jahr aufgrund einer stillschweigend von den dänischen Behörden geduldeten Praxis von den deutschen Kommunalschulen die Fahnen nicht mehr gezeigt worden sein. Man kann die Empörung von Dr. Möller nur verstehen, wenn man weiss, dass in den Augen der zahlreichen Amtswalter und vieler Volksdeutscher der Dannebrog äusserst verhasst ist und das Symbol ihrer „Unterdrückung“ bedeutet. Ähnliche Überlegungen führten Dr. Möller seinerzeit wohl auch zu seinen Beschwerden über die Eingliederung von Volksdeutschen in das Frikorps Danmark. Andererseits scheint Dr. Möller nicht zu fühlen, wie sehr sein Verhalten zu der von ihm noch in seiner letzten Folketingsrede proklamierten Loyalität im Widerspruch steht. Dr. Möller wird die Angelegenheit dem Herrn Minister persönlich vortragen. Als Kompromisslösung wäre evtl. daran zu denken, künftig den deutschen Kommunalschulen das Recht zu erwirken, neben der dänischen Fahne die Hakenkreuzflagge zu zeigen. Allerdings würde ein solcher Vorschlag auf zweierlei Schwierigkeiten stossen: einmal scheint mir das offizielle Zeigen der Hakenkreuzflagge gesetzlich verboten zu sein; andererseits ist zu bedenken, dass bei der vorgeschlagenen Kompromisslösung sämtliche deutschen Privatschulen künftig ebenfalls flaggen und zwar *nur* die Hakenkreuzfahne zeigen werden.

Mit freundlichen Grüssen und

Heil Hitler!

L[anwer]

<sup>1)</sup> Pastor Schmidts foredrag er ikke trykt i „Der Schleswig-Holsteiner“.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående den tyske folkegruppes forhold til de danske nazister.**

29. juni 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 29. Juni 1942.

Tgb. Nr. 382/42

Betr.: Verhåltis Volksgruppe/DNSAP.

2 Durchschläge.

An das  
Auswärtige Amt, Berlin.

Von dänischer nationalsozialistischer Seite wurde hier vor kurzem vorgebracht, der Führer der volksdeutschen SK in Nordschleswig, Oberleutnant a.D. Larsen, habe bei einer Rede in Tondern den im Mai d.J. erfolgten Besuch des SS-Obergruppenführers Lorenz in Nordschleswig in einem gegen die dänischen Nationalsozialisten gerichteten Sinne ausgewertet und u.a. geäußert, dass die DNSAP immer nur eine politisch untergeordnete Rolle spielen werde. Ich habe darauf das Konsulat Apenrade angewiesen, den Sachverhalt zu klären und der Volksgruppenführung erneut eindringlich klar zu machen, dass der Besuch des Obergruppenführers Lorenz auf keinen Fall eine Versteifung in der Haltung der Volksgruppe gegenüber Frits Clausen zur Folge haben dürfe, dass vielmehr die Pflege eines guten Verhältnisses zu Frits Clausen und seiner Partei nach wie vor eine sehr wichtige Aufgabe der Volksgruppe sei. Wie das Konsulat Apenrade berichtet, hat Oberlt. Larsen erklärt, dass die Parteileitung der DNSAP falsch unterrichtet worden sei, denn seine Rede in Tondern habe keinerlei Spitzen gegen die dänischen Nationalsozialisten enthalten. Im übrigen sei die Tatsache, dass er seine Rede in Tondern schon vor dem Besuch des Obergruppenführers Lorenz in Nordschleswig gehalten habe, auch ein Beweis für die Unrichtigkeit der Vorwürfe. Herr Larsen hat dabei seine vorbehaltlose Bereitschaft zur Pflege guter Beziehungen zur dänischen Nationalsozialistischen Partei zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, dass der Tod des dänischen Freikorpsführers, SS-Obersturmbannführer v. Schalburg, und der Einsatz der dänischen Freiwilligen an der Ostfront die Volksgruppe stark beeindruckt und die innere Einstellung massgeblicher Personen der Volksgruppenführung zu den dänischen Nationalsozialisten positiv beeinflusst hat.

**Renthe-Fink**

## 93.

Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dr. Behrends' besøg i Nordslesvig.

27. juli 1942.

S/NSchl.

27. Juli 1942

Streng vertraulich!

An

den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches  
Herrn Gesandten von Renthe-Fink  
in Kopenhagen.

- 1) Am Freitag nahm ich an einem Abendessen im Hause von Dr. Möller teil, wo ich ausser dem Landesgruppenleiter und dem Landesjugendführer auch SS-Brigadeführer Dr. Behrends antraf. Es ist begreiflich, dass bei diesem Zusammentreffen zwischen VoMi, Volksgruppenführung, Landesgruppenleitung AO und Reichsvertretung im Laufe des Abends politische Angelegenheiten aus Nordschleswig erörtert wurden:
  - a) *Weiterleitung von Arbeitsberichten der Volksgruppe.* Dr. Behrends erklärte, dass er durch seine neue Verfügung zunächst einmal habe verhindern wollen, dass die Volksgruppenberichte ohne Beteiligung der VoMi an zahlreiche andere Stellen (Konsulat, Sicherheitsdienst, verschiedene Abteilungen der SS) gingen. Er persönlich wolle von Berlin entscheiden, an wen die Berichte im einzelnen Fall weiterzuleiten seien. Er könne es auch nicht vertragen, dass die Volksgruppenberichte, also letzten Endes „seine Berichte“, von anderer Seite begutachtet und mit einer solchen Stellungnahme z.B. dem Auswärtigen Amt übersandt würden, *ohne dass er diese Begutachtung kenne.* Er selber wolle bei der Weiterleitung eine begleitende Begutachtung geben, um sofort auch die Ansicht der VoMi bekanntgeben zu können. Hinzukomme, dass er manche Darstellungen in diesen Berichten als schief oder im Augenblick nicht aktuell ansehe und er solch uninteressante Meldungen gar nicht erst weiter verfolgt oder behandelt wissen möchte. Kurzum: er wolle verhindern, dass mit einer solchen „unzweckmässigen“ Berichterstattung andere Stellen überflüssigerweise befasst würden. Dr. Behrends passierte allerdings dann im Laufe der weiteren Unterhaltung über dieses Thema das Ungeschick, dass er temperamentvoll wurde und hierbei seine innere echte Überzeugung ganz klar zu Tage treten liess. Es sei für ihn unerträglich, so führte er aus, immer ein Kindermädchen um sich haben zu müssen. Der Volksgruppenführer könne nicht auf einen gewissen Ort gehen, ohne dass darüber berichtet werde. Er sähe ja auch nicht die Berichte der Gesandtschaft und wisse nicht, was z. B. ich nunmehr über seinen Besuch berichten würde. Was ihn ärgere, sei die ständige Bevormundung durch das Auswärtige Amt usw. usw.<sup>1)</sup> Als ich ihm demgegenüber klar machte, dass er die Dinge wohl allzu grundsätzlich sähe und die Reichsvertretung schon im Interesse der Volksgruppe (z. B. bei plötzlich notwendig werdenden Interventionen) über die Tätigkeit der Volksgruppenorganisationen genau unterrichtet sein müsse, gab er nunmehr überraschenderweise zu, dass er das auch nicht verhindern wolle, sondern dem Volksgruppenführer ausdrücklich laufende, notfalls tägliche Unterrichtung des Konsulats zur Pflicht mache. Tatsachenberichte könnten nach seiner Ansicht auch weiterhin selbstverständlich ausgehändigt werden. Allerdings möchte er — bevor er seine Verfügung entsprechend abändere — noch mit seinem Sachbearbeiter sprechen. Er habe, so versuchte er nunmehr einzubiegen, geglaubt, dass wir auch den politischen Monatsbericht des Volksgruppenführers unbedingt haben wollten. Dieser Bericht, der übrigens nach der neuen Verfügung *erstmalig* im August fällig wird, sei eine zusammenfassende Unterrichtung der VoMi durch den Volksgruppenführer und sei ausschliesslich für die VoMi bestimmt.

Es bleibt abzuwarten, ob Dr. Behrends bei seiner Rückkehr nach Berlin die Volksgruppenführung anweisen wird, die frühere Praxis der Berichtsübersendungen wieder aufzunehmen.

- .....
- c) In der *Sache Paysen* erzählte Dr. Behrends, dass Gruppenführer Berger versucht hatte, beim Reichsführer Himmler die bekannte Entscheidung wieder umzustossen, da Paysen von Herrn Berger in seiner Liste bereits als Angehöriger der Waffen-SS geführt wurde. Es ist aber schliesslich doch entschieden worden, dass Paysen auch als Waffen-SS-Angehöriger gestrichen und hiervon benachrichtigt wurde. Hierzu möchte ich ergänzend bemerken, dass nach einer kürzlich beim Konsulat eingegangenen Mitteilung des Wehrbezirkskommandos Ausland mit einer Einberufung des P. nicht mehr zu rechnen ist, da P. fortwährend Schwierigkeiten macht und die Volksdeutsche Mittelstelle daraufhin ihr Desinteresse an einer Einberufung erklärt hat.
- d) Während der abendlichen Unterhaltung erfuhr ich ferner, dass die Volksgruppenführung seit kurzem mit dem *Sicherheitsdienst Kiel*, dem Nordschleswig angeschlossen ist, vereinbart hat, ihm die beim Organisationsamt eingehenden Meldungen über sicherheits- oder abwehrpolitische Einzelheiten zuzustellen. Es dürfte sich um jene Meldungen handeln, die Oblt. Larsen in der ersten Zeit der Abwehr zustellte. Nachdem er dort die Erfahrung gemacht hatte, dass seitens der militärischen Abwehrstellen nach seiner persönlichen Ansicht nicht hinreichend durchgegriffen wurde, schickte er die erwähnten Berichte dem Konsulat zu, das sie laufend nach Kopenhagen geleitet hat. Da Larsen aber auch bei diesem Weg anscheinend nicht den von ihm erhofften Erfolg gehabt hat (er hat sich immer abfällig darüber geäussert, dass die Überprüfung seiner Meldungen der dänischen Polizei übertragen wurde), wird er sich nunmehr wohl stärker an den SD anlehnen, der übrigens bei der Volksgruppenführung z.Zt. das grösste Vertrauen geniesst. Als Gegenleistung hat der SD der Volksgruppenführung versprochen, ihr laufend den vierzehntägigen SD-Bericht über die Volksgruppe Nordschleswig abschriftlich zur Kenntnis zu geben. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass Dr. Behrends alter SD-Mann (Nr.2) ist und auch am Freitagabend Herrn Dr. Möller erklärte, dass er eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit dem SD wünsche.<sup>2)</sup>
- e) Schliesslich hörte ich an diesem Abend, dass der von der Volksdeutschen Mittelstelle unterstützte Vorschlag der Volksgruppenführung, Direktor Gäde zum *Vorsitzenden des Schulamts* zu machen, vom Auswärtigen Amt abgelehnt worden ist, da Dr. Gäde die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt. Es wurde behauptet, dass das Auswärtige Amt seine Entscheidung im wesentlichen darauf stütze, dass man künftig *grundsätzlich* klare Trennung durchführen wolle. Diese Grundsatzhaltung sei beeinflusst von der augenblicklichen Gesamthaltung zwischen AA und AO. Dr. Behrends will die Angelegenheit nochmals mit Unterstaatssekretär Luther besprechen. — Ich persönlich bin der Ansicht, dass, wenn der Grundsatz des Auswärtigen Amts richtig ist, der Posten des Schulamtsvorsitzenden sehr wohl von Schulrat Elholm übernommen werden könnte. Allerdings spüre ich seit Monaten bei zahlreichen Gelegenheiten, dass das Verhältnis der Volksgruppenführung zu Herrn Elholm mehr und mehr erkaltet und Dr. Möller ihn wahrscheinlich nicht gern zum Schulamtsvorsitzenden machen will. Objektiv betrachtet würde, wiederum vom obenerwähnten Grundsatz abgesehen, Dr. Gäde als Reichsdeutscher insofern geeignet sein, als auf ihn die für Disziplinaentscheidungen gegenüber reichsdeutschen Lehrern erforderlichen staatshoheitsrechtlichen Befugnisse des Reichserziehungsministeriums übertragen werden könnten, was m.E. bei dem volksdeutschen Schulrat Elholm Schwierigkeiten bereiten kann.
- 2) Am Sonnabendnachmittag fand im hiesigen Dibbernhaus unter Leitung von Dr. Möller eine Zusammenkunft der höheren Amtswalter (etwa zwölf) statt, an der ausser mir Dr. Behrends und der Landesgruppenleiter sowie der Landesjugendführer teilnahmen. Die volksdeutschen Sachbearbeiter berichteten über die Tätigkeit der von ihnen

geleiteten Organisationen. Anschliessend sprach Dr. Behrends etwa ½ Stunde. Aus dem Referat von Herrn Behrends ist ledigligch zu erwähnen, dass er nunmehr sehr stark die Forderungen der Aussenpolitik in den Vordergrund stellte und von der Volksgruppenarbeit verlangte, dass sie sich stets im Rahmen der deutschen Aussenpolitik halten müsse. Er hat diese Forderung in verschiedenen Variationen mehrfach sehr deutlich wiederholt. Allerdings solle die Volksgruppe dadurch niemals zur Ruhe verbannt werden, sonst würden ihre Amtswalter „Verwaltungsbeamten“. Die Bewegung müsse unbedingt durch weitere neue Arbeiten und neue Anforderungen erhalten werden, wobei diese Bewegung bis an die Grenze der Aussenpolitik gehen könne. Dr. Behrends, der am Freitagabend in der privaten Unterredung die Katze aus dem Sack gelassen und sich zum revolutionären Volkstumskampfer bekannt hatte mit den üblichen kritischen Bemerkungen über die behördlichen Bremsen, zeigte somit in dieser offiziellen Ansprache ein völlig anderes Gesicht. Ich sagte ihm, dass ich mich über seine Ausfuhungen sehr gefreut hätte, ich persönlich ihn aber am Freitagabend „nackt ausgezogen“ erlebt hätte. — Im Anschluss an diese Arbeitsbesprechung fand abends ein kameradschaftliches Beisammensein statt.

- 3) Sonntag Mittag traf en sich sämtliche Ortsgruppenleiter der AO von Nordschleswig und die Apenrader Amtswalter auf Einladung des Landesgruppenleiters zu einem gemeinsamen Mittagessen im Deutschen Haus, an dem der Volksgruppenführer mit Herrn Petersen und Herrn Larsen sowie ich teilnahmen. Das Essen verlief ohne grundsätzliche Erortherungen und war rein geselliger Natur.

#### L[anwer]

- 1) Denne kompetencestrid mellem Vomi og Ausw. Amt var ikke ny. Den 23. juni 1941 bad Ausw. Amt gesandtskabet i Kobenhavn om at opfordre folkegruppel edelsen til altid at vedlegge to gennemslag af skrivelser, der via AA skulle sendes til Vomi. Det ene eksemplar heraf skulle sendes til AA, det andet forblive i gesandtskabet. For forholdet mellem folkegruppen i Nordslesvig og Vomi havde denne skrivelse dog ingen betydning, thi som det fremgår af et brev af 21. juli 1941 fra Kassler til AA, havde Vomi pålagt folkegruppen, at brevvekslingen med Vomi skulle foregå via dr. Kracht, som var forbundelsesmand mellem folkegruppen og Vomi. Kassler oplyser, at konsulatet som regel fik afskrift af beretningerne til Vomi. Konsulatet sendte dem videre til gesandtskabet eller udnyttede dem i sine indberetninger hertil. Kassler mener, at det burde pålægges folkegruppen at sende konsulatet afskrifter af alle indberetninger og skrivelser til Vomi samtidig med afsendelsen til Flensborg. I en skrivelse af 11. december 1941 fra AA (Luther), der bl. a. er sendt til gesandtskabet i Kobenhavn, hedder det: „*Es müssen also sämtliche Anweisungen, welche aussenpolitische Wirkungen haben können, die von einer innerdeutschen Dienststelle an die Volksgruppenfuhungen ergehen, die Genehmigung des Auswärtigen Amtes besitzen*“. Foreligger AAs til-ladelse ikke, må der ses bort fra videresendelse til folkegruppel edelserne. Kort for 17. juni 1942 påbød Vomi, at de månedlige arbejdsberetninger, som forlangtes af folkegrupperne, kun måtte sendes til Vomi. AA var ikke tilfreds hermed, og 26. august 1942 anmodedes Vomi om at give folkegruppel ederne anvisning på at opretholde den snevreste forbindelse med Volkstumsreferenten og at sende de beretninger, som Vomi krevde, „*über den amtlichen Kurier*“. Heller ikke Renthe-Fink var tilfreds med Vomis påbud, og den 25. august 1942 bad han AA foranledige, at Vomi ophevde den pågældende ordre, og pålagde folkegruppen at meddele konsulatet alle beretninger, som kunne tankes at have nogen som helst udenrigspolitisk betydning.
- 2) For underretten har dr. Möller den 4. juni 1948 havdet, at Behrends ikke overfor ham havde udtalt onke om samarbejde mellem folkegruppen og SD. Af dr. Möllers gaestebog fremgår det iövrigt, at Lohndorf, Johs. Meyer, Fischbeck og Leo Jensen besøgte ham i Graasten den 13. juni 1942, altså kort for Behrends' besøg. Om samarbejdet med SD i Flensborg, se narmere A. nr. 474, 479 og 481.

## 94.

## Optegnelse angående et møde, afholdt af „de tilsluttede organisationer“.

19. aug. 1942.

Notiz:

## Tagung der „Angeschlossenen Verbände“.

Eingeladen sind: die „Angeschlossenen Verbände“:

Bund für deutsche Kultur,  
Berufsgruppen,  
Bund für Leibesübungen,  
Kriegerkameradschaft,  
Volksbund f. Deutsche Kriegsgräberfürsorge,  
Deutscher Lehrerverein,  
Büchereiverein,  
Wohlfahrtsdienst.  
Nordschl. Gemeinde

ausserdem sind eingeladen: die Vorstände der Deutschen Häuser in den vier Städten.

Organisatorisch gesehen ist das Verhältnis der deutschen Volksgruppe in Nord-schleswig zum Reich in den letzten Jahren neugestaltet worden.

Die einzige Stelle, die im Reich mit der Betreuung der Volksgruppen beauftragt ist, ist die Volksdeutsche Mittelstelle.

Die Volksdeutsche Mittelstelle macht wiederum die Volksgruppenführung für die Durchführung ihrer Anordnungen verantwortlich.

Daraus ergibt sich, dass alle Organisationen innerhalb der Volksgruppe der Volksgruppenführung unterstellt sind.

Es können also heute grundsätzlich nicht mehr irgendwelche Verbindungen zum Reich unterhalten werden, die nicht von der Volksgruppenführung genehmigt sind.

Im Zuge dieser Neuordnung ist auch das gesamte Finanzwesen der Volksgruppenführung angeschlossen, d. h. also:

Zuschüsse, Beihilfen, Stipendien u. a. werden nur durch die Volksgruppenführung genehmigt und vermittelt.

Es sind daher folgende allgemeine Richtlinien<sup>1)</sup> für die „Angeschlossenen Verbände“ ausgearbeitet worden, die den Verbänden zur Kenntnis zu geben sind:

Als „Angeschlossene Verbände“ gelten alle die, welche nicht als Gliederung der Partei angesehen werden und denen die Möglichkeit gegeben ist, den Rahmen der Erfassung von Mitgliedern weiter zu spannen, d. h. also solche Leute aufzunehmen, die in ihrer nationalen Haltung schwach sind oder sich noch nicht entschieden haben.

Diese Verbände unterstehen voll und ganz der Volksgruppenführung, und ihre Betreuung erfolgt durch das *Volksgruppenamt*.

Die Leitung dieser Verbände darf selbstverständlich nur in Händen von einwandfreien deutschen Männern und Frauen liegen, und es wird verlangt, dass der Führer oder Leiter eines Verbandes *Parteigenosse ist*. Der Führer oder Leiter einer Untergliederung eines Verbandes muss wünschenswerterweise ebenfalls Parteigenosse sein, doch kann hiervon bis zum 1. Jan. 1943 Abstand genommen werden. Bei einem ev. Wechsel vor diesem Termin kommt jedoch als Nachfolger nur ein Parteigenosse in Frage.

Jeder neue Leiter einer Organisation oder ihrer Untergliederungen muss von der Volksgruppenführung anerkannt sein.

Die Führer und Leiter dieser Verbände haben neben der Durchführung ihrer speziellen Aufgaben die selbstverständliche Pflicht, auf ihre Mitglieder im nationalsozialistischen Sinne einzuwirken und besonders ihre Werbung auf die in Absatz I genannten Menschen auszudehnen und sie allmählich zu einer rein deutschen Haltung zu erziehen.

Die Verbände oder ihre Untergliederungen dürfen allgemeine *Arbeitsberichte* an irgendwelche Dienststellen im Reiche nur unter gleichzeitiger Einsendung einer Abschrift an das Volksgruppenamt übermitteln.

Enthält ein Bericht irgendeine *politische Bemerkung*, so muss dieser im Original erst der Volksgruppenführung vorgelegt werden.

Die *örtlichen Untergliederungen* der Verbände unterstehen dem örtlichen Hoheitsträger (Ortsgruppenleiter) und müssen in jeder Form eine gute Zusammenarbeit anstreben. Die örtlichen Untergliederungen haben das Recht, einen Vertreter in den politischen Ortsausschuss zu entsenden.

*Veranstaltungen* im eigenen Rahmen sind mit dem Ortsgruppenleiter terminmässig zu vereinbaren. Veranstaltungen über den eigenen Rahmen hinaus bedürfen nach Besprechung im politischen Ausschuss der Genehmigung des Ortsgruppenleiters.

Das *Rechnungsjahr* muss praktischerweise vom 1. April—31. März eines jeden Jahres laufen. Anträge auf Zuschüsse, Beihilfen u. s. w. sind immer nur an das Schatzamt der Volksgruppe zu richten. Normalerweise wird von den Verbänden für das jeweilig kommende Geschäftsjahr ein Voranschlag einzureichen sein, in dem Mittel, die selbst nicht aufgebracht werden können, angefordert sind. Eine solche Anforderung verpflichtet jedoch gleichzeitig zur Einreichung einer revidierten Abrechnung für das verflossene Jahr.

*Streitfragen*, die über den Rahmen der einzelnen Verbände hinausgehen, sind, wenn sie weiter verfolgt werden sollen, nur der Volksgruppenführung vorzulegen, die auch als letzte Instanz entscheidet. Berufungen an irgendwelche reichsdeutschen Stellen sind absolut unzulässig.

P/R Apenrade, den 19. August 1942.

<sup>1)</sup> De endelige retningslinier for „de tilsluttede organisationer“s arbejde blev fastlagt den 21. august 1942, og den 12. september s. å. oversendte Kassler dem til Auswärtiges Amt. Heri blev de i optegnelsen skitserede bestemmelser nærmere udformet. Det blev bl. a. fastslået: „*Enthält ein Bericht irgendeine politische Bemerkung, so muss dieser im Original erst der Volksgruppenführung vorgelegt werden. Auskünfte politischer und personalpolitischer Art sind nur über das Volksgruppenamt zu leiten. Das Ausstellen irgendwelcher politischen Atteste ist verboten.*“

## 95.

**Abteilung Deutschland i det tyske udenrigsministerium sender Abteilung Pol. materiale til belysning af „Gehässigkeiten“ mod tyskheden i Nordslesvig.**

27. aug. 1942.

Entwurf.<sup>1)</sup>

RL.

zu D VIII 345/42 g.

Ref.: AR Fleissner.

Sofort!

bzfg: die 10 Anlagen sowie Reinschrift von

*Der Abteilung Pol. (VI)*

werden beiliegend übermittelt

a) 10 von anderer Seite zur Verfügung gestellte Niederschriften über dänische gegen das Deutschtum gerichtete Gehässigkeiten im Jahre 1940,

b) eine nach hiesigen Akten gefertigte Zusammenstellung über weitere Vorfälle im Jahre 1941. Hierzu können konkretere als die in der Zusammenstellung enthaltenen Angaben nicht gemacht werden.

*Berlin, den 27. August 1942.*

F [leissner]

<sup>1)</sup> Ang. de under a) omtalte beretninger se breve af 21. okt. og 1. nov. 1940 (A. nr. 59 og 62). Den under b) omtalte sammenfattende beretning fra 1941 kendes ikke mere.  
I marginen er skrevet: *Reinschrift ab 28/6.*

## 96.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dr. Bests besøg i Nordslesvig og folkegruppens ønsker.

17. nov. 1942.

S/NSchl/6.

17. November 42.

*An den Herr*

*Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark  
Kopenhagen.*

Volkgruppenführer Dr. Möller hat bei mir den Wunsch geäußert, bei Gelegenheit des bevorstehenden Besuches am 29. d.M. dem Herrn Reichsbevollmächtigten in einer Arbeitsbesprechung des Kleinen politischen Rates durch seine Sachbearbeiter die neuesten Pläne und Anregungen der Volkgruppenführung in wichtigen Volkstumsfragen vorzutragen zu lassen. Falls der Herr Reichsbevollmächtigte hiermit einverstanden sein sollte, schlägt Dr. Möller eine solche Besprechung für den Spätnachmittag bzw. den Abend vor. Die offizielle Einweihung der Schule in Gravenstein würde dann auf den Vormittag vorverlegt werden.

Die Vorschläge der Volkgruppenführung betreffen im wesentlichen das volksdeutsche Schulwesen, Büchereiwesen, die volksdeutsche Kirche, die Einrichtung einer volksdeutschen Zentralstelle in Kopenhagen und die politische Bewegungsfreiheit. Im grossen und ganzen bin ich über die Pläne genau informiert. Falls der Herr Reichsbevollmächtigte bereits vor der Arbeitsbesprechung das ihm von den Sachbearbeitern vorzutragende Material kennenlernen möchte, darf ich um entsprechende Weisung bitten. Ich würde alsdann Dr. Möller veranlassen, seine genau formulierten und ausführlich erläuterten Vorschläge über das Konsulat nach dort einzureichen.

L[anwer]

## 97.

**Dr. Best til statsminister Scavenius angående dr. Möllers ansættelse  
som overdyrlæge.**

16. dec. 1942.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES  
IN DÄNEMARK  
I C 645/42

København, den 16.12.1942.

*Seiner Exzellenz*

*Herrn Staatsminister Erik von Scavenius,  
København,  
Aussenministerium.*

*Exzellenz,*

Unter Bezugnahme auf unsere gestrige Unterhaltung erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Herr Dr. Möller in Gravenstein hat mir vor kurzem sein Leid geklagt,<sup>1)</sup> dass er sich durch eine Entscheidung des Herrn Landwirtschaftsministers sehr gekränkt fühle.

Herr Dr. Möller hat sich um die Stellung des Obertierarztes am Export- und Kommunalschlachthof in Gravenstein beworben, die zum 1.12.1942 neu besetzt werden sollte.

Obwohl Herr Dr. Möller seit 18 Jahren an diesem Schlachthof vorwurfsfrei tätig gewesen ist und obwohl er nach Auskunft des Veterinärdirektors G. Petersen von allen Bewerbern um diese Stelle die besten Zeugnisse vorgelegt hatte, ist die Stellung nicht ihm sondern einem Tierarzt Egehøj aus Nordseeland übertragen worden.

Dr. Möller stellt fest, dass diese Entscheidung in der ganzen deutschen Volksgruppe als gegen ihn, den Führer der Volksgruppe, und damit gegen die Volksgruppe selbst gerichtete politische Massnahme aufgefasst werden wird. Er weist dabei darauf hin, dass seit 1920 noch kein einziger der deutschen Volksgruppe zugehöriger Tierarzt die Leitung eines Schlachthofes oder eine ähnliche öffentliche Stellung in seinem Heimatgebiet erhalten habe. Er befürchtet, dass die Behandlung, die ihm jetzt zuteil geworden ist, in der deutschen Volksgruppe eine beträchtliche Erregung auslöst, die nicht ohne politische Auswirkungen bleiben werde.

Ich glaube, dass es im Interesse der von Ihnen, Exzellenz, und mir eingeleiteten Politik läge, wenn jede Beunruhigung der deutschen Volksgruppe sorgfältig vermieden würde. Es muss von dänischer Seite anerkannt werden, dass die deutsche Volksgruppe und insbesondere Dr. Möller als ihr Führer seit der Besetzung des Landes eine ausserordentliche politische Einsicht und Disziplin bewiesen haben und dass hierdurch die Regelung der dänisch-deutschen Beziehungen besonders erleichtert worden ist. Wenn nunmehr die deutsche Volksgruppe den Eindruck gewänne, dass ihre Zurückhaltung von dänischer Seite mit Nichtachtung und kränkender Behandlung erwidert würde, so könnten hieraus sowohl für die Lage im Grenzgebiet wie auch durch die Rückwirkung auf Reichsstellen, die sich für die Lage der Volksdeutschen interessieren, höchst nachteilige politische Rückwirkungen verursacht werden.

Es handelt sich also — wie ich ausdrücklich betonen möchte — nicht um die Erfüllung eines selbstsüchtigen persönlichen Wunsches des Herrn Dr. Möller sondern um die Bereinigung einer politischen Komplikation, die durch die von Herrn Dr. Möller nicht vorausgesehene Behandlung seines Antrages eingetreten ist.

Ich richte deshalb an Sie, Exzellenz, die persönliche Bitte, für eine baldige Regelung dieser Angelegenheit sorgen zu wollen, damit nicht aus diesem peripheren und zufälligen Anlass eine Belastung der von uns geführten Politik erwächst.<sup>2)</sup>

Mit ergebensten Grüßen

**Best.**

<sup>1)</sup> Overfor un derretten i Aabenraa har dr. Möller i et retsmøde 16. marts 1948 forklaret, at han ikke selv havde henvendt sig til dr. Best om sagen, men da han var i København, havde Kassler med-

delt ham, at dr. Best ønskede at tale med ham om spørgsmålet. Hvorfra dr. Best havde fået kendskab til sagen, vidste han ikke. I landsretten har han den 23. februar 1949 udtalt, at det var dr. Best, der henvendte sig til ham, og at denne henvendelse efter hans mening var sket på foranledning af Lanwer.

- <sup>2)</sup> Om dette brev har dr. Best i landsrettens møde den 28. april 1949 forklaret, at han på dette tidspunkt måtte „*behandle situationen i Danmark og især ministeriet Scavenius på en meget omfindlig måde. Han måtte søge overfor Berlin at opretholde den opfattelse, at der var god vilje til samarbejde fra den danske regerings side, ikke vrangvilje*“. Da dr. Møller havde forelagt ham sagen, henvendte han sig derfor til Scavenius, der sagde: „*For Guds skyld, var dr. Møller dog bare kommet for en måned siden, så havde jeg ordnet sagen, nu må jeg forhandle med et andet ministerium, og i den anledning behøver jeg en skrivelse fra Dem.*“

## 98.

### Statsminister Scavenius til dr. Best angående spørgsmålet om dr. Møllers ansættelse som overdyrlæge.

28. dec. 1942.

København, den 28. Dezember 1942.

Seiner Exzellenz,  
Herrn Dr. Best,  
Bevollmächtigtem des Deutschen Reiches in Dänemark.

Exzellenz,

In Beantwortung Ihres Briefes vom 16. ds. Mts. betreffend Herrn Dr. Møller in Gravenstein erlaube ich mir Ihnen mitzuteilen, dass diese Angelegenheit auf meine Veranlassung hin einer näheren Prüfung unterzogen worden ist. Das Ergebnis dieser Prüfung geht aus dem als Anlage beigefügten Memorandum<sup>1)</sup> hervor. Sachlich scheint es mir gegen die getroffene Entscheidung keine Einwendung gemacht werden zu können. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass es sich um einen Sonderfall solcher Art handelt, dass es zweckmässig wäre zu untersuchen, ob nicht in der gegebenen Situation in irgend einer Form etwas für Herrn Dr. Møller getan werden könnte, um zu vermeiden, dass die in der Anlage erwähnte Auffassung sich verbreitet. Ich habe in diesem Sinne mit dem Herrn Landwirtschaftsminister gesprochen, und es wird nun untersucht, ob nicht den Wünschen des Herrn Dr. Møller etwa dadurch entgegengekommen werden können, dass ihm die Kontrolle beim Export von lebenden Tieren überlassen wird. Das Veterinärdirektorat hat den Eindruck gewonnen, dass Dr. Møller sich besonders für diese letztgenannte Kontrolle interessiert hat. Aus den vom Landwirtschaftsministerium erhaltenen Auskünften geht hervor, dass diese Kontrolle baldmöglichst von der Verbindung mit der Stellung als Obertierarzt in der Schlächtereier getrennt werden soll. Ich habe verstanden, dass man Dr. Møller aufgefordert hat, die Kontrolle beim Export von lebenden Tieren bis auf weiteres, d. h. bis eine endgültige Regelung getroffen werden kann, auszuüben.

Ich teile durchaus Ihre Ansicht, dass es bedauerlich wäre, wenn diese Angelegenheit zu Beunruhigung innerhalb der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Anlass geben sollte, und ich werde mich daher im Geiste der von uns beiden geführten Politik bemühen, eine befriedigende Lösung zu finden.

Mit ergebensten Grüßen

sign. E. Sc[avenius].

<sup>1)</sup> Ikke medtaget her.

## 99.

**Lanwer sender Reichel i det tyske udenrigsministerium et referat af sine udtalelser på mødet i det tyske udenrigsministerium (med bilag).**

6. jan. 1943.

DEUTSCHES KONSULAT

Gesch.Z.: J.Nr.34

Apenrade, den 6. Januar 1943

An Herrn LR Dr. Reichel,  
Auswärtiges Amt.

Lieber Herr Reichel!

Anbei übersende ich wunschgemäss eine Notiz, die meine Ausführungen auf der letzten Besprechung der Volkstumsreferenten im Auswärtigen Amt in Berlin zusammenfasst. Ich gehe davon aus, dass die Notiz als vertraulich behandelt wird.

Für den Fall, dass Herr Staatssekretär Luther, der am ersten Tage der Besprechungen nicht zugegen war, meine Ausführungen zu lesen wünscht, lege ich ein weiteres Exemplar bei.

Mit freundlichen Grüssen und

Heil Hitler!

Ihr

gez. Lanwer

Vertraulich.

**Zusammenfassung meiner mündlichen Ausführungen auf der Besprechung der Volkstumsreferenten im Auswärtigen Amt.**

Die Volksgruppe Nordschleswig (ca. 35 000 Köpfe, etwa 16 % der Bevölkerung Nordschleswigs und weniger als 1 % der gesamten Bevölkerung Dänemarks) hat seit der Abtretung Nordschleswigs vom Reich nie jene Schikanen pp. seitens des Staatsvolkes zu erdulden gehabt, wie das in den anderen europäischen Volksgruppen die Regel war. Der dänische Volkstumsgegner liess sich im allgemeinen von der klugen Erkenntnis leiten, dass durch Druck und rigorose Massnahmen lediglich der organisierte Widerstand der Volksgruppe und ihre Sammlung zu einer geschlossenen Einheit herbeigeführt wird. Mit viel Geschick führte er daher den Volkstumskampf mit „vornehmeren“ Mitteln, die aber im Endziel erfolgreicher sein sollten und für das Deutschtum gefährlicher sein konnten. Dieses dänische Vorgehen fusste vor allem auch auf der Tatsache, dass Deutsche und Dänen in Nordschleswig sich weder hinsichtlich der Rasse, der Abstammung, des Kultur-niveaus, der Konfession und zu einem grossen Teil auch nicht hinsichtlich der Haussprache unterscheiden. Solche Voraussetzungen gaben den dänischen Volkstumspolitikern die Hoffnung, durch eine geschickte Kampf-methode den deutschen Volksteil allmählich *aufzusaugen*. Diese dänische *Aufsaugungssparole* — wie sie in offiziellen dänischen Kreisen wiederholt formuliert worden ist — war das Leitmotiv der volksgruppenfeindlichen Massnahmen. Während man auf zahlreichen Gebieten, vor allem in kultureller Hinsicht, dem Deutschtum weitgehende Freiheiten gewährte, half man der „Aufsaugung“ etwas kräftiger nach auf dem wirtschaftlichen Sektor, wo die Volksgruppe infolge der *dänischen Kreditpolitik* mit anschliessenden Zwangsvollstreckungsverfahren im Laufe der Jahre grosse Flächen deutschen Bodens und infolge des *dänischen Boykotts* im Einzelhandel, Gewerbe und Hand-

werk mehr und mehr an wirtschaftlichem Lebensraum verloren hat, sodass sie zahlenmässig durch Abwanderung zurückging und wirtschaftlich teilweise verarmte. Der wesentliche Inhalt des volksdeutschen Abwehrkampfes gegen die dänische Aufsaugungspolitik bestand somit in der Schaffung von geeigneten Schutzmassnahmen für den Bodenkampf sowie gegen die Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Lebensraumes der Volksgruppe schlechthin, denen entsprechende öffentliche Anklagen gegen den Staat parallel liefen. Neben diesen beiden abwehrmässig bedingten Parolen, die sich wie ein roter Faden durch 2 Jahrzehnte Volkstumsringens hindurchziehen, stand als offensive *politische* Kampfparole ausschliesslich die Grenzrevisionsforderung, die Jahr für Jahr auf sämtlichen Veranstaltungen, in allen Verlautbarungen der volksdeutschen Presse usw. und bei jeder Gelegenheit hervorgehoben wurde, in einem solchen Masse im Vordergrund, dass die oben erwähnte Abwehr dänischer Methoden demgegenüber fast abfiel.

Diese zwei Jahrzehnte geführte „Volkstumspolitik“ stand im Jahre 1940 — nach der Besetzung Dänemarks durch die deutschen Truppen — auf ihrem Höhepunkt, als z. B. am 9. April unerlaubterweise volksdeutscherseits auf dänischen Gebäuden und Kirchtürmen die Hakenkreuzflagge gehisst wurde, und als sich zum 28. Juni (dem Tag des Abschlusses des Versailler Diktates) aufgrund eines offiziös seitens der Volksgruppenführung geförderten Gerüchts die gesamte Volksgruppe für die Rückkehr Nordschleswigs zum Reich mit Fahnen versorgte. In dieser „Hochstimmung“ trat ich im Juli 1940 mein Amt als Leiter des Konsulats in Apenrade an mit Weisungen des Auswärtigen Amtes, die eine sofortige, radikale Wendung der bisherigen Volksgruppenpolitik verlangten. Es galt, die Volksgruppe nach der reichsdeutschen Grosspolitik auszurichten, die folgende Forderungen erheben musste:

- a) Aufgrund des deutscherseits dem dänischen König überreichten Aprilmemorandums sowie vor allem aufgrund der aussenpolitischen Gesamtlage musste in der Volksgruppe die zwanzig Jahre leidenschaftlich proklamierte Forderung nach einer Revision der Grenze sofort und restlos verschwinden. Nicht nur in öffentlichen Verlautbarungen, sondern auch auf den zahlreichen Volksgruppenveranstaltungen und selbst in geschlossenen Amtswalterbesprechungen konnte von jetzt ab keinerlei Diskussion über die Grenze geduldet werden.
- b) Die militärische und politische Lage verlangte unbedingte Ruhe und Ordnung im Grenzgebiet. Trotz des psychologischen Auftriebs, den die Volksgruppe durch die Besetzung erhielt, war weitgehende Mässigung im Volkstumskampf eine Pflicht, die selbst die bisherigen Abwehrparolen nicht mehr im vollen Umfange zulassen konnte.
- c) Für jede *politische* Tätigkeit der Volksgruppenführung mussten künftig die Richtlinien seitens der Führung der reichsdeutschen Grosspolitik abgewartet werden.

Diese drei Grundforderungen, die eine Revolutionierung der Gesamthaltung der Volksgruppe bedeuteten, waren nunmehr bei einer Volksgruppenführung durchzusetzen, die bis dahin eine sehr selbständige Politik ohne Tuchfühlung mit dem Konsulat und ohne massgeblichen Einfluss seitens der Volksdeutschen Mittelstelle geführt hatte. Zunächst war es nötig, den Kreis der Volksgruppenführung bis zum letzten höheren Amtswalter auf das neue Geleise umzustellen, um alsdann durch sie die Volksgruppe in ihrer Gesamtheit nach den neuen Zielen ausrichten zu lassen. Die Wege, die ich einschlug, sind mannigfacher Art und hier nicht weiter von Bedeutung. Ich wählte u. a. den unmittelbaren Weg des persönlichen Kontaktes mit allen Amtswaltern in allen fünf Kreisen Nordschleswigs. Bei diesen Gelegenheiten, vor allem aber bei vielen in kürzeren Zeitabständen in meinem Hause stattfindenden grösseren und kleineren gesellschaftlichen Zusammenkünften der Amtswalter, bei Besuchen fast aller grösseren volksdeutschen Veranstaltungen in Nordschleswig usw., ergab sich sehr bald, dass bei der sturen Eigenwilligkeit des hiesigen Volksschlags nur mit Ausdauer und grosser Geduld langsam eine Wandlung durchzusetzen war. Fast ein Jahr haben Konsulat, Gesandtschaft und auch Volksdeutsche Mittelstelle sich bemühen müssen, bis wenigstens die Amtswalter, von der Notwendigkeit der neuen Richtlinien völlig und ausnahmslos überzeugt und imstande waren, eine neue Volksgruppenpolitik ihren Volksgruppenangehörigen auf den Veranstaltungen zu predigen, sodass im Jahre 1941 die erwünschte innere Neuausrichtung der Volksgruppe im Grossen und Ganzen erreicht war.

Während dieser Bemühungen war bald spürbar, dass der Volksgruppe, die zu ihren bisherigen Lieblingsthemen nunmehr schweigen sollte, neue Parolen gegeben werden mussten, da ein auf Kampf eingestellter Organismus ohne aktive Bewegung auf die Dauer zum Krebsgang verurteilt ist und verkümmern muss. Rechtzeitige Überlegungen zusammen mit der Gesandtschaft und Vertretern der Volksdeutschen Mittelstelle führten dazu

- a) als besonders wichtige Zukunftsaufgabe die innere Festigung des Deutschtums im nationalsozialistischen Geist und den weiteren Ausbau volksdeutscher Positionen auf allen Gebieten zu proklamieren, während ausserdem
- b) die Volksgruppenführung von sich aus als weitere neuere Parole den „Dienst am Deutschen Volk“ in den Vordergrund stellte.

Diese von der Volksgruppe mit grosser Aktivität befolgten Richtlinien führten zu recht bedeutsamen geistigen und organisatorischen Wandlungen. Die Konzentration und Anspannung aller Volkstumskräfte erzielte eine gewaltige Neu- und Umorganisation des Volkstumslebens auf allen Lebensgebieten im Sinne einer völligen Angleichung an den Geist und die Lebensformen des nationalsozialistischen Reiches. Mit dieser inneren und organisatorischen Umprägung gingen zahlreiche Schulgründungen und Schulbauten, die Errichtung neuer Kindergärten u.a. sowie die Erfassung und Betreuung verschütteten Deutschtums und zahlreicher „Unentschiedener“ (schwebendes Volkstum) Hand in Hand. Der zur moralischen Pflicht erhobene „Dienst am Deutschen Volk“ hatte die Einordnung sämtlicher Belange unter das gesamtdeutsche Schicksal zur Folge und wirkte sich aus in der Gestellung von bisher ca 1500 Kriegsfreiwilligen sowie von mehreren tausend Arbeitern für Fliegerhorste, Bauplätze der Wehrmacht und sonstige wehrwirtschaftlich wichtige Betriebe. Ähnlich wurden die Arbeiten der Landesbauernschaft und der in den „Deutschen Berufsgruppen“ organisierten wirtschaftlichen Kreise auf die Erfordernisse der Versorgungslage des Reiches bzw. auf die Notwendigkeiten deutscher Kriegswirtschaft ausgerichtet. Als weitere Hilfsdienste entstanden eine laufende Verwundetenbetreuung in einem reichsdeutschen Grenzlazarett, eine eigene Wehrmachtsverpflegungsstelle im Bahnhof Fredericia, die Aufnahme von jährlich mehreren Tausend reichsdeutschen NSV Kindern, zahlreiche Spenden wie Woll-, Metall-, Geschirr- und Porzellanspenden usw.

Hatte somit die Volksgruppe aufgrund der neuen Parolen ein gewaltiges neues Betätigungsfeld gefunden und mit grosser Begeisterung unerhörte Aktivität entfaltet, so war damit dennoch den politisch interessierten Amtswaltern und Volksgruppenangehörigen kein hinreichender Ersatz gegeben für die wegfallende Grenzrevisionsforderung, deren frühere Erörterung eine laufende Beschäftigung mit ausgesprochen politischen Angelegenheiten und einen Betätigungsdrang auf politischem Gebiet herbeigeführt hatte. Es leuchtet ein, dass Versammlungsreden und Zeitungsartikel eine Volksgruppe, die sich bisher zwar mit Grenzpolitik aber jedenfalls mit Politik befasst hatte, nicht befriedigten, wenn nicht ausser den Tageserscheinungen der Volkstumsarbeit auch politische Dinge berührt werden konnten. Es hätte nahe gelegen, die politische Idee der grossgermanischen Einheit zu behandeln. Aber diese wurde *damals noch* in den breiten Schichten des Deutschtums als „blonder Fimmel“ sehr abgelehnt, wohl weil man sie als den stärksten Feind einer Grenzrevision ansah. Um das durch die Zurückstellung der bisher üblichen politischen Erörterung entstehende Vacuum auszufüllen und der politisch nun einmal ausserordentlich interessierten Volksgruppe ein Ventil zu geben, wurden ihr nachträglich kleine politische Aufgaben genehmigt, die sie sich in ihrer „Zwangslage“ nach und nach selbstständig gegeben hatte. — Es war z.B. aussenpolitisch nichts dagegen einzuwenden, wenn man sich in der ersten Zeitperiode öffentlich als *Wächter deutscher Ehre* mit Herabsetzungen des Führers, des Reiches, der Wehrmacht, des Hakenkreuzes, der nationalsozialistischen Weltanschauung usw. auseinandersetzte, die im nachbarschaftlichen Gemeinschaftsleben noch vielfach beobachtet werden konnten. Hier war die Volksgruppe eine wertvolle Hilfe und Unterstützung für die Gesandtschaft. — Aus dieser politischen Abwehrfunktion wurde allmählich *eine Art von negativer Nordenpolitik*, d.h. eine offizielle Rede- und Pressetätigkeit mit dem Ziele, unversöhnliche Gegner einer grosspolitischen Verständigung und geistige Saboteure am deutsch-dänischen Verhältnis anzuprangern und nach Möglichkeit durch deutsche Einwirkung kaltstellen zu lassen. Das gesamte innerdänische Leben in der Öffentlichkeit und „hinter verschlossenen Türen“ wurde mittels eines nicht schlecht organisierten Nach-

richtendienstes vom Scheinwerferlicht volksdeutscher Kritik erfasst und scharfe öffentliche Anklage gegen die negative Haltung in Presse, Schule, Jugendorganisationen, Kirche pp. erhoben. Es muss anerkannt werden, dass die Anklagen oft berechtigt waren und vielfach der Reichsvertretung das Material lieferten, bei der dänischen Regierung mit Erfolg Massnahmen zur Abstellung verschiedener unhaltbarer Verhältnisse durchzusetzen. Andererseits erhielt aber die dänische Bevölkerung, die sich begrifflicher Weise tüchtig wehrte, so stark den Eindruck einer volksdeutschen Einmischung in innerpolitische dänische Vorgänge, dass die Gesandtschaft und das Konsulat immer wieder die Volksgruppenführung belehren, ermahnen und vielfach auch sehr deutlich bremsen mussten. — Die dänische Erregung steigerte sich, als man schliesslich volksdeutscherseits dazu überging, mit der Herausstellung des Negativen *Vorschläge für die politische Neuorientierung Dänemarks* zu verbinden. Nunmehr wurden neben einer Kritik der dänischen Nordenpolitik, des Skandinavismus und anderer aussenpolitischer Glaubenssätze „Ratschläge“ für die dänische Einordnung in den gesamteuropäischen Raum gegeben sowie Forderungen auf aktive Mitarbeit am Neuordnungsprozess Europas gestellt. Selbst die Probleme Finnland und Schweden fehlten nicht in solchen Erörterungen, die nicht nur in der Presse, sondern auf allen grösseren Volkstumsveranstaltungen in allen Kreisen Nordschleswigs von den meisten Volksgruppenrednern gebracht wurden. Die Volksgruppe stellte sich auf diese Weise sehr stark in das politische System des europäischen Neubaus. Sie gab sich selbst die Verpflichtung, als aktiver Teil an der Schaffung der europäischen Völkergemeinschaft mitzuarbeiten. Wenngleich ein solcher Glaube an eine grosspolitische Mission zweifellos das Deutschtum zu einer fruchtbaren Mittlerrolle erheben konnte, wirkten die volksdeutschen Bemühungen auf die Dänen, die immer den „drohenden Zeigefinger“ sehen wollten, wie Schulmeisterei und erregten sehr viel Ärgernis. Dänischerseits wies man in der Presse immer wieder bis heute u. a. darauf hin, dass die Volksgruppe ihre Befugnisse weit überschreite und selbst offizielle reichsdeutsche Erklärungen sowie reichsdeutsche Pressestimmen die politischen Vorgänge in Dänemark ganz anders, zumindest mit mehr Zurückhaltung, psychologischem Verständnis und Taktgefühl beurteilten — was in der Tat zutrifft. Fest steht jedenfalls, dass durch die volksdeutsche politische Betätigung, wenngleich auch von besten Idealen getragen, und durch ihre Auswirkungen auf dänischer Seite das Spannungsverhältnis im Grenzland nicht gemildert — nach dänischer Ansicht wesentlich verschärft wurde. Ob ein solches Ergebnis darauf zurückzuführen ist, dass das dänische Volk sich Belehrungen usw. anstatt von fremden lieber von eigenen Männern, auf keinen Fall aber von seinen Grenzkampfgegnern geben lässt, möchte ich nur andeuten. Vielleicht folgen die Dänen in dem alten psychologischen Gesetz, wenn sie aufgrund der gegebenen Verhältnisse den volksdeutschen Lehrmeister als schulmeisterlich empfinden und daher ablehnen. Allzu tragisch braucht man volksdeutscherseits diese ablehnende Reaktion nicht zu nehmen, denn es ist anzunehmen, dass die politische Gesamthaltung des dänischen Volkes, die auf verschiedensten hier nicht näher zu erörternden Überlegungen beruht, auch bei eisigem Schweigen der Volksgruppe wohl kaum besser sein würde. Die Volksgruppe setzt daher auch unbeirrt ihren Weg fort; ja — sie hat ihre politische Sendung noch nie so ernst genommen wie im Augenblick. Nordschleswig und zwar in erster Linie *das nordschleswigsche Deutschtum sei die Brücke*, so erklärt man, *über die allein die neue Weltanschauung und die grossgermanische Idee in das dänische Volk getragen werden könne*. Die Volksgruppe sei *das Sturmbataillon für die Gewinnung des Nordens und Treuhänder der grossgermanischen Politik des Reiches*. Durch das politische Programm der grossgermanischen Idee, das die Volksgruppenführung seit kurzem weitgehend übernommen hat, glaubt das Deutschtum (besser: die Amtswalterschaft) eine wesentliche und wertvolle Hilfe zur Durchführung der deutschen Reichspolitik zu leisten. Eine solch starke politische Einschaltung der Volksgruppe in unsere grosspolitischen Ziele erscheint ungewöhnlich und ist wahrscheinlich einmalig. Das enge kameradschaftliche Verhältnis zwischen dem Herrn Reichsbevollmächtigten und dem Volksgruppenführer dürfte eine Gewähr dafür bieten, dass bei den mehr gefühls- als vernunftmässig motivierten politischen Methoden Dr. Möllers aussenpolitische Unannehmlichkeiten nicht zu befürchten sind. — Ob die von mir in einzelnen Entwicklungsphasen skizzierte grosspolitische Betätigung, die mehr und mehr *erstrangig geworden* zu sein scheint, eine gewisse Vernachlässigung der „echten“ volkstumsmässigen Aufgabengebiete (Vergrösserung der

Besucherzahlen in Schulen und Kindergärten, Leergebietsvorstösse und dgl.) zur Folge haben kann, ist meine Befürchtung, mag aber die kommende Zeit beweisen. Schon jetzt dürfte vorausszusehen sein, dass die einheitliche Stosskraft der Volksgruppe geschwächt wird, da ein nicht geringer Teil des Deutschtums die Notwendigkeit einer hundertprozentigen grosspolitischen Schwenkung und einer Verlagerung der Schwerkraft auf dieses Gebiet nicht einsehen kann.

Abschliessend sei erwähnt, dass das Aufgehen in die grossgermanische Sendung keineswegs jegliche Vertretung volksdeutscher Sonderinteressen ausgeschlossen hat. Im Gegenteil! Nach *innen* d.h. gegenüber ihrer Gefolgschaft hat die Volksgruppenführung auf dem Wege der Schulung ihrer Parteigenossen dem Volkstumsringen eine neue Deutung gegeben: nämlich als *Kampf um die Führung in der Heimat*. Die Führung werde, so heisst es, dem zufallen, dessen völkische Kraft und Leistung die grösste sei. Im Kampf um die Führung entscheide die Stärke und nicht die Zahl. Die stärkste völkische Gemeinschaft Nordschleswigs aber sei die Volksgruppe. Darum erwache dem Deutschtum *das Recht der Führung in der Heimat*. — Auf dieser Basis fand die Volksgruppe auch erstmalig eine loyale Haltung zu Fritz Clausen und zwar folgendermassen:

Bekanntlich ist die Entwicklung der Haltung der Volksgruppe zu den dänischen Nationalsozialisten recht bemerkenswert. Bereits im Jahre 1940 wurde das Deutschtum angewiesen, eine korrekte Haltung gegenüber Fritz Clausen und seinen Anhängern einzunehmen, jedoch in der Volkstumsarbeit getrennt zu marschieren. Es hat lange gedauert, bis dieser Forderung entsprochen wurde. Seitens der Volksgruppenführung wurde Fritz Clausen innerlich abgelehnt und er bzw. seine Mitarbeiter und teils auch seine Arbeit in Amtswaltertagungen scharfer Kritik unterzogen. Es mag sein, dass hierbei das Gefühl mitgespielt hat, bei einem gemeinsamen Marschieren in weiter Zukunft rein volkstums-mässig die bisherigen Positionen (Schule usw.) nicht ganz halten zu können. Vielleicht sprach auch die Sorge mit, dass ein Teil der deutschen Nationalsozialisten sich um Fritz Clausen sammeln könnte. Erst nach längerer Zeit fand man die Lösung und zwar auf der Grundlage der Feststellung der unmittelbaren Zugehörigkeit zum Führervolk. Ein Mitglied des Führervolkes, so argumentierte man, brauche sich nicht einzuordnen in die Reihen eines (dän.) Volkes, das in deutscher Gefolgschaft marschiere. Der Volksdeutsche brauche nicht eine Mittelsperson — den Führer eines anderen Volkes (Fritz Clausen) — zwischen sich und seinem Führer Adolf Hitler einzuschieben. Die germanischen nationalsozialistischen Völkergemeinschaften stünden nicht gleichberechtigt nebeneinander, sondern unter der kameradschaftlichen Führung des deutschen Nationalsozialismus. Kurzum: Der Volksdeutsche bedürfe nicht des Umweges über Fritz Clausen und den Dannebrog. Gleichzeitig appellierte man an den Stolz des Deutschtums auf seine Zugehörigkeit zur völkischen Gefolgschaft Adolf Hitlers und zum grossdeutschen Reich. Auf diese Weise hatte man eine Formulierung für die Abgrenzung der beiden nationalsozialistischen Lager gefunden und arbeitete nunmehr lange Zeit tolerant nebeneinander, wenngleich auch kühlen Herzens. Das wurde anders, als die grosspolitische Arbeit der Volksgruppenführung den obengeschilderten Höhepunkt erreichte, d.h. als bei der grossgermanischen Propaganda auch eine Überprüfung des Verhältnisses zu Fritz Clausen notwendig wurde. Den äusserlichen Anstoss hierfür erhielt der Volksgruppenführer gelegentlich des feierlichen Einzuges des „Frikorps Danmark“ in Kopenhagen, dessen Männer in ihrer germanischen Haltung auf Dr. Möller einen tiefen Eindruck hinterliessen. Seitdem ist eine kameradschaftliche Linie zu den dänischen Nationalsozialisten gefunden worden, die sich zwar in den Spitzen der beiden Bewegungen persönlich noch nicht weiter auswirkt, aber in einzelnen Orten bei Veranstaltungen verschiedentlich schon gute Früchte getragen hat.

*Apenrade, im Dezember 1942.*

gez. Lanwer.

## 100.

**Dr. Best til statsminister Scavenius angående dr. Möllers ansættelse  
som overdyrlæge.**

12. jan. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES  
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 12.1.1943.

An Seine Exzellenz  
Herrn Staatsminister Erik von Scavenius,  
Kopenhagen.

*Exzellenz,*

Nach Eingang Ihres Schreibens vom 28.12.42. betreffend Herrn Dr. Möller in Gravenstein habe ich Herrn Dr. Möller zu einer Besprechung der Angelegenheit hierher gebeten.

Herr Dr. Möller hat von dem Inhalt Ihres Schreibens und von dem Memorandum des Landwirtschaftsministeriums Kenntnis genommen.

Leider sieht sich Herr Dr. Möller nicht in der Lage, die Argumente des Landwirtschaftsministeriums anzuerkennen. Er glaubt, in der ihm zuteil gewordenen Behandlung die Auswirkung einer bestimmten politischen Einstellung gegenüber den Volksdeutschen in Nordschleswig und gegenüber ihm als dem Volksgruppenführer erkennen zu müssen. Insbesondere den Hinweis des Landwirtschaftsministeriums, dass er sich durch sein Verbleiben in Nordschleswig seine tierärztliche Karriere selbst verdorben habe, fasst Dr. Möller dahin auf, dass man ihn aus politischen Gründen gern aus Nordschleswig habe entfernen wollen und ihm nun beruflich entgelten lasse, dass er für die deutsche Volksgruppe politisch tätig war.

Ob diese Auffassungen des Herrn Dr. Möller in allen Teilen berechtigt sind, braucht nach meiner Auffassung nicht zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen uns gemacht zu werden. Denn diese Auffassung beherrscht tatsächlich die ungeteilte Meinung der gesamten deutschen Volksgruppe und ist damit ein politisches Faktum, von dem wir in der Erwägung unserer Massnahmen auszugehen haben. Dr. Möller hat mir angekündigt, dass die Stimmung in der Volksgruppe ihn zwingen werde, in Kürze öffentlich zu dieser — wie er es nannte — Brüskierung der Volksgruppe Stellung zu nehmen. Dieser Vorgang wird selbstverständlich über die dänisch-deutsche Grenze hinaus Beachtung finden und vielleicht in der mit hoher Nervenspannung geladenen Atmosphäre von Berlin Rückwirkungen auslösen, die über die Bedeutung einer Obertierarzt-Stelle weit hinausgehen würden.

Ich bitte Sie deshalb, nochmals zu prüfen, ob nicht eine Lösung gefunden werden kann, die uns unnötige Auswirkungen dieses konkreten Falles erspart. Dem Landwirtschaftsministerium dürfte es nach meiner Meinung nicht so schwer fallen, einem Abgeordneten des dänischen Reichstags, der in den letzten Jahren stets eine vernünftige und den Interessen Dänemarks nützliche Politik gefördert hat, einmal ein aussergewöhnliches Entgegenkommen zu erweisen, um sein politisches Prestige zu schonen und die dänisch-deutsche Politik vor unnötigen Erschütterungen zu bewahren.

Mit ergebensten Grüßen

gez. Best.

## 101.

**Det tyske gesandtskab sender udenrigsministeriet i Berlin et referat af  
Kasslers udtalelse på mødet i det tyske udenrigsministerium  
(med bilag).**

19. jan. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
REICHES IN DÄNEMARK

*Kopenhagen, den 19. Januar 1943.*

*I C/Tgb.Nr.16/43*

*Betr.:* Zusammenfassung der Ausführungen  
des Gesandtschaftsrats Dr. Kassler bei  
der Besprechung der Volkstumsrefe-  
renten im Auswärtigen Amt.

— 2 Durchschläge —  
1 Anlage (dreifach).

*An das  
Auswärtige Amt,  
Berlin.*

In der Anlage wird weisungsgemäss eine Zusammenfassung der von dem Volkstumsreferenten Gesandtschaftsrat Dr. Kassler bei der Zusammenkunft der Volkstumsreferenten im Auswärtigen Amt am 17. Dezember v. Js. gemachten Ausführungen vorgelegt.

I. V.

**Barandon**

I. Im politischen Verhältnis des Reiches zu Dänemark spielt Nordschleswig eine nicht unwesentliche Rolle. Die Tatsache, dass Dänemark die Abtrennung Nordschlewigs in Verbindung mit dem Versailler Friedensdiktat erreichte, wirkt sich auch heute noch dahin aus, dass man sich auf dänischer Seite nicht von einer gewissen Furcht freimachen kann, Dänemark könnte eines Tages zur Rückgabe von Nordschleswig oder von Teilen desselben gezwungen werden. Die Dänen zeigen sich daher bei allen Nordschleswig betreffenden Fragen besonders empfindlich und verfolgen die deutsche Volksgruppenpolitik mit besonderer Wachsamkeit. Während der im Oktober v. Js. vorübergehend auftretenden politischen Spannung in den deutsch-dänischen Beziehungen war deshalb auch eine gewisse dänische Nervosität hinsichtlich Nordschlewigs festzustellen, während sich umgekehrt bei der deutschen Volksgruppe vielfach Gerüchte bildeten, die von einer Verwirklichung des alten Wunsches nach Grenzrevision und Heimkehr ins Reich sprachen.

II. Es kann nicht geleugnet werden, dass trotz der Aufgabe der Grenzrevisionsparole im politischen Leben der Volksgruppe der Wunsch nach einer Angliederung an das Reich im Herzen der meisten Volksdeutschen noch lebendig ist. Dies ist auch angesichts der historischen Entwicklung Schleswigs und des nach dem Weltkrieg 20 Jahre hindurch geführten Revisionskampfes der Volksgruppe kaum anders zu erwarten. Eine Gefährdung des politischen Programms der Volksgruppe, d.h. der nach der Besetzung Dänemarks gegebenen neuen Zielsetzung ist darin in keiner Weise zu erblicken, denn die unbedingte Autorität und das Vertrauen, das der Volksgruppenführer in allen Schichten der Volksgruppe genießt, sowie die innerhalb der Volksgruppe vorhandene Disziplin bieten die Gewähr dafür, dass die Volksgruppe in jeder Beziehung ihre Wünsche den politischen Interessen des Reiches unterordnet. Der Volksgruppenführer selbst hat erst kürzlich in einer bedeutungsvollen und staatsmännisch geschickten Rede, die er im Beisein des Reichsbevollmächtigten und des SS-Obergruppenführers Lorenz hielt, erneut hervorgehoben, dass die Aufgaben der Volksgruppe in der heutigen Zeit, in der es um den Zusammenschluss und

die Existenz der europäischen Völker ginge, weit über den engen Rahmen der Epoche nach dem Weltkrieg hinausgewachsen seien und andere Perspektiven erhalten hätten.

III. Eine besondere Note erhält die Volksgruppenarbeit in Nordschleswig durch den grossgermanischen Gedanken. Aus der Verbindung der eigentlichen Volkstumsarbeit mit der von der Volksgruppe zu leistenden Mitwirkung an der Erfüllung germanischer Aufgaben ergeben sich manche Probleme, die schon durch die Aufgabenstellung für die Volksgruppe gekennzeichnet werden. So hat die Volksgruppe Aufgaben, die sich zum Teil überschneiden, nämlich

1. Bewahrung und Ausbau der deutschen Positionen — zwangsläufig gegen das Dänentum gerichtet, das hinsichtlich aller Fragen des Grenzgebietes sowohl zentral wie im Grenzgebiet selbst sehr gut organisiert ist,
2. Brücke der Verständigung zu bilden vom Süden zum Norden hin und Zusammengehen mit den positiv ausgerichteten Kräften im dänischen Volk, insbesondere den dänischen Nationalsozialisten, mit dem Ziel einer weitgehenden inneren Annäherung beider Völker auf der Grundlage des gemeinsamen germanischen Blutes.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass bei der Volksgruppe im vorigen Sommer eine ernste Beunruhigung darüber entstand, dass zahlreiche volksdeutsche Freiwillige der Waffen-SS dem aus dänischen Freiwilligen gebildeten Freikorps Dänemark zugeteilt waren und unter dänischem Kommando und dänischer Flagge an der Ostfront gekämpft hatten, zum Teil auch gefallen waren. Auf die Vorstellungen des Volksgruppenführers hin, dass die Deutschen Nordschleswigs als Deutsche und unter deutschem Kommando kämpfen wollten, wurde vom Reichsführer-SS der Befehl erteilt, alle Volksdeutschen aus dänischen Freiwilligenverbänden herauszuziehen und sie ausschliesslich reichsdeutschen Verbänden der Waffen-SS zuzuteilen. Die Volksgruppe glaubte, diesen und anderen Vorgängen eine ernste Bedeutung beilegen zu müssen. Sie erklärte nämlich, aus einer Reihe von Anzeichen entnehmen zu müssen, dass man an massgeblicher Stelle im Reich den grossgermanischen Gedanken in Dänemark in der Weise verwirklicht sehen wolle, dass die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum vollkommen vor dem von Deutschen und Dänen in gleicher Weise abzulegenden Bekenntnis zur nationalsozialistischen germanischen Schicksalsgemeinschaft zurückzutreten habe. Der Volksgruppenführer befürchtete, dass die Volksgruppe mehr und mehr ihre geschlossene völkische Einheit aufzugeben habe, um sich mit denjenigen dänischen Kräften zu verschmelzen, deren Ziel es sei, das dänische Volk für die grossgermanische Idee zu gewinnen; das aber müsse letzten Endes Einordnung und Unterstellung der Volksgruppe unter die Führung der dänischen Nationalsozialisten bedeuten.

Der Volksgruppenführung ist auf diese Anfragen hin klargelegt worden, dass ihre Befürchtungen völlig unbegründet seien und man in keiner Weise daran denke, zugunsten grossgermanischer Ziele von der Volksgruppe Aufgabe des Deutschtums zu fordern, sondern dass im Gegenteil die Behauptung des Deutschtums immer erste Pflicht der Volksgruppe bleibe.

IV. An aktuellen Vorgängen innerhalb der Volksgruppe ist in erster Linie der dem Reichsbevollmächtigten vom Volksgruppenführer vorgetragene Wunsch hervorzuheben, man möge dänischerseits der Volksgruppe auf kulturellem Gebiet die Selbstverwaltung einräumen. Der Plan der Volksgruppe, der zunächst in grossen Zügen ausgearbeitet ist, geht dahin, dass die Volksgruppe ein eigenes Schulwesen erhält. Zu diesem Zweck sollen die volksdeutschen Kommunal Schulen in der örtlichen und mittleren Instanz aus dem staatlichen dänischen Schulwesen herausgegliedert werden und zusammen mit den volksdeutschen Privatschulen einem Schulamt der Volksgruppe unterstellt werden, das unmittelbar dem dänischen Kultusministerium untergeordnet wird. In ähnlicher Weise soll ein eigenes Kirchenwesen der Volksgruppe geschaffen werden. Die Volksgruppe erhebt dabei die Forderung, dass sowohl das Schulwesen wie das Kirchenwesen ausschliesslich vom dänischen Staat finanziert wird. Die Volksgruppe wünscht ferner für die Behandlung von volksdeutschen Angelegenheiten die Einrichtung einer Verbindungsstelle bei der dänischen Regierung in Kopenhagen. Die Behandlung dieser Fragen durch den Herrn Reichsbevollmächtigten ist noch nicht abgeschlossen.

*Kopenhagen, den 13. Januar 1943.*

## 103.

**Dr. Best til statsminister Scavenius angående dr. Møllers ansættelse  
som overdyrlæge.**

29. jan. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES  
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 29.1.1943.

*Seiner Exzellenz*

*Herrn Staatsminister Erik von Scavenius,  
Kopenhagen,  
Aussenministerium.*

*Exzellenz,*

Gestern hat Herr Dr. Møller aus Gravenstein die von Ihnen freundlicherweise veranlasste Aussprache mit Herrn Landwirtschaftsminister Bording gehabt.

Herr Dr. Møller hatte Gelegenheit, Herrn Minister Bording alle Tatsachen mitzuteilen, die dazu führen, dass der Fall des Herrn Dr. Møller von der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig als eine bedeutsame politische Angelegenheit angesehen wird.

Herr Minister Bording hat — wie mir Herr Dr. Møller mitteilte — die ihm vorgelegten Gesichtspunkte und Gründe durchaus eingesehen. Er stellt sich aber auf den Standpunkt, dass er im vorliegenden Fall formell richtig gehandelt habe und deshalb nur auf ein ausdrückliches Ersuchen von deutscher Seite die von ihm getroffenen Massnahmen abändern könne.

Ich wäre Ihnen, Exzellenz, deshalb dankbar, wenn Sie Herrn Minister Bording mitteilen wollten, dass ich, soweit er ein förmliches Ersuchen von deutscher Seite für erforderlich hält, dieses hiermit gestellt habe.

Ich betone nochmals, dass ich diesen Schritt nur tue, um zu verhüten, dass das dänisch-deutsche Verhältnis, in dem wir uns ja zur Zeit um viel wichtigere Probleme bemühen, nicht durch die Rückwirkung einer politischen Verstimmung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig unnötig belastet wird.

Mit ergebensten Grüßen

sign. **W. Best.**

## 105.

**Telegram fra et tysk møde i Haderslev til Scavenius angående krav om retsforfølgelse mod Rosent, Schülein og Warncke.**

14. feb. 1943.

DEN DANSKE STATSTELEGRAF

Telegram fra Haderslev, 14. Feb. 1943.

*Staatsminister Scavenius, Kopenhagen.  
Udenrigsministeriet.*

1000 zu einer Kundgebung in Hadersleben versammelte Deutsche fassten im Namen der Volksgruppe folgende Entschliessung zur Wahrung der Ehre unseres Volkes und der europäischen Frontkämpfer, und zur Erhaltung des heimatlichen Friedens fordern wir die Strafverfolgung des Lektors Rosent aus Apenrade, des Propsten Schülein, Lügumkloster, und des Pastors Warncke, Ullerup, und ihre Entfernung aus dem Grenzland.

**Dr. Möller,**  
Volksgruppenführer.

## 107.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dr. Möllers tale på mødet i Haderslev den 14. februar 1943.**

16. feb. 1943.

S/NSchl.

16. Februar 43.

*Inhalt:* Rede des Volksgruppenführers Dr. Möller am 15.2.d.J. in Hadersleben.<sup>1)</sup>

*An den  
Herrn Bevollmächtigten  
des Reiches  
Kopenhagen  
Dagmarhus.*

**Vertraulich!**

Ich darf wohl die letzte in Hadersleben gehaltene Rede des Volksgruppenführers, soweit sie in der Nordschleswigschen Zeitung veröffentlicht wurde, dort als bekannt voraussetzen. Von einem Angestellten des Konsulats, durch den ich die Veranstaltung beobachten liess, erfahre ich zusätzlich noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten:

- 1) Dr. Möller stellte sich voll und ganz hinter die bekanntlich zweimal wöchentlich erscheinenden Ausführungen der Rubrik „Unsere Stimme“. Er betonte, dass diese Rubrik die Stimme der Volksgruppenführung und der ganzen Volksgruppe sei.

- 2) Im Zusammenhang mit den scharfen Angriffen gegen den Propsten Schülein, Pastor Warncke und Lehrer Rosent erwähnte Dr. Möller, dass er über diese Fälle wiederholt mit dem Kirchen- bzw. Unterrichtsminister verhandelt und die Abberufung der drei Herren verlangt habe. Die Minister hätten ihm immer bedauernd erklärt, dass sie zu einem Eingreifen keine gesetzliche Handhabe hätten. Wörtlich fuhr Dr. Möller fort: „Das ist ein unhaltbarer Zustand, den wir uns nicht gefallen lassen wollen. In Zukunft verlange ich von jedem SK-Mann und jedem Parteigenossen, dass er solche Leute zur Rechenschaft zieht, falls die Regierung nicht von sich aus einschreitet.“ Dr. Möller wies darauf hin, dass das neue Ermächtigungsgesetz dem Staatsminister die Möglichkeit gebe, die dauernden Loyalitätserklärungen der Regierung durch Tatsachen zu beweisen. Aus diesem Grunde sei beschlossen worden, dem Herrn Staatsminister das bekannte Telegramm<sup>2)</sup> zu schicken.

Aus Gesprächen, die mein Vertrauensmann nach der Veranstaltung mit zahlreichen volksdeutschen Parteigenossen hatte, ist zu entnehmen, dass man diese Worte Dr. Möllers folgendermassen aufgefasst hat: „Wir wollen uns die Anpöbeleien nicht mehr gefallen lassen; wird einer frech, erhält er Prügel“.

- 3) Der Volksgruppenführer erzählte u. a. auch folgenden Vorfall.

„In einer Abendschule unterrichtete neben dänischen Lehrern auch ein deutscher Lehrer . . . . Nach dem Unterricht hörte der deutsche Lehrer im Treppenhaus ein Gespräch der beiden Dänen, die sich auf einem tiefer gelegenen Flur befanden:

A. Jetzt ist es bald aus mit den Deutschen, in einigen Monaten haben die Russen gesiegt.

B. Und was dann? Was geschieht dann mit den Deutschen hier im Lande?

A. 24 Stunden „Lovløshed“ (Gesetzlosigkeit) und das Problem wäre gelöst!

B. Könntest Du denn z. B. N. N. (den deutschen Lehrer) um die Ecke bringen?

A. (Nach einer kleinen Pause): Ja!!

Der deutsche Lehrer kam darauf die Treppe herunter und teilte den Herren mit, dass er ihr Gespräch gehört hätte. Darauf grosse Bestürzung und Entschuldigungen, es wäre nicht so gemeint, und er möge doch bitte aus der ganzen Sache nichts machen und vor allen Dingen nicht davon reden. Der deutsche Lehrer erklärte jedoch, er müsse den Fall dem Volksgruppenführer und dem dänischen Schulkonsulenten melden“.

Im Anschluss an diese Schilderung forderte Dr. Möller jeden volksdeutschen Mann auf, sich am Zeitfreiwilligendienst zu beteiligen, „da es unter den gegebenen Umständen ein sehr beruhigendes Gefühl wäre, eine Knarre in der Hand zu haben“.

Es ist überflüssig zu erwähnen, dass die ca. 800 Teilnehmer der Versammlung den Ausführungen des Volksgruppenführers mit grosser Empörung und Erregung über die mitgeteilten Vorfälle folgten und die angekündigten Massnahmen mit grossem Beifall begleiteten. An der Veranstaltung, die an sich eine lokale Kreisversammlung war, haben teilgenommen: Organisationsleiter und SK-Führer Oberleutnant Larsen, Volksgruppenschatzwart Petersen, Assessor Stehr, Landesschulungsleiter Jürgensen und Schulrat Elholm.

L[anwer].

<sup>1)</sup> Talen blev i virkeligheden holdt d. 14. februar.

<sup>2)</sup> Se A. nr. 105.

## 108.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående dr. Möllers tale i  
Haderslev.**

**23. feb. 1943.**

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
REICHES IN DÄNEMARK

*Kopenhagen, den 23.2.1943.*

*I C/Tgb.Nr.105/43.*

*Betr.: Rede des Volksgruppenführers Dr. Möller  
in Hadersleben, Resolution betr. Absetzung  
zweier dänischer Pastoren.*

— 2 Durchschläge —

*An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.*

Der Volksgruppenführer Dr. Möller hielt am 14.2. in Hadersleben bei einer Veranstaltung der NSDAP Nordschleswig, an der etwa 1000 Volksdeutsche teilnahmen, eine Rede, in der er einen Überblick über die Kriegsaufgaben der Volksgruppe gab und die Volksgruppe aufforderte, ihren Kriegseinsatz auf allen Gebieten zu verstärken. U.a. kündigte Dr. Möller an, dass über die bisher von der Werbung der Waffen-SS erfassten Jahrgänge hinaus demnächst auch der Jahrgang 1924 aufgerufen würde, sich zur Musterung zu melden. In seiner Rede ging Dr. Möller auch auf die in letzter Zeit von der volksdeutschen und dänischen Grenzpresse geführte Polemik über grundsätzliche Fragen des Verhältnisses der Volksgruppe zum Dänentum ein und wies den von dänischer Seite erhobenen Vorwurf zurück, die Volksgruppe betreibe eine Politik der Isolierung. Es sei unverständlich, erklärte Dr. Möller, wie man von einer Isolierung der Volksgruppe sprechen könne in einer Zeit, in der die Volksdeutschen zusammen mit ihren dänischen Kameraden an der Ostfront um die Erhaltung der gemeinsamen Kulturgüter der abendländischen Welt kämpften.

Ein wesentliches Moment der Rede bildeten ferner die scharfen Angriffe des Volksgruppenführers gegen die vielfach in Schulen und Kirchen Nordschleswigs zu beobachtende Stimmungsmache gegen das Deutschtum. Insbesondere wandte sich Dr. Möller gegen zwei dänische Pastoren, die kürzlich beleidigende Äusserungen über die volksdeutschen und dänischen Freiwilligen gemacht haben. Der grossen Empörung, die dadurch bei der Volksgruppe entstanden ist, wurde am Schluss der Kundgebung durch ein Telegramm an den Staatsminister Ausdruck gegeben, in dem die Strafverfolgung und Entfernung der Pastoren aus dem Grenzgebiet gefordert wird. Dieses Verlangen brachte Dr. Möller auch mündlich dem Staatsminister gegenüber in einer Unterredung zum Ausdruck, die er nach vorheriger Fühlungnahme mit mir am 17.2. mit dem Staatsminister hatte. Die erwähnten Fälle waren vorher mit mir erörtert worden; ich habe mit Dr. Möller vereinbart, dass die Angelegenheit zunächst unmittelbar zwischen ihm und dem dänischen Staats- bzw. Kirchenministerium weiter verfolgt wird.

**W. Best.**

## 109.

**Dr. Møller til det danske udenrigsministerium angående Schülein og Warncke.**

3. marts 1943.

DER VOLKSGRUPPENFØHRER

Apenrade, den 3. März 1943.

St/B.<sup>1)</sup>

*Betrifft:* Geistige Sabotage im nordschleswigschen Grenzland.

*Bezug:* Telegramm vom 14. Februar 1943.

*Herrn*

*Staatsminister Scavenius.*

*Sehr geehrter Herr Scavenius!*

Unter Bezugnahme auf die in dieser Angelegenheit bereits stattgefundene Besprechung<sup>2)</sup> weise ich darauf hin, dass das Verhalten des Propsten Schülein in Lügumkloster und des Pastors Warncke in Ullerup eine tiefgreifende Erregung und Beunruhigung der deutschen Volksgruppe ausgelöst hat. Dabei darf ich hier ganz besonders unterstreichen, dass die Volksgruppe ihre ganze Arbeit seit Beginn des Krieges unter die Parole: Dienst am Volk — Dienst an der europäischen Neuordnung! abgestellt hat. Mit dieser Ausrichtung auf die Erfordernisse des europäischen Schicksalskampfes dient sie praktisch zugleich der Zukunft des dänischen Volkes und liegt in der Linie der Regierungserklärung vom November 1942, welche den Ausbau der deutsch-dänischen Zusammenarbeit als Hauptaufgabe herausstellt und die Schicksalsgemeinschaft unseres Kontinents als Verpflichtung des dänischen Volkes charakterisiert. Umso weniger sieht sich die Volksgruppe in der Lage, eine Verletzung der Ehre der kämpfenden Front und insbesondere der volksdeutschen und dänischen Freiwilligen einfach hinzunehmen. Gerade diese Freiwilligen sind unter Einsatz ihres Lebens Träger der deutsch-dänischen Zukunft. Sie sind diejenigen, die aus der bolschewistischen Gefahr die letzte Konsequenz gezogen haben. Ein Angriff auf ihre Ehre bedeutet zugleich ein Angriff gegen die offizielle Politik Dänemarks und ein Vorstoss gegen die Bestrebungen, die sowohl im Gesetz vom 22. August 1941, als auch im Antikominternpakt zum Ausdruck gekommen sind. Die Volksgruppe ist der Auffassung, dass solchen Ehrverletzungen, die als geistige Sabotage zu charakterisieren sind, im Interesse der Befriedung der Verhältnisse im Grenzland und der deutsch-dänischen Zusammenarbeit mit allen Mitteln entgegengetreten werden muss.

Der telegraphischen Eingabe vom 15. Februar 1943 liegt im übrigen hinsichtlich der Pastoren Schülein und Warncke folgender Sachverhalt zugrunde:

1. *Fall Schülein.*

Propst Schülein, Lügumkloster, lehnte es ab, für die beiden gefallenen dänischen Freiwilligen Martin Johansen aus Ellum und Niels Johansen aus Visberg, die — soweit hier bekannt — beide der dänischen Volkskirche angehören, einen Trauergottesdienst abzuhalten. Der Antrag wurde dem Propsten von dem Bauern Martin Johansen, Ellum, im Auftrage der Eltern des verstorbenen Martin Johansen vorgelegt. Mit Rücksicht darauf, dass Martin Johansen vom Propsten konfirmiert worden ist, erklärte er sich schliesslich bereit, ihn in das Kirchengebet miteinzubeziehen. Als Martin Johansen daraufhin darauf bestand, dass auch Niels Johansen miteinbezogen werde, lehnte der Propst alles ab. Dabei gab er zur Begründung an, Martin Johansen sei immerhin im Lazarett eines natürlichen Todes nach seiner Verwundung gestorben, Niels Johansen sei aber an der Front gefallen

und er, der Propst, könne ja nicht wissen, ob Johansen von vorne oder hinten erschossen sei, oder sich selbst erschossen habe. Ausserdem erklärte er, dass er in Zukunft vor einer leeren Kirche stehen würde, wenn er den Gottesdienst abhalte, denn seine Gemeinde werde das nicht dulden. Im Verlauf des Gesprächs gab er weiterhin seiner Meinung dahin Ausdruck, dass nach diesem Kriege nicht die Deutschen, sondern die Juden herrschen würden. Auf die Bemerkung des Bauern Martin Johansen, dass er aufgrund der Weigerung des Propsten die Trauerfeier abzuhalten, einen anderen Geistlichen suchen müsste, erklärte der Propst, dass sich in seiner Propstei niemand finden werde.

Beweis: Zeugnis des Bauern Martin Johansen, Ellum.

Die Angehörigen der Gefallenen wandten sich dann an den Geistlichen der nord-schleswigschen Gemeinde der schleswig-holsteinischen Landeskirche Pastor Ravn in Lügumkloster, der sich gleich bereit erklärte, den Gottesdienst auf dänisch abzuhalten. Jetzt machte aber der Propst Schülein Schwierigkeiten wegen der Benutzung der Kirche. Er lehnte es zunächst ab, von seiner Vollmacht, die Kirche für diesen Trauergottesdienst bereitzustellen, Gebrauch zu machen. Anfänglich erklärte er sogar, das Gesuch müsse erst über den Bischof an den Minister eingereicht werden. Als alle gesetzlichen Voraussetzungen für die Benutzung der Kirche — es waren inzwischen Unterschriften gesammelt worden — vorlagen, legte er die Sache dann noch dem Kirchengemeinderat vor.

Beweis für die Erschwerung der Kirchenbenutzung: Zeugnis des Pastors Ravn, Lügumkloster und des Arztes Dr. Reuter, Gravenstein.

Die Trauerfeier wurde dann schliesslich von Pastor Ravn durchgeführt. Der Bevölkerung Lügumklosters und der gesamten Volksgruppe hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, umsomehr als Propst Schülein seitdem noch weiterhin amtiert und irgendwelche Massnahmen, die in dieser Sache eingeleitet sein sollten, bisher nicht bekannt geworden sind. Schon die Teilnahme der 450 Personen an der Trauerfeier muss, abgesehen von der Ehrung der für die Zukunft Dänemarks Gefallenen, als Ausdruck des Protestes gegen das Verhalten von Propst Schülein gewertet werden.

## 2. Fall Warncke.

In dem Kirkeblad for Ullerup Sogn 'Nr. 9 des Jahrganges 1942 schreibt Pastor Warncke u. a. wie folgt: „Wie soll es unseren Kindern ergehen. Sollen Kinder, welche im Geist des Christentums und nach seinen Grundsätzen erzogen werden, die Möglichkeit zu einer Zukunft in dieser Welt erhalten, Seite an Seite mit einer Jugend, die durch Staatsgewalt zu Gottlosigkeit, kriegerischer Rohheit und Gesetzlosigkeit erzogen wird“.

Dieser Satz bezieht sich auf die deutsche Jugend und insbesondere auch auf die deutschen und dänischen Freiwilligen hier aus Nordschleswig, die unter Einsatz ihres Lebens zum Kampf gegen den Bolschewismus angetreten sind. Dass diese Veröffentlichung des Pastors Warncke ebenfalls eine starke Erregung innerhalb der Volksgruppe hervorgerufen hat, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein, umsomehr als auch in diesem Fall von irgendwelchen Massnahmen zur Erreichung eines wirksamen Schutzes der Ehre unserer Frontsoldaten nichts bekannt geworden ist.

Im Interesse des Schutzes der Ehre der kämpfenden Front und im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im nordschleswigschen Grenzland werden Sie, sehr geehrter Herr Scavenius, gebeten, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Dabei weisen wir darauf hin, dass eine weitere Verwendung dieser Beamten im nordschleswigschen Grenzland — angesichts der Schwere der Beleidigung — als eine ausserordentlich starke Belastung für die Volksgruppe empfunden wird und daher auch starke Spannungs- und Beruhigungsmomente zurücklassen würde.

Im übrigen bittet die Volksgruppe, bei der Prüfung des Sachverhalts u. a. auch den § 3 Ziff. 3 des Gesetzes vom 18. Januar 1941 (Lov om midlertidigt Tillæg til Borgerlig Straffelov), sowie das Ermächtigungsgesetz vom 11. November 1942 mitheranzuziehen. Nach diesem Gesetz dürfte die Regierung z. B. ermächtigt sein, aufgrund einer königlichen Anordnung diesen Pastoren die Auflage zu machen, sich in Zukunft jeder Amtshandlung zu enthalten, oder ihnen zu verbieten, solche vorzunehmen.

Unbeschadet der hier angezogenen Gesetze vertritt die Volksgruppe aber ganz allgemein die Auffassung, dass die Geistlichen Schülein und Warncke sich durch ihr Ver-

halten einer geistigen Sabotage und einer Unterminierung der offiziellen Politik der dänischen Regierung schuldig gemacht haben, und dass mit Rücksicht auf etwaige Auswirkungen ihres Verhaltens und im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ein umgehendes Einschreiten unbedingt geboten ist.

**Dr. Møller.**

- <sup>1)</sup> Som signaturen øverst til venstre viser, må brevet være konciperet eller dikteret af Rudolf Stehr.  
<sup>2)</sup> Denne samtale fandt sted d. 17. feb. 1943 mellem statsministeren og dr. Møller. Under samtalen blev også sagen vedr. lektor Rosent berørt. Det hedder i udenrigsministeriets referat herom: „For Lektor Rosents Vedkommende kunde der ikke ventes yderligere Materiale, og Sagen betragtedes for hans Vedkommende som henlagt“. Dagen før havde kontorchef H. J. Hansen haft en samtale med Kassler, der havde udtrykt sin forbavselse over, at Rosent var medtaget i telegrammet (A. nr. 105), og lod skinne igennem, at han hverken fandt dette påkrævet eller klogt.

## 114.

### Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående den tyske folkegruppes modtagelse af flygtninge fra Hamborg.

2. aug. 1943.

**Telegramm**  
(G-Schreiber)

København, den 2. August 1943 13.30 Uhr  
Ankomst: — 2. — — 14.30 —

Nr. 896 vom 2.8.43.

*CITISSIME!*

Der Führer der deutschen Volksgruppe Nordschleswig hat mir nach den schweren Luftangriffen auf Hamburg mitgeteilt, dass die Volksgruppe den Wunsch habe, bombengeschädigte Familien aus dem Reich bis zur Zahl von 1000—1500 Köpfen vorläufig aufzunehmen. Ich habe daraufhin bei der dänischen Regierung vorsorglich sichergestellt, dass auf Antrag das dänische Konsulat in Flensburg die für die Einreise nach Dänemark erforderlichen Visa ausstellen sollte, auch wenn die Antragsteller statt ordnungsmässiger Pässe nur behelfsmässige Ausweise der zuständigen deutschen Polizeibehörde vorlegen könnten. Diese Regelung habe ich über das Konsulat in Apenrade der Polizeidirektion in Flensburg mitteilen lassen, damit ggf. wegen der Dringlichkeit die erforderlichen behelfsmässigen Ausweise ausgestellt werden könnten. — Nunmehr habe ich vom Reichsaussenminister<sup>1)</sup> und der Reichsführer-SS<sup>1)</sup> hätten sich gegen die Ausreise bombengeschädigter Familien nach Dänemark ausgesprochen. Ich bitte, in dieser Angelegenheit unverzüglich eine authentische Entscheidung herbeizuführen, damit einerseits die Betroffenen, die auf eine Unterbringung bei der deutschen Volksgruppe rechnen, nicht unter der ungeklärten Lage zu leiden haben und damit ich andererseits der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig einen klaren Bescheid geben kann. Ich mache darauf aufmerksam, dass ein Verbot der Ausreise als grosse Härte insbesondere beim Vorliegen verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Beziehungen empfunden würde, und dass es darüber hinaus Anlass zu Vermutungen und Gerüchten geben würde, die aus politischen Gründen nicht erwünscht wären.

**Dr. Best.**

<sup>1)</sup> I marginen bemærkes: *so gekommen.*

## 115.

Uddrag af „Schulungsbrief der NSDAP Nordschleswig“ 2. række, nr. 9.  
[1943].

Schulungsbrief der NSDAP Nordschleswig.<sup>1)</sup>

2. Folge, Nr. 9

*Zwischen Winter und Sommer*

*Wo stehen wir?*

IV. Die Stellung der Volksgruppe.

Der *Kampf der Volksgruppe* galt von vornherein einem Ziel: die staatliche Wiedervereinigung mit Deutschland. In den ersten Jahren unserer Stellung als Deutsche ausserhalb der Grenzen wurde nur über dieses Ziel gesprochen. Es steht auch heute noch vor manchem deutschen Nordschleswiger, aber wir sprechen nicht mehr darüber. Wir haben längst erkannt, dass über diese Frage allein der Führer entscheidet, unsere eigenen kleinen Interessen den grossen Deutschlands auf alle Fälle untergeordnet sind. Trotzdem aber war der Kampf nicht vorbei. Zwei neue Zielsetzungen meldeten sich, und die Erreichung dieser Ziele lag in unserer Hand.

*Es galt zunächst dem Staat gegenüber die restlose Anerkennung unserer letzten und höchsten Verbundenheit mit unserm Volk durchzusetzen.* Ein Staat wird immer auf seine Rechte gegenüber einem fremden Volkstum pochen. Aus dieser Kluft zwischen den Ansprüchen des Staates und des Volkes einer Volksgruppe entstanden schon Spannungen vor dem ersten Weltkrieg. Sie mussten sich naturgemäss erheblich steigern, nachdem das Volk als erste und entscheidende Grösse in unserm völkischen Zeitalter immer mehr in den Vordergrund geschoben wurde. Auch in Nordschleswig haben wir diese Spannungen erlebt. Sie steigerten sich bis zur Unerträglichkeit in dem Augenblick, da Deutschland aufs neue zum Kampf für seine Existenz gezwungen wurde. Der deutsche Nordschleswiger sah seines Volkes Kampf als seinen Kampf und wünschte dementsprechend zu handeln. Der dänische Staat aber, dessen Bürger er war, blieb in dem grossen Entscheidungskampf neutral und verlangte auch die Neutralität seiner Bürger. Der deutsche Nordschleswiger, der auf Deutschlands Seite in den Kampf zog, handelte staatlich gesehen, illoyal, weil in dieser grossen Frage seines Lebens die Interessen des Volkes und Staates verschiedene Wege gingen. Wir sind uns über unsern Weg niemals im Unklaren gewesen, wir wählten den Weg des Volkes auch dann, wenn wir vorübergehend illoyale Staatsbürger wurden.

<sup>1)</sup> Skrevet af lærer Asmus Wilhelm Jürgensen, „Asmus von der Heide“.

## 117.

**Rimanns redegørelse for det tysk-danske grænsespørgsmål.**

21. marts 1946.

WALDEMAR RIMANN

*Aabenraa, 21.3.46***Deutsche Erörterungen über die Lösung des Nordschleswigschen Problems im Rahmen der Deutsch-Dänischen Beziehungen aus Anlass der Besetzung Dänemarks und danach.  
Gedächtnisaufzeichnung.**

Die Besetzung Dänemarks im Zuge der Deutschen Kriegsführung 1940 gab allen denjenigen Reichsinstanzen, die auf das Deutsch-Dänische Verhältnis einwirkten, aber insbesondere denjenigen, die mit den Fragen der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig befasst waren, erneut Anlass, das Problem Nordschleswig in den Bereich ihrer Erörterungen einzubeziehen.

Die landläufige allgemeine deutsche Ansicht zu diesem Problem war bis zum damaligen Zeitpunkt etwa die, dass das kleine am Weltkriege 1914/18 unbeteiligte Dänemark die Schwäche des Deutschen Reiches beim Kriegsende dazu ausgenutzt hatte, sich auf Kosten des Reiches einen Gebietszuwachs zu verschaffen, wobei ein beachtlicher Deutscher Bevölkerungsteil vom Mutterlande losgerissen, gänzlich unnatürliche Wirtschaftsverhältnisse der Stadt Flensburg geschaffen, das einheitliche Entwässerungsgebiet der Widau zerrissen, sowie weitere natürliche wirtschaftliche Beziehungen zerschnitten worden seien.

Die hervorragenden Vertreter dieser Ansicht fanden sich — ausser im VDA — in Schleswig-Holstein, wie überhaupt dort die Angelegenheit Nordschleswig als eine speziell schleswig-holsteinsche Frage angesehen wurde, bei welcher die Meinung anderer Personen und Dienststellen nicht gern als massgebend gelten gelassen wurde.

Als Folge der oben geschilderten Ansicht wurde in der gesamten Nachkriegszeit die Propaganda einer Grenzrevision als Wiedergutmachung geschehenen Unrechts zum selbstverständlichen Kernpunkt des ganzen Problems. Die dänische Boden- und Schulpolitik wurde hierbei zur Unterstützung herangezogen. Die Forderung einer Grenzrevision bildete auch einen selbstverständlichen Bestandteil der gesamten politischen Zielsetzung des nordschleswigschen Deutschtums.

Hierin trat auch 1933 keine Aenderung ein. Im Gegenteil, da das Programm der NSDAP die Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles und die Vereinigung aller Deutschen in einem Reiche als besondere Forderungen enthielt, war keine Veranlassung gegeben, den bisherigen Standpunkt einer Ueberprüfung zu unterziehen. Vollends nach 1938, nach der Angliederung der Ostmark, des Sudetenlandes, der Rückkehr des Memelgebietes, der Schaffung des Protektorates war in Nordschleswig die Meinung allgemein vertreten, dass eine ähnliche Lösung auch hier alsbaldigst in Betracht komme. Der Wahlkampf 1939 gibt hierfür die beste Bestätigung\*).

Es war daher natürlich, dass die Deutschen in Nordschleswig in dem ihnen völlig überraschend kommenden Einmarsch Deutscher Truppen am 9. April 1940 die Erfüllung aller derjenigen Hoffnungen und Wünsche sahen, die die vorhergegangene Revisionspropaganda in ihnen wachgehalten und geweckt hatte.

Seitens der offiziellen Reichspolitik sah die Sache anders aus. Die Herbeiführung eines engeren Verhältnisses, zum mindesten aber guter Beziehungen zu den drei nordischen Staaten war ein aufrichtiges Ziel des Reiches. Hinderlich war die fortschreitende Abkühlung aus weltanschaulichen Gründen und das Vorhandensein traditioneller wirtschaftlicher und

\*) Rimanns note hertil:

In Zusammenhang hiermit ist interessant, dass nach Ansicht Deutscher Kreise, die sich mit den anderen nordischen Ländern befassten, das weitere Offenlassen der nordschleswigschen Frage seitens dieser Länder als Hinderungsgrund angesehen werde, Dänemark in eine damals zur Erörterung stehende engere Verbindung dieser Länder, die ein positives Verhältnis zum Reich anstrebte, aufzunehmen.

kultureller Beziehungen aller drei Länder zu den Westmächten. Bei der Besetzung Dänemarks, das von sich aus keinen Anlass zu diesem Schritt gegeben hatte und in dessen politischer Konzeption die Nordschleswigfrage einen bedeutenden Raum einnahm, musste daher von vornherein Klarheit darüber geschaffen werden, dass die Zwangslage, in der sich beide Länder aus Gründen der Kriegsführung befanden, nicht dazu ausgenutzt werden sollte, die Nordschleswigfrage in dem Sinne zu lösen, wie dies die Deutschen diesseits und jenseits der Grenze hofften. Die seitens des Reiches gegenüber Dänemark abgegebene Erklärung hat daher die territoriale Integrität Dänemarks ausdrücklich festgestellt.

Der Volksdeutschen Mittelstelle, wie wohl den meisten zivilen und militärischen Dienststellen kam der Einmarsch in Dänemark und Norwegen völlig überraschend. Die Vorgänge, die sich aus Anlass des Einmarsches in Nordschleswig abspielten, wurden jedoch im Auswärtigen Amt, das damals noch eine sehr starke Stellung hatte, ausserordentlich missbilligend bemerkt, aber erst jetzt Anlass genommen, die Volksdeutsche Mittelstelle einzuschalten und den zuständigen Referenten zu beauftragen, die Deutsche Volksgruppe darüber zu unterrichten, dass ein Grenzrevision aufgrund der Erklärung des Führers an Dänemark nicht in Betracht komme. Diese Unterrichtung erfolgte am 12. oder 13. April durch Besprechungen mit Dr. Möller und durch einen Vortrag vor dessen engeren Mitarbeitern im Deutschen Haus in Apenrade.

Trotzdem wurde von nun an die Grenzfrage mehrfach erörtert. Von Seiten des Auswärtigen Amtes wurde im allgemeinen der Standpunkt vertreten, dass der entsprechende Satz der Führererklärung ein Aufrollen nicht mehr möglich mache. Trotzdem gab es auch hier einzelne Stimmen, die eine solche Möglichkeit noch für gegeben erachteten, jedoch den Zeitpunkt durch die Erklärung als bis nach dem Kriege verschoben ansahen. Diese Richtung behauptete, dass der Wortlaut des entsprechenden Satzes keinen endgültigen sondern nur einen augenblicklichen Verzicht bedeute und die Frage weiterhin offenlasse.

Sachlich wurde für eine Grenzrevision immer geltend gemacht, dass es sich hierbei — wie bereits oben erwähnt — um eine Forderung des Parteiprogrammes handele, und dass die Wiederherstellung der alten Reichsgrenze eine Selbstverständlichkeit sei. Der Hinweis, dass bereits 1866 im Punkt 5 des Vertrages zwischen Preussen und Oesterreich die Grenzfrage einer endgültigen Klärung aufgrund der Volkstumsverhältnisse vorbehalten wurde, wurde gelegentlich damit abgetan, dass die hierauf mehrfach geführten Verhandlungen wegen der durch Dänemark an den Tag gelegten Haltung bereits um die Jahrhundertwende gescheitert seien. Meistens wurde dieser Hinweis jedoch völlig unerwidert gelassen. Ueber die tatsächlichen Volkstumsverhältnisse waren die wenigsten Vertreter der unbedingten Revisionsforderung unterrichtet. Die Folgerung, dass das Reich bei Herstellung der alten Grenze eine beachtliche Dänische Volksgruppe hereinnehme, wurde in ihrer Tragweite nicht genügend gewürdigt. Dieses war aber gerade ein massgebender Gesichtspunkt des RFSS, der dies auch einmal gegenüber Obergruppenführer Lorenz und dem zuständigen Bearbeiter der Volksdeutschen Mittelstelle zum Ausdruck brachte. Als letztes Argument wurden immer die Belange der Stadt Flensburg ins Feld geführt, sowie darauf hingewiesen, dass die Reichsmarine auf die Dauer nicht auf die Nordseite der Föhrde verzichten könne.

Zum ersten Male mischten sich in die Debatte über Nordschleswig damals die Stimmen der Vertreter der grossgermanischen Bestrebungen. Diese waren grundsätzlich gegen jede Grenzrevision, weil sie darin eine unbillige Zumutung an die Dänischen Nationalsozialisten und eine zu grosse Belastung einer austretenden späteren nationalsozialistischen Regierung in Dänemark sahen. Die Durchführung des Parteiprogrammes — Vereinigung aller Deutschen in einem Reich — erschien auch angesichts eines Verzichts auf eine Grenzrevision durch Umsiedlung oder Verleihung des Reichsbürgerrechts an die Deutschen Nordschleswigs möglich.

Die Volksgruppe selber nahm verständlicherweise den Verzicht auf eine Grenzrevision nicht ohne weiteres hin. Es bedurfte einer beachtlichen Zeitspanne, bis die Führerschaft der NSDAPN von der Richtigkeit der Reichspolitik überzeugt war. Hierbei war der wesentliche Hinderungsgrund die Tatsache, dass die NSDAPN sich durch die bisherige Propaganda in diesem Punkte festgelegt hatte. Als nun der Volksgruppe nicht nur die Vermeidung von Reibungen mit dem Dänentum sondern sogar umgekehrt die Herstellung

eines positiven Verhältnisses 1940 als politische Aufgabe gestellt wurde, verschwand die Debatte über die Grenzfrage trotzdem nicht. Die sogenannte „neue Linie“ stiess nämlich auch im Reich bei den Vertretern der unbedingten Revisionsforderung und bei den Kreisen, die seit 1920 zu den tatkräftigen Unterstützern des nordschleswigschen Deutschtums gehört hatten, auf fast noch weniger Verständnis als bei der Mehrheit der Deutschen in Nordschleswig. Noch 1942 fand in Berlin eine Versammlung der „Butenschleswig-Holsteiner“ statt, in der stürmisch die Grenzrevision gefordert wurde. Alles, was für ein Festhalten an der Revisionsforderung sprach, wurde fast intensiver von aussen in die Volksgruppe hineingetragen als die tatkräftige Propaganda einer anderweitigen Regelung. Die Bereitwilligkeit, mit welcher im Frühjahr 1940 die nach dem 9. April auftauchenden Gerüchte über eine Rückgliederung aufgenommen wurden, ist hierfür der beste Beweis. Es ist auch verständlich, dass die Volksgruppe den insbesondere aus Schleswig-Holstein ihr stets erneut zugetragenen Hoffnungen Glauben schenkte, weil sie mit diesen Kreisen enger und länger verbunden war als mit dem nur wenigen Personen bekannten Mitarbeiter der Volksdeutschen Mittelstelle.

Man konnte sich in Nordschleswig nur schwer mit dem Gedanken vertraut machen, dass der bisherige Zustand beibehalten werden sollte. Eine Umsiedlung kam nach Lage der Dinge nicht in Betracht. Die Verleihung des Reichsbürgerrechts wiederum wurde nur ungerne in Erwägung gezogen, weil nach den damaligen Vorstellungen sich damit eine Erschwerung des Lebens in Dänemark verbinden musste und zunächst überhaupt der Verlust der Dänischen Staatsangehörigkeit eintrat. Diese wollte der einzelne Nordschleswiger stets beibehalten, wie die ersten Fälle zeigten, als Angehörige der Waffen-SS gedrängt wurden, ihre Einbürgerung ins Reich zu beantragen. Aus Anlass dieser Schwierigkeiten fand im Sommer 1940 ein Besuch des zuständigen Referenten der Volksdeutschen Mittelstelle beim I./Regt. Nordland in Klagenfurt statt, wo man sich darauf einigte, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Dieser Weigerung schlossen sich andere an, als die ersten Nordschleswiger bei Heer, Marine und Luftwaffe Offiziere werden sollten. Man konnte angesichts dieser Lage zwar darauf hinweisen, dass bei einem Siege Deutschlands sich die Deutsch-Dänischen Beziehungen ganz von allein so eng gestalten würden, dass das Vorhandensein der Grenze nicht mehr als störend empfunden werden würde und daher auch keine Bedenken bestehen könnten, als Deutscher Reichsbürger und gleichzeitig als Dänischer Staatsbürger nördlich der Reichsgrenze beheimatet zu sein. Aber diese Vorausschau auf weite Sicht vermochte die ablehnende Haltung nicht zu beseitigen, zumal auch noch erst eine Aenderung des Dänischen Staatsangehörigkeitsgesetzes erfolgen musste. Als daher ganz unerwartet der Erlass des Führers über den Erwerb der Reichsangehörigkeit beim Eintritt Deutschstämmiger in die Wehrmacht, Waffen-SS oder OT\*) erschien, trat, wie auch in den anderen Volksgruppen, in Nordschleswig ausgesprochene Bestürzung ein. Bei Abfassung der Durchführungsbestimmungen wurde Nordschleswig auch praktisch von diesem Erlass ausgenommen<sup>1)</sup>.

Mit der fortschreitenden Entwicklung in Dänemark trat auch die Grenzfrage in verschiedene Stadien der Erörterung. Während die einen nunmehr sagten, dass das Dänische Volk keine schonende Behandlung mehr verdiene, wurde demgegenüber von den anderen nicht nur an den bisherigen gegen eine Grenzrevision sprechenden Argumenten festgehalten, sondern auch noch auf die Frontkameradschaft beider Völker hingewiesen, die im Falle eines Sieges jede Kleinlichkeit in der Behandlung dieses heiklen Punktes verbiete. Der Einbau der Vertretung der Gesamtbelange der Volksgruppe in die Dänische Zentralverwaltung durch Errichtung des „Deutschen Kontors“ sollte die Volksgruppe aus dem Parteienkampf des Landes herauslösen, sie jedoch im Staat verankern und eine spätere Entwicklung vorbereiten, die ihr ein Leben im Dänischen Staate unter Vermeidung von Reibungen ermöglichte.

\*) Rimanns note hertil:

Der Anlass hierzu war folgender: nach Stalingrad schlossen sich zahlreiche Deutsche des rumänischen Heeres deutschen Verbänden an, mit denen sie den Rückzug mitmachten. Hieraus ergaben sich eine Reihe versorgungsrechtlicher Zweifelsfragen bei Tod, Verwundung usw. Um diese zu klären, wurde unter Umgehung aller sonstigen Stellen durch OKW und Parteikanzlei der Erlass dem Führer unmittelbar vorgelegt.

<sup>1)</sup> Se A. nr. 342—50.

## 122.

**Max Lorenz' redegørelse vedrørende det nordslesvigske spørgsmål og  
dr. Møllers forhold til det tyske udenrigsministerium.**

6. feb. 1949.

AABENRAA POLITIKAMMER

Kriminalpolitiet

Søndag, den 6. februar 1949.

**RAPPORT.**

Vedr.: sagen mod ledelsen af det tyske mindretal.

Vi undertegnede har e. o. indfundet os i Düsseldorf, hvor vi d. 6. februar har foretaget afhøring af den tidl. leder af „Kulturabteilung“ under „Ausw.Amt“: *Dr. Max Lorenz.*

Kpt. har derefter indvilget i på tysk til nærværende rapport at diktere:

Kult. A. hatte kulturelle Deutschtums Angelegenheiten. Mit dänischen Minderheitenfragen hatte es nicht viel Arbeit. Den deutsch-dänischen Grenz- und Minderheitenfragen massen wir im Ausw. Amt nicht die grosse Bedeutung bei, die ihnen sonst beigelegt wird, da die beide Völker nahe verwandt sind und ein ähnliches Schicksal haben.

Aus dem Jahre 1940 entsinne ich mich, dass ich mit Herrn v. Twardowsky eine interne Besprechung hatte, in der ich den Gesichtspunkt vertrat, dass man keine Unruhe in das deutsch-dänische Minderheitsgebiet durch Aufwerfung von Grenzfragen tragen sollte. Herr v. Twardowsky teilte meinen Standpunkt.

1940 tauchten Gerüchte auf, dass die deutsche Volksgruppe in Dänemark eventuell in das Reich umgesiedelt werden sollte, wie etwa die Deutschen aus dem Baltikum. Aus einer Sitzung bei Herrn v. Twardowsky erinnere ich mich, dass der Volksgruppenführer zu einem dänischen Politiker, der ihn daraufhin ansprach, gesagt haben soll: „Wenn die deutsche Volksgruppe gezwungen sein sollte den Gang in das Reich anzutreten, so würde sie dies als einen Opfergang für das deutsche Volk betrachten und bittet dabei von dänischer Seite nicht gedrängt zu werden“.

Ich entsinne mich, dass der Volksgruppenführer einmal zu Herrn v. Grundherr und zweimal zu Herrn v. Twardowsky gerufen wurde, wobei ihm die Gesichtspunkte des Ausw. Amtes eingeschärft wurden. Weitere Einzelheiten aus diesen Besprechungen sind mir nicht erinnerlich.

Durchgelesen und mit meiner Unterschrift bestätigt:

**Dr. Max Lorenz.**

**Iver Møller.**  
Politifuldmægtig.

**F. A. Bruun.**  
Krm.obtj.

## 123.

**Hannekens redegørelse for Hitlers udtalelser til ham angående det  
nordslesvigske spørgsmål.**

26. juli 1949.

*Apenrade 26.7.49.*

*Dem Herrn Polizeibevollmächtigten,  
Apenrade.*

Auf Ihren Wunsch gebe ich Ihnen anschliessend einen kurzen Bericht über meine Einweisung von Hitler bei meiner Ernennung zum Befehlshaber in Dänemark am 26.9.42 soweit sich diese Angaben auf die Nordschleswigschen Verhältnisse beziehen.

Hitler führte zunächst aus, dass er mit der gesamten dänischen Politik Deutschland gegenüber nicht einverstanden sei. Die Dänen hätten bisher eigentlich nichts getan, um sich das Wohlwollen der Deutschen zu versichern.

„Es ist nicht einmal der Versuch von Dänemark gemacht worden, das nach dem 1. Weltkrieg geraubte deutsche Gebiet uns wieder anzubieten. Es wäre das wenigstens eine Geste gewesen. Ich hätte ein solches Angebot gar nicht angenommen, denn ich hätte mich gehütet jetzt im Kriege eine derartige Neufestlegung der Grenze vorzunehmen, weil damit politische weitere Verwicklungen herauf beschworen worden wären. Aber es wäre doch wenigstens eine freundliche Handlung der Dänen gewesen, und von mir auch so gewertet worden. Statt dessen liebäugelt aber das dänische Volk, die Regierung und vor allem der König mit den Engländern“.

Hitler ging dann weiter auf die Telegramm-Krise ein und erörterte seine Absichten in Bezug auf Dänemark.

**Hermann v. Hanneken.**

5. Efter 29. aug. 1943.

## 124.

Det tyske gesandtskab sender udenrigsministeriet i Berlin dr. Möllers skrivelse af 21. september 1943 til Lorenz i Vomi angående den politiske situation i Danmark (med bilag).

28. sep. 1943.

Kopenhagen, den 28. Sept. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
REICHES IN DÄNEMARK

I C

Tgb. Nr. 310/43.

— 1 Anlage —  
— 2 Durchdrucke —

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.

In der Anlage wird Abschrift eines Schreibens des Führers der Deutschen Volksgruppe Dr. Möller an SS-Obergruppenführer Lorenz vom 21.9.d.J. vorgelegt, in dem Dr. Möller vom Standpunkt der Volksgruppe aus zu der gegenwärtigen politischen Lage in Dänemark Stellung nimmt.

Im Auftrag

Kassler

Abschrift.

den 21. September 1943.

An

SS-Obergruppenführer Lorenz  
Volksdeutsche Mittelstelle.  
Berlin W 62  
Keithstr. 29.

Obergruppenführer!

Da die politische Entwicklung in Dänemark die Lage der Volksgruppe in Nord-schleswig berührt und beeinflusst, muss ich Ihnen, Obergruppenführer, ein Bild der Entwicklung der letzten Ereignisse in Dänemark geben, die meiner Ansicht nach für die künftige Deutsch-Dänische Verständigung von grosser Bedeutung sind.

In den letzten Jahren, vor allen Dingen aber nach der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im Jahre 1940, hat sich die politische Sicht der Volksgruppe in Nord-schleswig wesentlich geändert. Sie war vorher geprägt gewesen von einer scharfen nationalen Auseinandersetzung. Jetzt gewann immer mehr die Erkenntnis an Boden, dass auch in dieser politischen Auseinandersetzung die germanische Solidarität nicht übersehen werden konnte. Wir waren bis dahin gewohnt gewesen, im Dänen nur den nationalen Gegner, ja, in mancher Hinsicht sogar den Feind zu sehen, und unser Bestreben ging in erster Linie darauf hinaus, aus dem dänischen Staatsverband herausgelöst zu werden.

Nach der Besetzung aber, und nachdem die Volksgruppe in mancher Hinsicht vom schwersten Druck befreit worden war, wurde der Blick auch frei für grössere Aufgaben. Das Gefühl, dass wir auch in irgend einer Form mit den dänischen Heimatgenossen verbunden seien, brach sich innerhalb unserer Volksgruppe immer stärker Bahn. Wir gelangten zu der Ansicht, im dänischen Volk den germanischen Bruder zu sehen, der wohl, aus gemeinsamer Wurzel kommend, eine andere volkliche Entwicklung durchgemacht hatte, mit dem wir aber doch früher oder später in eine gemeinsame Aufgabe hineinwachsen mussten. Ohne Zweifel hat hier die Bereitschaft der dänischen Freiwilligen auf unsere Volksgenossen einen massgebenden Einfluss ausgeübt. Die Tatsache, dass Dänen für unsere Sache sich mit ihrem Leben einsetzten und in ihrer heiligen Überzeugung für ein gemeinsames Germanien sich ruhig Hass und Verfolgung von eigenen Landsleuten hinnahmen, hat auch allmählich dem verstocktesten Volksdeutschen in Nordschleswig die Augen dafür geöffnet, dass über alles Trennende das Gemeinsame doch das stärkere ist. Es darf wohl heute festgestellt werden, dass nach langer, planmässiger Erziehung und Ausrichtung diese politische Erkenntnis Allgemeingut der Volksgruppe geworden ist. Aus der kleinlichen Enge des Grenzkampfes herausgelöst sieht die Volksgruppe heute die Anfänge einer germanischen Gemeinschaft mit den nordischen Völkern. Sie kann sich auch den Blick nicht trüben lassen durch Stimmen im dänischen Volk, die diese Entwicklung nicht sehen und nicht sehen wollen. Es muss heute mehr denn je erkannt werden, dass noch eine lange Entwicklung notwendig sein wird, bevor auch das dänische Volk in seiner Gesamtheit oder doch in übertragender Mehrheit sich offen zu dieser gemeinsamen germanischen Wurzel bekennt. Es wäre sinnlos, nach kurzer Zeit hier schon in die Augen springende Erfolge sehen zu wollen.

Es war für diese Entwicklung in Dänemark von ausserordentlicher Bedeutung, als mit SS-Gruppenführer Dr. Best ein Bevollmächtigter des Reiches nach Dänemark kam, der diese Linie in jeder Weise vertrat. Es kann heute nach kaum einjähriger Tätigkeit des Reichsbevollmächtigten schon festgestellt werden, dass es ihm gelungen ist, zu bestimmenden Kreisen des dänischen Volkes Verbindung zu bekommen und auch Verständnis für seine Aufgabe zu wecken. Es ist mir bekannt, dass Teile der ruhigen und sachlichen Kreise des dänischen Volkes Achtung vor der Persönlichkeit des Reichsbevollmächtigten empfinden und durch seine Auffassung seiner Aufgabe in Dänemark auch zum Verständnis der kommenden Entwicklung gelangten. Ich habe dieses durch meinen Verkehr mit dänischen Reichstagskreisen wiederholt feststellen können. Die Entwicklung, die in Dänemark durch die Zusammenarbeit des Reichsbevollmächtigten mit dem Ministerium *Scavenius* begonnen hatte, hätte sich im Laufe der Zeit sicher überaus glücklich auswirken können. Die Ansatzpunkte für eine positive Wechselwirkung waren auf alle Fälle vorhanden. Daran ändert auch nicht, dass selbstverständlich erhebliche Teile des dänischen Volkes ablehnend oder zum Mindesten an dieser Entwicklung uninteressiert waren und ein kleiner Teil immer wieder versuchte, das gute Verhältnis zu stören und zu torpedieren.

Grade aus Gesprächen mit Staatsminister v. Scavenius, der in diesen Dingen mir gegenüber merkwürdig offen war, weiss ich, wie fruchtbar die Zusammenarbeit Dr. Bests mit den dänischen Ministerien war.

Scavenius hob dabei den Willen Dr. Bests hervor, stets das Gemeinsame herauszustellen, zu unterstreichen und zu vertreten. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, Einzelheiten über die Erfolge dieser Politik aufzuzählen. Es mag genügen zu unterstreichen, dass Dr. Best die deutschen Forderungen durchdrückte und dabei durchaus das Vertrauen der massgebenden dänischen Kreise bewahrte.

Dabei stand das Jahr der Tätigkeit von Dr. Best in Dänemark durchaus nicht unter einem günstigen Stern. Zwei Monate nach seinem Amtsantritt traten unsere militärischen Rückschläge im Osten und Mittelmeer ein. Diese vor allem gaben der englischen Propaganda in Dänemark ungeahnte Möglichkeiten. Diese Propaganda setzte im vorigen Winter ein und war darauf abgestellt, im dänischen Volk jeden Glauben an einen deutschen Sieg abzutöten und ferner eine Bereitschaft zu schaffen, zusammen mit englischen Agenten Sabotage gegen die deutsche Wehrmacht zu üben, um indirekt am alliierten Sieg teilzuhaben. Diese Propaganda ist leider auf allzu fruchtbaren Boden gefallen. Die Ergebnisse sind in den letzten Monaten allzu offenbar gewesen, und die letzte Folge ist die nunmehrige Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes.

Damit hat England sein Ziel erreicht. Die englische Propaganda war vor allem gegen Dr. Best und seine Arbeit gerichtet, weil man vom englischen Standpunkt natürlich das Gefährliche dieser Haltung erkannt hatte. Es ist ohne Zweifel, dass dieser allgemeine Ausnahmezustand nichts weniger als eine deutsche Niederlage bedeutet.

Der grosse Verlust in dieser Niederlage besteht vor allem darin, dass nun die letzte dänische Regierung verschwunden ist, die parlamentarisch getragen wurde und damit doch weitgehend das Vertrauen des dänischen Volkes genoss. Als v. Scavenius im Herbst 1942 die Geschäfte der Regierung übernahm, wurde er weitgehend im dänischen Volk abgelehnt und gar als Verräter verschrien.

Aber ebenso sicher ist die Tatsache, dass er im verflossenen Jahr ungeahnte Bedeutung gewonnen hatte und nun auch von seinen Gegnern anerkannt wurde als der Mann, der unter den gegebenen Verhältnissen das Beste für das dänische Volk herausgeholt hatte. Ich habe mit grosser Freude diese Entwicklung in massgebenden dänischen Kreisen feststellen können. Jetzt sagt der Däne allgemein, dass der Zustand von heute ohne Scavenius schon vor einem Jahr eingetreten wäre!

Angesichts des deutschen Verlustes in Dänemark fragen wir uns natürlich, ob es nötig gewesen wäre, mit so drastischen Mitteln vorzugehen, die den Rücktritt der letzten dänischen parlamentarischen Regierung zur Folge hatte. Ich bin natürlich nicht befugt, darauf zu antworten, ob ein Ausnahmezustand in den Städten des Hauptwiderstandes genügt hätte oder ob andere Massnahmen hätten getroffen werden können, die nicht den Verlust der dänischen Regierung im Gefolge gehabt hätten.

Dazu fehlen mir natürlich der Überblick und die nötige Einsicht. Aber eins sehe ich ganz deutlich: die deutsche Niederlage.

Was soll nun werden? Das ist die bange Frage, die auch wir Volksdeutschen in Nordschleswig uns stellen. Unsere Arbeit als Brückenstellung zum Norden ist ja entscheidend davon abhängig, wie das Reich die Politik zu Dänemark ausrichtet. Wir sehen ein gut Stück unserer Arbeit in Gefahr. Es ist mir unvorstellbar, wie die Regierung Scavenius nach Aufhebung des Ausnahmezustandes wiederkommen könnte, so sehr man das auch im deutschen Interesse wünschen möchte. Man kann das Rad der Entwicklung nicht zurückdrehen. Aber eins kann man tun, und dieses zwingt mich, mich an Sie zu wenden. Man kann den andern Faktor der gedeihlichen deutsch-dänischen Zusammenarbeit des vergangenen Jahres mit neuen Vollmachten ausstatten und weiter segensreiche deutsche Arbeit tun lassen. Dr. Best ist heute der einzige deutsche Politiker von Format, der heute das grosse dänische Vertrauen geniesst. Er allein kann meiner Ansicht nach das dänische Volk in der augenblicklichen Situation lenken und damit aus Dänemark herausholen, was im Kriegszustande für die deutsche Wehrmacht und die deutsche Wirtschaft herausgeholt werden kann. Ich brauche nicht betonen, was in dieser Beziehung Dänemark für uns bedeutet und wie wichtig es ist, dass weder aktiver noch passiver Widerstand uns hierin Schaden zufügen.

Obergruppenführer, in Sorge um die Entwicklung unserer deutschen Sache in Dänemark wende ich mich an Sie und bitte Sie höflichst — wenn Sie sich meinen Ausführungen anschliessen können —, sich an unsern Reichsführer zu wenden mit der Bitte, seinen grossen Einfluss an massgebender Stelle in die Wagschale zu legen, um hier in Dänemark Verhältnisse zu schaffen, die grade seiner gross angelegten germanischen Linie Rechnung tragen.

Heil Hitler!

Ihr ergebener

gez. J. Möller.

## 125.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dr. Möllers  
tale på underføremødet i Tinglev.**

29. sep. 1943.

S/NSchl.-7

29. September 43

Betr.: Amtswaltertagung in Tingleff.

1 Anlage.

*An den  
Herrn Bevollmächtigten  
des Reiches in Dänemark  
in Kopenhagen.*

Über die am 26. September stattgefundene Amtswaltertagung in Tingleff übersende ich zur gefl. Kenntnis beiliegenden Zeitungsausschnitt aus der „Nordschleswigschen Zeitung“. Hierzu möchte ich noch folgendes berichten:

Dr. Möller wies in seinem etwa zweistündigen Rechenschaftsbericht zunächst darauf hin, wie wichtig es war, dass sich die Volksgruppe an den im Frühjahr stattgefundenen Reichstagswahlen nicht beteiligt hat und betonte den Wert des Deutschen Kontors, das unter der Leitung von Pg. Stehr schon in seinem Anfangsstadium recht erfreuliche Erfolge aufweisen konnte. Das Deutsche Kontor sei in jeder Beziehung dem Reichstagsmandat vorzuziehen, da ein einzelner Abgeordneter weder in einen Ausschuss gelangen kann noch einen Einblick hinter die Kulissen bekommt, wo die Entscheidungen vorbereitet werden. Pg. Stehr habe es ausgezeichnet verstanden, das mit den Dänen vereinbarte Statut über das Deutsche Kontor mit Leben auszufüllen und sich überall Zutritt zu verschaffen. Die Volksgruppenführung hat es Stehr zu verdanken, dass sie in Sachen der Kreditanstalt heute einen entscheidenden Einfluss auf das Geschäftsgebaren der Kreditanstalt hat, in dessen Aufsichtsrat nunmehr Rasmussen und Petersen sitzen.

Dr. Möller unterstrich sodann die Wichtigkeit dieser Amtswaltertagung, die durch die Erreichung einer einheitlichen deutschen Führung in Nordschleswig gekennzeichnet ist. Es ist die erste Amtswaltertagung, die Reichsdeutsche und Volksdeutsche in einer Linie zu gemeinsamer Arbeit verbindet und einen Schlusstrich setzt unter die bisher getrennte Führung des Deutschtums in Nordschleswig. Dr. Möller betonte, dass dieses Ergebnis durch die verständnisvolle Unterstützung des Reichsbevollmächtigten und des Leiters der AO, Gauleiter Bohle, erreicht worden sei und dies unstreitbar das bedeutendste Ergebnis des heutigen Jahres für das völkische Leben Nordschleswigs darstellt. Er begrüßte die Neuregelung, die keinen Sieg der einen Gruppe über die andere darstellt, sondern als Sieg der Vernunft zu werten ist. Er betonte, dass sämtliche fünf Ortsgruppenleiter der AO sich eindeutig für die Abmachungen eingesetzt haben und heisst in diesem Zusammenhang alle Amtswalter und Parteigenossen in der NSDAPN willkommen. Das Aufgabenfeld sei so gross, dass keiner in seinem Einsatz zu kurz kommen dürfte. Nach Verlesung der Abmachungen gab der Parteiführer folgende Zahl bekannt: 2.453 Reichsdeutsche in Nordschleswig, davon 144 Parteigenossen, 218 in der Frauenschaft und 188 in der D.A.F.

Zur Zeitfreiwilligenfrage erklärte Dr. Möller, dass der Einsatz der Volksdeutschen zum Zeitfreiwilligendienst, der an sich nur als Verwendung im Falle einer Invasion gedacht war (Objektschutz, Fahrer), bei der Einziehung anlässlich des militärischen Ausnahmezustandes zu Komplikationen führen musste (Verhaftung von Dänen durch Volksdeutsche u. a.), und er die Verantwortung für den Einsatz von Volksdeutschen bei Unruhen in Dänemark nicht übernehmen konnte. Er hatte daher in dieser Richtung mit dem Befehlshaber Rücksprache genommen und fand für seine Bedenken vollstes Verständnis. Als Ergebnis

kam eine Neubefragung aller bisherigen Zeitfreiwilligen in Frage, ob sie sich für jeden militärischen Einsatz innerhalb Dänemarks bedingungslos zur Verfügung stellen wollen. Er selbst wird ausser Lehrern niemanden u. k. stellen und erwartet von den Lehrern, dass sie sich nicht melden, da sie ausschliesslich für die wichtige Arbeit der deutschen Schulen vom Frontdienst u. k. gestellt wurden. Im Zusammenhang mit dem Kriegseinsatz der Volksgruppe gab Dr. Möller noch folgende aufschlussreiche Zahlen bekannt: 1.9.1943 1290 bei der Waffen-SS, 566 bei der Wehrmacht, 45 beim Grenzschutz, zusammen 1901, davon bisher gefallen 204. Vom WHW wurden für die Freiwilligenbetreuung 10.000 Kr. zur Verfügung gestellt zur Errichtung einer Feldpostannahmestelle im Dibbernhaus, Kuchen- spende für Verwundete und Bombenbeschädigte 110.000 Kr., Kissen für U-Boote 3780 Stck. im Werte von 70.000 Kr., die durch die Frauenschaft angefertigt wurden; 400 Grammophonplatten, weiter Hausschuhe und Wolldecken. Ausserdem sollen bis Weihnachten 4000 Strohschuhe fertiggestellt sein. Über den Einsatz der Heimat auf wirtschaftlichem Sektor sagte Dr. Möller, dass ein Umsatz der Liefergemeinschaft in diesem Berichtsjahr von 7,2 Millionen erreicht wurde.

Schwierigkeiten bereiten die Stromversorgung und die Rohstoffbeschaffung und in letzter Zeit ausserdem der Kampf gegen Sabotage. Weiter ist hervorzuheben Schulung der Berufsgruppen (Meisterkurse und Abendschulen), Lehrstellenvermittlung, Betreuung der Fliegerhorste und Ernteeinsatz der Lehrer und Jugend. In Wohlfahrtsdienst wurde die bis Ende des Jahres genehmigte Zahl von 5000 Erholungsbedürftigen fast erreicht und es wurden z.Z. ausserdem 50 Kinder von der A.O. übernommen. Von der Deutschen Selbsthilfe wurden in acht Monaten 145.000 Kr. aufgebracht. Die Frauenschaft veranstaltete Eintopfessen, 75 Kurse, Muttertag, Erntedienst und Wehrmachtbetreuung. Auf gesundheitlichem Gebiet wäre die Betreuung der Kindergärten, Schulärzte und Zahnpflege zu erwähnen.

Zum Schluss kam Dr. Möller noch auf das deutsch-dänische Verhältnis zu sprechen und bedauerte aufs tiefste die Entwicklung der Lage, die zum militärischen Ausnahmezustand führte, als Ergebnis fortdauernder Verhetzung durch die feindliche Propaganda. Das deutsch-dänische Verhältnis, das durch die verständnisvolle Einstellung des Reichsbevollmächtigten ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis wurde, ist durch die Haltung des dänischen Volkes, das diese scharfen Massnahmen auslöste, wenn auch nicht gebrochen so doch getrübt worden, und es ist erfreulich festzustellen, dass ein grosser Teil des dänischen Volkes bereits zu erkennen beginnt, welche Gefahren für den gesamten Kontinent im Osten durch die deutsche Wehrmacht gebannt wurde. Im Vertrauen auf die deutsche Führung wollen wir unermüdlich weiterarbeiten für den Sieg der deutschen Waffen, die allein im Stande sind, ein anständiges Leben zu garantieren. Die Freiwilligen, die durch den Einsatz ihres Lebens für diese Zukunft kämpfen, sind uns Verpflichtung und Mahnung zur Einigkeit und Treue und rufen zu verstärkter Arbeit in diesem Jahr auf.

Ulæselig underskrift.

## 126.

**Optegnelse fra det tyske udenrigsministerium angående SS-overgruppeløder Querners rejse til Nordslesvig.**

5. nov. 1943.

Büro RAM

Über St. S. VL.R. Wagner vorgelegt:

Der Herr RAM hat die Reise des SS-Obergruppenführers *Querner*<sup>1)</sup> nach Nordschleswig zur Feier des 9. November genehmigt wenn sichergestellt ist, dass SS-Obergruppenführer Querner in seiner Rede keine politischen Probleme behandelt und insbesondere nicht das Verhältnis der deutschen Volksgruppe von Nordslesvig zu Dänemark berührt.

Westfalen, den 5. November 1943.

(Telefonisch voraus.)

Brenner

<sup>1)</sup> SS-overgruppeløder Querner talte d. 9. nov. 1943 i Haderslev, Aabenraa og Tønder.

## 127.

**Auslandsbriefprüfstelle i Hamborg sender OKW uddrag af folketyiske breve.**

7. feb. 1944.

A. B. P. Hamburg  
Gruppe VII Nr. 918/44

Hamburg, den 7.2.44  
13 B

An

*O.K.W. Ausland I (D), Berlin W<sup>1</sup>)  
Abwehrstelle im Wehrkreis X, Hamburg  
Abwehrstelle Dänemark, Kopenhagen  
Auslandsbriefprüfstelle, Kopenhagen*

ferner: 1 Ausfertigung für A. B. P. Berlin, Zentral-Auswertungsgruppe.

Betr.: Wehrmacht — Politik — Wirtschaft — Abwehr

Absender: Verschiedene

Empfänger: Verschiedene

Briefdatum: verschiedene      Anlagen: keine

Auswertungsergebnis:      Originalbrief: freigegeben, teilweise nach

Chemisch ohne Befund      Schwärzung

**Volksdeutsche Stimmen aus Dänemark**

(Aus 33 Briefen, die im Januar zur Auswertung gelangten).

Rückblick und Ausblick beim Jahreswechsel zeigen eine durchweg ernste, teils auch bedrückte Stimmung. Man sieht dem neuen Jahr mit einigen bangen Beklemmungen entgegen, besonders beunruhigt durch eine Invasionsbedrohung:

„Was wird 1944 uns bringen? Die Invasion? Wann wird sie kommen? Die Ungewissheit ist erdrückend und unheimlich.“

„Es ist gut, dass wir nicht wissen, was uns das neue Jahr bringen wird. Hart wird es sein — überall.“

„Die Gefahr einer Invasion — ob sie glückt oder nicht — ist uns mit allen kriegerischen Auswirkungen bedeutend näher als euch.“

„Wir haben alle eine schreckliche Angst vor Invasion.“

Unter dem Eindruck der Ereignisse in der Heimat und an den Fronten wächst die Sorge um das eigene Schicksal:

„Wir sind von bösen Ahnungen erfüllt. Ob wohl einer von uns Volksdeutschen übrig bleiben wird?“

„Wenn der Krieg vorüber ist, können wir nicht mehr hierbleiben; das weiss heute schon jeder Deutsche. Soll man denn alles stehen und liegen lassen, um sein Leben zu retten?“

„Wir denken mit Grauen an den Tag, da wir das Land verlassen müssen — aber vielleicht —?“

Infolge der Sabotagen und Attentate herrscht ein Gefühl der Unsicherheit vor. Wiederholt werden Befürchtungen laut, dass das Gangstertum in Dänemark schliesslich zum Bürgerkrieg führen werde und der Kommunismus die Oberhand gewinnen könne. Jedes Attentat ist ein neues Alarmsignal und gibt — wie diesmal besonders die Kaj-Munk-Affäre — immer wieder Anlass zum Rätselraten bezüglich der Hintergründe der Tat:

„Dänemark ist ein Gangsterparadies geworden; Meuchelorde sind an der Tagesordnung.“

„Es sind die reinen Gangstermethoden. Wir sind entsetzt über unser Adoptivvaterland.“

„Der Teufel ist im Lande los — es hat alles keinen Sinn.“

„Hier herrscht eine Art unterdrückten Bürgerkrieges, in dem alle Mittel recht zu sein scheinen. Augenblicklich kämpfen Dänen gegen Dänen.“

„Es regieren die Kommunisten in Dänemark . . . Augenblicklich erschossen die Dänen einander gegenseitig.“

„Sie sagten, mit Kaj Munk hätte es so kommen müssen, er sei ein zu grosser Deutschenhasser gewesen. Man meint, es seien Deutsche gewesen. Der eine sagt so, der andere anders. Keiner weiss etwas.“

„Hier gibt es anscheinend 2 Terrorgruppen. Einmal wird ein antideutscher Pastor und Dichter ermordet, am nächsten Tage ein dänischer Nationalsozialist.“

„Wo wird das alles enden? Doch sicher im Chaos.“

In einzelnen Fällen sieht man das eigene Erleben im Rahmen *nationaler* Verbundenheit zu Deutschland. Dann ist die Perspektive weniger düster: der Blick nach dem Süden gibt Halt, das Sicheinreihen in den Kampf für Europa weitet den Blick für die Dinge ausserhalb der dänischen Grenzen:

„Keiner weiss so gut wie ich, dass Deutschland für eine gerechte und lebensnotwendige Sache kämpft. Hitlers Wort, dass er erst 5 Minuten nach 12 aufhört, ist der beste Ausspruch, den ich hörte.“

„Auch Friedrich der Grosse hat neben Siegen Niederlagen gehabt. Gebe Gott, dass die Heimatfront infolge der Bombardements nicht zusammenbricht. Euer Los wäre dann auch das unsrige. Man wünscht den Frieden, aber keinen Frieden um jeden Preis.“

„Deutschlands Wohl und Wehe ist auch das unsrige, und darum wollen wir lieber nach Süden blicken und nicht nach den traurigen Zuständen hier.“

„Wir bangen um eure Söhne an den Fronten, und eure Trauer ist auch unsere Trauer.“

Das tägliche Leben ist geprägt durch den immer schärfere Formen annehmenden Kleinkrieg mit den Dänen, in dem die Volksdeutschen anscheinend mehr und mehr in eine resignierende Abwehr gedrängt werden:

„Der Lehrer hat den Kindern verboten, mit deutschen Soldaten zu sprechen. Wir haben es unserem Sohn erlaubt. Man kann uns nicht dazu zwingen, die Deutschen zu hassen. Aber leider wird sich das im Schulzeugnis auswirken.“

„Hier freuen sich die Leute, wenn die deutschen Städte zerstört werden. Für uns ist es schrecklich, das mit anzuhören.“

„Man feindet mich an, wo man kann. Es gibt Bemerkungen wie: „Ich verstehe nicht, dass Sie zu Deutschland halten, da Sie doch hier im Lande so viel Gutes geniessen“. Die wenigen Besatzungstruppen auf der kleinen Insel (Bornholm) benehmen sich mustergültig, sind aber nicht bestimmt genug.“

„Wir Deutschen haben es hier nicht leicht. Wir werden verachtet und bedroht. Wenn die Dänen könnten, wie sie wollten, wären wir schon alle tot.“

„Hass, Hass und noch mal Hass — und der wird in Generationen nicht auszurotten sein.“

Die in einigen Briefen immer wieder beleuchteten unerfreulichen Erscheinungen politischen Wankelmuts und kleinlicher Zwiespältigkeiten im Lager der Volksdeutschen scheinen ihre Wurzeln sowohl in politischer Oberflächlichkeit als auch in persönlichem Neid und Egoismus zu haben:

„Wir Deutschen halten fest zusammen. Die Spreu sondert sich vom Weizen. Es ist so mancher wieder umgefallen, der sich nach dem 9. April 1940 Deutscher nannte. Es ist auch wahrlich nicht leicht, gegen den Einfluss der Propaganda zu kämpfen. Wer seiner Sache nicht ganz sicher ist, gerät leicht ins Wanken.“

„Kürzlich machten wir auf unserem Leseabend die beschämende Feststellung, dass keiner „Mein Kampf“ richtig gelesen hatte. Einige hatten ihn überhaupt noch nicht in Händen gehabt. Da wir doch in unserem Bemühen um den Nationalsozialismus ernst genommen werden wollen, war uns das Ergebnis ebenso peinlich wie es im Augenblick lächerlich wirkte.“

„Die Offiziere der vorbeifahrenden Schiffe besuchen mich nie, wohl aber die Familie eines hiesigen Chauffeurs, der wohl vor 25 Jahren aus dem deutschen Heeresdienst desertiert ist. Seine Familie ist dänisch und uns feindlich gesonnen. Ich bezweifle, dass der Einfluss dieser Leute günstig ist.“

„Andreas Eriksen hat sich bei Nacht und Nebel aus der Stadt geschlichen, weil er den dänischen Staat um 1000 Kr. betrogen hat. Und dann ist er schnell nach Deutschland gefahren und hat sich zur Waffen-SS gemeldet, weil man ihm dann nichts mehr machen kann.“

Ulæselig underskrift.

Major

1) Brevet er af OKW videresendt til Auswärtiges Amt.

## 128.

## Uddrag af artikel i „Nordschleswigsche Zeitung“ om den folketyiske ungdoms edsaflæggelse til Adolf Hitler.

3. april 1944.

### Die feierliche Verpflichtung der Jugend in Nordschleswig.

*Partieführer Dr. Möller wohnte in Apenrade der Verpflichtung bei.*

Am letzten Sonntag legte in Nordschleswig eine grosse Anzahl deutscher Jungen und Mädchen in dem Augenblick, wo sie aus der Schule in das Berufsleben eintreten, den Eid auf den Führer ab. Die Feiern wurden durchgeführt von der Deutschen Jungenschaft und der Deutschen Mädchenschaft, aber die ganze deutsche Volksgruppe nahm Anteil an diesem bedeutsamen Ereignis, das in Nordschleswig zu ersten Mal zur Durchführung kam. Die Feiern legten Zeugnis davon ab, dass ein echt deutscher Geist, eine echt deutsche Haltung in unseren Jugendorganisationen gepflegt wird. Wir berichten nachstehend über die 4 Veranstaltungen, die in Nordschleswig zur Durchführung gelangten. In Sonderburg wird die Verpflichtung am kommenden Sonntag stattfinden.<sup>1)</sup>

#### T o n d e r n .

In einer wunderbar abgestimmten Weihestunde fand gestern vormittag die Verpflichtung der deutschen Jugend in Tondern statt. Durch die Saalfenster des Schützenhofes brachen sich die Sonnenstrahlen eines herrlichen Frühlingmorgens und halfen mit, die feierliche Stimmung der vielen Erschienenen im festlich ausgeschmückten Saal noch mehr hervorzuheben. Die Feierstunde begann mit dem Einmarsch der Fahnen und der zu Verpflichtenden, ca. 80 Jungen und Mädchen, die einen vorzüglichen Eindruck machten. Nach einem Adagio von Beethoven, von Kapellmeister Bomberg meisterhaft gespielt, dem Chorlied des Singvereines „Deutscher Trost“ und dem gemeinsamen Liede „Ich hab mich ergeben“ sprach Kreisschulungsleiter Pg. *Olof Jürgensen* als Vertreter der Schule feine durchdachte Worte des Abschiedes. Die Tür einer neuen Welt tut sich jetzt dieser Jugend auf. Er legte in einem Rückblick auf die Schulzeit den Sinn dar, auf dem die Arbeit von Elternhaus und Schule aufgebaut ist: „Seid tapfer, treu und wahr, dass ihr zu dem Hochziel deutschen Lebens euren vollen Einsatz leisten könnt“. Nach einem feierlich getragenen Präludium sprach Kreisleiter Pg. *Jes Petersen*. Aus seinen packenden Worten klang der tiefe Sinn der heutigen Verpflichtung, der diese Jugend mit dem Schicksal des deutschen Volkes noch enger verbunden hat. Als Geleitwort gab er ihnen mit: „Die Zukunft deines Volkes liegt in deiner Hand“. Als Glied einer mächtigen Kette einer gewaltigen Gemeinschaft trägt jeder in sich die Pflicht, den Ruf des Führers zu verstehen und der deutschen Zukunft zu dienen. Wuchtig erklang vom Männerchor das Lied: „Flamme empor“. Sodann nahm der Kreisjugendführer Pg. *Jes Petersen* die Uebernahme und Verpflichtung vor. Nach 4 Jahren Dienst übernehmen wir euch. Vor uns liegt der Weg der Arbeit und Pflicht, und mit dem Blick auf den Führer wollen wir ihn zur Erfüllung beschreiten. Jeder erhielt des Führers Werk „Mein Kampf“. Mächtig erklang das Kampflied der HJ. „Vorwärts, vorwärts!“ Mit dem Gruss an den Führer schloss die Stunde der Verpflichtung, die als wirkliche Feierstunde jeden Teilnehmer gefangen nahm.

<sup>1)</sup> Referatet i „Nordschleswigsche Zeitung“ omfatter også edsaflæggelsen i Aabenraa, Haderslev og Tinglev. Disse afsnit er dog udeladt her, da højtideligheden i det store og hele foregik på samme måde de forskellige steder.

## 129.

**Det tyske gesandtskab til udenrigsministeriet i Berlin angående udgivelse  
af en tysk avis på dansk („Paa Broen“).**

13. maj 1944.

DER REICHSBEVOLLMÄCHTIGTE  
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 13. Mai 1944.

I C  
N Sch 6.

*Betr.:* Herausgabe einer Zeitung in dänischer  
Sprache durch die Deutsche Volksgruppe  
in Nordschleswig.

2 Durchschläge  
1 Anlage.

*An das  
Auswärtige Amt,  
Berlin.*

Um propagandistisch besser Eingang in dänische Kreise zu finden, hat sich die Führung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig dazu entschlossen, eine Zeitung in dänischer Sprache „Paa Broen“ („Auf der Brücke“) herauszugeben.

Die Zeitung, von der ein Belegexemplar in der Anlage beigelegt ist, ist erstmalig Ende April d. Js. erschienen. Sie wurde rund 50 000 dänischen Haushalten in Nordschleswig zugeleitet. Die Zeitung soll dazu dienen, der dänischen Bevölkerung die Anschauungen der Deutschen Volksgruppe über das deutsch-dänische Verhältnis nahezubringen. Ihre erste Nummer enthält u. a. Aufsätze von Johannes Schmidt-Wodder. (Germanische Gemeinschaft und europäische Sammlung), von Jörgen Andresen, einem dänischen Heimatdichter, (Gedanken und Betrachtungen über Henrik Steffens), von Dr. Kardel (Der Märchendichter H. C. Andersen und seine deutschen Freunde), und von W. Jürgensen (Das Recht der kleinen Nationen).

Die Zeitung wird voraussichtlich monatlich einmal erscheinen.

I. A.

Kassler.

## 130.

## Referatnotits fra udenrigsministeriet i Berlin angående eventuel evakuering af den tyske folkegruppe i tilfælde af en invasion.

25. sep. 1944.

Geheim.

Gruppe Inl. II.

Inl. II. 2007 g.

### Vortragsnotiz.<sup>1)</sup>

Betr.: Eventuelle Evakuierung der deutschen Volksgruppe aus Nordschleswig im Falle einer Invasion in Jütland.

Nach Mitteilung der Volksdeutschen Mittelstelle steht Volksgruppenführer Dr. Möller auf dem Standpunkt, dass im Falle einer Invasion in Jütland der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung an Ort und Stelle verbleiben könne, da er nicht entscheidend gefährdet sei; nur einige exponierte Familien, die den Wunsch dazu äussern, müssten ins Reich evakuiert werden. Demgegenüber trägt sich die Volksdeutsche Mittelstelle mit dem Gedanken, im Invasionsfall doch eine Gesamtevakuierung durchzuführen. Sie hat das Auswärtige Amt um Stellungnahme gebeten.

Der Reichsbevollmächtigte hat in nachstehenden Drahtberichten zur Frage Stellung genommen:

1. Nr. 1009 vom 15.9. „Auf Telegramm vom 14. Nr. 1096 teile ich meine und des höheren SS- und Polizeiführers Auffassung dahin mit, dass Volksgruppe Nordschleswigs wie deutsche Bevölkerung im Reichsgebiet behandelt werden sollte. Wird deutsche Bevölkerung im Reichsgebiet bei Besetzungsgefahr evakuiert, so wäre auch Volksgruppe zu evakuieren. Wird deutsche Bevölkerung im Reichsgebiet auch bei Besetzung belassen, so wäre Volksgruppe in ihrem Gebiet zu belassen. Mit Wehrmachtsbefehlshaber ist Besprechung erst am 17. September 1944 möglich, da fernmündliche Behandlung unzulässig: gegebenenfalls folgt Nachbericht.“

2. Nr. S. II vom 19.9. „17. September konnte ich mit Wehrmachtsbefehlshaber Dänemark die im Vortelegramm Nr. 1090<sup>2)</sup> vom 15. September erörterte Frage besprechen. Er spricht sich aus militärischen Gründen gegen die Massnahmen aus, weil eine zusätzliche Belastung der Bahnen und Strassen nicht tragbar ist. Ausserdem werden die Angehörigen der Volksgruppe Nordschleswig für Zwecke der Wehrmacht dienen.“

Die auf das Reichsgebiet bezüglichen Bestimmungen sind in mehreren Runderlassen des Reichsministers der Innern vom 7., 8., 10. und 12.9. 1944 enthalten und lauten in der letzten Fassung:

„Ob aus unmittelbar feindbedrohtem Gebiet, die dort nicht benötigte Bevölkerung zurückzuführen ist, unterliegt der Entscheidung des Führers, die schnellstens über den Leiter der Partei-Kanzlei einzuholen ist. Auch bei vorsorglichen Umquartierungen wegen Feindbedrohung ist in gleicher Weise zu verfahren. Gleichzeitig ist der Antrag dem Reichsführer-SS, Reichsminister des Innern, mitzuteilen, der die erforderlichen Aufnahmräume bereitstellt.“

Bei überraschender Feindbedrohung kann der RV-Kommissar selbstverantwortlich die erforderlichen Räumungsmassnahmen auslösen, falls er keine telefonische, Fernschreib- oder Funkverbindung mit dem Leiter der Partei-Kanzlei oder dem Reichsführer-SS, Reichsminister des Innern, bekommen sollte. Über Art und Umfang der getroffenen Massnahmen hat er den Leiter der Partei-Kanzlei und den Reichsführer-SS, Reichsminister des Innern, unverzüglich zu verständigen.

Gruppe Inland II ist der Auffassung, dass dem Standpunkt des Volksgruppenführers Dr. Möller beigepflichtet werden muss, weil:

1. durch einen Abzug der deutschen Bevölkerung ohne entscheidende Gefährdung alter deutscher Volksboden aufgegeben würde und voraussichtlich dann schwer wiederzugewinnen wäre;

2. bei einer etwaigen Rückkehr die Volksdeutschen sich den Dänen gegenüber in einer moralisch schwachen Position befinden werden;

3. die vom Wehrmachtbefehlshaber in Dänemark vertretenen Argumente berücksichtigt werden müssen.

Es wird um Weisung gebeten.

*Feldquartier, den 25. September 1944.*

**Wegner.**

Über U. St. S. Pol  
Herrn Staatssekretär  
zur Vorlage bei dem Herrn Reichsaussenminister.

<sup>1)</sup> Notitsen bærer påskriften: ab <sup>25</sup>/<sub>9</sub>.

<sup>2)</sup> Skal muligvis være nr. 1009 (se ovenfor).

## 131.

### **DBN til Amtsträger og medarbejdere angående forbud mod at deltage i strejker og om bekæmpelse af disse.**

**30. sep. 1944.**

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG

*Sonderburg, den 30. Sept. 1944.*

*Betrifft:* Durchführung der Streikbewegung  
in Nordschleswig.

*Akt. Zch.:* PHD/gha.

**Vertraulich.**

*An die  
Amtsträger und Mitarbeiter  
der DBN-AdV.*

Kein Deutscher darf sich an den Streiks beteiligen oder sie durch sein Verhalten fördern. Leider haben sich einzelne Mitglieder zur Beteiligung an den Streiks veranlasst gesehen, und dadurch die Ehre der schaffenden Heimat beschmutzt.

Es ist selbstverständlich, dass diese Mitglieder zur gegebenen Zeit zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist die Aufgabe der Amtsträger und Mitarbeiter der Organisation der DBN-AdV durch Aufklärungen, durch Anweisungen und vor allem durch das eigene Vorbild zu verhindern, dass sich eine solche unwürdige Handlung wiederholt. Es muss in der Zukunft jede Streikbewegung im Keime ersticken werden.

Sollten einmal zur Bekämpfung einer Streikbewegung andere Mittel als die Fortführung der Arbeit erforderlich sein, so werden hierfür entsprechende Anweisungen von der Volksgruppenführung erteilt.

Die Amtsträger werden gebeten, umgehend über den Kreisobmann der DBN-AdV zu melden, welche deutschen Betriebsführer, Ladeninhaber und deutschen Gefolgschaftsmitglieder sich am Streik beteiligt haben.

Heil Hitler!

Deutsche Berufsgruppen in Nordschleswig  
Arbeitsfront der Volksdeutschen

im Entwurf  
gez. P. Hansen-Damm

## 132.

**Udkast til skrivelse fra udenrigsministeriet i Berlin til Vomi angående eventuel evakuering af den tyske folkegruppe i tilfælde af invasion.**

6. okt. 1944.

Inl. II 2007 g II.

6. Oktober 1944.

*Auf das Schreiben vom 11.9. —  
AZ IX/16/11/25/Dr.Si/Hk.*

*An die*

*Volksdeutsche Mittelstelle  
z. Hd. von SS-Hstuf. Dr.  
Sichelschmidt  
Berlin-Dahlem.*

Der Herr Reichsaussenminister hat in Übereinstimmung mit dem Reichsbevollmächtigten in Kopenhagen dahin entschieden, dass im Falle einer feindlichen Invasion in Jütland der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung in Nordschleswig entsprechend dem Standpunkt des Volksgruppenführers Dr. Möller an Ort und Stelle verbleiben kann und nur einige exponierte Familien, die den Wunsch dazu äussern, ins Reich rückgeführt werden.

Massgebend für diese Entscheidung war insbesondere, dass

1. durch einen Abzug der deutschen Bevölkerung ohne entscheidende Gefährdung alter deutscher Volksboden aufgegeben würde und voraussichtlich dann schwer wiederzugewinnen wäre;
2. bei einer etwaigen Rückkehr die Volksdeutschen sich den Dänen gegenüber in einer moralisch schwachen Position befinden würden;
3. eine zusätzliche Belastung der Bahnen und Strassen vom Wehrmachtbefehlshaber Dänemark nicht für tragbar gehalten wird und ausserdem die Angehörigen der Volksgruppe für Zwecke der Wehrmacht eingesetzt werden sollen.

Es wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Im Auftrag

## 133.

**Radunskis optegnelse angående dr. Möllers klage over, at Vomi ikke yder folkegruppen altfor stor hjælp.**

3. nov. 1944.

**Aktenvermerk**

— je besonders —

für

SS-Oberführer *Ellermeier*,  
 SS-Obersturmbannführer *Rimann*,  
 SS-Obersturmbannführer *Lohl*,  
 SS-Sturmbannführer Dr. *Puls*,  
 SS-Obersturmbannführer *Brückner*,  
 SS-Standartenführer Dr. *Lwig*,  
 Amtschef Pg. *Heller*.

*Aktz.*: II/Rd./Mi.

Volksgruppenführer Dr. *Möller* äusserte bei meinem letzten Besuch in Nordschleswig erneut, dass die Volksdeutsche Mittelstelle keine allzugrosse Hilfe für die Vg. wäre. Wenn dieser Vorwurf auch nicht hundertprozentig ernst gemeint ist, so halte ich es doch für notwendig, dass der Volksgruppe einmal konkrete Beispiele vorgeführt werden, in welchen Angelegenheiten das Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle im Jahre 1943 der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig behilflich sein konnte. Ich bitte daher die Amtschefs, aus ihren Sachgebieten eine kurze Aufstellung anzufertigen, aus der ersichtlich ist, dass das Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig keineswegs vernachlässigt.

*Templin, den 3.11.1944.*

**Radunski.**

SS-Obersturmbannführer

## 134.

**Brev til Organisationsamt med kritik af den folketyske ledelse.**

19. nov. 1944.

Apenrade, den 19.11.44.

Betr.: Kritik an der Führung.

Bez.: Ihre Anforderung vom 6.11.44.

An das

Org. Amt der  
N.S.D.A.P.-N.

Im Folgenden übersende ich<sup>1)</sup> Ihnen eine Reihe der letzten „Meckereien“, die so gut begründet sind, dass man sich mit ihnen auseinandersetzen kann. Unsachliche Anwürfe werden Sie auch nicht hören wollen.

1) *Die Partei setzt sich für Saboteure und verdächtige Dänen ein.*

Einem hartnäckigen Gerücht zufolge, das anscheinend aus dänischen Kreisen kommt, soll der Parteiführer in verschiedenen Fällen sich für die Freilassung verhafteter Dänehetzer eingesetzt haben. Die Freilassung bspw. *Björn Hansens* (Hejmdal) soll auf Verlangen Dr. Möllers erfolgt sein, während Kreisleiter Jep Schmidt sich für den dänischen Hochgradfreimaurer Dir. Mortensen, Apenrade, verwandt haben soll, als er der illegalen Betätigung verdächtigt wurde. Dieses Verhalten der Führung wird als *unwürdig*, *voreilig* und *gefährlich* gebrandmarkt, *unwürdig*, weil der Eindruck bei den Dänen erweckt wird, als bange man um die Zeit nach dem verlorenen Kriege und wolle sich persönlich sichern, *voreilig*, weil es sich immer wieder zeigt, dass gerade die „pänen“ Dänen, denen man so etwas nicht zutraut, die Rädelsführer sind, und weil schliesslich die deutsche Polizei alleine wissen muss, ob einer unschuldig ist oder nicht, und *gefährlich*, weil damit in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als habe die Führung Einfluss auf die Tätigkeit der deutschen Polizei, und die Folge ist dann, dass die Volksgruppe die Schuld bekommt für jede neue Verhaftung, die den Hass der Dänen auf die Angehörigen der Volksgruppe ableitet.

2) *Die Führung setzt sich nicht genügend für die Freiwilligen ein.*

Die Freiwilligen und ihre Angehörigen beschwerten sich darüber, dass die Führung es nach mehr als 5 Jahren nicht fertig gebracht hat, eine anständige Urlaubsregelung und Transferordnung durchzusetzen. Noch vor wenigen Tagen erklärte die Frau des Konsulatsbeamten Andresen (Volksdeutscher), dass ihr Sohn Einsatzurlaub erhalten habe, aber nicht über die Grenze dürfe. In Briefen der Frontkameraden heisst es in einer Erklärung für viele<sup>2)</sup>: Befreit unsere Frauen vor der Sorge ums tägliche Brot und schickt uns mehr Freiwillige heraus, andere Betreuung brauchen wir nicht!

3) *Die Führung setzt sich nicht durch bei Kriegsgewinnlern und Plutokraten.*

Dazu führt man an: Unsere Geldleute und Grossbauern haben keine Söhne an der Front, und wenn Vater und Sohn sich melde, würde er bestimmt UK gestellt. Ebenso wenig sieht man aber die Reichen beim Zfr.dienst oder im Selbstschutz, sie saufen mit den Offizieren und kaufen sich dadurch vom Dienst frei. Bei Sammlungen werden die Kriegsgewinnler auch viel zu wenig herangezogen. Die Führung müsste sie einfach einschätzen, wie das WHW das im Reich macht.

4) *Die Führung baut einen Selbstschutz auf ohne Waffen.*

Es ist kein Geheimnis geblieben, dass die Ausrüstung des Selbstschutzes bis zur Lächerlichkeit mangelhaft ist. Manche Männer wollen sich nicht melden, weil sie sich exponieren, ohne dass ihr persönlicher Schutz durch Aushändigung einer kleinen Handfeuerwaffe gegeben sei. Die Bewaffnung reicht nicht einmal aus für den Schutz der wenigen Waffenträger, von einem Schutz anderer kann gar keine Rede sein. Den Masstab für das unbedingt Notwendige geben die Waffenfunde bei den Saboteuren.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> Brevet stammer muligvis fra den lokale SK-leder i Aabenraa.

<sup>2)</sup> Resten af sætningen er udeksat.

## 135.

## DBN-AdV til sine medlemmer om, hvorledes hjemmetyskerne skal forholde sig ved kommende strejker.

Nov. 1944.

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG  
ARBEITSFRONT DER VOLKSDEUTSCHEN

Sonderburg, November 1944.

*Betrifft:* Richtlinien für die Durchbrechung  
künftiger Streikeaktionen.

An

*alle Mitglieder  
der DBN-AdV.*

Bei der letzten Streikaktionen lagen die Verhältnisse für die Deutschen durch die Schanzarbeiten u. a. besonders ungünstig. Um in Zukunft jedoch die Wiederholung einer falschen Haltung zu vermeiden, werden folgenden Richtlinien bekanntgegeben:

An künftigen Streiks, die von dänischer Seite angezettelt werden, darf kein Deutscher beteiligt sein. Es gilt dann in erster Linie die Ruhe zu bewahren, und die Arbeit in dem Masse weiterzuführen, wie es mit nichtstreikenden Arbeitskräften möglich ist. Deshalb darf kein deutscher Betriebsführer, ob Handwerker oder Kaufmann, die Gefolgschaftsmitglieder in einem Streikfalle dazu auffordern, die Arbeitsstelle zu verlassen. Selbst wenn eine geordnete Weiterführung des Betriebes aus technischen Gründen nicht gewährleistet werden kann, muss irgend eine Beschäftigung für nichtstreikende Gefolgschaftsmitglieder gefunden werden.

Es darf auch kein volksdeutsches Gefolgschaftsmitglied im Falle eines Streiks die Arbeitsstelle verlassen, dies gilt für diejenigen, die in deutschen sowohl wie in dänischen Betrieben arbeiten. Wenn ein Betriebsführer dazu auffordern sollte, muss man diesem ausdrücklich erklären, dass man die Arbeit nicht freiwillig niederlegen will, und dass man auf die Weiterzahlung des Lohnes besteht, wenn man gegen den eigenen Willen gezwungen wird, die Arbeitsstelle zu verlassen. Dieser Fall dürfte jedoch nur in einem dänischen Betrieb möglich sein.

Wenn Volksdeutsche oder volksdeutsche Betriebe direkt von dänischen Streikenden bedroht sind, oder wenn berechtigte Annahme hierzu besteht, wendet man sich an den jeweiligen Standortführer des Deutschen Selbstschutzes. Der Selbstschutz der deutschen Volksgruppe wird in diesen Wochen wesentlich verstärkt, um den Schutz der deutschen Menschen und der deutschen Betriebe übernehmen zu können. Erforderlichenfalls kann man sich an die nächste Dienststelle der deutschen Wehrmacht zwecks Gewährung von militärischem Schutz wenden.

Das beste Mittel aber ist ein bestimmtes und vor allem ein geschlossenes Auftreten gegen jeden Versuch, die Volksdeutschen in den Kreis der Streikenden hineinzuziehen. Wenn die dänischen Streikaktivisten spüren, dass sie einer entschlossenen und geschlossenen Front gegenüberstehen, werden sie die Deutschen in Ruhe lassen.

Um die Unmöglichkeit einer Streikbeteiligung deutscher Menschen zu unterstreichen, hat der Volksgruppenführer angeordnet, dass in Zukunft jeder Parteigenosse, der sich an einem dänischen Streik beteiligt, oder diesen in irgend einer Form fördert, aus der Partei ausgeschlossen wird.

Wir wollen deshalb alle dazu beitragen, dass solche Fälle nicht eintreten.

Heil Hitler!

Deutsche Berufsgruppen in Nordschleswig  
Arbeitsfront der Volksdeutschen.

gez. **P. Hansen-Damm**  
(Leiter).

## 143.

## Dr. Bests redegørelse for den tyske folkegruppes retslige, politiske og faktiske stilling 1940—45.

16. dec. 1947.

København, 16. 12. 1947.

### Die rechtliche, politische und faktische Stellung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in den Jahren 1940—45.

- I. *Rechtlich* hatte sich durch die Besetzung Dänemarks an der Stellung der deutschen Volksgruppe nichts geändert. Sie blieb eine Vereinigung dänischer Staatsbürger, die formal unabhängig war und in eigener Verantwortung ihre Handlungen beschloss.
- Diese unveränderte rechtliche Stellung der deutschen Volksgruppe musste von der Vertretung des Deutschen Reiches betont werden, wenn sie zeigen wollte, dass die 1940 garantierte staatliche Souveränität und territoriale Integrität Dänemarks gewahrt werde. Deshalb ist gegenüber der dänischen Regierung nie zugegeben worden, dass die deutsche Volksgruppe auf reichsdeutsche Befehle hin handele; vielmehr ist auch dann von selbständigen Entschliessungen der deutschen Volksgruppe gesprochen worden, wenn ihre Organe in Wahrheit unter einem befehlsgleichen Druck deutscher Stellen gehandelt hatten.
- II. *Politisch* ist die Stellung der deutschen Volksgruppe durch die folgenden Tatsachen bestimmt worden:
1. 20 Jahre lang (1920—1940) ist die deutsche Volkstumsarbeit prinzipiell irredentistisch eingestellt gewesen. Auch vor 1933 wurden die nach dem ersten Weltkrieg abgetrennten deutschen Volksteile auf das Ziel „Heim ins Reich!“ ausgerichtet.
  2. Nach der Besetzung Dänemarks wurde der deutschen Volksgruppe eröffnet, dass eine Heimkehr ins Reich nicht stattfinden werde. Gleichzeitig aber wurden die Volksdeutschen aufgefordert, durch freiwillige Opfer für das deutsche Muttervolk zu zeigen, dass sie in ihrer Volkstumsgesinnung gute Deutsche seien.
  3. In jedem von seinem Muttervolk abgetrennten Volksteil lebt einerseits ein gewisses Minderwertgefühl gegenüber dem Muttervolk und andererseits ein gesteigerter Eifer für das Muttervolk. Alle Volksdeutschen (in allen Ländern) waren immer deutscher als die Reichsdeutschen; alle Volksdänen sind heute dänischer als die Reichsdänen. Diese Gefühle der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig sind durch die Besetzung Dänemarks ungeheuer gesteigert worden. Einerseits wurde den Volksdeutschen von den vielen Reichsdeutschen, mit denen sie nun in Berührung kamen, sehr deutlich gezeigt, dass man sie nicht als vollwertige Deutsche ansehe; besonders die reichsdeutsche N.S.D.A.P. verhielt sich ausgesprochen kränkend gegenüber der Volksgruppe. Andererseits unterlag nun die Volksgruppe voll und ganz der deutschen Propaganda, die von ihr viel ernster genommen wurde als von den seit 7 Jahren an sie gewöhnten Reichsdeutschen. Aus beiden Motiven erwuchs ein übersteigerter Opferwille der Volksgruppe für das deutsche Muttervolk.
  4. Dieser Opferwille ist von den interessierten reichsdeutschen Stellen in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet worden. Ob es sich um Freiwilligenwerbung, wirtschaftliche Leistung, Arbeitergestellung, Kinder- und Flüchtlingsunterbringung handelte: immer forderte man von der Volksgruppe das Äusserste, was aus ihr herauszuholen war. Die Rücksichtslosigkeit wurde verschärft durch das Nebeneinander der vielen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Stellen, das für den deutschen „Autoritäten“-Staat (nicht Autoritätsstaat) charakteristisch

war; jede Stelle forderte für ihre Belange 150 prozentige Leistung, als ob der Kriegsausgang von den 30 000 Volksdeutschen in Dänemark abhinge. Eine deutsche Volkstumspolitik, die an die Erhaltung der Substanz der Volksgruppe gedacht hätte, gab es nicht mehr.

III. *Faktisch* begab sich die Führung der deutschen Volksgruppe, als sie die ersten Leistungen für die deutsche Kriegführung versprach, in die gleiche Abhängigkeit gegenüber den deutschen Stellen wie ein Freiwilliger, der in eine Armee eintritt. Es gab kein Zurück mehr, weil jede Änderung der zuerst eingenommenen Haltung als Sabotage der deutschen Kriegführung angesehen und entsprechend behandelt worden wäre. Wenn die Führung der deutschen Volksgruppe zum Beispiel nach dem 29.8.1943 erklärt hätte, die Volksdeutschen könnten als dänische Staatsbürger nicht mehr für die deutsche Kriegführung tätig sein, so wären diese Männer sofort eingesperrt worden, — nicht wegen der Verweigerung der Leistungen, zu denen keine Rechtspflicht bestand, sondern wegen der politischen Demonstration, die eine „Feindbegünstigung“ im Sinne der deutschen Kriegsstrafverfahrensordnung gewesen wäre und mit dem Tode bestraft werden konnte. Am empfindlichsten waren natürlich die deutschen Stellen, die militärische Belange wahrnahmen. Als Dr. Möller um die Jahreswende 1944/45 Einberufungsbefehle des SS-Ersatzkommandos Dänemark kassierte, sollte gegen ihn in der schärfsten Weise vorgegangen werden, was ich durch meine Intervention verhinderte.

Die Führung der deutschen Volksgruppe war also nur bei ihren ersten Massnahmen des Kriegseinsatzes der Volksgruppe relativ frei (relativ, weil auch die Situation von 1940 einen starken — vor allem politischen und psychologischen — Zwang in sich trug!). Von da an aber befand sie sich in einer faktischen Abhängigkeit, die sie zwang, jeden Wunsch deutscher Stellen als Befehl aufzufassen und auszuführen, wenn die handelnden Personen sich nicht schwersten Sanktionen aussetzen wollten.

**Dr. Werner Best.**

# Det tyske kontor.

## 144.

### Vom til det tyske udenrigsministerium angående den tyske folkegruppes deltagelse i de danske valg.

6. feb. 1943.

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

Berlin W 62, den 6. Febr. 1943.

Betr.: Beteiligung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig an den Wahlen in Dänemark.

#### Schnellbrief

An das

Auswärtige Amt

D VIII

Herrn Legationsrat Dr. Reichel

Berlin W 8.

Volkgruppenführer Dr. Möller nimmt in der Frage der Beteiligung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig an den bevorstehenden Wahlen wie folgt ausführlich Stellung:

„Die gesetzmässige, vierjährige Wahlperiode des dänischen Folketings und der dänischen Gemeindevertretungen läuft im Frühjahr d. Jrs. ab, so dass nunmehr die Vorbereitungen für die verfassungsmässig vorgesehenen Neuwahlen eingeleitet worden sind.

Zur bevorstehenden Folketingswahl ergeben sich vom Standpunkt der deutschen Reichspolitik folgende Gesichtspunkte:

1. Eine Verschiebung der Wahl wäre legal nur auf dem Wege der Verfassungsänderung möglich und lässt sich bei der gegenwärtigen Lage in Dänemark auch nicht auf dem Wege über das Ermächtigungsgesetz für die dänische Regierung erreichen.
2. Das Reich ist an einer möglichst konstant-ruhigen Entwicklung in Dänemark interessiert und wird daher der Durchführung der Wahlen keine Hindernisse in den Weg legen wollen.
3. Hinzukommt, dass eine Folketingswahl die Stellung des gegenwärtigen Kabinetts Scavenius unter Umständen absteifen könnte. An einer solchen Festigung der Autorität von Scavenius hat die Reichspolitik z. Zt. ein Interesse.
4. Die dänischen Nationalsozialisten begrüßen ebenfalls die Wahl, da sie hoffen, über die dänischen Arbeiter im Reich einen Vorstoss machen zu können. Voraussetzung dabei ist, dass die Wahlbeteiligung, wie vorgesehen scheint, auch im Reich ermöglicht wird.

Von der Volksgruppenführung aus sind folgende Punkte geltend zu machen:

1. Da die gesamten Kräfte der Volksgruppe seit dem 3. Sept. 39 und insbesondere seit dem 9. April 1940 vollkommen auf den Kriegseinsatz abgestellt sind, ist für die Durchführung einer Wahl bei der Volksgruppe keine innere Resonanz vorhanden.
2. Es würde in der gegenwärtigen Lage bei der Proklamation des totalen Einsatzes im Reich nicht vertretbar sein, den Einsatz der Volksgruppe bei den Kriegsaufgaben durch eine Wahl abzudrängen.
3. Nach den z. Zt. vorliegenden Ermittlungen sind über 7.500 Volksgenossen, die, bis auf einen ganz geringen Prozentsatz, alle im wahlpflichtigen Alter stehen, in Nordschleswig ortsabwesend. Sie stehen entweder im Waffen- oder im Arbeitseinsatz im Reich oder in Jütland. Die Erfassung dieser Volksgenossen für den Wahlvorgang dürfte nicht möglich sein.
4. Die Volksgruppe hält daher eine Beteiligung an der Wahl nicht für zweckmässig, umso mehr als ein, durch den starken auswärtigen Einsatz bedingter zahlenmässiger Rückgang auch vom Standpunkt der Reichspolitik aus nicht als tragbar angesehen werden kann.
5. Die Folge an einer Nichtbeteiligung an der Wahl wäre der Verlust des Folketingsmandats des Volksgruppenführers.
6. Bei einem Verlust des deutschen Folketingsmandats ist die Errichtung einer Volksgruppenvertretung unbedingt notwendig. Damit würde für die Belange der Volksgruppe in Kopenhagen eine Zentrale geschaffen, die gleichzeitig der deutsch-dänischen Befriedigung und der allgemeinen Politik des Reiches nutzbar gemacht werden könnte.
7. Die Forderung nach einer solchen Kanzlei müsste in Verbindung mit etwaigen Verhandlungen über die deutsche Wahlbeteiligung sofort gestellt werden und zwar in der Form, dass gegebenenfalls der Staatsminister von sich aus als Ausgleich für den Verzicht auf die Wahlbeteiligung ein entsprechendes Angebot macht.

Zu den kommunalen Wahlen ist allgemein festzustellen, dass diese die Reichspolitik nicht unmittelbar berühren. Von der Volksgruppe aus sind folgende Punkte geltend zu machen:

1. Für eine Nichtbeteiligung der Volksgruppe sind dieselben Gesichtspunkte geltend zu machen, wie bei der Folketingswahl.
2. Die Folge wäre, dass die Volksgruppe aus sämtlichen kommunalen Körperschaften ausscheidet. Sollten sog. Friedenswahlen auf der Grundlage des status quo allgemein in Nordschleswig möglich sein, würden gegen eine solche Regelung von der Volksgruppe aus keine Bedenken erhoben werden brauchen.
3. Sind solche Friedenswahlen nicht möglich, sollte dafür Sorge getragen werden, dass die Volksgruppe die Möglichkeit erhält, ihre kommunalpolitischen Interessen auf anderer Weise zu vertreten. Zu diesem Zweck könnten von der Volksgruppenführung aus besondere Referenten ernannt werden, mit denen die jeweils zuständigen Personen oder Körperschaften sich in allen Angelegenheiten, die das deutsche Leben betreffen, ins Vernehmen zu setzen hätten.

Die Volksgruppe wird bei der starken Herausstellung der kriegsbedingten Aufgaben, wie sie bereits für die Arbeit in Nordschleswig in den letzten Jahren kennzeichnend ist, für die Notwendigkeit der Durchführung von Wahlen ohnehin kein grosses Verständnis haben, so dass ein etwaiger Beschluss der Volksgruppenführung, sich nicht zu beteiligen, psychologisch der gegenwärtigen Lage angepasst ist. Ausserdem wird diese kriegsbedingte Stellungnahme auch auf das Dänentum zu wirken in der Lage sein.“

Heil Hitler!

**Kubitz.**

SS-Sturmbannführer

## 145.

**Kassler til Lanwer angående et møde mellem dr. Best og dr. Möller.**

19. feb. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
REICHES IN DÄNEMARK

I C/Tgb.Nr.69/43

1 Anlage.

Kopenhagen, den 19.2.1943.

*Lieber Herr Lanwer!*

In der Anlage<sup>1)</sup> sende ich Ihnen unter Bezugnahme auf Ihren Bericht vom 9.2. das Urteil gegen *Kamprad* wieder zurück. Ich habe die Sache dem Herrn Reichsbevollmächtigten vorgetragen und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sich Fälle, in denen Volksdeutsche ohne die erforderlichen Genehmigungen an die Wehrmacht geliefert haben, nicht dazu eignen, bei der dänischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Wir können nun einmal nicht verlangen, dass die dänischen Gerichte die bei den Volksdeutschen vielleicht hier und dort vorliegenden nationalen Motive bei ihrer Rechtsprechung mildernd berücksichtigen. Dies würde in jedem Falle so aussehen, als ob wir für Volksdeutsche eine Sonderstellung vor dem Gesetz verlangen. Dr. Möller, mit dem ich mehrfach über diese Fälle gesprochen habe, ist übrigens auch der Meinung, dass wir bei allen diesen Fällen keine Handhabe haben, auf die dänische Regierung einzuwirken.

Über den Besuch Dr. Möllers möchte ich Ihnen zu Ihrer persönlichen Information kurz noch folgendes mitteilen:

Der Herr Reichsbevollmächtigte hat Dr. Möller gegenüber in der Besprechung, an der auch ich teilnahm, kein Hehl daraus gemacht, dass er verwundert darüber sei, dass Dr. Möller das Telegramm an den Staatsminister gesandt habe<sup>2)</sup>, ohne sich vorher mit ihm in Verbindung zu setzen. Auch brachte er zum Ausdruck, dass es ihm recht ungelogen sei, dass Dr. Möller den Bericht an die Vomi über die Wahlen gemacht habe, weil er darauf bestehen müsse, dass die gesamte Berichterstattung über Dänemark bei ihm zusammenläuft und nur über ihn bezw. durch ihn erfolgt. Dr. Möller konnte sich demgegenüber natürlich darauf berufen, dass er verpflichtet sei, der Vomi als seiner vorgesetzten Dienststelle über alle Vorgänge der Volksgruppe, namentlich auch über die Angelegenheiten, die im kleinen politischen Rat behandelt werden, zu berichten. Der Reichsbevollmächtigte wird diese Fragen mit Brigadeführer Behrends, der wohl demnächst nach Kopenhagen kommt, besprechen. (Auch ist er gegen die von der Vomi angeordnete Berichterstattung an die Ihnen bekannte Stelle in Kiel und will dies für die Zukunft gern beseitigen.)

Es sind zwischen mir und Dr. Möller noch einige kleine Angelegenheiten besprochen worden, die ich wohl im einzelnen nicht anzuführen brauche. Wegen der Zeitfreiwilligen erhalten Sie in den nächsten Tagen einen Erlass. Zu dem Thema Wahlen, das auch in der Besprechung mit dem Herrn Reichsbevollmächtigten berührt wurde, möchte ich mich hier nicht äussern. Ich stelle anheim, sich darüber von Dr. Möller unterrichten zu lassen.

Mit den besten Grüßen und

Heil Hitler!

Kassler.

1) Bilaget ikke medtaget.

2) Telegrammet (af 14/2 1943) er trykt som A. nr. 105.

## 146.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående dr. Möllers stilling til oprettelse af et tysk kontor under statsministeriet.**

24. feb. 1943.

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 24. Februar 1943 19.35 Uhr  
Ankomst: — 24. — 1943 20.15 —

Nr. 197 vom 24.2.

Der Inhalt des Telegramms Nr. 224 (D VIII 407/43) vom 11.2.43 ist mit dem Volksgruppenführer Dr. Moeller besprochen worden. Dr. Moeller hat bestätigt, dass ihm die Schaffung einer Vertretung der Volksgruppe im dänischen Staatsministerium wertvoller wäre als sein gegenwärtiges Folketingsmandat, das ihm als einer Einmannfraktion doch keine Beteiligung an den Reichstagsausschüssen und keinen Einfluss auf die Regierungsarbeiten ermöglicht. Dr. Moeller erstrebt die Schaffung eines Büros im Staatsministerium, das der früheren „Deutschen Kanzlei“ entspricht und durch das unter der Autorität des Staatsministers alle Anliegen der deutschen Volksgruppe bei den Fachministerien vertreten und geregelt werden können. Da Dr. Moeller bereits gegenüber dem Staatsminister von Scavenius diesen Wunsch angedeutet hatte, hat dieser mich darauf angesprochen. Er erklärt mir, dass ihm dieser Plan durchaus einleuchte und dass er seine Verwirklichung für möglich halte.<sup>1)</sup> Diese Frage kann also im Zusammenhang mit der Regelung der Modalitäten der Reichstagswahl zwanglos gelöst werden. Hinsichtlich der Kommunalvertretungen wünscht Dr. Moeller entweder die Vereinbarung einer sogenannten „Friedenswahl“, in der die Verteilung der Mandate unverändert bleibt, oder noch lieber die Einführung von besonderen „Referenten“ der Volksgruppe, die ohne Stimmrecht an den Arbeiten der Gemeindevertretungen und ihrer Ausschüsse teilnehmen. Hierdurch würde erreicht, dass in vielen Gemeindevertretungen, in denen die Volksgruppe zur Zeit nicht oder zu schwach für eine Beteiligung an Ausschüssen vertreten ist, nunmehr eine Mitwirkung durch die erwähnten „Referenten“ stattfinden könnte, die alle die Volksgruppe berührenden Fragen dem Volksgruppenführer und gegebenenfalls über diesen dem „Deutschen Büro“ im Staatsministerium zur Kenntnis geben könnten. Über diese Fragen ist bisher mit der dänischen Regierung nicht gesprochen worden. Ich halte aber auch für sie eine zufriedenstellende Lösung ohne weiteres für möglich. — Die von dem Volksgruppenführer Dr. Moeller vorgebrachten Wünsche stehen nicht im Widerspruch zu meinem Vorschlag, die Reichstagswahl und die Kommunalwahl in Dänemark zuzulassen. Dr. Moeller stimmt vielmehr meinen politischen und rechtlichen Argumenten für die Zulassung der Wahlen durchaus zu.

**Dr. Best.**

<sup>1)</sup> For landsretten har dr. Best den 28. april 1949 forklaret: „Både statsminister Scavenius og afhorte var ivrige efter at få muliggjort valg, og afhorte havde samtaler med Scavenius herom. Scavenius nævnte, at der tidligere havde bestået et tysk kontor. Afhorte greb tanken og gjorde den gældende overfor Berlin.“

## 148.

**Referatnotits fra Abteilung Deutschland angående den tyske folkegruppes stilling til valgene i Danmark (med bilag).**

2. marts 1943.

ABTEILUNG DEUTSCHLAND

D VIII 734 II

**Vortrags-Notiz<sup>1)</sup>**

*Betrifft:* Stellungnahme der deutschen Volksgruppe in Dänemark zu den Wahlen.

Der Volksgruppenführer Dr. Moeller hat sich in einem Schreiben an die Volksdeutsche Mittelstelle und in einer daraufhin veranlassten Aussprache mit dem Bevollmächtigten des Reichs in Kopenhagen dahin geäußert, dass in Anbetracht des Kriegseinsatzes der Volksdeutschen im Reich der Rückgang der deutschen Wahlstimmen in Dänemark so beträchtlich sein würde, dass die Erringung eines Reichstagsmandats ausgeschlossen erschiene, ausserdem aber die deutschen Sitze in den Kommunalvertretungen sehr stark zurückgehen würden. Um dieses politisch unerwünschte Ergebnis zu vermeiden, schlagen der Reichsbevollmächtigte und der Volksgruppenführer vor, dass die Volksgruppe bei der Reichstagswahl Wahlenthaltung übe und die Vertretung der Belange der Volksgruppe von einer beim Staatsministerium zu errichtenden deutschen Kanzlei wahrgenommen werde. Für die Kommunalvertretungen schlägt Dr. Moeller entweder eine Vereinbarung über sogenannte Friedenswahlen, d.h. unveränderte Verteilung der Mandate, oder Verzicht auf Wahlbeteiligung und Wahrnehmung der deutschen Belange bei den Gemeindevertretungen durch Referenten mit nur beratender Stimme, aber dem Recht der ständigen Verbindung mit der deutschen Kanzlei, vor.

Dr. Moeller hat gegenüber dem Staatsminister Scavenius den Wunsch nach Errichtung einer deutschen Kanzlei angedeutet. Dieser hat den Reichsbevollmächtigten darauf angesprochen und erklärt, dass ihm dieser Wunsch einleuchte und dass er seine Verwirklichung für möglich halte. Über die Frage der deutschen Referenten bei den Kommunalvertretungen ist mit der Dänischen Regierung bisher nicht gesprochen worden, doch hält der Reichsbevollmächtigte eine zufriedenstellende Lösung auch für sie ohne weiteres für möglich.

Die Volksdeutsche Mittelstelle unterstützt die Vorschläge des Volksgruppenführers.

Abteilung Deutschland ist der Auffassung, dass, wenn zu erwarten ist, dass infolge des Kriegseinsatzes eines grossen Teiles der Volksgruppenangehörigen mit einem Rückgang der deutschen Stimmen zu rechnen wäre, es zweckmässiger ist, Wahlenthaltung zu üben, als sich an der Wahl zu beteiligen. Gegen die Einrichtung einer sogenannten deutschen Kanzlei und eventuell auch von Referenten bei den kommunalen Behörden bestehen hier umso weniger Bedenken, als sich die sogenannten Staatssekretariate als Vertretung der deutschen Volksgruppen bei den Regierungen in der Slowakei und in Kroatien durchaus bewährt haben und daher auch in Rumänien schon die Errichtung einer ähnlichen Institution geplant war.

Abteilung Deutschland beabsichtigt, den als Anlage beigefügten Drahterlass an die Deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen zu richten und bittet um Weisung.

*Berlin, den 2. März 1943.*

**Bergmann**

Über Herrn Unterstaatssekretär Pol  
und Herrn Staatssekretär  
zur Vorlage  
*beim Herrn Reichsaussenminister.*

Berlin, den . März 1943.

zu Akt.Z. D VIII 734 I

**Telegramm i. Z.**

(geh.Ch.V.)

Diplogerma *Kopenhagen*

Nr. . . . .

Referent: LR Dr. Reichel

Betreff: Vertretung der deutschen Volkgruppe.

Das Auswärtige Amt ist im Einvernehmen mit der Volksdeutschen Mittelstelle mit Vorschlag Volksgruppenführers Moeller betreffend Schaffung einer deutschen Kanzlei im Dänischen Staatsministerium und der eventuellen Einführung von deutschen Referenten bei den Gemeindevertretungen einverstanden.

Gleichzeitig wird gebeten, die Frage, ob bei den Kommunalwahlen sogenannte Friedenswahlen durchgeführt oder auch Wahlenthaltung geübt werden soll, nochmals eingehend zu überprüfen, da die Vereinbarung von Friedenswahlen eventuell als deutsche Wahlbeeinflussung gedeutet und dadurch die durch Zulassung von Wahlen erstrebte politische Wirkung beeinträchtigt werden könnte. Erbitte Drahtbericht.

**Bergmann***Nach Abgang:*

Pol VI

D III

z.Kts.

<sup>1)</sup> Både optegnelsen og bilaget bærer påskriften: *cessat*, „bortfalder“. Brevet er altså ikke blevet videre-sendt til den politiske afdeling.

**150.**

**Udkast til telegram fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående muligheden for både at få det tyske kontor og bevare folketingsmandatet.**

8. marts 1943.

zu Akt.Z. D VIII 734/43

**G-Schreiber**

oder

**Telegramm i. Z.<sup>1)</sup>**

(geh.Ch.V.)

Berlin, den 8. März 1943.

Diplogerma *Kopenhagen*

Nr. 347.

Referent: LR Dr. Reichel.

Betreff: dänische Reichstagswahl.

Auf Telegramm 197 vom 24.2.

Bitte mit Dr. Moeller zu erörtern und berichten, ob nicht bei weitgehender Heranziehung aller volksdeutschen Wahlberechtigten einschliesslich der sich in Deutschland aufhaltenden zusätzlich zu der beabsichtigten Vertretung der Volksgruppe im dänischen Staatsministerium auch das deutsche Folketingsmandat erhalten werden kann.

**Bergmann***Vor Abgang:*

Pol VI

z.Mitz.

<sup>1)</sup> Konceptet bærer påskrift om at være set af Grundherr 8. marts.

## 151.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående drøftelse vedrørende  
rigsdagsvalget og oprettelsen af det tyske kontor.**

8. marts 1943.

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 8. März 1943 14.34 Uhr  
Ankunft den 8. März 1943 15.50 Uhr

Nr. 248 vom 8.3.

Unter Bezugnahme auf Drahterlass Nr. 302 (D VIII 734) vom 27.2.43.

Die Voraussetzungen und Modalitäten der dänischen Reichstagswahl sind im Laufe der letzten Woche mit den beteiligten Stellen erörtert und geregelt worden. Die wichtigsten Ergebnisse sind die folgenden:

1.) Der Staatsminister von Scavenius hat mir nach Rücksprache mit dem gesamten Kabinett und den Sammlungsparteien die Erklärung abgegeben, dass sich an dem Bestand der Zusammensetzung seiner Regierung durch die Wahl nichts ändern werde.

2.) Die Parteien sind damit einverstanden, dass jede Agitation, die die öffentliche Ordnung im Lande stören könnte, unterbleibt. Es werden nur geschlossene Wahlversammlungen der Parteien stattfinden. In der Presse wird negative Polemik vermieden werden.

3.) Die ausserhalb der Landesgrenzen befindlichen dänischen Staatsangehörigen werden an der Wahl teilnehmen. Die erforderlichen Massnahmen werden zur Zeit von der Regierung vorbereitet.

4.) Der Führer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Dr. Moeller hat sich mit dem Staatsminister von Scavenius dahin geeinigt, dass die Volksgruppe nicht an der Wahl teilnimmt, dass aber dafür beim Staatsministerium ein volksdeutsches Büro eingerichtet wird, das die Interessen der Volksgruppe bei allen Ministerien wahrnehmen wird. Dr. Moeller ist von dieser Lösung sehr befriedigt und nannte den 6.3., an dem diese Vereinbarung getroffen wurde, einen historischen Tag der Volksgruppe. Die Festsetzung der Wahl wird durch die üblichen technischen Bekanntmachungen, also ohne politische Note, publiziert werden. Als Termin für die Folketingswahl ist der 23.3., für die Wahl des halben Landstings (mit komplizierterem Wahlverfahren) der 6.4. in Aussicht genommen.

**Dr. Best**

## 152.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående forhandlinger med dr. Møller om folketingsvalget og den tyske folkegruppes stilling dertil.**

9. marts 1943.

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 9. Marts 1943 10.50 Uhr  
Ankunft den 9. Marts 1943 11.35 Uhr

Nr. 251 vom 9.3.

*An Auswärtig Berlin.*

Auf Drahterlass Nr. 347 (D VIII 734) vom 8.3.43.

Die Stellung der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zur dänischen Reichstagswahl 1943 ist in der letzten Woche eingehend mit Dr. Moeller erörtert worden. Dr. Moeller beharrte auf dem Standpunkt, dass die Volksgruppe sich an der Wahl nicht beteiligen könne und wolle. Auf meinen Hinweis, dass die dänischen Nationalisten ihre im Reich und an der Front befindlichen Arbeiter und Freiwilligen zur Wahl heranziehen, erwiderte er, die Volksgruppe wolle sich nur auf ihren Kriegseinsatz und nicht auf Wahlen einstellen. Dr. Moeller hat sich am 6.3. mit dem Staatsminister von Scavenius auf die Schaffung eines volksdeutschen Büros beim Staatsministerium geeinigt und ist mit diesem Erfolg sehr zufrieden. Er nannte den 6.3. einen historischen Tag in der Geschichte der Volksgruppe.

**Dr. Best**

## 153.

**Udkast til telegram fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående officiel dansk godkendelse overfor Tyskland af det tyske kontor.**

11. marts 1943.

Berlin, den . März 1943.

zu Akt.Z. D VIII 932/43 I

**Mit G-Schreiber**

**Telegramm<sup>1)</sup>**

Diplogerma Kopenhagen  
Nr.....

*Ohne besonderen Geheimvermerk*

Referent: LR Dr. Reichel.

Betreff: Volksdeutsches Büro.

Auf Telegramm Nr. 248 vom 8.3.

Zu Punkt 4: Deutsches Büro müsste nach Möglichkeit zwischenstaatlich verankert werden. Bitte daher anzuregen, dass Errichtung deutschen Büros durch Notenwechsel vereinbart wird; wenn das nicht erreichbar, so müsste dänische Regierung der Gesandtschaft amtlich Mitteilung über deutsches Büro machen, die darauf zu bestätigen wäre. Drahtbericht.

**Bergmann**

*Vermerk:*

Die Angelegenheit wurde mit Ges. Rat Kassler, Kopenhagen aus anderem Anlass fernmündl. besprochen. Dr. Kassler teilt mit, dass bereits eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Dänischen Regierung und der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig über die Errichtung des deutschen Büros vorliege. Der Reichsbevollmächtigte sei im übrigen der Ansicht, dass es keine zwischenstaatliche Angelegenheit sei und habe von einem Notenwechsel Abstand genommen. Im übrigen wird Dr. Kassler durch Fernschreiben über den Stand der Angelegenheit berichten.

*Berlin, den 11. 3. 1943.*

**Reichel**

<sup>1)</sup> Telegrammet bærer påskriften: *cessat*, „bortfalder“, og er altså ikke blevet afsendt.

## 154.

### **Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående oprettelsen af det tyske kontor under statsministeriet.**

**11. marts 1943.**

**Telegramm**  
(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 11. Marts 1943 — 20.15 Uhr  
Ankunft: — 11. — 1943 — 20.40 —

*Nr. 270 v. 11.3.43.*

Im Anschluss an Drahtbericht 251 (D VIII) v. 9.3.43.

Die Einrichtung eines volksdeutschen Büros beim dänischen Staatsministerium ist nach Verhandlungen, die im Einvernehmen mit mir der Volksgruppenführer unmittelbar mit dem Staatsminister geführt hat, zwischen dem Volksgruppenführer und dem Staatsminister vereinbart worden. Die Vereinbarung, die am 10.3. d. Js. von der dänischen Regierung voröfentlicht wurde, hat den folgenden Wortlaut (Übersetzung): „Da die deutsche Volksgruppe auf Grund der besonderen Verhältnisse nicht beabsichtigt, sich an den bevorstehenden Reichstagswahlen zu beteiligen, und da die Regierung Wert darauf legen muss, dass es der Volksgruppe ermöglicht wird, die Verbindung mit ihr aufrechtzuerhalten, hat man beschlossen, eine Stelle beim Staatsministerium zu errichten, durch die die Volksgruppe unter diesen Verhältnissen die Möglichkeit erhält, der Regierung Fragen, die die Interessen der Volksgruppe berühren, vorzutragen. Auf Grund des Finanzgesetzes werden die zur Bestreitung der Unkosten des Büros notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.“

Unsere politische Stellung in Dänemark bietet m. E. die zuverlässige Garantie dafür, dass sich die dänische Regierung an diese Abmachung hält. Ich halte es deshalb weder für notwendig noch für zweckmässig, wegen des volksdeutschen Büros eine zwischenstaatliche Vereinbarung zu treffen. Sie würde für das Reich nur eine unnötige Bindung bedeuten, während uns der jetzige Zustand für die Zukunft alle Möglichkeiten der Gestaltung des Verhältnisses der Volksgruppe zum dänischen Staat offen lässt.

**Dr. Best**

## 155.

**Himmler til Werner Lorenz angående den tyske folkegruppes deltagelse i folketingsvalget.**

11. marts 1943.

**Fernschreiben<sup>1)</sup>***An**SS-Obergruppenführer Werner Lorenz  
Berlin.**Lieber Werner!*

Aus der Zeitung entnehme ich, dass sich die Deutsche Volksgruppe bei den Wahlen in Dänemark nicht beteiligt. Mir ist diese Entscheidung zwar vorher nicht vorgelegt worden, ich bin aber, da sie richtig ist, damit einverstanden.

Besprechen Sie bitte sofort mit SS-Gruppenführer Berger, der ja die germanischen Dinge zu bearbeiten hat, dass ich es für richtig hielte, wenn die deutsche Volksgruppe geschlossen die dänische nationalistische Liste wählen würde, denn wir dürfen bei den dänischen Nationalisten keinen Stimmenrückgang haben.

Über das Ergebnis der Besprechung bitte ich mir FS. zu schicken. Ich werde Ihnen dann für die Deutsche Volksgruppe einen entsprechenden Befehl durchgeben.

Heil Hitler!

Ihr

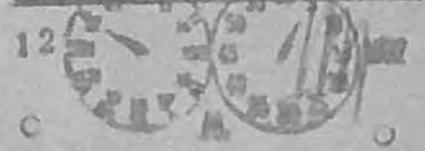
gez. **H. Himmler***ferschriftlich gleichzeitig**zur Kenntnisnahme an SS-Gruppenführer Berger.*

11. 3. 1943. RF/V.

<sup>1)</sup> Øverst til højre er brevet forsynet med et stempel: *Persönlicher Stab Reichsführer SS. Schriftgutverwaltung 1943 Akt. Nr. . . . .* Et andet stempel nedenunder viser, at brevet er blevet sendt gennem Vomi.

785

Persönlicher Stab Reichsführer-SS  
 Sachgutverwalt. Amt  
 Rkt. R. 12. 3. 43 56



+++ vom1 berlin fs.nr.444 12.3.43 2132 ==ke==

an den reichsfuehrer -ss ,  
feldkommandostelle.==

reichsfuehrer.

habe in angelegenheit wahl daenemark mit gruf. b e s t r ueckspra-  
che genommen.gruf.best mitteilte ,dass bereits im sinne ihres  
vorschlages verhandlungen zwischen moeller und clausen angebahnt.  
gruf.best vertrat auffassung ,teilnahme wahl volksdeutscher an  
liste clausen,dabei jedoch freiheit fuer moeller in form der  
durchfuehrung.

in einvernehmen mit ostubaf.riedweg schlage ich folgende  
loesung vor.:

- 1.) stimmhaltung bleibt nach aussen aufrechterhalten.
  - 2.) tatsaechliche wahlbeteiligung der volksgruppe an liste clausen.
  - 3.) durchgabe dieser anweisung erfolgt von mund zu mund.
- moeller erhaelt genehmigung ,weger wirkung *bedeuten auf Dänem.*  
gemaess veroeffentlichter stimmhaltung ,einzelne  
amtliche vertreter der volksgruppe von wahl zurueckzuhalten.==

h e i l h i t l e r ,  
b e h r e n d s ,

†brigadefuehrer und generalmajor der polizei.==+++

Vorn til Himmler angående den tyske folkegruppes deltagelse i folketingsvalget.  
 12. marts 1943.

156.

## 157.

Vomi til dr. Brandt angående den tyske folkegruppes deltagelse  
i folketingsvalget.

12. marts 1943.

vomi berlin fs. nr. 447 12.3.43 2142 — ke —

*an den reichsfuehrer-SS*  
*z. hd. SS-obersturmbannfuehrer*  
*dr. brandt.*

*lieber kamerad brandt.*

auf grund unserer ruecksprache teile ich zu fs an rf-SS ergaenzend folgendes mit:  
volksgruppe nimmt an, dass es nach den jetzt getroffenen vereinbarungen mit der daenischen staatsregierung illoyal sein wuerde sich an wahl zu beteiligen, da durch einrichtung deutscher kanzlei im daenischen staatsministerium die durch stimmenthaltung verlorengene rechte von regierung zugesichert worden sind, und damit staerkere rechtstellung deutscher volksgruppe geschaffen ist.

„dr. moeller glaubt, dass von daenischer seite auf 100 prozentige stimmbeteiligung hinarbeiten wuerde. traete, was bei frueherer wahl schon vorgekommen ist, der fall ein, dass nunmehr in einer kleineren gemeinde die waehler sich 100 prozentig beteiligten, und zwar natuerlich dann nur fuer daenische listen, so wuerde damit feststehen, dass die bisherigen deutschen stimmen fuer eine daenische partei abgegeben seien. abgesehen von dem vorwurf der illoyalitaet steht in diesem falle auch zu befuerchten, dass die auslandspropaganda sich in dem sinne betaetigt, dass die deutschen nicht hinter dem volksgruppenfuehrer und damit dem reich<sup>1)</sup> stehen, dass also die proklamation der stimmenthaltung anscheinend nur aus furcht davor erfolgt sei, dass diese tatsache bei der wahl sichtbar werde.“

*vorschlage:*

wenn wahl fuer clausen stattfinden soll meinen punkt 4 in fs. an rf-SS dahin zu erweitern : nach entscheidung moellers nicht nur fuer besondere amtswalter sondern auch in gemeinden, in denen wahlbeteiligung auffaellig wird, stimmenthaltung durchzufuehren.

heil hitler,

gez. **behrends,**

SS-brigadefuehrer und generalmajor der polizei.

+ 2200 ein (1) nr. 447 12. 3. 43 erh/grei v h w d.

<sup>1)</sup> Der stær tilsyneladende *rechts* i teksten. Den rigtige læsning må sikkert være = *reich*.

## 158.

**Abteilung Deutschland erklærer sig indforstået med, at der ikke træffes nogen mellemstatlig overenskomst angående oprettelsen af det tyske kontor under statsministeriet.**

13. marts 1943.

ABTEILUNG DEUTSCHLAND

D VIII 991/I

Aus der Erwägung, dass eine zwischenstaatliche Verankerung des „Deutschen Büros“ beim dänischen Staatsministerium einen dem politischen Gewicht des Reichs in seinen Beziehungen zu Dänemark entsprechenden Wert hat, andererseits die beste Sicherung der getroffenen Vereinbarung in eben diesem politischen Gewicht auch unabhängig von einer besonderen Abmachung liegt, schliesst sich Referat D VIII der Ansicht des Bevollmächtigten des Reichs in Dänemark an. Der Leiter der Abteilung Deutschland hat dieser Auffassung zugestimmt.

Hiermit Pol VI mit der Bitte um Mitzeichnung desbeiliegenden Telegramms<sup>1)</sup> vorgelegt.

*Berlin, den 13. März 1943.*

Reichel

<sup>1)</sup> A. nr. 160.

## 159.

**Det tyske konsulat til gesandtskab i København angående dr. Möllers tale på underføreremødet i Tinglev.**

15. marts 1943.

S/Nschl./7

15. März 1943

*Inhalt:* Amtswaltertagung in Tingleff.

1 Anlage.

*An den Herrn  
Bevollmächtigten des Reiches  
Kopenhagen  
Dagmarhus.*

Den Verlauf der Amtswalter-Tagung, die gestern in Tingleff stattfand und an der ich als Gast teilgenommen habe, sowie den Inhalt der etwa zweistündigen Rede des Volksgruppenführers Dr. Möller bitte ich aus dem beigefügten Zeitungsausschnitt zu entnehmen. Ergänzend möchte ich auf folgende Punkte der Ansprache näher eingehen:

- 2) Dr. Möller beabsichtigte — wie er mir auch einige Tage vor der Amtswaltertagung mitteilte — in sehr deutlicher Form die deutsche Volksgruppe aufzufordern, sich bei der Wahl der Stimme zu enthalten. Er glaubte sich zu einer solchen Wahlparole aus Gründen der Loyalität gegenüber dem Staatsminister und auch mit Rücksicht auf die

noch bevorstehenden Verhandlungen wegen der Einrichtung des Deutschen Kontors verpflichtet.

Um eine Stimmenthaltung in denkbar grösstem Umfang zu gewährleisten, wollte er die Beteiligung an der Wahl als einen schweren Verstoss gegen die Volksgruppendisziplin darstellen und als Strafmassnahmen den Ausschluss aus der volksdeutschen Gemeinschaft androhen. Auf Grund der bekannten „letzten Weisung“ wurde diese Absicht nicht ausgeführt. Vielmehr ging Dr. Möller kurz auf die Argumente ein, die für ein Fernbleiben von der Wahlurne sprechen, während er andererseits die Möglichkeit offen liess und dafür Verständnis zeigte, dass ein Teil der Volksdeutschen seine Stimme für Fritz Clausen abgeben würde. Hierzu bemerkte er allerdings, dass man nach seiner persönlichen Ansicht Fritz Clausen, der ohnehin als von Berlin abhängiger Parteiführer gebrandmarkt und aus diesem Grund als Volksverräter abgelehnt werde, durch eine deutsche Stimmenabgabe für die dänischen Nationalsozialisten, die auf keinen Fall geheimbleiben könne, einen schlechten Dienst leiste. Kurzum: Dr. Möller hat die *offizielle Wahlparole der Nichtbeteiligung* so erläutert, dass unter den Zuhörern der Eindruck entstand, dass eine Wahl für Fritz Clausen nicht untersagt, vielleicht sogar sehr verständlich sei. Vor allem konnte man den Ausführungen Dr. Möllers entnehmen, dass er bei einem gewissen Prozentsatz der Volksdeutschen mit einer Wahlbeteiligung rechnet und diese als Volksgruppenführer nicht verhindern kann.

- 3) An den Kommunalwahlen werde sich die Volksgruppe ebenfalls nicht beteiligen. Er habe daher beim Staatsminister die Forderung gestellt, dass die Volksgruppenführung für jede Gemeinde einen politischen Referenten ernennen wolle, der an allen Rats- und Ausschusssitzungen beratend teilnehmen könne. Dieser Referent solle u. a. das Recht haben, jeden von der Volksgruppe zu beanstandenden Beschluss über das Deutsche Kontor dem zuständigen Ministerium zur Entscheidung vorzulegen. Scavenius habe diesen Vorschlag als völlig indiskutabel bezeichnet und ihm angeboten und fest zugesichert, dass in ganz Nordschleswig (d. h. bis zur kleinsten Gemeinde) Friedenswahlen durchgeführt würden.
- 4) Dr. Möller schilderte die Verhandlungen mit Scavenius betr. Deutsches Kontor. Er betonte, dass es sich um eine freiwillige Vereinbarung handle, die nicht auf deutschen Druck zustande gekommen sei. Andererseits zeichnete er deutlich die anfänglich unüberwindlichen Schwierigkeiten auf, die nur „mit Gottes bester Hilfe“ überwunden worden seien. Er wies darauf hin, dass von einigen dänischen Zeitungen die Lebenszeit des Deutschen Kontors nur auf die Dauer des Krieges bzw. der Abwesenheit im Folketing begrenzt worden sei, und betonte, dass von solchen Einschränkungen in seinen Verhandlungen mit dem Staatsminister keine Rede gewesen sei.
- 5) Dr. Möller ging nochmals die Fälle Schülein und Warncke ein. Er führte hierzu u. a. aus, dass die Volksgruppe solche Angriffe auf keinen Fall ungestraft lassen könne. „Wenn die dänische Regierung nicht eingreifen kann, werden diese Hetzer von uns bestraft werden. Das kann heute sein oder morgen oder bei siegreicher Rückkehr unserer Freiwilligen, die die Angriffe gegen die Ehre der Front keineswegs auf sich sitzen lassen können.“ Das solle keine Drohung sein, sondern sei lediglich eine Feststellung.
- 6) Dr. Möller begründete die Notwendigkeit des Zeitfreiwilligendienstes mit einigen Ausführungen über die Möglichkeit einer Invasion in Jütland und — wie schon in Hadersleben — mit der für Volksdeutsche im Augenblick eines Invasionsversuchs lebensgefährlich deutschfeindlichen Einstellung der dänischen Bevölkerung. Er wiederholte seine Haderslebener Worte: „Es ist beruhigend für Volksdeutsche, bei solchen Gelegenheiten eine Knarre in der Hand zu haben, zumal sicherlich ausser mir ein grosser Teil der Amtswalter auf der schwarzen Liste der Dänen steht.“
- 7) Im Zusammenhang mit einer Kritik an volksgruppenfeindlichen Beschlüssen einiger Gemeindevertretungen verkündete Dr. Möller, dass die Volksgruppe ab heute den Wunsch nach vollständiger Kulturautonomie vor aller Öffentlichkeit als prinzipielle Forderung erhebe. Eine nähere Erläuterung dieser Forderung wurde jedoch nicht gebracht.

## 160.

**Udkast til telegram fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående enighed med dr. Best i hans synspunkter vedrørende oprettelsen af det tyske kontor.**

17. marts 1943.

Berlin, den 17. März 1943.

zu Akt.Z. D VIII 991/43 I

**G-Schreiber**

oder

**Telegramm i. Z. (geh. Ch. V.)**

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 403.

*Referent:* LR Dr. Reichel.

*Betreff:* Deutsches Büro.

Nr. 141 18/3 0240 erhalten D G Kopenhagen KHL

Auf Telegramm Nr. 270 vom 11.3.

Mit dortiger Auffassung einverstanden.

**Bergmann**

## 161.

**Dr. Möllers valgparole for valget den 23. marts 1943.**

(Offentliggjort i „Nordschleswigsche Zeitung“ den 22. marts).

**Wahlparole der deutschen Volksgruppe zum 23. März**

Um Zweifel zu beheben, wird hiermit ausdrücklich betont, dass die deutsche Volksgruppe an der Wahl am 23. März *nicht* teilnimmt.

Wie schon bekanntgegeben, haben wir für das verlorene Reichstagsmandat das Kontor der deutschen Volksgruppe im Staatsministerium erhalten.

**Dr. Möller.**

## 163.

**Ansøgning fra Vomi om visum til Stehr og Peter Petersen,  
der skal forhandle med Vomi.**

30. marts 1943.

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

Berlin W 62, den 30. März 43

**Schnellbrief**

An das

*Auswärtige Amt  
Herrn Legationsrat Dr. Reichel  
Berlin W 35*

*Betr.:* Einreiseerlaubnis für Schatzwart Peter Petersen  
und Assessor Rudolf Stehr, Nordschleswig.

*Aktz.:* II/1436 Dr. Si/Pu.

Der Schatzwart und Leiter des Volksgruppenamtes der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, Peter Petersen, Apenrade, und der Leiter des Amtes für Agrarpolitik, Assessor Rudolf Stehr, Hadersleben, werden von der Volksdeutschen Mittelstelle für die Zeit vom 7.—13.4.43 zu Besprechungen nach Berlin angefordert.

Es sollen die laufenden politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig mit den beiden Herren besprochen werden. Ausserdem ist Ass. Stehr als Leiter des neuen „Deutschen Kontors“ im dänischen Staatsministerium vorgesehen und er soll über seine neuen Aufgaben in dieser Stellung mit der Volksdeutschen Mittelstelle verhandeln.

Die Volksdeutsche Mittelstelle bittet, das Deutsche Konsulat in Apenrade anzuweisen, dass gegen die Einreise der beiden Herren keine Bedenken bestehen.

Heil Hitler!

i. A.

**Sichelschmidt**

SS-Hauptsturmführer

## 165.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående økonomisk hjælp til lederen af det tyske kontor, Rudolf Stehr.**

9. aug. 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
REICHES IN DÄNEMARK

København, den 9. Aug. 1943

*I C N Sch 16*

*Betr.:* Gewährung einer finanziellen Beihilfe  
an den Leiter des Kontors der deutschen  
Volksgruppe in Kopenhagen.

— 2 Durchschläge —  
— 1 Anlage —

*An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.*

Der auf Vorschlag des Volksgruppenführers Dr. Möller im Mai ds.Js. von der dänischen Regierung zum Leiter des Kontors der deutschen Volksgruppe beim dänischen Staatsministerium ernannte Volksdeutsche Rudolf Stehr hat mich wegen der Gewährung eines laufenden monatlichen Gehaltszuschusses aus amtlichen Mitteln des Reiches um Unterstützung gebeten.<sup>1)</sup>

Das Kontor der deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium ist letzterem verwaltungsrechtlich und haushaltsmässig unterstellt, so dass die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung des Kontors von der dänischen Regierung getragen werden. Durch Erlass des dänischen Staatsministeriums vom 26. Mai wurde Herrn Stehr eine beamtenähnliche Stellung verliehen, die dadurch gekennzeichnet wird, dass Stehr die Amtsbezeichnung Kontorchef, d.h. den Titel eines höheren dänischen Verwaltungsbeamten führt und dass seine Dienstbezüge nach der Anfangsgehaltsstufe eines dänischen Kontorchefs festgesetzt worden sind. Das Jahresgehalt von Stehr beläuft sich auf rund Kr. 11.000. Herr Stehr macht geltend, dass die ihm von der dänischen Regierung bewilligten Bezüge zur Durchführung der ihm gestellten volkstumpolitischen Aufgaben, die in erster Linie in der Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung zu den dänischen Ministerien bestehen, in keiner Weise ausreichen, da sie ihm die erforderliche Bewegungsfreiheit nicht ermöglichen.

Ich habe mich davon überzeugt, dass die Ausführungen des Herrn Stehr zutreffen. Damit das auf unsere Initiative hin eingerichtete Kontor der deutschen Volksgruppe die Funktion erfüllen kann, die ihm zugedacht ist, muss der Leiter des Kontors auch wirtschaftlich in der Lage sein, die Beziehungen der Volksgruppe zur dänischen Regierung, die grösstenteils erst angebahnt worden sind, auszubauen und zu pflegen. Hierfür sind laufend gewisse Aufwendungen erforderlich, die von dem Gehalt Herrn Stehrs nicht bestritten werden können. Unter anderem ergibt sich für Herrn Stehr die Notwendigkeit, mit seiner Familie (Frau und ein Kind) aus Hadersleben nach Kopenhagen überzusiedeln und hier eine geeignete Wohnung zu mieten.

Ich bitte daher, Herrn Stehr aus amtlichen Mitteln, gegebenenfalls aus dem Kriegskostensonderfonds monatlich eine Beihilfe in Höhe von Kr. 1.200 zu bewilligen. Dieser

Betrag wäre zweckmässig hier monatlich an Herrn Stehr persönlich auszuhändigen. Ein Lebenslauf des Herrn Stehr ist in der Anlage beigelegt.<sup>2)</sup>

**W. Best.**

- 1) Allerede den 29. juli 1943 havde Stehr i en skrivelse til folkegruppekontoret i Aabenraa gjort opmærksom på, at der i forbindelse med kontorets arbejde kunne blive tale om udgifter, som ikke uden videre kunne opføres på statsministeriets budget. Han håbede, at der ved et samarbejde mellem folkegruppekontorerne kunne findes en måde, hvorpå spørgsmålet kunne klares. Til rapport af 18. februar 1948 har Stehr forklaret, at han omtalte dette problem for dr. Best, som derefter sørgede for et tilskud, der udbetaltes direkte fra legationskassen. Beløbet, 1 200 kr. om måneden, var blevet fastsat af dr. Best uden hans medvirken. Pengene var en slags dispositionsfond til afholdelse af repræsentations- og rejseudgifter m. m.
- 2) Medtages ikke her.

## 166.

### Optegnelser fra det tyske udenrigsministerium angående understøttelse til Stehr som leder af det tyske kontor.

18. og 21. aug. 1943.

LR DR. REICHEL

zu Inl. II C 3484/43

Falls es haushaltstechnisch möglich sein sollte, Dr. *Stehr* die 1.200.-Dkr. monatlich von Seiten des Amtes zu bewilligen, würde dies von hier aus begrüsst werden, denn dadurch, dass Stehr von uns bezahlt würde, würde er auch in seiner Arbeit entsprechend an das Auswärtige Amt gebunden werden.

Hiermit zunächst

dem Herrn Leiter der Gruppe Inland II

mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt, dass die Angelegenheit von hier aus im Sinne des Vorschlages des Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark weiter betrieben wird.

*Berlin, den 18. August 1943.*

**Reichel**

LR Wagner ist einverstanden, bittet aber, da es sich um eine Devisenangelegenheit handelt, die zuständige Stelle von Pers. vorher zu beteiligen.

*Westf., den 21.8.1943.*

**Bramer<sup>1)</sup>**

<sup>1)</sup> Læsningen af navnet er usikker.

## 167.

**Uddrag af „Schulungsbrief der NSDAP Nordschleswig“ 2. række, nr. 9, med stillingtagen til valget og oprettelsen af det tyske kontor.**

[1943].

**Schulungsbrief der NSDAP Nordschleswig.<sup>1)</sup>**

**2. Folge, Nr. 9.**

*Zwischen Winter und Sommer. — Wo stehen wir?*

Wir blieben den Wahlen fern. Unser Kriegseinsatz erlaubte uns keinen parlamentarischen Wahlkampf. Auf der andern Seite aber lehnen wir an sich diesen lächerlichen Parlamentarismus ab, denn er entspricht nicht unsern politischen Lebensformen. Diese konsequente Haltung hat uns einen entscheidenden Sieg eingebracht: Wir haben das demokratische Folketingsmandat vertauscht mit einem nationalsozialistischen Kontor im dänischen Staatsministerium. Damit haben wir unsere Lebensform in unserer Vertretung beim demokratischen Staatswesen durchgesetzt. Gleichzeitig vollzog sich damit der erste nationalsozialistische Einbruch in das dänische Staatsgefüge. Dieser Einbruch musste kommen, denn auf die Dauer kann der dänische Staat, dessen Staatsbürger wir ja wider unsern Willen sind, nicht verlangen, dass wir als Angehörige des grössten europäischen Volkes uns den demokratischen Lebensformen fügen. Er hat vielmehr dafür zu sorgen, sofern er uns behalten will, dass wir auch als Nationalsozialisten in voller Freiheit unserer völkischen und weltanschaulichen Einstellung gemäss leben können. In dem Ringen um die Lösung der Spannung, die aus zwei verschiedenen Weltanschauungen entspringt, haben wir also einen wirklichen und wegweisenden Erfolg davongetragen, der die Möglichkeit einer endgültigen Lösung in allen Fragen wesentlich fördern wird.

So haben wir trotz erbitterter Gegnerschaft den Weg öffnen können für einen ungehemmten Einsatz an der Seite unseres Volkes und im Sinne unserer Weltanschauung.

<sup>1)</sup> Skrevet af lærer Asmus Wilhelm Jürgensen, „Asmus von der Heide“.

## Uddrag af „Politische Informationen für die deutschen Dienststellen in Dänemark“ med redegørelse for det tyske kontors arbejde.

1. jan. 1944.

### V. Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.

#### 1. Das Kontor der Volksgruppe beim Staatsministerium.

Die Errichtung des Kontors der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium geht auf Verhandlungen zurück, die aus Anlass der Folketingswahl zu Beginn des Jahres 1943 von der Volksgruppenführung mit dem Reichsbevollmächtigten und von diesem mit der dänischen Regierung geführt wurden. Da die Volksgruppe schon damals im Zuge ihres Kriegseinsatzes ausserordentlich starke Kräfte aus Nordschleswig abgegeben hatte, kam eine Beteiligung an der Wahl nicht in Frage, sodass es nötig wurde, für das verlorengelohnte Abgeordneten-Mandat eine anderweitige Vertretung der Volksgruppe in Kopenhagen sicherzustellen. Die Volksgruppenführung vertrat die Auffassung, dass ihr Kriegseinsatz entscheidend und zugleich stärker als es durch eine Wahl überhaupt möglich sei, den Standpunkt der Volksgruppe zum Ausdruck bringe. Dieser Kriegseinsatz dürfe aber nicht zur Folge haben, dass die Volksgruppe jede Vertretung in Kopenhagen verliere, umso mehr als gerade der Krieg viele neue Probleme aufgeworfen habe, durch welche eine ständige Verbindung sowohl zu den dänischen als auch zu den deutschen Dienststellen in Kopenhagen erforderlich geworden sei.

Nachdem die dänische Regierung der Errichtung des Volksgruppenkontors zugestimmt hatte, wodurch eine Verlagerung der Volksgruppenvertretung aus der Legislative in die Verwaltung hinein stattfand, wurde Rudolf Stehr aus Hadersleben auf Vorschlag des Volksgruppenführers Dr. Möller am 26. Mai 1943 von Staatsminister von Skavenius mit der Amtsbezeichnung Kontorchef zum Leiter des Volksgruppenkontors in Kopenhagen ernannt. Stehr war von 1935 bis 1937 als Dezernent im Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein und vom Sommer 1937 ab in Nordschleswig tätig, wo er das Amt für Agrarpolitik, sowie das Amt für Presse und Propaganda der Volksgruppe aufgebaut hat.

Die Errichtung des Volksgruppenkontors hatte in der dänischen Öffentlichkeit — insbesondere während des Wahlkampfes zu Beginn des Jahres 1943 — viele Kommentare ausgelöst, die durchweg zurückhaltend, zum Teil ablehnend waren. Gerade mit Rücksicht auf diese Stimmen wurden in den einleitenden Verhandlungen mit dem dänischen Staatsminister von Skavenius Wert darauf gelegt, die Richtung, in der sich die Arbeit der Volksgruppe und damit auch die Tätigkeit des Kontors bewegen werde, klar herauszustellen. Dem Staatsminister wurde erklärt, dass das Kontor seine Arbeit im Sinne einer deutsch-dänischen Befriedung im Grenzlande durchführen werde. Man sei innerhalb der Volksgruppenführung der Auffassung, dass die deutsch-dänischen Gegensätze in den letzten hundert Jahren zwar historisch erklärlich aber für die Zukunft keineswegs notwendig seien. Im Zuge des Schicksalskampfes des Reiches, von dem letztlich die künftige Gestaltung des gesamten europäischen Kontinents abhängig sei, hätten innereuropäische Spannungen überhaupt ihren Sinn und ihre Berechtigung verloren. Die während des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit erkennbar gewordenen Hemmungen gegenüber dem Volksgruppenkontor haben auch keinen Einfluss auf die Zusammenarbeit mit den dänischen Ministerien ausgeübt. Vielmehr ist von dort aus des öfteren betont worden, dass die Errichtung des Kontors auch im dänischen Interesse liege, weil jetzt die Möglichkeit vorhanden sei, alle die Volksgruppe berührenden Angelegenheiten von Anfang an über das Kontor mit der Volksgruppenführung abzustimmen und auf diese Weise Reibungen von vornherein auszuschalten.

Das Kontor hat seine Arbeitsgebiete wie folgt aufgegliedert:

## I. Politik.

1. Allgemeines und Gesamtentwicklung des deutsch-dänischen bezw. des deutsch-skandinavischen Verhältnisses.
2. Stellung und Einsatz der Volksgruppe.
3. Presse und Propaganda.

## II. Kultur.

1. Allgemeines und Grundsätzliches zur Kulturpolitik.
2. Erziehung und Schulwesen.
3. Kirche und religiöse Strömungen.
4. Büchereiwesen, volksdeutsche Verlage und ähnliches.

## III. Wirtschaft und Sozialpolitik.

1. Allgemeines.
2. Landwirtschaft (Landesbauernschaft Nordschleswig).
3. Handel und Gewerbe (Deutsche Berufsgruppe Nordschleswig).
4. Währungs- und Transferprobleme, Bank- und Kreditfragen.
5. Arbeitseinsatz, Löhne und Preise, sozialpolitische Massnahmen.

Im Zuge der Bestrebungen der Volksgruppe, einerseits der gesamt-europäischen Politik des Reiches in Dänemark zu dienen und zum andern die Volksgruppe in den Kriegseinsatz einzuschalten, liegt das Schwergewicht der Arbeit zur Zeit in der politischen Abteilung und zwar in dem Aufgabenbereich: Stellung und Einsatz der Volksgruppe. Ausserdem sind bisher auch schon eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Problemen in Angriff genommen, während das Bestreben des Kontors in der kulturpolitischen Abteilung dahin geht, die freie kulturelle Entfaltung der Volksgruppe und insbesondere eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Schule sicherzustellen.

Bei der Durchführung dieser Aufgaben ist inzwischen bereits zu den meisten dänischen Ministerien Verbindung aufgenommen worden. Die Angliederung des Kontors an das Staatsministerium ist nur administrativer und finanztechnischer Art; im übrigen verhandelt das Kontor immer unmittelbar mit dem jeweils zuständigen Ministerium. Da nach dem dänischen Geschäftsverteilungsplan Volksgruppenangelegenheiten (Mindretalsspørgsmaal) im Kgl. Dänischen Aussenministerium bearbeitet werden, wurde die Aufrechterhaltung eines laufenden Kontakts in allen Angelegenheiten zu diesem Ministerium notwendig. Darüber hinaus ist aber auch mit den Fachministerien verhandelt worden, so in Schulangelegenheiten mit dem Unterrichtsministerium, in Fragen des Staatsangehörigkeitsrechtes und der Gesundheitsfürsorge mit dem Innenministerium, in arbeitspolitischen Angelegenheiten mit dem Arbeitsministerium bezw. dem Sozialministerium.

Selbstverständlich wird auf der anderen Seite — schon durch den Kriegseinsatz der Volksgruppe bedingt — in allen Angelegenheiten ein enger laufender Kontakt mit der Behörde des Reichsbevollmächtigten gewahrt.

Seit dem Rücktritt der Regierung des Staatsministers von Scavenius am 29.8.1943 hat sich die Wahrnehmung der Belange der Volksgruppe naturgemäss noch stärker als bisher auf den administrativen Sektor verlagert. Da das Recht der Departementschefs, „Gesetzesanordnungen“ zu erlassen, sehr eng ausgelegt wird, hat die Volksgruppe heute kaum Gelegenheit, Gesetzesvorschläge, die eine grundlegend neue Richtung einschlagen, gefördert zu erhalten. Das wirkt sich für die Arbeit des Kontors auf dem kulturellen Sektor etwas hemmend aus. Trotzdem hat sich aber auch hier die Möglichkeit ergeben, die vorliegenden Aufgaben weiter zu fördern, sodass die Kontinuität der gesamten Arbeit gesichert erscheint.

Politisch ist über den engeren Bereich der Volksgruppe hinaus von Bedeutung, dass die Arbeit des Kontors auch von massgeblicher dänischer Seite als Beitrag der Volksgruppe zur Befriedung des deutsch-dänischen Verhältnisses im Grenzland gewertet wird und in Verbindung mit dem Kriegseinsatz als Beitrag der Volksgruppe zur Förderung der Reichspolitik aufgefasst werden darf.

## 169.

**Udkast til skrivelse fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående understøttelse til Stehr som leder af det tyske kontor.**

26. jan. 1944.

Ref. AR Fleissner

den 26. Januar 1944<sup>1)</sup>

Inl. II C 228

D/Ko.  
Rs.1.b.Li.

*Eilt!*

Auf das Schreiben vom 12.d.M.  
I C N Sch 16

*Betr.:* Beihilfe von laufend monatlich 1200 dkr.  
an den Leiter des Kontors der Deutschen  
Volksgruppe Rudolf Stehr.

*An den  
Reichsbevollmächtigten  
in Dänemark  
Kopenhagen*

Da nach Bericht vom 18. Oktober 43 — I C N Sch 16 — die Beihilfe laufend aus dem dortigen Kassenbestand gezahlt werden kann und die Volksdeutsche Mittelstelle nunmehr bereit ist, den Reichsmarkgegenwert aus ihren Mitteln aufzubringen, wird gebeten, laufend monatlich 1200 dkr. mit rückwirkender Kraft dem Leiter des Kontors der Deutschen Volksgruppe, Rudolf Stehr, zur Verfügung zu stellen (Auftragszahlung).

Es wird gebeten, laufend monatlich über die Höhe des Reichsmarkgegenwertes der gezahlten Beihilfe zu berichten und beim ersten Bericht mitzuteilen, von welchem Monat an die Beihilfe zur Verfügung gestellt worden ist.

Im Auftrag  
gez. Reichel

*Nach Abg.*

Pers R. Dev. z. Kts.  
wv: nach 6 Wochen.

*Vermerk:*

Unter dem 18. Oktober v. J. hat die Dienststelle in Kopenhagen berichtet, dass sie die monatliche Beihilfe laufend auf dem Kassenbestande zahlen kann. Die Vomi (Oberführer Wieland) hat sich fernmündlich mit der Bereitstellung des RM-Betrages einverstanden erklärt.

*Büro Inl. II C:*

Von der Vomi soll eine schriftliche Äusserung wahrscheinlich vom November 1943 auf unser Schreiben vom 30.10.43 Inl. II C 4375 vorliegen. Gegebenenfalls bitte beifügen.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Øverst til højre bærer conceptet påtegningen: *Z.d.A.F[leissner]* 24/7.

<sup>2)</sup> Nedenunder tilføjet: *Nein Ba* 3/2 44.

## C. Nordschleswigsche Zeitung.

171.

**Ernst Schröder til dipl. købmand Imhof, Berlin, angående  
„Nordschleswigsche Zeitung“.**

21. jan. 1944.

S./D.

21. Januar 1944

Herrn

Dipl.Kfm. Willy Imhof,  
Vera Verlagsanstalt G.m.b.H.,  
Berlin W.35  
Potsdamerstr. 68.

*Lieber Herr Imhof!*

Nun wollte ich Ihnen, da Sie ja leider in nächster Zeit nicht hierher kommen können, einiges schreiben, was Sie meines Erachtens wissen müssen.

Ich legte mich Weihnachten zu Bett, nachdem ich mich die Wochen vorher sehr schlecht gefühlt, aber durchgehalten hatte, und bekam eine eitrige Halsentzündung, die mich heute zwar nicht mehr so quält, aber deren Auswirkungen doch noch durchaus zu spüren sind. Eine kleine Blutvergiftung, die von der eitrigen Entzündung übrig geblieben ist, zwingt mich immer noch zu grosser Vorsicht und hat dazu geführt, dass mir der Arzt das Reisen verbietet. Das sage ich aus besonderem Grunde:

Ich sollte nämlich zwischen Weihnachten und Neujahr nach Kopenhagen fahren zum Reichsbevollmächtigten Dr. Best, der mit mir, wie der Volksgruppenführer Dr. Möller mir sagte, eingehend die politische Lage in Dänemark erörtern wolle, und zwar mit dem Ziel, mich nach Kopenhagen zu ziehen, um, losgelöst von allen amtlichen Stellen, nun bei der etwas reichlich verfahrenen Lage den Versuch zu machen, mit den dänischen politischen Kreisen und Wirtschaftskreisen ins Gespräch zu kommen. Ich darf annehmen, dass Sie über die allgemeine Lage in Dänemark so unterrichtet sind, dass ich da nichts zu berichten habe.

Daneben tauchte aber ein anderes Projekt auf, das eng verbunden ist mit der „Nordschleswigschen Zeitung“, die ja jetzt in dem neuen Gewande überall grossen Beifall findet und, was die Leserschaft anlangt, auf die 11 000 Abonnenten losgeht. Hierüber sind Sie unterrichtet, nun kommt aber das Wichtige. Dr. Best steht auf dem Standpunkt, dass man die „Nordschleswigsche Zeitung“, die ja das Organ des deutschen Elementes, der deutschen Volksgruppe in Dänemark ist, zu einer Art Organ der Deutschen in Dänemark überhaupt machen kann. Was ich Ihnen vor einiger Zeit über diese Dinge mitteilte, beginnt jetzt festere Formen anzunehmen. Es stehen, wie ich damals schon andeutete, in der Tat grosse

Mittel zur Verfügung, um die „Nordschleswigsche Zeitung“, die ja jetzt gegen Mittag erscheint, als Morgenausgabe des Nachts zu drucken, damit das Blatt mit den reichshauptstädtischen Blättern „Berlingske Tidende“, „Nationaltidende“ und „Politiken“ zu konkurrieren in der Lage ist, wenigstens nachrichtenmässig aus dem Reich. Ich nenne ganz bewusst „Faedrelandet“ nicht, weil ich über „Faedrelandet“ meine eigenen Gedanken habe. Die politische Situation hat sich in Dänemark gegenüber der Situation von vor zwei und drei Jahren ja völlig geändert. Die Verhältnisse haben sich sehr angestrammt. Täglich passieren Sabotageakte. Auf der anderen Seite sind Dr. Best sowohl wie der General unablässig tätig, ein Erziehungswerk an den Dänen zu vollziehen, um sie endlich davon zu überzeugen, dass sie diese unterirdische Sabotagetätigkeit nicht mehr tolerieren. Bisher ohne grösseren Erfolg.

Die Unterhaltungen, die sich nun über diese Dinge ergeben haben und die ja leider von Dr. Best aus nicht direkt geführt werden konnten (wegen meiner Krankheit), wurden u. a. in Flensburg bei mir zu Hause geführt durch Assessor Stehr, der das Deutsche Kontor in Kopenhagen leitet, den Volksgruppenführer Dr. Möller und den Leiter des Volksgruppenamtes, Peter Petersen.

Der Plan, soweit er denn überhaupt ernsthaft erörtert werden kann, der in Kopenhagen, wenn auch nur lose, besprochen ist, geht dahin, dass die „Nordschleswigsche Zeitung“ als Morgenausgabe erscheint, mit grossen Kosten täglich nach Fredericia an die Hauptstrecke bis Kopenhagen gebracht wird, damit sie morgens (abgesehen vom Sonntag, wo es nicht möglich ist) dort rechtzeitig an die Abonnenten verteilt werden kann. Ich muss dabei einschalten, dass die „Nordschleswigsche Zeitung“ im Augenblick in Kopenhagen 100 Abonnenten hat. Hierbei handelt es sich natürlich lediglich um Nordschleswiger, die in Kopenhagen wohnen. Würde man also nun die Sache propagieren, dann würden wir auf einige tausend Abonnenten kommen, für die im Jahre mindestens 100 000 Kr. ausgeworfen werden, damit sie die „Nordschleswigsche Zeitung“, nicht etwa die „Deutsche Zeitung in Dänemark“, sondern die „Nordschleswigsche Zeitung“ erhalten. Von einer Titeländerung ist nicht die Rede. Ich würde sie auch unter keinen Umständen mitmachen. Ganz allmählich merkte ich dann, dass die Absicht besteht, dennoch in diese „Nordschleswigsche Zeitung“ gewisse Tendenzen hineinzubringen, die die Deutsche Zeitung in Kopenhagen, wenn es eine solche gäbe, zu vertreten hätte, d.h. auf deutsch, die Aufsätze in der Art und Weise, wie ich sie in den „Flensburger Nachrichten“ nicht zum grossen Gaudium der Flensburger veröffentlichte, wohl aber, wie sich jetzt herausstellt, mit grosser Wirkung auf die dänische Öffentlichkeit, die auch gemeint ist, dort erscheinen zu lassen, d.h. also, man müsste doch die „Nordschleswigsche Zeitung“ etwas dem Kopenhagener Milieu anpassen. Das habe ich aus den Unterhaltungen mit den Herren herausgehört. Darauf habe ich sofort erwidert, das seien zwei ganz verschiedene Aufgaben, die gewiss bis zu einem gewissen Grade ihre Wurzel in der gleichen Grundlage hätten. Aber wenn wir die „Nordschleswigsche Zeitung“ in Kopenhagen so verbreiten wollten, dass sie nicht nur die deutschen Nordschleswiger lesen und nicht nur die deutschen Behörden und Militärstellen usw., was ja an sich praktisch gar keinen Nutzen hat, ähnlich wie die Zeitungen in Oslo, Riga usw., dann müssten wir das Blatt auf die dänische Öffentlichkeit abstellen und den nordschleswigschen lokalen Teil durch einen Kopenhagener bzw. reichsdänischen ersetzen. Dazu sind wir in Apenrade mit dem bisherigen technischen Personal, insbesondere da die von Graz angekündigte Setzmaschine immer noch nicht eingetroffen ist, nicht im geringsten eingerichtet oder imstande, diese Aufgaben zu lösen. Hinzu käme, dass der Umfang der Zeitung wunschgemäss von Kopenhagen aus vergrössert werden müsste, wozu eine weitere Setzmaschine nötig ist, und dass es natürlich auch langsam einen auf Reichsdänemark abgestellten Anzeigenteil geben würde, d.h. also, die „Nordschleswigsche Zeitung“ würde unter dem Titel „Nordschleswigsche Zeitung“ gewissermassen zwei Ausgaben herausbringen, die eine für Nordschleswig bestimmt, wie bisher, mit etwa 11 000 Abonnenten, und eine weitere, die für Kopenhagen und Reichsdänemark bestimmt wäre, die einen Zuschuss von mehreren hunderttausend Kronen erforderlich mache, vor allen Dingen einmalige Anschaffungen wie Setzmaschinen usw., ein grösseres Papierkontingent, und da wir in Apenrade ohne bauliche Veränderungen neue Setzmaschinen überhaupt nicht aufstellen können, entstehen also Projekte, die in dieser Zeit,

wo es wenig Möglichkeiten zum Bauen gibt, nicht ohne Schwierigkeiten sind. (Das Geld sollte alles aus Kopenhagen kommen.)

Es wurde in dieser Beziehung auch von meiner Übersiedlung nicht nur nach Kopenhagen, sondern auch nach Apenrade gesprochen, um dann die Zeitung dort überhaupt zu leiten und meine Artikel von dort aus zu schreiben. Weiter wurde von Ernst Siegfried Hansen gesprochen, der für die Vereinigten Pressedienste der Vera Vertreter in Paris ist. Es ist ja absolut richtig, dass eine solche presse-mässige Ausweitung mit den beiden bisherigen Redakteuren nicht im entferntesten bewältigt werden könnte.

Sie sehen, wir stehen vor einer Reihe von Fragen, die zu lösen nicht ganz leicht sind. Es kommt hinzu, dass ich ja in meiner Bewegungsfreiheit ausserordentlich gehandikapt bin durch die unglaublich schmale Basis der Schriftleitung der „Flensburger Nachrichten“, wo ich im Augenblick nur Herrn Becker habe. Alles, was wir sonst engagiert hatten, ist Soldat. Herr Nöbbe ist krank. Ich werde 50 mal täglich am Telephon zu Hause in meinem Gesundungsprozess gestört usw. usw. Wenn nicht allmählich für die „Flensburger Nachrichten“ in redaktioneller Hinsicht so gesorgt wird, wie ich es schon vor Jahr und Tag Herrn Dujardin auseinandersetzte, kann ich nicht mehr die Verantwortung für die Zeitung übernehmen und muss dann die Artikel, die ich aus grosspolitischem Interesse geschrieben habe und die, wie sich jetzt herausgestellt hat, auch die beabsichtigte Wirkung gehabt haben, ohne dass man diese Dinge etwa in Berlin beobachtet hätte, in der „Nordschleswischen Zeitung“ erscheinen lassen, wodurch die Zeitung sicher einen Nutzen haben und sich in dem Sinne weiter entwickeln würde, wie Herr Dr. Best, der Reichsbevollmächtigte in Kopenhagen, es sich wünscht. Ich bin durchaus nicht abgeneigt, nach Apenrade zu ziehen und dort die Zeitung zu übernehmen, die nämlich dann doch von einem erfahrenen und die Mentalität des Nordens kennenden Menschen redigiert und geleitet werden müsste. Dass ich nach Kopenhagen gehe und den Wunsch des Reichsbevollmächtigten erfülle, halte ich für nicht zweckmässig, denn ich glaube nicht daran, dass ich diese Arbeit durchführen kann. Wohl glaube ich daran, dass ich über die „Nordschleswigsche Zeitung“ in ein Gespräch mit dänischen politischen Kreisen und der dänischen Wirtschaft kommen kann und dass wir auf diese Weise weiterkommen, aber in Kopenhagen die reichshauptstädtische Presse umzustimmen, die durch frühere Methoden der Gesandtschaft völlig kühl und ablehnend geworden ist, halte ich für unwahrscheinlich.

Es gibt noch einen anderen Weg, den ich auch den Herren vorschlug. Man lässt die „Nordschleswigsche Zeitung“, wie sie ist. Ich übernehme sie mit, lasse meine Aufsätze dort erscheinen, erfülle also den Wunsch des Herrn Dr. Best, wobei ich, ohne mich nun besonders in ein Licht zu setzen, allerdings einmal feststellen darf, dass es nicht sehr viele Menschen gibt, die solche Artikel schreiben können, die augenblicklich den gewünschten Nutzen bringen können. Und man nimmt die Zeitung „Faedrelandet“, lässt sie eingehen und lässt an ihrer Stelle ganz regulär, offen und ehrlich eine „Deutsche Zeitung in Dänemark“ erscheinen. An dieser Zeitung artikelmässig mitzuarbeiten von unserer Grenze aus und aus der Kenntnis der Konfliktmöglichkeiten und ihren Lösungen heraus, wäre mir eine grosse Freude. Ich glaube aber nicht verantworten zu können, die Grenzaufgabe, die meine Lebensaufgabe ist, zu verlassen und mich in das allgemeine deutsch-dänische Verhältnis hineinzusetzen, das im Laufe der letzten Jahre, wie ich oft Gelegenheit hatte, mit Herrn von Renthe-Fink zu besprechen, nach meiner Meinung nicht richtig behandelt worden ist. Das ist kein Vorwurf. Jeder Mensch kann seine Auffassung über diese oder jene Problematik haben. Aber es ist nun einmal so, wenn man in einem nahe verwandten Volk mit Erfolg so arbeiten will, dass die Menschen zusammenkommen, dann muss man als stille Voraussetzung allem Tun an die Spitze stellen, dass man das Land und seine Bewohner wirklich bis ins Letzte kennt. Das gilt sowohl für den militärischen als auch für den zivilen Sektor. Wie gesagt, ich erhebe keine Vorwürfe. Dazu bin ich weder berechtigt noch befugt. Aber ich glaube doch, dass ich mit sehr vielen Mahnungen, die ich vor Jahr und Tag in Kopenhagen anbrachte, wie jetzt die Wirkungen gezeigt haben, leider recht bekommen habe.

Ich wollte Ihnen dieses alles mitteilen für den Fall, dass zu dem Äussersten geschritten wird, dass wir in Apenrade bauen müssen und einige Setzmaschinen brauchen. Ich weiss allerdings nicht, wo Sie sie hernehmen wollen. Aber wir können die Aufgaben, die von Kopenhagen aus gewünscht werden, nur lösen, wenn wir bauliche Veränderungen

vornehmen, was ausserordentlich schwierig sein wird, und vor allen Dingen Setzmaschinenmaterial haben, nach meiner Meinung mindestens noch drei Maschinen.

Diesen Brief richte ich an Sie, lieber Herr Imhof, damit Sie darüber unterrichtet sind, was hier vor sich geht. Ich werde Sie weiter auf dem Laufenden halten, denn ich werde, sowie ich reisefähig bin, nach Kopenhagen fahren, um mit dem Reichsbevollmächtigten auf dessen Bitte die ganze Problematik durchzusprechen.

Mit den besten Grüßen!

Heil Hitler!

Ihr

gez. Schröder.

## 172.

### Det tyske kontor til direktør Roloff angående udbygning af „Nordschleswigsche Zeitung“.

2. feb. 1944.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

2. Februar 1944

P.III.6/43 — St/L

*Betrifft:* Ausbau der Nordschleswigschen Zeitung.

*An die  
Nordschleswigsche Zeitung  
z.Hd. von Herr Direktor Roloff  
Apenrade.*

II. Wie der Reichsbevollmächtigte bei einem Besuch in Silkeborg im Januar festgestellt hat, besteht die Absicht, eine deutsche Zeitung für die Truppen in Jütland herauszubringen. Daraufhin ist von dem Bevollmächtigten die Frage angeschnitten worden, ob es nicht möglich sei, die Nordschleswigsche Zeitung für die Truppenbetreuung einzusetzen. Dieser Plan wurde seitens der Wehrmacht lebhaft begrüsst. Es ist dann beabsichtigt, einen von der Wehrmacht selbst redigierten Teil als Beilage dem Blatt beizulegen. Die Auflage, welche von der Wehrmacht benötigt wird, beläuft sich auf 16.000 Stück. Das Kontor ist gebeten worden festzustellen, zu welchem Preis die Zeitung diesen Auftrag übernehmen kann. Dabei würde ich vorschlagen, zwei Kostenanschläge aufzustellen, und zwar

- a) für Abgabe der Nordschleswigschen Zeitung ohne Übernahme des Druckes der Beilage und
- b) einschliesslich der Übernahme des Druckes dieser Beilage. Allerdings kann ich noch keine Angaben über den Umfang der Beilage machen.

Da es zweckmässig ist, dass alle technischen und finanziellen Fragen im einzelnen schon durchgeprüft sind, bevor der Vorsitzende des Aufsichtsrats zu der vorgesehenen Besprechung nach Kopenhagen herüberkommt, bitte ich, ihm mit Rücksicht auf die Kürze der verfügbaren Zeit, diesen Brief entweder in Apenrade oder Flensburg persönlich vorzulegen. Ausserdem wird gebeten, die Ankunftszeit von Herrn Schröder telefonisch durchzugeben, damit ich hier rechtzeitig für Unterkunft sorgen kann.

Heil Hitler!

## 173.

**Optegnelse fra det tyske kontor angående udbygningen af  
„Nordschleswigsche Zeitung“.**

8. maj 1944.

*Betrifft: Ausbau der Nordschleswigschen Zeitung.*

Am 4. Mai 1944 fand in Apenrade eine Besprechung statt, an der teilnahmen: Volksgruppenführer Dr. Möller, Leiter des Volksgruppenamtes Peter Petersen, Leiter des Amtes für Presse und Propaganda Jürgensen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Nordschleswigschen Zeitung Ernst Schröder, Verlagsdirektor Roloff, Schriftleiter Dr. Kardel, sowie Presseattaché Schröder und der Leiter des Volksgruppenkontors in Kopenhagen Rudolf Stehr.

Im Anschluss an den Bericht des Leiters des Volksgruppenkontors über den Stand der Zeitungssache wurden die vorhandenen Fragen einzeln durchgesprochen. Das Ergebnis kann wie folgt zusammengefasst werden:

1. Das Ziel ist, die Nordschleswigsche Zeitung unter Aufrechterhaltung ihres bodenständigen Charakters über den Volksgruppenbereich hinaus stärker nutzbar zu machen
  - a) als Blatt aller Deutschen in Dänemark,
  - b) für die Truppenbetreuung, sowie
  - c) als Sprachorgan der dänischen Bevölkerung gegenüber.

Zu dem Zweck ist es erforderlich, die Zeitung auf Nachtbetrieb umzustellen, damit sie möglichst schon am Erscheinungstage überall in Dänemark, u.a. auch in Kopenhagen in die Hand der Bezieher gelangt.

Der Umfang wird einschliesslich einer Wehrmachtsbeilage und des lokalen Teiles auf mindestens 8 Seiten festgelegt. Ausserdem soll versucht werden, einzelne Nummern über die obligatorischen 8 Seiten hinaus zu erweitern. Während bisher der lokale Teil auf der 3. Seite gesetzt wurde, soll dieser in Zukunft auf der 4. Seite beginnen, oder zusammen mit dem Anzeigenteil ganz an den Schluss der Zeitung gerückt werden. Dadurch wird die 3. Seite für anderen Stoff frei. Hier kann gegebenenfalls die Wehrmachtsbeilage gesetzt werden.<sup>1)</sup>

- 
6. Für die Redigierung der Wehrmachtsbeilage stellt der WPrO. beim WBef. Dänemark einen Presseoffizier ab, der — wenn irgend möglich — im Gebäude der Nordschleswigschen Zeitung untergebracht werden soll, um auf diese Weise den täglichen Kontakt mit der übrigen Schriftleitung sicherzustellen.

Da zur Zeit keine Maschinensetzer, welche die deutsche Sprache beherrschen, in Dänemark greifbar sind, sorgt der WPrO. beim WBef. Dänemark gleichzeitig für die Abstellung eines Wehrmichtsangehörigen für diesen Zweck an die Nordschleswigsche Zeitung.

7. Das Papier für die Wehrmachtsbeilage in Höhe von 20.000 Exemplaren wird vom Reichsbevollmächtigten beschafft. Der Bedarf beläuft sich auf monatlich 27.500 kg. Diese Papiermenge müsste jeweils für einen Monat im voraus in Apenrade greifbar sein, erstmalig zum 1. Juni ds.Js.
8. Der Bezugspreis für die 20.000 Wehrmachtsexemplare beläuft sich auf vierteljährlich Kr. 140.000,00. Dieser Betrag wird von dem Reichsbevollmächtigten zur Verfügung gestellt. Er ermässigt sich um den Wert der Papierlieferung, wobei der landesübliche Papierpreis zu Grunde gelegt werden kann.

Die Mehrkosten, die sich aus der Umstellung auf Nachtbetrieb z.B. durch Lohnzuschlag, stärkeren Stromverbrauch usw. ergeben, lassen sich im voraus schlecht errechnen. Sie werden zunächst, da sie bei dem gegenwärtigen finanziellen Stand des Unternehmens aus dem Betrieb heraus nicht aufgebracht werden können, von dem Reichsbevollmächtigten über den Abonnementspreis für die Wehrmachtsbeilage hinaus zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung erfolgt in monatlichen Teilbeträgen, die man zunächst auf Kr. 10.000,00 festlegen könnte. Über diese Beträge erfolgt gesonderte Abrechnung. Dabei bleibt es das Ziel, diese Zusatzbeträge nach einer angemessenen Anlaufzeit planmässig auf ein Minimum herunterzudrücken. Der erste Monatsbetrag wäre zusammen mit dem ersten Vierteljahresabonnement für die 20.000 Wehrmachtsexemplare bereitzuhalten.

Um den Zuschussbedarf möglichst klein zu halten, erklärt sich der Presseattaché bereit, sich für die Vermittlung von repräsentativen Anzeigen aus dem Reich zu verwenden.

9. Mit dem Ziel der weiteren Aktivierung der Zeitung wird im Anschluss an das Volksgruppenkontor, wo auch ein Raum zur Verfügung gestellt werden kann, ein Kopenhagen-Dienst eingerichtet. Der Leiter des Volksgruppenkontors und der Presseattaché rufen demnächst zu einer Besprechung zusammen, um hier in Kopenhagen einen Mitarbeiterkreis aufzubauen. Der Korrespondent Hans Schröder, Kopenhagen, soll aufgefordert werden, sich für diesen Kopenhagen-Dienst, insbesondere für den Wirtschaftsteil, zur Verfügung zu stellen. Das Material der jeden Mittwoch erscheinenden „Finanstidende“ soll für die Nordschleswigsche Zeitung verarbeitet werden. Über die von der Zentraladministration erlassenen Gesetzesanordnungen ist regelmässige Berichterstattung vorgesehen. Das in den Nachrichten des Statistischen Departements erscheinende Material ist auf seine Verwertbarkeit in der Nordschleswigschen Zeitung laufend zu überprüfen.

Der Presseattaché übernimmt es, einen Ritzau-Fernschreiber zu beschaffen, durch den die Ritzau-Mitteilungen nachmittags nach Apenrade durchgegeben werden. Soweit eine Möglichkeit zur Beschaffung vorhanden sein sollte, ist ebenfalls die Anschaffung eines Fernschreibers, der für die Durchgabe von Meldungen von Kopenhagen nach Apenrade zur Verfügung steht, anzustreben. Der Presseattaché sagt ebenfalls die Beschaffung des S.T.B.-Dienstes für die Zeitung zu.

Über die Aufbringung der Kosten für den Kopenhagen-Dienst ist noch gesondert zu verhandeln.

10. Der volksdeutsche Schriftleiter Ernst Siegfried Hansen, der zur Zeit als Vertreter des Vera-Konzerns in Paris tätig ist, wird nach Dänemark geholt. Hauptschriftleiter Ernst Schröder teilt mit, dass seine Freigabe in Paris erwirkt worden ist.
11. Der WPrO. soll gebeten werden zu untersuchen, ob der Presseoffizier bei der Nordschleswigschen Zeitung in Apenrade und der Kopenhagen-Dienst der Nordschleswigschen Zeitung an das Leitungsnetz der Wehrmacht angeschlossen werden können, um auch diesen Weg zur Durchgabe von Nachrichten verfügbar zu haben. Im übrigen kann unabhängig von der Fernsprechnummer des Volksgruppenkontors eine weitere dänische Leitung für den Kopenhagen-Dienst bereitgehalten werden.
12. Als Stichtag für die Umstellung der Nordschleswigschen Zeitung nach Massgabe der vorstehenden Punkte ist der 15. Mai 1944 vorgesehen.

*Kopenhagen, den 8. Mai 1944. St/L*

P. III. 6/43.

gez. Stehr.

- Durchschlag an
1. den Volksgruppenführer Dr. Möller, Gravenstein,
  2. die Nordschleswigsche Zeitung, Apenrade,
  3. das Amt für Presse und Propaganda, Baurup,
  4. das Volksgruppenamt, Apenrade,
  5. das Volksgruppenamt, Apenrade, zur Weitergabe an Hauptschriftleiter Ernst Schröder, Flensburg,
  6. den Presseattaché Jürgen Schröder, Kopenhagen,
  7. den Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Kassler, Kopenhagen

zur Kenntnisnahme.

Heil Hitler!

Stehr.

<sup>1)</sup> De følgende afsnit 2—5 udelades, da de kun angår rent tekniske og praktiske problemer.

## 176.

### Dr. Bests redegørelse for udbygningen af „Nordschleswigsche Zeitung“ i 1944.

15. dec. 1947.

København, 15. 12. 1947.

#### Betrifft den Ausbau der „Nordschleswigschen Zeitung“ im Jahre 1944.

1. Zu einem mir nicht mehr genau erinnerlichen Zeitpunkt des Jahres 1944 teilte mir der Wehrmachtpresseoffizier beim Wehrmachtbefehlshaber Dänemark — Major Dr. Dührssen in Kopenhagen — mit, dass für die erhöhte Truppenzahl in Dänemark eine deutsche Tageszeitung nötig geworden sei; es werde deshalb erwogen, eine solche Zeitung neu zu schaffen, die der „Deutschen Zeitung in Norwegen“, der „Deutschen Zeitung in den Niederlanden“, der „Pariser Zeitung“ und der „Brüsseler Zeitung“ entsprechen solle.
2. Ich war gegen die Schaffung einer solchen neuen Zeitung aus den folgenden Gründen:
  - a. Aussenpolitisch wünschte ich nicht, dass Dänemark durch die Schaffung einer solchen Zeitung den anderen besetzten Ländern gleichgesetzt werde.
  - b. Wirtschaftlich wünschte ich nicht, dass die ungeheuren Aufwendungen für eine solche Zeitungsneugründung die Besatzungskosten um weitere Millionen Kronen vermehrten.
  - c. Allgemein-politisch wünschte ich nicht, dass in Dänemark eine von der Wehrmacht und dem Reichspropagandaministerium betriebene deutsche Zeitung bestehe, auf die ich fast keinen Einfluss gehabt hätte.
3. Um die Neugründung einer deutschen Zeitung zu verhindern, beschloss ich, selbst den Wunsch der Wehrmacht zu erfüllen, indem ich die „Nordschleswigsche Zeitung“ für den gedachten Zweck ausbauen liess. Dies war mit verhältnismässig geringen Mitteln möglich, und die erweiterte Zeitung blieb unter meinem Einfluss.
4. Ich wandte mich deshalb an die Führung der deutschen Volksgruppe — wohl zuerst Rudolf Stehr, dann Dr. Möller — und teilte mein Begehren mit. Dann fanden Verhandlungen mit dem Aufsichtsrat der Zeitung statt, der mir gegenüber durch Ernst Schröder vertreten wurde.

5. Die Vertreter der deutschen Volksgruppe und der „Nordschleswigschen Zeitung“ gingen nicht gern auf meine Wünsche ein. Sie scheuten die ungesunde Ausweitung der bodenständigen Landzeitung, die Einflüsse der neuen Interessenten (Reichsbevollmächtigter und Wehrmacht) und einen späteren Rückschlag nach Wegfall der Besatzung. Für die deutsche Volksgruppe wurde durch den Ausbau der Zeitung praktisch nichts gewonnen, denn die Bereicherung des Inhalts wurde wettgemacht durch die Entfremdung der Zeitung gegenüber ihrem alten Leserkreise. Dennoch gaben die Vertreter der Volksgruppe und der Zeitung schliesslich meinen Wünschen nach.
6. Der Wehrmacht gestand ich zu, dass eine oder zwei Seiten der „Nordschleswigschen Zeitung“ als „Soldatenbeilage“ von einer Redaktion der Wehrmacht gestaltet werde. Auch diesem Verlangen fügten sich die Vertreter der Zeitung nicht gern.
7. Da nach dem Ausbau der Zeitung die bisherige Redaktion nicht mehr genügte, wurde der aus Nordschleswig stammende Journalist Ernst Siegfried Hansen neu angestellt. Ich glaube, dass ich ihn erst aus seiner Verwendung in Deutschland frei machen musste, indem ich mich an irgendeine Berliner Stelle wandte. Nach meiner Erinnerung habe ich ihn einmal empfangen und ihm dargelegt, dass die Zeitung neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Organ der deutschen Volksgruppe vorübergehend auch die Aufgabe einer allgemeinen deutschen Zeitung in Dänemark wahrnehmen müsse.
8. Zusammenfassend ist der von mir veranlasste Ausbau der „Nordschleswigschen Zeitung“ wie folgt zu beschreiben:
  - a. Erweiterung des Umfangs (Seitenzahl) und Bereicherung des Inhalts (Nachrichtensstoff).
  - b. Einführung der „Soldatenbeilage“.
  - c. Erhöhung der Auflage.
  - d. Verbesserung des Transports zu den Bestimmungsorten.
9. Gegen Ende des Krieges musste ich mich öfter mit der Papierversorgung der „Nordschleswigschen Zeitung“ befassen. Nach meiner Erinnerung hat meist der Wehrmachtspresseoffizier, der durch den Redakteur der „Soldatenbeilage“ informiert war, mich darauf hingewiesen, dass durch Papiermangel die Belieferung der Wehrmacht mit der Zeitung in Frage gestellt sei. Welche Massnahmen ich in jedem Falle traf, weiss ich nicht mehr. Unter anderem war auch einmal ein Zugriff auf das für die Kopenhagener Zeitungen bestimmte Papier vorgesehen; ob und wie er durchgeführt wurde, erinnere ich mich nicht.

Für mich war die Lage so, dass ich mir nicht gegenüber der Wehrmacht die Blöße geben durfte und wollte, dass „meine“ Zeitung wegen Papiermangels ihr Erscheinen einstellte, während die deutschfeindlichen dänischen Zeitungen in ihrem riesigen Umfang weiter erschienen. Was ich in dieser Hinsicht tat, tat ich im Interesse der Wehrmacht und zur Wahrung meines Prestiges gegenüber der Wehrmacht, nicht im Interesse der deutschen Volksgruppe oder der „Nordschleswigschen Zeitung“ als des Organs der deutschen Volksgruppe.

**Dr. Werner Best.**

## 177.

## Ernst Schröders redegørelse for „Nordschleswigsche Zeitung“.

udat.

1) Die „Nordschlesw. Zeitung“ trägt als Untertitel die Worte „Organ der deutschen Volksgruppe Nordschlesw.“ Sie trägt diesen Titel sehr bewusst, was ich feststelle. Der Untertitel lautet nicht „Organ der NSDAPN.“ Die Zeitung umfasst und wollte umfassen die ganze Volksgruppe, auch die Teile der Minderheit, die nicht in der Partei stehen. Die Partei hatte nicht die ganze Volksgruppe erfasst. (Ich kenne im Moment nicht die Zahlen, aber ich weiss, dass viele deutschgesinnte Nordschleswiger — Bauern, Bürger, Advokaten, Kaufleute, Bankdirektoren, auch Arbeiter, also nicht die de facto einflusslosesten, nicht in der Partei vertreten waren.) Die Partei wollte die ganze Volksgruppe erfassen, sie tat es zahlenmässig nicht.

2) Die Partei war nicht Besitzer der Zeitung. Sie musste, wie jeder andere, Anzeigen usw. bezahlen. (Ich habe bei einem Rapport angegeben, dass der ursprüngliche Geldgeber, der das Geld in Form einer alten Rotationsmaschine aus Anlass der Zusammenlegung der Zeitungen in Aabenraa, Tønder, Sønderborg usw. 1929 gab, dafür sorgte, dass das Aktienpaket später nicht der Partei im Reich ausgehändigt wurde, vielmehr gab er es nach langem Zögern den „Finanzkontoren“ in Berlin, die mit der Partei nichts zu tun hatten.) Dass dauernd das Bestreben, vor allem im Reich vorhanden war (VDA-Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle, also die SS, usw.), das Aktienkapital zu besitzen, ist mir bekannt. Ich habe das, oft unter grossen Mühen, von denen man in Nordschleswig nichts weiss, bis zum Schluss verhindert. Man wollte die 51 % der Aktien haben. Die Vorstösse zur Erreichung dieses Ziels wiederholten sich ständig.<sup>1)</sup>

3) Die Reduzierung des Aufsichtsrates der Zeitung erfolgte, weil ich die Zeitung dem Einfluss und Kampf der damals entstandenen Parteien entziehen wollte. Die NSDAPN war damals erst in den Anfängen ihrer Tätigkeit; die Mitgliederzahl war gering. Die Zeitung vertrat damals bewusst den grossen (wahrscheinlich grössten) Teil der Minderheit, der nicht organisiert war. Es sollte durch die Reduzierung erreicht werden, dass die entstandenen Gruppen und Grüppchen von der Zeitung ferngehalten wurden, dem unwürdigen Zustand sollte ein Ende bereitet werden. Ich bin stets als Vertreter der Moderaten angesehen worden und bewertet worden; was garnicht anders sein konnte, wenn man mich kannte. (Die meisten meiner Freunde in Nordschleswig sind nicht Mitglieder der NSDAPN.)

4) Der letzte grosse Vorstoss wurde im Herbst 1944 unternommen, und zwar kombiniert von Nordschleswig und Berlin aus, die 51 % zu erhalten. Es hing zusammen mit den Anregungen und Absichten, die Nordschlesw. Zeitung zu einer ganz grossen Tageszeitung zu machen, die sich mit der hauptstädtischen Presse (der dänischen) vergleichen liess (eine Auffassung, die ich nicht teilen konnte); gleichzeitig sollte die redaktionelle Personalpolitik geändert werden. E.S. Hansen sollte Hauptschriftleiter werden, der zu weiche Dr. Kardel sollte entfernt werden. Dass E.S. Hansen von sich aus diesen Wunsch hegte, glaube ich nicht. Andere Kreise oder Persönlichkeiten standen hinter dem Plan. Bei E.S. Hansens Reise nach Berlin, ist in Berlin die Frage der 51 % erörtert; wenn sie damals nicht „wunschgemäß“ verlief, so liegt es daran, dass mehrere Organisationen der Partei im Reich bezw. der SS in Wettstreit traten; es durfte nicht viel Lärm gemacht werden, weil sonst womöglich Amann den Anspruch erhoben hätte, was die SS nicht wollte. E.S. Hansens Kommen war von seinen Freunden längst gefordert, er war in Paris und kam erst, als Paris „gefährdet“ war. Dass man dann den Anspruch stellen wollte, ihn zum Hauptschriftleiter zu machen (E.S. Hansen war  $\frac{1}{2}$  so alt wie Dr. Kardel), wusste ich. Da ich den Redaktionsstab nicht vergrössern wollte, mit Rücksicht auf kommende Zeiten, wo die Zeitung wieder ganz klein würde, wurde der Ausweg gefunden, Hansen nach Kopenhagen, als Vertreter der Zeitung zu senden; bald merkte man, dass das nur der taktische Umweg gewesen war. Es begann nun der Kampf gegen Kardel („Privatleben“, „fachliche Un-

fähigkeit“ usw.); und gegen mich („wer hat das Aktienpaket“, „wer ist Besitzer“ usw.) Die „*Junge Front*“ brachtede zwei Artikel von Hansen og dem Gefr. Katz („Soldatenbeilage“), die von Aussenstehenden überhaupt nicht verstanden werden konnten.<sup>2)</sup> Asmus v.d. Heide zeichnete für die Zeitschrift „verantwortlich“; der Herausgeber Callesen wusste nichts von den Dingen og bat mir gegenüber um Entschuldigung. Während Hansen in Berlin war, beurlaubte sich Herr Gefr. Katz, sodass Kardel allein sass! Ich lag zur gleichen Zeit von Mitte Okt. 44 bis Weihnachten zu Bett, Rückfall der Sepsis. Die „*Volksdeutsche Mittelstelle*“ mischte sich jetzt wegen des Verbreitungsgebietes der Zeitung einfach ein; sie verbot die Verbreitung im Reich, aus deren Mark-Einnahmen die Papierrechnungen bezahlt wurden. Die Partei wollte die Zeitung „haben“; da ernannte ich *Dr. Kardel zum Hauptschriftleiter, Hansen zum Stellvertreter*. (Seine Gehaltsforderungen musste ich ablehnen, Ass. Stehr unternahm seinerseits die Regelung dieser Frage). (Dass Katz hinter den Dingen stand, stellte ich später heraus.) Kardel war für mich der gemässigte Vertreter, so wie ich ihn kannte. Hansen ging auf diese Regelung ein, weil er wohl das Herannahen der Katastrophe sah og erkannte.<sup>3)</sup> Die Zeitung blieb „Organ der Volksgruppe“, ging nicht in den Besitz der Partei über.

5) Wäre die Zeitung Partei-Zeitung geworden, dann hätte Dr. Möller den Vorsitz übernehmen müssen.

6) Nach dem 9.IV.40 konnte ich auf die Schriftleitung keinen Einfluss ausüben, schon aus praktischen Gründen, ich konnte mit Aabenraa nicht telefonieren. Bis Ende 42 habe ich mich aus persönlichen Gründen (Krankheit og Tod meiner Frau) völlig aus *aller* Arbeit zurückziehen müssen. Vom Herbst 43 bis Mai 44, von Okt. bis Dez. 44 lag ich krank; Sepsis. — Ich wollte die Zeitung als „*Organ der Volksgruppe*“ in eine ruhige Zeit hinüberleiten. *Erst nach 1940* begann die aktive Arbeit der NSDAPN, die ich also nur als Betrachter erlebt habe, mit dem Wohnsitz in *Flensburg*. *Erst nach 1940* begann der aktive Aufschwung der Partei, sie umfasste statistisch aber auch da nicht die ganze Volksgruppe. Dr. Möller hat im Verkehr mit mir auch immer den Unterschied zwischen Partei og Volksgruppe respektiert. Die NSDAPN war weder *Besitzer* der Zeitung, noch hatte sie den gewünschten Einfluss auf die 51 %, also auf den *Besitz* der Aktien-Mehrheit. Und auf die redaktionellen Fragen hatte ich so wenig Einfluss, wie die gesamte dänische Presse die „*Ritzau*“-Artikel ablehnen konnte, die sie bringen musste usw.

1) I et brev til Imhof af 18. oktober 1943 beklager Ernst Schröder sig over, at Vogelgesang har opsagt en kredit, som „*Nordschleswigsche Zeitung*“ havde hos kreditanstalten, en fremgangsmåde, som Schröder ikke kunne forstå, thi på denne måde „*wird ja die Zeitung direkt der Volksgruppe, Dr. Möller og der Volksdeutschen Mittelstelle in die Arme manövriert*“.

2) Det er uklart, hvilke artikler Schröder refererer til. Der kan måske være tale om en artikel af Amus von der Heide: „*Unsere Linie*“, der findes i september—oktober nummeret 1944. Katz ses ikke at have skrevet i „*Junge Front*“ på denne tid.

3) Den 13. maj 1944 skrev Ernst Schröder til direktør Roloff, at „*Nordschleswigsche Zeitung*“ ikke kunne betale Ernst Siegfried Hansens løn: „*Wir haben kein Geld*“. Hansen var iøvrigt heller ikke ansat af det tyske blad, men dels af den rigsbefuldsmægtigede for den københavnske del af avisen og dels af Vera Verlagsanstalt. Den 7. august 1944 kom Hansen til Flensburg, hvor han opøgte Ernst Schröder. Som det fremgår af et notat, Schröder gjorde dagen efter, gik Hansen ud fra, at han, således som den oprindelige plan havde været, skulle kaldes til København. Han havde nok hørt om en ansættelse i Aabenraa, men medbragte en meddelelse om, at hr. Dujardin ved *Vereinigete Pressedienste* under ingen omstændigheder ville tillade, at han kom til Aabenraa, fordi det dér ville være umuligt for ham også at repræsentere Vera. Schröder oplyste, at ved det sidste møde på *Dibbernhaus* havde Rimann lovet at tale med Vera. Situationen var altså den, siger Schröder, at Ernst Siegfried Hansen ikke gerne ville bort fra Paris, men kunne det ikke være andet, foretrak han at komme til København. I Aabenraa syntes han ikke, der var nogen arbejdsmark for ham. Schröder mente ikke, at der ved „*Nordschleswigsche Zeitung*“ var brug for tre lederskribenter, Kardel, Hansen og Asmus von der Heide. Det, man trængte til, var en redaktionssekretær, og det var der ingen af de tre herrer, der var særligt velegnede til. Det blev aftalt, at Schröder skulle sætte sig i forbindelse med Dujardin, og næste dag ringede han denne op. Men Dujardin stod stejlt på, at Hansen skulle til København, thi fra Aabenraa kunne han ikke arbejde for *Vereinigete Pressedienste*. Schröder gjorde opmærksom på, at han ikke kunne komme til København, idet dr. Best ikke ønskede endnu en tysk korrespondent i København, vist nærmest af valutamæssige grunde.

Den 10. september 1944 kunne „*Nordschleswigsche Zeitung*“ oplyse, at der fra denne dag var indtrådt en ændring i de redaktionelle forhold, idet Kardel var blevet chefredaktør og Ernst Siegfried Hansen „*stellvertretender Hauptschriftleiter*“.

## D. Kirkelige forhold.

### 178.

#### Elholms optegnelse angående et møde i kirkeministeriet om de tyske kirkelige krav.

4. okt. 1943.

#### Besprechung

im Kirchenministerium am 4. Oktober 1943 nachmittags 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Anwesend: Dep. Chef Thomsen.  
Ass. Stehr vom Deutschen Kontor,  
der Unterzeichnete.

#### 2. *Allgemeine kirchliche Verhältnisse.* (von Stehr vorgetragen)

Von Stehr wurden 2 Fragen angeschnitten:

- a) Eine etwaige Abgrenzung der Pfarrbezirke der Freigemeinde- und Volkskirchenpastoren,
- b) Die Errichtung eines Kirchenstatus für die Volksgruppe mit einem eigenen volksdeutschen Bischof.

Die damit angeschnittenen Fragen waren dem Departementschef Thomsen neu. Hinsichtlich der Abgrenzung der Pfarrbezirke wollte er an sich lieber, dass das Kirchenministerium nicht beteiligt werde, sondern dass man zunächst versuche, die Dinge örtlich zu regeln. Er wies darauf hin, dass das Kirchenministerium im Grossen gesehen für die Freigemeinde ja überhaupt nicht zuständig sei, wenn von den Regulativen zur Benutzung der Kirchen abgesehen werde. Stehr betonte, dass er ja aber immerhin doch für die deutschen Gemeinden in der Volkskirche zuständig sei, und dass man daher, wenn die Angelegenheit örtlich im Benehmen mit den Bischöfen nicht klargestellt werden könne, doch noch einmal an ihn herantreten müsse.

Zum Punkt 2 erklärte er, dass die von der Volksgruppe vorgeschlagene Regelung ja ganz dem dänischen Kirchensystem mit der regionalen Aufteilung widerspreche. Ich hatte aber den Eindruck, dass er für die Erwägungen der Volksgruppe doch Interesse aufbrachte. Stehr betonte in diesem Zusammenhang, dass es der Volksgruppe nicht darauf ankomme, sich zu isolieren, dass aber gerade die Selbstverwaltung in kulturellen Dingen ein Weg sei, um örtliche Spannungen zu vermeiden. Thomsen betonte aber abschliessend, dass zur Zeit, wo kein Minister vorhanden sei und nur „Lovanordninger“ erlassen werden können, keine Möglichkeit bestehe, die aufgeworfenen Fragen praktisch zu lösen.

C. Elholm.

**Det folketyske kirkekontor meddeler dr. Møller, at det har påbegyndt sit arbejde og fastlagt retningslinier herfor (med bilag).**

30. okt. 1943.

KIRCHENAMT  
DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
IN NORDSCHLESWIG

*Apenrade, 30.10.43.*

*J.Nr.1.*

*An den Volksgruppenführer Herrn Dr. Möller  
Gravenstein.*

*Sehr geehrter Herr Dr. Möller!*

Hierdurch teile ich Ihnen mit, dass das von Ihnen gebildete Kirchenamt seine Arbeit aufgenommen hat.

In unserer Sitzung am Montag den 25. d. Ms. haben wir für die Arbeit des Kirchenamtes die anliegenden Gesichtspunkte aufgestellt. Ich wäre Ihnen für eine Mitteilung dankbar, ob Sie unsere Absicht, das anliegende Schreiben durch das Deutsche Kontor in Kopenhagen dem Kirchenministerium zu übersenden, gutheissen. Wir würden das Schreiben denn etwa mit folgendem Satz einleiten: „Wir sind beauftragt dem Kgl. Dänischen Kirchenministerium mitzuteilen, dass von der Deutschen Volksgruppe ein Kirchenamt eingesetzt worden ist, das nach folgenden Gesichtspunkten seine Tätigkeit aufgenommen hat: 1... 2... 3... 4... und Richtlinien.“

Oder wollen Sie von sich aus dem Kirchenministerium und ev. anderen Instanzen, etwa den beiden Bischöfen in Ribe und Hadersleben, unserem Landesbischof und dem Landeskirchenamt in Kiel die Mitteilung von der Bildung des Kirchenamtes zukommen lassen und ihnen — wenn Sie dieselben gutheissen — die Gesichtspunkte für die Arbeit des Kirchenamtes bekanntgeben? Letzteres würde ich ja gleichzeitig als eine Autorisierung unserer Arbeit von Seiten der Volksgruppenführung begrüßen!

Heil Hitler!

W. Gottfriedsen.

**Vom Kirchenamt der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig für seine Arbeit aufgestellte Gesichtspunkte:**

1. Das Kirchenamt will eine Beratungsstelle in kirchlichen Angelegenheiten der Volksgruppe sein, an die man sich wenden kann.
2. Es will eine Vermittlungsstelle in Fällen von Unstimmigkeiten der Deutschen Volksgruppe in kirchlichen Angelegenheiten sein.
3. Es will eine Stelle sein, die von sich aus die Initiative ergreifen kann, kirchliche Angelegenheiten der Volksgruppe zu ordnen und anzuregen, was zur Förderung kirchlichen Lebens getan werden könnte.
4. Es will eine Stelle sein, die von der Volksgruppe aus befugt ist, zu intervenieren zwischen amtlichen Dänischen Kirchenstellen und Deutschen Organen.

Für unseren Verkehr mit den Dänischen Behörden sind für uns folgende Richtlinien massgebend:

Es wird erstrebt, dass wie in Schulfragen auch auf kirchlichem Gebiet die Deutsche Volksgruppe selbst ihre Angelegenheiten ordnet, und zwar so,

dass ein Gemeindeleben sich bilden kann, dass Volkskirche und Freigemeinde sich nicht reiben, und

dass Deutsche und Dänische Gemeinden einander mit Achtung begegnen und, wo es geht, zusammenarbeiten.

## 181.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående oprettelsen af et kirkekontor for den tyske folkegruppe.**

14. jan. 1944.

DER REICHSBEVOLLMÄCHTIGTE  
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 14. Januar 1944.

I C  
N Sch 5.

Auf den Erlass v.22.12.1943  
— Inl.II C 5071/43 —

Betr.: Errichtung eines Kirchenamts der  
Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

An das  
Auswärtige Amt,  
Berlin.

Das Kirchenamt der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist errichtet worden, weil die Volksgruppenführung es für notwendig hielt, zur Überprüfung und Regelung aller kirchlichen Angelegenheiten der Volksgruppe eine zentrale Stelle zu schaffen. Diese hat, soweit kirchliche Angelegenheiten die Volkstumsarbeit betühren, nach den Anordnungen und Richtlinien der Volksgruppenführung zu handeln. Bei der Errichtung des Kirchenamts, das nicht die Aufgabe hat, sich mit innerkirchlichen Fragen zu befassen, handelt es sich um eine organisatorische Massnahme, die der Volksgruppenführung eine stärkere politische Kontrolle auf dem kirchlichen Gebiet ermöglicht.

Die Gründung einer zentralen kirchlichen Verwaltungsstelle in Form eines Kirchenamts erschien umso mehr geboten, als die Volksdeutschen in Nordschleswig zum Teil der Dänischen Staatskirche, zum Teil der Nordschleswigschen Gemeinde der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche angehören. Von der Dänischen Staatskirche sind für den deutschen Bevölkerungsanteil in Nordschleswig sechs besondere Pastoren angestellt, die den dänischen Bischofsämtern in Hadersleben bzw. in Ripen unterstehen. Die Nordschleswigsche Gemeinde, die einen selbständigen Probstbezirk der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche bildet, unterhält in Nordschleswig sieben Pfarrbezirke. Es ist nun Aufgabe des Kirchenamts der Volksgruppe, dafür zu sorgen, dass sich aus dem Nebeneinander von Dänischer Staatskirche und Nordschleswigscher Gemeinde keine Schwierigkeiten ergeben, die die Arbeit der Deutschen Volksgruppe erschweren könnten.

Über die Pläne der Deutschen Volksgruppe, die eine kulturelle Selbstverwaltung zum Gegenstand haben, habe ich mit Bericht I C Nr. 306/43 vom 24.9.1943 berichtet, auf dessen Ausführungen ich Bezug nehme. An dem Stand der Dinge hat sich seitdem bis auf die Errichtung des Kirchenamts nichts geändert, die Pläne befinden sich vielmehr noch im Stadium der Vorbereitung. Es würde nicht zweckmässig sein, den kirchlichen Sektor aus dem Plan der kulturellen Selbstverwaltung herauszunehmen, da volkstumpolitisch ein Interesse daran besteht, auch auf kirchlichem Gebiet den dänischen Einfluss — d. h. die Einwirkungen der Dänischen Staatskirche — zurückzudrängen. Die Bestrebungen der Volksgruppe gehen aber nicht dahin, eine kirchliche Autonomie einzuführen, wie dies anscheinend im Schreiben der Volksdeutschen Mittelstelle vom 13.12. 1943 angenommen wird. Die Volksgruppe verfolgt vielmehr lediglich das Ziel, die von der dänischen Staatskirche in der mittleren Instanz, d. h. durch die Bischofsämter, ausgeübte Kirchengewalt durch das Kirchenamt der Volksgruppe zu ersetzen und letzteres dem Dänischen Kirchenministerium unmittelbar zu unterstellen.

W. Best.

## 182.

**Provst Gottfriedsen til tyske præster og kirkelige repræsentanter i den danske folkekirke angående repræsentation i kirkekontoret.**

29. feb. 1944.

KIRCHENAMT  
DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
IN NORDSCHLESWIG

Apenrade, den 29. Februar 1944.  
Schiffbrückstrasse 7.

*An die*

*Pastoren und Kirchenvertreter der Deutschen Gemeinden in der Dänischen Volkskirche.*

In der Sitzung des Ausschusses der deutschen kirchlichen Arbeitsgemeinschaft in Nordschleswig am 17. November 1943 hatten nach einem Bericht und einer diesem folgenden Aussprache über das von der Volksgruppe geschaffene „Kirchenamt“ Vertreter der Deutschen Gemeinden innerhalb der Dänischen Volkskirche gewünscht, dass das Kirchenamt durch zwei weitere Mitglieder aus den Reihen der Deutschen in der Dänischen Volkskirche, die von den Pastoren und Kirchenvertretern dieser vorzuschlagen wären, ergänzt würde.

Im Kirchenamt sitzen bisher die Herren Dr. h. c. Schmidt, früher Pastor in Wodder, Dr. Reuter, Vorsitzender der „Nordschleswigschen Gemeinde“, Bibliothekar P. Callesen und Propst Gottfriedsen als Leiter des Kirchenamtes.

Auf unsere an den kommissarischen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Pastor Jörgensen in Sonderburg gerichtete Bitte um Namhaftmachung der beiden vorzuschlagenden Vertreter aus den Reihen der Deutschen in der Dänischen Volkskirche erhielten wir die Antwort, dass dem im ersten Absatz dieses Schreibens genannten Wunsche nicht stattgegeben werden könne, „weil mehreren Pastoren der Dänischen Volkskirche aus Gewissensbedenken die Freudigkeit zur Mitarbeit fehlt“.

Wir bedauern diese Antwort und können die Angelegenheit nicht als damit erledigt ansehen, da die Gemeinden nicht einseitig durch die Pastoren vertreten werden und der oben wiedergegebene Wunsch protokollarisch vorliegt. Wir wollen nicht gegen die Pastoren an die Gemeinden appellieren, aber wir erbitten eine Besprechung der Angelegenheit und Stellungnahme zu ihr seitens der Gemeindevertreter mit ihren Pastoren.

Wünscht man, dass es bei der im Absatz 3 genannten uns übermittelten Antwort sein Bewenden haben soll, würden wir uns für befugt und fähig halten, in der jetzigen Zusammensetzung die Aufgaben des Kirchenamtes weiter zu verfolgen.

Es befremdet uns doch, offen gesagt, wenn in der empfangenen Antwort darauf hingewiesen wird, dass es bei einigen Pastoren an der Freudigkeit zur Zusammenarbeit fehle, und dass man durch Gewissensbedenken gehemmt sei.

Wir möchten demgegenüber mit Nachdruck darauf hinweisen, dass in der Deutschen Welt, wie sie sich heute darstellt, unseres Wissens hier bei uns die Besonderheit vorliegt, dass nicht nur die Kirche von sich aus ihre Sache, also die Sache des Christentums vertritt, sondern auch die Volksvertretung aus eigener Initiative die Kirche in ihrer Aufgabe zu unterstützen entschlossen ist. Dies ist ein Umstand, der uns im Kirchenamt mit besonderer Freudigkeit erfüllt, unsere Aufgabe zu tun. Es ist u. E. nicht unwahrscheinlich, dass die Entwicklung innerhalb der Deutschen Welt eine ähnliche Linie einschlagen wird, denn wir meinen, dass Deutsches Volk und Christentum nicht auseinandergerissen werden können.

Wenn andere anders denken und sich deshalb Sorgen machen, so verstehen wir das wohl, aber wir verstehen nicht, dass eine Mitarbeit im Kirchenamt, dem die letzte Entscheidung in allen die Volksgruppe betreffenden kirchlichen und religiösen Fragen überlassen ist, irgend jemandes Gewissen belasten könnte. Das Kirchenamt denkt ja nicht daran, auf die Art der Verkündigung des Wortes durch die Pastoren irgendwelchen Einfluss zu nehmen, sondern will alles fördern, was die Bereitschaft unserer Kirche stärken kann, unserem Volk als Ganzem zu dienen und dabei brüderlich einander zu helfen.

.....  
Gottfriedsen.

## E. Skoleforhold.

### 1. Almindelige skoleforhold.

#### 184.

#### Uddrag af DBNs beretning for „Gruppe Arbeiter“.

1. april 1941—30. juni 1941.

#### Bericht

über die Arbeit der Gruppe Arbeiter in der Zeit vom 1.4.41—30.6.41.

.....  
 Im letzten Monat haben wir die Kameraden in Norden, die ihre Familie nachkommen liessen, aufgefordert, bis zum 1. August die Familie wieder nach Nordschleswig zu bringen. Wir können hier einen grossen Druck ausüben. Durch bestes Verständnis der Verwaltung-Aussenstelle werden diejenigen Kameraden entlassen, die diesem *Parteibefehl* nicht folgen. Auf diese Weise sichern wir den Bestand der deutschen Schulen. Auch auf diesem Gebiet geht die Arbeit weiter, und mehrere Ummeldungen haben nach dem 1. April stattgefunden.  
 .....

## 185.

**Forslag angående fastlæggelse af rammerne for det folketyske skolekontors arbejde.**

[o. 1941].

**Vorschlæg**

*betr.* Festlegung einer Ordnung für das Schulamt der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

*I. Allgemeines.*

- 1) Das Schulamt<sup>1)</sup> ist eine Einrichtung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zur Regelung aller Schulfragen einschliesslich der Kindergartenangelegenheiten.
- 2) Das Schulamt besteht ausser dem Volksgruppenführer, der Vorsitzender des Schulamts ist, aus 4 Mitgliedern, die vom Volksgruppenführer berufen werden. Ausserdem können Ehrenmitglieder ernannt werden.
- 3) Das Schulamt tagt in Apenrade und zwar vorläufig jeden 3. Dienstag im Monat.

*II. Die Aufgaben des Schulamts.*

- 4) Das Schulamt ist den privaten Schulen und den an diesen beschäftigten Lehrpersonen gegenüber Behörde, den öffentlichen deutschen Schulen und ihren Lehrern gegenüber ist das Schulamt eine Institution zur Beratung und Unterstützung der deutschen Elternräte und des deutschen Schulkonsulenten. Der Ausbau zu einer Schuldirektion im Sinne der dänischen Amtsschuldirektionen ist anzustreben.
- 5) Das Schulamt überwacht die finanziellen Verhältnisse der örtlichen Schulvereine und sorgt für die ordnungsgemässe Verwendung und Verteilung der für Schulzwecke zur Verfügung stehenden Geldmittel. Das Schulamt zahlt die Lehrergehälter nach den festgelegten Gehaltsskalen.

*III. Das Schulamt als Behörde.*

- 6) Mit dem Aufhören der Befugnisse des Regierungsdirektors Cl. Petersen — voraussichtlich zum 1. April 1942 — übernimmt das Schulamt die Stellung als oberste Behörde für alle an Privatschulen beschäftigten Lehrer.
- 7) Die Lehrkräfte gelten während ihrer Tätigkeit hier als vom Reich beurlaubt und in Nordschleswig auf Privatdienstvertrag angestellt. Mit allen Lehrkräften ist ein Kontrakt mit angemessener gegenseitiger Kündigungsfrist abzuschliessen.
- 8) Prüfungen der Lehrer und andere Angelegenheiten hoheitrechtlichen Charakters unterliegen nach wie vor den reichsdeutschen Behörden.

*IV. Mitglieder des Schulamts.*

- 9) Der Volksgruppenführer hat zu Mitgliedern des Schulamts ernannt: (in alphabet. Reihenfolge)
  - Schulrat Elholm
  - Oberstudiendirektor Dr. Gäde
  - Schatzward P. Petersen
  - Hauptschriftleiter Ernst Schröder.

VII. Inkrafttreten der Befugnisse.

- 18) Das Schulamt übernimmt *sofort* alle Befugnisse, die von der Volksgruppe selbst übertragen werden können, und zwar sowohl gegenüber den öffentlichen wie privaten Schulen.
- 19) Die Geldverwaltung des Schulamts beginnt mit dem Ausscheiden der Deutschen Stiftung, voraussichtlich mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 1.4.42.
- 20) Das Schulamt als Behörde beginnt seine Wirksamkeit gleichzeitig mit dem Ausscheiden von Reg.Dir. Petersen, wahrscheinlich 1.4.42.

<sup>1)</sup> „Schulamt“ afholdt sit første møde 16. december 1941. Forslaget må formodentlig være fra omkring denne tid. Det fremgår i hvert fald af indholdet, at det er blevet til før 1. april 1942.

<sup>2)</sup> De to følgende afsnit: V. *Verteilung der Arbeitsgebiete* og VI. *Geschäftsstelle und Akten* er udeladt.

## 186.

### Udkast til skrivelse fra skolekontoret til det danske undervisningsministerium angående de tyske skolekrav.

26. nov. 1942.

*Apenrade, den 26.11.1942.*

An das  
Unterrichtsministerium  
in Kopenhagen.<sup>1)</sup>

#### I. *Allgemeines:*

Indem wir dankbar anerkennen, dass mit dem Gesetz vom 15.3.1939 und in der Art seiner Ausführung ein Teil unserer Schulwünsche vom 15.5.38 erfüllt wurden, so wollen wir doch gerne unterstreichen, dass man mit diesem Gesetz nicht allen unseren Wünschen entgegenkam, andere Wünsche wurden in einer Form erfüllt, die nicht unseren Vorschlägen entsprach. Hinzu kommt, dass nun einige neue Vorschläge notwendig werden, teils um eine bisher geübte Praxis sicherzustellen, teils weil neue dänische Gesetze neue Probleme geschaffen haben (Ungdomsskole) und teils aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Wenn wir anliegend alle diese Vorschläge zusammenfassen<sup>2)</sup>, so möchten wir betonen, dass es sich in vielen Punkten um Dinge handelt, die in der Praxis unseren Wünschen entsprechend gehandhabt wurden, aber wo die gesetzl. Festlegung fehlt. Bei unseren Vorschlägen handelt es sich in Wirklichkeit nur um 3 Punkte von mehr einschneidender Bedeutung:

- 1) Schaffung einer Schuldirektion für die deutschen öffentlichen Schulen in Nord-schleswig und die sich daraus ergeb. Konsequenzen.
- 2) Erfüllung unserer alten Forderung auf getrennte Schulkommissionen für jeden Schulbezirk (oder jede Schule), indem die „Skolenævn“ aufgehoben werden.
- 3) Neuregelung der Aufsicht über die Privatschulen entsprechend § 43 des allgem. dänischen Gesetzes vom 20.5.1933.

Sollte der Punkt 1 (deutsche Schuldirektion) nicht durchgeführt werden, ergeben sich natürlich eine Reihe von weiteren Wünschen (Recht auf deutsche Lehr- und Lernbücher usw.), die hier zunächst ausser acht gelassen werden konnten.

Im übrigen wären wir dankbar, wenn das Unterrichtsministerium vor endgültiger Festlegung sachkundigen Vertretern der deutschen Volksgruppe Gelegenheit geben würde, zu Einzelheiten Stellung zu nehmen.

<sup>1)</sup> Efter hvad undervisningsministeriet har meddelt, er det pågældende brev ikke modtaget dér, så det må formodes aldrig at være blevet afsendt.

<sup>2)</sup> Redegørelsen er ikke medtaget her.

## 188.

**Steht til skolekontoret angående de tyske krav om kulturelt selvstyre.**

23. dec. 1942.

Pr.127.St/L.  
xx 390

23. Dezember 1942.

*Betrifft:* Kulturelle Selbstverwaltung der deutschen Volksgruppe.*An das  
Schulamt,  
Apenrade.  
Dibbernhaus.**Lieber Pg. Elholm!*

Die Forderungen der Volksgruppe auf kulturellem Gebiet sind zunächst einmal provisorisch formuliert worden und werden Ihnen als Anlage<sup>1)</sup> zur persönlichen Unterrichtung zugesandt. Sie wollen nun bitte versuchen, im einzelnen Vorschläge zur Verwirklichung dieser Programmpunkte auf dem Gebiet des Schulwesens zu machen. Es käme also darauf an, die bestehenden Gesetze zusammenzustellen und von diesen ausgehend dann Vorschläge für die Änderungen der bestehenden Bestimmungen zu geben.

Die Unterlagen, die Sie mir seinerzeit mitgaben, nahm der Parteiführer mit nach Kopenhagen und hat sie, soweit mir bekannt, dort Dr. Kassler überlassen. Ich habe also selbst z.Zt. überhaupt keine Vorgänge hier. Sollten Sie noch Abschriften liegen haben, bitte ich, mir eine solche zuzuleiten.

Im übrigen müssten wir uns vielleicht noch einmal mündlich in dieser Angelegenheit besprechen.

Heil Hitler!

*1 Anlage.*

<sup>1)</sup> Bilaget mangler, men må være det som A. nr. 187 trykte dokument.

## 189.

**Elholms forslag om eventuelle ændringer i det tyske skolevæsens organisation.**

[1942].

**Darlegung**

**betr. Änderungen im deutschen Schulwesen in Nordschleswig  
von Schulrat Elholm.**

Wenn ich einen Vorschlag für eine Umgestaltung der Organisation des deutschen Schulwesens in Nordschleswig zu machen habe, dann ist es an sich nicht ganz leicht, den Rahmen von vornherein festzulegen, da ich die Möglichkeiten, die im Augenblicke gegeben sind, nicht kenne. Ich weiss auch nicht, in wieweit die Forderungen, die an den dänischen Staat zu stellen sind, den Grundsätzen deutscher Politik im Augenblick konform laufen. Aber auf jeden Fall muss der jetzige Zeitpunkt für die Erreichung eines näheren oder ferneren Zieles der gegebene sein. Dabei darf festgestellt werden, dass wir in den

letzten Jahren zu Klagen über die dänische Schulverwaltung praktisch eigentlich keinen Anlass hatten (mit Ausnahme allerdings von Hadersleben).

Trotzdem muss es unser Ziel sein:

- 1) Grundsätzlich die gesamten schulischen Dinge unserer Volksgruppe in eigener Verantwortung zu betreuen.
- 2) Das kommunale und das private Schulwesen dahin zu organisieren, dass die Angleichung möglichst gross wird; dass wir also einem absolut einheitlichen deutschen Schulwesen am nächsten kommen.

Ich möchte nun 5 verschiedene Wege aufzeigen, die dieser Vereinheitlichung mehr oder weniger nahe kommen, indem ich die weitgehendsten zunächst nenne:

- I) Das gesamte deutsche Schulwesen wird von der Volksgruppe übernommen, d.h. das kommunale Schulwesen wird gewissermassen privat. Die Gemeinden, Städte usw. sollten dann gehalten sein, die jetzt von deutschen Schulen benutzten Gebäude an uns zu vermieten. Der dänische Staat hätte die gesamten Betriebskosten zu übernehmen und an uns auszuschütten. Wegen der Pensionsrechte der jetzigen kommunalen Lehrer und evt. der jetzigen Privatschullehrer wären besondere Abmachungen zu treffen. Der jährlich zu leistende Geldaufwand würde schätzungsweise 2—2½ Millionen Kr. betragen. Dieser Betrag müsste zur jeweiligen Schülerzahl in eine gewisse Beziehung gebracht werden. Die Durchführung dieses Vorschlages setzt m. E. allerdings die Schaffung eines wirklichen Volksgruppenrechts voraus.
- II) Das jetzige deutsche Privatschulwesen wird kommunal und alles einer einheitlichen deutschen Leitung, die wir hier zunächst *deutsche Schuldirektion* nennen, unterstellt. Es ist dann sehr wichtig, genaue Bestimmungen zu schaffen.
  - a) Das Recht betreffend, dass Kinder ausserhalb der Gemeinde bzw. ausserhalb des Schulbezirks unbedingt die Schule der Gemeinde, wo nun eben die deutsche Schule liegt, besuchen können (d. h. dass die jetzigen Privatschulbezirke aufrechterhalten werden können)
  - b) Betreffend Übernahme der Privatschullehrkräfte (Besoldung, Staatsbürgerrecht usw.)
- III) Das deutsche Schulwesen bleibt grundsätzlich getrennt in ein kommunales und privates Schulwesen, doch so, dass besonders die Verwaltung des deutschen Schulwesens in der Unter- und Mittelinstanz so neugestaltet wird, dass auch die Mittelinstanz vollständig unter deutschen Einfluss käme. Die Oberinstanz (Ministerium, Kopenhagen) könnte in dänischen Händen bleiben. Die notwendigen Gesetzveränderungen sollen auf der Basis dänischer Gesetze und so weit wie möglich im Geiste dänischer Gesetzgebung vorgenommen werden. Das private Schulwesen wäre ganz in unsere Hand zu legen, wir hätten es dann selbst in der Hand, das private Schulwesen nach dem Stand des für die kommunale Schule Erreichten zu organisieren, so dass wir praktisch die einheitliche deutsche Schule hätten, wenn auch nicht formell.
- IV) Das deutsche Schulwesen (komm. und privat) könnte nach Abstellung einer Reihe von notwendigen Änderungen bleiben wie heute, d.h. die kommunalen Schulen blieben in der Mittelinstanz unter dänischer Leitung. Dafür wäre in der Oberinstanz (Ministerium) ein Beamter der Volksgruppe so einzubauen, dass er auf unsere schulischen Dinge entscheidenden Einfluss hätte. In den Volksgruppen in Rumänien, der Slowakei, Kroatien und Banat sitzen Schulbeamte der deutschen Volksgruppe im Unterrichtsministerium des Herbergsstaates.
- V) Die 5. und am wenigsten weitgehende Lösung wäre, die für uns grössten Schattenseiten der jetzt geltenden Gesetzesbestimmungen ändern zu lassen. Solche wären in erster Linie:
  - a) Die Aufsicht über die Privatschulen zum Zweck der Gewährung des Staatszuschusses muss abgeändert und in unsere Hand gelegt werden,
  - b) In der Mittelinstanz muss die Aufsichtsbefugnis der dänischen Behörden eingeschränkt oder beseitigt werden und die Befugnisse des deutschen Schulkonsulenten entsprechend erweitert werden.

- c) Zusammenfassung von Skolenævn u. Skolekommission zu einer Instanz, die für deutsche und dänische Schulen getrennt ist.

Persönlich neige ich dazu, die Lösung III vorzuziehen; dazu wären im einzelnen folgende Punkte zu beachten:

### 1) *Höhere Schulen.*

Unser Recht auf examensberechtigte Schulen muss kodifiziert werden; ebenso das uns kürzlich zugestandene Recht des Schulgeldausgleichs, das dahin erweitert werden muss, dass Parallelklassen errichtet werden könnten. Am besten wäre es, die deutschen kommunalen examensberechtigten Schulen als eine Angelegenheit des Staates, nicht als kommunale Angelegenheit zu betrachten. Die schon zugesagte vollständige Gleichberechtigung des deutschen Realexamens mit dem dänischen, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, muss kodifiziert werden. Es ist noch zu prüfen, inwieweit die Forderung zweckmässig sein würde, die Anforderungen, die im Dänischen an unsere examensberechtigten Schulen gestellt werden, herabzuschrauben.

### 2) *Kommunale Volksschulen:*

a) Gründung einer eigenen volksdeutschen Schuldirektion, analog den nord-schleswigschen dänischen Amtsschuldirektionen. Die deutsche Direktion, die aus dem ersten Kandidaten der Folketingswahlliste der Slesvigsk Parti, dem deutschen Schulkonsulenten und einem weiteren Mitglied besteht und formell vom Unterrichtsministerium bestätigt wird, übernimmt alle Rechte und Pflichten, die das dänische Gesetz für die Amtsschuldirektionen vorschreibt.

b) Der neben der Amtsschuldirektion in jedem Kreis fungierende „Skoleraad“ bleibt trotz Gründung der deutschen Schuldirektionen in allen Kreisen bestehen. Soweit er sich jedoch mit deutschen Schulangelegenheiten zu befassen hat, hat er den deutschen Schulkonsulenten sowie ein weiteres besonders zu ernennendes Mitglied als Vertreter des Vorsitzenden der deutschen Schuldirektion hinzuzuziehen. Sollte bei der Verhandlung einer wichtigen deutschen Schulangelegenheit der deutsche Schulkonsulent überstimmt werden, hat dieser das Recht, die Angelegenheit dem Unterrichtsministerium zur Entscheidung vorzulegen. Bis zur Entscheidung kann der Beschluss des „Skoleraad“ nicht ausgeführt werden. Die Bestimmungen betr. „Skolefond“ bleiben unverändert.

c) Nach den jetzigen dänischen Bestimmungen üben lokale Schulkommissionen eine gewisse örtliche Schulkontrolle aus. Diese Schulkommissionen sollen künftig in keiner Weise mehr zuständig für deutsche Schulen sein. Ihre Rechte und Pflichten werden auf die neue volksdeutsche Schuldirektion und die deutschen Elternräte verlagert. Die örtlichen deutschen Elternräte bleiben also bestehen. Sollte es gelingen, die jetzigen Schulkommissionen aufzuheben, werden die Elternräte zukünftig „Schulkommission“ benannt werden.

d) Die von der Volksgruppe benutzten Kommunalschulgebäude stehen dieser auch für ausserschulische volksdeutsche Arbeit (einschl. deutscher Abendschulen, Jugendschulen usw.) zur Verfügung. In allen Fragen, wo die Gemeinde (Stadt), die ja für die örtliche Finanzverwaltung der Schule verantwortlich ist, und infolgedessen einen grossen indirekten Einfluss ausüben kann, offenkundig Interessen der deutschen Volksgruppe entgegenarbeitet, soll Beschwerderecht an die Oberinstanz möglich sein, diese Bestimmung wäre überflüssig, wenn alle deutschen Schulen als Staatsangelegenheit, ähnlich wie bei den Seminarübungsschulen, durchgeführt würde. § 19 des Gesetzes vom 15.3.1939 fällt weg.

### 3) *Privatschulen.*

Anstelle der für die Volksgruppe nun nicht mehr zuständigen lokalen Schulkommissionen (vergl. Ziffer I, 3) tritt eine Schulaufsicht pp. des deutschen Schulkonsulenten gemäss des allgem. dänischen Schulgesetzes vom 20.5.1933 § 43, Absatz I, das bisher nur nördlich der Königsau gilt. Gesetzestechnisch wäre somit lediglich eine neue Bestimmung erforderlich, die den § 43 auch für Nordschleswig künftig in Kraft setzt. Es ist evt. zu untersuchen, ob es nicht zweckmässig wäre, das ganze Gesetz auf Nordschleswig auszudehnen durch Wegfall von § 50 letzter Teil. Der Schluss des § 20 im Gesetz vom 15.3.39 soll wegfallen, so dass der Staatszuschuss ein Recht wird.

4) *Schulkonsulent.*

Der § 9 des Gesetzes vom 15.3.39 soll entsprechend der neuen Stellung des deutschen Schulkonsulenten abgeändert werden, ebenso der für ihn angefertigte Instrux vom 8. Juni 1939.

5) *Aufsicht über den Religionsunterricht.*

Unter Berücksichtigung des § 12 des Gesetzes vom 15.3.39 ist zu prüfen, ob nicht ein Geistlicher der deutschen Volksgruppe die Rechte des dänischen Bischofs, soweit deutsche Schulen in Frage kommen, übernehmen kann.

6) *Jugendschulen (Ungdomsskole).*

Dieser Schultyp steht erst im Beginn des Aufbaus und wird voraussichtlich Anfang oder im Frühjahr nächsten Jahres gestartet. Alle Jugendlichen von 15—18 Jahren, soweit sie noch nicht auf anderen Schulen sind, sollen aufgrund freiwilliger Meldung erfasst werden. Die vorbereitende Tätigkeit untersteht in den Städten einem Stadtnævn und in den Ämtern einem besonderen Amtsnævn, zu diesen haben in denjenigen Dörfern des Amtes wo Jugendschulen errichtet werden, ein besonderes fünf-gliedriges Nævn. Zentralspitze ist der dänische Staatsjugendkonsulent (Ungdomsskolekonsulent) in Kopenhagen.

Vorschlag: Anstelle des Amtsnævn tritt die deutsche Schuldirektion, anstelle der lokalen Nævn der deutsche Elternrat, und wo ein solcher nicht vorhanden, eine fünf-gliedrige örtliche Kommission, die von der deutschen Schuldirektion vorgeschlagen und vom Staatsjugendkonsulenten bestätigt wird (in den meisten Fällen wird es praktisch der Vorstand des örtlichen deutschen Schulvereins sein können). — Hierzu ist eine besondere Bekanntmachung zum Ges. vom 4.7.42 nötig.

7) *Abendschulen (Aftenskole).*

Diese unterstanden bisher der örtlichen Schulkommission, nach dem neuen Gesetz dem Jugendskolenævn, wo ein solches besteht, sonst einem neu zu gründenden fünf-gliedrigen Aftenskolenævn.

Vorschlag: die Aufsicht ist die gleiche wie bei den Jugendschulen, wobei noch besonders betont wird, dass anstelle der dänischen Schuldirektion die neue deutsche Schuldirektion tritt und anstelle des dänischen der deutsche Schulkonsulent tritt. Die Rechte des dänischen „Ungdomsskolekonsulent“ bleiben unberührt.

Um diese Änderung durchzuführen wäre eine besondere Bekanntmachung zum Aftenskolelov, das ebenfalls vom 4.7.42 ist, nötig. Die deutschen kommunalen Schulen sollen möglichst räumlich von der dänischen Schule vollständig getrennt sein, doch können Turnhalle, Spielplatz und Schulküche gemeinsam benutzt werden. Jedoch dürfen diese Säle nicht nationale Symbole und Bilder u.dgl. enthalten. Sind komm. Turnhalle und Sportplatz nicht vorhanden, also stehen Sportplatz, Schulküche und Turnhalle der dänischen Schule doch zur Verfügung (evt. unter Deckmantel eines bestimmten Vereins), muss die Gemeinde dafür sorgen, dass entsprechende Einrichtungen auch der deutschen Schule zur Verfügung stehen.

Die schweren Nachteile der öffentlichen deutschen Schule, die vor allem in der schweren Versetzbarkeit der Lehrkräfte und in dem Fragenkomplex der „Timelærere“ liegt, kann leider nicht geändert werden, ohne mit dem ganzen Sinn dänischer Schulgesetzgebung in Konflikt zu kommen, eigentlich nur möglich, wenn Lösung 1, d.h. wenn wir ein vollständiges Volksgruppenrecht bekommen. Jede Lehrkraft an einer kommunalen deutschen Schule muss für eine *bestimmte deutsche* Schule berufen werden. Zeitweilige Beschäftigung an deutschen und dänischen Schulen soll nicht mehr möglich sein. Auch der Austauschunterricht im Sprachunterricht Deutsch-Dänisch muss in Wegfall kommen.

Deutsche Lehrkräfte gehören nicht zum Fælleslærerraad, sondern stehen in ihrem Lærerraad gegebenenfalls gleichberechtigt neben dem dänischen Fælleslærerraad.

Die ganzen Änderungen lassen sich meines Erachtens am einfachsten durchführen durch Ausdehnung des Gesetzes vom 20.5.33 auf Nordschleswig und durch vollständige Änderung der Bek. v. 15.3.39. Letztere soll wie jetzt immer Erstrangsgültigkeit haben.

## 190.

**Det tyske kontor til undervisningsminister Højberg Christensen angående de tyske skolekrav.**

2. juli 1943.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

2. Juli 1943

K.II.1/43-St/L.

Herrn

*Unterrichtsminister Dr. phil. A. C. Højberg Christensen  
Kopenhagen  
Frederiksholmskanal 21*

*Sehr geehrter Herr Minister!*

Hierdurch gestatte ich mir, Sie, verehrter Herr Minister, darauf hinzuweisen, dass ich meine Dienstgeschäfte als Leiter des Kontors der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium hier in Kopenhagen nunmehr endgültig aufgenommen habe und in Zukunft unter der obigen Anschrift erreichbar bin. Bei gleicher Gelegenheit möchte ich auf einige Punkte in Bezug auf das Schulwesen der deutschen Volksgruppe hinweisen, die uns zur Zeit in Nordschleswig beschäftigen.

Es handelt sich dabei zunächst um die *Stellung unseres Schulkonsulenten*, die im § 9, Absatz 2 des Gesetzes über die Volksschulen in Nordschleswig, sowie in den Instruktionen des Unterrichtsministeriums vom 8. Juni 1939 im einzelnen umrissen wird. Danach steht der Schulkonsulent den sogenannten Skolenævns, bzw. den Amtsschulkonsulenten gewissermassen als Sachverständiger für die Aufsicht über die deutschen Kommunal-schulen zur Verfügung, während die eigentlichen Aufsichtsbefugnisse gemäss § 11, Absatz 2 und 3 von den Amtsschulkonsulenten wahrgenommen werden. Das Kontor darf hiermit die Frage aufwerfen, ob es nicht richtiger wäre, die dänischen Amtsschulkonsulenten von dieser Aufgabe zu entbinden und sie ausschliesslich dem deutschen Schulkonsulenten zu übertragen. Seine Stellung müsste dann entsprechend umgewandelt werden. Während heute der Lehrer einer deutschen Schule unter Beibehaltung seiner Lehrtätigkeit als Schulkonsulent tätig ist, wäre es zweckmässig, diese Stellung hauptamtlich zu machen, und ihm dann die Befugnisse eines Amtsschulkonsulenten hinsichtlich der Aufsicht über die kommunalen und privaten deutschen Schulen in den vier nordschleswigschen Ämtern zu geben. Nach Informationen, die ich in Nordschleswig eingeholt habe, könnte ich mir denken, dass man auch in dänischen Kreisen eine solche Regelung für zweckmässig halten würde. Von den 30 deutschen Kommunal-schulen in Nordschleswig befinden sich allein 23 im Amte Tondern. Sollte dort demnächst der mit den Verhältnissen in Nordschleswig besonders vertraute Amtsschulkonsulent aus dem Dienst ausscheiden, wäre es unbedingt zweckmässig, seine Aufsichtsbefugnisse hinsichtlich dieser Schulen auf den deutschen Schulkonsulenten zu übertragen, statt sie einem neuen Amtsschulkonsulenten zu geben, der mit den besonderen Problemen der Schulen in Nordschleswig vielleicht nicht so vertraut ist und auf jeden Fall, was die deutschen Schulen angeht, nicht die Sachkenntnis des deutschen Schulkonsulenten besitzen kann.

Der zweite Punkt, den wir einer Nachprüfung zu unterziehen bitten, ist das Aufsichtsrecht der Schulkommissionen über die Privatschulen gemäss § 2, Absatz 2 b des Volksschulgesetzes für Nordschleswig. Diese Regelung kann, wie die Praxis zeigt, örtlich zu unerwünschten Spannungen führen. Es wäre daher zu überlegen, ob man nicht § 43, Stk. 1 des Volksschulgesetzes vom 20. Mai 1933 für Nordschleswig in Kraft setzen kann.

Der dritte Punkt bezieht sich auf § 14 des Volksschulgesetzes für Nordschleswig vom 15. März 1939. Da die deutsche Volksgruppe in den Schuldirektionen nicht vertreten

ist, wäre es vielleicht angebracht, sie bei der Ernennung von Oberlehrern in der Form zu beteiligen, dass das Unterrichtsministerium eine Stellungnahme des Kontors der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium einholt.

Das wären, sehr geehrter Herr Minister, zunächst einige der Fragen, welche die Volksgruppe zur Zeit beschäftigen, und die ich zum Gegenstand einer Besprechung zu machen bitte. Dabei darf ich mir vorbehalten, später noch einige weitere Fragen anzuschneiden. Soweit erforderlich, können die in diesem Schreiben niedergelegten Gesichtspunkte auch noch in konkrete Vorschläge umgeformt werden.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener<sup>1)</sup>

Durchschlag an Herrn Dr. Kassler zur Kenntnisnahme gesandt <sup>2</sup>/<sub>7</sub>. L.

<sup>1)</sup> Af den i udenrigsministeriets arkiv opbevarede genpart af skrivelser fremgår det, at den var underskrevet af Stehr.

## 191.

### Det tyske kontor til von Woedtke angående oplysninger om kulturelt selvstyre i andre lande.

13. sept. 1943.

K.II 1/43 — St/L.

13. Sept. 1943.

Betrifft: Schulstatut.

Herrn

Werner Hasselblatt  
z. Hd. von Herrn von Woedtke  
Berlin-Wilmersdorf  
Kaiser Allee 189

*Sehr geehrter Herr von Woedtke!*

Für Ihren Brief vom 2. September 1943 und die Abschrift des Schreibens von Herrn Hasselblatt an den Kameraden Kubitz sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Ich bin durchaus mit Herrn Hasselblatt einig in der Auffassung, dass eine gut funktionierende Schulautonomie nur auf Grund der örtlichen Gegebenheiten und der Kenntnis der jeweiligen Landesgesetze ausgearbeitet werden kann. Die Bitte um Bereitstellung von Unterlagen über die Frage, wie das Problem der Schulautonomie in anderen Ländern geregelt worden ist, hat auch nur den Zweck, einen Überblick zu bekommen und Vergleichsmaterial zu erhalten.

Wie bereits in dem Schreiben an den Kameraden Kubitz dargelegt, kommt es mir nicht so sehr darauf an, grosse Denkschriften zu erhalten, sondern in erster Linie auf die Bereitstellung der gesetzlichen Unterlagen.

Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie einmal die Zeitschrift „Nation und Staat“<sup>(1)</sup>, hierauf hin durchsehen würden und ich die Hefte zur Verfügung gestellt bekäme, in denen allgemeine Volksgruppenstatute über Kultúrautonomie bezw. auch nur über Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Schule zum Abdruck gebracht worden sind.

Wir beabsichtigen im übrigen hier nicht, die Dinge für Nordschleswig von heute auf morgen durchzuziehen, wollen heute aber alle erforderlichen Vorarbeiten leisten, damit wir im geeigneten Zeitpunkt auch entsprechend vorbereitet sind.

Zur Zeit sind eine Reihe von Schulforderungen im dänischen Unterrichtsministerium angemeldet, die schon in Richtung auf die Schulautonomie hin tendieren.

Die von Herrn Hasselblatt als besonders schwierig bezeichnete Finanzierungsfrage ist in Besprechungen der Volksgruppenführung auch schon angeschnitten worden. Sollten die Devisenschwierigkeiten weiterhin in dem bisherigen Ausmass anhalten, werden wir auch schon aus dem Grunde gezwungen sein, an ein Schulstatut heranzugehen. Einzelheiten könnten bei späterer Gelegenheit mitgeteilt werden. Die Frage der Regelung der Optien für den deutschen Schulbesuch dürfte in Nordschleswig kaum auf unüberwindbare Schwierigkeiten stossen.

Herrn Hasselblatt wünsche ich in seinem Erholungsurlaub alles Gute und baldige Genesung.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> Tidsskriftet „Nation und Staat“, der havde undertitlen „Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem“, blev udgivet af Werner Hasselblatt. Det behandlede forskellige folketyske problemer og indeholdt beretninger om forholdene i de enkelte lande. Der findes også heri en del oplysninger om „folkegrupperet“, f. eks. i årgang 1943, s. 169—170, om en overenskomst mellem det rumænske undervisningsministerium og den tyske folkegruppe ang. folkegruppens overtagelse af de tysksprogede statsskoler. I årgang 1943/44, s. 50—54 og 103—112, findes en artikel af Arnold Weingärtner: Das Recht der deutschen Volksgruppen, der behandler spørgsmålet om „folkegrupperet“ og giver en oversigt over forholdene i de enkelte lande.

## 192.

### Det tyske kontor til dr. Möller angående forhandlinger med de danske myndigheder om de kulturelle krav.

4. okt. 1943.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

Kopenhagen Ø., den 4. Oktober 1943.

Vorgang: K.III.1/43 — St/L

Betrifft: Kulturautonomie.

An den

Volksgruppenführer Dr. Möller  
Gravenstein

Lieber Dr. Möller!

Am heutigen Tage bin ich mit Elholm zusammen bei den Departementschefs Barfod und Thomsen gewesen. An beiden Stellen benutzte ich die Gelegenheit, um einige grundsätzliche Fragen, die sich auf unsere kulturellen Forderungen beziehen, anzusprechen.

Barfod fragte ich, ob er eine Möglichkeit sähe, unsere Schulforderungen, die sich u. a. auf die Stellung des Schulkonsulenten beziehen, weiter zu fördern. Er erklärte, dass das gegenwärtig unmöglich sei, da die Erfüllung unserer Wünsche eine grundlegende Änderung bestehender Gesetze bedinge. Solche könne man aber im Rahmen der gesetzlichen Anordnungen eines Departementschefs nicht erwirken.<sup>1)</sup>

Wie ich bereits berichtet habe, wird also dieses sogenannte Recht zum Erlass von „Lovanordninger“ durch die Departementschefs eng ausgelegt. Man wird sich im allgemeinen darauf beschränken, bestehende Gesetze zu verlängern, bezw. solche Anordnungen zu treffen, die zur Fortführung des Gemeinschaftslebens unbedingt notwendig sind. So wird man z. B. auch das Gesetz über den Haushaltsplan für das kommende Jahr sicherlich auch ohne Reichstag verabschieden, da selbstverständlich die Zahlungen weiterlaufen müssen. Man wird dabei aber von neuen Bewilligungen im allgemeinen Abstand nehmen, sofern sie nicht durch die besonderen Umstände notwendig geworden sind.<sup>2)</sup>

Heil Hitler!

Durchschlag an 1) das Volksgruppenamt (zugleich mit der Bitte um Unterrichtung des Kirchenamts)  
2) das Schulamt, Apenrade,  
zur Kenntnisnahme.

<sup>1)</sup> Undervisningsministeriets svar på Stehrs skrivelse af 2. juli (A. nr. 190) blev afsendt 20. september 1943. Det hedder heri, at „de af Dem rejste principielle Spørgsmaal om Ændringer i de gældende Lovbestemmelser vedrørende Mindretalsskolernes Styrelse kun vil kunne løses ved en Ændring af Lovene om Folkeskoler i de sønderjydske Landsdele af 15. Marts 1939, som man ikke paa nærværende Tidspunkt vil kunne optage til Drøftelse“.

<sup>2)</sup> Der følger herefter en redegørelse for forhandlingerne med kirkeministeriet, som er helt identisk med den, der er givet af Elholm (A. nr. 178).

## 2. Tysk skolebyggeri.

# 194.

**Elholm til den tyske stiftelse angående planerne for det tyske skolebyggeri (med bilag).**

7. dec. 1940.

3638/40.

7. Dezember 1940.

An die

Deutsche Stiftung, Nebenstelle Nord,  
z. Hd. Herrn Regierungsdirektor Petersen,  
Schleswig.

Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor!

Der Volksgruppenführer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, Dr. Möller, hat mir mitgeteilt, dass man in Berlin bereit sei, im kommenden Finanzjahr recht beträchtliche Summen für die Erweiterung und den Ausbau des deutschen Schulwesens in Nordschleswig bereit zu stellen. Gemäss dem Auftrage von Dr. Möller habe ich eine Zusammenstellung angefertigt, die — nach Gruppen geordnet — den Geldbedarf für einen solchen Ausbau veranschaulicht. Die Gruppe I umfasst diejenigen Erweiterungen, die unbedingt durchgeführt werden müssen und an und für sich längst fällig sind. Auch Gruppe II und III sind Arbeiten, die als überaus dringlich bezeichnet werden müssen. Die nächstfolgenden Gruppen umfassen diejenigen Arbeiten, die sehr wünschenswert sind und für unsere Arbeit von ungeheurem Nutzen wären, die aber zurückgestellt werden müssen, wenn die Geldbe-

träge nicht in der von uns gewünschten Höhe zur Verfügung gestellt werden. In Bezug auf die letzte Gruppe (Bau von Turnhallen usw.) will ich nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass das letzte grosse dänische Schulgesetz den Bau von Turnhallen für jede Landschule forderte und dass noch vor wenigen Wochen ein Zusatzgesetz angenommen wurde, um diese Bauten (Turnhallen, Schulküchen usw.) trotz des Krieges durchführen zu können. (Volksschulgesetz vom 18. Mai 1937 und Zusatzgesetz vom 31. Oktober 1940). Eine ganze Reihe dieser Bauunternehmen ist bereits fertiggestellt, andere sind im Bau, weitere werden folgen. Wenn wir also den Volkstumskampf unter gleichen Voraussetzungen führen sollen, müssen wir auch im Hinblick auf Gebäude usw. unserm dänischen Gegner gleichwertig sein. Daher kann auch diese letzte Gruppe (Bau von Turnhallen usw.) durchaus nicht nur als wünschenswert, sondern als erforderlich hingestellt werden. Ich bemerke, dass für die 12 kleineren Schulen mit obigem eine Turnhalle nicht vorgesehen ist. Schliesslich soll noch mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, dass bei obigen Anforderungen für keine einzige Schule mit Ausnahme von Gravenstein Schulküche und dergleichen Einrichtungen vorgesehen sind. Schulküchen werden aber in dem oben erwähnten Gesetz für die dänischen öffentlichen Schulen genau so gefordert wie Turnhallen.

Heil Hitler!

1 Anlage.

C. E[holm]

*Gruppe I:* Arbeiten, die absolut dringlich sind.

Schulbauten in:	
Feldstedt .....	Kr. 36.000.—
Woyens-Hammeleff .....	- 40.000.—
Krusau .....	- 34.000.—
Oberjersdal .....	- 38.000.—
Baurup .....	- 36.000.—
Bredebro .....	- 40.000.—
Gravenstein .....	- 190.000.—
	<hr/>
	Kr. 414.000.—

*Gruppe II:* Reparaturen an vorhandenen Gebäuden.

41 Schulgebäude a 2.000 Kr. = .....	Kr. 82.000.—
-------------------------------------	--------------

Hierzu sei bemerkt, dass infolge Geldmangels während einer langen Reihe von Jahren keine Reparaturen durchgeführt werden konnten.

*Gruppe III:* Für den weiteren Ausbau des deutschen Privatschulwesens müssen wir mit dem Bau von 5 weiteren Schulen rechnen, die im Augenblick nicht namentlich angeführt werden können = .....

Kr. 180.000.—

*Gruppe IV:* Bauten, die sehr wünschenswert sind, die aber nicht direkt als erforderlich hingestellt werden können.

Buhrkall .....	Kr. 40.000.—
Ekensund .....	- 30.000.—
Schafhaus .....	- 27.000.—
Stübbek .....	- 27.000.—
Tandslet .....	- 26.000.—
Wennemoos .....	- 34.000.—
Wilsbek .....	- 32.000.—
Aarö .....	- 30.000.—
	<hr/>
	Kr. 246.000.—

*Gruppe V:* Bau von Kindergärten. In vielen Fällen ist mit einem Anbau an eine Privatschule gerechnet.

Uk .....	Kr.	10.000.—
Rapstedt .....	-	20.000.—
Woyens .....	-	10.000.—
Ekensund .....	-	10.000.—
Hadersleben .....	-	20.000.—
Rinkenise .....	-	10.000.—
Lügumkloster .....	-	10.000.—
	<u>Kr.</u>	<u>90.000.—</u>

*Gruppe VI:* Bau von Turnhallen.

40 Turnhallen a 40.000 Kr. = ..... Kr. 1.600.000.—

## 195.

### Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående 900 000 RM til skolebyggeri.

23. april 1941.

#### Telegramm

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 23. April 1941 0.30 Uhr  
Ankunft: — 23. — — 1.45 —

Nr. 585 vom 27.4.

Auf Drahterlass Nr. 552 vom 16.4.<sup>1)</sup>

Gegen Zurverfügungstellung von etwa 900.000 Reichsmark in Worten: Neun hunderttausend an Volksgruppe Nordschleswig durch Volksdeutsche Mittelstelle bestehen hier keine Bedenken unter Voraussetzung, dass Ankauf von Grundstücken in angemessenen Zeitabständen erfolgt und Volksgruppe Durchführung Bauprogramms als interne Angelegenheit behandelt, ohne davon in Presse und öffentlichen Äusserungen viel Aufhebens zu machen. Gewisse Reaktion der Dänen in Volkstumskampf wird nicht ausbleiben, kann aber meines Erachtens in Kauf genommen werden.

Für Bauprogramm werden im einzelnen in Dänenkronen benötigt: Vierhundertfünfzigtausend Kronen für teils Neugründungen, teils bereits errichtete, aber in schlechten Mietsräumen untergebrachte Schulen; zweihunderttausend Kronen für Schulen, Kindergärten, Deutsches Haus; achtzigtausend Kronen für notwendige Reparaturen; siebzigtausend Kronen für Ausbau von Kindergärten und Erweiterungsbauten.

Baumaterial ist bei Volksgruppe vorhanden, .....<sup>2)</sup> Menge sichergestellt, Eisenbedarf klein, da bei beabsichtigten Kleinbauten auf Zentralheizung verzichtet wird und gute Holzbalken statt eiserner Träger verwendet werden sollen.

Renthe Fink

<sup>1)</sup> I marginen med maskinskrift tilføjet: *Richtige Bezugnahme dürfte lauten: Nr. 419 vom 16.4. (Kult. A. Nr. 1433 betr. Ankauf von Grundstücken für Schulen).*

<sup>2)</sup> Her mangler et ord i teksten. I marginen er tilføjet: *Gr. verst.*

196.

**Elholm til Vomi angående det tyske skolebyggeri og dets finansiering  
(med bilag).**

31. maj 1941.

619/41

31. Mai 1941.

*An die  
Volksdeutsche Mittelstelle,  
Berlin.*

**Vertraulich!**

— durch die Volksgruppenführung der deutschen  
Volksgruppe Nordschleswig, Gravenstein —

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen, die am 3. April in Berlin geführt wurden, gestatte ich mir, der Volksdeutschen Mittelstelle mitzuteilen, dass der Betrag, von dem in Berlin die Rede war, mir jetzt hier in Apenrade in voller Höhe zur Verfügung gestellt worden ist. Die Hälfte des Geldes, 400.000 Kr., ist vorläufig noch beim Deutschen Konsulat deponiert, während wir die übrigen 400.000 Kr. auf unsere verschiedenen Konten verteilt haben. Die in Aussicht genommenen Bauten sind zum Teil schon in Angriff genommen, für andere sind die Vorbereitungen so weit vorgeschritten, dass recht bald mit dem Bauen angefangen werden kann. Ich möchte nicht versäumen, im Namen des Deutschen Schulvereins für Nordschleswig allen beteiligten Stellen für diese wertvolle Hilfe zu danken. Wir sind jetzt endlich in der Lage, wenigstens an den Stellen zu bauen, wo es schon lange eine dringende Notwendigkeit gewesen ist.

Die Bauvorhaben werden alle so schnell wie nur irgend möglich durchgeführt werden, die meisten in Anlehnung an die Pläne und Zeichnungen, die für frühere Schulbauten in Nordschleswig massgebend waren.

Was Abrechnung und grundsätzliche Genehmigungen anbetrifft, gehe ich davon aus, dass die Deutsche Stiftung, die alle bisherigen deutschen Schulbauten in Nordschleswig durchführte, das letzte Wort hat. Ich darf mich hier auf eine Besprechung beziehen, die am 16.5. d. J. beim deutschen Konsul in Apenrade in Anwesenheit des Volksgruppenführers Dr. Möller stattfand.

Bei dieser Verhandlung wurde auch ein allgemeiner Plan für die Verwendung der Gelder besprochen und gutgeheissen. Der Plan deckt sich im wesentlichen mit den Vorschlägen, die ich in Berlin machen durfte. Eine Abschrift dieses Planes füge ich bei. Selbstverständlich können Abweichungen notwendig werden, teils wegen der Höhe der Baukosten, die wohl noch höher liegen als von mir angenommen, teils wegen anderer Schwierigkeiten, zu denen eine nicht vorhergesehene gekommen ist, nämlich der Mangel an Handwerkern und Arbeitern.

Heil Hitler!

C. E [lholm]

*Anlage.*

DEUTSCHER SCHULVEREIN  
FÜR  
NORDSCHLESWIG

Apenrade, den 17. Mai 1941.

**Vorschlag für die Verwendung von 800.000 Kronen.**

Bereits verausgabt für Bauplätze usw.	30.000.— Kr.
Die Umbauarbeiten an den eben eingerichteten Schulen und Kindergärten	20.000.— -
Die 3 bereits in Auftrag gegebenen Arbeiten in Baurup, Ekensund und Branderup	90.000.— -
Schulbau Gravenstein . . .	200.000.— -
Schulbau Feldstedt, Oberjersdal und Krusau	180.000.— -
2 weitere Schulbauten bzw. Kindergärten (Bollersleben, Bredebro, Ballum, Buhrkall, Stübbek, Nottmark oder Kinderg. Hadersleben	110.000.— -
Hauskauf für die Schule in Woyens	35.000.— -
Im ganzen also Schaffung von 9 Schulen mit Lehrerwohnung und 1 Kindergarten.	
Turnhalle in Sommerstedt	35.000.— -
Reparaturen an vorhandenen Schulen	80.000.— -
Verschiedenes	20.000.— -
	<hr/>
	800.000.— Kr.

**197.**

**Det tyske gesandtskab til udenrigsministeriet i Berlin angående understøttelsen til bygning af tyske skoler.**

17. jan. 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Kopenhagen

Kopenhagen, den 17. Januar 1942

Tgb. 25/42

Im Anschluss an die Berichte vom  
20.10.1941 — Tgb.Nr. 1241/41 —  
und vom 8.1.42 — Tgb.Nr. 25/42 —<sup>1)</sup>  
— 2 Durchschläge —  
— 1 Anlage —

Geheim

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.

Der nach dem Bericht vom 20. Oktober v. J. — Tgb. Nr. 1241/41 — dem Deutschen Konsulat in Apenrade für Rechnung der Volksdeutschen Mittelstelle für das Schulbau-Programm Nordschleswig am 15.10.1941 ausgezahlte Betrag von Kr. 400.000.—<sup>2)</sup> ist nach erfolgter Freigabe durch die Volksdeutsche Mittelstelle von dem Konsulat gegen beiliegende Quittung<sup>3)</sup> an den Leiter des Volksgruppenamtes, Herrn Petersen und Schulrat Elholm ausgezahlt worden. Der Betrag ist im hiesigen H- und V-Buch abgewickelt und mit dem

Gegenwert von RM 193.040.— (Kurs Kr. 207.21) in Teil III der Abrechnung Januar/März 1942 als Auftragszahlung in Ausgabe gestellt worden.

I. A.

Dr. Hensel

- 1) Brevet er forsynet med følgende håndskrevne tilføjelser: Foroven: *D VIII 3171<sup>41</sup> und 168<sup>42</sup> D VIII 168<sup>42</sup>*, der refererer til de to her omtalte beretninger. Forneden står: *Vermerk. 193.040.- RM sind auf Grund des Schreibens D VIII 3171/41 an Vomi lt. Mitteilung der Leg. Kasse am 25/11 41 zum Abr. Konto Kopenhagen 46 12/41 erstattet. Verfg. Zu den Akten. Bln, d. 5/2 42. F[leissner]*.
- 2) De 400.000 kr., der her er tale om, kan ikke være identiske med den resterende halvdel af de 800.000 kr., som omtales i Elholms brev til Vomi af 31. maj 1941 (A. nr. 196), da gesandtskabet allerede i maj 1941 havde udbetalt dette beløb til konsulatet i Aabenraa. Iøvrigt fremgår det af oplysninger, som Elholm har givet til politiet i Aabenraa, at de 800.000 kr. er udbetalt <sup>24/5</sup>, <sup>24/11</sup> og <sup>28/12</sup> 1941 og <sup>6/1</sup> 1942.
- 2) Kvitteringen, der ikke medtages her, er udstedt 15. jan. 1942.

## 198.

**Udkast til skrivelse fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående 300 000 kr. til den tyske folkegruppe især til skolebygning.**

14. marts 1942.

zu D VIII 1096/42

Berlin, den 14. März 1942.

Ref.: AR Fleissner

An

den Bevollmächtigten des  
Deutschen Reiches in Dänemark  
in Kopenhagen.

Zugunsten der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig bitte ich aus der dortigen Amtskasse 300.000,— dkr. auszuzahlen. Von dem Betrage sind 200.000,— dkr. für Schulbauten,<sup>1)</sup> und 100.000,— dkr. für den laufenden Etat 1941/42 der Volksgruppe bestimmt. Ich bitte, den Betrag als Auftragszahlung nachzuweisen, und über den Verlauf der Angelegenheit unter Angabe des Reichsmarkgegenwerts der 300.000,— dkr. zu berichten.

I. A.

gez. Triska

Vor Abg.:

Pers. R. Dev. z.g.K.

Vermerk:

Gemäss HaPol 157 g Rs hat sich Herr VLR Rieger trotz der angespannten Devisenlage mit der Überweisung einverstanden erklärt.

Wvl.: nach 1 Monat.

(Bericht und Einziehung des Gegenwerts von der VoMi).

<sup>1)</sup> Som det kan ses af skolebyggekontoens status den 1. juli 1944 (A. nr. 201), har folkegruppen kun fået 1.200.000 kr. til skolebyggeriet, nemlig de penge, som er omtalt i skrivelserne af 31. maj 1941 og 17. januar 1942 (A. nr. 196 og 197). Hertil kommer så de særlige understøttelser til bygningen af skolen i Graasten, men da der der er tale om helt andre beløb (A. nr. 199), kunne det synes, som om de her nævnte 200.000 ikke er kommet til udbetaling eller, hvis dette er sket, er blevet opført på en anden konto end byggekontoen.

Angående understøttelserne til det tyske skolevæsen, se iøvrigt noterne til A. nr. 211.

## 199.

Skrivelse fra den tyske skoleforening for Nordslesvig til regeringsdirektør Claus Petersen i Slesvig angående finansiering af skolebyggeriet i Graasten.

16. marts 1942.

DEUTSCHER SCHULVEREIN  
FÜR NORDSCHLESWIG

Apenrade, den 16. März 1942.

Tgb. Nr. 4382/41

Herrn

Regierungsdirektor Petersen,  
Schleswig.

*Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor!*

Nach Eingang Ihres Schreibens betr. Finanzierung des Schulbaues in Gravenstein habe ich bei der Tondernbank ein Konto Gravenstein eingerichtet, das bisher folgende Eingänge aufzuweisen hat:

- 1) Kr. 40.000.— entsprechend Ihrem Schreiben v. 7.11.41,
- 2) - 103.605.— als Gegenwert von 50.000 RM,
- 3) - 30.000.— entsprechend Ihrem Schreiben v. 13.3.42,

Kr. 173.605.—

Für den Bau in Gravenstein sind bisher verausgabt 110.645.60 Kr., so dass das Konto augenblicklich ein Guthaben von Kr. 62.959.40 aufweist.

Daneben haben wir noch das allgemeine Baukonto in Tondern, das allerdings bald erschöpft ist; es hat vielleicht einen Saldo zu unsern Gunsten von etwa 5.000 Kronen, wobei bemerkt werden soll, dass die 17.400 Kr., die die Provinz für Sommerstedt zur Verfügung gestellt hatte,<sup>1)</sup> bereits abgezweigt sind. Nach Ihrem Schreiben vom 13.3. gehe ich davon aus, dass die Provinz Schleswig-Holstein die ganzen Kosten des Schulbaues in Gravenstein übernehmen will. Dadurch wäre mein Antrag vom 10.12.41 ja bewilligt. Ich bin sehr dankbar, dass die Provinz diese Aufgabe übernommen hat. Es war immer mein Wunsch, dass wenn die Provinz eine bedeutende Hilfe zuteil werden lässt, dann soll sie auch die Freude haben, einen bestimmten Bau ganz und ausschliesslich zu finanzieren. Da der Schulbau in Gravenstein auf ca. 250.000 Kr. veranschlagt ist und wir bei den heutigen Zeiten, wenn wir vorsichtig sein wollen, mit einer Überschreitung von 10 % wohl rechnen müssen, wären im ganzen 275.000 Kr. aufzubringen, d. h. es fehlen jetzt noch ziemlich genau 100.000 Kronen oder reichlich 50.000 RM.<sup>2)</sup>

Heil Hitler!

C. Elholm

<sup>1)</sup> I marginen er her tilføjet med blyant: *Irrtum! Die Gelder für die Turnhalle Sommerstedt sind von der D[utschen] Stiftung zur Verfügung gestellt.* Nedenunder: *Ges[ehen] C[laus] P[etersen]* <sup>28</sup>/<sub>3</sub>.

<sup>2)</sup> Som det fremgår af opgørelsen over skolebyggekontoens status pr. 1. juli 1944 (A. nr. 201), var udgifterne til skolen i Graasten ialt 311.155 kr. Af kasseekstrakten over Schatzamts indtægter (A. nr. 211) ses det, at der fra det tyske konsulat er modtaget 124.521 kr. til denne skole. Peter Petersen har overfor politiet i Aabenraa forklaret, at også disse penge er tilskud fra provinsen Slesvig-Holsten. Provinsen kunne ikke få valutatilførelse til dette beløb, og han skrev derfor til Vomi, der så fik pengene fra provinsen og sørgede for, at de blev overført til Danmark. Aabenraa Kreditbank har oplyst, at ligesom de øvrige tilskud, der er sendt til Schatzamt, er dette udbetalt gennem denne bank, idet pengene var kommet på en check, udstedt af det tyske gesandtskab (den rigsbefuldmægtigede) til det tyske konsulat og trukket på Landmandsbanken. Konsulatet havde ordre til at indsætte pengene på Schatzamts konto. Checken på de 124.521 kr. var dateret 31. oktober 1944.

## 200.

## Skolekontoret til Vomi angående det tyske skolebyggeri.

10. juni 1942.

10. Juni 1942.

723/42

An die  
 Volksdeutsche Mittelstelle<sup>1)</sup>  
 Berlin W 62  
 über das Schatzamt der deutschen Volksgruppe  
 Apenrade

Betr.: Bauten der deutschen Volksgruppe

Bezug: dorts. Schreiben vom 30.5.42. Aktz. I 8 a — Fm/Mi —

Nachstehend übersende ich eine Übersicht über den Stand der Bauvorhaben der Volksgruppe:

1. *Fertiggestellt sind:*

Umbau der Schule und des Kindergartens in Ekensund  
 Umbau der Schule in Woyens  
 Umbau des Kindergartens in Pattburg  
 Umbau des Kindergartens in Apenrade-Nord  
 Neubau der Schule in Baurup  
 Neubau der Schule in Branderup  
 Neubau der Schule in Feldstedt  
 Neubau der Schule in Oberjersdal  
 Neubau einer Turnhalle in Sommerstedt

2. *In Ausführung begriffen sind:*

Umbau der Schule in Schauby/Alsen	wird demnächst gerichtet
Umbau der Schule in Maibüll	in ca. 8 Tagen gebrauchsfertig
Umbau der Schule in Ballum	wird im August fertig
Umbau des Kindergartens Hadersleben-Süd	wird in einigen Wochen fertig
Neubau der Schule in Bollersleben	kann in 4 Wochen fertig sein
Neubau der Schule in Gravenstein	gerichtet, soll zum 1.8. fertig sein
Neubau der Schule in Kekenis	bald richtfertig
Neubau der Schule in Krusau	soll in 14 Tagen gebrauchsfertig sein
Neubau der Schule in Nottmark	vor 14 Tagen gerichtet
Neubau der Schule in Wennemoos	Erdarbeiten beendet
Neubau des Kindergartens in Apenrade-Süd	wird in diesen Tagen fertig
Neubau des Kindergartens in Toftlund	desgl.

Sämtliche Bauvorhaben, mit Ausnahme des Schulneubaues in Wennemoos, sind soweit gefördert, dass mit ihrer Fertigstellung innerhalb kurzer Frist gerechnet werden kann. Für den Schulneubau in Wennemoos sind die Erdarbeiten beendet, die Aufträge an die Handwerker vergeben, das Baumaterial eingekauft und Zahlungen auf das Architektenhonorar geleistet.

3. *Geplante, aber noch nicht vergebene Neubauten:*

Schülerheim in Apenrade	}	Bauplätze gekauft aber Arbeiten nicht vergeben.
Schule in Stübbek		
Kindergarten in Lügumkloster		

Nicht berücksichtigt sind einige kleinere Umbauten und Reparaturen.

Heil Hitler!

C. E [holm]

<sup>1)</sup> Indholdet af skolekontorets skrivelse blev 1. juli 1942 af Vomi meddelt det tyske udenrigsministerium.

## 201.

### Oversigt over den tyske skolebyggekontos status pr. 1. juli 1944.

#### Übersicht über den Stand des Baukontos am 1. Juli 1944.

Es sind verausgabt:

1) Bauvorhaben

a) Schulen

Aarö	273,12	Kr.
Ballum	39.721,58	-
Barsmark	918,42	-
Baurup	72.724,99	-
Bollersleben	78.642,08	-
Branderup	47.493,30	-
Bredebro	2.365,08	-
Bredebro vorl. Schule	18.254,72	-
Ekensund	18.206,66	-
Feldstedt	73.158,88	-
Gravenstein	311.155,00	-
Hockerup	6.200,80	-
Kekenis	77.745,44	-
Krusau	67.167,12	-
Nottmark	86.108,95	-
Oberjersdal	67.943,33	-
Schauby/Alsen	19.502,42	-
Stübbek	7.272,43	-
Maibüll	51.736,12	-
Tingleff	9.081,24	-
Wennemoos	54.475,54	-
Woyens	3.546,23	-
Ulderup	2.000,00	-

b) Kindergarten

Apenrade-Süd	81.148,58	-
Apenrade-Nord	5.856,59	-
Broacker	2.949,99	-
Gravenstein	27.893,69	-
Hadersleben-Nord	130,—	-
Hadersleben-Süd	8.482,59	-

	Hoptrup	20.486,38	kr.
	Lügumkloster	21.083,99	-
	Pattburg	8.934,32	-
	Rapstedt	95,00	-
	Toftlund	8.395,00	-
	Uk	1.194,01	-
c) Turnhalle	Sommerstedt	42.344,30	-
d) Wohnhaus	Bollersleben	20.680,84	-
	Christiansfeld	19.838,38	-
	Sommerstedt	4.624,96	-
	Tandslet	10.149,94	-
	Ballum	5.841,20	-
e) Schülerheim	Apenrade	75.000,00	-
f) Grundstück	Schülerheim	10.340,00	-
2) Hypothekenablösung		47.026,72	-
3) Architektenhonorar		26.598,70	-
4) Materialaufkäufe		10.065,60	-
5) Inventar		12.977,15	-
6) Reparaturen		42.834,98	-
7) Fracht- und Transportkosten		2.414,05	-
8) Verwaltungskosten, Reisen, Zinsen und Verschiedenes		108,16	-
		<u>1.633,193,57</u>	Kr.
Ausgaben		1.633,193,57	Kr.
Baukonto	1.200.000,—	Kr.	
Baukonto Gravenstein	173.605,—	-	1.373.605,00 -
		<u>Unterschuss.....</u>	<u>259.582,57</u> Kr.

### 3. Overflytning af rigstyske børn fra danske til tyske skoler.

## 202.

Skrivelse fra skolekontoret til lederen af den tyske skole i Haderslev angående oplysninger om Peter Bendorf.

19. feb. 1943.

DEUTSCHE VOLKSGRUPPE  
IN NORDSCHLESWIG

Schulamt

Apenrade, den 19. Febr. 1943.

Vertraulich!

An den

stellv. Leiter der deutschen Schule  
Hr. J. Lorentzen,  
Hadersleben.

Der deutsche Reichsangehörige Peter Bendorf, Hadersleben, ist uns als dänisch gesinnt gemeldet worden.

Wir bitten uns *umgehend* evtl. fernmündlich mitzuteilen, wo der Genannte geboren<sup>1)</sup> ist und seinen Beruf. Die Auskunft ist evtl. über den Ortsgruppenleiter der Partei einzuholen.

Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass der Genannte, wenn er südlich der Grenze geboren ist, aufgefordert werden wird, seine Kinder in die deutsche Schule zu schicken.

Heil Hitler!

C. Elholm

<sup>1)</sup> I marginen er der gjort følgende håndskrevne tilføjelse: *Bendorf ist in Hoyer geboren. Seine 3—4 Kinder besuchen die dänische Schule. Lorentzen.*

## 203.

### Brev fra Lanwer til amtmand Refslund Thomsen angående overflytning af tyske statsborgeres børn fra dansk til tysk skole.

20. marts 1943.

#### Bilag 2.

DEUTSCHES KONSULAT

*Apenrade, den 20.3.1943.*

*Sehr geehrter Herr Amtmann!*

Ich glaube annehmen zu dürfen, dass Sie nach unserem fernmündlichen Gespräch ebenfalls der Auffassung sein werden, dass die in Ihrem Schreiben vom 17. d. M. aufgeworfene Frage den grundsätzlichen Sachverhalt betr. Schulbesuch erschöpfend nicht umfassen kann. Die Angelegenheit scheint mir von zahlreichen anderen wichtigen Gesichtspunkten bedingt zu sein, weshalb ich vorschlagen möchte, die Beurteilung und weitere Erledigung der Angelegenheit in der Zentralstelle in Kopenhagen, die Sie ja bereits unterrichtet haben, abzuwarten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

sign. Lanwer.

## 204.

**Det danske udenrigsministerium til dr. Best angående overflytning af tyske statsborgeres børn fra dansk til tysk skole.**

29. marts 1943.

*Kopi.*

UDENRIGSMINISTERIET

P.J.I.J.No. 7.x.9.p.

*København, den 29. März 1943.*

I Anlage.

*Exzellenz.*

Obwohl ich rein grundsätzlich dagegen bin und auch kein Recht dazu habe mich in Sachen betreffend deutsche Staatsangehörige einzumischen, glaube ich jedoch Ihnen von einem gemeinsamen Interessensgesichtspunkt aus folgendes unterbreiten zu wollen.

Zwischen Amtmand Refslund Thomsen und Konsul Dr. Lanwer in Aabenraa haben kürzlich Besprechungen stattgefunden in Verbindung mit einer deutschen Forderung, die darauf hinausgeht, dass deutsche Staatsangehörige in Nordschleswig ihre Kinder die deutschen Schulen besuchen lassen sollen, und im Laufe dieser Besprechungen hat es sich ergeben, dass die Grundlage für diese Forderung eine von der nationalsozialistischen Partei ausgefertigte Anordnung bildet, welche den obligatorischen Besuch deutscher Schulen für die Kinder der deutschen Staatsangehörigen im Auslande zur Pflicht macht.

Nach Auskunft der Schulbehörden ist eine derartige Forderung auch in den in der beigeschlossenen Anlage<sup>1)</sup> angeführten Fällen ergangen, wo entweder der eine oder andere Elternteil sei es durch Geburt oder in anderer Weise mit den Landesteilen eng verknüpft und dänisch gesinnt oder dänisch orientiert ist, und für alle diese Fälle gilt, dass die Eltern den Wunsch haben, ihre Kinder die dänische Schule besuchen zu lassen.

Was dänische Staatsangehörige anbelangt, besteht ja für dieselben volle Freiheit darüber zu entscheiden, ob sie ihre Kinder die Schulen der deutschen Volksgruppe besuchen lassen wollen oder nicht, und vom dänischen Gesichtspunkte gesehen erscheint es unverständlich, falls den deutschen Staatsangehörigen, welche sich zum dänischen Volkstum bekennen und in diesem und der dänischen Kultur verankert sind, ein entsprechendes Recht nicht zugebilligt werden könnte. Südlich der Grenze erkennt man das Recht der dänisch gesinnten deutschen Staatsbürger, ihre Kinder die Schulen der dänischen Minderheit besuchen zu lassen, an.

Konsul Lanwer hat dem Amtmand Refslund Thomsen gegenüber geäußert, dass in Einzelfällen die Möglichkeit der Dispens von der fraglichen Anordnung vorliegen könnte, und vorgeschlagen, dass die Sache durch die Regierung Ihnen vorgelegt werden wird. Ferner wird angegeben, dass der Schulkonsulent Elholm zu verstehen gegeben haben soll, dass die Forderung der Ueberführung von Kindern aus dänischen in deutsche Schulen nicht auf die dänisch gesinnten Eltern zur Anwendung gelangen werde.

Im Interesse unserer gemeinsamen Politik gestatte ich mir, Sie zu bitten, mit Verständnis und Wohlwollen auf diese Angelegenheit zu sehen, damit in den fraglichen Fällen eine Dispens erteilt werden könnte.

Mit ergebensten Grüßen

gez. Erik Scavenius.

<sup>1)</sup> Bilaget er ikke medtaget her.

## 205.

**Dr. Best til Scavenius angående overflytning af tyske statsborgeres børn fra dansk til tysk skole.**

17. april 1943.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES REICHES  
IN DÄNEMARK

*Kopenhagen, den 17.4.1943.*

I C/Tgb.Nr.159/43.

*Seiner Exzellenz*

*Herrn Staatsminister Erik v. Scavenius  
Königlich Dänisches Ministerium des  
Äussern,  
Kopenhagen.*

*Exzellenz!*

Auf Ihr Schreiben vom 29.3.1943 (P.J.I.J. Nr. 7x9p.) betr. die Frage des Schulbesuchs reichsdeutscher Kinder in Dänemark teile ich Ihnen mit, dass es den Reichsdeutschen im Ausland grundsätzlich zur Pflicht gemacht wird, ihre Kinder deutsche Schulen besuchen zu lassen, soweit solche vorhanden sind. Von diesem Grundsatz können Ausnahmen gemacht werden, wenn besondere Gründe dafür sprechen.

Besondere Verhältnisse in diesem Sinne liegen zweifellos im dänisch-deutschen Grenzgebiet vor, soweit Bewohner des dänischen Staatsgebietes aus irgendwelchen Gründen die Reichsangehörigkeit behalten haben, sich aber zum dänischen Volkstum bekennen. In diesen Fällen bin ich selbstverständlich damit einverstanden, dass die Kinder dieser Reichsangehörigen die dänischen Schulen besuchen, wenn ihre Eltern es wünschen. Dabei ist jedoch vorauszusetzen, dass der über die Kinder verfügungsberechtigte Elternteil im dänisch-deutschen Grenzgebiet geboren ist, so dass ihm ein von seiner Staatsangehörigkeit abweichendes Volkstumsbekenntnis zusteht. Ein Reichsdeutscher aus München oder Stuttgart z. B. hat nach deutscher Auffassung nicht das Recht, sich im Grenzgebiet unter Beibehaltung der Reichsangehörigkeit zum dänischen Volkstum zu bekennen; er müsste die dänische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn er aus den Verpflichtungen eines Reichsdeutschen ausscheiden wollte.

Ich habe das Deutsche Konsulat in Apenrade angewiesen, die von Ihnen mitgeteilten Fälle nach den vorstehenden Gesichtspunkten zu prüfen und zu regeln.

Mit ergebensten Grüßen

**W. Best.**

## 206.

**Rundskrivelse fra skolekontoret til de tyske skoler i Nordslesvig angående  
oplysning om rigstyske skolebørns skolegang.**

28. april 1943.

DEUTSCHE VOLKSGRUPPE  
IN NORDSCHLESWIG  
Schulamts

*Apenrade, den 28. April 1943.*

**Rundschreiben  
an alle deutschen Schulen in Nordschleswig.**

.....  
*2. Einschulung von Reichsdeutschen.*

Vor einiger Zeit hat die Auslands-Organisation der NSDAP Schritte unternommen, damit die hier lebenden Reichsdeutschen, die ihre Kinder bisher nicht in die deutsche Schule schickten, unter gewissen Voraussetzungen ihre Kinder bei der zuständigen deutschen Schule anmeldeten. Ich bitte nun jede Schule um Bericht:

- a) wer hat in Ihrem Bezirk dieser Aufforderung Folge geleistet,
- b) wer hat seine Kinder nicht angemeldet.

(beide Meldungen mit genauen Angaben der Namen und der Kinderzahl). Frist:  
8. Mai (Poststempel).

.....

Heil Hitler!

gez. C. Elholm

## G. Jordkampen.

---

### 212.

**Udkast til skrivelse fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i  
København angående jordkampen i Nordslesvig.**

**15. juli 1940.**

*Berlin, den 15. Juli 1940.*

zu Kult B 65-01 5/7. 3<sup>3</sup>

*Eilt sehr!*  
(a. i. R.)

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.<sup>1)</sup>*

Anliegend übersende ich Abschrift eines Schreibens der Vereinigten Finanzkontore zur vertraulichen Kenntnisnahme m. d. B. um baldmöglichen Bericht.

Nach hiesiger Auffassung muss der Erwerb volksdeutschen Besitzes durch Dänen jetzt auf jede mögliche Weise verhindert werden.

I. A.

(gez. Grosskopf)

*Vor Abgang:*

Kult A

Pol VI

z. gefl. Mtz.

<sup>1)</sup> Brevet bærer følgende stempel: *ab 17. Juli 1940.*

## 213.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående den  
folketyske jordkamp.**

16. juli 1940.

16. Juli 1940

**Vertraulich.**

*Betr. Massnahmen der deutschen Volksgruppe zur Durchsetzung des Zwangsversteigerungsschutzes.*

5 Anlagen.  
1 Durchschlag.

*An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen*

Bekanntlich führt infolge der dänischen Wirtschaftspolitik das Bauerntum im hiesigen Grenzland seit 20 Jahren einen Kampf um die Bewahrung der heimatlichen Scholle. Am schwersten lastet jedoch die Bauernnot auf der deutschen Volksgruppe, da die gegenüber dem Deutschtum betriebene Kredit- und Bodenpolitik bewusst darauf abgestellt ist, den deutschen Bauer zu ruinieren und aus seiner Heimat zu verdrängen. Seit langem hat daher die deutsche Volksgruppe in Demonstrationen, Kundgebungen und Pressekampagnen wiederholt ein gesetzliches Zahlungsmoratorium für die notleidende nordschleswigsche Bauernschaft gefordert. Zuletzt wurde auf dem am 7.4. d. J. in Tingleff veranstalteten deutschen Bauerntag öffentlich ein Programm proklamiert, das die dringenden agrarpolitischen Forderungen der Volksgruppe klar herausstellt. Seit der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen glaubt die Volksgruppe infolge der veränderten politischen Umstände neue Hoffnungen auf die Durchführung ihres Agrarprogramms setzen zu können. Vor allem wird seitdem der Kampf um einen *Zwangsversteigerungsschutz* mit grosser Intensität und Gründlichkeit vorbereitet. Die hierauf abzielende deutsche Bauernaktion war anfänglich geplant als ein geschlossenes Unternehmen der *gesamten* volksdeutschen Bauernschaft Nordschleswigs. Ohne Rücksicht auf seine finanziellen Verhältnisse sollte sich jeder Bauer verpflichten, künftig keine Zinsen mehr zu zahlen, selbst auf die Gefahr hin, dass sein Hof zur Zwangsversteigerung gestellt wird. Sobald die ersten, von dänischen Kreditanstalten betriebenen Zwangsversteigerungen laufen, sollte von dem deutschen Vertreter im Volksting die Forderung auf ein Moratoriumsgesetz eingebracht und gleichzeitig von offizieller reichsdeutscher Seite bei der dänischen Regierung unterstützt werden. Da ein grosser Teil der deutschen Bauernschaft das von ihm geforderte Risiko nur ungern eingehen wollte und auch taktische Überlegungen es als ratsam erscheinen liessen, wurde dieser Plan vor kurzem wesentlich abgeändert. Neuerdings hat man das Unternehmen als ausgesprochene *Notaktion* aufgezoogen und die Frage eines allgemeinen Moratoriums vorläufig zurückgestellt. Einzelheiten bitte ich, aus dem beigefügten, mir von Assessor *Stehr* (Leiter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP.-N) für die dortige Gesandtschaft zur Verfügung gestellten Bericht nebst 4 Anlagen entnehmen zu wollen.<sup>1)</sup> Der unmittelbare Anlass für diesen Bericht ist die Gefährdung eines nahezu 100 ha grossen deutschen Hofes in der Marsch bei Hoyer, dessen Preisgabe den Verlust einer ausgesprochenen volksdeutschen Schlüsselstellung bedeuten würde. Zwangsversteigerungstermin ist auf den 25. Juli d. J. anberaamt.

Ergänzend darf ich nach eingehender Rücksprache mit Herrn *Stehr* sowie auf Grund von zahlreichen Besprechungen mit Amtsleitern und bäuerlichen Mitgliedern der NSDAP.-N folgendes hinzufügen:

In die spezielle Notgemeinschaft der betreuten Bauern sind durchweg nur solche Landwirte aufgenommen worden, bei denen Zahlungsunfähigkeit trotz Zahlungswilligkeit vorliegt. Sämtlichen ca 300 Unterzeichnern der Verpflichtungserklärung soll es nach den in jedem Einzelfall sorgfältig angestellten Ermittlungen finanziell nicht gut gehen. Der grösste Teil von ihnen kann die laufenden Zinsen nur aufbringen durch Verkauf von Vieh, Korn usw. oder durch Inanspruchnahme deutscher Kredithilfe. Vor allem bei 120 Bauern soll die Notlage gross sein; in 30 Fällen hiervon wird — da auch evtl. von dritter Seite angebotene Hilfe abgelehnt wird — bereits im Laufe der nächsten Zeit mit der Androhung bezw. Einleitung von Zwangsvollstreckungsmassnahmen gerechnet. Vorläufig beabsichtigt das agrarpolitische Amt, erst alle friedlichen Wege restlos auszuschöpfen und will im Verhandlungswege Stundungen, evtl. gegen Gewährung gleichrangiger grundbuchrechtlicher Sicherungen für die älteren Zinsraten, durchzusetzen versuchen. Auf Grund früherer Erfahrungen wird jedoch in der Volksgruppenführung bestimmt damit gerechnet, dass bis auf wenige Ausnahmefälle die dänischen Anstalten den deutschen Wünschen wesentlich nicht entgegenkommen werden. Die konkreten Zwangsversteigerungsfälle sollen durch entsprechende Pressepropaganda jeweils vor das Forum der breiten Öffentlichkeit gebracht werden. Kredite irgendwelcher Art (einschliesslich solcher von deutschen Gesellschaften) werden von den Schuldnern abredegemäss abgelehnt werden. In besonders geeigneten oder kritischen Fällen beabsichtigt man, durch in Presse und Versammlungen veröffentlichte drohende Warnungen Interessenten von der Ersteigerung der beschlagnahmten Höfe abzuschrecken. Wie in 2 Fällen bei Mobiliarpfändungen vor kurzem bereits eingetreten, werden Mitglieder der Notgemeinschaft voraussichtlich in vielen Fällen den mit der Vornahme von Beschlagnahmen beauftragten Vollstreckungsbeamten das Betreten ihrer Grundstücke verbieten. Sollte trotz aller Warnungen ein deutscher Hof angesteigert werden, so wird der Bauer sich bis zum letzten weigern, mit seiner Familie und seiner persönlichen Habe den Hof zu verlassen und nur der Gewalt weichen, was wiederum eine scharfe Reaktion in der deutschen Presse und in Kundgebungen der Volksgruppe zur Folge haben soll. Anfragen der Bauern gegenüber ist erklärt worden, dass im Falle des Scheiterns der Aktion die Volksgruppe die volle Verantwortung übernehmen und für die wirtschaftliche Sicherstellung der vom Hofe Vertriebenen, evtl. für die Zuweisung eines anderen Hofes, Sorge tragen werde.

Die Parteiführung verspricht sich von der Zwangsversteigerungsschutzaktion, mit deren Unterstützung von reichsdeutscher Seite man rechnet, sehr viel. Man ist der Ansicht, dass jeder Einzelerfolg neben der Hilfe für den Schuldner eine psychologische Stärkung des Gesamtdeutschtums und bei laufenden Erfolgen die mit Glanz bestandene Machtprobe der Volksgruppe für künftige Aufgaben eine erhebliche politische Machtstellung einbringen wird. Auf der bereits oben angeführten Parteiratssitzung in Apenrade am 11. d. M. hat — nach Angabe von Assessor Stehr — ein Vertreter der Volksdeutschen Mittelstelle im Zusammenhang mit dem Plan zum Ausdruck gebracht, dass ein weiterer Bodenverlust weder von den Berliner Stellen noch von der Deutschen Gesandtschaft zugelassen würde. Wie ich höre, soll von der Volksdeutschen Mittelstelle eine definitive Erklärung in allernächster Zeit beigebracht werden. Eine endgültige Entscheidung darüber, ob die geplante Aktion tatsächlich in erster Linie als *Hilfsaktion* für die deutschen Bauern und daher unter Ausnutzung jeden dänischen Entgegenkommens durchgeführt werden, oder ob im Laufe der Zeit daraus ein *politisches Unternehmen* zur Provokation von Schwierigkeiten und deutschen Misserfolgen zugunsten irgendwelcher politischer Pläne werden soll, ist angeblich nicht gefallen.

L[answer].

<sup>1)</sup> Beretningen medtages ikke her.

## 214.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående beskyttelse af den tyske folkegruppes jord.**

22. juli 1940.

*Durchschlag.*

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 22. Juli 1940.

*Nr. S N Schl/863*

Unter Bezugnahme auf den Drahterlass Nr. 582 vom 21.6.1940 und die Weisung des Herrn Reichsaussenministers vom 16. Juli 1940.

*Eilt!*

*Inhalt:* Bodenschutz für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.

**Geheim!**

2 Durchschläge.

*An das  
Auswärtige Amt,  
Berlin.*

I. Heute trug mir der Leiter des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP Nordschleswig, Assessor Stehr — Hadersleben, Nachstehendes vor:

In der nächsten Zeit ist mit einer Zunahme der Zwangsversteigerungen bäuerlichen Grundbesitzes von Volksdeutschen im abgetrennten Nordschleswig zu rechnen. Der erste Zwangsversteigerungstermin steht am 25. Juli an. Er betrifft den bodenpolitisch sehr wichtigen Bauernbesitz Adzersen in Poppenbüll. Es sind zunächst Massnahmen getroffen diesen Termin um einige Wochen zu vertagen. Weitere Zwangsversteigerungstermine sind u.a. anberaumt auf den 1., 3. und 7. August. Ob ihre Vertagung möglich sein wird, ist zweifelhaft, weil die gesetzlichen Vertagungsmöglichkeiten in diesen Fällen bereits zum Teil schon erschöpft sind.

Herr Stehr sah folgende Möglichkeiten:

1.) Die für die Aufhebung der Zwangsversteigerungen erforderlichen Geldmittel werden von der Kreditanstalt Vogelgesang bzw. von den Vereinigten Finanzkontoren bereitgestellt. Schätzungsweise werden bis Ende des Jahres vorbehaltlich näherer Nachprüfung 150 bis 200.000 Kronen notwendig sein; dadurch würden die bäuerlichen Betriebe aber zusätzlich verschuldet. Eine endgültige Lösung würde nicht herbeigeführt werden; da die Höfe überschuldet bleiben, muss das Problem der Besitzerhaltung früher oder später erneut auftauchen.

2.) Von amtlicher deutscher Seite wird der Dänischen Regierung nahegelegt, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die Entwurzelung des volksdeutschen Bauern auf dem Wege über die Zwangsversteigerung zu verhindern, insbesondere in den Fällen unverschuldeter Zahlungsunfähigkeit. Als Sofortmassnahme müsste die Einstellung sämtlicher Zwangsversteigerungen angeordnet werden.

3.) Die Volksgruppe lässt es zu Zwangsversteigerungen kommen, um aus ihnen politisch Kapital zu schlagen, und nimmt sie zum Anlass von Protesten und Demonstrationen gegen das dänische Vorgehen. Dieses Verfahren würde aber in dem Fall Adzersen-Poppenbüll nicht angängig sein, weil ein Verlust dieses bodenpolitisch wichtigen Hofes unter allen Umständen vermieden werden müsste.

II. Gemäss der mir erteilten grundsätzlichen Weisungen habe ich mich darauf beschränkt, Herrn Stehr zu sagen, dass ich nach Berlin berichten würde. Ich darf um Entscheidung bitten.

Zur Frage selbst möchte ich noch folgende Bemerkungen machen:

Gerade jetzt, wo unser Einfluss in Dänemark so sehr zugenommen hat, kann meines Erachtens der Übergang volksdeutschen Besitzes in dänische Hände nicht unwidersprochen bleiben.

Wenn das zukünftige Verhältnis Dänemarks zu Deutschland im Zuge der Neuordnung Europas seine Regelung erfährt, ist wohl zu erwarten, dass auch das Problem Nord-schleswig in seiner Gesamtheit einer endgültigen Lösung zugeführt wird. Von diesem Standpunkt aus gesehen dürfte es im gegenwärtigen Augenblick weniger darauf ankommen, die Frage des Bodenschutzes grundsätzlich aufzurollen, als dafür zu sorgen, dass in den nächsten Monaten kein weiterer Einbruch in den volksdeutschen Besitz erfolgt. Dazu würde meines Erachtens eine Einstellung der drohenden Zwangsversteigerungen genügen.

Eine passive Haltung wird nur dann zu rechtfertigen sein, wenn wir beabsichtigen, uns Handhaben zu schaffen, um die nordschleswigsche Frage gegebenenfalls aufzuwerfen und die Dänische Regierung in eine moralisch ungünstige Lage zu versetzen.

gez. v. **Renthe-Fink.**

## 215.

**Telegram fra det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående standsning af tvangsauktioner over tyske gårde i Nordslesvig.**

27. juli 1940.

Abschrift zu Pol. VI 2124 g

**Telegramm<sup>1)</sup>**

Diplogerma Kopenhagen 660 vom 27.7.40.

**Geheim!**

Auf Bericht Nr. S N Schl/863 vom 22.

Bitte auf dortige Regierung einwirken, dass beabsichtigte Zwangsversteigerungen deutscher Höfe in Nordschleswig unterbleiben. Jedoch ist Aufrollung grundsätzlicher Frage Bodenschutzes, sowie jede Erörterung sonstiger Minderheitenfragen zu vermeiden.

**Weizsäcker.**

<sup>1)</sup> Telegrammet er øverst til højre stemplet: *Auswärtiges Amt. Kult B 65-01 27/7.3. Eing. 31. Jul. 1940. Iøvrigt er det forsynet med følgende håndskrevne tilføjelser, skrevet med Grosskopfs hånd: Wv. 29/7 früh. Gr[osskopf] 27/7. 30/7 6 Uhr Sitzung bei Hr. Grundherr. v. Grundherr hat mit Ges. Renthe-Fink gesprochen. Demarche wirkt sich vielleicht nicht mehr aus, Vogelgesang soll für die nächsten 3 Objekte eintreten. Kraemer-Möllenberg verständigt. Er wird veranlassen, dass Vogelgesang für die im August gefährdeten Höje eintritt. W. T. 10 f. Gr. 31/7. Z[u] d[en] A[kten] Gr. 4/10.*

## 216.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående démarchen vedrørende standsning af tvangsauktioner.**

5. aug. 1940.

*Abschrift Pol. VI 2254 g*

**Telegramm**

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

*Kopenhagen, den 5. August 1940.*

*Nr. 871 vom 5.8.*

*Auswärtig Berlin.*

Auf Drahterlass Nr. 660 vom 27. Juli.

Auf weisungsgemäss ausgeführte Demarche hat Aussenministerium durch Justizministerium veranlasst, dass für 1. August angesetzte Zwangsversteigerung nicht stattgefunden hat. Auch für weitere im August angesetzte Zwangsversteigerungen sind dänischerseits entsprechende Schritte getan. Sobald Ergebnis feststeht, erfolgt Schriftbericht.

gez. **Renthe-Fink.**

## 217.

**Udkast til skrivelse fra det tyske udenrigsministerium til rigsfinansministeriet om tilladelse til, at 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> mill. RM af Vereinigte Finanzkontore's midler omveksles til danske kroner og deponeres i gesandtskabet i København.**

17. aug. 1940.

Konzept/B

Kult B. 65-01.17/8. 1.

*17. August 1940*

*Eilt sehr!*

**(Schnellbrief).<sup>1)</sup>**

*An*

*das Reichsfinanzministerium  
z.Hd. von Hn. Ministerialrat Burmeister  
Berlin.*

Die Entwicklung des deutschen Bodenschutzes in Nordschleswig kann in nächster Zeit unter Umständen den Einsatz grösserer Mittel erforderlich machen. Für diese Aufgaben muss die Kreditanstalt Vogelgesang entsprechend ausgestattet werden.

Um die notwendigen Vorbereitungen für eine möglicherweise notwendig werdende Aktion treffen zu können, erscheint es schon im Augenblick notwendig, grössere Geldmittel in Dänemark bereitzustellen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, dass die Vereinigten Finanzkontore ermächtigt werden, aus ihren Mitteln für 1 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mio RM. Reichskreditkassenscheine zu erwerben, die

dann in dänische Kronen umgewechselt und in Dänemark bei der Deutschen Gesandtschaft bereitgestellt werden sollen.

Die Angelegenheit ist ausserordentlich eilig, weil die Umwechslung von Reichskreditkassenscheinen angeblich nur bis 27. ds.Mts. möglich sein soll.

Über einen späteren Einsatz dieser Mittel wird in üblicher Weise im Benehmen mit Ihnen entschieden werden.

Im Auftrag  
gez. Grosskopf

N. Abgang:  
D. Kult.  
Pol VI

<sup>1)</sup> Ovenover er med håndskrift tilføjet: *Mit bes. Boten. Nedenunder står: Am 17.8. Burmeister wegen absoluter Geheimhaltung verständigt. B. wird dafür sorgen. Desgl. Excelsior. Gr[oskopf] 17/8.*

## 218.

**Udkast til skrivelse fra det tyske udenrigsministerium til Vereinigte Finanzkontore angående 1½ mill. RM, som af det tyske gesandtskab i København skal omveksles i danske kroner og deponeres dèr.**

19. aug. 1940.

Berlin, den 19. August 1940.

zu Kult B 65-01. 17/8.1.III.

Ref. VLR Grosskopf.

**Schnellbrief.**

**Streng vertraulich.**

*An die Vereinigten Finanzkontore G. m. b. H.*

Hierdurch bitte ich Sie, im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium, bei der Reichsbankhauptstelle sofort Reichskreditkassenscheine im Betrage von 1½ Mio Rmk. (eineinhalb Millionen Reichsmark) gegen Scheck zu kaufen und diese durch Kurier an die Deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen zu übersenden mit dem Ersuchen, dass die Gesandtschaft den genannten Betrag in dänische Kronen umwechseln lässt und den Kronenbetrag zur Verfügung der Vereinigten Finanzkontore in ihrem Depot aufbewahrt.

Vor Tätigung des Kaufes ist beiliegendes Schreiben dem Reichsbankdirektor Waldhecker zur Abzeichnung vorzulegen.

Um gef. Mitteilung, wann die Reichskreditkassenscheine nach Kopenhagen abgegangen sind, wird gebeten.

I. A.

Gr[oskopf]

19/8

Nach Abgang:

D. Kult.

Pol VI

zur gefl. Ktn.

Die 1½ Mio RKKscheine sind am 23.8 mit Sonderkurier (Ewert, Greve) mit Flugzeug 17.50 nach Kopenhagen abgegangen.

z[u] d[en] A[kten]

Gr. 24/8

## 219.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående tvangsauktionerne i  
Nordslesvig og deres udnyttelse til politiske formål.**

27. aug. 1940.

*Durchschlag.*

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

*Kopenhagen, den 27. August 1940.*

*Nr. S.N.Schl./865*

Auf den Erlass vom 14.8.1940 —  
Nr.Pol.VI 2361 g — und im An-  
schluss an die Berichte Nr.S.N.  
Schl./865 vom 22.7. und Nr.S.N.  
Schl./871 vom 5.8.1940.

*Inhalt:* Zwangsversteigerungen volksdeutschen  
Grundbesitzes in Nordschleswig.

2 Durchschläge.

1 Anlage.

*An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.<sup>1)</sup>*

Der Leiter des Agrarpolitischen Amtes der NSDAPN, Assessor Stehr, ist von mir mündlich im Sinne des nebenbezeichneten Erlasses davon unterrichtet worden, dass von dem Versuch Abstand genommen werden muss, die Frage der Zwangsversteigerungen volksdeutschen Besitzes im Wege einer Notaktion oder ähnlicher selbständiger Schutzmassnahmen der deutschen Volksgruppe einer generellen und grundsätzlichen Lösung durch die dänische Regierung zuzuführen.

Die durch die Zwangsversteigerungsverfahren in Nordschleswig geschaffene Lage ist zurzeit folgende: bis auf zwei im August anstehende Fälle, in denen das Verfahren eingestellt wurde, nachdem die Schuldner die benötigten Beträge selbst aufgebracht hatten, sind die August-Termine auf September vertagt worden. Wie sich aus der beigefügten Aufstellung von Assessor Stehr ergibt<sup>2)</sup>, stehen nach dem Stand vom 22. August für September bisher 4 Zwangsversteigerungstermine an, in 11 weiteren Fällen ist das Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet bzw. die Pfändung verfügt worden. Damit ist die Reihe der Zwangsversteigerungen volksdeutschen Besitzes jedoch keineswegs abgeschlossen, vielmehr ist für die nächsten Monate mit einem weiteren erheblichen Ansteigen der Zwangsversteigerungen zu rechnen.

Die Gesandtschaft wurde im Anschluss an die Demarche vom 30. Juli nochmals am 13. August in zwei weiteren Einzelfällen im dänischen Aussenministerium vorstellig.<sup>3)</sup> Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, dass in diesen Fällen seitens der dänischen Regierung eine Einflussnahme auf die die Zwangsversteigerung betreibenden Gläubiger erfolgt ist.

Zur Einstellung der bisher anhängigen Zwangsversteigerungen ist ein Betrag von annähernd 18.000 Kronen erforderlich, wie sich aus der anliegenden Aufstellung im Einzelnen ergibt. Durch die Zurverfügungstellung dieser Summe würden aber nur die gegenwärtig schwebenden Verfahren zur Einstellung gelangen. Wenn man Vorsorge dafür treffen will, dass in diesen Fällen nicht in kurzer Zeit wieder von anderer Seite ein neues Verfahren gegen den betreffenden Schuldner angestrengt wird, und dass alle weiteren Fälle bis Ende des Jahres gedeckt werden, müssten erhöhte Mittel für die Kreditanstalt flüssig

gemacht werden, die im Gesandtschaftsbericht Nr.S.N.Schl./865 vom 22. Juli wahrscheinlich etwas reichlich auf 150.000 bis 200.000 Kronen veranschlagt worden sind. Herr Stehr wird binnen kurzem noch eine genauere Bedarfsmeldung erstatten.

gez. v. **Renthe-Fink.**

- <sup>1)</sup> I marginen er med hånden skrevet: *H. V.L.R. Grosskopf für die dortigen Akten zum Verbleib. Gr[undherr] den <sup>3</sup>/<sub>10</sub>. Z[u] ä[en] A[kten]. Gr[oskopf] <sup>1</sup>/<sub>11</sub>.*
- <sup>2)</sup> Stehrs redegørelse er ikke medtaget her.
- <sup>3)</sup> Af det danske udenrigsministeriums akter fremgår det, at denne henvendelse fandt sted den 12. august. Svenningsen svarede Kassler, der afleverede notitsen, „at det jo var vanskeligt at gribe ind overfor de i Loven hjemlede Retsmidler, men at jeg iøvrigt i Anledning af den fornyede Henvendelse fra Gesandtskabets Side atter vilde henstille til Justisministeriet, at disse to Auktioner, hvorom der endnu er Tale, søgtes udsat“. En ny henvendelse fra gesandtskabet fandt sted 11. september.

## 220.

**Vereinigte Finanzkontore til det tyske udenrigsministerium, rigsfinansministeriet og Vomi angående tvangsauktioner og anvendelse af depotet på 3 mill. kr. (med bilag).**

15. okt. 1940.

VEREINIGTE FINANZKONTORE  
G.M.B.H.

Berlin W 8, den 15. Oktober 1940.

An das

*Auswärtige Amt*

*z. Hd. von Herrn Vortragenden Legationsrat Grosskopf.*

An den

*Herrn Reichsminister der Finanzen.*

An die

*Volksdeutsche Mittelstelle*

*z. Hd. von SS-Oberführer Dr. Behrends,*

*Berlin.*

Betr.: Nordschleswig.

In der Frage der Abwendung der Zwangsversteigerung deutscher Höfe in Nordschleswig bzw. einer durchgreifenden Sanierung notleidend gewordener Höfe haben mündliche Besprechungen mit dem Herrn Gesandten in Kopenhagen, sowie mit der Kreditanstalt Vogelgesang stattgefunden. Das Ergebnis ist in dem einliegenden Aktenvermerk (Anlage 1) niedergelegt. — Wir bitten ergebenst, uns zu ermächtigen, die erforderlichen Beträge für die in Rede stehende Aktion aus dem Guthaben von rund dKr. 3 Millionen zu verwenden.

VEREINIGTE FINANZKONTORE GMBH.

Krahmer-Möllenberg.

Dietrich.

**Aktenvermerk**  
**betreffend Kreditanstalt Vogelgesang, Hadersleben.**

In die Sorge um die Erhaltung deutschen Grund und Bodens in volksdeutscher Hand hat sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Nordschleswig (NSDAPN.) seit ihrem Bestehen eingeschaltet. Kurz gesagt hat die Partei einen grossen Teil der deutschen Volksgenossen in Nordschleswig zu sich herangezogen, und hat sie zu einem festen Block erzogen, der die von der obersten Parteistelle für die Befolgung der Agrarpolitik gegebenen Weisungen beachtet. Das Ziel der Parteipolitik ist es, durch geeignete Massnahmen eine Regelung der Besitzerhaltung nach den Grundsätzen des deutschen Erbhofrechtes zu erreichen. In diesem Sinne hatte die Partei in jüngster Zeit eine Parole ausgegeben, die besagte, dass die deutschen Bauern bei angesetzten Zwangsversteigerungen nicht mitbieten sollten. Man glaubte damit die Durchführung der Zwangsversteigerungen sabotieren zu können und damit auf die Regierung in Kopenhagen einen Druck dahin auszuüben, dass die die Zwangsversteigerung betreibenden Gläubigerinstitute von Regierungsseite zu einem weiteren Hinhalten ihrer Forderungen veranlasst werden. Man glaubte hierzu durch eine generelle Intervention der Deutschen Gesandtschaft bei der dänischen Regierung gelangen zu können. Dieser Weg hat sich jedoch als nicht gangbar erwiesen, weil die dänische Regierung wohl dazu bereit war, die staatlichen Hypothekenkreditinstitute, die vornehmlich wegen rückständiger Zinsen die betreibenden Gläubiger bei der Zwangsversteigerung sind, in einzelnen wenigen Fällen zu einer weiteren Stundung ihrer Forderungen anzuhalten, aber nicht generell. Hieraus ergab sich die Überzeugung, dass grössere Geldbeträge bereitzustellen sind, um die von der Zwangsversteigerung bedrohten deutschen Höfe mit denjenigen Mitteln zu versehen, die sie in die Lage versetzen, die Zwangsversteigerung abzuwehren. Mit Zustimmung des Auswärtigen Amts und des Reichsfinanzministeriums haben die Vereinigten Finanzkontore aus ihren Mitteln vorsorglich einen Betrag von rund dKr. 3 Millionen in Kopenhagen bereitgestellt, der zu diesem Zweck eingesetzt werden soll. Die Kreditanstalt Vogelgesang hat anhand ihrer Unterlagen überschläglich den vorläufigen Bedarf mit rund dKr. 1 Million geschätzt. Zur Ermittlung des zuverlässigen Geldbedarfs zur Herstellung einer nachhaltigen Sanierung soll ein Betriebswissenschaftler von der Universität Kiel herangezogen werden, der die notleidend gewordenen Höfe bzw. die finanziell schwachen Höfe einer genauen Prüfung unterzieht.

Die Besicherung neuer Geldhergaben bereitet gewisse Schwierigkeiten. Das Gesetz vom 2. August 1940 über die Beleihungsgrenze für Grundstücke behandelt die legale Festsetzung der Beleihungsgrenze. Nach ihm kann die Beleihung von Grundstücken mit hypothekarischer Besicherung höchstens bis zu 110% des Steuerwertes erfolgen, falls das Grundstück mit Inventar und Beschlagnahme versehen ist, andernfalls nur bis zu 90%. Das Gesetz macht es also unmöglich, da, wo die Beleihungsgrenze von 110% bereits erreicht ist, ein neues Darlehn mit hypothekarischer Eintragung zu geben. Die Schuldner, deren Besitz bis zu 110% bzw. 90% belastet ist, können jetzt keine Hypotheken mehr zur Deckung ihrer Zins- und Steuerrückstände aufnehmen. Es ist daher in diesen Fällen, die die grösste Anzahl ausmachen dürfte, nur noch die Form des Personal-Kredites möglich. Dieser Umstand erhöht das Risiko der Kreditanstalt Vogelgesang als Darlehnsgeberin erheblich, und man muss sich darüber klar sein, dass bei zukünftigen Kreditgewährungen über die Beleihungsgrenze gemäss dem Gesetz vom 2. August 1940 hinaus von vornherein damit gerechnet werden muss, dass auf die teilweise oder ganze Rückzahlung des Darlehns verzichtet werden müssen.

Wegen der Technik der Einführung von Beträgen in die Kreditanstalt Vogelgesang haben mündliche Besprechungen seitens des Herrn Dr. Kraemer-Möllenberg in Kopenhagen mit dem Herrn Gesandten und Herrn Reichsbankdirektor Sattler, sowie in Hadersleben mit Herrn Rechtsanwalt Vogelgesang unter Beteiligung des Unterzeichneten stattgefunden. Wegen der im Juni d. Js. erfolgten Verschärfung der dänischen Devisenbestimmungen, die sich eng an die deutsche Devisengesetzgebung anlehnen, bleibt nach

den vielfach angestellten Überlegungen zurzeit nur der Weg übrig, den Geldbetrag durch eine potente deutsche Wirtschaftsstelle in Dänemark der Kreditanstalt Vogelgesang als mittelfristige Einlage von en Festlegingsdatur von zunächst 3—5 Monaten zu geben.<sup>1)</sup>

Für die Zeit, die für die Errichtung dieser Einlage benötigt wird, kann die Kreditanstalt Vogelgesang die nødvendigen Beträge für die Sanierung bzw. den Auffang von Höfen, die zur Zwangsversteigerung kommen werden, aus ihren zurzeit vorhandenen flüssigen Mitteln zur Verfügung stellen.

*Berlin, den 11. Oktober 1940.*

**Dietrich.**

<sup>1)</sup> Spørgsmålet om overførsel af de ca. 3 mill. kr. til Vogelgesang blev også i den følgende tid ved med at volde store vanskeligheder. Via direktør Preuss lykkedes det inden 8. januar 1941 at få overført 350.000 kr. til kreditanstalten, men de fleste penge var stadig tilbage i København. De mange forhandlinger blev fortsat, men i maj 1941 brød man over tvært. Alfred Dietrich fra Vereinigte Finanzkontore kom til København. Hos kansler Werner i det tyske gesandtskab fik han udleveret 1.500.000 kr. og ledsaget af prokurist Jessen II fra kreditanstalten rejste han derefter den 7. maj til Haderslev. Vogelgesang fik udbetalt de 500.000 kr., mens resten, een million, blev anbragt i box nr. 30 i Haderslebener Kreditbank. Der blev udleveret to nøgler til boxen, og bankdirektør Orth, Flensborg, fik den ene, Dietrich den anden. Pengene, der var kommet via Preuss, skulle sendes tilbage til gesandtskabet. Vogelgesang skulle forvalte de 500.000 kr., men de skulle gå ind på en hemmelig konto, og der skulle føres særligt regnskab over dem. Det var dog tanken, at de lidt efter lidt skulle overtages af kreditanstalten. Efter hvad Vogelgesang (og Orth) senere har forklaret, påtog han sig først denne opgave, efter at Dietrich havde givet ham en skriftlig erklæring om, at pengene var indført til Danmark på lovlig måde.

Vogelgesang købte stats- og kreditforeningsobligationer for en del af pengene. Andre beløb blev brugt til at indløse forskellige „personalkreditter“. Efterhånden blev disse lån betalt tilbage, og i februar 1945 blev alle 500.000 kr. plus påløbne renter afleveret til Orth, dels i obligationer, dels i rede penge. Han puttede dem i en kuffert, som han tog med sig til Aabenraa. Han ville have deponeret pengene hos gårdejer Schmidt, Østerterp, men i stedet blev kufferten med de 500.000 kr. sendt til Flensborg. Den havde stået på Dibbernhaus, hvor man ved en fejltagelse havde ladet en intetanende tysk SS-soldat tage den med, da han bragte post til Tyskland. Næste dag fik Orth den fra SS-Standarte. Han vidste ikke, hvad han skulle gøre ved de mange penge, og det endte med, at han sendte dem til Dietrich i Berlin. Af de 1.000.000 kr. i Haderslebener Kreditbank synes de 752.600 kr. at være blevet udlånt til DBN i 1943—45 (se A. nr. 251). Vogelgesang har til en rapport af november 1951, som er optaget på den parlamentariske kommissions foranledning, udtalt, at det er han „*afgjorte mening, at Dietrich har forstrakt Beruvsgruppen med pengene og misbrugt Kreditanstaltens navn*“. Orth har kun givet oplysning om lånet til Schumann, men om disse penge udtales, at han var vidende om, at de stammede fra Vereinigte Finanzkontore. Han har isvrigt forklaret, at depotet i henhold til ordre fra Dietrich blev overflyttet til Apenrader Bank, samtidig med at Orth modtog de 500.000 kr. fra Vogelgesang, hvilket skete i februar 1945. Da boxen blev tømt, fik Vogelgesang udbetalt et restbeløb på 52.000 kr. Af de 1.000.000 kr. er 150.000 altså gået til DBN, 250.000 til Liefergemeinschaft, 250.000 til Schumanns skibsværft, 102.600 til Gewerbehilfe, og de 52.000 til Vogelgesang. Hvad der er sket med de resterende 195.400 kr. vides ikke. Af de ca. 1.500.000 kr. i det tyske gesandtskab er der formodentlig sendt 500.000 kr. til Schatzamt i marts 1942 (A. nr. 211, note 2), mens andre muligvis er brugt ved bygningen af den tyske skole i København.

## 221.

**Kontrakt mellem Hans Hansen i Rørkær og Höfeverwaltungsgesellschaft  
angående forpagtning af hans forældres ejendom.**

4. marts 1942.

Mittels Vertrag vom heutigen Tage habe ich, der Landmann Hans Hansen, Rohrkær, demnächst Lüdersholm, die früher meinen Eltern gehörende Stelle gepachtet. Die Pachtung ist zunächst auf 3 Jahre abgeschlossen, allerdings mit dem Recht seitens des Verpächters, im zweiten und dritten Pachtjahr die Pacht zu erhöhen.

Ohne Rücksicht auf diese Kündigungsbestimmung räume ich hierdurch dem Verpächter das Recht ein, die Pachtung mit vierteljährlicher Frist zum Ablauf eines Pachtjahres zu kündigen, wenn:

- 1) ich nicht Mitglied der Landesbauernschaft werde und die Versammlungen dieser Landesbauernschaft nicht besuche,
- 2) die deutsche Zeitung nicht halte,
- 3) meine Kinder im schulpflichtigen Alter nicht zur deutschen Schule schicke und überhaupt an den Veranstaltungen der Schule zusammen mit meiner Frau nicht teilnehme,
- 4) falls Wahlen ausgeschrieben werden, ich nicht die Wählerversammlungen besuche und zusammen mit meiner Frau unsere Stimme nicht auf die von deutscher Seite aufgestellte Liste abgebe,
- 5) wir überhaupt uns nicht an dem kulturellen Leben in Lüdersholm, d.h. des Lüderholmer Deutschtum beteiligen und unsere einfache Pflicht den deutschen Sammlungen gegenüber, mögen diese von W.H.W. Mutter und Kind kommen, bezw. Butter-, Woll- oder die sonstigen monatlichen Sammlungen betreffen, nicht nachkommen.

*z.Zt. Jeising, am 4. März 1942.*

HÖFEVERWALTUNGSGESELLSCHAFT A/G

Kier.

Hans Hansen.

## H. Økonomiske forhold.

### Deutsche Berufsgruppen in Nordschleswig og Liefergemeinschaft.

## 225.

### Uddrag af beretning om Liefergemeinschaften.

24. juli 1940.

24. Juli 1940.

#### Bericht über Lieferungsgemeinschaften.

Bereits bevor am 9.4.40 die deutsche Wehrmacht die Grenze überschritt, hatten wir die Einrichtung von Liefergemeinschaften erwogen. Allerdings wurde damals an Lieferungen ins Reich, hauptsächlich nach Flensburg, gedacht. Von der Stadt Flensburg waren bei uns Erdarbeiter für Ausschachtungsarbeiten am Neubau eines Kühlhauses angefordert. Konnte man also unsere Arbeiter gebrauchen, müsste man auch Fachkräfte, d.h. aber die in Nordschleswig ansässigen und wenig beschäftigten deutschen Betriebe, einspannen können. In Sonderheit die Tischler für Anfertigung von Fenstern und Türen, zunächst für das Kühlhaus, dann auch für weitere Bauten. Auch unsere brachliegenden Ziegeleien könnten vielleicht auf diese Weise wieder in Gang gebracht werden. Weiter dachten wir an einen Zusammenschluss der Gärtner an der Nordküste der Flensburger Förde, die seit der Grenzverlegung ihre gesamten Absätze nach Flensburg verloren, während Flensburg alle Zufuhren aus dem südlichen Holstein erhält.

Als wir Anfang Mai davon Kenntnis erhielten, dass die Wehrmacht nicht in Nordschleswig, wohl aber oben in Jütland, grosse Arbeiten in Gang setzte, sandten wir unseren Kameraden Max Clausen, Sonderburg, mit einem Empfehlungsschreiben hinauf um zu untersuchen, wo die zuständige Stelle lag und ob dort Aufträge für uns zu bekommen wären. Clausen ermittelte gleich den Sitz der Verwaltung und erfuhr, dass auch wir bei der Vergabung von Aufträgen berücksichtigt werden könnten, wenn wir sofort am nächsten Tage nach Aarhus kämen. Die Pg. Müller und Wulf fuhren daraufhin sofort am nächsten Morgen nach Aarhus und wurden von Herrn Regierungsrat Engelhard beim Luftgaustab empfangen. Nach 2stündiger Verhandlung, während wir unsere Organisation und Ziele bekannt gaben, erhielten wir einen Lieferungsvertrag über Unterkunftsgeräte im Gesamtbetrag von ca. 250.000.00 Kronen. Mit dieser grossen Aufgabe fuhren wir nach Hause, einerseits froh darüber, unseren Betrieben so viel Arbeit zuführen zu können, andernfalls beklommen deswegen, ob dieser Riesenauftrag in so kurzer Zeitspanne auch durchgeführt werden könnte.

Die Lieferungstermine liefen nebeneinander her, sodass bereits am 25. Mai zwei Teillieferungen, teils nach Esbjerg und teils nach Kastrup abgingen. Alles klappte auch weiterhin, die Termine wurden innegehalten und keine Reklamationen liefen ein. Insgesamt

wurden in diesen beiden Aufträgen innerhalb 5 Wochen für 510.000,- Kr. Tischlerarbeiten geliefert.

Diese Leistungen verschafften uns bei den auftragsverteilenden Stellen volle Anerkennung, und wir erhielten laufend Aufträge für Sattler, Polsterer, Schmiede, Klempner und später auch für Barackenbau usw.

Schon durch die ersten Geräteaufträge wurden auch schon der Gruppe Handel in den D.B.N. grosse Aufträge gestellt; es zeigte sich, dass die Heranschaffung der Mengen von Beschlägen ungeahnte Schwierigkeiten bereitete. Bis zur zweiten Lieferung hatten wir aber unsere Erfahrungen gemacht. Um nun die Verbindung mit den uns bekannt gewordenen Wehrmachtsstellen aufrechtzuerhalten und neue ausfindig zu machen, wurde der Ortsgruppenleiter in Hadersleben Pg. Andr. Paulsen, von uns als ständiger Vermittler nach Jütland entsandt. Er hat dann teilweise unter Mitwirkung des Kameraden Hansendamm, die Aufträge hereingeholt. U.a. wurden bisher von der Gruppe Handel folgende grösseren Aufträge ausgeführt: Gummibereifung für L.K.W. und P.K.W. im Werte von etwa 260.000.- Kr., Matratzen, Bettwäsche, Woldecken im Werte von etwa 500.000.- Kr., dann Öfen, Feuerlöschgeräte, Büroartikel, Drahtgeflecht, Baumaterial, Kabel, Kühlanlagen, Lampen und Kleingerät.

Die grösste Schwierigkeit machte uns die Manufakturlieferung, weil in Dänemark keine geordnete Wirtschaft vorhanden ist. Die Warenknappheit führte automatische Preissteigerung mit sich und oft war eine Beschaffung erschwert, wenn die dänischen Fabriken durch Ungeschick unserer Mitglieder erfuhren, dass es sich um Wehrmachtslieferungen handelte. Diese Lieferungen mussten auf gegenseitiges Vertrauen durchgeführt werden, sodass der deutsche Kaufmann freie Wahl aber auch volle Verantwortung bei der Wahl von Qualität und Preislage hatte.

Einen besonderen Abschnitt in der Lieferung bildete unser Einsatz bei Herstellung und Lieferung von Tarnungsmaterial. Die Sonderburger Netzfabrik hatte mehrere grössere Netze angefertigt als Muster, ohne dass wir bisher das ganz Richtige gefunden hatten. Gleichzeitig haben wir von den Bauleitungen Aufträge auf Fertigstellung von Rohrgeflechtmatten für Tarnung erhalten. Z.Z. werden für etwa 510.000.- Kr. gebunden und gespritzt und zwar von arbeitslosen Volksgenossen in verschiedenen Orten Nordschleswigs.

Bei allen Lieferungen bedienten wir uns der deutschen Banken, insbesondere der neugegründeten „Sonderburger Kreditbank“. Unsere Mitglieder standen grösstenteils ohne Betriebskapital, sodass die Banken die Geldmittel für Rohmaterial, Löhne etc. durch Transporte vorstrecken mussten. Die Zusammenarbeit mit der Bank ist vorzüglich und auf Vertrauen aufgebaut. In vielen Fällen wurden Kredite nicht nur auf Grundlage einer bankmässigen Sicherheit, sondern aus volkspolitischen Gründen gewährt. Als besondere Schwierigkeit muss erwähnt werden, dass die kleine Bank nicht immer über die nötigen Geldmittel verfügt, die für die Ausführung der Aufträge erforderlich sind.

Unser Bestreben ging Anfangs auch darauf hinaus, mit den Verpflegungsämtern der Truppenteile in Verbindung zu kommen, um Wurst, geräucherte Fleischwaren, Käse, Gemüse usw. abzusetzen. Wir besuchten auch alle Verpflegungsämter von Heer und Marine, jedoch ohne Aufträge zu bekommen, da alle Fleischwaren an Ort und Stelle, alle Dauerwaren aber aus dem Reich bezogen werden sollen. Pg. Müller reiste dann auch zur Intendantur der Marine Kiel und zur Wehrmachtsverwaltung in Hamburg. Von dort aus wurde daraufhin auch den Dienststellen der Wehrmacht in Dänemark anheimgestellt, die D.B.N. bei Auftragsverteilungen zu berücksichtigen allerdings ohne dabei die vorgenannten Bestimmungen aufzuheben. Wir haben deshalb bis heute keine Arbeit für unsere Schlachter, die bestimmt in der Lage wären eine gute Qualitätsarbeit zu liefern. Aber für diese wie auch für unsere deutschen Gaststätten, Friseure usw., die bisher keine Verdienstmöglichkeit durch die Wehrmacht hatten, sondern durch die Beschäftigung vieler Volksgenossen im Norden und durch verstärkten Boykott von dänischer Seite nach dem 9. April, nur einen weiteren Rückgang zu verzeichnen haben, wird wohl ein Wandel eintreten, wenn wie wir hoffen recht bald Sonderburg eine deutsche Garnison bekommt. Die anderen Städte in Nordschleswig erlebten ja den Durchmarsch und haben ihre Garnison.

Zu dem Zeitpunkt, als wir die Verbindung mit der Wehrmacht und den Bauleitungen aufnahmen, waren die grössten Bauaufträge, Erdarbeiten usw. bereits an grosse dänische

Unternehmer vergeben, sodass wir Anfangs in dieser Beziehung keinen Erfolg hatten. Später konnten wir 2 Zimmermeister aus Hadersleben mit etwa 60 Zimmergesellen mit dem Aufsetzen von Baracken in Nordjütland beauftragen. Wir erhielten dann noch einige kleinere Aufträge und gerade in diesen Tagen ist Baumeister Christiansen aus Sønderburg mit einer Erdbewegungsarbeit an der Westküste Jütlands beauftragt.

Die Arbeitslosigkeit in mehreren Berufen, wie Kraftfahrer, Metallhandwerker usw. war besonders gross. Während der Leiter des Parteiamtes, Amt für Arbeitsfragen Pg. Bruun, Apenrade hinauf reiste, um die deutschen Arbeiter (meist ungelernete) bei den dort beschäftigten dänischen Unternehmern unterzubringen, haben wir uns darauf beschränkt, diejenigen Fachkräfte zu stellen, die von den verschiedenen Truppendienststellen direkt angefordert werden und von denen politische Zuverlässigkeitszeugnisse verlangt werden. Z.B. sind angefordert 50 Kraftfahrer, 45 Handwerker als Feuerwehrleute sowie eine ganze Reihe von Tischlern, Schneider, Schuhmacher, Elektriker pp. — Auch stellen wir einige Wirte und Kaufleute für Kantinenbetriebe zur Verfügung.

Es ist klar, dass diese Arbeit und Lieferungsanträge sowie die Vermittlung der Fachkräfte bewirkte, dass bei uns täglich ein grosser Stoss von Angeboten, Bewerbungen usw. einlief. Selbstverständlich stieg die Mitgliederzahl auch schnell, und wir sahen uns am 1. Juli dazu genötigt, eine formelle Mitgliedersperre einzuführen, um uns vor ungewünschtem Element zu schützen. Trotzdem liegt in unserer Arbeit eine grosse Werbekraft, und der Zustrom von Seiten ehemaliger deutscher Sozialdemokraten und derer, die aus Geschäftsrücksichten etwa vorsichtig gewesen sind, ist erfreulich.

Die D.B.N. erhält von jedem auszuzahlenden Rechnungsbetrag 2% zur Bestreitung von Verwaltungskosten. Der spätere Überschuss verbleibt der Organisation als Kampffond.

Ausserdem haben wir jeden Auftragnehmer verpflichtet, eine Abgabe von 1/4% des Rechnungsbetrages an die deutsche Selbsthilfe Nordschleswig zu zahlen, der von uns vom Guthaben abgezogen und direkt überwiesen wird.

## 226.

**Direktør Svenningsen til Kanstein angående klager fra Nordslesvig over, at tyske værnemagtsordrer kun uddeles til tysksindede.**

15. okt. 1940.

P.J.I. Jr. Nr. 7.X.19 b.

Kopenhagen, den 15. Oktober 1940.

1 Anlage.

Herrn Vizepräsidenten Dr. Kanstein,  
Deutsche Gesandtschaft,  
Dagmarhus,  
V.

*Sehr geehrter Herr Kanstein.*

Wenn ich mich nicht irre, habe ich in einer unserer Besprechungen vor einigen Monaten erwähnt, dass aus Nordschleswig Beschwerden darüber laut geworden waren, dass volksdeutsche Handwerker, Lieferanten usw. bezüglich der Aufträge der Wehrmacht bevorzugt werden.

Diese Beschwerden sind inzwischen nicht verstummt, und vieles deutet darauf, dass deutsche Gesinnung bei der Erteilung von Wehrmachtsaufträgen als eine Voraussetzung betrachtet wird. Ich habe gehört, dass die Aufträge, die in Nordschleswig vergeben

werden, durch eine Zentralorganisation gehen, deren Aufgabe es sein soll, darauf zu achten, dass die Volksdeutschen besonders berücksichtigt werden.

Vor kurzem ist uns ein Fall unterbreitet worden, in welchem eine Arbeit für die Wehrmacht dem betreffenden Handwerker verweigert wurde, weil er nicht darauf eingehen wollte, seine Kinder in die deutsche Schule zu überführen. Es handelt sich um den Zimmerer Friedrich Nielsen, Tondern, der am 19. September ds. Js. die abschriftlich beigefügte Erklärung<sup>1)</sup> über den Verlauf seiner Verhandlungen mit der deutschen Berufsgruppe, dortselbst, abgegeben hat. Herr Nielsen hat sich damit einverstanden erklärt, dass die genannte Erklärung der deutschen Gesandtschaft vorgelegt wird.

Ich bin natürlich vollkommen überzeugt, dass das Verhalten des in der Erklärung erwähnten Herrn Hecht von den deutschen Behörden nicht gebilligt wird, und ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Güte haben würden, zu veranlassen, dass diese Angelegenheit auf deutscher Seite untersucht wird, sowie dass geeignete Massnahmen getroffen werden, um einem ähnlichen Verfahren in künftigen Fällen Einhalt zu gebieten.

Für eine gefällige Rückäußerung über diese Angelegenheit wäre ich dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Nils Svenningsen.

<sup>1)</sup> Ikke medtaget her.

## 227.

### Direktør Svenningsen til Kanstein angående de krav, der stilles til folk, der får ansættelse ved værnemagtsarbejder.

21. nov. 1940.

Wo./Sv./KS

P. J. I. A. Jr. Nr. 7.X.19 b.

Kopenhagen, den 21. November 1940.

Herrn Vizepräsidenten, Dr. Kanstein,  
Deutsche Gesandtschaft,  
Dagmarhus,  
V.

*Sehr geehrter Herr Kanstein.*

Zurückkommend auf mein Schreiben vom 15. v. Mts. betreffs Beschwerden darüber, dass volksdeutsche Handwerker, Lieferanten usw. bezüglich der Aufträge der Wehrmacht bevorzugt werden, erlaube ich mir Ihnen mitzuteilen, dass das Ministerium aus einer Quelle, deren Glaubwürdigkeit nicht bezweifelt wird, in Erfahrung gebracht hat, dass in einem Falle, wo Personen aus Nordschleswig bei Wehrmachtsarbeiten in Aalborg Anstellung gefunden haben, folgende Bedingungen gestellt worden sind:

- 1) dass der betreffende der Minderheit gehört,
- 2) dass während der Dauer seiner Anstellung seine Familie in Nordschleswig verbleibt, und
- 3) dass eventuelle Kinder, im Falle dass sie nicht eine deutschsprachige Schule frequenzieren, in eine solche überführt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Nils Svenningsen.

## 228.

**DBN giver meddelelse angående Liefergemeinschaft.**

3. jan. 1941.

*Abschrift.*DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG

Sonderburg.

*Sonderburg, den 3. Januar 1941.***Mitteilung über die Liefergemeinschaft der D.B.N.**

Die Liefergemeinschaft darf nicht mit der Organisation der Deutschen Berufsgruppen verwechselt werden. Sie steht vielmehr als Nr. 8 in unserem Programm und bildet nur einen Teil unserer Aufgaben.

Die Liefergemeinschaft hat als Aufgabe, Aufträge der Wehrmacht zu sammeln, um diese an die Mitglieder weiter zu geben. Sie tritt also nicht als Käufer und Verkäufer auf. Der einzelne Lieferant liefert in Wirklichkeit an die Deutsche Wehrmacht. Deshalb sollten die Rechnungen der Lieferanten formell „an die Deutsche Wehrmacht über die Liefergemeinschaft der D. B. N.“ ausgestellt sein. Wir sammeln nur die Rechnungen, um sie auf besonderen Vordrucken an die Dienststellen weiter zu geben.

Gegen die bisherige aber formell falsche Form „geliefert an die D. B. N.“ wird aber nicht Einspruch erhoben, weil sonst die Briefe durch Verwechslung an irgend eine Dienststelle gehen könnten. Jede Rechnung ist ohne Ausnahme an die Liefergemeinschaft der D. B. N. zu schicken.

Selbstverständlich gilt es für die Lieferanten, besonders die im letzten Aufruf genannten Pflichten zu erfüllen: ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken, die deutsche Zeitung zu halten und zu lesen, Mitglied der deutschen Selbsthilfe zu sein, darauf hinzuweisen dass ihre schulentlassenen Kinder und ihre Lehrlinge Mitglieder unserer Organisation werden und unsere deutschen Abendschulen besuchen.

Heil Hitler!

**D.B.N. Liefergemeinschaft.**

## 229.

**Note fra det tyske udenrigsministerium til det danske udenrigsministerium angående en ordre på 240 000 kr. til DBN.**

24. feb. 1941.

Wi/471/41.

**Notiz.**

Die Landeslieferungsgenossenschaften im Tischler-Handwerk, Hamburg-Altona, beabsichtigen, einen Auftrag zur Herstellung von 10.000 Stück Einzelbetten für Luftschuttkeller an die deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig — Geschäftsstelle Sonderburg — zu vergeben. Die erforderlichen Holzmengen würden zuvor von der Lübecker Firma Habermann & Sohn zur Verfügung gestellt werden. Die Gesandtschaft bittet, dänischerseits eine Genehmigung zur Zahlung von insgesamt 240.000 dKr. im Wege des deutsch-dänischen Verrechnungsabkommens für das in Rede stehende Lohnverarbeitungsgeschäft zu erteilen.

*Kopenhagen, den 24. Februar 1941.*

(Ulæselig initial).

## 231.

**Direktør Svenningsen til Kanstein angående det af den tyske folkegruppe udøvede pres på dansksindede for at få dem til at sende deres børn i tysk skole.**

21. okt. 1941.

HJH/EC

P.J.I.B. J. Nr. 7.X.19 b.

EW.

21. Oktober 1941.

*Herrn Vize-Präsidenten Kanstein,  
Deutsche Gesandtschaft.<sup>1)</sup>*

*Sehr geehrter Herr Kanstein.*

In meinen Briefen vom 15. Oktober und 21. November v. Js. habe ich Ihnen von Fällen in Nordschleswig benachrichtigt, wo volksdeutsche Handwerker, Lieferanten usw. mit Bezug auf Aufträge der deutschen Wehrmacht bevorzugt werden, und wo dänischgesinnte Familien einem Druck ausgesetzt worden sind, um sie dazu zu bewegen, ihre Kinder an deutsche Schulen zu überführen.

Ich bedauere, Ihnen mit einer Reihe von weiteren Fällen dieser Art bekannt machen zu müssen, die zur Kenntnis des Ministeriums des Aeussern gekommen sind, und in denen das deutsche Arbeitsnachweisungsbüro in Aabenraa Nachweisung von Arbeit davon abhängig gemacht hat, dass derjenige, welcher Arbeit zu erhalten wünscht, seine schulpflichtigen Kinder von einer dänischen in eine deutsche Schule überführt:

1) Dem Betreffenden wurde Bescheid erteilt darüber, dass er Arbeit bekommen könne, falls er seine Kinder sofort zu der deutschen Schule in seiner Heimat überführte, von wo sie dann später bei der deutschen Schule in Aabenraa angemeldet werden sollten. Es wird angegeben, dass dies später geschehen ist.

2) Der Betreffende hatte unter der Bedingung, dass seine Kinder künftig die deutsche Schule besuchen sollten, Arbeit an einer Abteilung der Wehrmacht in Deutschland zugeteilt erhalten. Dies war auch für die Erreichung von gewissen Kinderzulagen erforderlich. Die Kinder sind überführt worden.

3) Der Betreffende hatte, ohne dass Ueberführung von seinen Kindern verlangt wurde, Arbeit in Flensburg bekommen. Später wurde die Ueberführung doch verlangt, und da der Betreffende fürchtete, seine Arbeit zu verlieren, liess er seine Kinder überführen.

4) Der Betreffende hatte in einer nordjütländischen Stadt unter der Bedingung Arbeit erhalten, dass eins seiner Kinder in einen deutschen Kindergarten und eine ältere Schwester in eine deutsche Schule gesandt wurden. Vorher wurde dem Mädchen unentgeltlich Privatunterricht im Deutschen erteilt.

Ich kann Sie des weiteren davon benachrichtigen, dass einer dem Ministerium des Aeussern zugegangenen Mitteilung zufolge, seitens eines Büros in Sønderborg, welches Arbeit von deutschen Industrieunternehmen auf dänische Betriebe verteilt, an denjenigen, der in Betracht zu kommen wünscht, die Forderung gestellt wird, dass er seine Kinder in eine deutsche Schule senden, sich in den deutschen Verein einschreiben lassen und sich im übrigen als deutschgesinnt erkennen muss.

Schliesslich gestatte ich mir Ihnen mitzuteilen, dass Dansk Arbejdsgiverforening og De samvirkende Fagforbund die Aufmerksamkeit des Ministeriums des Aeussern darauf gelenkt haben, dass alle Tischlerarbeiten, die von der deutschen Wehrmacht und überhaupt von den deutschen Behörden in Südjütland ausgeführt werden, an Tischlermeister vergeben werden, die sich einer dort gebildeten Fachschaft anschliessen. Es wird dabei angegeben, dass diese Meister beschlossen haben, unter keinen Umständen mehr als 175 Øre je Stunde einschliesslich Teuerungszulage bezahlen zu wollen. Sowohl die erwähnten

Hauptorganisationen als auch das Arbeits- und Sozialministerium haben das Unrichtige darin hervorgehoben, dass die in Frage kommenden Arbeiten nach nationalen oder politischen Kriterien vergeben werden, und dass es versucht wird, Ablönnungsmethoden durchzuzwingen, die mit den hier im Lande geltenden Uebereinkünften in Widerspruch stehen.

Ich brauche Ihnen gegenüber nicht hervorzuheben, dass die oben besprochenen Verhältnisse in hohem Grade Unruhe und Missstimmung hervorrufen. Es würde im gegenseitigen Interesse sein, sie zum Aufhör zu bringen.

Ich würde Ihnen für eine Aeußerung in der Sache dankbar sein.<sup>2)</sup>

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Ihr sehr ergebener

sign. Svenningsen.

<sup>1)</sup> Konzeptet bærer påskriften: <sup>15/10</sup> Hv. og <sup>15/10</sup> 41 H. J. H. samt en blyantsnotits om, at arbejdsministeriet og handelsministeriet skal underrettes.

<sup>2)</sup> Bortset fra meddelelsen om, at Kasser havde overtaget den videre behandling af denne sag (A. nr. 236), ses der ikke at være kommet noget svar fra gesandtskabet. Også i den følgende tid indløb der til stadighed oplysninger om det nationalpolitiske tryk, der blev udøvet fra DBNs Lieferegemeinschafts- og arbejdsanvisningskontorets side. Det blev bl. a. oplyst, at en tysk håndværker var blevet udelukket fra yderligere ordrer, fordi han havde ladet en del af en ordre gå videre til en dansk kollega. Det var også blevet oplyst, at DBN havde stillet to danske håndværkere i udsigt, at de kunne få del i leverancer til værnemagten, hvis de meldte sig ind i DBN. Og stadig kom der oplysninger om forsøg på at presse forældre til at indmelde deres børn i de tyske skoler. I udenrigsministeriet blev der udarbejdet en notits om disse forhold. Den er dateret den 15. juli 1942, men blev ikke afleveret til gesandtskabet, således som påtegningen „beror“ viser.

## 234.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående forhandlinger mellem det danske udenrigsministerium og Hansen-Damm (med bilag).

5. jan. 1942.

Kult 3 Nr. 2.

5. Januar 1942.

#### Eilbrief!

*Inhalt:* Wehrmachtslieferungen der „Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig“.

2 Anlagen.

3 Durchschläge.

*An die*

*Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Wie mir der Leiter der „Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig“, Herr Hansen-Damm, heute mündlich mitteilte, hat er die Gesandtschaft mündlich und schriftlich über seine Besprechung am 9. v.M. mit dem Kontorchef Dr. Worsaae im Dänischen Aussenministerium ausführlich unterrichtet. Zur Ergänzung füge ich einen, für die Mitarbeiter dieser Deutschen Berufsgruppen angefertigten Aktenvermerk in der Anlage bei. Seit der genannten Besprechung, die zur allseitigen Zufriedenheit verlaufen ist, sind neue Schwierigkeiten bei der Durchführung von Wehrmachtslieferungen entstanden, über die Herr Hansen-

Damm die Gesandtschaft gleichfalls bereits schriftlich informiert hat. Ein an mich gerichtetes Schreiben vom 3. d.M., das diese Schwierigkeiten nochmals zusammenfasst, lege ich hiermit abschriftlich vor.

Aufgrund der heutigen Besprechung mit Herrn Hansen-Damm kann ich mich des Eindrucks nicht verschliessen, dass die neuerlichen Schwierigkeiten, die seitens der dänischen Stellen bereitet werden, auf politische Momente zurückzuführen sind. Auffallend ist bereits die Besprechung des Herrn Dr. Worsaae am 9. v.M. über „den angeblichen Druck auf Auftragsempfänger, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken“. Ich hätte es für zweckmässiger gehalten, wenn das Dänische Aussenministerium über diese Frage zunächst einmal mit der Gesandtschaft gesprochen hätte. Hinzu kommen aber zahlreiche andere Momente, über die Herr Hansen-Damm dort mündlich berichten wird, die zum mindesten den Verdacht aufkommen lassen müssen, dass die Tätigkeit der Liefergemeinschaft, die zweifellos eine wichtige Stütze des Volkstumskampfes ist, den dänischen Behörden politisch unangenehm ist. Herr Hansen-Damm wird am kommenden Mittwoch oder Donnerstag mit den dänischen Stellen erneut verhandeln, und es steht zu erwarten, dass er bei diesen Verhandlungen von der dortigen Wirtschaftsabteilung unterstützt werden wird. Aus den obenangeführten Gründen würde ich es begrüssen, wenn sich darüber hinaus auch das dortige politische Referat mit in die Verhandlungen einschalten könnte.

L[anwer]

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG

Geschäftsstelle

Sonderburg, am 3. Januar 1942  
HD./Ca./O.

*Herrn Konsul  
Dr. Lanwer  
Apenrade.*

*Betr.: Schwierigkeiten bei der Durchführung  
von Wehrmachtslieferungen.*

Über die heutige Lage gestatten wir uns, Ihnen folgenden Zwischenbericht zu geben:

Einige Fragen, die auf Missverständnisse zurückzuführen waren, konnten durch die am 9.12.41 in Kopenhagen mit Herrn Kontorchef Dr. Worsaae geführten Verhandlungen klargelegt werden. Wir meinten deshalb annehmen zu dürfen, dass von offizieller dänischer Seite vorerst der Durchführung der Wehrmachtsaufträge keine neuen Schwierigkeiten gemacht werden würden. Diese Annahme dürfte umsomehr begründet sein, als uns während der erwähnten Verhandlungen mehrmals bestätigt wurde, dass grundsätzlich gegen die Tätigkeit der Liefergemeinschaft der D-B-N nichts einzuwenden wäre, und dass unsere Anträge genau so behandelt werden würden wie andere. Der uns gemachte Vorwurf, bei der Verteilung der Aufträge über den Rahmen der Mitgliedsbetriebe hinausgegangen zu sein, wurde damit abgewiesen, dass im Juni Monat dieses ausdrücklich von dänischer Seite gewünscht wurde.

Zu Ihrer Orientierung folgt anbei ein Aktenvermerk über die obengenannte Verhandlung.

Ende Dezember 1941 wurde nun von Herrn Direktor Odel (Udenrigsministeriets Kommitterede for Industrisager) verlangt, dass ein A-Auftrag (2504 in Höhe von kaum 400.000,— Kr.) auf  $\frac{1}{5}$  gekürzt, und dass wegen der restlichen  $\frac{4}{5}$  später neue Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Ebenfalls wurde verlangt, dass 1 anderer Auftrag auf die verschiedenen Unternehmer aufgeteilt werden sollte, bevor die Listennummer vom Wehr-

wirtschaftsstab Dänemark erteilt worden war. Dieser Auftrag erhielt inzwischen die Nummer A 3136.

Weder in der längeren mündlichen Unterhaltung mit unserem Kopenhagener Mitarbeiter, Kamerad Th. Lassen, noch in dem mit Unterzeichnetem geführten Ferngespräch war es möglich irgendeine sachliche Begründung der neuen Schwierigkeiten zu erhalten. Direktor Odel konnte Unterzeichnetem im Telefon keine nähere Auskunft erteilen.

Kontorchef Dr. Worsaae erklärte in einem Ferngespräch, dass diese neuen Schwierigkeiten unsere Abmachungen vom 9.12.41 nicht berührten. Er könnte unsere Stellungnahme wohl verstehen, sagte aber, dass Direktor Odel auf diesem Gebiet souverän wäre.

Direktor Odel aber äusserte ebenfalls, dass er uns wohl verstehen könnte, sagte aber, dass „man“ die Angelegenheit dort besprochen hatte. Gegen unsere Preise und gegen die Gebühren von 2 v.H. hatte man nichts einzuwenden. Man hatte auch nichts dagegen, dass einzelne grosse Unternehmer mehrere Sub-Unternehmen einspannten. Man wollte nur die Liefergemeinschaft ausschalten, weil dieses System im Lande unbekannt wäre.

Nach diesen Äusserungen zu urteilen müssen wir leider annehmen, dass gewisse Kreise irgendeine Möglichkeit suchen, die Liefergemeinschaft der D-B-N über die zuständigen dänischen Dienststellen auszuschalten. Nachdem man ohne Erfolg versucht hat, sachliche Begründungen für das Vorgehen zu finden, scheint man jetzt auf eine stichhaltige Begründung zu verzichten.

Wir bedauern dieses ausserordentlich, besonders da wir in den Verhandlungen über die einzelnen technischen Fragen in den Einräumungen äusserst weit gegangen sind, um jede denkbare Schwierigkeit zu beheben. Es sollte uns deshalb sehr freuen, wenn unsere Annahme sich als falsch erweisen sollte.

Da aber die Durchführung der Aufträge unter den vorliegenden Umständen technisch nicht möglich ist, also eine Ablehnung der Wehrmachtsarbeit notwendig wäre, haben wir uns an die Deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen gewandt mit der Bitte um Rat und Unterstützung. Es ist vorgesehen, dass Mitte der Woche neue mündliche Verhandlungen mit den dänischen Dienststellen in Kopenhagen geführt werden sollen.

Heil Hitler!

**P. Hansen-Damm**

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG

*Sonderburg.*

### Aktenvermerk

**über die Besprechung zwischen Kontorchef Dr. Worsaae und P. Hansen-Damm und J. Wulf im dän. Aussenministerium am 9.12.41.**

In einem Schreiben vom 28.11.41 hatte das dän. Aussenministerium um eine gelegentliche Aussprache über einige Fragen von grundsätzlicher Bedeutung gebeten, die sich, wie Kontorchef Dr. Worsaae einleitend mitteilte, auf die Arbeit der Liefergemeinschaft der DBN bezogen.

Es wurden folgende Punkte besprochen:

- 1) Die deutsche Arbeitsvermittlungsstelle in Apenrade.
- 2) Der angebliche Druck auf Auftragsempfänger, ihre Kinder in die deutsche Schule zu senden.
- 3) Die Auftragsverteilung an Nichtmitglieder und
- 4) Bau-Arbeiten für die Wehrmacht in Dänemark ausserhalb Nordschleswigs.

Unsere Stellungnahme war wie folgt:

*Zu Punkt 1:* Die Deutsche Arbeitsvermittlungsstelle in Apenrade ist eine Zweigstelle der Dienststelle des RAM „Die Deutsche Arbeitsvermittlung in Kopenhagen“, und ist somit keine Einrichtung der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig.

*Zu Punkt 2:* Es ist keine Voraussetzung für die Einschaltung bei der Auftragsverteilung der Liefergemeinschaft, die Kinder in die deutsche Schule zu senden. Ein Beweis dafür wäre u.a., dass den dänischen Betrieben, die Aufträge erhalten haben, überhaupt keine Bedingungen gestellt worden sind.

Wenn von unseren deutschen Volksgenossen verlangt wird, dass sie ihre Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe unter Beweis stellen sollen, ist dieses selbstverständlich, und es geschieht u.a. auch um die Aufnahme von Dänen zu unterbinden.

*Zu Punkt 3:* Die Liefergemeinschaft hat in einem Falle einen Teil eines grösseren Auftrages an 6-8 dänische Betriebe vergeben, weil man den Eindruck gewonnen hatte, dass dadurch eine Forderung der dänischen Dienststellen erfüllt werde. Dieses ist vom reichs-deutschen Auftragsgeber als auch von der Liefergemeinschaft mehrmals bestätigt worden. Um nun jeden Schein eines etwaigen politischen Einflusses dabei von vornherein auszuschalten, sind diese Teilaufträge über eine private Firma (Im- & Exportfirma Norden, Sonderburg) gegangen, sodass die Liefergemeinschaft der DBN nicht als Vermittler aufgetreten ist. Es ist u.E. das Recht der Liefergemeinschaft der DBN (besonders jetzt als dän. Aktiengesellschaft) auch solche Aufträge anzunehmen, die die Kapazität der Mitgliedsbetriebe übersteigen. Wenn wir uns in jedem Falle nur an die Mitglieder halten sollten, würden nach unserer Meinung folgende Schwierigkeiten eintreten:

- 1) würden dann auch Dänen sich um die Mitgliedschaft bemühen, um Aufträge zu erhalten, und
- 2) würden die Mitgliedsbetriebe bestrebt sein, ihre Kapazität so weit zu erhöhen, dass tatsächlich der Gesamtauftrag übernommen werden könnte.

*Zu Punkt 4:* Da in dem Gebiet fast keine Bau-Arbeiten der Wehrmacht ausgeführt sind, müssen unsere Bau-Unternehmer das selbe Recht haben, sich an Bauvorhaben in Jütland zu beteiligen, wie die grossen dänischen Baufirmen, die sich auch nicht auf bestimmte Gebiete beschränkten.

Abschliessend wurde der Vorschlag von Kontorchef Dr. Worsaae gemacht, dass unsere Mitglieder bei solchen Aufträgen, wo sie die Arbeit alleine oder mit einem Kollegen zusammen ausführen können, die Genehmigung unter ihren privaten Firmennamen beantragen sollten. Es wurde vereinbart, dass eine Rücksprache mit den deutschen Dienststellen erfolgen sollte, und dass vorläufig keine Änderung eintreten würde. Dr. Worsaae bat darum, dass bei der nächsten Gelegenheit eine neue Besprechung stattfinden könnte.

Die ganze Besprechung hatte den Charakter einer offenen Aussprache, die in einem freundlichen Ton gehalten war.

## 236.

Overregeringsråd, dr. Stalman til Hvass angående svar på direktør  
Svenningsens skrivelse af 21. oktober 1941.

19. jan. 1942.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
DEUTSCHEN REICHES

Kopenhagen, den 19. Januar 1942.  
Dagmarhus.

Der Beauftragte für Fragen  
der inneren Verwaltung.  
Oberregierungsrat Dr. Stalman.

*Sehr geehrter Herr Hvass!*

Auf das Schreiben von Herrn Direktor Svenningsen vom 21. Oktober v. Js. — P. J. I. B. J. Nr. 7.X.19.b. — darf ich Ihnen mitteilen, dass die Angelegenheit von Herrn Legationssekretär Kassler weiter bearbeitet wird. Er wird Sie über das Ergebnis der Prüfung der aufgeführten Fälle verständigen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Stalman.

## 237.

[Vomi] til stabschefen for Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt angående  
Liefergemeinschafts krigsleverancer.

24. jan. 1942.

24. Januar 1942.

Schnellbrief.

*Betrifft:* Kriegswirtschaftliche Lieferungen der volksdeutschen „Liefergemeinschaft A-G“, Sonderburg, Dänemark.

*Bezug:* Besprechungen mit Fregattenkapitän Dr. Forstmann.

*Akt. Zch.:* Ac - N.su.

*Herrn*

*Oberst Hünermann  
Chef des Stabes des Wehrwirtschafts-  
und Rüstungsamtes  
Berlin W 33*

Die „Liefergemeinschaft“ hat durch ihre Rührigkeit in den ersten 18 Monaten der Besetzung für 18 Mill. Dänenkronen wehr- und kriegswirtschaftliche Aufträge ausgeführt. Dänische Dienststellen versuchen nunmehr eine Herabdrückung dieser Leistung. Es wird die Festlegung eines Auftragskontingentes für das Jahr 1942 versucht. Die „Liefergemeinschaft“ veranschlagt ihre Leistungsfähigkeit weit höher als ihr in diesem Zusammenhang auf Betreiben von Seiten dänischer Konkurrenten zugemutet wird. Die „Liefergemeinschaft“ weist nach, dass sie

1. in 18 Monaten für 18 Mill. dän. Kronen Aufträge ausgeführt hat,
2. dass ihr Umsatz in den letzten 6 Monaten sich auf 7 Mill. belief,<sup>1)</sup>
3. bei normaler Beschäftigung einen Umsatz von 12-14 Mill. mit Leichtigkeit bewältigen kann. Die Dänen sollen demgegenüber 4 Mill. jährlich vorgeschlagen und allenfalls Bereitschaft bis zur Bewilligung von 6 Mill. erklärt haben.

Abgesehen davon, dass es einen völlig unverständlichen Rückschlag im Leistungswillen und Tätigkeit bedeuten würde, müsste hiesigerseits mit erneutem Beginn einer Abwanderung Volksdeutscher mit volkspolitischen und wirtschaftlichen Störungen, erneute Anforderung an politischen und wirtschaftlichen Subventionen gerechnet werden.

Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, die als Beispiel für die Mobilisierung kriegswirtschaftlicher Kapazitäten in allen Volksgruppen anzusprechende „Liefergemeinschaft A.-G.“, Sonderburg, zweckdienlich auch gegenüber der dänischen Seite zu unterstützen.

Heil Hitler!

i. A.

(Unleselig unterschrift).

Mit der Bitte um Weiterleitung des Textes auch an den deutschen Wehrwirtschaftsoffizier in Kopenhagen.  
an Auswärtiges Amt  
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reichel  
Berlin W 8.

<sup>1)</sup> I årsberetningen for 1943 opgør direktør Wulf den årlige omsætning siden starten på følgende måde: 10. maj 1940—30. marts 1941: 6.999.824 kr., 1. april—31. dec. 1941: 6.833.945 kr., 1942: 7.390.045 kr. og i 1943: 11.020.084 kr.

## 238.

### Referat af et møde angående de vanskeligheder, som Liefergemeinschaft har mødt hos de danske myndigheder.

26. jan. [1942].

#### Besprechung am 26.1.

Anwesend: *Asch, Dr. Weninger, Intendanturrat Dr. Seckelmann, Inspektor Dr. Heise, Paaschen, Sittich, Barthel, Hansen-Damm, Wulf.*

Hansen-Damm berichtet über

- a. Schwierigkeiten bei den dänischen Behörden.

Bei den damaligen Verhandlungen über den grossen Tischlerauftrag für Husum wurde von dem dänischen Unterhändler der Wunsch geäußert, dass auch dänische Betriebe miteingespannt würden. Wir gaben daher c.  $\frac{2}{5}$  des Auftrags nach Altdänemark. In der Annahme, diese Praxis auch weiter gebrauchen zu können, gingen wir zum Abschluss neuer Verträge mit Luftgaukommando XI sowie mit der Marine in Husum und Mürwik. Inzwischen änderte die dänische Behörde ihren Standpunkt, eine Verlagerung an dänische Betriebe über die Berufsgruppen wird jetzt verboten. Durch die aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Holzanlieferung aus dem Reich wurde

der Arbeitsbeginn verzögert, sodass wir bei gleichzeitiger Genehmigung aller vorliegenden Tischleraufträge die Lieferzeiten nicht innehalten könnten. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass der erste vorliegende Auftrag über 500 Geschäftszimmereinrichtungen noch an dänische Betriebe abgegeben werden darf, während die anderen Aufträge und zukünftige nur in unseren Betrieben hergestellt werden sollten. Die Dänen haben angeboten, uns nur 1 Fünftel des obengenannten Auftrages zu bewilligen, welches wir abgelehnt haben. U.E. müssten die dänischen Behörden die Anträge genehmigen, die bereits vom Wstab eine A-Listennummer erhalten haben.

Der Vertreter des dänischen Aussenministeriums gibt offen zu erkennen, dass die Berufsgruppen zu gross werden und dass ihre Aufträge beschnitten werden müssen. Man will uns ein Jahreskontingent aufzwingen, das in keinem Verhältnis zu unseren bisherigen Umsätzen und zu unserer Leistungsfähigkeit steht. Wir haben ein Kontingent von 12—14 Millionen Kronen jährlich beantragt, während man uns nur 4 — auf keinen Fall über 6 — Millionen zubilligen will.

Der dänische Beamte wirft uns vor, dass wir politischen Druck ausüben z.B. verlangen, dass die durch uns beschäftigten Meister gezwungen werden, ihre Kinder in die dänische<sup>1)</sup> Schule zu senden, oder dass die Überschüsse aus der Lieferungsgemeinschaft politischen Zwecken zugeführt werden. Wir erwidern, dass wir nur Deutsche als Mitglieder haben wollen und wir erkennen einen Deutschen u.A. daran, dass er seine Kinder in deutsche Schulen sendet. Die Aufträge an dänische Betriebe sind über die Firma „Norden“ verteilt an Reichsdänen, die nicht einmal die Gelegenheit haben ihre Kinder deutsch zu erziehen, da sich dort keine deutschen Schulen befinden. Im übrigen wären wir bereit, die Namen aufzugeben, damit eine Untersuchung ergeben könnte, dass von politischer Beeinflussung überhaupt keine Rede sein könnte. Was die Verteilung der Überschüsse angeht, sind nach dem Zeitungsbericht die Gelder nur für berufliche Ertüchtigung usw. verwendet.

Bei den Metallaufträgen werden uns in der „Kalkulationsfrage“ viele Hindernisse in den Weg gelegt. Wir können uns vorstellen, dass der dänische Preiskommissar bei grösseren Arbeitsausführungen z.B. Schiffsbau und dergl. genauere Unterlagen für die Berechnung des Unternehmergewinns haben muss. Etwas ganz anderes dürfte es bei den von uns übernommenen Aufträgen sein, wo reine Lohnarbeit am gelieferten Rohmaterial ausgeführt wird. Jeder unserer kleinen Betriebe arbeitet mit verschiedenen Unkosten, je nachdem wieviele und welche Art von grossen oder kleinen Maschinen vorhanden sind. Es ist doch selbstverständlich, dass grosse Rüstungsbetriebe im Reich über so viele Spezialmaschinen verfügen und also ganz billig kalkulieren. Unsere Betriebe erhalten keinen Preiszuschlag, arbeiten verhältnismässig teurer und haben einen minimalen Verdienst. Die Kalkulation der vergebenden deutschen Firmen sollte für den dänischen Preiskommissar ausschlaggebend sein. Wir haben bisher ausserdem für jede Arbeit eine besondere Preisberechnung eingereicht, trotzdem dem Preiskommissar keine der geheimen Zeichnungen eingereicht werden dürfen, er also eine wirkliche Kontrolle garnicht durchführen kann. In letzter Zeit verlangt der Beamte nun ausserdem noch aufgegeben den Jahresumsatz und die Bruttounkosten jedes der beschäftigten Betriebe und zwar sollen diese Angaben von einem autorisierten Buchprüfer bescheinigt werden. Ein solcher Revisor würde mehrere Monate damit zu tun haben, die Rechnungen der c. 45 Betriebe für das letzte Geschäftsjahr zu prüfen, und die wehrwirtschaftlich so wichtigen Aufträge würden dadurch verzögert.

Die hier vorgetragenen Gesichtspunkte hat unser Sachberater Ingenieur Schumann vor längerer Zeit dem damaligen dänischen Sachbearbeiter vorgetragen und bei diesem Verständnis gefunden. Der jetzige neue Mann hat die Sache wieder aufgerollt.

b. Einstellung des Wehrwirtschaftsstabes.

Auch hier ist man gegen eine Ausdehnung der Berufsgruppen. Zunächst sollen wir uns auf Nordschleswig beschränken, wozu wir uns bereit erklärt haben. Nur wünschen wir, wie oben gesagt, noch als Letztes die 500 Einrichtungen zu verlagern. Der Wstab hat den Eindruck, als wenn wir in Nordschleswig künstlich Betriebe aufbauen oder vergrössern, um dann für diese Aufträge heranzuholen. (Wir haben es

allerdings als unsere Aufgabe angesehen, vernachlässigte Betriebe mit neuen Maschinen zu versehen, neue Existenzen für deutsche Menschen zu schaffen, um so an kriegswichtigen Arbeiten für das Reich mitzuhelfen). Das würde bedeuten, dass wir die Aufträge für die ganz gut beschäftigten Tischler abbauen und die halbbeschäftigten Metallwerkstätten unter das Existenzminimum kämen, während uns jede Möglichkeit verschlossen blieb, für die völlig unbeschäftigten anderen Gruppen irgend welche Arbeiten zu übernehmen. Gerade jetzt bestehen Aussichten, für die Schneider, Schuhmacher, Böttcher, Sattler und Polsterer über das Rüstungskommando Hamburg bzw. die Kriegsmarinewerft Kiel Aufträge zu bekommen.

Die Herren Asch, Dr. Weninger und Dr. Heise versprechen, bei ihrer Anwesenheit in Kopenhagen, wohin sie jetzt fahren, mit dem Wirtschaftsbeauftragten und dem Wstab in unserem Sinne zu verhandeln und uns darüber Bericht zu erstatten.

Ev. würde Herr Asch zum Reichsbeauftragten Todt nach Berlin fahren, damit die wehrwirtschaftlich wichtigen Aufträge nicht verzögert, wenn nicht gar die Verlagerung nach Dänemark ganz verhindert wird. Sind doch gerade von Seiten der Industrieabteilung die Rüstungsbetriebe auf die Verlagerungsmöglichkeit nach Nordschleswig hingewiesen und haben dadurch die Beziehungen zu Fabriken im Süden des Reiches abgebrochen.

Mit Herrn Dr. Seckelmann wurden dann noch verschiedene Details über Auftragsverlagerung besprochen.

W.

<sup>1)</sup> Her skulle naturligvis have stået: *deutsche*.

## 241.

### Vomi til det tyske udenrigsministerium angående de vanskeligheder, som de danske krav volder Lieferegemeinschaft.

5. marts 1942.

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

Berlin W 62, den 5. März 1942

Betrifft: Schwierigkeiten der Lieferegemeinschaft der Deutschen Berufsgruppen Nordschleswig.

Akt. Zch.: Ac 8 K 1/ PHD.su

*Auswärtiges Amt*

*z.Hd. von Herrn Regierungsrat Dr. Reichel*

*Berlin W 8*

*Rauchstrasse 27*

Aus den Berichten der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig geht hervor, dass die Schwierigkeiten, die bei den Behandlungen mit den dänischen Dienststellen in Kopenhagen Ende des vorigen Jahres entstanden, noch nicht behoben sind.

Die von den dänischen Dienststellen gewünschte Kontingentierung konnte bisher nicht durchgeführt werden, weil dänischerseits nur ein Kontingent vorgeschlagen wurde, dass der Hälfte des bisherigen Umsatzes der Lieferegemeinschaft entspricht.

Ferner geht es aus den Berichten hervor, dass neuerdings grössere Schwierigkeiten durch das Verlangen, dass jeder Einzelne der vielen Mitgliedsbetriebe eine selbständige Kalkulation einreichen soll, entstanden sind.

Die Erfüllung der Kalkulationsvorschriften, wie sie jetzt von dänischer Seite gestellt werden, macht die volle Ausnutzung der volksdeutschen Betriebe für kriegswichtige Lieferungen unmöglich.

Es wird der Eindruck gewonnen, dass die dänischen Dienststellen durch die verschiedenen Bestimmungen einen grösseren Einfluss auf die Auftragsverlagerung zu gewinnen suchen, in der Absicht, den Unternehmen die Lust, weitere Aufträge von seiten der deutschen Wehrmacht und der deutschen Rüstungsindustrie auszuführen, zu nehmen.

Die Volksdeutsche Mittelstelle bittet daher das Auswärtige Amt, wie fernmündlich besprochen, die Angelegenheit aufzunehmen.

Heil Hitler!

i. A.

(Ulæseligt navn).

## 242.

### Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående de vanskeligheder, der beredes Lieferegemeinschaft.

18. marts 1942.

Durchdr.a.Kzp.  
Rschr.1.b./Di.  
zu D IX 67-01 5/3 14.

18. März 1942.

*Betr.:* Schwierigkeiten der Lieferegemeinschaft der Deutschen  
Berufsgruppen Nordschleswig.

*An*  
*den Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts*  
*in Kopenhagen.*

Wie aus den anliegenden von der Volksdeutschen Mittelstelle hier eingegangenen Aufzeichnungen hervorgeht, werden der Lieferegemeinschaft der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig seitens dänischer Dienststellen ausserordentliche Schwierigkeiten bereitet. Da durch die Erträge der Lieferegemeinschaft ein wesentlicher Teil der Kosten für die Volkstumsarbeit bestritten werden konnte und auch die an der Lieferegemeinschaft beteiligten Handwerker durch die bisherigen grossen Aufträge eine erhebliche wirtschaftliche Stärkung erfuhren, besteht ein Interesse an der weiteren Erhaltung des bisherigen Geschäftsumfanges.

Es wird gebeten, die Angelegenheit im Rahmen der z. Zt. gegebenen Möglichkeiten von dort aus zu unterstützen.

Im Auftrag

gez. **Reichel**

Wv. in 6 Wochen.

*Nach Abgang:*

Ha Pol VI  
zur Kenntnisnahme.

## 243.

**DBN til Renthe-Fink angående det danske priskontrolråds krav om udførlige oplysninger om arbejde, der er udført for den tyske værnemagt.**

26. marts 1942.

*Abschrift/kn-*

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG  
Sonderburg

Sonderburg, den 26.3.42.

*An den*

*Beauftragten des deutschen Reiches  
Herrn Minister von Renthe Fink  
Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft.<sup>1)</sup>*

Die Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig, Sonderburg, haben am 5.ds.Mts. von Priskontrolraadet, Kopenhagen, ein Schreiben erhalten, das in der *Übersetzung* folgendermassen lautet:<sup>2)</sup>

Die Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig haben dem Priskontrolraadet, Kopenhagen, geantwortet, dass die Berufsgruppen selber keine Aufträge der Wehrmacht ausgeführt haben, sondern dass dieses nur durch ihre Mitglieder, soweit diese der Baugewerbe-Innung angehören, geschehen sei. Es konnte gleichzeitig festgestellt werden, dass bereits 2 Unternehmer, nämlich Baumeister Th. Christiansen, Sonderburg, und Baumeister Dethlefsen, Apenrade, das gleiche Schreiben erhalten haben. Wir bemerken, dass eine Beantwortung des Schreibens bis heute insofern nur erfolgt ist, als dass die beiden vorgenannten Bauunternehmer dem Priskontrolraad mitgeteilt haben, dass sie das Schreiben nur beantworten könnten, nachdem ihnen von Seiten der Militärbehörde hierzu die Erlaubnis erteilt sei.

Am 19.3.1942 haben sich die Mitglieder der Baugewerbe-Innung zu einer Besprechung in Tingleff getroffen.

Die Forderungen des Preiskontrollrates sind so weitgehend, dass wir der Meinung sind, dass ihre Beantwortung weder im Interesse der Wehrmacht noch im Interesse der Unternehmer sind.

Werden unsere Mitglieder durch Priskontrolraadet gezwungen, diese so eingehenden Fragen in der geforderten Art und Weise zu beantworten, würde unser Meinung nach die Geheimhaltung der von den Unternehmern ausgeführten militärischen Anlagen durchaus in Frage gestellt. Die uns angeschlossenen Bauunternehmer sind bei der Übernahme der Arbeiten von den Bauleitungen ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass es sich hier um Bauvorhaben handele, über deren Ausführung den Bauunternehmern unbedingte Pflicht zur Geheimhaltung obliege. Wir sind deshalb auch der Meinung, dass eine rechnungsmässige und materialmässige Prüfung der Bauvorhaben nur von Wehrmachtsstellen vorgenommen werden könne.

Was den Materialverbrauch bei den Bauvorhaben anbelangt so sind Angaben hierüber weder im Sinne der Wehrmacht noch im Sinne der einzelnen Bauunternehmer. Was die Wehrmacht anbelangt, liegt die Sache so, dass aus den Angaben über Materialverbrauch von jedem Fachmann ziemlich genaue Rekonstruktionen der ausgeführten Bauvorhaben gemacht werden können, und dass diese Angaben in Hände kommen, die der Wehrmacht nicht wohlgesinnt sind. Damit ist wohl zu rechnen. Für den Unternehmer haben die Angaben über den Materialverbrauch auch die denkbar übelsten Folgen. Es ist

bekannt, dass reichsdänische Unternehmer besonders in dem ersten Jahr der Besetzung durch die Wehrmacht durchaus unwillig waren, Arbeiten für die Wehrmacht zu übernehmen. Man hat deshalb von Seiten der Bauleitungen von vornherein volksdeutsche Unternehmer aus Nordschleswig im starken Masse für Bauvorhaben der Wehrmacht eingespannt. Ausser dem erstgenannten Grunde sind hierfür naturgemäss besonders massgebend gewesen, dass man deutsche Volksgenossen mit der Ausführung dieser Arbeiten zu betrauen wünschte, und dass in diesem Falle ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Bauherr und Bauunternehmer vorliegen musste. Der nordschleswigsche, volksdeutsche Bauunternehmer hat sich, nachdem er für die Wehrmachtsvorhaben eingeschaltet war, von vornherein mit Material eingedeckt für die Ausführung weiterer Bauvorhaben, und dieses Material ist dann von den Bauunternehmern für Wehrmachtbauten verwandt worden. Im Laufe der Monate nach dem 9. April 1940 kamen dann die Verbote von Seiten des dänischen Staates für die Anwendung gewisser Baumaterialien.

Wenn auch nicht generelle Verbote vorhanden waren, so erschwerte man von Seiten des Staates die Anwendung dadurch, dass man vor der Verwendung der Materialien Genehmigung in Kopenhagen einzuziehen habe. Es ist bekannt, dass diese Genehmigungen erst so spät erfolgen, dass die Ausführung des einzelnen Bauvorhabens so in die Länge gezogen wurde, sodass die Fertigstellung nicht in Übereinstimmung mit den Wünschen der Wehrmacht erfolgen konnte. Die Unternehmer haben sich aus diesem Grunde über die Vorschriften der staatlichen Behörden Dänemarks hinwegsetzen müssen und die betreffenden Arbeiten ausgeführt mit dem Material, das man auf Lager liegen hatte. Die Bauunternehmer haben hier in Übereinstimmung mit den Wünschen der Wehrmachtsbauleitungen gehandelt. Wenn sie das taten, haben sie sich aber auch gegen die Bestimmungen des dänischen Staates versehen. Von Seiten der Bauleitungen ist unseren Unternehmern immer versichert worden, dass die Verantwortung hierfür von der Wehrmacht übernommen würde, und im vollen Vertrauen hierauf, haben die Unternehmer so gehandelt, wie sie gehandelt haben.

Werden die Unternehmer gezwungen, dem Priskontrolraadet die gewünschten Angaben zu machen, so wird dieses für die Unternehmer sehr üble Folgen haben. Auf Grund der vorliegenden Gesetzgebung, nämlich des Gesetzes vom 30. Mai 1940 Nr. 306 über Preise und der Wiederholung dieses Gesetzes mit seiner letzten Ausgabe vom 22. November 41., ist Priskontrolraadet berechtigt die obengenannten Angaben von den Unternehmern zu verlangen. Priskontrolraadet ist weiterhin durch die Gerichte in der Lage ihrer Meinung nach unberechtigte Verdienste einzuziehen. Es ist sicher richtig, dass die Verdienstspanne bei dem Bauvorhaben der Wehrmacht grösser war, als die Verdienstspanne, die unsere Unternehmer hatten in den wirtschaftlich sehr schlechten Jahren vor der Besetzung. Nach der andern Seite hin waren die Preise, die unsere Unternehmer bei der Ausführung der Bauvorhaben für die Wehrmacht verlangten, von den Bauleitungen genehmigt. Es ist anzunehmen, dass diese Preise in Übereinstimmung mit dem sind, was bei Ausführung gleichartiger Bauvorhaben in Deutschland gezahlt wird. Wird man die Unternehmer zwingen, die geforderten Angaben zu machen, wird dieses, ausser einer möglichen Einziehung eines nach Auffassung von Priskontrolraadet zu grossen Verdienstes zur Folge haben, dass gegen den grössten Teil der Unternehmer Strafverfahren eingeleitet werden wegen der Verwendung von Materialien für die Wehrmacht ohne vorher erteilte Genehmigung. Nach der letzten Praxis der dänischen Gerichte auf diesem Gebiete, haben die Unternehmer den Wert der verwandten Materialien, für deren Verwendung keine Genehmigung vorlag, dem dänischen Staate ersetzen müssen. Die letzten Folgen werden die sein, dass der nordschleswigsche Unternehmerstand, der in den Jahren von 1920 bis April 1940 um seine Existenz hat überaus hart kämpfen müssen, dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben wird.

Es ist fraglich, wieweit man gegen die Deutschen Berufsgruppen Nordschleswig, Sonderburg, selber wird vorgehen können, oder ob man sich an die Innung für Baugewerbe, einer Unterabteilung der Berufsgruppen zusammenschlossenen Mitglieder einzeln halten wird. Die Folgen werden letzten Endes die gleichen sein, nämlich die Existenzbedrohung von ca. 50 selbständigen Bauunternehmern, die der deutschen Volksgruppe Nordschleswig angehören.

Priskontrolraadet verlangt ebenfalls von den uns angeschlossenen Unternehmern, dass man ihnen Angabe gibt über die von den Unternehmern getätigten Umsätze in den Jahren von 1938 bis heute. Wir sehen darin die Gefahr, dass man bei einer zukünftigen Kontingentierung der Bauarbeiten für die Wehrmacht unsere Unternehmer sehr stark benachteiligen würde. Die Umsätze der Unternehmer sind natürlich, verglichen mit den Jahren 1938/1939, sehr gestiegen, und wenn man nun eine Kontingentierung vornehmen will auf Grund der 1938/1939 ausgeführten Arbeiten wird das zur Folge haben, dass unsere volksdeutschen Unternehmer sehr stark benachteiligt werden, wonach auch noch zu berücksichtigen ist, dass unsere volksdeutschen Unternehmer in den Jahren 1920 bis 1940 keine Aufträge bedeutender Art von Staat und Gemeinden erhalten haben, da diese so gut wie restlos dänischen Firmen zugegangen sind.

Es ist anzunehmen, dass eine Verfolgung von Seiten des Priskontrolraadets der volksdeutschen Bauunternehmer sehr viel Staub in der dänischen Presse aufwirbeln wird.

An einer solchen antideutschen Stimmungssache wird niemand, ausser gewissen dänischen Kreisen, Interesse haben.

Wir bemerken, dass die Nachprüfung der von den volksdeutschen Unternehmern ausgeführten Wehrmachtsbauvorhaben von der Wehrmacht selbst erfolgt ist oder erfolgen wird und letzten Endes der Nachprüfung durch den Reichsrechnungshof unterliegen.

Wir bitten Sie, Herr Minister, Ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass weitere Untersuchungen von Seiten des Priskontrolraadets unterbleiben. Unter Berücksichtigung dessen, dass die Abgabe von Erklärungen von Seiten der volksdeutschen Unternehmer gegenüber Priskontrolraadet die Wahrung militärischer Geheimnisse gefährden, bitten wir in Erwägung zu ziehen, wieweit es angebracht sei, dass von Seiten des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark Schritte unternommen werden, wodurch es den volksdeutschen Unternehmern untersagt wird, dänischen Behörden die gewünschten Erklärungen abzugeben.

Sollte die Anwesenheit von Vertretern von Berufsgruppen zur weiteren mündlichen Besprechung in der Gesandtschaft in Kopenhagen erwünscht sein, sind wir natürlich bereit, jeder Zeit unsere Vertreter nach dort zu senden.

Heil Hitler!

f.d.R.

**Knott.**

- 
- <sup>1)</sup> Brevet er af Heller i Vomi blevet sendt til regeringsråd Reichel i det tyske udenrigsministerium til efterretning.
- <sup>2)</sup> I priskontrolraadets skrivelse, som udelades her, blev DBN anmodet om at give oplysninger angående de arbejder, der var udført for den tyske værnemagt i Danmark, forsåvidt aftale herom var indgået før d. 23. dec. 1941. Oplysningerne skulle bl. a. indeholde en fuldstændig fortegnelse over samtlige arbejder med oplysning om disses art, tidspunktet for påbegyndelse og afslutning, den aftalte entreprisum og størrelsen af den endelige betaling. Fortegnelsen skulle vedlægges afskrifter af tilbud til værnemagten tillige med kontrakter i original eller afskrifter. Desuden skulle der indsendes en regnskabsmæssig opstilling for hvert enkelt arbejde og en regnskabsmæssig beregning af den ved hvert arbejde oppebårne bruttoavance. Oplysningerne skulle ledsages af firmaets driftsregnskab og status for årene 1938—41. Efter hvad priskontrolrådet har oplyst, blev den samme skrivelse sendt til en række entreprenører, som havde udført større arbejder for den tyske værnemagt. Den var indledningen til en påtænkt priskontrol med værnemagtsarbejder i henhold til prisloven. Den 18. marts 1942 henvendte dr. Ebner og major, dr. Baumann sig i udenrigsministeriet og beklagede sig over priskontrolrådets rundskrivelse, som man var meget ilde berørt af, ikke mindst fordi man mente, at tyske militære hemmeligheder kunne blive røbet gennem de forlangte oplysninger. Priskontrolrådet udsendte derefter den 1. april 1942 en ny skrivelse, hvori man nøjedes med at forlange oplysninger om driftsregnskab og status for 1938—41, om entreprisum og om brutto- og nettofortjeneste for hvert arbejde. DBN undlod imidlertid at indsende de forlangte oplysninger. Af et notat af 22. april 1942 fra udenrigsministeriet fremgår det, at dr. Meulemann havde henvendt sig til kontorchef Worsaae og beklaget sig over, at den nye skrivelse var udsendt uden aftale med de tyske myndigheder. Han udtalte desuden, at det var uheldigt, at DBN var blandt dem, hvis forhold skulle undersøges.

## 244.

**Kredshåndværksmesteren i Aabenraa til en slagter, som ikke har opfyldt sine forpligtelser som medlem af DBN.**

28. marts 1942.

*Abschrift!*

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG  
Gruppe Handwerk  
Kreishandwerkerschaft Apenrade

*Apenrade den 28. März 1942.*

*Hrr.*

*Schlachter . . .<sup>1)</sup>  
Apenrade.*

Seit dem 1. 10. 40. sind Sie Mitglied der D.B.N. und haben, nach meinen Feststellungen, die einfachsten Forderungen, welche wir von unseren Mitgliedern verlangen, bis heute nicht erfüllt!

Sie halten nicht die deutsche Zeitung, Sie sind nicht Mitglied der Selbsthilfe, Sie haben Ihr Kind nicht zur deutschen Schule gemeldet, usw., dies ist nicht tragbar.

Ich bitte um Ihre Äusserung entweder schriftlich oder persönlich.

Sollte ich bis zum 1. April ds. Jahres nicht im Besitz Ihrer Äusserung sein, so muss ich Sie aus dem Meisterprüfungskursus ausschliessen.

Heil Hitler!

**Rich. Möker.**

Kreishandwerksmeister.

*An den Lehrer des Meisterprüfungskursus  
Pg. H. Wiesel.  
zur Kenntnisnahme!*

<sup>1)</sup> Navnet er her udeladt.

## 245.

**Lanwer til Renthe-Fink angående vanskeligheder i forbindelse med Liefergemeinschafts overtrædelse af den danske prislovgivning.**

28. marts 1942.

Kult 3 Nr.2  
1 Anlage (zweifach).

28. März 1942

**Eilbrief!**

An  
den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches  
Herrn Minister von Renthe-Fink  
in Kopenhagen.

*Hochverehrter Herr Minister!*

Leider muss ich Ihnen, hochverehrter Herr Minister, wiederum eine schwierige Angelegenheit unterbreiten, da die Volksgruppenführung die anliegende Eingabe<sup>1)</sup> an Sie persönlich gerichtet hat. Ich bin auch der Ansicht, dass es sich diesmal um einen Fragenkomplex handelt, der nur unter grossen Schwierigkeiten zufriedenstellend geregelt werden kann.

Wie aus der Eingabe im einzelnen hervorgeht, haben die Liefergemeinschaft A/S bzw. die ihr angeschlossenen Handwerker grosse Sorgen, die veranlasst worden sind durch ein Rundschreiben des Priskontrolraadets in Kopenhagen. Hiernach werden von den volksdeutschen Handwerkern Auskünfte angefordert, die bei etwa fünfzig Betrieben strafrechtliche Ermittlungsverfahren zur Folge haben können. Darüber hinaus kann man wohl annehmen, dass ähnliche Anfragen demnächst auch an alle übrigen Handwerker und Geschäftsleute ergehen werden, die in grossem Umfang Wehrmächtsaufträge durchgeführt haben. Solchenfalls würde vermutlich der Grossteil der volksdeutschen Betriebe wegen deren Illoyalität in der Öffentlichkeit diffamiert werden. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden, die der volksdeutschen Wirtschaft drohen, möchte ich glauben, dass die zu befürchtenden staatlichen Massnahmen auch vom politischen Standpunkt aus sehr unangenehme Folgen haben können. Vor allem aus diesem Grund würde ich es sehr begrüessen, wenn auf irgendeinem Wege eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden könnte.

Mit verbindlichsten Grüssen

Ihr sehr ergebener

**L[anwer]**

<sup>1)</sup> Af sammenhængen fremgår det, at der må være tale om A. nr. 243.

## 246.

**Vomi til OKW angående det uønskelige i, at der fra de danske priskontrollerende myndigheders side foretages undersøgelser vedrørende leverancer fra Liefergemeinschaft.**

7. april 1942.

7. April 1942

*Betrifft:* Kriegswirtschaftliche Lieferungen der volksdeutschen „Liefergemeinschaft A-G. Sonderburg“.

*Akt. Zch:* Ac 8 k 1 — Pck/ey —

*Anlagen:* zwei.

*An das*

*Oberkommando der Wehrmacht  
zu Händen von Herrn Oberregierungsbaurat Bletzinger  
Berlin W 35.<sup>1)</sup>*

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 1.4.42 überreicht die hiesige Dienststelle, mit der Bitte um Rückgabe, einen Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Berlin, über die im Auftrag der Volksdeutschen Mittelstelle bei der Liefergemeinschaft der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig vorgenommene Sonderprüfung. Der Bericht gibt nicht nur Aufschluss über die juristische, organisatorische und finanzielle Struktur der Liefergemeinschaft, sondern geht insbesondere auch auf die Kriegslieferungen der Liefergemeinschaft ein. Von besonderem kriegswirtschaftlichem Interesse dürften die auf Seite 11 gemachten Angaben sein. Es wird in diesem Zusammenhange besonders auf die Blätter 11—15 hingewiesen. Gleichzeitig übersendet die hiesige Dienststelle Durchschrift eines Schreibens der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig an den Beauftragten des Deutschen Reiches in Kopenhagen vom 26.3.1942.<sup>2)</sup> Das dänische Preiskommissariat hat demzufolge die Liefergemeinschaft und auch die der Liefergemeinschaft angeschlossenen Handwerker zur Abgabe detaillierter Erklärungen über die von ihnen durchgeführten Arbeiten, einschliesslich der für die Wehrmacht geleisteten, aufgefordert, um die Preiskalkulation der Liefergemeinschaft und ihrer Handwerker nachzuprüfen.

Abgesehen davon, dass die für die Wehrmacht gelieferten Gegenstände auf ihre Preiswürdigkeit durch die zuständigen Wehrmachtsdienststellen hinreichend überprüft sein dürften, und Lieferungen volksdeutscher Organisationen an die Deutsche Wehrmacht bzw. deutsche Rüstungsbetriebe schon aus Gründen der Souveränität nicht der Kontrolle dänischer Staatsstellen unterstellt werden dürfen, sind die Lieferanten sämtlichst von den Bauleitungen bei Übernahme der Arbeiten ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass bei diesen Vergaben den Unternehmern unbedingte Pflicht zur Geheimhaltung obliegt. Diese Geheimhaltung kann aber nicht gewährleistet werden, wenn nunmehr dänische Staatsstellen Abgabe von Erklärungen über diese Arbeiten verlangen.

Im Interesse einer weiteren reibungslosen Arbeitsmöglichkeit der Liefergemeinschaft sowohl wie im Interesse der Geheimhaltung der Wehrmachtslieferungen gegenüber aussenstehenden, fremdstaatlichen Dienststellen, bittet die hiesige Dienststelle, dass anlässlich der Reise von Herrn Oberregierungsbaurat Bletzinger auch von Seiten des Oberkommandos der Wehrmacht darauf gedrungen wird, dass weitere Untersuchungen seitens des dänischen Preiskommissariats bei der Liefergemeinschaft und den ihr angeschlossenen Betrieben unterbleiben.

Nach Ansicht der hiesigen Dienststelle dürfte eine Mitteilung des O.K.W. an den

Beauftragten des Reiches in Kopenhagen, dass aus Gründen der Geheimhaltung die Erteilung von Auskünften über die getätigten Lieferungen vom O.K.W. verboten werden, genügen um weitere Verstöße des dänischen Preiskommissariats zu verhindern.

Heil Hitler!

i. A.

gez. **Heller**

<sup>1)</sup> Brevet er blevet oversendt dr. Reichel i det tyske udenrigsministerium til efterretning.

<sup>2)</sup> Se A. nr. 243.

## 247.

### Vomi til dr. Møller angående Liefergemeinschaft.

9. april 1942.

*Abschrift D IX 67-01 9/4.14*

*Berlin, den 9. April 1942.*

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

*Betrifft:* Wehrwirtschaftsleistungen.

*Akt. Zch.:* Ac 841 H.su

*Anlage:* 1.

*An*

*den Führer der Deutschen Volksgruppe  
in Nordschleswig  
Gravenstein*

Die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Einsatzes der volksdeutschen Gewerbebetriebe durch „die Liefergemeinschaft“ ist von den zuständigen Stellen eindeutig anerkannt. Durch das in Ihrer Volksgruppe gegebene Beispiel ist gleichzeitig die Möglichkeit praktisch nachgewiesen worden, wie die Tausende unausgenutzter gewerblicher Produktionskapazitäten in den anderen Volksgruppen ebenfalls kriegswirtschaftlich einzuspannen sind.

Es muss deshalb unbedingt darauf geachtet werden, dass in diesen Arbeiten dort keine Unterbrechung oder Störung eintritt. Dieses ist besonders auch im Hinblick darauf wichtig, dass ausser Wehrmächtaufträgen viele Auftragsverlagerungen erzielt worden sind. Die deutsche Industrie hat dadurch die Möglichkeit erkannt, sich ebenfalls der volksdeutschen gewerblichen Betriebe, Fachkräfte und maschinellen Einrichtungen zusätzlich im kriegswirtschaftlichen Interesse zu bedienen.

Nach dem auf hiesige Veranlassung durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft erstellten Revisionsbericht, der Ihnen als Anlage zur Kenntnis gebracht wird, ist die geschäftliche Tätigkeit der „Liefergemeinschaft A.G.“, Sonderburg, einwandfrei. Es besteht deshalb keinerlei Anlass, irgend einer Stelle spezielle Auskünfte zu erteilen. Soweit solche Anforderungen an die deutsche Volksgruppenführung, an die Leitung der Liefergemeinschaft A.G. oder an einzelne ihrer volksdeutschen Betriebe herangebracht werden, sind die Betreffenden nach hier zu verweisen. Von hier aus wird, soweit es sich um wehrwirtschaftliche Fragen handelt, mit den zuständigen Wehrwirtschaft-Dienststellen Verbindung aufgenommen und geprüft, inwieweit eine solche Auskunft im Hinblick auf wehrwirtschaftliche und Abwehrfragen möglich ist.

Es wird um Bestätigung gebeten.

Heil Hitler!

I. A.

gez. **L. Heller**

## 248.

**Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående de danske krav om tilsyn med de folketyske krigsleverancer gennem Liefergemeinschaft.**

28. april 1942.

Ddr.a.Kzp.  
(R.1.b.).Di.  
D IX 67-01 9/4.14

28. April 1942.

*Betrifft:* Liefergemeinschaft der volksdeutschen Gewerbebetriebe.  
*Vorgang:* Erlass vom 16.4.42.

*An*  
*den Bevollmächtigten*  
*des Auswärtigen Amts*  
*in Kopenhagen*

Unter Bezugnahme auf die mit obigem Erlass übersandten Durchschriften verschiedener Schreiben der Volksdeutschen Mittelstelle, bittet diese um Stellungnahme dazu, dass sie im Einvernehmen mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt aus wehrwirtschaftlichen Gründen Forderungen der Dänen auf Nachprüfungen bei den für kriegswichtige Lieferungen eingesetzten volksdeutschen Betrieben in Nordschleswig nicht entgegenzunehmen bereit ist. Bevor der Volksdeutschen Mittelstelle die hiesige Stellungnahme zugeleitet wird, wird um Äusserung zu dieser Frage gebeten.

Im Auftrag  
gez. Reichel

## 249.

**Det tyske gesandtskab i København til udenrigsministeriet i Berlin angående priskontrollen med Liefergemeinschaft.**

12. maj 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen, den 12. Mai 1942.

*Tgb.Nr.276/42*

Auf den Erlass vom 28.4.1942  
— Nr. D IX 67-01 9/4.14.

*Betr.:* Preiskontrolle bei der Liefergemeinschaft der deutschen Berufsgruppen.

2 Durchschläge.

**Vertraulich!**

*An das*  
*Auswärtige Amt, Berlin.*

Die Schreiben, mit denen der dänische Preiskontrollrat diejenigen dänischen Firmen, die Bauaufträge für die deutsche Wehrmacht in Dänemark ausgeführt haben, zur Einreichung der entsprechenden Unterlagen und genauen Angaben über jeden einzelnen seit

der Besetzung ausgeführten Bauauftrag aufgefordert hat, beruhen auf dem im Mai 1940 ergangenen Gesetz über die Preisprüfung und Bildung eines Preiskontrollrates. Das im Einvernehmen mit uns erlassene Gesetz gibt dem Preiskontrollrat weitgehende Befugnisse, u.a. auch das Recht, von den einzelnen dänischen Firmen genaue Angaben und Unterlagen über Art und Umfang der von ihnen getätigten Abschlüsse zu verlangen.

Soweit es sich um die Ausführung von Unternehmer- und Bauarbeiten für die deutsche Wehrmacht handelt, ist am 23. Dezember 1941 auf Grund einer deutsch-dänischen Vereinbarung eine Bestimmung ergangen, wonach mit Wirkung vom 1. Januar 1942 die Preisüberprüfung nicht mehr durch den Preiskontrollrat, sondern den dafür ernannten „Beauftragten des Aussenministeriums für Industrieangelegenheiten“ erfolgt. Eine Preisüberprüfung findet jedoch nicht statt, wenn die Abmachungen nach Ansicht der auftraggebenden Wehrmachtsdienststellen aus militärischen Gründen geheimzuhalten sind. Die Unternehmer haben daher in jedem Fall zunächst die Unterlagen der betreffenden Wehrmachtsstelle, von der sie den Auftrag erhalten haben, zur Prüfung einzureichen und eine Weiterleitung an den Beauftragten für Industrieangelegenheiten erfolgt nur dann, wenn militärische Bedenken hiergegen nicht vorliegen.

Nachdem nun der Preiskontrollrat einzelne Betriebe, u.a. auch Mitglieder der Liefergemeinschaft der deutschen Berufsgruppen, im März d.J. mit dem oben erwähnten Schreiben zur Einreichung der Unterlagen aufgefordert hatte, wurde in Verhandlungen zwischen dem Beauftragten für Wirtschaftsfragen beim Bevollmächtigten des Reichs, an denen auch Vertreter der zuständigen Wehrmachtsdienststellen teilnahmen, und dem Aussenministerium vereinbart, dass die am 1. Januar 1942 in Kraft getretene Regelung auch auf diese Fälle Anwendung finden soll, d.h. dass der Preiskontrollrat sein Kontrollrecht hinsichtlich der vor dem 1. Januar 1942 durchgeführten Aufträge der Wehrmacht mit dänischen Firmen an den Beauftragten des Aussenministeriums für Industrieangelegenheiten abgibt und alle Fälle von der Prüfung ausgeschlossen bleiben, die militärisch geheimzuhalten sind. Der Beauftragte für Industrieangelegenheiten wird demnächst ein neues Aufforderungsschreiben, das dem des Preiskontrollrats vom März d.J. ungefähr entsprechen wird, an diejenigen Firmen senden, die bisher nicht geantwortet haben, d.h. auch an alle betroffenen Mitgliederfirmen der Liefergemeinschaft der deutschen Berufsgruppen. Den hiesigen Vertreter der deutschen Berufsgruppen Herrn Lassen, habe ich gebeten, alle in Frage kommenden Firmen anzuweisen, sich schon jetzt mit der zuständigen Wehrmachtsstelle, die den Auftrag seinerzeit an sie vergeben hat, in Verbindung zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass die betreffenden Wehrmachtsdienststellen in den Fällen, in denen eine Geheimhaltung erwünscht ist, eine entsprechende Bescheinigung erteilt, dergemäss aus militärischen Gründen eine Vorlegung beim Beauftragten für Industrieangelegenheiten nicht stattfinden kann. Der Leiter des Wehrwirtschaftsstabes, mit dem ich mich ebenfalls in Verbindung gesetzt habe, wird wegen des Vorgehens der deutschen Berufsgruppen im einzelnen noch mit Herrn Lassen Rücksprache nehmen. Er wird auch seinerseits darauf hinwirken, dass die einzelnen Auftraggeber der Wehrmacht die erwünschte Bescheinigung in allen Fällen erteilen, in denen die Geheimhaltung, auch im Interesse der Berufsgruppen, notwendig ist.

Um Unterrichtung der Volksdeutschen Mittelstelle darf ich bitten.

I. A.

Kassler

## 250.

**Kassler til Reichel i det tyske udenrigsministerium angående  
Feidenhansl-sagen.**

21. jan. 1944.

DER REICHSBEVOLLMÄCHTIGTE  
IN DÄNEMARK

Kopenhagen, den 21. Januar 1944.

Gesandtschaftsrat Dr. Kassler.

Herrn

Legationsrat Dr. Reichel  
— Abteilung Inland II C —  
Auswärtiges Amt  
Berlin.

Lieber Herr Reichel!

Auf Ihre Anfrage vom 20. Dezember v.Js. — Inl. II D 3531/43 — gebe ich Ihnen nachstehend ein Bild über den Stand der Angelegenheit betreffend Radiohändler Feidenhansl<sup>1)</sup>, Nordschleswig:

Die Sache Feidenhansl ist hier seit langem bekannt und sowohl von der Volksgruppe wie auch von Herrn Heller (Vomi) wiederholt zur Sprache gebracht worden. Die Mitteilung im Schreiben von Herrn Hansen-Damm vom 26. Oktober v.Js. an Herrn Heller, dass ich die Intervention der Gesandtschaft zum Zwecke der Niederschlagung des Verfahrens u.a. mit der Begründung abgelehnt habe, Feidenhansl sei vorbestraft, bedarf noch näherer Ergänzungen.

Es ist in den letzten Jahren häufiger vorgekommen, dass sich Volksdeutsche wegen ungesetzlicher Lieferungen an die Wehrmacht nach den dänischen Bestimmungen strafbar gemacht haben, und dass wir dann entweder von den betreffenden Volksdeutschen selbst oder von den deutschen Berufsgruppen darum gebeten wurden, uns bei den Dänen für eine Einstellung des Verfahrens zu verwenden. Dies ist auch in einzelnen Fällen geschehen mit einem mehr oder weniger zufriedenstellenden Ergebnis. Da aber die betreffenden dänischen Bestimmungen zur staatlichen Überwachung der Liefergeschäfte seinerzeit im Benehmen mit den hiesigen deutschen Stellen und z.T. auch sogar auf Wunsch der letzteren ergangen sind, ist es natürlich schwierig, von den Dänen zu verlangen, dass im Einzelfall von der Anwendung dieser Bestimmungen, insbesondere der Strafbestimmungen, Abstand genommen wird. Wie zu erwarten, ist dänischerseits auch schon die Frage gestellt worden, ob denn zweierlei Recht gesprochen werden solle. Auf Grund dieser Schwierigkeiten hat auch der Volksgruppenführer, mit dem ich öfter darüber gesprochen habe, mir wiederholt erklärt, dass in solchen Fällen nichts zugunsten der in ein Strafverfahren verwickelten Volksdeutschen unternommen werden könne.

Im Falle Feidenhansl erhielt ich am 12. November v.Js. ein Schreiben des Kontors der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium, mit dem mich Herr Stehr über den Tatbestand ausführlich unterrichtete und gleichzeitig mitteilte, dass Herr Hansen-Damm die Angelegenheit auch mit Ihnen und Herrn Heller besprochen habe. Ich habe daraufhin mit Rücksicht darauf, dass ein öffentliches Strafverfahren nicht nur Feidenhansl sondern auch der Liefergemeinschaft der D.B.N. drohte, die Wirtschaftsabteilung der Behörde gebeten, im dänischen Aussenministerium zu intervenieren.

Dänischerseits stellt man sich demnach auf den Standpunkt, dass die beanstandete Lieferung durch die Liefergemeinschaft und nicht durch Feidenhansl erfolgt ist und stützt sich dafür u.a. auf die Aussage des Kunstmalers Hecht in Tønder. Ich weiss nicht, ob die Liefergemeinschaft in der Lage sein wird, eine andere Beurteilung der Vorgänge bei den Dänen zu erreichen. Immerhin ist es von Bedeutung, dass ein öffentliches Strafverfahren nicht stattfinden wird. Andererseits ist wohl leider damit zu rechnen, dass sowohl die Liefergemeinschaft wie Feidenhansl die Zahlung einer Geldstrafe auf sich nehmen müssen.

Die weitere Entwicklung der Angelegenheit werde ich hier im Auge behalten und Sie über den Ausgang der Sache unterrichten.

Mit herzlichen Grüßen und

Heil Hitler!

Ihr

**Kassler**

---

<sup>1)</sup> A. J. Feidenhansl i Tønder var anklaget for at have solgt 300 radiomodtagere til den tyske værne-magt. Fortjenesten var 14 697 kr. Feidenhansl hævdede, at leveringen var sket gennem formanden for DBN.

# I. Forskellige arbejder for besættelsesmagten.

## 252.

### Uddrag af DBNs beretning om hvervning af arbejdere.

Maj 1941.

Mai 1941.

#### Bericht über die Gruppe Arbeiter der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig (DBN).

Vor dem 9. April hatten die volksdeutschen Arbeiter hier in Nordschleswig einen schweren Stand. Von der grossen Arbeitslosigkeit im Lande war die deutsche Volksgruppe am schwersten betroffen. Als letzte kamen immer unsere Volksgenossen in Arbeit, sie waren auch wieder die ersten, die entlassen wurden. Dadurch wurde die ordinäre Unterstützung der Gewerkschaften schon vor Beginn des Winters verbraucht, und somit wurden die Kameraden gezwungen, die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Wenn dieselbe mehrere Jahre andauerte, wurde sie als Armenhilfe angerechnet und hierdurch gingen die bürgerlichen Ehrenrechte verloren. Schon vor 3—4 Jahren gingen die ersten Arbeiter nach Deutschland. Trotz der grossen Schwierigkeiten, wie Doppelbesteuerung und Beiträge hier im Lande, für die Gewerkschaften, Krankenkassen u. auch dazu noch die Transfer-Schwierigkeiten, gingen im Sommer viele deutsche Arbeiter, als Grenzgänger, im Reich in Arbeit.

Auch dies ist nach der Besetzung Dänemarks anders geworden. Die Doppelbelastung, wie Steuern und die verschiedenen Beiträge hier und im Reich zu zahlen, findet nicht mehr statt.

Die Stellenvermittlung nach Deutschland geht von der Deutschen Arbeitsvermittlungsstelle aus.

Durch gutes Zusammenarbeiten ist es uns möglich, die besser bezahlten Arbeitsplätze durch Parteigenossen zu besetzen, und unsere Arbeiter im Grenzgebiet unterzubringen, wo sie dann die Möglichkeit haben, wöchentlich nach Hause zu kommen. Viele Kameraden arbeiten auch weiter im Süden. Schwierigkeiten haben wir hier immer noch mit dem Transfer des Lohnes. 3 Monate hat es in mehreren Fällen gedauert, bis Familien hier die ersten Gelder empfangen haben. Um diesen Familien zu helfen, sind sie erst an die Stadt (öffentliche Fürsorge) verwiesen. Trotz schriftlicher Erklärungen, die Gelder wieder zurückzubezahlen, wurde eine Hilfe abgelehnt. Und hier hat wiederum die Deutsche Selbsthilfe und die Frauenschaft diese Familien aufs Beste unterstützt.

Von der Gruppe Arbeiter sind vermittelt worden:

1) nach Jütland und Kopenhagen	842 Mann
2) nach Arbeitsplätzen im Reich	
a) Flughafen Flensburg	20 —
b) Kabelgesellschaft Berlin, nach Ostpreussen	16 —
Durch die Deutsche Arbeitsvermittlungsstelle Apen- rade 2.900 Mann — 20 % Dänen	2320 —

Durch den grossen Einbau nach dem Norden und Süden sind wir heute so weit, dass wir nicht den Anforderungen der Dienststellen nachkommen können, auch wir haben jetzt Mangel an Fachkräften.

Landwirtschaftliche Arbeiter werden in den letzten Monaten grundsätzlich nicht mehr von uns, weder nach Deutschland oder nach dem Norden vermittelt. Auf dem Land herrscht Mangel an Landarbeitern. Um noch die arbeitslosen Kameraden zu erfassen, haben wir vor wenigen Tagen einen Aufruf in der Nordschleswigschen Zeitung veröffentlicht, wo jeder Deutsche, der ohne Arbeit ist, sich in unseren Kontoren meldet, um eine Beschäftigung zu erhalten.

Somit ist die Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Volksgruppe behoben, und dadurch sind wir einen grossen Schritt weiter gekommen, indem wir uns jetzt an die Arbeiter heran machen können, die bisher abseits standen.

#### *Werbung und Erfassung der volksdeutschen Arbeiter in Nordschleswig.*

Es wird jetzt von allen Arbeitern verlangt, soweit sie sich als Deutsche bekennen, dass sie Mitglied der DBN sein sollen. Der Beitrag beträgt 1 dKr. monatlich.

Reichsdänen können in die DBN nicht aufgenommen werden. Von jedem Arbeiter, der Mitglied der DBN ist, verlangen wir, dass seine Kinder die deutsche Schule besuchen. Ebenso wird kein Arbeiter durch uns vermittelt, der seine Kinder in die dänische Schule sendet. Wo das der Fall ist, wird die Unterschrift verlangt, dass die Kinder umgeschult werden sollen, und dadurch haben wir zum April eine sehr beachtliche Zahl umschulen können. Wo neue Schulen errichtet werden, nehmen wir uns der Arbeiter besonders an, die sonst durch Boykott usw. zu leiden haben würden. Auch hier haben wir die engste Zusammenarbeit mit den Orts- und Stützpunktleitern der Partei. Volksgenossen, die durch uns vermittelt wurden, und ihren Wohnsitz in Dänemark haben, werden aufgefordert, nach Nordschleswig umzusiedeln.

Ogleich unsere Gegner englischfreundlicher denn je sind, haben wir hier noch grosse Möglichkeiten, da mancher Arbeiter, so oft er auch gesagt hat: lieber Not leiden, als bei den Deutschen zu arbeiten, inzwischen eines anderen belehrt worden ist.

Um unsere Arbeitskameraden vor Übergriffen u.a.m. zu verwahren, haben wir die Rechtsberatung errichtet. Dieselbe hilft allen Volksgenossen, auch in den Selbsteinschätzungen zur Steuererklärung.

gez. **Chr. Bruhn.**

Leiter der Gruppe Arbeiter der DBN.

## 253.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående hvervning til toldgrænsebevogtning.**

6. jan. [1943].

S/Nschl.

6. Januar 1942<sup>1)</sup>

*An den  
Herrn Bevollmächtigten des Reiches  
in Dänemark  
Kopenhagen  
Dagmarhus*

Wie Dr. Möller mir kürzlich mitteilte, hat sich das Grenzzollkommando Flensburg an die Volksgruppenführung mit der Bitte gewandt, volksdeutsche Freiwilligenmeldungen zum Grenzzollschutzdienst zuzulassen. Für diesen Dienst sollen in Frage kommen solche Jahrgänge, die von der Waffen-SS nicht erfasst werden und auch jene Männer, die von der Volksgruppenführung unabhkömmlich gestellt wurden, weil sie z.B. eine eigene Landstelle oder dgl. zu betreuen hatten. Die Werbung für den Grenzzolldienst, mit der sich die Volksgruppe einverstanden erklärt hat, dürfte sich wohl in erster Linie auf die Grenzbezirke erstrecken, da grundsätzlich vorgesehen ist, dass die eingezogenen Männer während ihrer Freizeit wieder nach Hause gehen dürfen. Der Familienunterhalt an die Angehörigen der Einberufenen wird vom Konsulat gezahlt werden.

L[anwer]

<sup>1)</sup> Som det fremgår af den fig. skrivelse fra det tyske konsulat, må brevet være fra 1943, ikke 1942.

## 254.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående den tyske folkegruppes øgede indsats.**

8. feb. 1943.

S/Nschl.

8. Februar 1943

Im Anschluss an meinen Bericht v.6.1.d.J.-S/Nschl.

*Inhalt:* Verstärkter Einsatz der deutschen Volksgruppe.

1 Anlage.

*An den  
Herrn Bevollmächtigten des Reiches  
Kopenhagen*

Bereits am 6.1. d.J. habe ich über die Absicht der Volksgruppenführung berichtet, volksdeutsche Freiwilligenmeldungen zum Grenzzollschutz zuzulassen. Weitere Erkundigungen beim Organisationsamt der NSDAP-N haben ergeben, dass die Werbung und Einstellung von dem Kommandeur des Grenzschutzes in Flensburg, Herrn Regierungsrat Bühmann, im Einvernehmen mit seiner vorgesetzten Dienststelle erfolgt. Die volksdeutschen Hilfsbeamten tragen die für Zollbeamte vorgeschriebene Uniform, ohne Wehrmachts-

armbinde. Im Reich tragen sie Waffen, die jedoch beim Überschreiten der Grenze abgelegt werden. Bisher sind die in der Anlage<sup>1)</sup> aufgeführten 13 Volksdeutschen angenommen worden. Während diese 13 Volksdeutschen im Laufe der Woche mehrmals an . . .<sup>2)</sup> zurückkehren, wird bei künftigen Annahmen von Herrn Regierungsrat Bühmann die Bedingung gestellt, dass die Volksdeutschen im Reich verbleiben müssen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass auf Veranlassung des SS-Ersatzkommandos in Kopenhagen innerhalb der Volksgruppe künftig auch für die Aufstellung einer Heimatflak geworben werden soll. Für diesen Dienst kommen in erster Linie ältere Jahrgänge und teilweise jene Volksdeutschen in Frage, die bisher vom Volksgruppenführer zurückgestellt worden sind. Die Fürsorge der Angehörigen wird von der Waffen-SS übernommen.

Kürzlich war ein Polizeigeneral aus Hamburg mit seinem Stabe bei Herrn Dr. Möller zwecks Anwerbung von Volksdeutschen für die Luftschutzpolizei. Die Volksgruppenführung steht auch diesem Einsatz sympathisch gegenüber. Z.Zt. aber ist der Gedanke wieder fallen gelassen worden, da die Frage der Unterstützung der Angehörigen in keiner Weise geklärt werden konnte.

L[anwer]

<sup>1)</sup> Ikke medtaget her.

<sup>2)</sup> 13 bogstaver er her ulæselige på grund af overstempling. Der skal formodentlig læses: *ihren Wohnort.*

## 255.

### Organisationsamt til kredslederne og lederne indenfor SK angående folketyskere til toldgrænsebevogtning på Sild.

25. juni 1943.

ORGANISATIONSAMT DER  
N.S.D.A.P.-N.

Apenrade, Schiffbrückstrasse 7.  
Den 25. Juni 1943.

Grenzzollschutz. L/B.

#### Rundschreiben

An die

1. Kreisleiter der N.S.D.A.P.-N.
2. Kreismannschaftsführer der S.K.

Die Grenzabschnittskommandantur in Husum benötigt sehr 30 Volksdeutsche für den Grenzzollschutz auf Sylt.

In Frage kommen Volksdeutsche Männer im Alter von 35—45 Jahren. Die Bewerber müssen pol. und charakterlich in Ordnung und mindestens g.v.F.<sup>1)</sup> sein. Bewerbungen sind bei Einsendungen von: Gesuch, Lebenslauf, 2 Passbilder und Strafattest an das Organisationsamt zu richten.

Der Einsatz wird als Kriegseinsatz bewertet.<sup>2)</sup>

Heil Hitler!

sign. P. Larsen.

<sup>1)</sup> Vedtegningen g.v.F., der er en forkortelse for garnisonsvervendningsfåhig Feld, anvendes om dem, der kunne bruges til garnisonstjeneste i felten. Af andre vedtegnelser anvendes u. t. = untauglich (uduelig), k.v. = kriegsvervendningsfåhig (anvendelig i krig) og g.v.H. = garnisonsvervendningsfåhig Heimat (anvendelig til garnisonstjeneste i hjemstavnen).

<sup>2)</sup> Peter Larsen har til rapport af 12. september 1945 forklaret, at når arbejdet er betegnet som krigsindsats, er det sket efter hans egen tilskyndelse, idet han ønskede at bringe antallet af frivillige så højt op som muligt for at kunne henvise hertil, når man fra tysk side pressede på for at få flere frivillige.

## 256.

**Volksgruppenamt til DBN angående flytning af folketske arbejdere fra Nordjylland til Nordslesvig.**

12. jan. 1944.

*Abschrift*

DEUTSCHE VOLKSGRUPPE  
IN NORDSCHLESWIG  
(Dänemark)  
Volksgruppenamt

*Apenrade, den 12. Januar 1944*  
P/R 9861

*Betr.:* Versetzung von volksdeutschen Arbeitern aus dem nördlichen Jütland nach Nordschleswig.

*An die*  
*Deutschen Berufsgruppen - ADV.*  
*z.Hd. Pg. Chr. Bruhn*  
*Apenrade*  
*Dibbernhaus*

Die Volksgruppenführung ordnet hiermit an, dass die verheirateten volksdeutschen Arbeiter, die auf den Flugplätzen im nördlichen Jütland beschäftigt sind, möglichst bald aus grenzpolitischen Gründen an den Fliegerhorst Hadersleben versetzt werden, d.h. soweit die Arbeiter selbst den Wunsch äussern und soweit an der genannten Stelle für sie Verwendungsmöglichkeit besteht.

Für unverheiratete Arbeiter gilt diese Anordnung nur, wenn besondere Umstände dafür sprechen.

Heil Hitler!

gez. P. Petersen

## 257.

**Chr. Bruhn angående flytning af folketyse arbejdere til Nordslesvig.**

19. jan. 1944.

*Abschrift!**Apenrade, den 19.1. 1944.*

Beifolgend erhalten Sie die Anordnung des Volksgruppenführers Dr. Möller<sup>1)</sup> über die Versetzung bzw. erneute Vermittlung unserer volksdeutschen Kameraden nach Nordschleswig zu Ihrer Kenntnisnahme übersandt.

Auf Veranlassung des Volksgruppenführers haben wir mit der Erfassung der im Norden tätigen und in Nordschleswig ansässigen Kameraden, die gewillt sind, freiwillig nach der Heimat zurückzukehren, begonnen und die notwendigen Anweisungen an unsere Obmänner erlassen.

Durch die Anordnung soll erreicht werden, dass die volksdeutschen Kameraden, die jahrelang von ihrer Familie getrennt, im Norden ihrer Pflicht freiwillig nachkamen, die Möglichkeit bekommen, in ihrer Heimat Nordschleswig den gleichen Dienst aufzunehmen.

Durch einen Parteibefehl des Organisationsleiters ist nicht zugelassen, dass die Familie dem Manne folgt und aus Nordschleswig fortzieht. Hierdurch wurde erreicht, dass die Kinderzahl unserer deutschen Schulen in gleicher Höhe gehalten werden konnte. Ein Umzug der Familien würde bedeuten, dass viele Kinder dem Volkstum verlorengehen.

Aus verständlichen Gründen muss ebenfalls verhindert werden, dass allzu viele reichsdänische Arbeitskräfte nach Nordschleswig geholt werden. Eine solche Verschiebung von Reichsdänen ins Grenzgebiet wäre unerwünscht und würde unter Umständen zu grossen Benachteiligungen des Deutschtums in Nordschleswig führen können.

Heil Hitler!

gez. **Christian Bruhn***1 Anlage.*

<sup>1)</sup> Jfr. A. nr. 256. Det er muligvis dette brev, der her er tale om.

# K. Hvervning.

*1. Før januar 1942.*

261.

**Det tyske konsulat til udenrigsministeriet i Berlin angående et møde i  
Flensborg om hvervning til SS.**

17. april 1939.

DEUTSCHES KONSULAT

J.Nr.29 g

*Apenrade, den 17. April 1939.*

*Betr.:* Bildung eines SS-Sturms  
aus Nordschleswigern.

*An das Auswärtige Amt  
Berlin*

Von vertrauenswürdiger Seite erfahre ich folgendes: *Anfang des Jahres* hat in Flensburg zwischen einem SS-Oberführer aus Berlin und 3 Vertretern der NSDAPN eine Besprechung stattgefunden. Der SS-Oberführer erklärte, er käme in allerhöchstem Auftrage und es solle aus volksdeutschen jungen Leuten Nordschleswigs ein SS-Sturm gebildet werden. Hierzu müssten ca. 500 Mann zur Verfügung gestellt werden. Die Parteivertreter wandten dagegen ein, dass diese Zahl viel zu hoch sei, da die deutsche Volksgruppe eine solche Schwächung nicht vertragen könne und der beste junge Nachwuchs davon betroffen würde. Es wurde dem entgegengehalten, dass der *allerhöchste Befehl vorliege* und diese Schwächung in Kauf genommen werden müsse. Es erfolgte dann eine Einigung dahin, dass 150 Mann zur Verfügung gestellt werden sollten. Während die Angelegenheit zuerst geheim behandelt wurde, wurde jedoch im Laufe der Zeit *in Parteiversammlungen über die Angelegenheit gesprochen*, um Meldungen geeigneter Bewerber zu erhalten. *In nächster Zeit* sollen diese *in Flensburg* auf ihre Tauglichkeit *untersucht werden*. Wann ihre Einziehung zur Ausbildung erfolgen wird, steht noch nicht fest.

Es ist zu erwarten, dass die Betreffenden bei Bekanntwerden mit den dänischen Behörden in Konflikt geraten und die entsprechenden Folgen zu tragen haben werden. Es steht weiter zu erwarten, dass die dänische Presse sich der Angelegenheit bemächtigen und auf ihre Weise politisch ausschlachten wird.

Die Gesandtschaft in Kopenhagen erhält Durchdruck des Berichts.

gez. Lachmann.

## 262.

**Notits fra det tyske udenrigsministerium angående forhandlinger med  
Vomi om hvervning til SS i Nordslesvig.**

16. maj 1939.

zu Kult A 1417 Ang. II (k).

**Streng geheim!**

**Notiz**

Ich habe heute mit SS-Obergruppenführer Lorenz und SS-Oberführer Behrends die Frage der Werbung von SS-Leuten unter Angehörigen der deutschen Volksgruppen in Nordschleswig und Estland besprochen. Obergruppenführer Lorenz sagte, dass diese Werbung nichts mit Volkstumsfragen zu tun hätte, sondern dass der Reichsführer SS für die Verfügungstruppe besonders art- und rassisch reine nordische Typen zu gewinnen suche.

Herr Lorenz sagte zu, bei den in Betracht kommenden Stellen dahin zu wirken, dass bei der gegenwärtigen aussenpolitischen Situation solche Werbungen unter den Volksdeutschen ganz unterblieben oder nur mit grösster Vorsicht vorgenommen werden sollten.

Es herrschte Einverständnis darüber, dass eine Rückkehr von Volksdeutschen, die bei der SS gedient hätten, nur in den seltensten Fällen möglich sein würde.

*Berlin, den 16. Mai 1939.*

**Twardowski.**

*Verteiler*

—je besonders—  
dem Herrn Staatssekretär  
— Unterstaatssekretär Pol  
— Kult A  
Pol. VI  
Gesandtschaft Reval  
— Kopenhagen  
(mit Anschreiben übersandt)

## 263.

**Skrivelse til rigsfører-SS angående hvervning til våben-SS i Nordslesvig.  
(Document no 5897 — Office of Chief of Counsel for War Crimes).**

16. april 1940.

DER CHEF DES ERGAENZUNGSAMTES  
DER WAFFEN-SS

Berlin, den 16.IV.1940

Tgb.Nr. 156/40 geh.

Betr.: Ergaenzung

Geheim!

An den

Reichsfuehrer SS und  
Chef der Deutschen Polizei  
Berlin

Reichsfuehrer!

Ich melde:

1.) *Ergaenzung in den Nordstaaten.*

- a) Befehlsgemaess habe ich am 13.4. abends die nach Norden abkommandierten SS-Oberfuehrer in die Fragen der Ergaenzung in den Nordstaaten eingewiesen.
- b) Mit SS-Standartenfuehrer *Mueller*, Flensburg, habe ich vor laengerer Zeit besprochen, dass er bei einem etwaigen Einmarsch der deutschen Truppen sofort getarnt mit heruebergehen sollte, um dem Fuehrer der Volksdeutschen gruendlich ueber die bis jetzt betriebene Sabotage der Ergaenzung die Meinung zu sagen. Staf. M. hat das befehlgemaess und mit Erfolg getan; er fuhr mit einem Wagen der Luftwaffe. In der Zwischenzeit hat er auch bereits saemtliche Kreisleiter zusammengerufen und sie positiv aufgeklaert. Eine Annahmekommission ist von der Ergaenzungsstelle Nordwest zur Verfuegung gestellt. Die Aktion laeuft getarnt; gemustert werden, sobald die Kommission ueber die Grenze kann, vorerst junge Maenner vom 18./22. Lebensjahr. Ueber den Erfolg wird sofort nach Eingang des Ergebnisses berichtet.

SS-Oberfuehrer *v. Kannstein* ist ins Bild gesetzt. Sollten bei der Deutschen Gesandtschaft irgendwelche Schwierigkeiten auftauchen, wird er von sich aus die Sache an Ort und Stelle bereinigen, so dass Berlin nicht behelligt wird.

.....

Der Chef des Ergaenzungsamtes  
der Waffen-SS  
SS-Brigadefuehrer

## 264.

**Claus Petersens optegnelse angående hvervningen til våben-SS i Nordslesvig.**

29. april 1940.

**Aktenvermerk.**

Über die Werbung für die Waffen-SS in Nordschleswig gab Rektor Elholm am 29. 4. 40 folgende Erklärungen:

Am 10. 4. 1940 am Tage nach dem deutschen Einmarsch in Dänemark, kam Jef Blume zu mir und bat um einen Urlaub von einigen Tagen „für besondere Zwecke“. Nähere Angaben hat Blume mir nicht gemacht und sind von mir auch nicht verlangt worden. Später kam mir zu Ohren, dass Blume den Urlaub benutzt hatte, um für den Eintritt in die Waffen-SS zu werben. Ich habe B. daraufhin zu mir gebeten, und er hat mir am 28. d. M. Erklärungen abgegeben, aus denen sich folgender Sachverhalt ergibt:

Schon vor dem deutschen Einmarsch in Dänemark bestand der Wunsch, ein volksdeutsches SS-Regiment in Nordschleswig aufzustellen. Dieses Vorhaben konnte nicht ausgeführt werden, weil die vorliegenden Meldungen der Volksdeutschen Mittelstelle nicht genügten, diese verlangte ein grösseres Kontingent. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen hat in Flensburg eine Konferenz stattgefunden, an der u. a. Blume, Standartenführer Möller, Dr. Hildebrandt usw. teilgenommen haben. Es wurde eine intensive Werbung für die Waffen-SS in Nordschleswig angeordnet. Eine deutsche Musterungskommission ist mit Blume durch Nordschleswig gefahren und hat Musterungen vorgenommen.<sup>1)</sup> Es sollen ca. 1400 Meldungen eingelaufen sein. Hiervon sind 45 % = ca. 600 Mann für tauglich befunden worden. Diese sind in verschiedenen Klassen eingeteilt, und 430 Mann zunächst für „unabkömmlich“ erklärt worden, während ca. 170 Mann einberufen werden. Unter den für tauglich befundenen Männern befinden sich deutsche und dänische Staatsangehörige. Es haben sich eine ganze Anzahl Lehrer an deutschen Schulen gemeldet, auch solche mit deutscher Staatsangehörigkeit. Diese sollen angeblich zunächst als unabkömmlich erklärt sein.

Elholm erklärt noch, dass er während der vorbezeichneten Tage eine Schule habe revidieren wollen, jedoch habe feststellen müssen, dass der Lehrer auf SS-Werbung war und sich durch seine Frau vertreten liess.

<sup>1)</sup> Jfr. A. nr. 263.

## 265.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående opstilling af  
SS-Standarte „Nordland“ og hvervning i Danmark.**

20. maj 1940.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen

D Pol 3/624

Kopenhagen, den 20. Mai 1940.

**Geheime Reichssache!**

Unter Bezugnahme auf den Erlass vom  
30.4.1940 — RM 21/40 g.Rs.

*Inhalt:* Aufstellung der SS-Standarte „Nordland“.

*An das Auswärtige Amt  
Berlin*

Die Einstellung von dänischen Freiwilligen in deutsche Formationen halte ich grundsätzlich für begrüssenswert. Nach Fühlungnahme mit mir und unter Mitarbeit des Legationssekretärs SS-Untersturmführer Meissner und des Beauftragten der inneren Verwaltung, SS-Oberführer Kanstein, sind auch bereits durch den SS-Standartenführer Möller, Flensburg, gewisse Vorarbeiten geleistet worden. Die Werbung soll sich lediglich beschränken auf die Volksdeutschen in Nordschleswig, auf die dänischen Finnland-Freiwilligen und auf die Angehörigen der dänischen nationalsozialistischen Partei.

In Zusammenarbeit mit der deutschen Volksgruppe und 50. SS-Standarte in Flensburg sind von der volksdeutschen Gruppe in Nordschleswig inzwischen rund 120 junge Männer erfasst, gemustert und bereits nach dem Reich geschickt worden. Schwierigkeiten haben sich dabei nicht ergeben.

Die dänischen Finnland-Freiwilligen kehren am 1. Juni nach Dänemark zurück. Hier soll eine Erfassung für die SS-Standarte „Nordland“ in der Weise erfolgen, dass in Verbindung mit der dänischen nationalsozialistischen Partei geworben wird. Es ist anzunehmen, dass etwa 100 junge Leute sich freiwillig melden werden.

Nach anfänglichem Widerstand hat auch der Führer der dänischen nationalsozialistischen Partei, Dr. Claussen, sich bereit erklärt, für die SS-Standarte „Nordland“<sup>1)</sup> ausgesuchte und geeignete junge Leute aus seiner SA zur Verfügung zu stellen. Mit etwa 300 jungen Leuten aus dieser Gruppe kann gerechnet werden.

Die Beschränkung der Anwerbung auf die genannten drei Gruppen halte ich, um Schwierigkeiten zu vermeiden, für wesentlich. Weiterhin erscheint es mir wichtig, dass im Hinblick auf die dänische Gesetzgebung, die die Anwerbung von Freiwilligen zu Kriegsdiensten auf dänischem Gebiet verbietet, eine Werbung auf dänischem Gebiet jedenfalls offiziell nicht erfolgt, sondern lediglich eine Musterung und Anmeldung. Die offizielle Werbung und Einschreibung findet dann zweckmässig nach Überführung nach Deutschland statt.

Mit dem deutschen Befehlshaber in Dänemark ist hinsichtlich der Werbung die notwendige Verbindung aufgenommen. Der Befehlshaber glaubt jedoch, dass mit der Anwerbung noch nicht begonnen werden kann, da seine Weisungen dahin lauten, dass der Führer sich vorbehalten habe, den Zeitpunkt, an welchem die Werbung einzusetzen habe, selbst zu bestimmen.

**Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> I Bovrup-arkivet findes et gennemslag af en skrivelse fra Fritz Clausen til Førerens rigskancelli, hvori det hedder: „... Durch den Führer der 50. SS-Standarte, Flensburg, Herrn Polizeidirektor Möller, bin ich in Anwesenheit des Führers der deutschen Volksgruppe in Dänemark, Dr. med. vetr. Møller, Gravenstein, zunächst hier in meiner Wohnung und später in Kopenhagen von dem Wunsche des Führers unterrichtet worden, eine Standarte „Nordland“ aufstellen zu lassen. ...“.

## 266.

**Renthe-Fink til det tyske konsulat angående mønstring i Nordslesvig.**

24. juni 1940.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
DEUTSCHEN REICHES

Kopenhagen, den 24.6.1940.

Inn/V.B. Nr.122.

**Postchiffré (Geheim).****Entzifferung.**Betrifft Musterungsgeschäfte im dortigen  
Konsularbezirk.  
Bezug: Bericht vom 12. Juni J. Nr. 47 g.**Geheim!**

Dass in Ausführung beschlussfähigen Befehls<sup>1)</sup> des Führers, eine SS-Standarte „Nordland“ aufzustellen, Musterungsgeschäfte auch im dortigen Konsularbezirk durchgeführt werden, ist hier bekannt. Es bestehen gegen diese Musterungen keine Bedenken, da keine Anwerbung zum Kriegsdienst stattfindet. <sup>2)</sup> Es erfolgt auf dänischem Gebiet auch keine offizielle Anwerbung sondern lediglich eine Musterung und Anmeldung. Die offizielle Werbung und Einschreibung findet erst nach Überführung der gemusterten Personen nach Deutschland statt.

gez. **Renthefink.**

- <sup>1)</sup> Da en ordre jo ikke kan siges at være beslutningsdygtig, må der her være tale om en dechiffre-ringsfejl. Efter hvad politidirektør Möller har oplyst, er regiment „Nordland“ oprettet ved en af Hitler den 20. april 1940 udstedt dagsbefaling.
- <sup>2)</sup> I en indberetning af 12. juni 1940 til gesandtskabet i København oplyser konsulatet i Aabenraa, at regiment „Nordland“ ikke skal bruges i denne krig: „Ihre Verwendung ist angeblich für besondere Zwecke vorgesehen“. Konsulatet har fået oplyst, at der allerede skal være indkaldt 300 folketyskere.

## 267.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående dannelsen af en „Almindelig SS“ i Nordslesvig.**

22. juli 1940.

I. Sv. 54 g

22. Juli 1940

**Geheim!***Inhalt:* Bildung einer „Allgemeinen  
SS“ in Nordschleswig.*An**die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen*

Wie ich von Standartenführer Möller, Polizeidirektor in Flensburg vertraulich höre, ist er von höherer Stelle (vermutlich Gauleiter Lohse) mit den vorbereitenden Arbeiten für die Aufstellung einer „Allgemeinen SS“ in Nordschleswig beauftragt worden.<sup>1)</sup> Im Gegen-

satz zu der kürzlich nach dort mitgeteilten mit Erfolg in Angriff genommenen Bildung einer *Waffen SS*-Standarte „Nordland“, die in Klagenfurt stationiert ist und sich aus deutschen und dänischen Kreisen von ganz Dänemark rekrutiert, kommen für die „Allgemeine SS“ nur *nordschleswigsche Volksdeutsche* in Frage. Standartenführer Möller, der von Gauleiter Lohse von seinen Flensburger Dienstgeschäften vorläufig befreit worden ist, bereist zwecks Durchführung seines Auftrages persönlich Nordschleswig. Die Aushebung erfolgt nach den Aufnahmerichtlinien der SS unter der Aufsicht eines SS-Eignungsprüfers. Zur Tarnung unterschreibt der Anwärter, der über die wahren Absichten nicht informiert wird, eine Erklärung, in der er sich u.a. verpflichtet, seine Dienste *restlos* für die Person des Parteiführers Dr. Möller einzusetzen. Im Falle einer evtl. späteren Rückgliederung Nordschleswigs soll Dr. Möller diese Organisation en bloc in die SS des Deutschen Reiches eingliedern.

Im Laufe der Unterhaltung bemerkte Standartenführer Möller u.a., dass man sich sowohl in der Gauleitung als auch in der Volksdeutschen Mittelstelle über die endgültige politische Lösung der nordschleswigschen Frage zwar noch völlig im Unklaren sei, dass jedoch die vorgenannten Vorbereitungen für den Eventualfall der Rückgliederung Nordschleswigs an das Deutsche Reich durchgeführt würden. Andeutungsweise erwähnte noch der bei dem Gespräch gleichzeitig anwesende Kommandeur der Standarte „Nordland“, dass nach Hörensagen auch die NSKK Aushebungspläne in Nordschleswig hege; weder er noch Standartenführer Möller wussten jedoch hierüber Näheres.

L[anwer].

<sup>1)</sup> Angående oprettelsen af en „Allgemeine SS“ i Nordslesvig har Peter Larsen for underretten den 10. maj 1948 forklaret, at han ved, at der, formentlig i foråret 1941, blandt SK-mændene har været ønske om at få oprettet en „Allgemeine SS“, og han mener at have hørt, at den skulle hedde Standarte Königsau eller Nordland. Partiledelsen har ikke drøftet dette spørgsmål. Også flere af de andre ledende folketyskere har udtalt, at det er dem bekendt, at der har været planer fremme om oprettelsen af en „Allgemeine SS“. Dr. Möller har for underretten den 20. maj 1948 oplyst, at politidirektør Möller har talt med ham om planen, og at han har drøftet den med Behrends i Vomi, men at han derefter har afvist den. Derimod er det, efter hvad dr. Möller har udtalt for landsretten den 30. marts 1949, fuldstændig fantastisk, hvad Lanwer skriver om oprettelsen af en „Allgemeine SS“. Ikke en eneste folketysker har forpligtet sig overfor hans person.

268.

[Lanwer] til Schaller angående dannelsen af en „Almindelig SS“.

23. juli 1940.

23. Juli 1940.

Lieber Schaller!

Ich schicke heute mit gleicher Post an die Gesandtschaft einen Bericht betreffend „Allgemeine ...“ zu dem ich noch einige persönliche Bemerkungen machen möchte, die Du vielleicht in der Besprechung mit dem Minister zusätzlich vortragen kannst.

Ich habe die Angaben unmittelbar von *Molly* Möller, aber bisher aus den Reihen der Volksgruppe selbst darüber noch nichts erfahren können. Es ist zwar anzunehmen, dass auch diese Angelegenheit bald Tagesgespräch wird; im Augenblick ist es jedoch nicht der Fall, daher darf ich vielleicht bitten, bei der Verbreitung meiner Angaben vorsichtig zu sein, da sonst *Molly* Möller den Ursprung der Berichterstattung sich ohne weiteres wird denken können. An sich wäre das zwar nicht schlimm, aber ich möchte alles vermeiden,

bei der Volksgruppe den Eindruck eines „Aufpassers“ zu erwecken, sondern vielmehr das volle Vertrauen der Volksgruppe finden (ganz persönlich unter uns gesagt: liege ich ja tatsächlich auf Grund unserer Kattowitzer Erfahrungen gefühlsmässig immer sehr stark auf Seiten der Minderheit).

Ich halte die Angelegenheit persönlich nicht für so revolutionierend, wie sie aussieht. Es scheint zwar jetzt der gleiche Hexenkessel hier zu beginnen, wie wir ihn aus Kattowitz her kennen. Aber was in Kattowitz bei viel schwierigeren politischen Verhältnissen möglich war sollte im Augenblick hier in Dänemark wohl besser gelingen. Ich persönlich habe aus den zahlreichen Besprechungen folgenden Eindruck gewonnen:

Jeder weiss nichts, rühmt sich dessen sogar ausdrücklich und unterstellt sich expressis verbis dieser Ansicht, aber innerlich wird auch von allen offiziellen Stellen nur an das eine Ziel geglaubt und zwar so sehr, dass Vorbereitungen obengenannter Art als nichts Aussergewöhnliches erscheinen.

Mit tausend herzlichen Grüssen

## 269.

### Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående SS-hvervningen i Danmark.

29. aug. 1940.

#### Brief-Telegramm

(offen)

Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen, den 29. August 1940

Ankunft: — 31. — — 20.15

Der Bevollmächtigte des Reiches.

Der Beauftragte für die innere Verwaltung.

Nr. 961 vom 29.8.40

Unter Bezugnahme auf den Erlass  
vom 30.4.40 — RM 31/40 gRs — und  
den Bericht vom 20.5.40 — DPol.3/624

*An das  
Auswärtige Amt  
Berlin.*

Nachdem dänischer Reichspolizeiführer im Auftrag Justizministers Vizepräsident Kanstein auf Durchführung der SS-Werbung in Dänemark angesprochen hatte, hat vor einigen Tagen Besprechung über diese Frage zwischen Justizminister und Vizepräsident Kanstein stattgefunden, in welcher dänischerseits Absicht zum Ausdruck kam, sich mit uns über Anerbungsverfahren zu unterhalten und gewisse Wünsche zu äussern. Mitteilung der Wünsche aber noch nicht erfolgt.

Inzwischen hat Chef SS-Ergänzungsamts Einrichtung einer Nebenstelle des Ergänzungsamts der Waffen-SS in Kopenhagen, besetzt mit 15 SS-Angehörigen, befohlen. Nebenstelle soll bereits am 1.9. eingerichtet werden. Halte an sich eine solche Stelle in Kopenhagen für nicht unangebracht. Besetzung mit 15 Mann erscheint mir jedoch zu hoch.

Habe Absicht, dänischer Regierung im Rahmen oben erwähnter Besprechungen Einrichtung der Nebenstelle anzuzeigen und bitte um Weisung.

**Renthe-Fink.**

## 270.

Våben-SSs rekruteringskontor, Ergänzungsstelle Nordsee, til politimester  
Agersted angående tilladelse for Jef Blume til at køre på motorcykel.

7. okt. 1940.

*A/skrift.*

ERGÄNZUNGSAMT DER WAFFEN-SS  
ERGÄNZUNGSSTELLE NORDSEE (X)

*Hamburg den 7.10.40.  
Feldbrunnenstr. 72*

e./Fl.

*Betr.:* Verwendung des Landesjugendführers der NSDAPN.  
Jef Blume, Apenrade, Schiffbrückstr. 7 Dibernhaus.

*Herrn*

*Polizeimeister Agersted  
Apenrade*

*Sehr geehrter Herr Polizeimeister!*

Der Landesjugendführer der NSDAPN Jef Blume, Apenrade, Schiffbrückstr. 7 Dibernhaus, ist im Auftrage der Ergänzungsstelle Nordsee der Waffen-SS, Nebenstelle in Kopenhagen, in Nordschleswig tätig.

Zur Erledigung seiner im Auftrage der Nebenstelle Nordsee notwendigen Obliegenheiten ist die Benutzung eines Motorrades unbedingt erforderlich.

Ich bitte Sie im Hinblick auf die Arbeit für die Waffen-SS, dem Landesjugendführer Blume die Fahrerlaubnis zu erteilen mit dem gleichzeitigen Hinweis, dass hierfür keine Benzinkarten benötigt werden.

Für Ihre Bemühungen besten Dank.

Der Leiter der Ergänzungsstelle Nordsee (X)

Stempel

Navn.

SS-Hauptsturmführer.

Ovennævnte Lærer Jef Blume har D. D. faaet indregistreret en Motorcykel under Nummer N. 104 og har faaet udleveret Køretilladelse.

**H. Weichel.**

Justitsm. Motorsagkyndige.

## 271.

**Skrivelse fra dr. Möller til Johann Linden i St. Jynde vad om at  
melde sig som frivillig.**

13. feb. 1941.

N.S.D.A.P.-N.  
Parteleitung.

*Apenrade, den 13. Februar 1941.*

*An Herrn Johann Linden  
in Gr. Jündewatt<sup>1)</sup>*

Der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist nunmehr auch die Möglichkeit gegeben als *Kriegsfrivillige für die Dauer des Krieges* am Kampf des deutschen Volkes teilzunehmen. Als Frivillige kommen die Jahrgänge 1909—1923 in Frage. Für Verheiratete gelten dieselben Unterstützungssätze wie im Reich. Ich erwarte, dass die wehrfähige Mannschaft unserer Volksgruppe sich der grossen Zeit würdig erweist.

Sie werden hiermit zu einer Besprechung einberufen, die am 22.2. in Andreas Hansens Gasthof in Tingleff Uhr 20 stattfindet.

Ihr Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Heil Hitler!

gez. Dr. Möller.

Parteführer.

<sup>1)</sup> Skrivelsen er duplikeret, idet adressatens navn og bopæl samt mødested og -tid er tilføjet med håndskrift. En skrivelse af samme ordlyd er blevet anvendt i Haderslev (se Besættelsestidens Fakta I, s. 609), hvor mødet fandt sted i Borgerforeningen den 24. februar 1941. Af Deichgräbers dagbog ses det, at der den 23. februar 1941 var SK-appel i Sønderborg, hvor 265 meldte sig som frivillige, så længe krigen varede (se A. nr. 283, note 2).

Lærer Arthur Lessow, der var kredsfører i SK, har i underretten den 25. maj 1948 forklaret, at han har udsendt skrivelser af samme slags som denne.

## 272.

**Organisationsamt meddeler Bargfeldt, at dennes indkaldelse ikke kan tillades.**

2. marts 1941.

N.S.D.A.P.-N.  
Parteleitung.

*Apenrade, den 2. März 1941.*

*An Herrn Lehrer R. Bargfeldt  
in Apenrade, Forstalle 10*

Sie haben sich als Kriegsfrivilliger gemeldet und sind im Besitze eines Gestellungsbefehles für den 10. März 1941. Da sich der Parteführer die letzte Entscheidung in Bezug auf Einberufungen aus der Volksgruppe vorbehalten hat, wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, dass der Parteführer aus politischen Gründen Ihre Einberufung nicht zulassen kann.

Der SS Nebenstelle „Nordsee“ ist ein entsprechender Entscheid zugegangen.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

Leiter des Organisationsamtes  
der N.S.D.A.P.-N.

## 273.

**Peter Larsen til dr. Møller angående den folketyske indsats på arbejdspladser  
og som frivillige indenfor SS.**

29. marts 1941.

Bl/B.

29. März 1941.

Afskrift.

An

Parteführer Dr. Möller  
Gravenstein.

An volksdeutschen männlichen Arbeitskräften in Jütland und im Reichsgebiet sind von unseren Organisationen bezw. der deutschen Arbeitsvermittlungsstelle vermittelt worden:

Nach Jütland und Seeland .....	832 Mann
Nach Fliegerhorst Flensburg .....	20 —
zur Fernkabelgesellschaft (Berlin) .....	16 —
zum Luftgaukommando XI (als Lastkraftwagenfahrer) .....	235 —
nach Deutschland (vorwiegend Grenzgebiet) als Facharbeit[er] u.s.w. 2900 Mann	
÷ 20 % Dänen .....	2320 —
	<hr/>
	3423 Mann
Als <i>Freiwillige</i> bei der Waffen SS dienen .....	331 —
	<hr/>
Insgesamt hat die Volksgruppe an männlichen <i>Arbeitskräften</i> und <i>Kriegsfreiwilligen</i> .....	3754 Mann

gestellt.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

Leiter des Organisationsamtes der  
N.S.D.A.P.-N.

## 274.

**SK-fører Peter Larsen til kredsførerne angående hvervning af frivillige  
til våben-SS.**

[ca. 29. aug. 1941].

Abskrift.

S.K.-FÜHRUNG

An die  
Kreismannschaftsführer.

I. *Betrifft: Werbung von Freiwilligen für die Waffen-SS.*

Über die Werbung von Freiwilligen für die Waffen-SS, die in diesem Monat besonders verstärkt von der S.K. vorgenommen wird, habe ich mit dem Ergänzungsamt der Waffen-SS nachfolgende Verabredung getroffen:

1. Durch die S.K. wird innerhalb der deutschen Volksgruppe in der Zeit vom 10. Oktober bis 10. November eine Werbung von Kriegsfreiwilligen für die Waffen-SS durchgeführt.
2. Alle in dieser Zeit eingehenden Meldungen werden durch die S.K.-Führung in Apenrade bis zum 10.11.41 gesammelt und nach Abschluss der Aktion und Überprüfung der Meldungen an das Ergänzungsamt abgegeben.
3. Die Nebenstelle „Nordsee“ lässt für die Freiwilligenmeldungen der Volksdeutschen besondere Meldevordrucke anfertigen, die der S.K.-Führung hierfür zur Verfügung gestellt werden. In den nächsten Tagen werden 1.200 Stück dieser Vordrucke der S.K. übersandt.
4. Die Werbeaktion soll durch die nordschleswigsche Presse durch Veröffentlichung von Kriegsberichten der Waffen-SS unterstützt werden. Gleichzeitig wird die Nebenstelle „Nordsee“ im Werbemonat Oktober/November viermal in der Nord-schleswigschen Zeitung inserieren. Die Kosten für die Inserate trägt die Nebenstelle „Nordsee“.
5. Als Propagandamaterial werden die der S.K.-Führung zur Verfügung gestellten Werbeplakate und Lehrschaubogen verwandt. Soweit es der Nebenstelle „Nordsee“ möglich ist, weiteres Werbematerial zu verschaffen, wird solches noch nachgeliefert.
6. Gleichzeitig stellt die Nebenstelle „Nordsee“ für Sonderlaufbahnen innerhalb der Waffen-SS, was insbesondere für junge Freiwillige von Bedeutung ist, Merkblätter zur Verfügung, die ausschliesslich für den Dienstgebrauch der Einheitsführer der S.K. bestimmt sind.

## II. Werbematerial.

In der Unterredung mit dem Ergänzungsamt ist festgestellt worden, dass ca. 40 Exemplare der Zeitung „Das Reich“ zum direkten Versand kommen. Ich habe jetzt gebeten, dass die direkte Zustellung sofort aufhört und dass fortan der S.K.-Führung wöchentlich 60 Exemplare zur Verteilung an die Kreis- und Orts-Mannschaftsführer zur Verfügung gestellt werden. Die 1. Sendung ist bereits eingetroffen und den Kreis-mannschaftsführern werden eine Anzahl Exemplare zugestellt. Die Kreise haben dann für schnelle und passende Verteilung innerhalb ihres Bereiches Sorge zu tragen.

Hierdurch wird der alte Verteilungsplan, der längst überholt ist, ausser Kraft gesetzt und die Kameraden mit Material versorgt, die in der S.K. stehen und hier ihren Einsatz für unsere SS leisten.

Ich bitte jetzt alle SK.-Kameraden, sich für die Werbung für die SS einzusetzen. Bis zum 10.11.41 muss die Volksgruppe gerne 1 Kompanie tauglicher Freiwilliger bereitstellen können.

Die Werbung muss sofort einsetzen.

Gemäss der gehaltenen Rücksprache wird die Aktion von der S.K.-Führung in eigener Zuständigkeit geleitet.

Zweck und Ziel dieser Aktion ist, für die in der Waffen-SS erfassten Volksdeutschen nochmals einen stärkeren Nachersatz zu stellen und diesen möglichst geschlossen zur Einberufung zu bringen. Im Hinblick auf den Abschluss der Ernte erscheint der Zeitpunkt der Werbeaktion günstig zu liegen.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

## 275.

**Opfordring i „Nordschleswigsche Zeitung“ til at melde sig som frivillig til våben-SS.**

14. okt. 1941.

**Volksdeutsche Nordschleswiger und S.K.-Kameraden!**

**Meldet euch als Kriegsfreiwillige zur Waffen-SS.**

*Eingestellt werden:*

Freiwillige im Alter von 18—40 Jahren, in Ausnahmefällen auch 17 jährige, wenn die Genehmigung der Eltern beigebracht wird.

*Dienstverpflichtung*

kann auf Kriegsdauer 2, 4 oder 12 Jahre erfolgen. Fürsorge, Versorgung und Familienunterstützung werden gewährt.

*Auskunft und Meldung:*

Bei allen Dienststellen der S. K. und der NSDAPN.

**Organisationsamt der N.S.D.A.P.N.**

Apenrade — Schiffbrückstrasse 7.

## 276.

**Jef Blume sender dr. Möller en beretning om hvervningen for 9. april (med bilag).**

15. april 1942.

**NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE  
ARBEITERPARTEI NORDSCHLESWIG**

Parteileitung  
Landesjugendführer

*Apenrade, Dibbernhaus, den 15.4.1942*

An

*Parteiührer Dr. Möller  
Gravenstein.*

*Lieber Parteiührer!*

In der Anlage übersende ich Ihnen den erbetenen Bericht. Ich habe ihn allerdings nicht als Bericht gehalten und bitte Sie, das Schreiben lediglich als eine persönliche Information aufzufassen. Briefe kann ich leider nicht beifügen, da ich in dem Briefwechsel mit den Kameraden bei der SS doch nichts Nennenswertes gefunden habe. Ich habe also die Aufzeichnung gemacht aus dem Gedächtnis. Es können also einige Fehler entstanden sein bei der Nennung der Zahlen etwa. Im übrigen stimmt der Bericht, wie mir auch *Gerhard Schütt* noch vor wenigen Tagen in Apenrade bestätigt hat, genau mit den Tatsachen überein.

Ich überlegte, ob ich noch einen Bericht machen sollte über die ganzen Vorgänge bei der im Frühjahr 1940 durchgeführten Musterung. Aber darüber sind Sie ja informiert, und ich habe es daher auch unterlassen.

Ich hoffe, dass die Aufzeichnungen Ihnen nützlich sein werden.

Heil Hitler!

Ihr

**Jef Blume.**

Landesjugendführer.

In den Wintermonaten 1939, etwa im März, wurden Pg. Larsen, Pg. Dr. Clausen und Pg. Jef Blume nach Flensburg berufen, um an einer Besprechung des SS-Brigadeführers Berger teilzunehmen. Es waren ausserdem anwesend Dr. Kracht, SS-Untersturmführer Meissner und Bannführer W. Lönneker.<sup>1)</sup>

Brigadeführer Berger setzte auseinander, dass auf Befehl des Führers in den volksdeutschen Gebieten für die Waffen-SS geworben werden sollte. Die Geworbenen sollten später nach beendeter Dienstzeit in der Waffen-SS wieder in Nordschleswig Dienst tun (Wehrbauern, politische Führer usw.). Er sprach weiter über die ausgezeichneten Möglichkeiten, die die SS unseren jungen Leuten zu bieten habe: Offizierslaufbahn, weiteres Studium auf Kosten der SS, nach viereinhalbjähriger Dienstzeit Uebernahme in den Polizeidienst, in den Zolldienst, SD-Dienst usw. Ausserdem Einbau als Wehrbauern und dergleichen.

Von seiten Nordschleswigs wurden sehr starke Bedenken geäussert. In Nordschleswig hatte seit Jahren der Kampf um den Lebensraum eingesetzt. Auf bäuerlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet versuchte der Däne, uns den Lebensraum zu nehmen. Die Jugend hatte wenig Aussichten, wenn sie in der Heimat blieb, und die Gefahr hatte bestanden, dass eine Abwanderung einsetzen würde nach dem Süden und nach dem Norden. Um dieser Gefahr zu begegnen, hatte die Volksgruppenführung Jahre hindurch immer wieder der Jugend gesagt: Ihr habt in der Heimat zu bleiben, auch unter den schwersten Opfern. Ihr müsst sogar in der Heimat bleiben, wenn Ihr statt Ingenieur nur Schmied werden könnt. Es darf keine deutsche Position, kein Fussbreit deutschen Bodens in irgendeiner Form aufgegeben werden. — Diese Parole der Volksgruppenführung war von der Jugend sehr stark verstanden worden, und es war besonders schwer für die Volksgruppenführung, Leute für die SS zu werben, die damit auch die Heimat verlassen mussten, um im Reich eine Aufgabe zu übernehmen. Nachdem SS-Brigadeführer Berger aber zusicherte, dass unsere Volksdeutschen nicht ihre Staatsbürgerschaft verlieren würden, damit für sie immer die Möglichkeit bestehen würde, zurückzukehren und vor allem, weil nach seiner Aussage der Befehl vom Führer ausginge, glaubten die Vertreter der Volksgruppe an dieser Besprechung, zu dem Verlangen des Brigadeführers nicht Nein sagen zu können. In diesem Sinne wurde auch dem Volksgruppenführer berichtet. Es kann also festgestellt werden, dass die Volksgruppenführung die Aufgabe übernahm, für die Waffen-SS zu werben, auf die Gefahr hin, dass es u.U. als eine vollständige Kursänderung in der politischen Haltung angesehen werden könnte.

Nachdem in SK und DJN unter der Hand geworben worden war, meldeten sich etwa 100 Kameraden. 50—60 wurden tauglich gemustert und eingezogen (die Zahlen sind nur ungefähre, da sie aus der Erinnerung niedergeschrieben werden). Die Ausbildung begann in Hamburg-Langenhorn.<sup>2)</sup> Nach etwa zwei Monaten liess man dort eines Tages sämtliche Nordschleswiger antreten und teilte ihnen mit, dass sie aufgrund eines neuen Befehls die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben hätten. Die nordschleswigschen SS-Leute wurden dadurch in grosse Gewissenskonflikte gestürzt. Sie waren nun jahrelang erzogen worden in dem Gedanken, dass ein Verlassen ihrer Heimat und eine Aufgabe ihres dänischen Staatsbürgerrechts als Fahnenflucht angesehen werden würde. Man hatte ihnen ausserdem beim Verlassen Nordschleswigs gesagt, dass sie unter keinen Umständen ihr dänisches Staatsbürgerrecht aufgeben brauchten, sondern dass sie auch als dänische Staatsbürger in der Waffen-SS dienen könnten. Längere Zeit hindurch wussten sie nicht, wie sie entscheiden

sollten. Es endete damit, dass etwa 30—35 ihr dänisches Staatsbürgerrecht nicht aufgeben wollten. Sie wurden aus der SS entlassen und nach Nordschleswig zurückgeschickt. Etwa 17 Kameraden blieben da, die zum Teil aktiv in der SS bleiben wollten. Diese Kameraden dienten nun ena gewisse Zeit, ohne ganz darüber klar zu sein, was mit ihnen geschehen sollte. Als ihnen aber dann erklart wurde, dass sie beide Staatsbürgerrechte haben konnten, griffen sie zu und beantragten, das deutsche Staatsbürgerrecht zu erlangen. Längere Zeit hindurch hörten sie nichts weiter davon. Am 13. August 1940 erholden sie dann ihre Einbürgerungsurkunde, waren aber immer noch in dem Glauben, dass sie ausserdem noch ihre dänische Staatsbürgerschaft behalten hatten. Im Herbst 1941 wurden aber plötzlic von der dänischen Gesandtschaft bei ihnen ihre dänischen Reichspässe angefordert. Es hatte sich nämlic das zugetragen, dass die Dienststelle, die die Einbürgerung bearbeitet hatte, ohne über die wirklicen Gegebenheiten im Klaren zu sein, die Einbürgerung der dänischen Gesandtschaft mitgeteilt hatte. Dadurch verloren also unsere Kameraden automatisch das dänische Staatsbürgerrecht. Die Erbitterung war gross, weil es ja im krassen Gegensatz stand zu den Versprechungen, die man ihnen gemacht hatte.<sup>3)</sup>

Noch heute ist die Lage nicht geklart. Diese Kameraden weigern sich mit Recht, ihren Pass abzugeben und noch vor ganz kurzem ging eine Vorfrage bei der Volksgruppenführung ein, ob es möglich sei, ihnen dazu zu verhelfen, ihre dänische Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass bei der zweiten durchgeführten Werbung im Frühjahr 1940 unseren Kameraden, die zum Teil mit völlig falschen Voraussetzungen zur SS gingen, dieselben Versprechungen gemacht wurden. Als sie aber nach Klagenfurt kamen, wurde sofort die Staatsbürgerfrage akut. Man verlangte auch hier zunächst von ihnen die Aufgabe ihres dänischen Staatsbürgerrechts. Auch hier entstand bei diesem Verlangen überaus grosse Unruhe. Nach einer gewissen Zeit aber kam ein Befehl durch, dass sie ihre dänische Staatsbürgerschaft behalten konnten.

Da waren aber schon eine Anzahl von Nordschleswigern mit aus diesem Grunde aus der SS ausgeschieden und nach Nordschleswig zurückgekehrt.

<sup>1)</sup> Politidirektør Möller har til rapport af 22. januar 1947 udtalt, at Lönneker har udført hvervninger til SS før 9. april 1940 i Danmark eller måske snarere har hjulpet personer, som ønskede at blive hvervet, over gransen.

<sup>2)</sup> Angående hvervningen i 1939 har Gerhard Schütt til rapport af 2. oktober 1945 forklaret, at han i foråret 1939 kom på session i Flensborg. Han og de godt 200 andre tyskere, der havde meldt sig, blev kørt til Flensborg i danske lastbiler under ledelse af Peter Larsen. 50 af deltagerne blev udtaget. Efter sessionen kørte de tilbage over gransen, og i juni 1939 kom indkaldelsen. Uddannelsen foregik først i Radolfzell ved Bodensøen, men sidst i august blev de overført til Langenhorn. Det er formodentlig denne session, som omtales i Deichgräbers dagbog under 24. maj 1939: „Wichtige Sache in Flensborg. Musterung von 100 Nordschleswigsche Parteigenossen für ein SS-Bataillon“. Peter Larsen har iøvrigt benægtet rigtigheden af Schütts fremstilling, idet han for landsretten den 8. april 1949 har forklaret, at han intet har haft med denne sag at gøre, og at han ikke ved, at der på det tidspunkt skulle have fundet en session sted i Flensborg. Han mener, at de, der mønstredes efter mødet i Flensborg i 1939, havde været på session i Aabenraa. Jens Nielsen Harreby fra Haderslev har forklaret, at han meldte sig som frivillig på et hvervemøde i Flensborg i juni eller juli 1939. Mødet blev ledet af dr. Clausen. Til rapport af 3. oktober 1945 har dr. Clausen oplyst, at det er rigtigt, at han var med, formodentlig fordi Jef Blume havde forfald, men det drejede sig om en session, ikke om et hvervemøde. For landsretten har Harreby den 16. februar 1949 rettet sin forklaring til, at der var tale om en session.

<sup>3)</sup> I et brev, dateret Hamburg-Langenhorn 16. oktober 1939, skriver Gerhard Schütt til dr. Möller: „Mein Parteiführer! An Sie schreibe ich hier aus Hamburg aus der SS-Verfügungstruppe in einer für mich und für alle die Männer, die vor 3 Monaten auf Ihren Ruf hierher gezogen sind, entscheidenden Stunde, aus der ich mir keinen Ausweg finde“. Han fortæller, hvorledes kompagnichefen for nogle dage siden havde meddelt dem, at de, der ville forpligte sig for 4 år, skulle modtage tysk indfødsret, de andre kunne straks indgive ansøgning om afskedigelse. 35 mand bad herom, de andre besluttede sig til at modtage den tyske indfødsret, blandt dem også de unge, som før tiden havde forladt skolen i Aabenraa for at gå ind i SS. Schütt er selv i stærk tvivl om, hvad han skal gøre. Han står overfor sit livs største afgørelse og, siger han: „immer mit dem vor Augen, was für meine Heimat das Beste ist“. Han beder dr. Möller træffe afgørelsen. Efter hvad han senere har forklaret overfor politiet, fik han aldrig noget svar fra dr. Möller. Schütt skrev under på ansøgningen om tysk indfødsret, da hans kompagnichef erklærede, at han godt kunne bevare sin danske indfødsret, selvom han blev tysk statsborger.

## 288.

## Politidirektør Johann Heinrich Möllers redegørelse for sit forhold til hvervningen i Nordslesvig.

10. maj 1948.

Kpt. [Johann Heinrich Möller] har indvilliget i til nærværende Rapport at diktere paa sit Modersmaal, hvad han kender til, og hvad han har haft med Hvervningen at gøre:

„Im März 1940 erhielt ich den Befehl freiwillige Volksdeutsche für die Waffen-SS unter der deutschen Volksgruppe in Nordschl. zu werben. Über den Oberbürgermeister Dr. Kracht liess ich Dr. Möller bitten zu mir nach Flensburg zur einer Aussprache zu kommen. Diese Aussprache fand auf meiner Dienststelle statt. Ich habe Dr. Möller von meinem Befehl in Kenntnis gesetzt und ihn um seine Mitarbeit gebeten. Dr. Möller sagte grundsätzlich zu, bat mich aber Einzelheiten mit Dr. Clausen, Haderslev, zu besprechen. Weil ich nicht selbst nach Nordschl. fahren durfte, versprach er mir Dr. Clausen nach Flensburg zu schicken. Soweit ich erinnern kann ist Dr. Clausen bei mir gewesen und ich habe ihn von meinem Auftrag in Kenntnis gesetzt. Dr. Clausen sagte seine Unterstützung zu.<sup>1)</sup> Den Erfolg dieser Werbung kann ich nicht genau angeben, ich schätze ihn auf 20—30 Männer. Diese Art der ersten Werbung wurde überholt durch die Besetzung Dänemarks am 9.4.40, von der ich am 8.4.40 gegen 23 Uhr erfuhr.

Am 9.4.40 fuhr ich nach Nordschl. um sofort mit der Volksgruppe wegen der intensiveren Werbung Verbindung aufzunehmen. Ich habe am selben Tage mit Dr. Möller und auch mit Larsen kurze Besprechungen gehabt. <sup>2)</sup> Als ich gegen Mittag nach Flensburg zurück kam, lag dort ein telefonischer Anruf des Obergruppenführers *Berger* vor, jetzt die Werbung mit Nachdruck zu betreiben.

Ich bin in diesen Tagen wiederholt bei Dr. Möller und auch beim Organisationsamt der deutschen Volksgruppe gewesen und habe dort Richtlinien gegeben für den Anlauf der Werbung und Musterung. Da ich selbst keinen Apparat zur Verfügung hatte, verliess ich mich allein auf das Organisationsamt der deutschen Volksgruppe. Ich liess mir Vorschläge machen, an welchen Orten die Musterungen abgehalten werden sollten. Die Mitglieder der Volksgruppe wurden von der Volksgruppe zu diesen Musterungen bestellt. Ich habe Dr. Möller als Führer der Volksgruppe grundsätzlich von meinen Wünschen unterrichtet. Die Durchführung übertrug dieser dem Oberleutnant Larsen als Leiter des Organisationsamtes. Im Anfang war Dr. Clausen als SK-Führer auch verantwortlich mittätig. Den Volksdeutschen wurde von mir fest und bindend gesagt, dass es sich um eine militärische Ausbildung handle. Zweck dieser Ausbildung war auch die Förderung der Kameradschaft zwischen der Waffen-SS und der Volksgruppe. Ein Kriegseinsatz gegen England oder Frankreich käme grundsätzlich nicht in Frage. Diese Weisung hatte ich von Berlin. Dieser Standpunkt wurde von mir als wahr vertreten, da wir nicht damit rechneten, dass der Krieg zwischen England und Deutschland sich über das Jahr 1940 ausdehnen würde. Dass der Krieg sich später gegen die Sowjetunion und gegen die Vereinigten Staaten ausdehnen würde, hielt ich damals für unmöglich.

Diese Zusage war besonders entscheidend bei der späteren Werbung von Dänen für die Waffen-SS (SS-Regiment Nordland). Bei der Durchführung der Werbung von Volksdeutschen wurde von den Reichsstellen Gehorsam von diesen verlangt.

Einige Tage nach dem 9.4.40 fand im Deutschen Haus in Apenrade unter dem Vorsitz von Dr. Möller eine Sitzung statt, an der meiner Erinnerung nach 30—50 Personen teilnahmen. Auf meinen Wunsch hat Dr. Möller im Rahmen des Programms dieser Tagung die Anwesenden über die geplante Werbung für die Waffen-SS in Kenntnis gesetzt. Einzelheiten kann ich hierzu nicht mehr angeben.<sup>3)</sup>

Die Musterungen ging wie folgt vor sich: Nachdem Ort und Lokal festgelegt waren, wurden von der deutschen Volksgruppe die Mitglieder, die für die Musterung in Frage kamen, zu einem bestimmten Termin hinbestellt. Vom Ergänzungsamt der Waffen-SS wurde mir eine Musterungskommission, bestehend aus einem Leiter, Ärzten und Sanitäts-

dienstgraden und Schreibern, nach Nordschl. gegeben. Die erschienenen Männer wurden gemustert und ärztlich untersucht. Das Ergebnis der Musterung wurde auf einem entsprechenden Bogen niedergeschrieben. Neben den ärztlichen Feststellungen wurden auch Personaleintragungen gemacht. Zum Schluss musste der gemusterte diese Bogen unterschreiben.<sup>4)</sup>

Auf Grund dieser Musterungen erfolgte senere die Einberufungen zur Waffen-SS.“

Durchgelesen und von mir mit meiner Unterschrift bestatigt:

**Möller.**

Foranstaaende er af undertegnede skrevet efter Möllers Diktat i Overværelse af fornævnte Mr. GUYTE fra Penal Branch i Kiel:

**J. Guyte SSO III.**

**F. A. Bruun.**

Krm.obtj.

- <sup>1)</sup> Dr. Clausen har til rapport af 18. februar 1947 udtalt, at han ikke har kendt eller haft forbindelse med politidirektør Möller før 9. april 1940, og at han ikke har deltaget i det pågældende møde. Dr. Möller har ligeledes hævdet, at det ikke er ham bekendt, at dr. Clausen i Flensborg skulle have haft et møde med politidirektøren før 9. april 1940. Denne har dog overfor politiet bestemt fastholdt sin tidligere forklaring. I landsrettens møde den 11. april 1949 har både dr. Clausen, dr. Möller og Peter Larsen hævdet, at de ikke har drøftet hvervningsspørgsmålet med politidirektøren før 9. april 1940, og Jef Blume har den 12. april forklaret, at der ikke fandt hvervning sted i marts 1940.
- <sup>2)</sup> For underretten i Aabenraa har politidirektør Möller den 15. februar 1947 forklaret, at han den 9. april 1940 i Aabenraa førte forhandlinger med folkegruppens ledelse, dr. Möller, Peter Larsen, Jep Schmidt, Kortsch og Jef Blume, som erklærede sig villige til at medvirke ved hvervningen, til at organisere og iværksætte denne. Dr. Möller har for underretten den 20. maj 1948 benægtet, at der den 9. april 1940 blev talt om hvervningen. Dette skete først kort tid efter.
- <sup>3)</sup> Til rapport af 22. januar 1947 har politidirektør Möller forklaret, at dette møde fandt sted i slutningen af april eller begyndelsen af maj. Peter Larsen mener, at det var i maj. Deichgräber nævner datoen 2. juni (se A. nr. 283). Af „Nordschleswigsche Zeitung“ fremgår det, at der har været afholdt partirådsmøde den 2. juni 1940. Hvervningen omtales dog ikke i referatet, ligesom det heller ikke nævnes, at politidirektør Möller skulle have deltaget i mødet.
- <sup>4)</sup> Ved mønstringerne i 1940 blev der udfærdiget en såkaldt Untersuchungsbogen og en slags anmeldelsesblanket. Af et eksemplar af disse papirer, som stammer fra Tønder og er dateret den 23. april 1940, fremgår det, at anmeldelsen skulle udfærdiges af den mønstrede selv. Foruden oplysninger om navn, fødested og -dato, familieforhold, uddannelse m. m. skulle han oplyse, om han var medlem af NSDAPN, SK, DJN eller lignende, om han i forvejen tilhørte værnemagten eller politiet, hvornår indkaldelsen tidligst kunne ske, og om han havde været straffet. Blanketten, der var duplikeret og skulle underskrives af den pågældende, sluttede med følgende erklæring: „*Mir ist bekannt, dass ich keiner dritten Person, auch nicht meinen nächsten Freunden und Verwandten, etwas berichten darf*“. Undersøgelsesformularen er meget omfattende. Der gøres udførligt rede for forældre, søskende m. m. Det skal opgives, om vedkommende har haft børne- eller kønsygdomme, ligesom der gives oplysning om daglig tobaksrygning og om alkoholforbrug, om der drives sport eller haves sportslige udmærkelser. Lægen skulle ialt besvare 19 forskellige spørgsmål om den pågældendes legemlige kondition samt give en almindelig bedømmelse af hans duelighed.

2. Fra januar 1942 til 1. januar 1945.

289.

**Ribbentrop til forskellige gesandter, bl. a. i København, angående indkaldelse af et større antal folketyskere til våben-SS.**

17. jan. 1942.

**Geheime Reichssache!**

*Nur als Verschlusssache zu behandeln!*

**Telegramm**

(Offen)

Sonderzug, den 17. Januar 1942 1,53 Uhr  
Ankunft: den 17. Januar 1942 2,35 Uhr

- a) Chiffrierbüro Ausw. Amt
- b) Diplogerma
  - 1. Pressburg
  - 2. Agram
  - 3. Bukarest
  - 4. Kopenhagen

*CITISSIME!*

Nr. 73 vom 17. 1.

Geheimvermerk für geheime Reichssachen (M.B.D. 36 II).

*Für Gesandten persönlich.*

Es erscheint hier erwünscht, in stärkerem Masse, als dies bisher geschehen ist, aus der dortigen volksdeutschen Gruppe Freiwillige für die Waffen-SS zu werben. Soweit sich dies übersehen lässt, stehen in der dortigen Volksgruppe noch eine grosse Zahl von Männern zwischen 18 und 45 Jahren zur Verfügung, die im Wege der Werbung zur Waffen-SS zur Erhöhung unserer Mannschaftsbestände beitragen könnten. Bei meinem kürzlichen Aufenthalt in Budapest habe ich die Frage der Heranziehung solcher Volksdeutscher aus Ungarn zur Waffen-SS mit der ungarischen Regierung besprochen und dabei das Ergebnis erzielt dass diese sich bereit erklärt hat, einer Werbung von Volksdeutschen bis zur Höhe von 20.000 Mann zuzustimmen, allerdings unter der Voraussetzung, dass diese alsdann in Deutschland eingebürgert werden und damit die ungarische Staatsangehörigkeit verlieren. Bevor in einem gleichen Sinne mit der dortigen Regierung in Fühlung getreten wird, bitte ich Sie, mir drahtlich Ihre Auffassung mitzuteilen, welche Möglichkeiten Sie dort in dieser Hinsicht als vorliegend ansehen.

Gleichlautend an Agram, Bukarest, Kopenhagen, Pressburg.

**Ribbentrop.**

*Vermerk:*

An Diplogerma  
Bratislava 71  
Agram 71  
Bucuresti 178  
Kopenhagen 83  
weitergeleitet.  
Tel. Ktr. 17. 1. 42  
5,30

## 290.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående den tyske folkegruppes krigsindsats.**

20. jan. 1942.

**Geheime Reichssache!***Nur als Verschlusssache zu behandeln.***Telegramm**

(geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 20. Januar 1942 — 21.35 Uhr

Ankunft: — 20. — — — 22.30 Uhr

Nr. 92 vom 20.1.42.

*CITISSIME!*

Geheimvermerk für geheime Reichssachen (M.B.D.36 II).

Auf Drahterlass Nr. 83 (Dtschld.) vom 16. Januar.

Gesamtzahl wehrfähiger Volksgruppenangehöriger Nordschleswig wird rund 6000 (sechstausend) geschätzt. Hiervon sind zur Waffen-SS bereits 530, zur Wehrmacht etwa 100 eingezogen; 800 wurden seinerzeit von Waffen-SS als damaligen Aushebungsrichtlinien nicht genügend zurückgewiesen, weit über 1000 sind in Jütland und im Reichsgebiet für Kriegswirtschaft tätig. Schätzungsweise verbleiben 3500 Wehrfähige.

Heranziehung kann meines Erachtens ohne besondere Zustimmung hiesiger Regierung erfolgen, da sie nur als Fortsetzung bereits betriebener Werbetätigkeit erscheinen würde. Dagegen wird vorherige Verständigung mit Volksgruppenführung angezeigt sein.

**Renthe-Fink.**

## 291.

**Büro RAM til Luther angående hvervningen i Nordslesvig.**

22. jan. 1942.

**Geheime Reichssache.<sup>1)</sup>**

Büro RAM

*zu D. VIII 2/42 gRs.*

Herrn U.St.S. Luther  
vorgelegt.

Wie bereits fernmündlich mitgeteilt hat der Herr RAM die Anwerbung der im Tel. aus Kopenhagen Nr. 92 v. 20.1. gemeldeten Volksgruppenangehörigen gestattet und bittet Sie, das weitere in der Angelegenheit mit der SS zu behandeln.

„Westfalen“, den 22. Januar 1942.

**Weber**

<sup>1)</sup> Ovenover er med håndskrift tilføjet: *Sofort auf Deutsch[land] D VIII bitte Anruf. Luther.* <sup>22/1.</sup>

## 292.

**Det tyske udenrigsministerium (Luther) til gesandtskabet i København angående  
hvervningen blandt folketykerne i Nordslesvig.**

27. jan. 1942.

Geheime Reichssache!

zu D VIII 2/42 g Rs

Berlin, den 27. Januar 1942.

Telegramm i. Z.

(geh.Ch.V.)

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 139.

Referent: RR. Dr. Goeken.

Betrifft: Werbung von Volksdeutschen  
in Nordschleswig für die Waffen-SS.

CITO!

St.S.

RL.

Auf Drahtbericht Nr. 92 vom 20. Januar.

Der Herr Reichsaussenminister hat der Heranziehung weiterer wehrfähiger Volksdeutscher aus Nordschleswig zur Waffen-SS auf bisherigem Wege zugestimmt. Mit Volksgruppenführer Dr. Möller ist hierüber Verständigung anlässlich seines Berliner Besuchs erfolgt.

Dr. Möller wird entsprechenden Aufruf an Volksgruppe erlassen. Musterungskommission untersteht wie bisher Obersturmführer Lorenz von Ergänzungsstelle der Waffen-SS in Kopenhagen, durch den auch Einberufungen erfolgen.

Selbstverständlich bleiben Sie für die politische Seite der Gesamttaktion verantwortlich. Aus diesem Grunde wird Ihnen Lorenz zugeteilt und unterstellt.

Luther

Vor Abg.:

U. St. S. Pol. z. Mitz.

## 293.

**Peter Larsen til Vomi angående SS-frivillige fra Nordslesvig og deres  
problemer.**

29. jan. 1942.

Geheim!

Apenrade, den 29.1.1942.

Betr.: SS-Freiwillige aus Nordschleswig.

An

SS-Obergruppenführer Lorenz

Volksdeutsche Mittelstelle

Berlin

Keithstr. 29

Die deutsche Volksgruppe Nordschleswig hat sich seit Beginn des Krieges in erhöhtem Masse eingestellt auf die Reichspolitik und die Notwendigkeiten des Krieges. Sie hat dis-

zipliniert auf alles verzichtet, was ihrer Sache dienlich, dem Reich aber im Augenblick hinderlich sein könnte, und umgekehrt alles getan, was im Interesse des Reiches liegt. Die Führung hat diese Gedanken in die Volksgruppe getragen und ein starkes Echo gefunden. Opfersinn und Gemeinschaftsgefühl fanden ihren beredten Ausdruck in Taten, während die volksdeutsche Jugend sich zu den Fahnen drängte. Es stehen heute über 790 deutsche Nordschleswiger als Freiwillige in der Wehrmacht, davon etwa 550 in der Waffen-SS.

Während sich der Opfersinn mit der Schwere des Ringens steigert, ist in der Freiwilligenfrage eine bedauerliche Entwicklung eingetreten, indem die Begeisterung immer mehr einer allmählich wachsenden Erbitterung weicht. Die junge Mannschaft der S.K., die sich der Freiwilligenwerbung angenommen hat und heute auch die Angehörigen betreut, soweit es in den Kräften der Volksgruppe liegt, berichtet aus allen Orten übereinstimmend über steigende Ablehnung und einen Zustand der Verbitterung, der sich nicht nur stark hemmend auf die Werbung, sondern auch ausserordentlich ungünstig auf das politische Nachbarschaftsverhältnis im Grenzland auswirkt. Die Klagen der Volksgenossen gelten einer Reihe von Missständen, die hier im Einzelnen angeführt werden sollen. Es sind Fragen 1) der Fürsorge 2) des Heimaturlaubs 3) der Postverbindung 4) der Benachrichtigung und 5) der Zustellung von Hinterlassenschaften. Zu den einzelnen Punkten ist zu sagen:

ad 1) *Fürsorge.*

Sie arbeitete, besonders im Anfang, recht schlecht und die Auszahlung liess immer recht lange auf sich warten. In dem ersten Jahr dauerte es gewöhnlich 4—6 Wochen nach der Einberufung, sodass die Volksgruppe in zahlreichen Fällen mit den bescheidenen Mitteln, die wir für soziale Zwecke zur Verfügung haben, helfend eingreifen musste, um zu verhindern, dass die Angehörigen der Öffentlichkeit zur Last fielen, was dem Ansehen der SS in Dänemark sehr geschadet haben würde. Seit etwa einem halben Jahr hat sich das geändert. Das SS-Fürsorgeamt in Kopenhagen arbeitet jetzt schneller und grosszügiger. Heute ist die Fürsorge in jeder Beziehung zufriedenstellend. Berechtigte Klagen werden nicht mehr laut.

ad 2) *Urlaub.*

Nach mehreren, der volksdeutschen Öffentlichkeit unverständlichen Vorkommnissen ist eine Regelung getroffen worden, die es den SS-Freiwilligen ermöglicht, ihren Heimaturlaub in Nordschleswig zu verbringen. Es kommt jedoch noch immer wieder vor, dass volksdeutsche SS-Angehörige die Grenze nicht passieren können, weil die Dienststelle des betreffenden Truppenteils die zu dieser Regelung notwendigen Formalitäten nicht kennt.

Als Beispiel der obengenannten unverständlichen Vorkommnisse möchten wir anführen:

Der Freiwillige SS-Sturmmann Bendix Sörensen, Loit, musste seinen gesamten Urlaub in Flensburg verbringen. Es wurde ihm nur gestattet, sich mit seinen Angehörigen 1 Stunde lang über den Grenzschlagbaum hinweg zu unterhalten. Das war also in der Zeit vor dem 9.4.40.

Doch war es auch in vielen Fällen nach diesem Termin nur durch grösstes Entgegenkommen der 50. Standarte möglich, die Freiwilligen über die Grenze zu bringen.

Verschiedentlich weigerte sich auch der Truppenteil, den Freiwilligen Urlaub ins besetzte Dänemark zu gewähren. So musste der SS-Sturmmann Joachim Erichsen, Hadersleben, im Sept. 41 seinen gesamten Urlaub in Hamburg verbringen. Auch heute noch ist die Frage des Heimaturlaubs nicht geklärt. Auch der SS-Schütze Thomsen, Uk, musste von seinem 14 tägigen Urlaub 10 Tage in Flensburg verbringen, weil er die Grenze nicht passieren konnte.

Noch gestern — am 28.1.42 — mussten wir die Hilfe der Nebenstelle „Nordsee“, Kopenhagen, in Anspruch nehmen, um einen SS-Freiwilligen Christensen aus Lügumkloster, dessen Urlaub am 8.2. abläuft, über die Grenze zu bringen.

Ehe wir in solchen Fällen benachrichtigt sind und die Nebenstelle „Nordsee“ sich eingeschaltet hat, vergehen nämlich häufig mehrere Tage der so kostbaren Urlaubszeit. Eine unnötige Härte, die sich durch entsprechende Anweisung an die betreffenden Dienststellen sicherlich vermeiden liesse.

ad 3) *Postverbindung.*

Die Klagen über mangelhafte Postzustellung mehren sich von Tag zu Tag. Während anfänglich eine Ordnung getroffen war, bei der die Feldpost in Apenrade gesammelt wurde und dann über die 50. SS-Standarte in Flensburg ging und umgekehrt, muss alle SS-Feldpost heute über die Nebenstelle „Nordsee“ gehen. Seitdem reissen die Klagen nicht ab, dass die Sendungen unbegreiflich spät oder überhaupt nicht ankommen — besonders verschwinden sehr viele Pakete spurlos — während jegliche Feldpost, die auf anderen — illegalen — Wegen über die Grenze gebracht wurde, stets prompt ankam.

Beispielsweise hat der SS-Sturmmann Thomas Lorenzen, Bilderup-Bau, Feldpost-Nr. 18149 C seit dem 7.8.41 *keinerlei Post* empfangen. Dabei hat allein *eine* Familie seines Dorfes 30 Pakete und etwa 25 Briefe an ihn abgeschickt.

Annähernd das gleiche Verhältnis macht sich geltend bei dem Freiwilligen SS-Schützen Christiansen, Kekenishof, der jetzt 4 Monate ohne Postverbindung mit der Heimat ist.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die dänische Post häufig Pakete, die an die Nebenstelle „Nordsee“ adressiert sind, öffnet — obwohl es sich also um Inlandspost handelt, wenn sie Waren enthalten, für die eine Ausfuhrgenehmigung verlangt wird. Die Absender sind dann meistens der Ansicht, dass die Nebenstelle diese Praxis anwendet, was neue Erbitterung schafft.

Schliesslich möchten wir darauf hinweisen, dass durch eine bessere Postverbindung mit den Freiwilligen den Angehörigen viele unnötige Sorgen und Beunruhigungen erspart werden könnten, da sie heute oft 3—4 Monate ohne jede Verbindung sind, ganz abgesehen von dem Papierkrieg, der dadurch entsteht, dass wir uns in solchen Fällen auf Bitte der Angehörigen mit der Nebenstelle in Verbindung setzen, die darauf stets bereitwillig mit ihren Nachforschungen einsetzt. Wo die Fehler liegen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir möchten aber anregen, wieder zu der ersten Ordnung zurückzukehren, da man damit auch eine Postverbindung herstellen könnte zu den zahlreichen Freiwilligen bei anderen Wehrmachtsteilen, die den Weg über Kopenhagen nicht benutzen können.

ad 4) *Benachrichtigung.*

Dieses ist wohl der schmerzlichste Punkt. *Von unseren über 50 Gefallenen liegen bis heute noch keine 10 amtlichen Bestätigungen vor.* Nur in 2—3 Fällen konnte die erste Mitteilung an die Hinterbliebenen vom Truppenteil gegeben werden oder auch nur so, dass sie ungefähr gleichzeitig mit einer anderweitigen Benachrichtigung eintraf.

*Beispielsweise sind die Eltern der Gefallenen von Dnjepropetrowsk im September 41 noch alle ohne jede Mitteilung von der Truppe.* In einem Falle wurde dem Vater eines Freiwilligen durch einen Kameraden an der Front mitgeteilt, dass sein Sohn durch Kopfschuss gefallen sei. *Er wandte sich dann durch uns an die Nebenstelle „Nordsee“; aber der war es nach 5 Monaten noch nicht gelungen, den Truppenteil zu einer Bestätigung zu veranlassen. Darauf bat er seinen Schwager im Reich um seine Vermittlung und dieser Zivilist erhielt die Bestätigung prompt!* Am 2.9.41 fiel bei Dnjepropetrowsk der SS-Schütze Terp. Es war den Eltern nicht möglich, eine Bestätigung zu erhalten. Schliesslich wandte sich der Bruder des Vaters, der im Reich wohnt, an die Kompanie.

Der Kompanieführer teilte darauf unter anderem folgendes mit:

„Als Kompaniechef des B. *Terp* muss ich Ihnen leider die traurige Mitteilung machen, dass der Sohn Ihres Herrn Bruders am 2.9. bei einem Angriffsgefecht im Brückenkopf Dnjepropetrowsk gefallen ist. Leider ist es mir wegen der *postalischen Schwierigkeit* nicht möglich, direkt an die Eltern zu schreiben. Die Benachrichtigung über den Tod wird sicher durch eine andere Dienststelle bereits erfolgt sein“.

Diese Benachrichtigung ist bis heute noch nicht erfolgt. Wir sind durch unsere gute Zusammenarbeit mit der Nebenstelle „Nordsee“ zu der festen Überzeugung gekommen, dass man sich dort wirklich alle Mühe gibt, und wir vernehmen daher mit grossem Bedauern Äusserungen wie:

„Sind der SS denn unsere Jungs keine 20 Öre Porto wert?“ — Als Beweis wird von den Angehörigen angeführt, dass die Benachrichtigung bei den anderen Wehrmachtsteilen bedeutend besser klappt.

ad 5) *Hinterlassenschaften.*

Es muss leider festgestellt werden, dass auch die Rücksendung der Zivilkleider der Freiwilligen und der Hinterlassenschaften der Gefallenen alles andere als zufriedenstellend ist.

In mehreren Fällen verging über ein Jahr, in anderen kam überhaupt nichts an. *Verschiedentlich waren die gut verschlossenen Koffer erbrochen und ihres Inhalts an Anzügen, Mänteln und Schuhen beraubt.* Bezeichnend für die Wirkung solcher Vorfälle ist die Äusserung eines Vaters eines Gefallenen, dessen Zivilkleider ebenfalls gestohlen waren: „Wenn nun auch noch das bei der Einheit hinterlegte Geld meines Sohnes nicht ankommt, dann habe ich jegliches Vertrauen zur SS verloren“.

Schliesslich müssen wir noch darauf hinweisen, dass man verschiedentlich bei der *Einberufung Minderjähriger* nicht genügend darauf gesehen hat, ob die *Einwilligung der Eltern* auch vorlag. Unsere jungen Kameraden sind den Eltern — oder dem einen Elternteil — einfach durchgebrannt und einer von dieser ist bereits gefallen. Als der Sohn nach Deutschland verschwunden war, machte der Vater uns die heftigsten Vorwürfe. Im letzten Jahre sind uns allerdings keine solchen Klagen zu Ohren gekommen. — *Empörung* herrscht dagegen heute noch über die Tatsache, dass eine ganze Anzahl unserer ersten Freiwilligen durch die Drohung mit einer Entlassung dazu *gezwungen wurden, deutsche Staatsbürger zu werden*, obwohl ihnen von den zuständigen Stellen versichert worden war, dass sie ihr dänisches Staatsbürgerrecht selbstverständlich behalten würden. Wer nicht dänischer Staatsbürger ist, geniesst nämlich in Nordschleswig nicht Heimat- sondern nur Gastrecht, d. h. er kann nicht wählen, kein öffentliches Amt bekleiden usw., dagegen kann er jeder Zeit als lästiger Ausländer abgeschoben werden. Vom Grenzland her gesehen, ist er also für das Deutschtum verloren. —

Da man sich vor Augen halten muss, dass sich diese Vorgänge abspielen in einem Grenzland unter den scharfen Blicken eines nationalen Gegners und begleitet von seinen hämischen Bemerkungen, erübrigt es sich wohl, über ihre Wirkung zu sprechen.

Die Volksgruppenführung hat von sich aus alles getan, um einem weiteren Absinken der Stimmung zu beugen.

Sie hat aus dem Grunde eine besonders grosszügige Weihnachtsbetreuung der Angehörigen durchgeführt und die S. K. besonders geeignete Vertrauensmänner ernennen lassen, deren Aufgabe es ist, die Angehörigen regelmässig aufzusuchen, ihnen zuzureden, behilflich zu sein in jeder Beziehung und alle üblichen<sup>1)</sup> Gerüchte sofort niederzuschlagen und dem Organisationsamt zur Nachprüfung zu melden.

Das Organisationsamt bemüht sich seit langem um restlose Befriedigung aller berechtigten Wünsche von Seiten der Angehörigen und kann sich einer guten und reibungslosen Zusammenarbeit mit der Nebenstelle „Nordsee“ erfreuen.

Die oben geschilderten Missstände, auf die wir leider keinen Einfluss haben, müssen aber unbedingt abgestellt werden, wenn eine weitere erfolgreiche Werbung durchgeführt und Unheil verhütet werden soll.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen

S.K.-Führer und Beauftragter für  
die SS-Werbung und Betreuung.

F.d.R.d.A.

(Ulaeseligt navn).

SS-Untersturmführer

<sup>1)</sup> Skal formodentlig være: *üblen*.

## 294.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående hvervning  
af folketykere til våben-SS.**

5. feb. 1942.

**Geheime Reichssache!**

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.*

**Telegramm**

(Geh.Ch.V.)

Kopenhagen, den 5.2.42 01.15 Uhr  
Ankunft den 5.2.42 3.00 Uhr

Nr. 168 vom 4.2.42

Auf Drahterlass Nr. 139 (D VIII 2/42 g Rs.) vom 27. Januar.

1.) Wegen Heranziehung weiterer wehrfähiger Volksdeutscher Nordschleswigs zu Waffen SS stattfand heute Besprechung mit Volksgruppenführer Dr. Möller. Werbung wird voraussichtlich nächste Woche einsetzen. Nach Aufruf Volksgruppenführers, der in volksdeutscher Presse veröffentlicht und durch Rundschreiben weitgehend verbreitet wird, sollen zahlreiche Werbeveranstaltungen in Nordschleswig und auch unter volksdeutschen Arbeitern auf Fliegerhorsten und Bauplätzen [der] Wehrmacht in Nordjütland stattfinden; Volksgruppenführer wird sich auch an volksdeutsche Arbeiter im Reich wenden.

2.) Habe mich wegen Freigabe bei Wehrmacht in Dänemark beschäftigten volksdeutschen Arbeitern mit Befehlshaber deutscher Truppen und General der Luftwaffe in Dänemark in Verbindung gesetzt und mitgeteilt, dass als Ersatz die Gestellung volksdeutscher Arbeiter älterer Jahrgänge und dänischer Nationalsozialisten geplant. Befehlshaber und General der Luftwaffe zusagten umgehende Prüfung, hinwiesen aber auf ... (fehlt anscheinend Klartext) Spezialarbeiter freizugeben. Halte es für zweckmässig, dass Oberkommando der Wehrmacht eingeschaltet und Freigabe möglichst grossen Umfanges im Rahmen der Austauschmöglichkeiten anzuraten.

3.) Dr. Möller wurde bei letzter Besprechung in Berlin von SS Gruppenführer Berger, SS-Hauptamt mitgeteilt, dass nur Jahrgänge 1909 und jüngere für Meldung in Frage kommen, während im Drahterlass Nr. 83 vom 16. Januar von Wehrfähigen im Alter von 18 bis 45 Jahren die Rede ist. Erbitten Weisung, auf welche Jahrgänge sich Werbung erstrecken soll.

**Renthe-Fink**

## 295.

**Det tyske udenrigsministerium til OKW angående hvervning blandt folketykerne på de tyske flyve- og byggepladser i Nørrejylland.**

7. feb. 1942.

**Geheime Reichssache!**

*Durchdruck als Konzept.*

AUSWÄRTIGES AMT

*Berlin, d. 7. Februar 1942*

*D VIII 15/42 g Rs I*

1.

**Schnellbrief!**

Mit Beziehung auf das Schreiben des  
Auswärtigen Amtes vom 7.2.42  
— DVIII 14/42 g Rs. —

*An*

*das Oberkommando der Wehrmacht  
Abteilung Ausland.*

Bei der Heranziehung weiterer wehrfähiger Volksdeutscher Nordschleswigs ist gemäss einer Abrede zwischen dem Deutschen Gesandten von Renthe-Fink in Kopenhagen und dem Volksgruppenführer Dr. Möller vorgesehen, dass die Werbung auch auf volksdeutsche Arbeiter auf den Fliegerhorsten und Bauplätzen der Wehrmacht in Nordjütland ausgedehnt werden sollen. Wegen der Freigabe dieser bei der Wehrmacht in Dänemark beschäftigten volksdeutschen Arbeiter hat sich der Deutsche Gesandte in Kopenhagen mit dem Befehlshaber der deutschen Truppen und dem General der Luftwaffe in Dänemark in Verbindung gesetzt und ihnen mitgeteilt, dass als Ersatz die Gestellung volksdeutscher Arbeiter älterer Jahrgänge sowie dänischer Nationalsozialisten geplant sei. Der Befehlshaber und der General der Luftwaffe sagten umgehende Prüfung trotz der Schwierigkeit, Spezialarbeiter freizugeben, zu.

Das Auswärtige Amt bittet, zu veranlassen, dass im Rahmen der Austauschmöglichkeiten die Freigabe volksdeutscher Arbeiter, die bei der Wehrmacht in Dänemark beschäftigt sind, für die Heranziehung zur Waffen-SS — in möglichst grossem Umfange erfolgt.

Für eine Mitteilung hierüber wäre ich dankbar.

Im Auftrag

gez. **Triska**

2. Unter je eine Abschrift von 1 ist zu setzen:

a) *An das SS-Hauptamt  
Ergänzungsamt der Waffen-SS  
z. Hd. von SS-Sturmbannführer Riedweg  
Berlin W 15  
Lützowstr. 48—49*

b) *An die Volksdeutsche Mittelstelle.  
Berlin W 62  
Keithstr. 29  
— je besonders —*

Durchdruck übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

I. A.

gez. **Goeken**

## 296.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående hvervning  
blandt folketyskere i Tyskland.**

10. feb. 1942.

**Geheime Reichssache!**

*Nur als Verschlussache zu behandeln.*

**Telegramm**

(G.Schreiber)

København, den 10. Februar 1942 18.15 Uhr  
Ankunft — 10. — — 19.05 —

*Nr. 196 vom 10. 2. 1942.*

*An Auswärtig Berlin.*

Auf Drahterlass Nr. 219 (D VIII 15/42 g. Rs. II) vom 7.2.

Führer Volksgruppe Nordschleswig, der davon unterrichtet wurde, dass von Werbung unter volksdeutschen Arbeitern im Reich Abstand zu nehmen ist, hinweist darauf, dass Erfolg Werbung Dänemark in Frage gestellt, wenn für Volksdeutsche im Reich, die mehr als  $\frac{1}{3}$  der wehrfähigen Volksgruppe darstellen, Sonderregelung geschaffen wird. Standpunkt, dass Werbung grössere Kraft, wenn sich Appell in gleicher Weise an alle Volksdeutschen richtet, pflichte ich bei. Von zur Zeit bei Waffen-SS dienendem Jugendführer Volksgruppe Jef Blume traf inzwischen in Nordschleswig Nachricht aus Berlin ein, das Hauptamt der Waffen-SS habe ihm in Besprechung 7.2. erklärt, dass Werbung Volksgruppe auch die Volksdeutschen im Reich umfassen solle.

Erbitte Prüfung und Drahtweisung.

**Renthefink**

## 297.

Dr. Møllers opfordring til at melde sig som frivillig  
(offentliggjort i „Nordschleswigsche Zeitung“ 18. februar 1942).

10. febr. 1942.<sup>1)</sup>

## Kameraden!

Wir stehen im Aufmarsch zum Endkampf für die Freiheit unseres Volkes. Seine Existenz und die Sicherheit ganz Europas sind abhängig von der Vernichtung des Bolschewismus. Die Fronten sind klar. Deutschland führt im Kampf gegen den Weltfeind. Deutschlands Sieg ist die Vernichtung dieses Feindes.

**Darum muß und wird Deutschland siegen!**

Deutschland ruft heute jeden zum letzten, höchsten Einsatz, damit es selbst lebe und seine hohe geschichtliche Mission erfülle.

Mit wahrhaft einzigartiger Tapferkeit und Disziplin steht das deutsche Volk im Reich im großen Entscheidungskampf. Der deutsche Mann trägt die Waffe in einer vorbildlichen, geschichtlichen Haltung. Ihn rief zwar das Gesetz, aber das innere Gesetz seines Herzens machte ihn zum besten Soldaten der Welt.

Dieses innere Gesetz, das mit Buchstaben nichts mehr zu tun hat, ruft auch uns. Es ist bindend für jeden Deutschen Nordschleswigs.

Nichts kann uns lösen von unserer inneren Verpflichtung. Wir stehen zu unserem Volk in jeder Stunde. Es soll uns auch im Aufmarsch zum Endkampf finden.

### **Darum rufe ich alle Kameraden der Jahrgänge 1902-1923 zum freiwilligen Wehrdienst!**

Ich erwarte die Meldung eines jeden Kameraden der Jahrgänge 1909—23 ohne Rücksicht auf seine Tauglichkeit und Abkömmlichkeit, über die später entschieden wird. Ich ersuche zudem die Kameraden der Jahrgänge 1902—1908, im Rahmen des Möglichen von dieser letzten Bewährungsprobe Gebrauch zu machen.

In den Regimentern der Waffen-SS haben unsere Kameraden bis zum letzten Opfer ihre Pflicht getan. Sie rufen auch uns zum höchsten Dienst am Volk und zur Treue gegenüber dem Führer und seinem großen Werk.

Dem Ruf des Führers sind bisher 900 heimatberechtigte deutsche Nordschleswiger gefolgt. Sie stehen im Waffenrock des Dritten Reiches.

1914 eilten wir älteren zu den Waffen und standen vier schwere Jahre an allen Fronten für Deutschland.

### **Kameraden!**

**Als alter Frontkämpfer rufe ich heute Euch,  
und ich weiß, daß niemand sich dem Ruf ver-  
sagen wird; denn Deutschland heißt unsere  
Liebe, und unsere Ehre heißt Treue!**

Gravenstein, den 10. Februar 1942.

  
Volksgruppenführer

<sup>1)</sup> I „Nordschleswigsche Zeitung“ for 20. febr. 1942 meddeltes det, at gennemførelsen af hvervningen var blevet overdraget Peter Larsen og Jof Blume, og at hver enkelt folkefølle indenfor de indkaldte Argange i de nærmeste dage ville få tilsendt de nødvendige oplysninger og papirer. Den 23. febr. blev der givet meddelelse om, at tilmeldelsesfristen var blevet fastsat til 5. marts.

## 298.

**Gesandtskabet i København til det tyske udenrigsministerium angående  
dr. Møllers opråb om hvervning i Nordslesvig.**

14. feb. 1942.

Geheim!

**Telegramm<sup>1)</sup>**  
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 14. Februar 1942 — 23.15 Uhr  
Ankomst: — 15. — — — 0.15 Uhr

Nr. 217 vom 14.2.42.

CITISSIME!

Mit Beziehung auf fernmündliche Weisung von Reg.Rat Goeken vom 14.2.1942 und Drahterlass Nr. 264 (D VIII 43 g) vom 14. 2. —

Volksgruppenführer Dr. Moeller beabsichtigt folgenden Aufruf zur Werbung in Nord-schleswig zu erlassen:<sup>2)</sup>

.....

Moeller hat Wortlaut Aufrufs heute vormittag bereits fernmündlich volksdeutscher Mittelstelle mitgeteilt, die nach seiner Angabe ihr Einverständnis gegeben hat. Erbitte Drahtweisung, ob Aufruf in vorstehender Form ergehen kann.

**Barandon.**

<sup>1)</sup> Ovenover er noteret: *Gemäss Rücksprache mit Herrn LR. Dr. Goeken am 16. II. früh sofort D VIII vorzulegen.*

<sup>2)</sup> Dr. Møllers udkast, som udelades her, er i alt væsentligt overensstemmende med det opråb, der blev udsendt (se A. nr. 297). Dog indeholder det enkelte sætninger, som ikke kom med i den endelige udformning. Efter *Darum muss und wird Deutschland siegen* hedder det: *Deutschland aber sind wir. Wo ein Deutscher lebt und kämpft, ist Deutschland.* Lidt længere nede, efter *Deutschen Nord-schleswigs: Deutschlands Schicksal ist unser Schicksal. Es ist das Schicksal unserer Heimat.* Den følgende sætning har i udkastet en lidt anden form end i opråbet: *Nichts kann uns lösen von der Verpflichtung gegenüber diesem Schicksal.* Antallet af tyske frivillige angives til 881 i stedet for til 900.

Til en rapport af 19. maj 1947 har Kassler forklaret, at det var efter egen tilskyndelse, at dr. Møller forelagde udkastet til opråbet for gesandtskabet.

## 299.

**Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående  
dr. Möllers opråb om hvervning til våben-SS.**

16. feb. 1942.

Berlin, den 16. Februar 1942

zu D VIII 50/42 g

Ref.: R.R. Dr. Goeken

Offen  
mit G. Schreiber!

**Telegramm (G-Schreiber)**

oder

**Telegramm i Ziffern (Geh.Chiff.Verf.)<sup>1)</sup>**

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 268.

Betrifft: Aufruf von Volksgruppenführer  
Dr. Möller zum Eintritt in die  
Waffen-SS.

Auf Nr. 217 vom 14.2.

*CITISSIME!*

Bitte Volksgruppenführer Dr. Möller zu veranlassen, in seinem Werbeaufruf für den Eintritt in die Waffen-SS folgende Sätze zu streichen:

Satz 7 und 8: „Deutschland aber sind wir. Wo ein Deutscher lebt und kämpft, ist Deutschland.“ Satz 15 und 16: „Deutschlands Schicksal ist unser Schicksal. Es ist das Schicksal unserer Heimat.“ Satz 17 wäre dementsprechend wie folgt abzuändern: „Nichts kann uns lösen von dieser inneren Verpflichtung.“

Nach Vornahme dieser Abänderungen ist Auswärtiges Amt mit Veröffentlichung Aufrufs einverstanden. Volksdeutsche Mittelstelle ist unterrichtet.

**Luther.**

<sup>1)</sup> Af påtegningen fremgår det, at telegrammet bl. a. har været forelagt v. Grundherr. I marginen er bemærket: *Der Eilbedürftigkeit wegen gemäss fernmündlicher Besprechung og med håndskrift: Brigadeführer Behrends wurde entsprechend unterrichtet.*

**300.****Luthers optegnelse angående hvervningen blandt den tyske folkegruppes medlemmer.**

21. feb. 1942.

Ref.: RL Triska

zu D VIII 63/42 g

**Geheim!**

Die Dänen haben laut Drahtbericht Nr. 237 vom 19.2. den Aufruf Dr. Möllers zum Eintritt in die Waffen-SS ohne Kommentar wiedergegeben. Gleichzeitig hat der dänische Rundfunk einen sehr unfreundlichen Kommentar veröffentlicht. Darin wird behauptet, dass Möller mit der Teilnahme Volksdeutscher am deutschen Feldzug im Osten seine Grenzrevisionsforderungen verknüpfen will.

Im Hinblick auf die Empfindlichkeit der Dänen in dieser Frage hält Abteilung Deutschland es nicht für richtig, den reichsdeutschen Rundfunk für die Werbung in Nord-schleswig einzusetzen. Ausserdem ist mit SS-Gruppenführer Berger verabredet, und später von Dr. Riedweg nochmals bestätigt, dass unter den Nordschleswigern, die im Reich tätig sind, nicht geworben werden soll.

Abteilung Deutschland schlägt vor, der Bitte des Volksgruppenführers Dr. Möller nicht stattzugeben und anliegendes Telegramm zur Absendung zu bringen.

Hiermit  
über U.St.S.Pol.  
zur Vorlage beim  
Herrn St.S.

*Berlin, den 21. Februar 1942.***Luther.****301.****Peter Larsens opråb i „Nordschleswigsche Zeitung“ til SK-mændene om at melde sig som frivillige.**

23. feb. 1942.

SS

**SK-Männer!**

**Heute ist eure Stunde gekommen!  
Deutschland ruft!**

Jahrelang habt Ihr der Heimat in Treue gedient, Anstrengungen und Arbeit auf Euch geladen, Unterordnung und Disziplin geübt, besonders auch dann, wenn es uns schwer fiel.

*Ich danke Euch dafür.*

Mit Stolz stelle ich fest, dass der grösste Teil unserer Freiwilligen aus Euren Reihen hervorgegangen ist. Der politische Soldat der Heimat reihte sich ein in das stolze graue Heer unseres Führers, und schritt der Tod durch ihre Reihen, so wissen wir: Es war keiner dabei, dessen letzter Gedanke nicht war:

*Für Heimat und Führer!*

*Deutschland ruft heute jeden waffenfähigen Mann. Ihr wisst damit, was Ihr zu tun habt. Wenn Deutschland ruft, gelten keine Bedenken. Die Jahrgänge 02-23 sind aufgefordert worden. Ob Ihr eingezogen werdet, liegt nicht bei Euch, die SK erwartet aber, dass jeder Führer und Mann sich melde.*

„Für Heimat und Führer tut Eure Pflicht  
und wisset, wer die Treu bricht  
aus feiger Angst um sein kleines Leben,  
dem wird die Heimat nie Heimstatt mehr geben.“

Unser Wahlspruch heisst: *Unsere Ehre heisst Treue!*  
*Bekannt Euch zum Geist der SK durch die Tat!*

**P. Larsen,**  
S K.-Führer.

## 302.

**Opråb fra den tyske skoleforening til de tyske lærere om at  
melde sig som frivillige.**

**24. feb. 1942.**

DEUTSCHER SCHULVEREIN  
FÜR  
NORDSCHLESWIG

*Apenrade, den 24.2.1942.*

An  
*alle deutschen Lehrer.*

Der deutsche Schulverein für Nordschleswig erwartet jetzt, dass *alle* Lehrer der Geburtsjahrgänge 1902—23 dem Aufruf unseres Volksgruppenführers, sich für den Waffendienst zu melden, Folge leisten, und zwar ist es ganz gleich, ob die Betreffenden die deutsche oder die dänische Staatsbürgerschaft besitzen und ob sie an einer kommunalen oder privaten deutschen Schule tätig sind.

Heil Hitler!

**C. Elholm.**

## 303.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående hvervning  
blandt den tyske folkegruppes medlemmer og om fritagelse for tjeneste.**

25. feb. 1942.

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 25. Februar 1942 20.30 Uhr  
Ankunft den 25. Februar 1942 21.40 Uhr

Nr. 272 vom 25.2.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 237 (D VIII) vom 19.2.ds.Js.

Werbung Volksdeutscher Nordschleswigs für Eintritt Waffen-SS hat Ende voriger Woche in Nordschleswig begonnen und setzt 2. März auf Fliegerhorsten und Baustellen der Wehrmacht beschäftigten volksdeutschen Arbeiter in Nordjütland ein. Auch Volksdeutsche im Reich werden bereits von Werbung erfasst. Die für sie zuständigen „Ergänzungs“-stellen im Reich sind eingeschaltet. Nach Feststellung Meldeergebnisses werden alle gemeldeten Freiwilligen von hiesiger SS-Ergänzungsstelle gemustert werden. Die für sofortige Einberufung Geeigneten werden voraussichtlich Anfang April einberufen.

Es ist geplant, Kommission einzusetzen, die in schwierigen Fällen über Abkömmlichkeit entscheiden soll, z. B. bei selbständigen Jungbauern, Handwerkern und Geschäftsinhabern auf dem Lande. Auch soll die Kommission Massnahmen zum Schutz und Aufrechterhaltung volkstums-politisch wertvoller Betriebe treffen, deren Fortführung durch Einberufung in Frage gestellt wird. Als Mitglieder Kommission sind in Aussicht genommen: Mehrere Vertreter Volksgruppenführung, Hauptsturmführer Lorenz und Leg.Sekr. Kassler. Halte es ausserdem für notwendig, dass ein Vertreter Volksdeutscher Mittelstelle zum Mitglied Kommission bestimmt wird und darf bitten, sich gegebenenfalls mit Volksdeutscher Mittelstelle in Verbindung zu setzen. Kommission müsste nach Abschluss Musterungen mehrere Male Schleswig zusammentreten.

Erbitte Drahtweisung, ob mit vorgeschlagener Regelung einverstanden.

**Renthe-Fink**

## 304.

**Vomi til det tyske udenrigsministerium angående Uk-spørgsmålet.**

7. marts 1942.

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

Berlin W 62, den 7. Mrz. 1942  
Keithstrasse 29**Geheim!**

Betr.: Werbung der Waffen-SS in Nordschleswig.

Aktz.: E 201/8 Ri./vh.

*An das**Auswärtige Amt**Abt. D. VIII**z.Hd. von Gauamtsleiter Triska**Berlin W. 8*

Unter Bezugnahme auf die zwischen Herrn Dr. Goeken und dem Unterzeichneten geführte Unterredung spricht sich die Volksdeutsche Mittelstelle gegen die Einsetzung einer Kommission zur Entscheidung über Uk-Stellungen bei der Werbeaktion in Nordschleswig aus. Es ist Angelegenheit der Volksdeutschen Mittelstelle über die Frage der Unabkömmlichkeit zu entscheiden<sup>1)</sup>. Sie hat den Volksgruppenführer angewiesen, die in Frage kommenden Fälle der Volksdeutschen Mittelstelle zu unterbreiten.

Heil Hitler!

I. A.

**Rimann.**

<sup>1)</sup> I marginen udfor denne sætning er skrevet: *Ja.*

## 305.

**Renthe-Fink meddeler det tyske udenrigsministerium det foreløbige resultat af hvervningen blandt den tyske folkegruppes medlemmer.**

19. marts 1942.

**Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 19. März 1942 13.20 Uhr

Ankunft: — 19. — — 14.00 —

Nr. 395 vom 19.3.1942.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 272 (D VIII 72 g.) vom 25.2.1942.

Vorläufiges Meldeergebnis der Werbung der deutschen Volksgruppe Nordschleswig für Waffen-SS beläuft sich auf 1197 Volksdeutsche aus Jahrgängen 1902—1923. Davon entfallen 922 auf zur Zeit in Nordschleswig Ansässige, 241 auf ausserhalb Nordschleswig bei

Wehrmachtsdienststellen in Dänemark beschäftigte und 34 im Reich tätige Volksdeutsche. In kleinerem Umfange laufen täglich noch weitere Meldungen ein, insbesondere gelegentlich der gegenwärtig in den einzelnen Orten durchgeführten Musterungen. Volksgruppe rechnet bei dem demnächst bevorstehenden Abschluss ihrer Werbeaktion mit Gesamtziffer von etwa 1500 Meldungen. Zur Zeit durchgeführte Musterungen werden Anfang April abgeschlossen sein. Wieviel nach Prüfung Kriegstauglichkeit und Entscheidung über Abkömmlichkeit, insbesondere auch über Freigabe durch Wehrmacht, soweit dort als Arbeiter beschäftigt, einberufen werden können, steht noch nicht fest, es muss aber angenommen werden, dass etwa 50 Prozent nicht zur Einberufung gelangen.

Weiterer Bericht bleibt vorbehalten.

**Renthe-Fink**

## 306.

### **Kredsledelsen i Tønder til afdelingslederne angående retningslinier for hvervning m. m.**

**14. april 1942.**

NSDAP-N.  
Kreisleitung.

*Tøndern, den 14. 4. 1942.*

*An die  
Ortsgruppenleiter der NSDAP-N.  
des Kreises Tøndern.*

Die militärische Lage ist günstig. Schwierig ist die Frage der Versorgung Europas. Diese beiden Punkte sowie die Richtlinien in Deutschland müssen daher bei einer Uk-Stellung berücksichtigt werden. Im Allgemeinen gilt folgendes:

1. Einzige Söhne, sofern sie Hoferben sind, werden von der Volksgruppe nicht freigegeben.
2. Lehrlinge nur, wenn sie die schriftliche Einwilligung der Eltern (Vormund) vorlegen.
3. Arbeiter im Norden unterstehen in der Uk-Erklärung den jeweiligen Behörden. Im Süden entscheidet das Arbeitsamt.
4. Selbständige Bauern werden freigegeben, wenn der Betrieb nicht gefährdet ist.
5. Kaufleute und Handwerker, wenn die Gewähr gegeben ist, dass der Betrieb weiter läuft.
6. Die Werbung wird fortgesetzt, gilt aber nur für die Jahrgänge 09—23. Meldungen von selbst. Bauern und selbst. Handwerkern aus diesen Jahrgängen werden nur entgegen genommen, wenn gleichzeitig eine Erklärung vorliegt, dass sie abkömmlich sind.
7. In der Zeit vom 10—20. Mai finden Nachmusterungen statt. Dann ist die Werbeaktion abgeschlossen. Diese Werbung gilt für alle Wehrmachtsteile.
8. Wer aus den Jahrgängen 09—23 sich dann nicht gemeldet hat, muss als Drückeberger angesehen werden und hat mit dem Ausschluss aus der Partei bzw. S. K. und Jungenschaft zu rechnen.
9. Das bedeutet nicht, dass irgend einer Richter über andere sein soll. Ev. Massnahmen geschehen von der Parteileitung aus. Einzelaktionen kommen nicht in Frage.

10. Wenn behauptet wird, dass nur kleine Leute eingezogen werden, dagegen keine Bauern, so ist festzustellen, dass gerade unter den Freiwilligen viele Bauern sind. Eine genaue Aufstellung über die Berufe der Freiwilligen wird noch folgen. Im übrigen ist *Militärdienst Ehrendienst*.

11. Neuanmeldung für die Partei aus den Jahrgängen 09—23 werden nur berücksichtigt, wenn eine Freiwilligenmeldung vorliegt.

12. SS-Angehörige oder Wehrmichtsangehörige der Volksgruppe können sofort Pg. werden. Der Beitrag der Eingezogenen ruht.

13. In der nächsten Zeit finden Versammlungen in Tondern, Hoyer, Lügumkloster und Scherrebeck statt. Der Termin wird von Org.-Amt bestimmt. Zu diesen Versammlungen werden *nur Männer* und zwar *alle Männer* ohne Ausnahme eingeladen. (Auch gemusterte).

14. Etwa Mitte Mai findet in Tingleff eine Amtswaltertagung statt.

15. Im Zuge der Freiwilligenbetreuung müssen *umgehend* alle SS-Freiwilligen namhaft gemacht werden, die 1 Jahr und länger keinen Heimatsurlaub gehabt haben. Termin: 19. April bei der Kreisleitung.

Heil Hitler!  
Die Kreisleitung.  
I. A.  
(Ulæseligt navn).

## 307.

### Berger til Himmler angående forhandlinger i Oslo og København.

17. april 1942.

DER REICHSFÜHRER-SS  
CHEF DES SS-HAUPTAMTES

Berlin W 35, den 17.4.1942

CdSSHA/Be/Bo/Tgb.Nr. 131/42 g.Kdos.

2 Ausfertigungen  
Prüf. Nr. 1

Geheime Kommandosache.<sup>1)</sup>

Betr.: Besprechungen in Oslo und Kopenhagen  
Anlg.: — 2 — (4 Seiten)

An den  
Reichsführer-SS.  
Führerhauptquartier.

Reichsführer!

.....

Dänemark:

Mittwoch Abflug nach Kopenhagen mit erheblichen Schwierigkeiten in einer Transportmaschine der Luftwaffe.

Abends Besprechung mit SS-Oberführer v. Kanstein, Dr. Riedweg, der ein paar Tage Urlaub in Kopenhagen verbringt, SS-Hstuf. Leib und SS-Hstuf. Lorenz.

Die Verhältnisse in Dänemark sind im Augenblick durch das dauernde Hereinregie-

ren des Auswärtigen Amtes und durch die Anmassung desselben, „dass es die Partei Clausens zu führen und zu leiten hätte“, gespannt.

Der Militärbefehlshaber ist, dank der Arbeit des SS-Oberführers v. Kanstein, voll auf unserer Seite, hat sich dahingehend ausgedrückt, dass man in Dänemark bei einer geradeliegenden Politik das ganze Volk gewinnen könnte, dass aber mit Kautschukmännern nichts zu machen sei und letztere für das Grossdeutsche Reich eine schwere Gefahr werden können.

Mit Kanstein wurde folgendes besprochen:

- .....
2. Mit der Volksgruppe in Nord-Schleswig hat es einige Schwierigkeiten gegeben. Diesesmal ist aber nicht Möller an der Sache schuld, sondern
    - a) einmal ein SS-Unterscharführer Peissen, der in der Volksgruppe zunächst als Mittler zwischen Möller und Clausen war, sich dann aber eindeutig gegen Möller gestellt hat und sich nun in einem Heftchen öffentlich gegen diesen wendet. Dieses Heft trägt unsere SS-Rune. Ich habe veranlasst, dass es eingezogen wird.
    - b) Es wurde eine Reihe von Volksdeutschen in die Legion hereingegeben. Möller wendet sich mit eingehender Begründung dagegen und sagt, wenn später Volksdeutsche mit Fronteinsatz als Unterführer und Führer zur Legion kämen, sei das richtig, nicht aber als Nichtausgebildete! Ich habe dem zugestimmt und beim SS-Führungshauptamt veranlasst, dass derlei Versetzungen nicht vorkommen, es sei denn, sie seien mit mir, bzw. dem Volksgruppenführer besprochen. Auf das hin hat sich Möller bereiterklärt, 200 SS-taugliche Volksdeutsche anfangs nächster Woche in Marsch zu setzen.
  3. Ich habe die feste Überzeugung, dass der Unterstaatssekretär Luther jede Intensivierung der Arbeit in Dänemark mit Feindseligkeiten beantworten wird. Um aber bei diesem Kampf in Ehren bestehen zu können, lasse ich im Augenblick alle Ungeschicklichkeiten und Dummheiten, die von der Gesandtschaft in der Behandlung der Volksdeutschen und auch der Dänen Clausens gemacht wurden, zusammenstellen.

G. Berger

SS-Gruppenführer

<sup>1)</sup> Brevet har påtegningen: 19. IV H[einrich] H[immler].

## 308.

### Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående resultatet af hvervningen blandt den tyske folkegruppes medlemmer.

21. april 1942.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 21. April 1942 23.10 Uhr  
Ankunft den 22. — 1942 1.00 Uhr

Nr. 558 vom 21.4.

Geheim.

An Auswärtig Berlin.

Mit Bezugnahme auf den Drahtbericht Nr. 272 (bei D VIII) vom 25.2.1942.

Werbeaktion Volksgruppe für Waffen-SS ist bis auf kleinere Nachmusterungen vorläufig zum Abschluss gebracht. Insgesamt meldeten sich 1402 Volksdeutsche, davon sind

109 zur Zeit im Reich beschäftigt und können daher hier nicht gemustert werden. Zur Annahmeuntersuchung durch hiesiges Ergänzungsamt der Waffen-SS erschienen 1293. Davon wurden für tauglich befunden 829. Einberufen werden rund 200 Mann zum 22.4., rund 90 Mann zum 27.5. und zu späteren Terminen 56, d.h. insgesamt 346. Hinzu kommen ausserdem diejenigen der 132 für tauglich befundenen volksdeutschen Arbeiter auf Bauplätzen [der] deutschen Luftwaffe in Dänemark, die von Luftwaffe freigegeben werden, mit mindestens 100 Mann dieser Kategorie wird gerechnet, so dass insgesamt voraussichtlich etwa 450, d.h. über 50 Prozent der tauglichen zur Einberufung gelangen werden. Etwa 200 Mann werden zusätzlich noch nachgemustert. Der Volksgruppenführer stellte 282 unabhkömmlich und legte ausserdem 21 Fälle der Vomi zur Entscheidung vor. Hiesiges Ergänzungsamt der Waffen-SS betrachtet Ergebnis der Werbung als zufriedenstellend.

Vor jetzigen Werbeaktion stellte Volksgruppe an Freiwilligen 901 Männer, davon stehen in Waffen-SS 600, in Wehrmacht 301, 68 Freiwillige sind gefallen.

**Renthe-Fink**

## 309.

### **Himmler bestemmer, at folketyskere fra Danmark skal tildeles SS-formationer og ikke må gøre tjeneste i Frikorps Danmark.**

**22. april 1942.**

*Führer-Hauptquartier 22. April 1942.*

DER REICHSFÜHRER-SS

*Tgb. Nr. AR/1271/1.*

RF/V.

Persönlicher Stab Reichsführer-SS

Schriftgutverwaltung

Akt. Nr. AR/56

**Geheim!**

Ich bestimme, dass die Volksdeutschen aus Dänemark für die Zukunft nur — soweit sie SS-tauglich sind — in die SS-Totenkopf-Division, und soweit sie kv-Heer sind, in die 1. SS-Infanterie-Brigade einzustellen sind.

Eine Zuteilung der Volksdeutschen aus Dänemark zum Freikorps Danmark verbiete ich.

Die volksdeutschen Freiwilligen, die bereits in dem Freikorps Danmark sind, sind sofort zurückzuholen und zur SS-Totenkopf-Division in Marsch zu setzen. Volksdeutsche Freiwillige aus Dänemark die bereits in anderen Verbänden sind, können dort verbleiben.

gez. **H. Himmler.**

*Verteiler:*

SS-Gruppenführer Jüttner

SS-Gruppenführer Berger

SS-Obergruppenführer Lorenz

SS-Obergruppenführer Wolff z. Ktsn.

Chef V. hat Kenntnis.

F.d.R.:

**Brandt.**

SS-Obersturmbannführer

## 310.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående dr. Möllers forholdsregler overfor dem, der ikke har meldt sig til våben-SS.**

27. april 1942.

**Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 27. April 1942 23.15 Uhr  
Ankunft: — 27. — — 23.25 —

*Nr. 598 vom 27.4.42.*

1.) Nachdem Werbeaktion Volksgruppe Nordschleswig für Waffen-SS zu einem vorläufigen Abschluss gekommen ist, sieht sich Volksgruppenführer Dr. Moeller vor Notwendigkeit gestellt, Massnahmen gegen diejenigen Volksdeutschen einzuleiten, die sich nicht freiwillig gemeldet haben, obwohl er ihnen die Meldung zur Pflicht gemacht hat. Mit dem Werbeaufwurf des Volksgruppenführers und der jedem Volksdeutschen zugestellten Aufforderung waren alle Volksdeutschen der Jahrgänge 1909—1923 zur Meldung verpflichtet worden. Da sich bisher nur 50 Prozent dieser Jahrgänge gemeldet haben, beabsichtigt Dr. Moeller die übrigen 50 Prozent zunächst nochmals dringend zur Meldung aufzufordern und sie in eindringlicher Form auf die Folgen hinzuweisen, mit denen sie bei Nichtmeldung zu rechnen haben. Diejenigen, die bis zu einer bestimmten Frist ihre Meldung nicht abgeben, will Dr. Moeller, soweit sie Parteigenossen der NSDAP Nordschleswigs sind, aus der Partei ausschliessen. Auch ich halte ihren Ausschluss für unvermeidlich.

2.) Eine besondere Lage besteht für die Volksdeutschen, die sich bisher nicht zur Waffen-SS gemeldet, aber erklärt haben, sie seien bereit, sich zum Waffendienst in der Wehrmacht zu melden. Es handelt sich dabei vor allem um Leute, die zur Marine oder zur Luftwaffe wollen. Während der Werbung hat die Volksgruppenführung strikt daran festgehalten, dass sich alle Volksdeutschen zur Waffen-SS zu melden haben, und dass andere Wünsche nicht berücksichtigt werden können.

Der Volksgruppenführer ist aber nunmehr, nachdem die Werbung als abgeschlossen betrachtet werden kann, der Auffassung, dass in diesen Fällen den Betreffenden Gelegenheit gegeben werden muss, durch die Abgabe der Freiwilligenmeldung zur Wehrmacht zu beweisen, dass ihre Erklärung kein Vorwand war, sich dem Waffendienst zu entziehen. Dr. Moeller beabsichtigt daher denen, die sich nicht zur Waffen-SS gemeldet haben, jetzt die Meldung bei der Wehrmacht freizugeben.

Ich bitte um Weisung, ob Einverständnis mit dem zu Absatz 1 und 2 geplanten Vorgehen Dr. Möllers besteht.

**Renthe-Fink**

## 311.

**Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående  
affattelsen af dr. Möllers opfordring til den tyske folkegruppes  
medlemmer om at melde sig som frivillige.**

30. april 1942.

Akt. Z. D VIII 146/42 g I

*Offen  
mit G. Schreiber!*

**Fernschreiben**

(G.-Schreiber)

Berlin, den 30. April 1942.

**Telegramm i. Z.**

(Geh.Ch.V.)

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 717.*Referent:* RR Dr. Goeken*Betreff:* Erneute Aufforderung des Volks-  
gruppenführers Dr. Möller zum  
Eintritt in die Waffen-SS.

Auf Drahtbericht Nr. 598 vom 27.4.42

Bitte um ergänzenden Drahtbericht, in welcher Form erneute Aufforderung Volksgruppenführers Dr. Möller an die Volksdeutschen der Jahrgänge 1909—1923 erfolgen soll, die sich noch nicht zur Waffen-SS meldeten, und ob, und gegebenenfalls welche Folgen Nichtparteiengenossen bei Nichtmeldung angedroht werden sollen. Es wird hier angenommen, dass Ausschluss von Parteiengenossen erst dann vorgesehen wird, wenn auch Meldung zur Wehrmacht abgelehnt wird.

**Luther**

Vermerk.

Die VoMi wird bei Angabe II zu den Fragen des Telegramms aus Kopenhagen um Stellungnahme gebeten.

## 312.

**Det tyske udenrigsministerium til Vomi angående hvervningen.**

30. april 1942.

Durchdruck als Konzept  
Rs. 1 b. L

zu D VIII 146/42 g II

30. April [1942]

**Schnellbrief!****Geheim!***An*

*die Volksdeutsche Mittelstelle  
Berlin W 62  
Keithstr. 29*

Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches für Dänemark in Kopenhagen berichtet drahtlich folgendes<sup>1</sup>):

.....

Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches für Dänemark in Kopenhagen wurde drahtlich um ergänzenden Bericht gebeten, in welcher Form die erneute Aufforderung des Volksgruppenführers Dr. Moeller an die Volksdeutschen der Jahrgänge 1909—1923 erfolgen soll, die sich bisher nicht zur Waffen-SS meldeten, und ob und gegebenenfalls welche Folgen Nichtparteiengenossen bei Nichtmeldung angedroht werden sollen. Es wird hier angenommen, dass der Ausschluss von Parteiengenossen aus der NSDAP in Nordschleswig erst dann vorgesehen werden will, wenn auch die Meldung zur Deutschen *Wehrmacht* abgelehnt wird.

Das Auswärtige Amt bittet um Mitteilung, ob die Volksdeutsche Mittelstelle mit dem geplanten Vorgehen Dr. Moellers einverstanden ist.

Weitere Mitteilung über die ergänzende Berichterstattung aus Kopenhagen bleibt vorbehalten.

Im Auftrag

gez. **Goeken.**

<sup>1)</sup> Herefter gengives Renthe-Finks dépeche af 27. april 1942 (se A. nr. 310).

## 313.

### Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående Lorenz' og Kubitz' besøg i Nordslesvig.

1. maj 1942.

Akt. Z. zu D VIII 153/42 g

Offen

mit G. Schreiber!

Berlin, den 1. Mai 1942.

Mit G-Schreiber

oder

Telegramm i. Z. (Geh.Ch.V.)

2330 Nr. 8 Erh. DG Kopenhagen Blo.

Diplogerma *Kopenhagen.*

Nr. 722.

Referent: RR. Dr. Goeken.

Betrifft: Besuch von Obergruppenführer  
Lorenz bei der Deutschen Volks-  
gruppe in Nordschleswig.

*CITO!*

Auf Drahtbericht 615 vom 29.4.

Im Auftrag des Reichsführers-SS wird SS-Obergruppenführer Lorenz mit SS-Sturmbannführer Kubitz Mittwoch sechsten Mai Volksgruppenführer Dr. Möller in Apenrade besuchen. Er wird ihn des Vertrauens des Reichsführers-SS versichern und ihm dessen Erklärung übermitteln, dass Volksdeutsche aus Nordschleswig in Zukunft nur noch in reichsdeutschen Formationen der Waffen-SS dienen werden. Es bestehen keine Bedenken dagegen, dass in örtlicher volksdeutscher Presse Nordschleswigs von der Reise in der Weise Notiz genommen wird, dass Obergruppenführer Lorenz seinen seit langem geplanten Besuch der Deutschen Volksgruppe durchführt. In der grossen Presse soll eine Nachricht über den Besuch nicht gebracht werden.

Obergruppenführer Lorenz wird wahrscheinlich nicht nach Kopenhagen kommen können. In diesem Falle wird Sturmbannführer Kubitz auf der Gesandtschaft vorsprechen.

Luther

## 314.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående „Nachwerbung“ i  
Nordslesvig og tvangsmidler overfor dem, der ikke vil melde sig.**

5. maj 1942.

**Telegramm**  
(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 5. Mai 1942 — 22.35 Uhr  
Ankomst: — 5. — — — 23.25 Uhr

Nr. 648 vom 5.5.42.

Auf Drahterlass Nr. 717 (D VIII 146 g) vom 1.5.

Nachwerbung deutscher Volksgruppe Nordschleswig für Waffen-SS erfolgt durch persönliche Aufforderung auf kleinen SK-Standortveranstaltungen, die von SK-Führer Oberleutnant Larsen geleitet werden. Die Betreffenden werden einzeln nochmals dringend aufgefordert, sich zur Waffen-SS zu melden. Falls sie sich trotzdem zur Wehrmacht melden wollen, soll ihnen dies vom Volksgruppenführer gestattet werden. Die Einwirkung auf die Betreffenden durch Oberleutnant Larsen erfolgt zunächst ohne Androhung von Massnahmen für den Fall ihrer Nichtmeldung. Ausschluss von Parteigenossen wird erst dann vorgesehen, wenn auch Meldung zur Wehrmacht abgelehnt wird.<sup>1)</sup> Nichtparteiigenossen werden in diesem Fall von künftiger Aufnahme in Partei ausgeschlossen. In Presse und Öffentlichkeit wird von Nachwerbeaktion nichts verbreitet werden.

**Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Både for underretten og for landsretten har medlemmerne af partiledelsen været afhørt angående spørgsmålet om eksklusion af partimedlemmer, der ikke meldte sig som frivillige. Dr. Møller siger, at det er muligt, at Renthe-Fink har pålagt ham at tage de i denne skrivelse nævnte forholdsregler, i hvert fald har Renthe-Fink lagt et vist pres på ham for at få spørgsmålet bragt i orden. Det er muligt, at han har sagt ja til gesandts krav om eksklusion, men han mener ikke at have ekskluderet eller truet nogen med eksklusion, fordi han ikke havde meldt sig. De fleste medlemmer af det lille politiske råd er isøvrigt enige om, at spørgsmålet om eksklusion har været drøftet i rådet. De fleste mener også, at der var uenighed om dette spørgsmål. Ehnstedt siger desuden, at dr. Møller var imod. Jes P. Petersen er af den opfattelse, at eksklusion blev vedtaget, men ikke håndhævet i praksis. Asmus W. Jürgensen siger, at forslaget ikke blev vedtaget, Clausen hævder, at Peter Larsen var imod en eksklusion af SK-medlemmer, der ikke havde meldt sig. I en skrivelse af 18. december 1944 til SS-Unterscharführer Fritz Weber siger Peter Larsen dog: „Wenn ein Parteigenosse, der sich freiwillig gemeldet hat, erneut zur Musterung aufgefordert wird, dieser Aufforderung nicht nachkommt, wird er aus der Partei ausgeschlossen“. Tidligere i brevet havde han udtalt: „dass wir leider nicht die Möglichkeit haben, einen Volksdeutschen zur Freiwilligenmeldung zu zwingen“.

## 315.

**Vom til det tyske udenrigsministerium angående hvervningen i Nordslesvig.**

14. maj 1942.

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

Berlin, den 14. Mai 1942

**Geheim!**

*Betr.:* Werbung für die Waffen-SS und Wehrmacht in Nordschleswig.

*Aktz.:* E 201-8/3498/Dr.Si/Hk.geh.

*Bezg.:* Dortiges Schreiben vom 30.4.42 — D VIII 146/42 g kdos.

*An das  
Auswärtige Amt  
D VIII  
Berlin*

Die Volksdeutsche Mittelstelle bestätigt das dortige Schreiben vom 30.4.1942 und erklärt sich mit dem geplanten Vorgehen Dr. Möller's einverstanden. SS-Sturmbannführer Kubitz hat bei seinem Aufenthalt in Kopenhagen in der vorigen Woche bereits entsprechend mit der Gesandtschaft verhandelt.

Heil Hitler!

i. A.

**Sichelschmidt**

SS-Obersturmführer.

## 316.

**[Berger] til Himmler angående hvervningen i Nordslesvig.**

1. juli 1942.

DER REICHSFÜHRER-SS  
CHEF DES SS-HAUPTAMTES

Berlin W 35, den 1. Juli 1942.

*Cd SS HA/Be/Bo/Tgb. Nr. 2278/42 geh.*

**Geheim!**

*Betr.:* Tätigkeitsbericht der Feldpostprüfstelle.

*Bezug:* Schr. R.F.-SS v.30.5.42 Tgb.Nr. AR 28/2/42.

*Anlg.:* — 2 —

*An den  
Reichsführer-SS  
Führerhauptquartier<sup>1)</sup>*

*Reichsführer!*

.....  
Ich bitte, zum letzten Bericht die gestellten Fragen beantworten zu dürfen.

1. Der Aufruf bei den Volksdeutschen in Dänemark hat sehr viel Widerhall gefunden.

Es wirkt sich nachteilig aus, dass der Volksgruppenführer über die U.k.-Stellungen selber verfügt und hier manchmal keine gerechten Massstäbe anlegt. Er hat weiter — was ich ihm übel nehme — über 100 Mann dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Rein als Beantwortung der Herausgabe der gegen ihn gerichteten Hefte des SS-UScha. Peisen.

Grund hierzu ist keiner vorhanden, da ich sofort bei Bekanntwerden und vor Eingehen meines Berichtes an Reichsführer-SS, die Beschlagnahme der Hefte in Deutschland durch SS-Gruf. Müller, in Dänemark durch SS-Brigf. v. Kanstein veranlasst habe.

<sup>1)</sup> Brevet er forsynet med Himmlers initialer og datoen 6. juli, da han altså har læst brevet.

## 317.

### Dr. Møller til Himmler angående den tyske folkegruppes tjeneste i Frikorps Danmark (med bilag).

2. sep. 1942.

Apenrade, den 2. 9. 1942.

An den Reichsführer SS  
H. Himmler  
Führerhauptquartier<sup>1)</sup>

Reichsführer!

Besondere Vorkommnisse der letzten Zeit zwingen mich, mich an Sie, Reichsführer, persönlich zu wenden.

Ich gestatte mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es sind in den letzten Wochen drei Volksdeutsche im Einsatz im Frikorps „Danmark“ gefallen, und zwar die SS-Freiwilligen Langschwager — Pattburg, Trojahn — Gravenstein und Carl Mathiesen — Tingleff. Diese Fälle beweisen, dass immer noch Volksdeutsche in den Reihen des Frikorps stehen.

Unter diesen Fällen ist der Fall Mathiesen besonders tragisch (Anlage 6). Mathiesen ist aufgewachsen in einem deutschen Hause, besuchte die deutsche Schule, tat seiner Dienst in der deutschen Jungenschaft und in der S.K. (Schleswigsche Kameradschaft) und galt bei seinen Führern als einer der Besten und Treuesten. Seine Jugend stand unter dem Eindruck des schweren Ringens seines Vaters um den kleinen heimatlichen Bauernhof, der wie hunderte anderer Höfe infolge der dänischen Bodenpolitik dauernd in Gefahr war. Da die Heimat ihm keine Arbeitsmöglichkeiten bot, ging er nach Hamburg, um hier in arbeitsmässigen Einsatz seinem Volk zu dienen. Von Hamburg meldete er sich freiwillig zum Waffendienst in der SS. Er wurde angenommen und gleichzeitig zum Frikorps „Danmark“ versetzt.

Trotz seines sofortigen Protestes und mehrmaliger Versetzungsgesuche, u.a. in einem Brief an den Reichsführer, verblieb er im Frikorps, obgleich man ihm auf den erwähnten Brief hin eine Versetzung versprach. Nun ist dieser treue deutsche Sohn unserer Heimat, der in seinem jungen Leben den Kampf gegen die Verdrängungsmethoden der demokratischen Dänen auf seine Fahnen geschrieben hatte und der in treuer Arbeit Deutschland auf diesen nördlichen Posten diente, gefallen.

Der Vater muss, wie aus der Anlage 2 und 2 a hervorgeht, vom Freikorps „Danmark“ erfahren, dass *sein Sohn für Dänemarks Zukunft gefallen ist.*<sup>2)</sup>

Sie, Reichsführer, werden verstehen, dass der tragische Heldentod dieses treuen Deutschen und die schwere seelische Erschütterung des Vaters mich selbst, da ich die Verantwortung trage für den freiwilligen Kriegseinsatz der Volksgruppe, aufs schwerste belastet. Dieser Fall steht zudem im direkten Widerspruch zu Ihrem klaren, unmissverständlichen Befehl vom 22. April 1942, (Anlage I) durch den Sie, Reichsführer, ein weiteres Verbleiben von Volksdeutschen im Freikorps „Danmark“ *ohne jede Einschränkung* verboten haben. Es ist damit erwiesen, dass dem Marschbefehl vom 22.4. nicht auf der ganzen Linie entsprochen worden ist. Wenn mir auf meine Vorhaltungen hin vom Kommandoamt der Waffen-SS über die Volksdeutsche Mittelstelle fernmündlich mitgeteilt wurde, dass eine Versetzung der Volksdeutschen aus dem Freikorps infolge des Kriegseinsatzes nicht möglich war, dann muss ich diesen Einwand zurückweisen. Der Befehl wurde am 22.4. erlassen und der Kriegseinsatz des Freikorps erfolgte erst Mitte Mai. Mathiesen fiel Ende Juli.

Ferner sind uns aus allerjüngster Zeit Fälle bekannt, wonach die SS-Ergänzungstellen im Reich, die laut Vereinbarung die Werbung der Volksdeutschen aus Nordschleswig, die im Reich beschäftigt sind, vornehmen sollten, noch immer unsere Volksdeutschen für das Freikorps anwerben. Demnach muss der Befehl des Reichsführers vom 22.4.42 nicht allen in Frage kommenden Dienststellen mitgeteilt worden sein.

Die Einordnung volksdeutscher Freiwilliger in das dänische Freikorps hat die Volksgruppenführung ganz allgemein vor die schlimmsten Schwierigkeiten gestellt. Sie hat ausdrücklich die Werbung von Freiwilligen mit dem Kampf für Deutschlands Freiheit und Grösse begründet. Die Freiwilligen sind *als Deutsche* zu den Fahnen geeilt und wünschen nur *als Deutsche behandelt zu werden*. Sie haben in ihrem jungen Leben in der Arbeit gestanden für die Erhaltung deutschen Volkstums. Der Däne war in diesem natürlichen Ringen zwar nicht ihr Feind, aber in volkspolitischer, kultureller und vor allem auch wirtschaftlicher Beziehung ihr nationaler Gegner. Dieser Kampf unterschied sich vielleicht in den Formen, nicht aber in der Zielsetzung von jenem an anderen Grenzen.

In ungezählten Fällen wurden sie Zeugen des Verlustes deutschen Bodens, deutscher Arbeitsplätze und deutscher Erwerbsmöglichkeiten. Es dürfte darum sicher verständlich sein, dass mit der Einordnung volksdeutscher Freiwilliger in das Freikorps „Danmark“ die psychologischen Voraussetzungen für einen entscheidenden militärischen Einsatz der Volksgruppe wegfallen müssen. Es ist unmöglich, einen deutschen Mann unter einer Fahne freiwillig kämpfen zu lassen, die bisher das Zeichen des nationalen Gegners war, der ihn hier, wie überall, in seinen nationalen Lebensäusserungen bedrängte. Die volle Entwicklung des kriegsmässigen Einsatzes der Volksgruppe setzt die uneingeschränkte und tatsächliche Behandlung ihrer Mitglieder als deutsche Menschen, voraus. Ohne Zweifel ist die Zurückhaltung einzelner Volksgenossen bei der freiwilligen Meldung sehr stark auf diese unliebsamen Vorkommnisse zurückzuführen, und auf die Tatsache, dass ich Versprechungen gegenüber der Volksgruppe auf Grund der Massnahmen der Waffen-SS nicht habe halten können.

Zu welchen tragischen Konflikten die Zuteilung zum Freikorps führen kann, beweist der Fall *Klein aus Hadersleben*. (Anlage 3) Dieser Idealist, der sich mit 40 Jahren freiwillig meldete, wurde trotz seines leidenschaftlichen Protestes zum Freikorps versetzt. Infolge dieses Vergehens verweigerte Klein nach einem Urlaub die Rückkehr zur Truppe und reiste erst auf Zureden des Kreisleiters ab.

Er wurde zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, einer Strafe, die später in zwei Jahre Frontbewährung umgeändert wurde. Der Mann ist nach wie vor im Freikorps und soll sich also in einer Truppe bewähren, die ihm diese harte Strafe einbrachte.

Ich bin der Meinung, dass nicht Klein, sondern diejenigen die Strafe verdienen, die einen solchen Idealisten derartigen unnötigen seelischen Konflikten aussetzen.

Derselbe tragische Konflikt wird im übrigen in einem Brief bezeugt, den der SS-Mann A. Carstensen an den Landesjugendführer Jef Blume richtet. (Anlage 4).

Es ist jedoch nicht so, dass der deutsche Nordschleswiger den Einsatz mit anderen germanischen Kameraden nicht wünscht. In der Division „Wiking“ tun unsere Kameraden gerne ihren Dienst und halten treue Kameradschaft, u. a. auch mit den Dänen. Ich muss

betonen, dass die in der Heimat schon hergestellte innere Verbundenheit von Volksdeutschen und dänischen National-Sozialisten sich im gemeinsamen Einsatz in den Reihen der Waffen-SS-Formationen vertieft hat zu einer echten Kameradschaft, die den Krieg überdauern wird.

Ich habe zahlreiche Zeugnisse aus den Reihen unserer Freiwilligen, dass dies der Fall ist. Diese positive Auswertung konnte aber *nur in deutschen Formationen erreicht* werden, wo unsere Freiwilligen als Deutsche gewertet und behandelt werden.

Ich darf ebenfalls darauf hinweisen, dass die Volksgruppe in selbstverständlicher Disziplin die befohlene Schwenkung in der grenzpolitischen Haltung durchgeführt hat und in ihrer politischen Arbeit den Gedanken der germanischen Blutsbrüderschaft und Gemeinschaft bewusst in den Vordergrund gerückt hat bei gleichbleibender energischer Verteidigung ihrer deutschen Interessen. Heute kann ich feststellen, dass die deutsche Volksgruppe den grossen germanischen Zukunftsgedanken weitgehend verstanden hat.

Damit ist aber der Volkstumskampf der Volksgruppe von 1920 ab im Bewusstsein unserer Menschen nicht im Wert herabgesetzt, oder gar unnötig geworden. Im Gegenteil sind wir alle davon überzeugt, dass wir ohne diesen Kampf den Aufsaugungsbestrebungen der Dänen nicht standgehalten hätten.

Für unsere Freiwilligen hat daher die Schulung in der Waffen-SS, die ihren bisherigen Einsatz im Volkstumskampf kurzerhand verwarf und in einzelnen Fällen sogar als Unsinn hinstellte, eine schwere seelische Belastung bedeutet. Diese Schulung gefährdete in vielen Fällen den jungen idealistischen Willen. Als Ideal und Zukunftsziel gesehen ist ein Ringen zwischen 2 so eng verwandten Völkern natürlich eine Unmöglichkeit; aber bisher sah die Wirklichkeit doch recht anders aus. Man darf mit dem Blick auf eine Neuordnung in Europa den Volkstumskampf nicht verurteilen, der unter ganz anderen Voraussetzungen stattgefunden hat. Ich habe sowohl in der Frage des Freikorps als auch in der Frage der Schulung und Ausrichtung immer wieder versucht, die psychologischen Voraussetzungen für einen vollen Einsatz der Volksgruppe im Kriege, den sie wünscht und will, zu schaffen.

Ich muss leider feststellen, dass es mir nicht gelungen ist, mich der Waffen-SS gegenüber in meinen Anschauungen durchzusetzen, wie die obigen Ausführungen beweisen mögen. (Anlage 5).

Ich bitte darum Sie, Reichsführer, von sich aus endgültig über die Form des Einsatzes der Volksgruppe zu entscheiden.

7 Anlagen.

Heil Hitler!

Dr. Möller.

Volkstgruppenführer.

1) Som bilag 1 til brevet ligger Himmlers skrivelse af 22/4 1942, trykt som A. nr. 86, og som bilag 5 P. Larsens brev til Lorenz af 28/1 1942, trykt som A. nr. 293. Bilag 2, 2 a og 4 er udeladt, da de er af mindre interesse.

2) Bilag 2, der ikke medtages her, er en skrivelse fra Carl Mathiesens kompagnifører, hvori han meddeler dennes fader, at sønnen er faldet. Brevet, der er på dansk, slutter: „*Han gav sit Liv for Danmarks Fremtid og Ære være hans Minde*“. 2 a er en tysk oversættelse af dette brev.

*Abchrift.*

NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE  
ARBEITERPARTEI NORDSCHLESWIG  
N.S.D.A.P.N.

Kreisleitung: Hadersleben  
Telefon: 998

den 31. August 1942

Betr.: SS-Freiwilliger Fritz Emil Klein, Hadersleben.  
Bezug: Heutiges Ferngespräch.

An das  
Organisationsamt der N.S.D.A.P.N.  
Apenrade.

In obiger Sache berichte ich folgendes:

Im November 1941 war der SS-Freiwillige Klein zu Hause auf Urlaub. Ich wurde vom Ergänzungsamt der Waffen-SS angerufen und gebeten Klein aufzusuchen, weil er nach Ablauf seines Urlaubs nicht zur Truppe zurückgekehrt sei. Ich suchte sofort Klein in seiner Wohnung auf und stellte ihn zur Rede. Klein gab an, dass er nicht ganz gesund gewesen sei, sagte aber dann gleich zu mir: „Eigentlich kann man garnicht von mir verlangen, dass ich zur Truppe zurückfahre, denn ich habe mich als Volksdeutscher zum Waffen Dienst bei der SS gemeldet und bin, nachdem ich zuerst mit deutschen Kameraden ausgebildet war, von Debitza in Polen aus trotz meines Protestes zum Freikorps Dänemark versetzt worden. Trotz aller meiner Bemühungen und Vorstellungen glückte es mir nicht, diese Versetzung zu verhindern. Und wenn ich in dem letzten Jahrzehnt als Volksdeutscher immer wieder darunter leiden müssen, dass ich Deutscher bin und zwar auf die Weise, dass ich immer bei der Arbeitsverteilung zurückgestellt werde vor den Dänen, dann kann man nicht von mir verlangen, dass ich mit den Dänen Schulter an Schulter mit Begeisterung für die deutsche Sache kämpfe.“

Ich machte Klein darauf aufmerksam, dass all das ihn nicht dazu berechtigte, von der Truppe fernzubleiben und veranlasste ihn dazu abzureisen. In Verbindung mit diesem Vorfall habe ich mich mit dem Ergänzungsamt der Waffen-SS in Kopenhagen in Verbindung gesetzt und dort darauf aufmerksam gemacht, dass auf diese Weise doch ganz unnötige Komplikationen hervorgerufen würden. Wenn es aus irgendeinem Grunde nötig sei, Deutsche dem Freikorps Dänemark zuzuführen, dann sollte man doch nicht deutsche Nordschleswiger nehmen, bei denen allein innere Hemmungen entstehen müssten, sondern Soldaten aus den Millionen der Reichsdeutschen, die in einem solchen Falle innere Hemmungen nicht bekommen würden. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass der Gedanke der Zusammengehörigkeit aller Menschen, die germanisches Blut haben, von dem gewöhnlichen Manne, der in der Praxis gelernt hat, dass der Däne diesen Gedanken gar kein Verständnis entgegenbringt, noch nicht so verstanden wird wie von der Führung der Volksgruppe.

Klein wurde nach seiner Rückkehr zum Truppenteil zu 4 Jahren verurteilt, das Urteil wurde aber nachher in 2 Jahre Frontbewährung abgeändert. Frau Klein hat mir heute bestätigt, dass ihr Mann immer noch beim Freikorps Dänemark steht. Sie sagt, dass ihr Mann sich auch dort um die Rückversetzung zu einer deutschen Truppe bemüht habe, dass es ihm aber nicht geglückt sei, und dass als Begründung angegeben sei, dass es nur dann in Frage kommen könnte, wenn er deutscher Staatsbürger würde.

Heil Hitler!

gez. Dr. Clausen.

*Abschrift der Abschrift.**Tingleff, den 26. 8. 1942.*

*Betrifft:* SS-Freiwilliger Pg. Carl August Mathiesen,  
gefallen am Ilmen-See—Freikorps „Dänemark“.

*An das*

*Organisationsamt der N.S.D.A.P.-N.  
Apenrade.*

Nach stattgefundener Rücksprache mit dem Vater des gefallenen Pg. Mathiesen, kann ich Ihnen die gewünschte Auskunft geben. Mathiesen war mir persönlich bekannt als ein begeisterter und pflichttreuer Parteigenosse. Aus purem Idealismus und Kampfesmut meldete er sich in Hamburg, wo er damals arbeitete, zur Waffen-SS. Er wurde angemustert und gleichzeitig zum Freikorps Dänemark versetzt. Mathiesen legte hiergegen sofort Protest ein, da er nur in den Reihen seiner nordschleswigschen Kameraden mit denen er von jung an in der D.J.N. und in der S.K. gestanden hatte, auch kämpfen wollte. Nachdem er mehrmals um Versetzung gebeten hatte, richtete er ein Schreiben direkt an Himmler mit der Bitte einer Versetzung zur Waffen-SS.

Von hier aus ist ihm das Versprechen gegeben worden, und zwar, dass man sein Anliegen vollauf würdige und dass seine Bitte erfüllt würde.

Dieses Versprechen wurde trotz seiner wiederholten Bitten niemals eingelöst. In seinen Briefen an die Heimat bedauert er stets, immernoch im Freikorps kämpfen zu müssen. Dazu war er zu deutsch. Es war gegen seine Ehre und bestimmt gegen seine Einstellung und wie mir der Vater treffend sagte: Mein Junge ist bestimmt nicht, wie es in dem Briefe vom Freikorps steht, für Danmarks Ehre und Zukunft gefallen, denn seine Liebe und sein Einsatz galt ausschliesslich seinem Vaterland Deutschland und niemals hat er sich für Dänemark freiwillig gemeldet.

Wir sind stets deutsch gewesen, fuhr er fort, und nur für Deutschlands und nicht für Dänemarks Zukunft haben wir unser Bestes unsern Sohn und Bruder geopfert.

Ich möchte gleichzeitig bitten, dass Sie veranlassen wollen, dass der alte Vater (die Frau ist gestorben) gelegentlich vom Fürsorge-Offizier besucht wird. Bisher war noch keiner dort. Er lebt nicht gerade in den besten Verhältnissen und ich hätte gerne, dass dort geholfen wird.

Ich weiss nicht ob vom Freikorps etwas unternommen wird, weiss aber bestimmt, dass der Vater lieber von uns aus betreut werden möchte. Da der Fall an und für sich recht traurig ist, weil der junge Mathiesen gegen seinen Willen im Freikorps stand, so finde ich, dass wir versuchen sollten, etwas von dem gut zu machen was von anderer Seite fehl gemacht wurde.

Heil Hitler!

gez. **Fr. Bossen**  
Ortsgruppenleiter.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

R/PII.

## 318.

Vomi til Himmler angående den tyske folkegruppes tjeneste i  
Frikorps Danmark.

7. sep. 1942.

DER LEITER DER  
VOLKSDEUTSCHEN MITTELSTELLE

Berlin, den 7. Sept. 1942.

An den

Reichsführer-SS  
Berlin SW 11  
Prinz Albrecht Str. 9  
Führer-Hauptquartier<sup>1)</sup>

Reichsführer!

In der Anlage übersende ich gehorsamst eine mir von dem Volksgruppenführer in Nordschleswig gemachte Eingabe.

Zu der sachlichen Seite bemerke ich, dass die Angelegenheit zwischen dem Führungshauptamt und meiner Dienststelle bereits dahin erledigt ist, dass das Führungshauptamt für strikte Durchführung Ihres seinerzeit gegebenen Befehls nunmehr Sorge trägt. Das ist dem Volksgruppenführer auch bereits mitgeteilt worden.

Der Volksgruppenführer hat trotzdem diese Eingabe gemacht, da die Nichtdurchführung oder verspätete Durchführung Ihres Befehls vom 22.4.1942 für ihn in der Führung der Volksgruppe bei der Eigenart der Nordschleswiger schwer zu überwindende Widerstände ergibt. In seinem ausgeprägten Verantwortungsbewusstsein sieht er die Entwicklung vielleicht etwas zu hart. So ist es zu verstehen, dass er zu seiner persönlichen seelischen Entlastung sich mit der Darstellung der Gesamtlage an Sie, Reichsführer, wendet. Für ihn stellt die schwierigste Belastung dar, dass er sowohl wie ich, Ihren seinerzeitigen Befehl bekanntgegeben hat und damit ein absolutes Vertrauensverhältnis zwischen der Volksgruppe in Nordschleswig und Ihnen herstellte. Dadurch, dass die Tatsachen jedoch beweisen, dass diesem Befehl nicht in der in Nordschleswig erwarteten Schnelligkeit entsprochen worden ist, entsteht bei ihm die Sorge, dass die ausgesprochene Autorität, die gerade Sie, Reichsführer, bei den prächtigen, geraden Menschen Nordschleswigs haben, Abbruch erleidet.

Dr. Möller selbst ist zurzeit schwer leberkrank und muss in ein Sanatorium. Er tritt die Kur jedoch nicht an, weil er glaubt, es nicht verantworten zu können, die etwas beunruhigten Volksdeutschen zurzeit ohne ihn zu lassen, bevor er nicht selbst die Beunruhigung bereinigt hat. Er will erst dann seinen Krankheitsurlaub antreten, wenn er die Gewissheit hat, dass das Ansehen der SS keinen Schaden — auch der geringsten Art — erleidet.

Ich selbst kann mir eine sofortige Erledigung der Angelegenheit vorstellen, wenn Sie, Reichsführer, die Möglichkeit hätten, Dr. Möller kurz zu empfangen, sodass bei ihm die seelische Entlastung dadurch gegeben ist, dass er sich mit Ihnen persönlich aussprechen konnte.

Ich möchte noch betonen, dass Möller wohl einer der aufrichtigsten Volksgruppenführer ist, der nicht nur äusserlich, sondern mit vollstem Bewusstsein besonders innerlich ein SS-Mann wie wir ihn uns wünschen, darstellt.

Heil Hitler!

Lorenz.

N. S. Wie mir eben gemeldet wird, sind bereits wieder 2 Männer gefallen.

<sup>1)</sup> Nedenunder brevet findes forskellige stenografiske notater, formodentlig foretaget under en telefonsamtale. Såvidt de har kunnet opløses, lyder de:

Lorenz soll sich darum kümmern

einen Deutschen könnten sie, wenn sie das? haben, ihr müsst

Euch darum kümmern. Da könnten darum abfallen, darum braucht eine V[olks]gruppe nicht Unruhe zu geraten sodass ich? durch ihn Brief an den??

## 319.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående folketykerne i Frikorps Danmark.**

8. sep. 1942.

*Nur als Verschlusssache zu behandeln.*

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 8. September 1942 19.50 Uhr  
Ankunft den 8. September 1942 20.45 Uhr

Nr. 1288 vom 8.9.

Mit Bezug auf Drahtbericht Nr. 615 (bei Dtschld.) vom 19.4. und Bericht Nr. 300 vom 17.5.42.

Volkgruppenführer Dr. Moeller, Nordschleswig, hat festgestellt, dass 3 volksdeutsche Kriegsfreiwillige als Angehörige des Frikorps Danmark kürzlich an der Ostfront gefallen sind. Die Tatsache, dass auch bis in die letzte Zeit hinein noch Volksdeutsche im Frikorps Danmark eingesetzt worden und damit unter dänischem Kommando und dänischen Symbolen gekämpft haben und gefallen sind, obwohl Obergruppenführer Lorenz bei seinem Besuch im Mai ds. Js. den Volkgruppenführer davon unterrichtet hat, dass auf Grund eines Befehls des Reichsführers SS vom 22. April alle volksdeutschen Freiwilligen aus Dänemark aus dem Frikorps sofort zurückzuholen und in Zukunft nur bei reichsdeutschen Verbänden einzustellen seien, hat Dr. Moeller zu einer Eingabe beim Reichsführer-SS veranlasst. Die Eingabe ist über die Volksdeutsche Mittelstelle geleitet und vom SS-Obergruppenführer Lorenz an den Reichsführer-SS weitergegeben worden. Brigadeführer Behrends soll dem Volkgruppenführer bereits mitgeteilt haben, dass der Reichsführer-SS ihn in der Angelegenheit empfangen werde. Ich werde die Angelegenheit mit Dr. Moeller hier im Benehmen mit Brigadeführer Kanstein besprechen und behalte mir weiteren Bericht vor.

**Renthe-Fink**

## 320.

**Det tyske konsulat [til gesandtskabet i København] angående spørgsmålet om folketykere i Frikorps Danmark.**

10. sep. 1942.

S Nschl./6.

10. September 42

**Vertraulich.**

*Inhalt:* Volksdeutsche als Angehörige des „Frikorps Danmark“.

Wie ich heute vormittag bereits fernmündlich mitteilte, kann von einer augenblicklichen Vertrauenskrise in der Volksgruppe gar keine Rede sein. Der Heldentod des Kriegsfreiwilligen aus Tingleff als Frikorpskämpfer — und eigentlich handelt es sich wohl im

wesentlichen nur um diesen Fall, hat zwar begreiflicherweise bei den Angehörigen auch Erbitterung und in Tingleffer Deutschumskreisen starke Kritik ausgelöst, indem man an das frühere Versprechen von Dr. Möller anknüpft. Aber darüberhinaus hat die Angelegenheit bisher keinerlei Breitenwirkung gehabt und ist übrigens *allgemein* nur den leitenden Amtswaltern genau bekannt. Aber selbst im Kreise der Volksgruppenführung teilt man nicht den „tödlichen Ernst“ Dr. Möllers. Ich habe zwecks Überprüfung meines bisherigen Urteils heute nochmals unauffällig mit einigen massgebenden Amtswaltern persönlich Fühlung genommen und zwar mit dem SK Führer und Organisationsleiter Oberleutnant Larsen, dem Landesjugendführer Jef Blume und dem Landesschulungsleiter Jürgensen. Bei den genannten hatte ich übereinstimmend den Eindruck, dass für sie die Angelegenheit bereits in das Stadium der „Episode“ gerückt ist. Irgendwelche erheblichen Rückwirkungen auf das Verhältnis der Volksgruppenführung zur Volksgruppe halten sie für ausgeschlossen, von einer Vertrauenskrise ganz zu schweigen. Die führenden Mitarbeiter haben — wie ich hörte — Dr. Möllers „furchtbar konsequente“ Haltung wohl menschlich verstehen, aber nicht teilen können und haben ihn wiederholt zur Mässigung gedrängt.

Wenngleich man die Angelegenheit auf keinen Fall bagatellisieren darf und vor allem die ernste Haltung von Dr. Möller respektieren muss, braucht man ernste Erschütterungen nicht zu befürchten: vor allem aber dann nicht, wenn man seitens der Amtswalterschaft der im Laufe der Zeit vielleicht hier und dort auftauchenden Kritik mit vernünftiger Aufklärung begegnet.

L[anwer]

## 321.

### Himmler til dr. Møller angående de frivillige fra den tyske folkegruppe, som har måttet gøre tjeneste i Frikorps Danmark.

28. sep. 1942.

DER REICHSFÜHRER-SS

Feld-Kommandostelle, 28.9.1942

Bra/V. AR/36/44/42

*Volksgruppenführer Dr. Möller!*

*Lieber Kamerad Dr. Möller!*

SS-Obergruppenführer Lorenz hat mir Ihren Brief vom 2.9.1942 übermittelt. Ich komme leider erst heute dazu, Ihnen kurz darauf zu antworten.

Die von Ihnen in Ihrem Brief geschilderten Vorgänge bedauere ich sehr. Inzwischen hat SS-Obergruppenführer Lorenz durch eine Rücksprache mit SS-Gruppenführer Jüttner dafür Sorge getragen, dass diese Missstände abgestellt werden. Im übrigen werde ich den für die Nichtbefolgung meines Befehls vom 22.4.1942 verantwortlichen SS-Führer zur Rechenschaft ziehen.

Es ist selbstverständlich, dass die Freiwilligen der deutschen Volksgruppe in Schleswig in der Waffen-SS eingesetzt werden und nicht im Freikorps Danmark.

Heil Hitler!

Ihr

gez. H. Himmler.

## 322.

**Meddelelse [fra Peter Larsen] til dr. Möller om, at Himmler har ønsket flere folketske frivillige fra Nordslesvig.**

11. marts 1943.

11.3.1943

L/K

Herrn

Dr. Möller.  
Gravenstein.<sup>1)</sup>

Lieber Pg. Dr. Möller.

Vom SS-Ersatzkommando Dänemark erhalte ich soeben nachfolgende fernmündliche Mitteilung:

„Der Reichsführer SS wünscht, dass aus den Volksdeutschen Nordschleswigs mehr Freiwillige herauskommen.

Dieser Wunsch des Reichsführers ist Dr. Möller mitzuteilen.“

Diese Mitteilung ist durch Fernschreiben aus Berlin dem Sturmbannführer Boysen zugestellt.

Den Inhalt dieses Fernschreibens wollen Sie ja auch sicher Sonntag auf der Amtswalvertagung verwerten.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> Skrivelsen er fundet i dr. Möllers korrespondance. Der er tale om et gennemslag, som ikke er forsynet med underskrift, og det kan derfor ikke med sikkerhed afgøres, hvem der har skrevet brevet. Formodentlig er det Peter Larsen.

## 323.

**Referat af Peter Larsens og Jef Blumes forhandlinger i København med SS-Ersatzkommando.**

16.—19. marts 1943.

**Bericht**

**über die Besprechungen in Kopenhagen von Larsen und Blume in der Zeit vom 16.—19. 3. 1943.**

*SS-Ersatzkommando.*

1. Folgende Listen wurden beim SS-Ersatzkommando abgegeben:
  - a) Die im Reich befindlichen Volksdeutschen.
  - b) Diejenigen, die sich nicht gemeldet haben.
  - c) Die Jahrgänge 1924—1925.

Das SS-Ersatzkommando wendet sich in einem Schreiben an diejenigen, die sich nicht gemeldet haben, mit der Aufforderung, den ausgefüllten Meldevordruck an das Organisationsamt einzureichen. Es führt ausserdem eine Werbung durch unter den Volksgenossen, die sich im Reich befinden. Der Jahrgang 24 soll vom Organisationsamt zur freiwilligen Meldung aufgefordert werden.

2. Die Musterungen in Nordschleswig beginnen am 10. April. Ausser den beiden unter Punkt 1 erwähnten Gruppen sind noch eine ganze Reihe aufgefordert worden, die 1940 als untauglich gefunden wurden, jetzt aber einer erneuten Untersuchung zugeführt werden sollen.
3. In der Frage der Zeitfreiwilligen wurde folgendes erklärt:
  - a) Die Einberufungen können von *Oblt. Heinrich* unterschrieben und mit dem Divisionsstempel gestempelt werden.
  - b) Es wird gewünscht, dass eine Schulung der Zeitfreiwilligen durchgeführt wird. Da wir aber diese Schulung als nicht notwendig ansehen und augenblicklich auch kein Führer für die Schulung vorhanden ist, soll vom SS-Ersatzkommando der Versuch unternommen werden, die gesamte Schulung abzubiegen.
  - c) Nicht ganz klar scheint es mit der Versorgungsfrage der Zeitfreiwilligen zu sein. Es muss noch geklärt werden, ob die Waffen SS versorgungspflichtig ist oder das WBK-Ausland.
6. Das SS-Ersatzkommando wird dem Leiter des Organisationsamtes monatlich eine Summe von Kr. 300,— auszahlen, die verwendet werden soll, um die Arbeit für die Waffen-SS durchzuführen.

## 324.

### Opfordring fra SS-Ersatzkommando Dänemark til Uwe Alnor om at melde sig som frivillig.

19. marts 1943.

SS-ERSATZKOMMANDO DÄNEMARK  
II/E — 9 h 1 —

*Kopenhagen, den 19.3.1943*  
*Jernbanegade 7*

*Herrn Uwe Alnor,  
Tinglev.*

Sie sind dem Ersatzkommando Dänemark als Angehöriger der deutschen Volksgruppe Nordschleswig namhaft gemacht worden mit dem Hinweis, dass Sie nach dem letzten Aufruf des Parteiführers bisher eine Freiwilligenmeldung zum Truppendienst noch nicht abgegeben haben.

Im Rahmen des totalen Kriegseinsatzes hat der Führer der deutschen Volksgruppe Nordschleswig nochmals an die Pflicht des Einzelnen appelliert, sich für einen Einsatz zur Verfügung zu stellen.<sup>1)</sup> In einer Zeit, wo das deutsche Volk einen Kampf um Sein oder Nichtsein führt, wo im Reich sich Frauen und sogar 15-jährige Jungens freiwillig in die schaffende und kämpfende Front einreihen, wird erwartet, dass auch Sie nicht zurückstehen.

Im Einvernehmen mit dem Organisationsamt der NSDAPN wird Ihnen anliegend ein Meldevordruck übersandt, den Sie ausgefüllt und unterschrieben *umgehend*, spätestens jedoch bis zum 31.3.1943 dem Organisationsamt in Apenrade einzureichen haben.

Um Irrtümer und unnötige Rückfragen zu vermeiden, wird von der hiesigen Dienststelle noch besonders darauf hingewiesen, dass das Organisationsamt von *jedem* Angeh-

rigen der Volksgruppe eine Meldung bis zum genannten Termin erwartet. Es ist dabei gleichgültig, om der Einzelne sich allerede tidligere en gang meldet har, evt. aus irgendwelchen Grønden zurfickgestellt wurde oder aber gløubt, irgøndwie nicht abkømmlich zu sein.

Sollten Sie in allerletzte Zeit allerede ena Freiwilligenmeldung abgeben haben oder schon im Besitze eines Einberufungsbefehles sein, so ist dieses auf dem einzusendenden Meldevordruck zu vermerken.

(Uløseligt navn).

SS-Obersturmføhrer.

<sup>1)</sup> Af „Nordschleswigsche Zeitung“ for 15. marts 1943 fremgår det, at dr. Møller på underførermødet i Tinglev den 14. marts havde opfordret de yngre årgange indenfor folkegruppen „zur weiteren freiwilligen Meldung“.

## 325.

### Optegnelse af Lanwer angående de af ham til det tyske gesandtskab givne oplysninger om muligheden for fornyet hvervning i Nordslesvig.

10. april 1943.

S/N Schl/7

10.4.43

#### Notiz.<sup>1)</sup>

Auf ein Telegramm des SS<sup>2)</sup> an die *Gesandtschaft*, das mir fernmündlich zur Ausführung übermittlelt wurde, habe ich telefonisch folgendes geantwortet:

Nach grober Schätzung zählen die Volksdeutschen etwa 7.000 Männer im wehrfähigen Alter (einschl. Jøunglinge und Greise etwa 8—9.000). Im Wehrdienst stehen 1700 (einschl. 80 Reichsdeutscher); in deutschen Wehrwirtschaftsbetrieben arbeiten ca. 3.000 (1000 in Jütland, 2000 im Reich). Zum Zeitfreiwilligendienst haben sich mehr als 1700 gemeldet.

Von den augenblicklich durchgeføhrten SS-Musterungen erwartet man weitere 100 Einberufungen.

Im øbrigen wird eine neue øffentliche Werbeaktion von der Volksgruppenføhrung fùr øberflüssig gehalten, da die Volksgruppe insofern „ausgeschøpft“ sei. Ich bin zwar nicht der Ansicht, dass die Reserven erschøpft sind, schliesse mich aber der Auffassung der Volksgruppenføhrung an, dass eine øffentliche neue Werbeaktion nicht viel Erfolg bringen wird. Die bisherige Methode der Volksgruppenføhrung durch persønliche Bearbeitung der infrage kommenden Månner unter Zurhilfenahme eines gewissen Druckes auf dem Umwege øber die Amtswalter dùrfte mehr Wirkung versprechen, wønnleich auch nicht damit zu rechnen ist, dass die allerede wiederholt aufgeforderten Såumigen sich nunmehr melden werden.

Lanwer.

<sup>1)</sup> For underretten har Peter Petersen og dr. Møller den 11. og 20. maj 1948 forklaret, at Berlin var utilfreds med antallet af frivillige. Stehr har den 12. maj 1948 oplyst, at han i slutningen af 1943 eller begyndelsen af 1944 har fået forelagt et tysk forslag om indførelse af almindelig værnepligt for folkegruppen; han mener, at det skyldes hans og dr. Bests indgriben, at forslaget blev kvalt i fødslen. For landsretten har dr. Best den 28. april 1949 forklaret, at der fra SSs side (Himmler og Berger) var planer om at indføre værnepligt for folketyskerne i Danmark, men han satte sig imod sådanne planer. Han mener dog ikke, der er ført forhandlinger med de danske myndigheder herom. Sagen blev iøvrigt drøftet på et møde i juni 1943 mellem dr. Best, Himmler og Berger.

<sup>2)</sup> Løsningen af de to foregående ord, der er føjet til øver linien, er usikker.

## 326.

**Det tyske kontor til undervisningsministeriet angående tjenesteaider for tre tyske kommunelærere, der er trådt udenfor nummer for at gå i tysk krigstjeneste.**

24. maj 1943.

KONTOR DER DEUTSCHEN  
VOLKSGRUPPE BEIM  
STAATSMINISTERIUM.

*z. Zt. Hadersleben, den 24.5.1943.*

St/N.

*Betrifft:* Anrechnung von Kriegsdienst auf das Dienstaider von Lehrkräften im kommunalen Schuldienst.

*Bezug:* Mündliche Besprechung im Unterrichtsministerium.

*An das*

*Unterrichtsministerium,  
Kopenhagen.  
Frederiksholmkanal.*

Im Rahmen des Kriegseinsatzes der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig sind u. a. auch eine ganze Reihe von Lehrern von der Volksgruppenführung zum Teil befristet, zum Teil für die Kriegsdauer unbefristet für den Waffendienst freigegeben worden. Sechs dieser Lehrer haben die dänische Staatsangehörigkeit, und drei von diesen waren vor ihrer Einberufung als Lehrer an einer deutschsprachigen Kommunalschule beschäftigt.

Es handelt sich dabei um:

1. Otto Kortsch, Apenrade,
2. Rolf Bargfeldt, Apenrade,
3. Hans Harrebye, Sonderburg.

Diese Lehrer sind gemäss § 7, Absatz 1 des Gesetzes über die Entlohnung der Volksschullehrer vom 28. April 1931 für eine bestimmte Zeit, wie es in der Bestimmung heisst „Udenfor Nr.“ getreten, und zwar ohne Gehalt.<sup>1)</sup> Die Zeit, die sie ausserhalb des Schuldienstes im Waffendienst zugebracht haben, wird ihnen bei der Berechnung ihres Dienst- und Pensionsalters abgezogen. Im Falle Kortsch, Apenrade, der inzwischen aus dem Waffendienst entlassen ist, handelt es sich um 13 Monate, und zwar um die Zeit vom 1. April 1942 bis zum 1. Mai 1943.

Da die Volksgruppe es für untragbar erachtet, dass ihre Lehrer, die im Kampf gegen den Bolchevismus eingesetzt werden, aufgrund dieses Einsatzes in Bezug auf Gehalt und Pension benachteiligt werden, wird darum gebeten, die Zeit des Dienstes bei der Waffen-SS und der Deutschen Wehrmacht während des Krieges grundsätzlich auf das Gehalts- und Pensionsalter anzurechnen.

Soweit hier bekannt, soll eine ähnliche Regelung für Mitglieder des dänischen Offizierskorps getroffen worden sein, die sich z. B. für den Dienst in der Waffen SS gemeldet haben.

Der erste praktische Fall, in dem gebeten wird, die Dienstzeit bei der Waffen SS anzurechnen, ist der Lehrer Otto Kortsch, Apenrade, der nach Ablauf seines Urlaubes wieder in den Schuldienst eingetreten ist. Auch die Lehrer Rolf Bargfeldt, Apenrade und Hans Harrebye, Sonderburg sind von der Volksgruppenführung nur befristet für den Waffendienst freigegeben worden, sodass mit ihrer Rückkehr in den Schuldienst gerechnet werden

kann. Unter Umständen werden für die Lehrer, die jetzt zurückkehren, andere freigegeben, für welche die hier beantragte Regelung daher von Bedeutung wäre. Dasselbe gilt für dänische Staatsangehörige, die vor ihrer Einberufung im Privatschuldienst der Volksgruppe tätig waren, wenn sie später in den kommunalen Schuldienst übernommen werden sollten.

Da es sich um eine grundsätzliche Frage handelt, habe ich zunächst davon Abstand genommen, den Lehrer Otto Kortsch, Apenrade zu bitten, von sich aus über die Kommunalvertretung und die Schuldirektion einen Antrag in seiner eigenen Angelegenheit einzureichen.

Stehr.

<sup>1)</sup> Ved skrivelse af 16. april 1942 til Aabenraa amts skoledirektion og skoleråd gav undervisningsministeriet lærerne Kortsch og Bargfeldt tilladelse til at træde udenfor nummer uden lønning i indtil eet år.

## 328.

### Oversigt over den tyske folkegruppes krigsindsats.

31. dec. 1943.

#### Kriegseinsatz der Deutschen Volksgruppe — Stand 31.12.1943.

Am 1.12.1943 war der Kriegseinsatz der Deutschen Volksgruppe in Nord-schleswig..... 8.150

#### Zugänge im Dezember:

a. Waffen-SS:.....	7
b. Grenzzollschutz:.....	3
c. Flak:.....	1
d. Arbeiter im Süden:.....	25
e. Arbeiter im Norden:.....	15
	51
Gesamteinsatz bis 31. Dezember	1943: 8.201

Diese 8.201 Volksgenossen sind wie folgt eingesetzt:

#### 1. Freiwillige:

a. bei der Waffen-SS:.....	1311
b. bei der Wehrmacht:.....	438
c. bei der Flak:.....	21
d. beim Grenzzollschutz:.....	75
e. beim Luftgaukdo. als Fahrer:.....	108
f. beim landwirtsch. Osteinsatz:.....	8
	1.961

#### 2. Arbeitereinsatz:

a. im Süden als Facharbeiter usw.....	4570
b. im Norden auf Fliegerhorsten:.....	1670
	6.240
insgesamt:	8.201

An Verlusten hat die Deutsche Volksgruppe Nordschleswig bis zum 31.12.1943 gehabt:

1. <i>Gefallene:</i>		
a. Waffen-SS:.....	190	
b. Wehrmacht:.....	40	
c. Arbeitseinsatz:.....	2	
		232
2. <i>Vermisste:</i>		
a. Waffen-SS:.....	18	
b. Wehrmacht:.....	4	
		22
		254
		insgesamt: 254

## 329.

### Optegnelse angående de frivillige og deres forhold.

10.—15. feb. 1944.

#### *Abschrift.*

Die deutsche Volksgruppe hat während des gegenwärtigen Krieges für den freiwilligen Kriegseinsatz etwa 8 000 Mann gestellt. Hiervon stehen rund 2 000 im direkten Fronteinsatz, und etwa 2 000 kurz vor ihrer Abkommandierung an die Front. 250 Freiwillige aller Waffengattungen haben bisher ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt. Laufend melden sich Freiwillige der deutschen Volksgruppe zum Einsatz, und die Volksgruppe ist bemüht, so viele Freiwillige wie möglich zu stellen. Gerade aus den Kreisen junger Schüler haben sich in letzter Zeit recht viele zur Luftwaffe gemeldet. Sie beabsichtigen zum Teil, die aktive Offizierslaufbahn einzuschlagen. Von seiten der Luftwaffe, Luftgaukommando XI, ist eine starke Werbung eingesetzt worden, um weitere Freiwillige für die Luftwaffe zu bekommen.

Die Volksgruppenführung muss nun aber immer wieder die Feststellung machen, dass unsere Freiwilligen, die sich zur Luftwaffe melden, dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es sind mehrere Fälle bekannt, wo z. B. volksdeutsche Freiwillige nicht zum fliegenden Personal kommen konnten auf Grund dessen, dass sie sogenannte „Ausländer“ sind. In anderen Fällen haben volksdeutsche Freiwillige Schwierigkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Die Freiwilligen fühlen sich hierdurch stark benachteiligt. Bei der Führung der deutschen Volksgruppe machen sich derartige Vorkommnisse in Bezug auf Werbung weiterer Freiwilligen hemmend bemerkbar. Ebenso dürfte es kaum im Interesse der Belange der deutschen Wehrmacht liegen, wenn man den jungen wehrfähigen Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die sich voller Idealismus und mit heissem Herzen freiwillig zum Kampf gegen den Bolschewismus melden, von vornherein fühlen lässt, dass sie nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehören. Es wäre vielleicht angebracht, höheren Ortes eine generelle Stellungnahme zu diesem Problem herbeizuführen.

## 330.

## Oversigt over den tyske folkegruppes krigsindsats.

3. juni 1944.

KONTOR DER DEUTSCHEN  
VOLKSGRUPPE BEIM  
STAATSMINISTERIUM

3. Juni 1944

P.I. 1/43 — St/L.

Betrifft: Einsatz der deutschen Volksgruppe  
Nordschleswig<sup>1)</sup>

Die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist — abgesehen von den Massnahmen, die unmittelbar der Festigung und Stärkung ihres Bestandes dienen — vom Kriegseinsatz geprägt und von dem Bestreben, die Volksgruppe der Reichspolitik in Dänemark, d.h. der Idee der germanischen Gemeinschaft nutzbar zu machen. Dabei können u. a. folgende Punkte herausgestellt werden:

I. *Waffeneinsatz und Arbeitseinsatz ausserhalb des Bereiches der Volksgruppe nach dem Stande vom 30. April 1944.*

1. *Freiwillige:*

a. bei der Waffen-SS:.....	1.335
b. bei der Wehrmacht.....	445
c. bei der Flak:.....	21
d. beim Grenzzollschutz.....	75
e. beim Luftgaukommando als Fahrer:.....	108
f. beim Landwirtschaftlichen Osteinsatz der SS:.....	8
g. beim R.A.D.:.....	3
	<hr/>
	1.995

2. *Arbeitseinsatz:*

a. im Süden als Facharbeiter u.s.w.....	2.187
b. im Norden auf Fliegerhorsten:.....	1.751
	<hr/>
	3.938
	<hr/>
	Insgesamt... 5.933

An Verlusten hat die deutsche Volksgruppe Nordschleswig bis zum 30.4.1944 gehabt:

1. *Gefallene:*

a. Waffen-SS:.....	223
b. Wehrmacht:.....	53
c. Arbeitseinsatz:.....	4
	<hr/>
	280

2. *Vermisste:*

a. Waffen-SS:.....	18
b. Wehrmacht:.....	4
	<hr/>
	22

Gesamtverluste:... 302

*Erläuterungen:*

Die ersten Freiwilligen aus der deutschen Volksgruppe Nordschleswig meldeten sich bereits im Frühsommer 1939 zum Waffen-SS. Nach der Besetzung Dänemarks fanden dann 1940 und 1941 allgemeine Musterungen durch die Waffen-SS statt, die aber nur zur Ein-

berufung eines verhältnismässig kleinen Teiles der Gemeldeten führten. Diese haben sich dann damals in weitgehendem Masse für andere kriegswichtige Einsätze gemeldet, z.B. auf Flugplätzen in Dänemark und im Reich, oder in Rüstungsbetrieben des Reichsgebiets. Als dann am 10. Februar 1942 der Aufruf des Volksgruppenführers an die Jahrgänge 1902—1925 erfolgte, war daher ein Teil der Männer in diesen Jahrgängen in Nordschleswig bereits nicht mehr greifbar. Es ist versucht worden, auch diese an ihren Arbeitsplätzen mustern zu lassen. Die Volksgruppe hatte von sich aus aber nicht die Möglichkeit, über die Abkömmlichkeit dieser im Arbeitseinsatz stehenden Männer zu entscheiden.

Nach einer Untersuchung des Amtes für Statistik und Bevölkerungspolitik hat die Volksgruppe in den aufgerufenen Jahrgängen 6.103 Männer. Von diesen haben sich beim SS-Ersatzkommando Dänemark 3480 und für andere Wehrmachtsteile 1.288, insgesamt 4.768 = 78 % freiwillig gemeldet. Dabei ist zu beachten, dass die Jahrgänge 1909—1923 (später auch die Jahrgänge 1924 und 1925) ohne Vorbehalt zur Meldung aufgerufen waren, während die Jahrgänge 1902—1908 nach dem Aufruf des Volksgruppenführers sich im Rahmen des Möglichen melden sollten.

Die Gemeldeten, die nicht einberufen worden sind, setzen sich zusammen:

- a. aus den untauglich Gemusterten,
- b. aus den von der Volksgruppenführung zur Aufrechterhaltung der Arbeit in Nordschleswig, u.a. auf dem bäuerlichen Sektor uk-gestellten. Es handelt sich dabei um 435 Volksgenossen, die besonders zur Aufrechterhaltung der Produktion im bäuerlichen Sektor benötigt werden, und
- c. aus den im Arbeitseinsatz ausserhalb Nordschleswigs befindlichen, die bisher, obwohl sie von der Volksgruppenführung als abkömmlich erklärt worden waren, nicht freigegeben worden sind.

Da die Volkstumsgrenzen in Nordschleswig fliessend sind, hat die Volksgruppenführung es bisher unterlassen, Schritte gegen diejenigen, die sich nicht gemeldet haben, zu unternehmen, sondern versucht, durch ihre Auffangorganisationen weiter mit diesen Kreisen in Berührung zu bleiben, um sie immer stärker in der deutschen Gemeinschaft zu verankern und dann gegebenenfalls später noch zu einer Meldung zu veranlassen.

Im übrigen ist für die Fortsetzung der Werbung wichtig, dass die Deutschen aus Nordschleswig das Gefühl haben, in jeder Beziehung den reichsdeutschen Kameraden gleichgestellt zu sein. In dieser Verbindung geht der Wunsch der Volksgruppenführung dahin, dass ein Urlaub der Freiwilligen nach Nordschleswig nicht als Auslandsurlaub, sondern als Heimaturlaub bezeichnet wird, sodass der Grenzdurchlasschein in Fortfall kommen kann. Es wird vorgeschlagen, den Grenzübertritt freizugeben bei Vorlage des Urlaubsscheines und des Soldbuches, aus dem sich die Heimatberechtigung in Nordschleswig ergibt. Es sind Fälle bekannt geworden, wo die bisherige Regelung, z.B. bei der Luftwaffe, dazu geführt hat, dass die betreffenden Einheiten den Freiwilligen formell an einen Standort der Luftwaffe nach Dänemark vorübergehend versetzten, um ihn dann von dort auf Urlaub fahren zu lassen. Solche Vorgänge werden von den Freiwilligen als unwürdig und kränkend empfunden. In Bezug auf die Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage drängen unsere Freiwilligen darauf, dass ihnen unter allen Umständen die dänische Staatsangehörigkeit erhalten bleibt, damit sie in Bezug auf Aufenthaltserlaubnis, Arbeitsgenehmigung usw. nicht als Ausländer in ihrer Heimat behandelt werden können. Die Volksdeutsche Mittelstelle in Berlin und der Reichsbevollmächtigte in Dänemark haben sich im Sinne der Wünsche der Volksgruppenführung in diese Frage eingeschaltet.

## II. Steigerung der Wehrbereitschaft in Nordschleswig.

Unabhängig von dem unmittelbaren Kriegeinsatz dienen eine ganze Reihe von Massnahmen der Steigerung der Wehrbereitschaft in der Heimat selbst.

Als die Saboteure erstmalig versuchten, ihre Tätigkeit auch nach Nordschleswig zu verlagern, wurde aus der SK. (Sturmkolonne) ein deutscher Selbstschutz entwickelt, der zur Zeit in einer Stärke von 180 Mann bewaffnet und uniformiert ist, mit der Aufgabe, dem Schutz der deutschen Arbeit und der Betriebe in der Heimat zu dienen. Dabei werden auch dänische Betriebe in die Schutzvorkehrungen einbezogen.

In Zusammenarbeit der Volksgruppenführung mit dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark erhalten ausserdem rund 1.350 Deutsche, die sich aus allen Altersstufen zusammensetzen, und zu denen auch die Mitglieder des Selbstschutzes gehören, laufend in ihrer freien Zeit an Sonntagen und in Abendstunden eine militärische Grundausbildung. Im Falle militärischer Operationen in Dänemark (Invasion) stehen sie als Angehörige der Wehrmacht für den Objektschutz, den Nachschub usw. zur Verfügung.

An einem von der SK. in der Zeit vom 20.—30. April 1944 durchgeführten Wehrsportschießen beteiligten sich 1.638 Volksgenossen.

Die Pflege des Wehrwillens und der körperlichen Ertüchtigung wird wie im Reich auch in Nordschleswig von der Jugendorganisation planmässig wahrgenommen.

### III. Die bäuerliche Produktion.

Während die Arbeit der Volksgruppe auf dem Agrarsektor bis zum 9. April 1940 ihr Schwergewicht in der Besitzerhaltung und Besitzfestigung hatte, um weitere Bodenverluste zu verhindern, steht jetzt die Produktionssteigerung auf der wirtschaftseigenen Futtergrundlage, bzw. die Anpassung an die europäische Wirtschaftsstruktur eindeutig im Vordergrund. Die Volksgruppe hat sich besonders für die Erweiterung der wirtschaftseigenen Futterbasis als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Butterproduktion und der Schweinemast eingesetzt. Dabei isoliert sie sich nicht auf ihr eigenes Bauerntum, sondern versucht planmässig, den fachlichen Kontakt zum dänischen Bauerntum aufrechtzuerhalten, um ihrer Planung auf diese Weise die grösstmögliche Breitenwirkung zu geben. Erfolge sind hier besonders erkennbar geworden auf dem Gebiet der Gründung von Kartoffeldämpfgenossenschaften. Die Hauptschwierigkeit liegt zur Zeit in der Beschaffung der zusätzlichen Arbeitskräfte, die bei einer Erweiterung der Hackfrucht-Anbaufläche notwendig sind. Dem weitmöglichen Ausgleich der Arbeitsspitze während der Ernte dient der freiwillige Einsatz von Lehrern und Schülern.

### IV. Die gewerbliche Produktion.

Seit dem Frühjahr 1940 ist es möglich geworden, die gewerbliche Wirtschaft der Volksgruppe immer stärker dem Kriegseinsatz nutzbar zu machen, und zwar

1. durch die Einschaltung volksdeutscher Firmen bei den Bauvorhaben der Wehrmacht in Dänemark und
2. durch die Übernahme unmittelbarer und mittelbarer Aufträge für die Rüstungswirtschaft des Reiches.

Je nach Bedarf sind bis zu 400 Klein- und Mittelbetriebe laufend in die Auftragsverlagerung eingeschaltet. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Zimmerer, Tischler, metallbearbeitende Betriebe, Sattler, Schneiderwerkstätten, Schuhfabriken, sowie um eine neu ins Leben gerufene Schiffswerft in Sonderburg, die laufend Reparaturen für die Kriegsmarine durchführt. Da diese Betriebe auf Grund ihrer verhältnismässig geringen Einzelkapazität erst durch die organisatorische Zusammenfassung zur Übernahme grösserer Aufträge in die Lage versetzt wurden, handelt es sich um eine Produktion, welche die Volksgruppe durch ihre Wirtschaftsorganisationen zusätzlich erschlossen hat. Ausserdem können gewisse Aufträge auf Grund ihres besonderen Charakters aus abwehnmässigen Gründen nur in die Volksgruppe hinein nach Dänemark verlagert werden.

Der Umfang der Fertigung ergibt sich am klarsten aus den Umsatzzahlen der Liefergemeinschaft der Deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig A/S. Der Umsatz beläuft sich im Jahre 1943 auf 11 Millionen Kronen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei nur um Arbeitslöhne handelt, während das verarbeitete Material selbst nicht in Ansatz gebracht worden ist. Wird das Material mitangesetzt, erhöht sich der Umsatz im Jahre 1943 auf etwa 100 Millionen Kronen. Der insgesamt erfasste Umsatz seit 1940 — wiederum auf der Lohngrundlage errechnet — beläuft sich auf über 32 Millionen Kronen. Der nicht erfasste Umsatz, im wesentlichen Arbeiten für die Wehrmacht im Lande, kann auf etwa 80—100 Millionen Kronen veranschlagt werden.

### V. *Nutzbarmachung für die Politik des Reiches.*

Vom Standpunkt der Reichspolitik aus ist die Volksgruppe als positiver Ansatzpunkt für die Gestaltung des deutsch-dänischen Verhältnisses zu werten. Ihre Bedeutung kann demgemäss nicht an ihrer Grösse schlechthin gemessen werden, sondern ist an dem Standort — an der Nahtstelle zweier germanischer Völker — begründet. Die Erfahrungen, Kenntnisse und Einsichten, die sich aus dem Zusammenleben der Deutschen mit den Dänen ergeben, sind für die Belange des Reiches einzusetzen. Damit greift die Arbeit der Volksgruppe aus dem engeren Bereich der Volkstumsprobleme unmittelbar in die Gesamtgestaltung des deutsch-dänischen Verhältnisses hinüber. Eine besondere Förderung dieses Arbeitsbereiches bildet die vor einem Jahr auf Vorschlag des Volksgruppenführers von dem Reichsbevollmächtigten durchgesetzte Errichtung eines Kontors der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium in Kopenhagen. Damit erhielt die Volksgruppe eine in der dänischen Administration verankerte Vertretung, die unter ständiger Fühlungnahme mit dem Reichsbevollmächtigten unmittelbar mit den dänischen Ministerien verhandelt. Die Volksgruppe knüpft dabei an die Tradition der Deutschen Kanzlei im dänischen Gesamtstaat an, eine Epoche der nordischen Geschichte, die als Beispiel der Zusammenfassung verwandten germanischen Volkstums in einer grösseren Einheit heute stärkste Beachtung verdient.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Volksgruppe in ihrer Schulungs- und Propagandatätigkeit seit Jahren bereits planmässig eine gesamtgermanische und europäische Linie eingeschlagen hat, mit der sie zum Sprecher der Reichspolitik in Dänemark wird. Über den Bereich der Volksgruppe hinaus versucht sie, Kontakt mit der übrigen Bevölkerung aufrechtzuerhalten und die dänischen Kräfte mitabzusteifen, die sich zu dem Schicksalskampf des Führers um die germanische Erneuerung und europäische Freiheit aktiv bekennen. Sie wird in diesen Bestrebungen von dem Reichsbevollmächtigten in Dänemark nach jeder Richtung hin unterstützt.

Besondere Bedeutung kommt in dieser Verbindung auch dem von dem Reichsbevollmächtigten geförderten Plan zu, das Organ der deutschen Volksgruppe, die Nordschleswigsche Zeitung, über den engeren Bereich Nordschleswigs hinaus zu einem bodenständigen deutschen Sprachrohr für ganz Dänemark fortzuentwickeln. Die Zeitung, die noch 1937 einen Auflagestand von 4.200 hatte, ist inzwischen durch systematische Werbung auf 13.500 heraufgebracht worden und wird darüber hinaus in einer Sonderauflage dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark für die Truppenbetreuung zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung kann als Symptom herausgestellt werden für die Bestrebungen, die Volksgruppe in der Gesamtlinie der Politik des Reiches zu verankern und dieser nutzbar zu machen.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> For landsretten har Stehr den 13. april 1949 forklaret, at det er ham, der har skrevet denne oversigt.

**331.****Organisationsamt til Conrad Christiansen angående eksklusion af partiet.**

5. juni 1944.

NATIONAL-SOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITER-PARTEI  
NORDSCHLESWIG  
Organisationsamt

*Apenrade, den 5. Juni 1944.  
Dibbernhaus-Zimmer 5*

Org. A.2. CL/B.

*Herrn  
Conrad Christiansen,  
Apenrade.  
Hjelmallee 13.*

Nachdem Sie wiederholt mündlich und schriftlich von der Ortsgruppenleitung und der Kreisleitung der N.S.D.A.P.-Nordschleswig zur Teilnahme an den Pflichtveranstaltungen der Partei aufgefordert worden sind und diesen Aufforderungen nicht nachgekommen sind, nehmen wir an, dass Sie an der weiteren Zugehörigkeit zur Partei kein Interesse haben.

Ausserdem haben Sie sich weder zum freiwilligen Kriegseinsatz noch zum Zeitfreiwilligendienst zur Verfügung gestellt. Sie werden daher mit sofortiger Wirkung aus den Listen der Partei gestrichen.

Ihr Parteibuch und Parteiabzeichen ist bei Ihrem bisherigen Ortsgruppenleiter abzuliefern.

*Apenrade, den 5. 6. 1944.*

**P. Larsen.**

**333.**

**Uddrag af dr. Bests „Politische Informationen für die deutschen  
Dienststellen in Dänemark“.**

1. jan. 1945.

*VI. Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.*

.....

**A. Waffen- und Arbeitseinsatz.**

Nach Mitteilung des Organisationsamtes der Volksgruppe sind nach dem Stande vom 1.12.1944 6.296 Volksgenossen zum Einsatz gelangt:

1) <i>Freiwillige</i>		
a. bei der Waffen-SS		1.391
b. bei der Wehrmacht		507
c. bei der Flak		36
d. beim Grenzzollschutz		89
e. beim Luftgaukommando als Fahrer		108
f. beim landwirtschaftlichen Osteinsatz		8
g. beim RAD		23
		<hr/>
		2.162
2) <i>Arbeitseinsatz</i>		
a. im Süden als Facharbeiter usw.		2.285
b. im Norden auf Fliegerhorsten		1.849
		<hr/>
		4.134
	Gesamteinsatz:	<hr/>
		6.296.

An Verlusten hat die deutsche Volksgruppe bis zum 30.11.1944 gehabt:

1) <i>Gefallene</i>		
a. Waffen-SS		265
b. Wehrmacht		69
c. Arbeitseinsatz		10
		<hr/>
		344
2) <i>Vermisste</i>		
a. Waffen-SS		40
b. Wehrmacht		11
		<hr/>
		51
	Gesamtverlust:	<hr/>
		395.

#### F. Totalisierung des Einsatzes.

Nach Abschluss der zeitlich ineinander übergehenden Erntearbeiten und der Schanzaktion hat die Volksgruppenführung im Zuge der Proklamierung des totalen Krieges im Reich die Frage aufgegriffen, wie eine zusätzliche Steigerung ihres Kriegseinsatzes erreicht werden kann. Hierfür sind in einer Sitzung des Kleinen politischen Rates der NSDAPN vom 1. November 1944 folgende Punkte herausgestellt worden:

- 1) Erneute Überprüfung der Uk-Stellungen.
- 2) Fortsetzung und Intensivierung der Werbung unter den in Betracht kommenden Jahrgängen.
- 3) Nochmalige Untersuchung der bisher untauglich Gemusterten.
- 4) Zusammenfassung aller in der Heimat verbliebenen Kräfte zur Erweiterung des Zeitfreiwilligeneinsatzes und des Selbstschutzes.
- 5) Organisierung kriegswichtiger Heimarbeit unter besonderer Heranziehung der Frauenschaft, der Jungenschaft und der Mädchenschaft als Ergänzung zu dem wehrwirtschaftlichen Einsatz der Volksgruppe.
- 6) Verstärkte politische und weltanschauliche Ausrichtung der Volksgruppe.

Die zur Durchführung dieser Punkte erforderlichen Massnahmen sind im Gange.

Bei der Werbung ist insofern in Nordschleswig immer eine Schwierigkeit gegeben, als die Volkstumsgrenzen an der Peripherie fliessend sind, sodass hier ständig um jeden Einzelnen gerungen werden muss.

### 3. Thorius' aktion.

## 337.

#### Kracht til ungdomsfører Thorius angående hvervning.

13. feb. 1945.

OBERBÜRGERMEISTER DR. KRACHT

Flensburg, d. 13. Februar 1945

An

SS-Obersturmführer Thorius,  
Apenrade.

*Lieber Kamerad Thorius!*

Da es Dr. Möller nach der Auslösung des Nierensteines verhältnismässig gut ging, konnte ich ihn nach unserer Besprechung am Krankenbett besuchen und bei Überreichung der „Nordschleswigsche Zeitung“ auch die Frage des totalen Kriegseinsatzes anschnneiden. Auf meine Bemerkung, dass im Reich die Jahrgänge bis 06 von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, total erfasst seien, erwiderte der Parteiführer, dass er einer solchen Erweiterung seines Aufrufs durchaus nicht ablehnend gegenüberstehe, er wolle aber zunächst die Durchführung Ihres Auftrages abwarten, da es ihm darauf ankomme, die jetzt aufgerufenen Jahrgänge möglichst total zu erfassen, bevor ältere Männer aufgerufen würden.<sup>1)</sup> Er sieht offenbar Ihren Auftrag als Sonderauftrag einer Überprüfung der Uk.-Stellungen und Durchkämmung sowie Erfassung der bisher Zurückhaltenden an, während die Erweiterung der Jahrgänge in die allgemeine Zuständigkeit des Kameraden Larsen fallen würde. Jedenfalls habe ich Dr. Möller so verstanden. Da ich das Gespräch nicht zu lange hinziehen wollte angesichts des Zustandes des Parteiführers, habe ich die Frage der jüngeren Jahrgänge von mir aus nicht angeschnitten. Dr. Möller selbst sagte mir nur, dass er persönlich starke Bedenken habe, nach dem Vorbild des Reiches auch die Sechzehnjährigen zu erfassen. Ich nehme aber an, dass der Parteiführer im Laufe der Woche soweit wiederhergestellt sein wird, dass Sie bis Ende der Woche die einzelnen Fragen noch mit ihm klären können.

Heil Hitler!

gez. Dr. Kracht.

<sup>1)</sup> Thorius og Bruno Thaysen har til rapporter af 4. og 5. september forklaret, at initiativet til den nye hverveaktion kom fra de unge indenfor DJN, først og fremmest fra lederne, som var blevet erklæret for Uk, men også fra de menige medlemmer. Thorius og Thaysen forklarer, at dr. Møller overdrog Thorius at lede aktionen. Afgørelsen blev truffet på et møde i det lille politiske råd, og Thaysen erindrer, at der blev talt om, at man skulle rette aktionen imod de såkaldte „Drückenberger“, og han ved, at Thorius også foretog henvendelse til personer, der stod udenfor DJN. Han forstod det dog således, at aktionen nærmest skulle finde sted indenfor DJN. Thaysen ville have haft årgang 1927 og 1928 med, men dette sagde dr. Møller nej til. På grundlag af DJNs medlemskartotek blev der så udsendt en ca. 70 tilmeldelsesblanketter, som skulle indsendes til landsungdomsføreren, hvorfra de skulle gå videre til dr. Møller. Indtil 1. maj var der kommer mellem 30 og 50 tilmeldelser. For underretten har Peter Petersen den 11. maj 1948 forklaret, at det lille politiske råd var imod Thorius' aktion, hvorfor sagen blev overdraget til Thorius. Jes Peter Petersen har den 13. maj 1948 givet samme forklaring.

## 338.

## Ungdomsfører Thorius' opråb i „Nordschleswigsche Zeitung“ om at melde sig som frivillig.

15. feb. 1945.

### Aufruf an die junge Mannschaft.<sup>1)</sup>

In der Schicksalsstunde der Nation — Eine ganz klare Entscheidung wird von Dir gefordert. — Die Jahrgänge 1909 bis 26 treten an. — Keiner darf heute mehr fehlen.

Kamerad, du weisst, dass unser Volk heute um seine Existenz kämpft. Du weisst auch, dass in diesem Kampf das Schicksal unserer Volksgruppe, damit auch Deiner Angehörigen auf dem Spiel steht. Vor dieser Tatsache ist alles andere klein und nichtig.

Du hörst täglich von den Greueln der Bolschewisten im Osten. Es gilt Deine Heimat vor ähnlichem Schicksal zu bewahren.

Für Dich geht es um mehr als um eine Freiwilligen-Meldung. Du nennst Dich Deutscher. Willst Du auch zu dieser Bezeichnung stehen, oder war es ein leeres Wort? Du sollst zeigen, dass Du Dein Volk nicht im Stich lässt in dem Augenblick, wo es Dich am nötigsten braucht. Eine ganz klare Entscheidung wird von Dir gefordert. Es gibt kein Ausweichen mehr!

Der Volksgruppenführer, der mich mit dieser Aktion beauftragt hat, erwartet von Dir, dass Du Dich sofort aktiv in den Daseinskampf aller Deutschen hineinstellst. Wir jungen Nordschleswiger folgen jetzt dem Ruf unserer Kameraden an der Front, erfüllen das Vermächtnis unserer Gefallenen. Die Jahrgänge 1909 bis 26 treten an zur Erfüllung der heiligsten Pflicht, die es heute für einen Deutschen gibt.

Da darfst Du Kamerad nicht fehlen!

Johann Thorius

Landesjugendführer.

<sup>1)</sup> Opråbet findes i „Nordschleswigsche Zeitung“ allerede den 12. februar og er her dateret 11. februar. I denne gengivelse mangler imidlertid de to første linier. Samtidig meddeltes det supplerende, at man kunne melde sig til alle våbenarter, og at man kunne regne med indkaldelse i løbet af en måneds tid. Den direkte opfordring til at melde sig som frivillig, der af Thorius blev sendt til de enkelte folketyskere, er ligeledes dateret 12. februar. Den var ledsaget af en anmeldelsesformular, der skulle returneres til Thorius. Den 13. februar skrev Thorius til kredslederne og bad om deres hjælp. Han ville således gerne have afdelingslederne til at overrække de enkelte opfordringen. Hvis der ikke blev reageret på den, skulle afdelingslederen, eller allerhelst en frontsoldat, henvende sig til den pågældende og forlange en afgørelse. Dr. Clausen har den 13. april 1949 for landsretten forklaret, at både han og andre kredsledere protesterede mod denne skrivelse og nægtede at sende den ud. Den 6. marts henvendte Thorius sig til ungdomsførerne, idet han bad dem sætte sig i forbindelse med lederne indenfor SK og Selbstschutz, for at de sammen med disse kunne finde ud af, hvem der forholdt sig passive. Disse skulle så indbydes til et møde, hvor de kunne komme under en personlig påvirkning. Thorius ville i ti dage holde møder rundt om i kredsene. Det hedder i skrivelsen: „Es ist zu überlegen, ob der direkte Grund für die Besprechung den Beteiligten anzugeben ist, da hierdurch wahrscheinlich mancher „abgeschreckt“ würde. Die Punkte wurden mit dem Organisationsamt besprochen und finden dessen Unterstützung“.

## 339.

**Bruno Thaysen til Jef Blume angående forholdet mellem Thorius og dr. Møller.**

31. marts 1945.

BRUNO THAYSEN

*Apenrade, den 31. März 1945.*

*Lieber Jef!*

.....

Ich schrieb Dir ja wohl schon, dass die Werbungsaktion nicht besonders gut lief. Gründe dafür: 1.) Die traditionelle „Enthaltensamkeits-Politik“ des Parteiführers auf diesem Gebiet und 2.) steigende Abneigung der Volksgruppenführung gegen die Person Toddis<sup>1)</sup> und gegen seine besonderen Arbeitsmethoden. — Und diese beiden Faktoren haben in den jüngst vergangenen Wochen noch weiteren Zuwachs erfahren. Punkt 1 durch einen Besuch Dr. M. mit Best in Berlin, wodurch Dr. M. mit dem stark fundierten Eindruck wieder nach Hause kam, dass das Reich weniger Bedarf an Menschen habe, als man gemeinhin annehme, dass vielmehr Waffen und Kleidung die Engpässe seien und ausserdem hege man die Überzeugung, dass man binnen Kürze gerade hier im Norden, jeden waffenfähigen Mann dringendst benötige, usw. usw. Du weisst dann, wie es zu gehen pflegt. M. legt dann mit der ihm in solchen Situationen zweifellos eigenen eindringlichen Beredsamkeit seinen Standpunkt klar und dann läuft der Laden so, wie er es wünscht. So ist es wohl auch diesmal wieder in einer Sitzung des kleinen politischen Rates gewesen. Toddi hat dann stark in Opposition gemacht, hat dabei u.a. auch den Selbstschutz in ziemlich ironischer Form lächerlich gemacht, hat stärkstens für die Freigabe Stehrs moniert usw., kurz: hat vielerlei Punkte gefunden, die für den Parteiführer und auch für Larsen ganz unangenehme Themen darstellen. Petersen kan Toddi ohnehin nicht verdauen und so kannst Du Dir vielleicht vorstellen, dass Toddi für seine Aktion einen ziemlich enggesteckten Rahmen erhielt. —

.....

Dein

**Bruno.**

<sup>1)</sup> Johann Arthur Thorius, der omkring denne tid af dr. Møller blev afsat som landsungdomsfører.

## 340.

**Meddelelse i „Nordschleswigsche Zeitung“ fra parti- og folkegruppelædelsen angående indkaldelserne.**

5. april 1945.

**Achtung!**

**Volksdeutsche Freiwillige.**

Die Partei- und Volksgruppenführung teilt mit:

Die den volksdeutschen Freiwilligen in diesen Tagen angeblich vom SS-Ersatzkommando Dänemark zugesandten Einberufungsbefehle sind ungültig und müssen umgehend mit eventuellen Beilagen an das Organisationsamt in Apenrade, Schiffbrückstrasse 7, geschickt werden. In Zukunft sind Einberufungsbefehle an volksdeutsche Freiwillige nur dann gültig, wenn sie durch das Organisationsamt den Freiwilligen zugeleitet worden sind.

#### 4. De frivilliges statsborgerforhold.

### 342.

**Udenrigsministeriet til gesandt Hencke ved det tyske gesandtskab angående spørgsmålet om tyske krigsfrivilliges tab af dansk statsborgerret.**

13. marts 1941.

UDENRIGSMINISTERIET

P.J.I. 16.D.47.

*Kopenhagen, den 13. März 1941.*

*Herrn Gesandten A. Hencke,  
Deutscher Geschäftsträger,  
Deutsche Gesandtschaft,  
Dagmarhus.*

*Herr Gesandter,*

In einer Note vom 3. ds.Mts. — Inn.V.2. — hat der Herr Bevollmächtigte des Deutschen Reiches die Frage erhoben, ob ein dänischer Staatsangehöriger, der automatisch ohne eigenes Ansuchen eine fremde Staatsangehörigkeit erhält, in dem Genuss der dänischen Staatsangehörigkeit verbleibt. Es wird in der Note der Vermutung Ausdruck gegeben, diese Frage sei in Uebereinstimmung mit dem bisherigen Standpunkt der zuständigen dänischen Stellen bejahend zu beantworten, und der Herr Bevollmächtigte bittet daher um eine diesbezügliche amtliche Bestätigung.

Während der betreffend diese Angelegenheit stattgefundenen mündlichen Besprechungen stellte es sich heraus, dass die obengenannte Frage zur Zeit für die Deutsche Regierung aus dem Grund ein aktuelles Interesse hat, weil es der Deutschen Regierung daran gelegen ist, dass dänische Staatsangehörige, die sich bei der Deutschen Wehrmacht als Kriegsfreiwillige melden und demzufolge automatisch die deutsche Reichsangehörigkeit erhalten, gleichzeitig ihre dänische Staatsangehörigkeit beibehalten. Der Herr Bevollmächtigte hat hervorgehoben, dass es seiner Ansicht nach sehr zu begrüßen wäre, wenn dies ohne eine Änderung der dänischen Gesetzbestimmungen über den Verlust der dänischen Staatsangehörigkeit erreicht werden könnte.

In Beantwortung der obengenannten Note beehre ich mich Ihnen hierdurch mitzuteilen, dass diese Angelegenheit zum Gegenstand einer eingehenden Besprechung mit und Prüfung durch das Königl. Ministerium des Innern gemacht worden ist. Als Ergebnis dieser Prüfung ist festgestellt worden, dass die deutscherseits erhobene Frage verneinend zu beantworten ist, da weder die dänische Gesetzgebung noch die Verwaltungspraxis die in der Note zum Ausdruck gebrachte Auffassung zulassen. Es muss vielmehr festgestellt werden, dass die dänische Staatsangehörigkeit auch demjenigen verloren geht, der automatisch ohne eigenes Ansuchen eine fremde Staatsangehörigkeit erwirbt, wobei jedoch zu bemerken ist, dass die Verwaltungspraxis in Uebereinstimmung mit der diesbezüglichen wissenschaftlichen Literatur eine Ausnahme macht (und also die Beibehaltung der dänischen Staatsangehörigkeit zulässt), wenn es sich um einen Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit handelt, der in dem Grad gegen die Grundsätze des dänischen Staatsangehörigkeitsrechts verstößt, dass es nach dänischer Rechtsauffassung abwegig wäre, ihn als Verlustgrund anzuerkennen. Ein solcher Verstoss liegt in dem Fall nicht vor, wo es sich

um automatischen Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit durch freiwilligen Eintritt in die betreffende fremde Wehrmacht handelt.

Das Königl. Ministerium des Innern hat in dem beigefügten Memorandum<sup>1)</sup> seinen Standpunkt näher dargelegt und begründet.

Während es demgemäss nicht möglich ist, den deutscherseits gewünschten Rechtszustand auf dem hier erwähnten Gebiet durch Interpretation der geltenden dänischen Gesetzbestimmungen zu erreichen, dürfte es nach Erachten der Dänischen Regierung nicht ausgeschlossen sein, eine andere Regelung zu finden, wodurch den deutschen Wünschen auch unter Aufrechterhaltung des jetzigen Rechtszustandes Rechnung getragen werden könnte. Was deutscherseits angestrebt wird, ist ja nicht die Schaffung von doppelter Staatsangehörigkeit an sich, sondern lediglich die Wahrung einer Möglichkeit für die betreffenden Personen nach beendetem Dienst als Kriegsfreiwillige nach Dänemark als dänische Staatsangehörige zurückkehren zu können. Dies könnte aber durch Renaturalisation in Dänemark erreicht werden. Gewöhnlicherweise können dänisch geborene Personen, die durch Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit ihre dänische verloren haben, erst dann renaturalisiert werden, wenn sie etwa ein Jahr festen Wohnsitz in Dänemark gehabt haben. Hinzu kommt, dass die Verhältnisse solcher Antragsteller gemäss der üblichen Praxis einer besonders eingehenden Prüfung unterzogen werden, und zwar mit Rücksicht darauf, dass es selbstverständlich mit Bedenken verbunden ist, eine Person, die freiwillig ihr Schicksal vom Vaterland los gemacht und an ein anderes Land geknüpft hat, wieder in die dänische Volksgemeinschaft aufzunehmen.

Um nun den deutschen Wünschen entgegenzukommen wäre die Dänische Regierung bereit, diese Praxis bezüglich solcher Personen, die in der Deutschen Wehrmacht als Kriegsfreiwillige gedient haben, zu lockern und zwar so, dass ihnen von Seiten der Dänischen Regierung die Möglichkeit eröffnet wird, *ohne* die übliche eingehende Prüfung renaturalisiert zu werden, *sobald* sie wieder festen Wohnsitz in Dänemark genommen haben. Dabei müsste es natürlich eine Voraussetzung sein, dass die betreffenden die inzwischen gehabte deutsche Reichsangehörigkeit entweder schon beim Einreichen des Antrags wieder verloren haben, oder sie durch die Renaturalisation in Dänemark verloren werden.

Unter dieser Voraussetzung würde die Dänische Regierung bereit sein, die in Rede stehenden Personen, sobald sie wieder festen Wohnsitz in Dänemark genommen haben, ohne weiteres in den erstkommenden Entwurf für ein Gesetz betreffend den Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit aufzunehmen.

Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, die Deutsche Reichsregierung möge sich mit der oben vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklären.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Erik Scavenius.

p. v. c.  
DR/LJ

<sup>1)</sup> Dette memorandum, som ikke er medtaget her, er udarbejdet af daværende fuldmægtig Knud Larsen.

## 343.

**Førerforordning angående tildeling af tysk statsborgerret til dem, der gør tjeneste i den tyske værnemagt, våben-SS, det tyske politi og OT.**

19. maj 1943.

**Erlas des Führers**

**über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einstellung in die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS, die deutsche Polizei oder die Organisation Todt.**

**Vom 19. Mai 1943.<sup>1)</sup>**

I.

(1) Deutschstämmige Ausländer, die der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, der deutschen Polizei oder der Organisation Todt angehören, erwerben mit der Verkündung dieses Erlasses die deutsche Staatsangehörigkeit.

(2) Deutschstämmige Ausländer, die in die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS, die deutsche Polizei oder die Organisation Todt eingestellt werden, erwerben mit dem Tag ihrer Einstellung die deutsche Staatsangehörigkeit.

(3) Im Einzelfall kann etwas anderes bestimmt werden.

II.

Das Nähere zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses bestimmt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen.

*Führer-Hauptquartier, den 19. Mai 1943.*

Der Führer  
**Adolf Hitler**

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei  
**Dr. Lammers**

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht  
**Keitel**

<sup>1)</sup> Findes i Reichsgesetzblatt 1943, nr. 53, s. 315. Medlemmer af de tyske mindretal i de lande, der var allieret med Tyskland, som f. eks. Rumænien, Ungarn og Slovakiet, var principielt forpligtet til at forrette tjeneste i vedkommende lands hærstyrker, men kunne fritages herfor ved indtræden i våben-SS. Efter hvad Stehr har fået oplyst, så man i de pågældende lande ikke altid med velvilje på dem, der således indtrådte i våben-SS, og man fandt da i førerhovedkvarteret på, at man kunne tilsikre sådanne personer den fornødne retssikkerhed ved at give dem tysk indfødsret.

## 344.

**Det tyske udenrigsministerium til gesandtskabet i København angående  
førerforordningen af 19. maj 1943 og dens betydning for danske  
statsborgere.**

**28. maj 1943.**

*Akt.Z. zu Inl. II 1465 g II*

*Berlin, den 28. Mai 1943.*

**Telegramm**

IZ. (geh. Ch. V.)

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 747.

*Referent:* LR Dr. Reichel

*Betreff:* Staatsangehörigkeit  
von Freiwilligen.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 53 vom 25.5. wird nachstehender Führererlass<sup>1)</sup> verkündet:

Der Erlass ist durch Umstände hervorgerufen, die sich nicht auf dortige Verhältnisse beziehen. Nach hiesiger Auffassung besitzen die im Erlass bezeichneten Personen nunmehr eine doppelte Staatsangehörigkeit, ihre Angehörigen nur die bisherige.

Bitte diese Auffassung gegebenenfalls dortiger Regierung gegenüber zu vertreten. Etwaige Wünsche betreffend Durchführungsverordnung bezw. Ergänzung bitte baldmöglichst vorzulegen.

Die Frage 1) im Drahtbericht Nr. 648 vom 27.5. wird bei Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen geklärt werden.

**Reichel**

<sup>1)</sup> Trykt som A. nr. 343, hvorfor den udelades her.

## 345.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående tildeling af tysk  
indfødsret til frivillige fra den tyske folkegruppe.**

**4. juni 1943.**

**Telegramm**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 4. Juni 1943 21.05 Uhr

Ankomst: den 4. Juni 1943 22.30 Uhr

*Nr. 685 vom 4.6. CITISSIME!*

Auf Drahterlasse Nr. 747 (Inl. II 1465 g II) vom 29.5. und Nr. 762 (Inl. II 1502 IV) vom 1.6. d.Js.

Nach dem im Reichsgesetzblatt 53 verkündeten Führererlass vom 25. Mai erwerben auch die Freiwilligen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig die Reichsangehörigkeit, sofern nicht für sie eine Ausnahmeregelung gemäss Abs. I, Nr. 3 bezw. Abs. II des Erlasses getroffen wird. Die deutsche Volkstumspolitik in Dänemark macht m.E. eine

solche Ausnahmeregelung aus den folgenden Gründen notwendig: Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig hat in den letzten Jahren, begünstigt durch die politische Stellung des Reiches in Dänemark, neue Stützpunkte des Deutschtums in Nordschleswig errungen und die vorhandenen Positionen weiter ausgebaut und gefestigt. Mit der Volkstumsarbeit hat die Volksgruppe die Werbung für die Politik des Reiches in Dänemark verbunden und sich zur Aufgabe gemacht, das Dänentum in Nordschleswig propagandistisch im Sinne und dem Gedanken der europäischen Neuordnung und der grossgermanischen Ziele zu beeinflussen.

Die Verleihung der Reichsangehörigkeit an die Freiwilligen der Volksgruppe würde infolge ihrer psychologischen Auswirkungen das Vordringen des deutschen Einflusses wesentlich erschweren. In weiten Kreisen des Dänentums würde der Eindruck entstehen, dass die Verleihung der Reichsangehörigkeit an die aktivsten und später zur Führung der Volksgruppe bestimmten Volksdeutschen den ersten Schritt zur Unterstellung der gesamten Volksgruppe unter die unmittelbare Leitung und die Jurisdiktion des Reiches bedeute. Die deutsche Volksgruppe würde somit nicht mehr als eine innerhalb des dänischen Staatsverbandes stehende und wirkende Einheit angesehen werden und dadurch an politischer Schlagkraft und an Einwirkungsmöglichkeiten in Dänemark verlieren. An dem Eintreten dieser nachteiligen politischen Folgen würde auch der Umstand nichts ändern, dass die volksdeutschen Freiwilligen neben ihrer deutschen die dänische Staatsangehörigkeit beibehalten.

Im Einvernehmen mit Volksgruppenführer Dr. Moeller bitte ich deshalb, mit Rücksicht auf die dargelegten Gesichtspunkte sowie darauf, dass die generelle Regelung der doppelten Staatsangehörigkeit im Verhältnis Deutschlands zu Dänemark ohnehin einer späteren Entscheidung vorbehalten bleiben muss, die Freiwilligen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig aus dem durch Führererlass vom 25.5. betroffenen Personenkreis auszunehmen und eine Bestimmung des Inhalts zu erwirken, dass der Erlass auf Angehörige der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig keine Anwendung findet.

Dr. Best

346.

## Stejr til Vomi angående de folketyske frivilliges statsborgerforhold (med bilag).

12. jan. 1944.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

Kopenhagen Ø., den 12. Januar 1944

Vorgang: P.II.10/43 — St/L

Betrifft: Prüfung der Volkszugehörigkeit zwecks Einbürgerung der bei der Wehrmacht und Waffen-SS befindlichen Volksdeutschen.

Bezug: Erlass der dortigen Dienststelle vom 30. Dezember 1943.

An die

Volksdeutsche Mittelstelle

z.Hd. von Obersturmbannführer Radunski

Berlin

Am Karlsbad 12

über das Volksgruppenamt, Apenrade.

Lieber Kamerad Radunski!

Im Auftrage des Volksgruppenführers überreiche ich Ihnen anliegend einen Vermerk, aus dem Sie den bisherigen Gang der Verhandlungen über die Staatsangehörigkeits-

frage entnehmen können. Da demnach eine Einbürgerung der volksdeutschen Freiwilligen aus Nordschleswig nicht vorgesehen ist, erübrigt sich ja vielleicht die Ernennung eines besonderen Volkstumssachverständigen.

Es wäre sehr günstig, wenn die dortige Dienststelle beim Auswärtigen Amt oder dem Reichsinnenministerium eine Abschrift des Entwurfes zu den Ausführungsbestimmungen beschaffen und diese der Volksgruppenführung zur Stellungnahme zuleiten könnte. Nach hiesiger Auffassung kommt es hauptsächlich auf folgende Punkte an:

1. Aufrechterhaltung der dänischen Staatsangehörigkeit,
2. Zusicherung, dass unsere Freiwilligen, auch wenn sie die Reichsangehörigkeit nicht erwerben, trotzdem während ihrer Zugehörigkeit zur Truppe dieselben Pflichten und Rechte haben wie Reichsangehörige. (Das kann sich z.B. beziehen auf Fürsorge, Urlaubsregelung, Zulassung zum fliegenden Personal bei der Luftwaffe u.ä.),
3. Anspruch auf Einbürgerung auf besonderen Antrag des Freiwilligen hin.

Im übrigen darf ich auf den beigefügten Vermerk Bezug nehmen.

Heil Hitler!

Stebr.

## 1 Anlage

### Vermerk über die Frage der Staatsangehörigkeit unserer Freiwilligen.

1. Am Montag, den 31. Mai 1943 wurde die Frage des etwaigen Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch die volksdeutschen Freiwilligen aus Nordschleswig in einer Besprechung bei dem Reichsbevollmächtigten angeschnitten, an der von der Volksdeutschen Mittelstelle Obersturmbannführer Radunski teilnahm.
2. Am 2. Juni 1943 hat dann der Volksgruppenführer von Apenrade aus in der Angelegenheit an den Reichsbevollmächtigten berichtet. Er führt in dem Bericht aus, dass den Freiwilligen mit Rücksicht auf die politischen Aufgaben der Volksgruppe unbedingt das Heimatrecht in Nordschleswig erhalten bleiben muss. Er schlägt vor, den Führererlass vom 25. Mai 1943 auf Nordschleswig nicht zur Anwendung zu bringen und soweit eine solche generelle Ausnahme nicht gemacht werden kann, dafür Sorge zu tragen, dass die Freiwilligen neben der deutschen die dänische Staatsangehörigkeit behalten.

Dieser Bericht ist dem Obersturmbannführer Radunski in Apenrade in Abschrift überreicht worden.

3. Der Reichsbevollmächtigte in Kopenhagen hat sich daraufhin im Sinne der Eingabe der Volksgruppenführung an das Auswärtige Amt gewandt mit der Bitte, den besonderen Verhältnissen in Nordschleswig bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen Rechnung zu tragen.<sup>1)</sup>
4. Am 1. Juli 1943 fand im R.M.d.I. eine Sitzung statt, an der u.a. teilnahmen der R.B. und von der Volksdeutschen Mittelstelle Obersturmbannführer Kubitz. Hier wurden die Wünsche hinsichtlich der Sonderregelung in Nordschleswig von dem R.B. vorgebracht. Es wurde, soweit das Kontor unterrichtet ist, in Aussicht genommen, durch die Ausführungsbestimmungen die Volksdeutschen aus Nordschleswig vorläufig vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auszuschließen.
5. Das Kontor hat dann verschiedentlich noch in der Angelegenheit an den R.B. berichtet. Seine Eingaben sind jeweils abschriftlich zur Kenntnisnahme nach Nordschleswig gegangen. Auf Grund dieser Eingaben hat der R.B. wiederum nach dem Stand der Angelegenheit vorgefragt. Ein Zwischenbescheid des A.A. soll, soweit im Kontor bekannt, dahin ergangen sein, dass in einem dem A.A. zur Gegenzeichnung vorgelegten Entwurf die Herausnahme der Nordschleswiger aus der Gesamtregelung vorgesehen sei.

6. Da der Erlass der Ausführungsbestimmungen sich hinausgezögert hat, wurde in der Zwischenzeit in der Staatsangehörigkeitsfrage vom Volksgruppenkontor aus am 22. Oktober 1943 auch mit dem Departementschef des dänischen Innenministeriums verhandelt, um den gegenwärtigen Rechtszustand klarzustellen (vergl. hierzu Bericht des Volksgruppenkontors vom 23. Oktober 1943 an R.B., Volksgruppenführer, Organisationsamt und Volksgruppenamt). Danach ergibt sich unter Zugrundelegung des dänischen Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 18. April 1925 folgender Rechtszustand:

Grundsätzlich geht die dänische Staatsangehörigkeit bei dem Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit verloren. Dieser Verlust tritt jedoch nicht ein,

- a) solange die Betreffenden hier im Lande wohnen bleiben, sofern sie
- b) die dänische Staatsangehörigkeit bereits bei ihrer Geburt erworben haben.

Wir einigten uns dahin, dass die erste Bedingung für die Aufrechterhaltung einer doppelten Staatsangehörigkeit (Wohnort in Dänemark) bei den Freiwilligen als vorliegend angesehen werden könne, da die Freiwilligen nach ihrer Einberufung an ihrem jeweiligen Standort normalerweise keinen Wohnsitz begründen.

Die zweite Bedingung (Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit durch Geburt) ist nur bei denjenigen Freiwilligen erfüllt, die nach der Abtrennung Nordschleswigs an Dänemark (15. Juni 1920) geboren sind. Dagegen haben die älteren Freiwilligen die dänische Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt, sondern im Zuge der Abtrennung Nordschleswigs vom Reich erworben. Die älteren Jahrgänge würden daher auf jeden Fall bei Erwerb der deutschen die dänische Staatsangehörigkeit verlieren.

Eine Änderung dieses Rechtszustandes durch Erlass einer sogenannten Gesetzesanordnung wurde dänischerseits abgelehnt, da er über die Befugnisse eines Staatssekretärs hinausgehe. Umgekehrt ist eine Vorlage im dänischen Reichstag nicht möglich, da dieser zur Zeit nicht in Funktion ist.

7. Daraufhin hat der R.B., um die in Einzelfällen vorhandenen akuten Schwierigkeiten zu beseitigen, der dänischen Zentraladministration mitgeteilt, dass ein Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch die volksdeutschen Freiwilligen aus Nordschleswig bisher noch nicht stattgefunden habe mit Rücksicht auf die fehlenden Durchführung- und Ergänzungsbestimmungen. Ausserdem sei der Führererlass der dänischen Zentraladministration noch nicht notifiziert. Demgemäss müssten bis auf weiteres die bisherigen Rechtsbestimmungen zur Anwendung gelangen.<sup>2)</sup>

Danach wird also bis auf weiteres davon ausgegangen, dass die volksdeutschen Freiwilligen die dänische Staatsangehörigkeit behalten haben und die Bestimmungen über Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis usw. für Ausländer dänischerseits nicht in Anwendung gebracht werden können. (vergl. hierzu meinen Bericht vom 24. November 1943 an Volksgruppenführer, Organisationsamt und Volksgruppenamt).

*Kopenhagen, den 12. Januar 1944. St/L*

P.II.10/43.

<sup>1)</sup> Nemlig i skrivelse af 4. juni 1943 (se A. nr. 345).

<sup>2)</sup> Dr. Besta skrivelse til det danske udenrigsministerium er dateret 22. november 1943. Et gennemsøg blev af Kassler sendt til det tyske kontor. Stehr har herpå noteret: „Es kann rechtl. m. E. fraglich erscheinen, wie weit eine besondere Notifizierung erforderlich ist, wenn eine Bestimmung im RGBl. veröfentl. ist. Dieser Gesichtspunkt ist Dr. Kassler gegenüber geltend gemacht worden. St[ehr]“.

## 347.

**Rigsindenrigsministerens cirkulæreskrivelse angående førerforordningen af  
19. maj 1943 med tilhørende gennemførelsesbestemmelser.**

23. maj 1944.

*Abschrift.*

**Runderlass des Reichsministers des Innern vom 23. Mai 1944  
(I Sta R 5375/44 — 5000 BA 2).**

*Anordnung über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch deutschstämmige Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Polizei, des Reichsarbeitsdienstes und der Organisation Todt.*

Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung bestimme ich im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen zur Durchführung und Ergänzung des Führererlasses vom 19.5.1943 (RGBl. I Seite 315) folgendes:

- (1) Auf Anordnung des Führers gilt der Führererlass vom 19.5.43 auch für deutschstämmige Ausländer, die am 25.5.43 dem Reichsarbeitsdienst angehörten oder später in ihn eingestellt werden.
- (2) Die deutsche Staatsangehörigkeit wird von den unter den Führererlass fallenden deutschstämmigen Ausländern Kraft des Führererlasses erworben. Zu ihrer Geltendmachung bedarf es jedoch einer von Fall zu Fall zu treffenden Feststellung des Staatsangehörigkeitserwerbs durch die Einwandererzentralstelle. Diese kann im Einzelfalle feststellen, dass der Staatsangehörigkeitserwerb nicht eingetreten ist.
- (3) Deutschstämmig sind Personen mit mindestens zwei deutschen Grosseltern, Personen mit artfremdem Bluteinschlag sind nicht deutschstämmig.
- (4) Der Führererlass bezieht sich nicht auf Frauen.
- (5) Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Führererlass erstreckt sich nicht ohne weiteres auf Ehefrauen und Kinder.

*Feldkommandostelle, den 23.5.1944.*

**H. Himmler.**

Die Durchführungsbestimmungen zum vorstehenden Erlass lauten:

„Bei der Durchführung dieser Anordnung ist folgendes zu beachten:

- a) Bei Ausländern, die keine zwei deutschen Grosseltern besitzen, kann gleichwohl Deutschstämmigkeit angenommen werden, wenn der Beteiligte von der deutschen Volksgruppe seiner Heimat als Deutscher angesehen wird. Personen mit zwei oder mehr deutschen Grosseltern kommen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausnahmsweise nicht in Frage, wenn sie eindeutig im fremden Volkstum aufgegangen sind. Auch Mischlinge 2. Grades können regelmässig nicht als deutschstämmig angesehen werden.
- b) Ausländer sind Personen, die eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen oder staatenlos sind. Im Sinne des Führererlasses rechnen nicht zu den Ausländern die Staatsangehörigen auf Widerruf, die Schutzangehörigen und die Protektoratsangehörigen.
- c) Die Zugehörigkeit zu einer der am Kopf der vorstehenden Anordnung erschöpfend aufgezählten Organisationen ist *eng* auszulegen. Die Angehörigen des Wehrmachtgefolges und die Hilfswilligen sind vom Staatsangehörigkeitserwerb ausgeschlossen;

ebenso begründet der kurzfristige Wehrdienst nicht den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Bei der Polizei fallen die bei der Ordnungspolizei, bei der Sicherheitspolizei und beim Sicherheitsdienst (SD) des RF-SS eingestellten Ausländer unter den Führererlass. Beim Reichsarbeitsdienst erstreckt sich der Führererlass auf die Angehörigen des Stammpersonals und auf die Freiwilligen des Reichsarbeitsdienstes, bei der Org. Todt nur auf die Angehörigen des Schutzkommandos (SK).

- d) Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kann bei Erfüllung der Voraussetzungen auch zugunsten von Deutschstämmigen festgestellt werden, die vor der Verkündung des Führererlasses gefallen oder während der Zugehörigkeit zu einer der genannten Organisationen infolge von Umständen, die mit dem Dienst in Zusammenhang stehen, gestorben sind. Als Zeitpunkt des Staatsangehörigkeitserwerbs gilt alsdann der dem Todestage vorausgehende Tag. Deutschstämmige Ausländer, die bereits vor der Verkündung des Führererlasses wegen einer Kriegsdienstbeschädigung aus der Wehrmacht usw. entlassen worden sind, haben die deutsche Staatsangehörigkeit an dem Tage vor ihrer Entlassung erworben.
- e) Auch wenn die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Führererlass an sich erfüllt wären, kann die Einwandererzentralstelle (EWZ) feststellen, dass der Staatsangehörigkeitserwerb nicht eingetreten ist, wenn dies aus besonderen Gründen angezeigt ist. Dies kommt auch in Frage, wenn der Beteiligte einen unerwünschten Bevölkerungszuwachs darstellt. Ein Widerspruch des Beteiligten gegen den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gibt nur dann Anlass, eine Ausnahme von dem Erwerb zu machen, wenn der Widerspruch als sachlich begründet anzusehen ist. Soweit sich nachträglich im Einzelfall ergibt, dass eine wesentliche Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht erfüllt ist, kann die Feststellung, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auf Grund des Führererlasses eingetreten ist, wieder rückgängig gemacht werden.
- f) Über die Aufnahme der Frauen und Kinder in den Schutzverband des Grossdeutschen Reiches wird nach dem Kriege entschieden werden. Besonders gelagerten Fällen kann gegebenenfalls durch Einzeleinbürgerung Rechnung getragen werden.
- g) Die Obersten Stellen der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Polizei, des Reichsarbeitsdienstes und der OT. geben den Führererlass und die Durchführungsbestimmungen ihren Dienststellen mit der Weisung bekannt, die mutmasslich unter den Führererlass fallenden Personen (einschliesslich der Gefallenen, Verstorbenen und wegen Kriegsdienstbeschädigung aus der Wehrmacht usw. Entlassenen — vgl. Buchst. c) der EWZ. zu melden. Die Meldung hat unter Benutzung der als Anlage abgedruckten Formkarte zu erfolgen. Zuständig zur Meldung ist die von den Obersten Stellen bestimmte Einheit. Die Karte ist an die EWZ. in Litzmannstadt unter Feldpost mit der Aussenanschrift „An die Dienststelle der Feldpost-Nr. 56 957“ zu richten. Statt dieser Einzelmeldung können die Obersten Stellen anordnen, dass die Einheiten ihnen die unter den Führererlass fallenden Personen laufend listenmässig melden. Die Liste muss dieselben Angaben wie die Formkarte enthalten. Die Obersten Stellen übersenden die Listen der EWZ. Soweit bei den ordentlichen Einbürgerungsbehörden Einbürgerungsanträge von Personen vorliegen, die unter den Führererlass fallen, sind die Vorgänge an die EWZ. abzugeben.
- h) Die EWZ. übersendet den Einheiten für jeden gemeldeten Mann einen Fragebogen, nach dessen Wiedereingang sie die etwa sonst noch erforderlichen Ermittlungen vornimmt. Sie trifft dann abschliessend die Feststellung, dass der einzelne Wehrmachtangehörige usw. die Staatsangehörigkeit auf Grund des Führererlasses erlangt hat oder nicht. Diese Entscheidung ist der Einheit, die den deutschstämmigen Ausländer gemeldet hat, mit dem Hinweis mitzuteilen, dass die EWZ. im Bedarfsfalle — z.B. zum Zwecke der Eheschliessung — einen Staatsangehörigkeitsausweis ausstellt. Die deutschstämmigen Wehrmacht- usw. -angehörigen sind durch ihre Einheit von der Entscheidung der EWZ. zu unterrichten.

- i) Die EWZ. führt für alle Personen, die nach dem Führererlass die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, eine nach Wehrmacht, Waffen-SS, Polizei, Reichsarbeitsdienst und OT. getrennte Zentralkartei.

i. V.

gez. Dr. Stuckart<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Trykt i Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern 1944, sp. 551—554. Når nordlesvigerne ikke, som det var ønsket, blev undtaget i gennemførelsesbestemmelserne, skyldtes det, efter hvad Sichelschmidt anfører i en skrivelse af 9. oktober 1944 til SS-Obersturmbannführer Brückner, at der efter Førerens befaling ikke måtte gøres undtagelser fra de almindelige regler, som var fastslået i førerforordningen af 19. maj 1943, hvorfor man fattede den plan: „für die Nord-schleswiger die Feststellung des Staatsangehörigkeitserwerbs im Einzelfall nicht durchführen zu lassen“.

## 348.

**Det tyske rigsindenrigsministerium kommunikerer Vomi en skrivelse til indvandringscentralkontoret angående tildeling af tysk statsborgerret til alle medlemmer af værnemagten, våben-SS m. m.**

15. juni 1944.

*Abschrift.*

DER REICHSMINISTER DES INNERN

Berlin, den 15. Juni 1944

I Sta. R 5375/44  
5000 BA 2

*An die Volksdeutsche Mittelstelle  
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer Brückner  
o.V.i.A.  
in Templin (UM.).*

An die Einwandererzentralstelle  
in Litzmannstadt  
Feldpost-Nr. 56 957.

In Nr. 24 des MBliV. sind die Anordnungen des Reichsführers über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch deutschstämmige Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Polizei, des Reichsarbeitsdienstes und der Organisation Todt sowie die weiteren Durchführungbestimmungen zum Führererlass vom 19.5.1943 erschienen.

Der Reichsführer legt grundsätzlich Wert darauf, dass bei allen unter den Führererlass fallenden Personen ohne Rücksicht darauf, welche Staatsangehörigkeit sie bisher besessen haben, der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit festgestellt wird. Dadurch soll aber nach Möglichkeit der Besitz der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht beeinträchtigt werden; soweit zur Erreichung dieses Zieles eine Änderung des ausländischen Rechts oder der ausländischen Verwaltungspraxis erforderlich ist, wird im Verhandlungswege versucht werden, diese Änderungen durchzusetzen.

Eine besondere Lage besteht gegenüber Dänemark und Rumänien. Die Volksgruppenführung befürchtet in beiden Ländern, dass die Regierung den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch die deutschstämmigen Wehrmacht- usw. Angehörigen zum

Anlass nehmen wird, den Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit festzustellen; dadurch würde aber der Bestand der Deutschen Volksgruppe in diesen Ländern schwer gefährdet. Da die Geltendmachung des Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit gem. Abs. 2 der Anordnung des Reichsführers vom 23.5.1944 jeweils von der vorherigen Feststellung durch die Einwandererzentralstelle abhängig ist, können diese Bedenken durch eine den verschiedenen Bedürfnissen und der politischen Konstellation angepasste, mit den Verhältnissen auch veränderliche Praxis der Einwandererzentralstelle ausgeräumt werden. Bei dänischen Staatsangehörigen soll demgemäss von einer Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit in den Fällen abgesehen werden, in denen der Bevollmächtigte des Reichs in Dänemark oder der Volksgruppenführer dies beantragen. Bei rumänischen Staatsangehörigen soll die Feststellung vorerst nur in den schutzwürdigen Fällen erfolgen, z.B. bei Verfolgung eines Volksdeutschen durch rumänische Behörden wegen Übertritts in die deutsche Wehrmacht. Im übrigen soll das Feststellungsverfahren bis zu einer Veränderung der derzeitigen politischen Konstellation in der Schwebe gehalten werden, soweit nicht nachträglich ein Bedürfnis zu einer alsbaldigen Feststellung hervortritt.

---

Abschrift übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

In Vertretung des Staatssekretärs

gez. **Ehrensberger**

## 349.

Stehr sender dr. Möller m. fl. afskrift af gennemførelsesbestemmelser til førerforordningen af 19. maj 1943 og kommunikerer dr. Bests skrivelse til det tyske udenrigsministerium om spørgsmålet.

28. aug. 1944.

P.II.10/43 — St/L

28. August 1944.

*Betrifft:* Staatsangehörigkeit der Freiwilligen aus Nordschleswig.

*Bezug:* Bericht vom 22. August 1944.

An

1. Volksgruppenführer Dr. Möller, Gravenstein,
2. Organisationsamt der NSDAPN, Apenrade,
3. Volksgruppenamt, Apenrade,
4. Amt für Presse und Propaganda, Baurup.

Als Anlage übersende ich Ihnen Abschrift des Runderlasses des Reichsministers des Innern vom 23. Mai 1944<sup>1)</sup> über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch unsere Freiwilligen.

Im Anschluss an diesen Erlass hat der R.B. am 21. August 1944 an das Auswärtige Amt wie folgt berichtet:

„*Betrifft:* Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit volksdeutscher Freiwilliger aus Dänemark durch Eintritt in die Wehrmacht, Waffen-SS usw.

Mit Erlass Inl. II C 3038/44 vom 2. August d.Js. war mitgeteilt worden, dass die im Runderlass des Reichsministers des Innern vom 23.5.1944 genannte Einwandererzentralstelle die Weisung erhalten habe, von einer Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch deutschstämmige Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS usw. aus Dänemark in den Fällen abzusehen, in denen der Reichsbevollmächtigte in Dänemark oder der Führer der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig dies beantragen. Da von hier nicht übersehen werden kann, für welche Personen die einzelnen Truppenteile die Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit bei der Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt beantragen, bitte ich, beim Reichsminister des Innern zu erwirken, dass die Einwandererzentralstelle angewiesen wird, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch deutschstämmige Ausländer aus Dänemark in keinem Falle festzustellen ohne vorherige Einholung einer Stellungnahme der Volksgruppenführung in Nordschleswig (Volksgruppenamt, Apenrade, Schiffbrückstr. 7). Diese wird im Benehmen mit mir die Anträge bearbeiten. Für Unterrichtung wäre ich dankbar.

gez. Dr. Best“

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Heil Hitler!

1 Anlage.

<sup>1)</sup> Se A. nr. 347.

## 350.

**Det tyske rigsindenrigsministerium til indvandringscentralkontoret i Lodz  
angående nordslesvigske krigsfrivilliges statsborgerforhold.**

6. sep. 1944.

Abschrift.

Inl. II C 3564

DER REICHSMINISTER DES INNERN

Pol S-III B 4 Nr. 442/44  
4140

Berlin, den 6. September 1944.

Betr.: Durchführung des Führererlasses vom 19.5.1943.

*An die Einwandererzentralstelle  
in Litzmannstadt  
Feldpost-Nr. 56957.1)*

Gemäss meinem Erlass vom 15.6.1944 — I Sta R 5375/44-5000 BA 2 — soll bei dänischen Staatsangehörigen von einer Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund des Führererlasses vom 19.5.1943 in den Fällen abgesehen werden, in denen der Bevollmächtigte des Reichs in Dänemark oder der Volksgruppenführer in Nordschleswig dies beantragen.

In Ergänzung dieser Anweisung ersuche ich, die Anträge auf Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch dänische Staatsangehörige jeweils der Volksgruppenführung in Nordschleswig zur Stellungnahme zu übersenden. Die Volksgruppenführung wird die Anträge im Benehmen mit dem Bevollmächtigten des Reichs in Dänemark bearbeiten.<sup>2)</sup>

Ich ersuche, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in diesen Fällen nur dann festzustellen, wenn die genannten Dienststellen zugestimmt haben. In Zweifelsfällen ist an mich zu berichten.

Im Auftrag

gez. Stuckart

<sup>1)</sup> Afskriften bærer følgende blyantspårskrift: *Bitte diese Abschrift Herrn Stehr aushändigen.*

Stehr har til rapport af 21. september 1945 udtalt, at den tyske rigsbefuldmægtigede og folkegruppelædelser som regel nægtede at godkende, at hjemmetyskere, som var danske statsborgere, fik tysk statsborgerskab. Hvor der var tale om folk, der trådte ind i den aktive tyske officersstand, plejede man dog at gøre en undtagelse fra reglen. I en del tilfælde frarådede Organisationsamt meddelelse af tysk indfødsret, fordi de pågældende ikke tilhørte den aktive officers- eller underofficersstand, og fordi deres rettigheder som danske statsborgere ville gå tabt. Fra gesandtskabets side fulgte man ganske den samme linie. Således skrev Kassler den 24. august 1944 til dr. Ernst Hansen i Haderslev, at man må regne med, at folketyskere fra Nordslesvig i almindelighed ikke vil få tysk statsborgerret: „da sich die Volksgruppenführung im Einvernehmen mit der Behörde des Reichsbevollmächtigten aus bestimmten Gründen grundsätzlich gegen die Feststellung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Einwandererzentralstelle aussprechen wird.“

<sup>2)</sup> I de under 9. august 1944 udstedte tjenesteregler for Vomis befuldmægtigede ved indvandringscentralkontoret i Lodz hedder det under afsnit 3 c: „Alle Anträge Deutschstämmiger mit dänischer Staatsangehörigkeit sind unter Benutzung anliegenden Formblattes c) dem Führer der deutschen Volksgruppe und dem Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark zur Stellungnahme zuzuleiten (Schreiben sind zur Weiterleitung Herrn Oberbürgermeister Dr. Kracht, Flensburg, Rathaus, zuzusenden).“

## L. Skansearbejde.

### 351.

Opråb fra dr. Möller om deltagelse i skansearbejde.

[1944].<sup>1)</sup>

# Aufruf

Der Führer hat zur Sicherung der deutschen Heimat die deutsche Bevölkerung zum Bau von Schutzwallen an den Grenzen befohlen. Auch hier im Norden soll in kürzester Zeit eine solche Anlage entstehen.

Wir sind dazu aufgerufen, als deutsche Volksgruppe mit allen zur Verfügung stehenden Kräften mitzuschaffen. Die Volksgruppenführung erwartet, daß sich in dieser ersten Stunde keiner der Pflicht entzieht.

Dieser Einsatz ist allen anderen Arbeiten und Verpflichtungen voranzustellen.

Wie in Ostpreußen werden auch bei uns jetzt Alte und Junge zum Schanzzeug greifen. Wenn wir daran denken, daß wir vielleicht mit diesem kurzen Einsatz mit Schaufel und Spaten mit dazu beitragen, unsere engere Heimat vor dem Grauen des Schlachtfeldes zu bewahren, dann wird sich niemand von diesem Dienst ausschließen wollen.

Ich habe das Organisationsamt mit der Durchführung der Aktion beauftragt. Nähere Anweisungen werden von dort aus erfolgen.

Heil Hitler!

gez. Dr. Möller

## Verpflichtungsschein

In Verbindung mit dem Aufruf des Volksgruppenführers verpflichte ich mich zu einem Arbeitseinsatz bis zu 6 Wochen.

(Ort)

(Straße und Hausnummer)

(Datum)

(Unterschrift)  
leerlich

<sup>1)</sup> I et Merkblatt, dateret 5. september 1944, gav Peter Larsen en række praktiske oplysninger og anvisninger vedrørende skansearbejdet. Opråbet gjaldt for folkefæller fra 15 års alderen. Også kvinder

kunne deltage. Man måtte regne med, at arbejdet skulle begynde den 11. september, og der skulle medbringes arbejdsredskaber (spade, skovl og spidshakke) og personligt udstyr (bl. a. spisebestik og arbejdstøj). Værnemagten ville sørge for indkvartering og forplejning, og familiens underhold skulle sikres gennem udbetaling af løn. Beløbet var på dette tidspunkt endnu ikke bestemt, men blev senere fastsat til 15 kr. pr. dag i henhold til aftaler, der blev truffet på et møde med den tyske intendantur. Dr. Møller har til en rapport af 20. august 1945 forklaret, at han selv, Peter Larsen, Peter Petersen og Rudolf Stehr deltog i disse forhandlinger. Schatzamt udbetalte pengene, som det fik fra den tyske Zahlmeister i Kolding. I Peter Larsens Merkblatt oplyses det endvidere, at feltkommandant, oberst Vichytie skulle føre tilsyn med skansearbejdet, og Kortsch skulle være forbindelsesofficer til feltkommandanturen.

## 352.

### Peter Larsens opfordring til at deltage i skansegravning.

[1944].

#### Aufforderung

Herrn .....  
in.....

An allen Grenzen des Reiches ist die gesamte deutsche Bevölkerung, alt und jung, zum Bau von Schutzwällen aufgerufen. Die deutsche Bevölkerung Nordschleswigs beteiligt sich an diesen Arbeiten, die als die vordringlichsten bezeichnet worden sind. Wir sind stolz darauf, dass sich unsere Volksgenossen in so grosser Zahl zur Verfügung gestellt haben. Bei Durchgang der Listen haben wir leider feststellen müssen, dass Sie sich nicht unter den freiwilligen Schanzarbeitern befinden.

Wir fordern Sie hiermit auf, sich für diese wichtige Arbeit zur Verfügung zu stellen und sich zur Arbeitskolonne ihrer Ortsgruppe in Arnum in Marsch zu setzen und sich dort bei ihrem zuständigen Kolonnenführer zu melden.

Von den Kolonnenführern werden wir uns berichten lassen, ob Sie der Aufforderung nachgekommen sind.

I. A.

gez. P. Larsen.

## 355.

### Dr. Bests redegørelse for folkegruppens deltagelse i skansearbejdet.

15. dec. 1947.

København, 15.12.1947.

#### Betrifft die Beteiligung der deutschen Volksgruppe an den Schanzarbeiten in Jylland.

1. Ende August oder Anfang September 1944 teilte der General von Hanneken mir mit, dass ihm vom Oberkommando der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) der Bau mehrerer grosser Panzergräben quer durch Jylland befohlen worden sei, und bat mich um meine Hilfe zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte.
2. Angesichts solcher Befestigungsprojekte stand ich immer unter dem schweren Druck der Sorge, dass von der deutschen obersten Führung die Einführung der Zwangs-

arbeit für die dänische Bevölkerung gefordert werden könnte. Schon in dem ersten Befestigungsbefehl Keitels vom November (?) 1943 war der Arbeitszwang gegenüber der dänischen Bevölkerung gefordert worden mit der Empfehlung, die einzelnen Berufsgruppen abwechselnd arbeiten zu lassen. Der Generaloberst Jodl hatte am 7. 11. 1943 in München auf einer Tagung der Gauleiter erklärt\*): „Ich glaube, dass heute der Zeitpunkt gekommen ist, um sowohl in Dänemark wie in Holland, Frankreich und Belgien mit rücksichtsloser Energie und Härte die Tausende Unbeschäftigter zu Befestigungsarbeiten zu zwingen, die allen anderen Aufgaben vorgehen. Die notwendigen Befehle hierzu sind erlassen.“ Bei jedem neuen Befestigungsbefehl wurde der Arbeitszwang erneut zur Erörterung gestellt.

Ich habe die Einführung des Arbeitszwangs immer wieder abgelehnt. Der General von Hanneken unterstützte mich dabei; aber er konnte dies nur so lange, als ich ihm ohne Zwangsmassnahmen die für seine Befestigungsarbeiten notwendigen Arbeitskräfte beschaffen konnte.

3. Im September 1944 waren die auf dem dänischen Arbeitsmarkt durch die Arbeitsanvisningskontore zu beschaffenden Arbeitskräfte fast restlos für die laufenden Befestigungsarbeiten eingesetzt, sodass die Gefahr bestand, dass für die neu befohlenen Panzergräben nicht genügend Arbeitskräfte beschafft werden könnten. Dann aber drohte der Befehl Hitlers, den Arbeitszwang in Dänemark einzuführen.

Deshalb beschlossen der General von Hanneken und ich,

- a. die Reichsdeutschen in Dänemark zwangsweise zu den Schanzarbeiten heranzuziehen; dies vollzog ich durch eine für die Reichsdeutschen verbindliche Verordnung;
  - b. deutsche Dienstverpflichtete aus der Provinz Schleswig-Holstein anzufordern; die Verhandlungen mit den dortigen Behörden führte nach meiner Erinnerung der Leiter meiner Abteilung „Arbeit“;
  - c. die deutsche Volksgruppe zum freiwilligen Einsatz an den Panzergräben aufzufordern.
4. Ob der Wehrmachtbefehlshaber zuerst an die Volksgruppenführung herantrat oder ich, weiss ich nicht mehr. Ich habe aber von meiner Seite mit dem stärksten Druck auf Dr. Jens Möller eingewirkt, eine erfolgreiche Werbung in der Volksgruppe durchzuführen. Ich habe auf die — ihm aus unseren Gesprächen bekannte — Gefahr hingewiesen, dass ein Arbeitszwang-Befehl Hitlers das Land in ein Chaos stürzen werde. Ich habe ihm gesagt, dass bei der Wehrmacht und bei der deutschen Polizei er und die ganze Volksgruppenführung als nicht zuverlässig deutsch verdächtig sei und dass daraus unangenehme Folgen erwachsen könnten. Ich habe ihn auch gebeten, mich persönlich angesichts dieser Schwierigkeiten nicht im Stich zu lassen.
  5. Dr. Möller gab meinem Druck nach, obwohl er starke Bedenken gegen die Werbung geäussert hatte. Er war vor allem der Auffassung, dass die wenigen Arbeitskräfte der Volksgruppe zur laufenden Arbeit für die wirtschaftliche Existenz der Familien, der Betriebe und der Höfe notwendig seien. Er fürchtete auch, dass durch die Überbeanspruchung der Volksdeutschen der Zusammenhalt der Volksgruppe und damit ihre kulturelle Existenz gefährdet würde, indem sich viele Volksdeutsche von dem Bekenntnis zum Deutschtum zurückziehen könnten.

Soviel mir bekannt wurde, hat auch der General von Hanneken einen starken persönlichen Druck auf Dr. Möller ausgeübt.

6. Die Regelung der Bezahlung für die geleisteten Schanzarbeiten und der übrigen damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen erfolgte durch den Wehrmachtintendanten nach Beratung mit meinen Sachbearbeitern, denen ich die Weisung gegeben hatte, dass die Arbeiten *um jeden Preis* ermöglicht werden müssten. Denn selbst die höchsten Geldausgaben wie auch die Lebensmittelaufwendungen für die Verpflegung der Arbeitskräfte und für die Spenden an die Dienstverpflichteten aus Schleswig-

\*) Der Text ist in den Unterlagen des Prozesses vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu finden.<sup>1)</sup>

Holstein lohnten sich, wenn dadurch der Arbeitszwang-Befehl Hitlers und das aus ihm erwachsende Chaos in Dänemark verhütet wurde.

7. Die Arbeitskräfte der deutschen Volksgruppe, deren Zahl ich nicht mehr weiss, hätte ich nicht aus einem anderen Reservoir ersetzen können. Hätten sie gefehlt, so hätte der Wehrmachtsbefehlshaber dem Führerhauptquartier melden müssen, dass er ohne Zwangsarbeit der dänischen Bevölkerung die befohlenen Panzergräben nicht bauen könne. Die aus einer solchen Meldung resultierende Katastrophe hat die deutsche Volksgruppe dem Lande Dänemark erspart.

**Dr. Werner Best.**

<sup>1)</sup> Jodls foredrag er trykt i Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal bd. XXXVII (1949), s. 630—669. Det af dr. Best anførte citat findes s. 662—63. Der er enkelte små uoverensstemmelser mellem citatet og originalen. Bl. a. hedder det *Nichtstuer* i stedet for *Unbeschäftigter*, som hos Best, *voran gehen* i stedet for *vorgehen*. Jodl er af Nürnbergdomstolen blevet afhørt angående den citerede udtalelse i retsmødet den 6. juni 1946 (smst. bd. XV (1948), s. 494 f.).

## M. Zeitfreiwillige.

### 356.

**Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående militær uddannelse af rigstyskere.**

25. april 1942.

**Telegramm**

(offen)

Kopenhagen, den 25. April 1942 — 17.20 Uhr  
Ankunft: — 25. — — — 21.25 Uhr

*Nr. 583 vom 25.4.42.*

**Geheime Reichssache!**

**Geheim.**

Auf Schriffterlass vom 10. d.M. — Pos. Eins M 829 gRs. —

Bef. deutscher Truppen in Dänemark plant auf Grund des oben genannten Erlasses beigefügten Führerbefehls 6-wöchige Ausbildung der in Dänemark wohnhaften Reichsdeutschen. Ausbildung soll in wöchentlich 2-maligen Unterrichtsabenden und mit praktischem Waffendienst an Sonntag Vormittagen, wöchentlich insgesamt 8-stündig erfolgen. Auf Wunsch Bef. habe ich zunächst die in Gross-Kopenhagen wohnenden Reichsdeutschen der Geburtsjahrgänge 1877 bis 1924 für morgen Sonntag, den 26.4. zu einem Appel vorladen lassen, wo an sie durch Gesandten Barandon als meinem Vertreter und durch den dazu abgeordneten Generalstabsoffizier die Aufforderung zur freiwilligen Teilnahme an der geplanten Ausbildung gerichtet werden wird. Anschliessend sollen entsprechende Verpflichtungserklärungen seitens erschienener Reichsdeutscher unterschrieben werden. — Habe Bef. gegenüber Wert darauf gelegt, dass möglichst alle Angehörigen meiner Dienststelle an Ausbildung teilnehmen. Soweit sie im Interesse Dienstbetriebes meiner Behörde unabkömmlich sind, werden sie von Einzelübungen und von militärischer Verwendung im Alarmfalle befreit.

Da die militärische Ausbildung der Reichsdeutschen sicher ein gewisses Aufsehen erregen wird, so habe ich dafür Sorge getragen, dass bei morgiger Versammlung hervorgehoben wird, dass Massnahme nur zu Unterstützung deutscher Truppen bei feindlichen Aktionen diene, um Eindruck zu vermeiden, dass Massnahme sich gegen Dänen richte. Ausserdem habe ich Aussenminister gesprächsweise verständigt.

**Renthe-Fink.**

## Berger til Himmler angående de tidsfrivillige.

3. dec. 1942.

DER REICHSFÜHRER-SS

Chef des SS-Hauptamtes  
Amt VI

Berlin W 35, den 3. Dezember 1942

VI/1 Az.:27- Dr.R/Ni.

VS-Tgb.Nr. 4670/42 geh.  
VI-Tgb.Nr. 2223/42 geh.

A-Chef : Berger SS-Gruf.  
Ständ.Vertr.: Dr.Riedweg SS-Ostubaf.

Betr.: Militärische Ausbildung von Volksdeutschen.

Geheim!

An den

Reichsführer-SS  
Berlin SW 11.

Reichsführer!

Ich darf Reichsführer folgendes melden:

Volksgruppenführer Dr. Möller ist an den Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark, SS-Gruppenführer Dr. Best, mit dem Antrag herangetreten, die übrigen Angehörigen der Volksgruppe, die zu alt oder unabhkömmlich für den Fronteinsatz sind, militärisch ausbilden zu lassen. Gleichzeitig sollen diese Männer dem Befehlshaber der Deutschen Truppen in Dänemark zur Verfügung stehen für eventuell erforderlichen Einsatz. Diese Aktion wird von SS-Gruppenführer Dr. Best sehr begrüsst und soll möglichst bald in Angriff genommen werden. SS-Gruppenführer Dr. Best hält die Durchführung aus politischen Gründen als eine Hilfestellung für die Deutsche Volksgruppe für sehr erwünscht.

Für die Reichsdeutschen in Dänemark ist bereits in Form einer zeitfreiwilligen Ausbildung durch die Wehrmacht eine Lösung gefunden worden. Aus politischen Gründen ist jedoch ein Zusammenlegen dieser reichsdeutschen Zeitfreiwilligen mit den Volksdeutschen nicht möglich, da sonst sofort das Nordschleswigproblem akut würde.

Da der weitaus grösste Teil der volksdeutschen Freiwilligen in der Waffen-SS dient, darf ich vorschlagen, diese Volksdeutschen in die Waffen-SS aufzunehmen, ohne dass sie jedoch zu irgendeinem Truppenteil der Waffen-SS einberufen werden. Sie sollen in einem Reservendienst an einzelnen Wochentagen in den Abendstunden und an Sonntagen ausgebildet werden. Da von der Waffen-SS kein Truppenteil für diese Ausbildung zur Verfügung steht, hat der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark zugestimmt, dass diese Ausbildung durch die jeweiligen Standortkommandanturen übernommen wird.

Eine Uniformierung und Ausrüstung würde durch die Heerestruppenteile in Dänemark durchgeführt werden können.

Von der Waffen-SS müssten lediglich die notwendigen Uniformabzeichen zur Verfügung gestellt werden.

Ich darf Reichsführer um Entscheid bitten.

G. Berger  
SS-Gruppenführer.

## 358.

**Dr. Brandt fra rigsfører-SSs personlige stab anmoder Berger om nærmere oplysninger angående de tidsfrivillige.**

14. dec. 1942.

DER REICHSFÜHRER-SS

Persönlicher Stab

*Feld-Kommandostelle, 14. Dez. 1942.*

Tgb.Nr.: 36/14/43 g

Bra/Sch.

**Geheim!**

*Betr.:* Militärische Ausbildung von Volksdeutschen.

*Bezug:* Dort.Schreiben vom 3.12.42  
-Amt VI VI/1 Az.27- Dr.R./Ni.

*SS-Gruppenführer Berger  
Chef des SS-Hauptamtes  
Berlin.*

*Lieber Gruppenführer!*

Der Reichsführer-SS möchte, bevor er seine endgültige Entscheidung zu Ihrer Anfrage wegen der militärischen Ausbildung von Volksdeutschen in Dänemark gibt, noch folgendes wissen:

- 1.) Welche Anzahl von Volksdeutschen kämen für diese Ausbildung in Frage?
- 2.) Wer wäre der geeignete Führer?

Der Reichsführer-SS denkt nämlich daran, allenfalls die Volksdeutschen in einer Art Alarmbataillon zusammenzufassen.

Heil Hitler!

i. A.

Ihr

**R. Br[andt]**  
SS-Obersturmbannführer.

## 359.

Opråb om at melde sig som tidsfrivillig.

15. jan. 1943.<sup>1)</sup>

**N. S. D. A. P. N.**  
 Ortsgr. Sonderburg.

Sonderburg, den 15. Januar 1943.

## Aufruf an alle deutschen Volksgenossen!

Wie die Reichsdeutschen bisher, haben jetzt auch die Volksteutschen die Möglichkeit, an einer Ausbildung als Zeitsfrivillige teilzunehmen, das heißt, daß alle Volksteutschen im wehrfähigen Alter von der Wehrmacht in wöchentlichen Kursen für besondere militärische Aufgaben in der Heimat ausgebildet werden. Die Ausbildung beschränkt sich auf einige Stunden des Sonntags und wird von Offizieren und Unteroffizieren der Wehrmacht durchgeführt. Uniformen und Waffen werden geliefert. Teilnehmen kann jeder Volksteutsche im Alter vom 17. — 60. Lebensjahre. Die Ausbildung findet hier in Sonderburg statt. Die Parteilitung begrüßt die Möglichkeit einer Teilnahme der Volkgruppe auf das wärmste und erwartet, daß sich jeder gesunde Volksgenosse in den angegebenen Jahrgängen, zur Verfügung stellt. Es dürfte eine selbstverständliche Pflicht sein, diesem Ruf in der Heimat auf sich zu nehmen.

Heil Hitler!  
 gez. P. Larsen

## Wer wollte da zu Hause bleiben?

Wir fordern Dich, deutscher Volksgenosse, auf, Dich als Zeitsfrivilliger zur Teilnahme an den Ausbildungskursen zu melden und den anhängenden Meldeschein auszufüllen. Er wird vom Blockwart am Freitag, d. 20. Januar abgeholt.

Heil Hitler!  
 gez. C. J. Roth.

## Meldeschein zum Zeitsfrivilligendienst.

Ich melde mich zur Teilnahme an den Ausbildungskursen der Zeitsfrivilligen in Sonderburg.

Sonderburg, den...

Name: .....

Beruf: .....

geboren am .....

Mitglied welcher Organisationen? .....

Wohnung: .....

Kompl. Atf. f. aari. Sager  
 Aabenraa T. 1562177

<sup>1)</sup> For underretten har Roth den 12. maj 1948 forklaret, at han fik teksten til opråbet i form af et bundt trykte blanketter fra Organisationsamt. Han lod teksten trykke om, fordi han ville sætte sit eget opråb nedenunder. Tilmeldingsblanketten, som kunne afrives, indsendte han til Organisationsamt.

## 360.

**Berger til dr. Brandt angående de tidsfrivillige.**

21. jan. 1943.

DER REICHSFÜHRER-SS

Chef des SS-Hauptamtes

Amt VI  
Cd SS HA.

Berlin W 35, den 21. Januar 1943

**Geheim!**VI/1 —Dr.R/Ni.—  
VS-Tgb.Nr. 333/43 geh.  
VI-Tgb.Nr. 145/43 geh.*Betr.:* Militärische Ausbildung von Volksdeutschen  
*Bezug:* Dort.Schr. vom 14.12.42, Tgb.Nr.36/14/43 g  
Bra/Sch.*Anlg.:* 1 (Kopie d.diess.Schr. v. 3.12.42)*An den**Reichsführer-SS  
Persönlicher Stab  
z.Hd. SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt  
Berlin SW 11.**Lieber Doktor!*

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 14.12.42 hinsichtlich der militärischen Ausbildung von Volksdeutschen teile ich Ihnen folgendes mit:

- 1.) Der Führer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hat dem Bevollmächtigten des Reiches in Dänemark berichtet, dass für die Einberufung zu einer Sondereinheit der Waffen-SS in Dänemark ca. 1000 Männer zur Verfügung stehen. Von diesen haben etwa 100 Männer ihren Wohnsitz in Kopenhagen, die übrigen verteilen sich auf das Land.

Für diese Ausbildung sollen die älteren Jahrgänge und die uk-gestellten Männer erfasst werden.

- 2.) Wie bereits in meinem Schreiben vom 3.12.42 erwähnt, sollen die Männer zwar zur Waffen-SS eingezogen, in Anbetracht aber, dass kein Truppenteil der Waffen-SS in Dänemark liegt, zum Reservedienst an einzelnen Wochentagen in den Abendstunden und an Sonntagen durch die jeweilige Standortkommandantur ausgebildet werden.

Das Einverständnis des Bevollmächtigten des Reiches und des Militärbefehlshabers hierzu liegt vor.

- 3.) Da es sich hier nur um einen zusätzlichen Reservedienst handelt, kann von der eigentlichen Aufstellung einer geschlossenen Formation nicht die Rede sein. Die Männer müssen getrennt an einzelnen Standorten abends und an Sonntagen ausgebildet werden.

Ein Alarmbataillon zu bilden, würde aus diesen Gründen schwierig sein. Ich schlage vor, dass kein eigentlicher Führer eingesetzt wird, sondern dass der Leiter der Germanischen Leitstelle in Kopenhagen, SS-Sturmbannführer Boysen, die Inspektion übernimmt. Er könnte zugleich die an einzelnen Standorten Ausgebildeten dann später für einen zweiwöchigen Lehrgang an der SS-Schule Hoeveltegaard in 5 bis 6 Schüben einberufen.

Ich darf um baldige Stellungnahme bitten.

Heil Hitler!

Ihr

G. Berger  
SS-Gruppenführer.

## 361.

**Dr. Brandt til Berger angående Himmlers godkendelse af de tidsfrivilliges uddannelse.**

6. feb. 1943.

DER REICHSFÜHRER-SS

Persönlicher Stab

*Feld-Kommandostelle, 6. Februar 1943*

Tgb.Nr.: 36/14/43 geh.  
Bra/Dr.

**Geheim!**

*Betr.:* Militärische Ausbildung von Volksdeutschen.  
*Bezug:* Dortiges Schrb.v.21.1.1943 — VI/1 Dr. R/Ni.  
VS-Tgb.Nr. 333/43 geh.  
VI-Tgb.Nr. 145/43 geh.

An

*SS-Gruppenführer Berger  
SS-Hauptamt  
Berlin.*

*Lieber Gruppenführer!*

Ich kann Ihnen heute die Mitteilung machen, dass der Reichsführer-SS, Ihrem Vorschlag entsprechend, mit der militärischen Ausbildung der Volksdeutschen in Dänemark einverstanden ist.

Er hält es aber für richtig, eine Frist für den Abschluss dieser Ausbildung festzusetzen und zwar soll dies der 1. April 1943 sein. Von diesem Zeitpunkt ab muss es nach seiner Ansicht dann möglich sein, die ausgebildeten Männer zu einem Alarmbataillon durch Einberufungsbefehl innerhalb weniger Stunden zusammenzurufen.

Übermitteln Sie bitte dem SS-Brigadeführer *Kanstein*, dass der Reichsführer-SS ihm die Verantwortung für die Innehaltung dieses Termins überträgt.

Der Reichsführer-SS ist auch damit einverstanden, dass SS-Sturmabführer *Boysen* die Inspektion übernimmt und die Männer dann zu einem zweiwöchigen Lehrgang in 5 bis 6 Schüben zu der SS-Schule *Hoeweltegaard* einberuft.

Der Reichsführer-SS bittet Sie, ihn abschliessend über die erfolgte Ausbildung zu unterrichten.

Heil Hitler!

Ihr

**R. Br[andt]**  
SS-Obersturmbannführer

## 363.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående oprettelsen af  
tidsfrivilligkorpset.**

23. feb. 1943.

**Telegramm**

(G.-Schreiber)

Kopenhagen, den 23. Februar 1943 19.20 Uhr  
Ankunft den 23. Februar 1943 20.00 Uhr

Nr. 190 vom 23.2.

Die Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig hat den Wunsch, zur Verteidigung des dänischen Gebietes gegen feindliche Angriffe in gleicher Weise sogenannte „Zeitfreiwillige“ neben den zum Fronteinsatz gelangenden Freiwilligen zu stellen, wie diese von den Reichsdeutschen in Dänemark gestellt werden. Um das Monopol der Waffen-SS auf Einziehung dänischer Staatsangehöriger zum deutschen Wehrdienst zu wahren, hat sich der Volksgruppenführer Dr. Moeller mit der hiesigen Ergänzungsstelle der Waffen-SS in Verbindung gesetzt und Einverständnis darüber erzielt, dass die in Frage kommenden Volksdeutschen von der Waffen-SS eingezogen und alsdann dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark zur Ausbildung und zum Einsatz zur Verfügung gestellt werden. In Frage kommen nur solche Volksdeutsche, die nicht für den Fronteinsatz geeignet sondern entweder älteren Jahrgängen angehören oder vom Volksgruppenführer UK gestellt sind. Die Ausbildung der „Zeitfreiwilligen“, die weiter ihrem Zivilberuf nachgehen, erfolgt an bestimmten Tagen durch besondere Ausbildungskommandos an den Wehrmachtsstandorten oder auch an Orten ausserhalb der Standorte. Während des Dienstes tragen die „Zeitfreiwilligen“ Uniform, Waffen sind nach der Beendigung des Dienstes abzugeben. Die Volksgruppe will etwa 1600 Mann in Nordschleswig und etwa 100 Mann in Kopenhagen zur Verfügung stellen.

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark legt grossen Wert auf diese Verstärkung seiner Einheiten und wünscht, dass die Ausbildung unverzüglich in Angriff genommen wird. Ich habe gegen die Durchführung dieses Planes keine Bedenken und beabsichtige, in dem Zeitpunkt, zu dem die Einberufungen erfolgen, die dänische Regierung von dieser Massnahme zu unterrichten. Etwaige Einwendungen werden mit der Feststellung zurückzuweisen sein, dass die Einberufung von Freiwilligen dänischer Staatsangehörigkeit durch die Waffen-SS durchaus der bestehenden Übung entspräche. Dass Ausbildung und Einsatz bei hiesigen Heereseinheiten erfolge, entspreche den aktuellen Kriegsnotwendigkeiten.

**Dr. Best**

## 364.

**Det tyske udenrigsministerium meddeler gesandtskabet i København, at man er indforstået med oprettelsen af tidsfrivilligkorpset.**

3. marts 1943.

**Telegramm**

Mit G-Schreiber

zu Akt. Z. D VIII 715/43 II

*Berlin, den 3. 3. 194[3].*

Diplogerma *Kopenhagen*  
Nr. 321.

*Referent: LR Dr. Reichel.*  
*Betreff: Zeitfreiwillige.*

Mit Heranziehung von Angehörigen der deutschen Volksgruppe als Zeitfreiwillige im Sinne des Drahtberichts Nr. 190 vom 23.2. einverstanden.

**Bergmann**

## 365.

**Büro RAM til Bergmann angående RAMs godkendelse af de tidsfrivillige.**

7. marts 1943.

Büro RAM

zu D VIII 715/43 11

Über St.S.  
Ges. Bergmann  
vorgelegt.

Der Herr RAM ist mit der Einstellung von volksdeutschen Zeitfreiwilligen in Dänemark in der von Ihnen vorgeschlagenen Form einverstanden.

*Berlin, den 7. März 1943.*

**Sonnleithner <sup>1)</sup>**

<sup>1)</sup> Brevet bærer følgende håndskrevne bemærkninger: *Sofort! Herrn LR. Reichel, D VIII. B[ergmann] <sup>2)</sup>/<sub>3</sub>. 1) Kopenhagen verständigt. 2) z.d.A.... <sup>2)</sup>/<sub>3</sub>.*

## 366.

## Indkaldelsesordre for tidsfrivillige.

22. marts 1943.

DER STANDORTÄLTESTE  
LAGER SØGAARD

O. U., den 22.3.43.

## Gestellungsbefehl

für .....

Sie haben sich am 24.3.43, 19 Uhr, zur Ausbildung als Zeitfreiwilliger in Lager Søgaard zu melden.

gez. ....  
Major u. Standortältester.

## 367.

## Forpligtelsesformular for de tidsfrivillige.

10. april 1943.

Verpflichtung.<sup>1)</sup>Ich .....  
verpflichte mich an Eides statt, dem Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam zu leisten und als tapferer Soldat bereit zu sein, jederzeit mein Leben einzusetzen......  
Unterschrift.

Tgl. ...., den 10.4.1943.

<sup>1)</sup> Af en indberetning fra politiet i Graasten fra marts 1943 fremgår det, at majoren holdt en tale til de tidsfrivillige på det første møde. Derefter fik de forelæst en løfteformular, „hvori de lovede Foreren Troskab og forpligtede sig til om fornødent at sætte Livet ind paa Løsningen af de dem paahvilende Opgaver. Formularen blev forelæst et Par Gange, og paa Kommando hævede alle derpaa den højre Arm til den tyske Hilsen og gentog højt den fornævnte Lofteformular, der Punkt for Punkt blev gentaget for dem af Officeren. Derpaa maatte de underskrive det samme Løfte paa et Dokument“. Efter at eden var aflagt, fandt lægeundersøgelsen sted. Formularen bærer følgende håndskrevne påskrift: *Verpflichtung als „Zeitfreiwilliger“ am 10.4.1943. Am gleichen Tage begann der Ausbildungsdienst.*

## 368.

**Berger til dr. Brandt angående uddannelsen af de tidsfrivillige (med bilag).**

30. april 1943.

DER REICHSFÜHRER-SS

*Berlin-Wilmersdorf 1, den 30.4.1943*

Chef des SS-Hauptamtes

Cd SS Ha/Be/Ra./VS-Tgb.Nr. 1149/43 g.  
Chefadjtr.Tgb.Nr. 1403/43 g.**Geheim!***Betr.:* Ausbildung von Volksdeutschen in Nord-Schleswig*Anl.:* 1 Vermerk (2 Seiten)*An den**Reichsführer-SS**Persönlicher Stab**SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt**Berlin SW 11.1)**Lieber Doktor!*

Über die Ausbildung der Volksdeutschen in Nord-Schleswig gebe ich Ihnen am besten den beiliegenden Bericht des SS-Hauptsturmführers *Ulrich* von meinem Amt VI mit der Bitte um Durchsicht und Kenntnisnahme.

Heil Hitler!

Ihr

**G. Berger**  
SS-Gruppenführer.

SS-HAUPTAMT, AMTSGR.D  
GERMANISCHE LEITSTELLE

*Berlin-Wilmersdorf, 29.4.1943.*

VS-Tgb.Nr. 1149/43 geh. HI/Bü.  
D-Tgb.Nr. 563/43 geh.  
Chef-Adjtr.Tgb.Nr. 1403/4 g

**Geheim!***Betr.:* Ausbildung von Volksdeutschen in Nord-Schleswig*Bezq.:* Diesseitiger Vermerk vom 17.4.1943.1. *Vermerk:*

Ich bitte, Gruppenführer, im Nachgang zu obigem Vermerk folgendes melden zu dürfen:

Unsere Aussenstelle in Kopenhagen hat nach hier mitgeteilt, dass die Ausbildung der Volksdeutschen in Nord-Schleswig bis zum 1.4.1943 noch nicht vollständig abgeschlossen war. Die Ausbildung wird sich noch bis zum 1.6.1943 hinausziehen. Es kann jedoch bereits jetzt notfalls ein Einsatz mit der Waffe erfolgen.

Ich bitte, weiterhin melden zu dürfen, dass SS-Gruppenführer Dr. Best in einem Fernschreiben vom 18.2.1943 nach hier mitgeteilt hatte, dass sich die Zahl der Zeitfreiwilligen auf 1600 Mann erhöht hat. Diese Freiwilligen können jedoch nicht, wie vorgesehen, in der SS-Schule Hoeveltegaard ausgebildet werden, da sie während ihrer Ausbildung ihrem Zivilberufe weiter nachgehen müssen. Sie sind von der Wehrmacht an verschiedenen Standorten an bestimmten Tagen zusammengefasst und ausgebildet worden. Die Ausbildung hatte SS-Gruppenführer Dr. Best verantwortlich dem Oberstleutnant Mauff vom Stab der Division 160, in Zusammenarbeit mit SS-Sturmbannführer Boysen übertragen. SS-Stubaf. Boysen hat die weltanschauliche Schulung der Männer übernommen und durchgeführt.

Die Zeitfreiwilligen zu einem Alarm-Bataillon zusammenzuziehen ist nach Meldung von SS-Gruppenführer Dr. Best ebenfalls nicht möglich, da der Einsatz nach der gegebenen militärischen Notwendigkeit bei den verschiedenen Heeresseinheiten in kleineren Gruppen an verschiedenen Orten erfolgen muss. Die Zeitfreiwilligen sind bestimmten Wehrmachtsformationen zugeteilt und werden von diesen ausgerüstet und laufend auch nach dem 1.6.1943 weiter ausgebildet.

2. *An den Chef des SS-Hauptamtes* m.d.B. um Kenntnisnahme.

i. V.

Ullrich.

1) Brevet af 30. april bærer signaturen H. H., der viser, at det er blevet set af Heinrich Himmler.

## 369.

### Indkaldelsesordre til tidsfrivilligtjeneste.

13. maj 1943.

#### Einberufungsbefehl<sup>1)</sup>

Trotzdem Sie über Bedeutung und Notwendigkeit der Teilnahme am Zeitfreiwilligendienst unterrichtet sind, haben Sie sich dafür noch nicht gestellt.

Sie werden hierdurch aufgefordert, sich zwecks Annahmeunterrichtung für den Zeitfreiwilligendienst am 17.5.1943 Uhr 19 in der Kaserne zu Sønderburg einzufinden. Mitzubringen sind 2 Passbilder ohne Kopfbedeckung.

Dieser Einberufungsbefehl ist mitzubringen und bei der Ankunft abzugeben.

Näheres über den Beginn der Ausbildung erfahren Sie nach der ärztlichen Untersuchung.

Der Standortälteste

Fromme.

1) Roth har for underretten den 22. marts 1948 forklaret, at han indkaldte partimedlemmerne til møde på „Haus Adalbert“, hvor han henstillede til dem at melde sig som tidsfrivillige. Imidlertid havde værnemagten selv udsendt mødebefaling fra Sønderborg kaserne til partimedlemmerne, hvorfor hans initiativ fik mindre betydning. Fouragehandler Peter Johannsen har den 29. april 1949 som vidne i landsretten udtalt, at han ikke fik noget opråb eller nogen opfordring fra partiet, kun en mødebefaling fra den tyske kommandant i Sønderborg. Fr. Bossen har den 25. maj 1948 forklaret, at han i henhold til ordre lod sine Blockwarte gå rundt med tegningslister. Henvendelsen fandt sted både til ikke-partimedlemmer og til de medlemmer, der ikke havde meldt sig. Lignende fremgangsmåde er anvendt andre steder.

## 370.

**Legationsråd Wagner til RAM angående de tidsfrivilliges indsættelse i SS  
med RAMs svar.**

18. og 22. maj 1943.

*Abskrift<sup>1)</sup>*

Gr. II.  
Inl. II 1939 g.

**Geheim.**

Der Reichsführer-SS hat mich beauftragt, den Herrn Reichsaussenminister zu bitten, dass der Bevollmächtigte in Dänemark, Min.Dir. Dr. Best, ihn bei seinem nächsten Aufenthalt in Deutschland aufsucht. Er möchte mit ihm besprechen, in welcher Form die Volks- u. Reichsdeutschen, die jetzt in Dänemark militärisch in Ausbildungseinheiten ausgebildet werden, auch für den Einsatz bei der SS entsprechend vorbereitet werden können. Da es auch notwendig geworden ist mit Dr. Best einmal persönlich die Frage der weiteren Behandlung der Juden Angelegenheit in Dänemark und gleichzeitig die Frage der Aufstellung des Germanischen Freikorps zu besprechen, wäre es sehr erwünscht, wenn Dr. Best baldmöglichst nach Berlin kommen könnte. Es würde auch in diesem Zusammenhang die Frage der weiteren Behandlung der Dänischen Nationalsozialisten zu erörtern sein.

Hiermit über Leiter Pers.

Dem Büro R.A.Min. mit der Bitte um Vorlage beim Herrn R.A.Min. zugeleitet.

*Berlin 18.V.1943.*

**Wagner.**

Büro RAM.

Zu Inl. II 1939 g.

Über St.S.  
L. R. Wagner  
vorgelegt.

**Geheim.**

Zu Ihrer Vorlage v. 18.V., dass der Reichsführer. SS Min. Dir. Dr. Best sprechen möchte, hat der Herr R.A.Min. folgendes bemerkt:

Um irgendwelche Schwierigkeiten mit der SS zu vermeiden, muss von vornherein klar gestellt sein, dass der Reichsführer mit Dr. Best nicht irgendwelche Abkommen treffen kann. Der Vorgang muss vielmehr der sein, dass der Reichsführer in Ihrer Gegenwart die Frage des Einsatzes der Volks- und Reichsdeutschen bespricht, dass Sie darüber berichten und das A. A. oder erforderlichen Falls der R.A.Min. selbst die Entscheidung trifft, was zu geschehen hat.

Der Herr R.A.Min. bittet Sie in dieser Weise vorzugehen und dabei in möglichst netter Form zu verfahren und darauf hinzuweisen, dass möglichst viele Volks- und Reichsdeutsche in der SS eingesetzt werden können.

Der Herr R.A.Min. ist damit einverstanden, dass Dr. Best nach Berlin kommt.

*Fuschl d. 22.V.1943.*

**Sonnleithner.**

<sup>1)</sup> Brevene kendes kun gennem en afskrift i Aabenraapolitiets arkiver. De bærer påtegningen: *Copy of Document NNG 4807* og stammer sandsynligvis fra Nürnbergaktr.rne.

## 371.

## Stehr til dr. Möller angående de tidsfrivillige.

6. sep. 1943.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

6. September 1943.

P.II.15/43 — St/L

*Betrifft: Zeitfreiwilligendienst.**An den  
Volksgruppenführer Dr. Möller  
Gravenstein.**Lieber Dr. Möller!*

In der Zeitfreiwilligenangelegenheit habe ich heute vormittag das Wehrbezirkskommando Ausland in Kopenhagen aufgesucht. Major Bongatz ist jedoch zur Zeit in Berlin, sodass ich nur mit seinem Vertreter, Major von Langen, gesprochen habe, der aber zunächst höchstwahrscheinlich wegen Versetzung von Major Bongatz die hiesige Dienststelle übernehmen wird.

In der Besprechung wurden folgende Punkte berührt:

1. *Versorgungsansprüche.* Wie aus den mir vorgelegten Unterlagen ersichtlich, gelten die volksdeutschen Zeitfreiwilligen als Noteinsatzpflichtige. Mit ihrer Einberufung sind sie Angehörige der Wehrmacht und haben als solche dieselben Rechte und Pflichten wie alle anderen Wehrmachtsangehörigen. Das gilt auch für die Regelung etwaiger Versorgungsansprüche.

Es ist also hier insofern eine Änderung eingetreten, als die Zeitfreiwilligen nach den ihnen ursprünglich ausgestellten Ausweisen nur zum Wehrmachtsgefolge gehörten und als solche mit einer Armbinde versehen wurden. Diese Armbinde ist jetzt weggefallen. Die Zeitfreiwilligen tragen im Einsatz die regulären Uniformen mit Hoheitsabzeichen und Achselklappen. Dadurch wird schon äusserlich erkennbar, dass sie unmittelbar zur Wehrmacht gehören.

Ich bat darum, der Volksgruppe eine schriftliche Bestätigung zu diesem Punkt zuzustellen. Diese wurde mir in Aussicht gestellt. Major von Langen wird Herrn Major Bongatz nach seiner Rückkehr in diesem Sinne von unseren Wünschen verständigen.

2. *Einsatz.* In dieser Angelegenheit hat Hauptmann Smith am 27. August telegrafisch in Kopenhagen vorgefragt, ob Einsatz der Zeitfreiwilligen bei innerpolitischen dänischen Konflikten in Frage kommt. Dabei hat er zum Ausdruck gebracht, dass Sie einen solchen Einsatz nicht wünschen. Wann dieses Telegramm beantwortet ist, konnten wir heute vormittag nicht feststellen. Ich nehme an, dass Bongatz mir hierüber nach seiner Rückkehr Aufklärung geben kann. Auf jeden Fall ist in der Antwort zum Ausdruck gebracht worden, dass ein Einsatz der Volksdeutschen bei innerpolitischen dänischen Konflikten, d.h. also gegen Dänen grundsätzlich nicht vorgesehen ist. Ich vermute, dass dieser Bescheid den nordschleswigschen Standorten vor der Alarmierung der Zeitfreiwilligen nicht bekannt geworden ist.

Im übrigen gehe ich davon aus, dass

- a) die Lehrer, die nach Tondern eingezogen waren, ihre Schularbeit inzwischen wieder aufgenommen haben,
- b) der Einsatz der volksdeutschen Freiwilligen zur Zeit in der Abwicklung begriffen ist.<sup>1)</sup>

Heil Hitler!

**St[ehr].**

Durchschlag an 1) das Organisationsamt der NSDAPN, Apenrade,  
2) das Volksgruppenamt, Apenrade  
zur Kenntnisnahme.

<sup>1)</sup> Det sidste blad af brevet er skåret midt over, så der mangler en del af skrivelsen. Stehr har med blyant bemærket: *Rest gehört nicht in diesem Vorgange.*

## 372.

### Organisationsamt meddeler, at de tidsfrivillige ikke må hverves til vagtjeneste i København.

13. sep. 1943.

ORGANISATIONSAMT DER  
N.S.D.A.P.-N.<sup>1)</sup>

Apenrade, den 13. September 1943.  
Schiffbrückstr. 7, Zimmer 5.

*Betrifft:* Gestellung von jüngeren volksdeutschen Zeitfreiwilligen für den Wachdienst in Kopenhagen.

Die von Ihnen vorgenommene Werbung von jungen volksdeutschen Zeitfreiwilligen für den Wachdienst in Kopenhagen, die ohne Genehmigung der Volksgruppenführung erfolgt ist, ist sofort einzustellen. Der Befehlshaber in Dänemark hat angeordnet, dass für diesen Wachdienst *keine* volksdeutschen Zeitfreiwilligen aus Nordschleswig nach Kopenhagen in Marsch zu setzen sind.

<sup>1)</sup> Dette brev og A. nr. 374, 375, 378, 385, 386, 387 og 449 kendes kun fra en afskrift, som bibliotekar Peter Callesen lod tage i april 1945, da han under Peter Larsens sygdom havde overtaget nogle af dennes forretninger og derfor havde adgang til arkiverne på Dibbernhaus, hvor originalerne fandtes. Peter Callesen har overfor politiet udtalt, at han tør stå inde for afskrifternes rigtighed.

## 373.

**Organisationsamt til dr. Møller angående de tidsfrivillige.**

12. nov. 1943.

NSDAP.-NORDSCHLESWIG

Apenrade, d. 12. 11. 1943

Organisationsamt

An

Partieführer Dr. Möller  
Gravenstein.

Betrifft: Frage der Zeitfreiwilligen in Nordschleswig.

Nachdem in den letzten Wochen die zweite Befragung der Zeitfreiwilligen durchgeführt wurde und in diesen Tagen zu einem Abschluss gekommen ist, möchte ich Ihnen einen zusammenfassenden Bericht über die Zeitfreiwilligenfrage in Nordschleswig übermitteln:

Wie Sie wissen, Parteiführer, entstanden die ersten Schwierigkeiten in der Zeitfreiwilligenfrage bei Verhängung des Ausnahmezustandes, insofern, als von einigen Kommandanturen die volksdeutschen Zeitfreiwilligen zum Dienst eingezogen und kaserniert wurden. Da die Verpflichtung, die die Zeitfreiwilligen seinerzeit eingingen, sich in eindeutiger Weise bezogen auf einen Einsatz im Falle einer Invasion, d. h. dass die volksdeutschen Zeitfreiwilligen, wenn die Wehrmacht aus militärischen Gründen genötigt würde, abziehen, den Objektschutz übernehmen sollten, konnte ein Einsatz der Zeitfreiwilligen bei inneren Unruhen in Dänemark nicht in Frage kommen. Die aufgrund dieser Unklarheiten zwischen Ihnen und dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark stattgefundene Besprechung legte nun fest,<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Brevet findes i det tyske kontors arkiv. Blad 2 er borte og har ikke kunnet findes, men Stehr har forneden på blad 1 bemærket: (*Rest ausgeheftet. Interessiert hier nicht*), og som en slags fortsættelse, der formodentlig sammenfatter indholdet af de følgende, nu manglende linier, har han tilføjet: *nur Einsatz gegen den äusseren Feind. Stehr*].

## 374.

**[Organisationsamt] til bogtrykker Kley, Haderslev, angående de tidsfrivillige.**

9. feb. 1944.

9.2.44.

Betrifft: Einsatz der Freiwilligen für den Objektschutz.

Bezug: Dort. Schreiben vom 3.2.44.<sup>1)</sup>Herrn G. Kley,  
Hadersleben  
Norderstr. 40

Unter Bezugnahme Ihres o. a. Schreibens teilen wir Ihnen folgendes mit:

Die Zeitfreiwilligen waren mit Ausnahme der Führer bisher sämtlich für den örtlichen Objektschutz in der Heimat auf Grund ihrer Verpflichtungen vorgesehen. D. h., dass

sämtliche Zeitfreiwillige für den Schutz bestimmter Objekte eingeteilt wurden ohne Rücksicht darauf, ob auch die Hälfte der Belegschaft ausreichend gewesen wäre. Die Zeitfreiwilligen müssen aber untergebracht werden und wurden eben entsprechend aufgeteilt.

Heute liegen die Verhältnisse anders. Heute wünscht man, dass etwa 50 % für andere Aufgaben abgestellt werden. Die von militärischer Seite jetzt vorgenommene Einteilung für den örtlichen Objektschutz wird als ausreichend angesehen.

Im Falle einer Invasion und einem damit in Verbindung stehenden Abzug der hier stationierten Truppen, werden sich weitere Zeitfreiwillige zur Verfügung stellen.

Wir rechnen mit einer Zahl von mindestens 500 in Nordschleswig. Der Abgang der übrigen Zeitfreiwilligen ist damit wettgemacht. Im übrigen muss man ja im Falle einer Invasion mit einem laufenden Durchmarsch und Zuzug frischer Truppen rechnen, sodass Nordschleswig als Aufmarschgebiet niemals von Truppen entblößt sein wird, sondern dass sich hier vielmehr bedeutend stärkere Truppenmassen ansammeln werden, wie je zuvor.

Die Gefahrenmomente für den örtlichen Objektschutz werden also nicht erhöht, sondern höchstens verringert.

Ich habe also keine Bedenken, wenn ein grosser Teil unserer Zeitfreiwilligen für andere Aufgaben abgestellt werden. Im Falle einer Einberufung der Zeitfreiwilligen für den örtlichen Objektschutz, sind Waffen und Ausrüstungen in voller Zahl bereits heute schon bereitgestellt.

Ich bitte um Kenntnissnahme.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> I sin skrivelse af 3. februar havde Kley fortalt Peter Larsen, at en garnisonsofficer i Haderslev i forrige uge havde opfordret ham til at afgive melding om, hvor mange tidsfrivillige der var nødvendige til beskyttelse af ejendomme og anlæg m. m. i Haderslev. Han opgav tallet til 84, men efter at dette var gået videre til den lokale kommandant i Aabenraa, fik han fra Haderslev meddelelse om, at det var for højt, og satte det så ned til 66. Han anser det for sin pligt at meddele Larsen, at dette tal er for ringe, og beder ham drøfte sagen med den pågældende tyske myndighed i Aabenraa.

## 375.

### [Organisationsamt] til F. Weigand, Højer, angående en ny hvervning til tidsfrivilligkorpset.

18. feb. 1944.

18.2.44.

Herrn F. Weigand<sup>1)</sup>  
Højer.

Lieber Kamerad Weigand!

Unter Bezugnahme auf Dein Schreiben vom 16.2.44 teile ich folgendes mit:

Auf Wunsch des Befehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark und im Einvernehmen mit der Volksgruppenführung soll eine neue Werbung von Zeitfreiwilligen bis zum 15.3.44 durchgeführt werden. Es wird erwartet, dass sich jeder waffenfähige Volksdeutsche vom 16. Lebensjahre an meldet und im Falle einer Invasion in Dänemark zur Verfügung stellt.

Die Freiwilligen kommen nicht zum unmittelbaren Fronteinsatz, sondern werden entweder zum örtlichen Objektschutz in der Heimat oder bei rückwärtigen Stellen (Etappe) eingesetzt, um dadurch Soldaten freizumachen.

<sup>1)</sup> Bibliotekar Peter Callesen, der har ladet afskriften af brevet foretage (se A. nr. 372), har overfor politiet udtalt, at det er sendt fra Organisationsamt til Weigand, der var SK-fører i Højer.

## 378.

**Det tyske kontor til dr. Møller angående de tidsfrivilliges uddannelse og anvendelse.**

**4. marts 1944.**

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM

4. März 1944.

*An den*

*Volksgruppenführer Dr. Möller,  
Gravenstein.*

*Betrifft:* Noteinsatzpflichtige.

*Bezug:* Berichtdurchschlag vom 17. Februar 1944.

*Lieber Dr. Möller!*

Bei einem kurzen Besuch, den ich Hauptmann Smith in Apenrade abstattete, erfuhr ich, dass man von dort aus in Bezug auf Ausbildung und Einsatz keinen Unterschied zwischen der Gruppe I und Gruppe II der Zeitfreiwilligen machen wird. Die Angehörigen der Gruppe I werden demnach nur in dem Umfang herangezogen, wie es für die Gruppe II vorgesehen ist. Ihre Ausbildung kann daher auch mit der Gruppe II zusammen erfolgen.

Ein Gespräch mit dem Landesgruppenleiter am gestrigen Tage ergab, dass auch nach dortiger Auffassung ganz generell ein Einsatz von Zeitfreiwilligen bei innerpolitischen dänischen Konflikten nicht in Frage kommt. Es bleibt daher nur die Einsatzmöglichkeit im Falle militärischer Operationen gegen den äusseren Feind. Damit hat sich dann auch die Befragung erübrigt, die hier in Kopenhagen bisher noch nicht durchgeführt worden war.

Wegen der Abänderung der Ausweise wird von dem Reichsbevollmächtigten zur Zeit noch mit den zuständigen Dienststellen der Wehrmacht verhandelt.

Heil Hitler!

Stehr.

## 379.

**Uddrag af Vomis månedsberetning med oplysning om de tidsfrivillige i Nordslesvig.**

**Marts 1944.**

Akt.Zch.-IV/10a-Hu.

**Monatsbericht März 1944  
des  
Hauptamtes Volksdeutsche Mittelstelle.**

*Zur volkspolitischen Lage  
(Nordschleswig)*

Der Selbstschutz ist im Monat März in allen Kreisen in Aktion getreten. Zum Schutz der deutschen Betriebe werden regelmässig nächtliche Streifen durchgeführt.

Der zweite Unterführerlehrgang für Zeitfreiwillige aus der Volksgruppe Nord-schleswig fand in der Zeit vom 1. bis 15.3.44 in Hadersleben statt. An diesem Lehrgang, der wieder ein guter Erfolg wurde, nahmen 58 SK-Männer teil. Insgesamt stehen jetzt 120 Unterführer der SK als Ausbilder für den Zeitfreiwilligendienst zur Verfügung. Leider war die zusätzliche Werbung für den Zeitfreiwilligendienst weniger befriedigend. So haben sich im Kreise Apenrade etwa nur 120 Freiwillige gemeldet. Auffallend war, dass die Kriegsverdiener und auch zum Teil die Bauern und Grossbauern versagt haben. Die Arbeiter haben sich, soweit sie nicht schon längst Zeitfreiwillige waren, fast ausnahmslos zur Verfügung gestellt.

.....

### 380.

#### Skrivelse fra Organisationsamt til kredslederne og SK-kredsførerne angående de tidsfrivillige.

25. april 1944.

ORGANISATIONSAMT DER  
N.S.D.A.P.-N.

Apenrade, den 25. April 1944.

Betrifft: Zeitfreiwillige.

An die

1. Kreisleiter der N.S.D.A.P.-N.
2. Kreismannschaftsführer der S.K.

Vertraulich!

In aller nächster Zeit wird einer Anzahl von Zeitfreiwilligen voraussichtlich eine Kriegsbeorderung zugestellt werden, sich im Falle einer Invasion in Hadersleben zu stellen.

Damit die Kreisleiter und Kreismannschaftsführer unterrichtet und imstande sind auf evtl. Fragen bezüglich der zugestellten Kriegsbeorderung Antwort zu geben, teilt das Organisationsamt mit, dass alle Mitglieder bis Jahrgang 1900 die Kriegsbeorderung erhalten werden. Diese Jahrgänge werden in Verpflegungsämtern, Tankstellen und dergl. im rückwärtigen Gebiet der kämpfenden Truppen Verwendung finden.

Die älteren Jahrgänge dagegen bleiben zum örtlichen Objektschutz hier und erhalten keine Kriegsbeorderung.

Wir bitten um Kenntnisnahme und vertrauliche Behandlung.

Heil Hitler!

Larsen

## 382.

## Samtale mellem den tyske øverstbefalende i Danmark og folkegruppens ledelse angående de tidsfrivillige.

21. maj 1944.

### Besprechung zwischen der Volksgruppenführung und dem Befehlshaber Dänemark.

Besprechungsort: Silkeborg — Dienstzimmer des Befehlshabers Dänemark.

Besprechungszeit: 21. Mai 1944, 12 Uhr

Anwesend: *Von der Wehrmacht:* General v. Hanneken,  
Oberst Colani,  
Major Töpke,

*Von der Volksgruppenführung:* Dr. Möller,  
P. Larsen,  
P. Petersen,

*Ferner:* Landrat Dr. Caspar.

Auf Wunsch des Generals berichtet Dr. Möller über die Entwicklung des Zeitfreiwilligendienstes in der letzten Zeit und schildert die Schwierigkeiten und die Verwirrung, die durch die verschiedenartig gelagerte Durchführung des Dienstes in den verschiedenen Standorten und durch die herausgegebenen Einberufungsbefehle und Richtlinien entstanden sind und bittet, wie früher verabredet, um einen Befehl an alle Zeitfreiwilligen, dass die Ausbildung der Freiwilligen in die Hand der Volksgruppe unter Aufsicht und Anleitung der Wehrmacht gelegt wird, damit der Dienst auf die übrige Volksgruppenarbeit abgestimmt wird.

Der General hat hiergegen starke Bedenken und meint, dass die Volksgruppenführung vielleicht kaum in der Lage ist, diese Ausbildung durchzuführen, da die Autorität der Volksgruppenführung wohl nicht alle Kreise der Zeitfreiwilligen erfasse.

Dr. Möller erwidert, dass dies sehr wohl möglich sei, dass aber die Autorität der Volksgruppenführung naturgemäss nur auf Vertrauen beruhen könne, und dass es immer deutsche Menschen geben würde in der Volksgruppe, die sich nicht einfügen wollen. Es handle sich hier aber erfahrungsgemäss um Kreise, die sowieso einsatzmässig wenig oder nichts für die Volkstumsarbeit bedeuten. Er habe für alle Volksgruppenangehörigen die politische Verantwortung und müsse deshalb nochmals bitten, dass alle Fragen in Bezug auf den Zeitfreiwilligendienst vorher mit der Volksgruppenführung abgesprochen werden.

Der General erklärt, dass er auf die Stimmen, die sich gegen die Volksgruppenführung richten auch nichts geben könne und wolle und betont ausdrücklich, dass man auch von der militärischen Seite die Volksgruppenführung unbedingt stützen würde, da beide Teile, Wehrmacht und Volksgruppenführung, für dasselbe Ziel arbeiten, nämlich für die Erhaltung und Erhöhung der Kriegsbereitschaft. Der General erklärt sich zu folgender Abmachung bereit:

In Bezug auf den Zeitfreiwilligendienst übernimmt die Volksgruppe alle Vorbereitungen, versendet die von der Wehrmacht unterschriebenen Einberufungen und alle Verfügungen werden vorher mit der Volksgruppenführung abgesprochen. Die Ausbildung dagegen geschieht durch die Wehrmacht, d. h. in dem Augenblick, wo die Zeitfreiwilligen in Uniform angetreten sind bis zum Wegtreten vom Dienst gelten nur die Befehle der Wehrmacht, und die Volksgruppe ist ausgeschaltet. Im Falle der Invasion stehen die Zeitfreiwilligen nur der Wehrmacht zur Verfügung, wobei absprachegemäss ein Teil der Zeitfreiwilligen (ca. 750 Mann) in Dänemark beim Nachschubwesen zum Einzug kommen können<sup>1)</sup>, während die übrigen in Nordschleswig zum Objektschutz bestimmt werden.

Dr. Möller nimmt diesen Vorschlag an.

Der General bringt dann die Frage des Aufrufes für den Fall einer Invasion zur Sprache. Es wird vereinbart, dass die Volksgruppenführung diesen Aufruf entwirft, dem General zu Begutachtung und Unterschrift vorlegt, und dass der Aufruf dann von der Volksgruppe in Druck gegeben wird, ihn in Verwahrung nimmt, um ihn zu gegebener Zeit zu verteilen.

Der bisher herausgegebene Einberufungsbefehl soll im Sinne der Volksgruppe revidiert werden, und ein entsprechender Vorschlag ist von der Volksgruppenführung an die Dienststelle des Befehlshabers einzureichen.

Zur Frage der Uniformierung erklärt der General, dass die Lösung dieser Frage sehr schwierig sei, dass aber alles versucht werden würde um das Fehlende, zur Hauptsache Achselklappen, zu beschaffen.

Die in Apenrade für die Zeitfreiwilligen lagernden Waffen können jetzt voraussichtlich auf die einzelnen Kreise verteilt werden, damit sie im Bedarfsfalle schnell und sicher zur Verfügung stehen.

Schluss der Besprechung 1,10 Uhr.

gez. P. Petersen.

<sup>1)</sup> Von Hanneken har for landsretten den 28. april 1949 oplyst, at det ikke var meningen, at de 750 mand skulle anvendes nord for en linie fra Kolding vestpå. For underretten har Peter Larsen den 27. april 1948 forklaret, at efter mødet i Silkeborg den 21. maj 1944 meddelte man hver især af de 750 mand, hvor han i tilfælde af invasion skulle melde sig, nemlig i Haderslev. Den enkelte blev ikke spurgt. Møller har gjort opmærksom på, at det oprindeligt var de yngre årgange, der skulle gøre tjeneste udenfor Nordslesvig, men efter oprettelsen af Selbtschutz byttede man i nogen grad om på de to grupper.

## 383.

### Optegnelse fra det tyske kontor angående de tidsfrivilliges CB-tjeneste (bilag til det danske udenrigsministeriums skrivelse af 23. maj 1944).

17. maj 1944.

#### Vermerk

Dem Kontor der Deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium sind drei Fälle gemeldet worden, in denen Zeitfreiwillige der deutschen Wehrmacht eine Einberufung zum Zivilen Luftschutzdienst (C.B.-Tjeneste) bekommen haben. Es handelt sich dabei um:

1. G. A. Mathiesen, Tingleff,
2. J. R. Jessen, Stoltelund bei Tingleff,
3. H. David, Stoltelund bei Tingleff.

Dabei ist es denkbar, dass weitere Fälle vorliegen, die der Volksgruppenführung noch nicht bekannt geworden sind. Die jüngeren Jahrgänge, die wohl in erster Linie für einen solchen C.B.-Dienst in Frage kommen, sind in dem Zeitfreiwilligenkontingent der Volksgruppe wie folgt vertreten:

Jahrgang 1926.....	59	Zeitfreiwillige
Jahrgang 1925.....	85	Zeitfreiwillige
Jahrgang 1924.....	61	Zeitfreiwillige
Jahrgang 1923.....	31	Zeitfreiwillige

Es ist dringend erwünscht, dass die hier auftretende Interessenkollision durch eine Befreiung der betreffenden Zeitfreiwilligen vom C.B.-Dienst beseitigt wird. Die Zeitfreiwilligen haben alle der deutschen Wehrmacht gegenüber eine Verpflichtungserklärung unterschrieben und sind sowohl im Besitz eines Einberufungsbefehls als auch einer Kriegs-

beorderung. Im Einberufungsbefehl wird festgelegt, dass der Empfänger auf Grund seiner Freiwilligenmeldung zum Noteinsatz herangezogen wird und während seiner jeweiligen Einberufung zum Noteinsatz den Militär- und Kriegsgesetzen untersteht, sowie den Weisungen seiner vorgesetzten Dienststelle unbedingt Folge zu leisten hat. In der Kriegsbeorderung wird festgelegt, wo der Betreffende sich gegebenenfalls zum aktiven Wehrdienst zu melden hat.

Die Zeitfreiwilligen sind mithin für den Fall militärischer Operationen der Feinde des Reiches in Dänemark an die deutsche Wehrmacht abgestellt. Sie ständen daher, selbst wenn sie jetzt hierfür ausgebildet würden, in kritischen Lagen doch nicht für die Aufgaben des zivilen Schutzdienstes zur Verfügung. Ferner muss berücksichtigt werden, dass sie auch heute schon auf Grund ihrer Verpflichtung und ihres Einberufungsbefehls an Sonntagen und in den Abendstunden für den kommenden Einsatz ausgebildet werden. Eine Unterbrechung dieser Ausbildung wird von der deutschen Wehrmacht mit Rücksicht auf einen etwaigen künftigen Einsatz kaum in Kauf genommen werden können.

Bei dieser Sachlage erscheint es zweckmässig, wenn die Leitung des Zivilen Schutzdienstes in Dänemark von vornherein auf die Einberufung von Zeitfreiwilligen, die ihr im Ernstfall doch nicht zur Verfügung ständen, grundsätzlich verzichtet und dafür nur solche Staatsangehörige im Rahmen der C.B.-Lehrgänge ausbildet, die sich nicht der deutschen Wehrmacht gegenüber zum militärischen Einsatz verpflichtet haben.

Grundsätzlich sind selbstverständlich auch Volksdeutsche als dänische Staatsangehörige verpflichtet, einer Einberufung zum C.B.-Dienst Folge zu leisten. Soweit sie aber als Zeitfreiwillige verpflichtet worden sind und sowohl einen Einberufungsbefehl als auch eine Kriegsbeorderung erhalten haben, müssten sie den übrigen Freiwilligen aus Dänemark gleichgestellt werden, die zur Waffen-SS und zur Wehrmacht gegangen sind und daher ebenfalls nicht an C.B.-Lehrgängen teilnehmen können.

Kopenhagen, den 17. Mai 1944. St/L

P.II.15/43.

## 385.

**Den tyske øverstbefalende i Danmark meddeler, at folketyskere i tilfælde af invasion kun skal sættes ind mod en „ydre fjende“.**

8. juli 1944.

WEHRMACHTSBEFEHLSHABER DÄNEMARK

Gef. St., den 8. Juli 1944.

Abt. Ia — Nr. 4178/44 geh.

Betr.: Ausbildung der Volksdeutschen und deren Kampfeinsatz.

### Auszug.<sup>1)</sup>

2). Einsatz der Volksdeutschen kommt in einem Invasionsfall grundsätzlich nur gegen äusseren Feind in Frage. Hierunter fallen auch Angriffe dänischer Sabotagetrupps gegen von Volksdeutschen bewachte militärische Objekte.

Eine Verwendung für Polizei-Dienste (Verhaftungen, Gefangenenbewachung usw.) ist nicht vorgesehen.

<sup>1)</sup> Bibliotekar Peter Callesen, der har ladet brevet afskrive (se A. nr. 372), har forklaret, at det er sendt til de forskellige værnemagtsafdelinger, og at Organisationsamt har fået en afskrift deraf.

## 386.

**[Organisationsamt] til den tyske øverstbefalende i Danmark angående  
anvendelsen af de tidsfrivillige.**

2. aug. 1944.

Zeitfr. Ba/P.

2. August 1944.

*An den  
Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark  
über Herrn Landrat Dr. Caspar,  
Silkeborg, Aahavevej 32.<sup>1)</sup>*

*Betrifft:* Einsatz der Zeitfreiwilligen in Nordschleswig.

In der Anlage stellen wir dem Herrn Befehlshaber die Abschrift eines Berichtes zu, der uns vom Ortsgruppenleiter in Sonderburg zugeht. Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist es zu einem aktiven Eingreifen der Zeitfreiwilligenformation nicht gekommen, doch scheint der Herr Kommandeur nicht über die getroffenen Vereinbarungen informiert zu sein, wonach der Einsatz der Zeitfreiwilligen bei inneren Unruhen in Dänemark nicht erwünscht ist.

Wir bitten zur Vermeidung des Eindrucks bei unseren Volksgenossen, dass die getroffenen Vereinbarungen im Ernstfalle nicht innegehalten werden, um entsprechende Mitteilung an die Herren Ortskommandanten.

<sup>1)</sup> Bibliotekar Peter Callesen (se A. nr. 372) har forklaret, at det er Organisationsamt, der har sendt dette brev. Initialerne kunne tyde på, at det er dikteret eller konciperet af Bargfeldt. Baggrunden for skrivelsen er, at de tidsfrivillige i Sønderborg efter attentatet på Hitler var blevet indkaldt til patrouille- og vagttjeneste.

## 387.

**[Organisationsamt] til bogtrykker Kley, Haderslev, angående hans deltagelse  
i aktionen mod det danske politi.**

10. okt. 1944.

Zeitfr. K. L./Sch.

10. Oktober 1944.

*Herrn Georg Kley,  
Hadersleben,  
Deutsches Kontor.<sup>1)</sup>*

Aus einem illegalen Blatt, das dem Organisationsamt zugestellt wurde, geht hervor, dass der Buchdrucker Georg Kley sich an der Aktion gegen die dänische Polizei zusammen mit dem Organisten *Huth* beteiligt hat. Über Sie wird weiterhin geschrieben, dass Sie Befehl zum Schiessen in der leeren Wohnung eines Polizeibeamten gegeben haben.

Die Parteileitung bittet um Auskunft darüber:

1. wer Sie zur Teilnahme an dieser Aktion befohlen hat,
2. in welcher Eigenschaft Sie teilgenommen haben,
3. ob Sie als Zeitfreiwilliger in Uniform oder als Zivilist sich an der Aktion beteiligt haben.

Die gleichen Auskünfte hätten wir auch über die Teilnahme des Organisten Huth. Wir müssen davon ausgehen, dass Sie als volksdeutscher Zeitfreiwilliger genau wissen, dass Sie an der Unterdrückung von inneren Unruhen und dergleichen überhaupt nicht teilzunehmen haben, sondern dass die Zeitfreiwilligen nur im Falle einer Invasion gegen den äusseren Feind eingesetzt werden.

Für eine baldige Klarstellung wäre das Organisationsamt dankbar.

<sup>1)</sup> Bibliothekar Peter Callesen (se A. nr. 372) har forklaret, at brevet er sendt af Organisationsamt. Initialerne kunne tyde på, at det er dikteret eller konciperet af Peter Larsen.

## 388.

### Merkblatt for de tidsfrivillige, udstedt af garnisonskommandanten i Aabenraa.

[1944].

DER STANDORTÄLTESTE  
APENRADE

#### Merkblatt für den Zeitfreiwilligen.<sup>1)</sup>

- 1.) Nach Erhalt der Einberufung steht der Zeitfreiwillige *nur* unter den deutschen Militär-gesetzen.
- 2.) Er untersteht dem Standortältesten seines Wohnbezirkes und ist von diesem einer militärischen Einsatzdienststelle zugeteilt.
- 3.) Als Legitimation besitzt der Zeitfreiwillige einen Ausweis, der vom Standortältesten ausgestellt ist. Die Armbinde „Deutsche Wehrmacht“ darf nicht zur Uniform getragen werden.
- 4.) Nach Einberufung ist der Zeitfreiwillige den deutschen Wehrmachtangehörigen sowohl wehrsold- wie versorgungsmässig gleichgestellt.
- 5.) Bekleidung und Ausrüstung hat der Zeitfreiwillige in seiner Wohnung sicher zu ver-wahren und instand zu halten.
- 6.) Waffen und Munition empfängt er im Falle eines Einsatzes bei der für ihn zuständigen militärischen Einsatzdienststelle.
- 7.) Beim Ausscheiden aus dem Zeitfreiwilligendienst im Standortgebiet Apenrade, sei es durch Krankheit, Einberufung zur Wehrmacht, Übersiedlung in einen anderen Polizeikreis oder aus anderen Gründen hat der Zeitfreiwillige Uniform, Ausrüstung, Armbinde und Ausweis bei der Wehrmachtkommandantur Apenrade wieder abzu-liefern. Er hat sich im neuen Wohnort *unverzüglich* bei der nächsten Wehrmacht-dienststelle zu melden.
- 8.) Jeder Zeitfreiwillige ist für den Einsatz einer „Alarmgruppe“ einer militärischen Dienst-stelle im Standortgebiet zugeteilt.
- 9.) Nach Erhalt des Gestellungsbefehles hat er sich bei der Einsatzdienststelle *unver-züglich* zu melden.
- 10.) Der Gestellungsbefehl wird dem Zeitfreiwilligen mündlich oder telefonisch durch den zuständigen Gruppenführer auf Befehl seiner militärischen Einsatzdienststelle über-mittelt.
- 11.) Wenn nicht ausdrücklich anders befohlen, hat der Zeitfreiwillige zum Dienst in Uniform zu erscheinen.
- 12.) Der Zeitfreiwillige hat jeden Wohnungswechsel *unverzüglich* der Wehrmachtkomman-dantur Apenrade und seiner Einsatzdienststelle zu melden.

- 13.) Bei Entfernung aus dem Standort über 24 Stunden (Urlaub, Geschäftsreise usw.) ist die Wehrmachtkommandantur Apenrade vor der Abreise in Kenntnis zu setzen.
- 14.) Ein Verlassen des Standortes während des Alarmzustandes *ohne Genehmigung der Wehrmachtkommandantur* ist verboten.
- 15.) Der Zeitfreiwillige hat in und ausser Dienst ein korrektes und der deutschen Wehrmacht würdiges Benehmen zu zeigen. Er hat sich jeder Provokation der dänischen Zivilbevölkerung oder den dänischen Behörden gegenüber zu enthalten.
- 16.) Über jedes besondere Vorkommnis wie „Zusammenstoss mit dänischen Zivilisten oder dänischer Polizei, Sabotageverdacht oder Sabotagehandlung, Spionage, Fallschirmabsprung, Flugzeugabschuss, Notlandung usw.“, hat der Zeitfreiwillige *unverzüglich*, ohne Zivilisten oder dänische Behörden davon in Kenntnis zu setzen, seiner militärischen Dienststelle Meldung zu erstatten.

Die weitere Verfolgung der Angelegenheit übernimmt der Standortälteste.

- 17.) Über alle Angelegenheiten des Zeitfreiwilligendienstes und des Einsatzes ist der Zeitfreiwillige nichtmilitärischen Dienststellen oder Personen gegenüber zum Schweigen verpflichtet.

Der Standortälteste

Smidt

Hauptmann.

<sup>1)</sup> Feldwebel Schönfeldt har for underretten den 4. maj 1948 erkendt at have udarbejdet Merkblatt vedrørende de tidsfrivillige. Angående punkt 16 blev der i forvejen forhandlet med en repræsentant for folkegrupeledelsen, formodentlig Peter Larsen. Schönfeldt var tilstede ved drøftelsen, og det blev her fra værnemagtens side foreslået, at partiet stillede sin organisation til rådighed for bekæmpelsen af sabotagen. Dette blev ikke absolut accepteret, men man lovede at give besked. Da denne ikke kom, indsatte Schönfeldt selv punkt 16. Oberfeldwebel Kröger har samme dag forklaret, at Merkblatt væsentligst er udarbejdet af Schönfeldt og kommandanten. Kröger har oplyst, at det stammer fra sommeren 1944. Han mener, at det er blevet sendt til de forskellige lokale afdelinger.

## 389.

### Opråb om deltagelse i tidsfrivilligtjenesten.

18. jan. 194[5].

ORGANISATIONSAMT DER  
N.S.D.A.P.N.

#### Aufruf zur Teilnahme am Zeitfreiwilligendienst.

Volksgenosse! Mit stolzer Bewunderung haben wir an der Grenze des Reiches im vergangenen Jahr auf unser deutsches Volk gesehen. Umgeben von Verzagtheit und Verrat stand es unerschütterlich im Glauben an seinen Sieg und in Treue zu seinem Führer. Unfassbar ist unseren Feinden „das deutsche Wunder“, und sie ahnen bereits, dass sie an der Widerstandskraft dieser Gemeinschaft zerbrecen werden. Mit letzter Kraft, mit der Wut und der Enttäuschung des Erschöpften, der bereits den Sieg errungen zu haben meinte, entladen sie die geballte Macht dreier Weltreiche über unserem Volk, — und dieses Volk *steht*. — Es ist einfach nicht zu schlagen, es wird den Sieg erringen, schon weil es sich nie geschlagen geben wird.

Auch unsere Feinde bewundern heute bereits unverhohlen dieses deutsche Volk; wir aber dürfen zugleich *stolz* sein, es ist doch *unser* Volk, und die Söhne unserer Heimat stehen als Freiwillige an der vordersten Front! Von ihrem Einsatz künden unsere Toten, sprechen die Frontberichte, erzählen die Auszeichnungen an der Brust unserer Urlauber.

Volksgenosse! Können wir überhaupt ermessen was unsere Freiwilligen leisten, und was ihre Angehörigen vielfach durchmachen müssen, was jeder deutsche Soldat, das ganze deutsche Volk leistet? Denn vom Opfer des Volkes hören ist eines, es am eigenen Leibe spüren etwas ganz anderes. Wir können uns glücklich preisen, dass unsere Städte und Dörfer bisher vom Kriege verschont blieben, *wir wissen aber auch, dass dieser Friede ernstlich bedroht ist. Es ist nun nicht die Art von Nationalsozialisten eine drohende Gefahr tatenlos abzuwarten.* Die Volksgruppenführung musste dieser Bedrohung ins Auge sehen und sich in Verantwortung der Heimat gegenüber darauf einstellen. Die in der Heimat verbliebenen Männer wurden daher bereits vor eineinhalb bis zwei Jahren aufgefordert, ihre Wehrkraft innerhalb der volksdeutschen Mannschaften zu üben, in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht entstand die Einrichtung des Zeitfreiwilligendienstes, der deutsche Selbstschutz wurde aufgebaut, und im Herbst griffen Männer und Frauen zum Spaten zum Bau von Schutzwällen. Mit dem Beginn des Winters schien die unmittelbare Gefahr vorüber, aber wir wissen, dass sie zum Frühjahr, besonders nachdem der Feind im Westen an den Grenzen aufgehalten wurde, ernster wird als je zuvor.

*Der Volksgruppenführer ruft daher jetzt alle männlichen Volksgenossen zum Einsatz als Zeitfreiwillige auf.*<sup>1)</sup> Die Verteidigung der Scholle ist selbstverständlichste Mannespflicht aller Deutschen, und die Ausbildung wird so durchgeführt, dass jeder gesunde Mann sie mitmachen kann. *Von der Partei aber wird verlangt, dass jeder Träger des Gedankens einer blutmässigen Gemeinschaft mit gutem Beispiel vorangeht.* Daher hat der Parteiführer folgenden *Parteibefehl* erlassen, der hiermit bekannt gegeben wird: „Alle männlichen Parteigenossen im Alter von 17—55 Jahren haben — sofern sie nicht schon Zeitfreiwillige sind — umgehend ihre Meldung zum Zeitfreiwilligendienst abzugeben. Die Meldung erfolgt über den Ortsgruppenleiter und ist bindend. Der Ortsgruppenleiter hat genaue Listen über alle Neuanmeldungen bis zum 6.2.45 an das Org.Amt einzureichen und die Parteigenossen namhaft zu machen, die diesem Befehl nicht nachgekommen sind; die weitere Zugehörigkeit zur Partei und ihren Organisationen wird von der Meldung abhängig gemacht.“<sup>2)</sup>

Volksgenosse! Die Teilnahme an diesem Dienst ist das absolute Mindestmass an Einsatz, das von jedem Deutschen, *auch von Dir erwartet werden kann.* Eine Befreiung ist nur möglich auf Grund der Bescheinigung der Wehruntauglichkeit durch einen volksdeutschen Arzt. Die Freiwilligenmeldung hat ihr aber trotzdem voranzugehen, auch wenn die Durchführung des Dienstes aus praktischen Gründen, zu grosser Entfernung oder ähnl. nicht möglich erscheint.

Volksgenosse! Du bist ein Teil des deutschen Volkes. Sein Schicksal ist Dein Schicksal. Die Heimat erwartet, dass jeder seine Pflicht tut. Wenn Du auf das Reich und auf unsere Freiwilligen schauest, wirst Du selber erkennen, dass man weniger nicht gut von dir verlangen kann, in einer Zeit, wo es ums Ganze geht. Wir erwarten deine Meldung. —

*Apenrade den 18. Jan. [194]4.<sup>3)</sup>*

Heil Hitler!

Im Auftrage des Parteiführers

gez. Larsen.

Leiter des Organisationsamtes.

<sup>1)</sup> I „Nordschleswigsche Zeitung“ for 28. december 1944 hedder det, at der i det lille politiske råds møde den 27. december var blevet truffet beslutning om udvidelse af tidsfrivilligtjenesten.

<sup>2)</sup> Dr. Møller har den 26. april 1949 i landsretten forklaret, at det lille politiske råd i 1944 har drøftet, om man skulle ekskludere de partimedlemmer, der ikke efterkom opfordringen om at melde sig som tidsfrivillige. Der blev dog ikke taget nogen beslutning herom, og der blev fra Jep Schmidts side protesteret imod en sådan eksklusion.

<sup>3)</sup> Opråbet er dateret 18. jan. 1944, men må, som indholdet viser, være fra 1945.

## 390.

**Peter Larsen til Bargfeldt angående optagelse af danske nationalsocialister i tidsfrivilligkorpset.**

27. jan. 1945.

*Apenrade, den 27.1.1945.**Betrifft:* Erweiterung des Zeitfreiwilligendienstes.

Herrn  
 Lehrer Bargfeldt,  
 Forstallee,  
 Apenrade.<sup>1)</sup>

Ich bitte durch einen hierfür geeigneten SK-Mann oder Pg. — der Verbindung zu den dän. Nat. Soz. haben muss — schnellstens überprüfen zu lassen, ob es in Rothenkrug und Umgegend möglich sein wird, auch dänische Kreise in den Zeitfreiwilligendienst miteinzubeziehen.

Diese Einbeziehung könnte erfolgen unter dem Motto „*Schutz der Heimat*“. Auch wäre es ja denkbar, dass wir in Zukunft den Begriff Zeitfreiwillige in Volkssturmmänner umwandeln und von dem *Volkssturm Nordschleswig* sprechen könnten.

Ich bitte um recht baldige schriftliche Mitteilung über das Ergebnis der vorgenommenen Überprüfung.

Heil Hitler!

P. Larsen.

<sup>1)</sup> Peter Larsen har til rapport af 25. januar 1946 forklaret, at der, vist fra et tysk „tjenestested“, var kommet opfordring til at undersøge, om der skulle være mulighed for at udvide tidsfrivilligkorpset ved også at lade det omfatte danske nationalsocialister. Bargfeldt har den 23. januar 1946 udtalt, at det var værnemagten, der havde rejst dette spørgsmål på grundlag af en henvendelse fra de danske nationalsocialister.

## 391.

**Notits vedrørende kredsførermødet angående de tidsfrivillige.**

18. marts 1945.

*Apenrade, den 18.3.1945.***Vermerk****über die Besprechung der Krm. am 17.3.45 in Apenrade.**

Der SK-Führer berichtet über den Verlauf der Besprechung des Volksgruppenführers mit Generaloberst Linnemann in Silkeborg am 15.3.45.

Die Erklärung des Generals, dass die 750 Zfr. der Gruppe I im A-fall<sup>1)</sup> ebenfalls der Volksgruppenführung zur Verfügung stehen werden, erhebt eine ganze Reihe von Fragen, die dringend eine genaue Lösung im Einzelnen verlangen.

Die Zfr. sind demnach anzusehen als Schutztruppe der Volksgruppe, die nur ihr untersteht, aber doch ein Teil der Besatzungstruppe in Dänemark ist.

Der von der Volksgruppe aufzustellende Alarmplan muss daher abgestimmt sein auf den Alarmplan der Wehrmacht.

Für die bisher unbewaffnete Gruppe I müssen baldigst Waffen beschafft werden. Das bedeutet im Einzelnen:

Die von der Volksgruppenführung ernannte Zfr.-führung muss einen eigenen Alarmplan für den A-fall ausarbeiten, der weitestmöglich auf den Alarmplan der Wehrmacht abgestimmt ist.

Die Zfr. der Gruppe I, die im A-fall bewaffnet werden sollten von den Einheiten, denen sie zugeteilt würden, stehen heute ohne Bewaffnung da.

Die Zeitfr. sind im A-fall ganz auf die Führer aus ihren eigenen Reihen angewiesen.

Der Einsatz der Zfr. erfolgt nicht mehr im Verband vollständig ausgerüsteter Einheiten sondern als eigene sehr leicht ausgerüstete Truppe. (Es fehlen MG, Handgranaten, MP, Panzerfaust, Karten, Lampen, Schanzzeug, Sanitätsausrüstung, Fahrzeuge und Treibstoff.)

Auf die Teilnahme der Reichsdeutschen muss wahrscheinlich verzichtet werden, da sie im A-fall als Reichsbürger von der Abmachung mit der *Volksgruppe* wahrscheinlich nicht berührt werden.

Daraus ergeben sich folgende von der Volksgruppenführung zu stellende *Forderungen*:

- 1) Die Wehrmachtseinheiten müssen vom Befehlshaber genauestens über die Stellung der Zfr. im A-fall unterrichtet werden.
- 2) Die Wehrmachtseinheiten müssen angewiesen werden, dass keine Unruhe in die Reihen der Zfr. hineingetragen wird, und dass die Ausbildung wie bisher, wenn möglich noch verstärkt, durchgeführt wird.
- 3) Die ausbildenden Einheiten sind anzuweisen, erhöhtes Gewicht auf die Ausbildung der zfr. Führer und Unterführer, die ihnen von der Volksgruppe bezeichnet werden, zur *selbständigen* Führung zu legen.
- 4) Die ausbildenden Einheiten müssen angewiesen werden, wenigstens die Führer und Unterführer an möglichst allen Waffen so auszubilden, dass sie von diesen bedient werden können. (Kurz- und Sonderlehrgänge).
- 5) Im Einvernehmen mit der Wehrmacht müssen Sammelplätze der Zfr. im A-fall festgelegt werden, wo die Führer die Befehle der Zfr.-führung abwarten.
- 6) An diesen Sammelplätzen müssen die für die Zfr. vorgesehenen Waffen sofort greifbar sein.
- 7) An den Sammelplätzen müssen kleinere Vorräte an Lebensmitteln (eiserne Rationen) und Generatorholz gehortet werden, dazu Sanitätsmat.).
- 8) Die ausgehändigten Kriegsbeordnungen müssen auf diese Sammelplätze abgeändert werden.
- 9) Die schnelle Aushändigung von Soldbuch und Erkennungsmarke an die Zfr. im A-fall muss gewährleistet sein. Wenn möglich ist sofortige Aushändigung durchzusetzen.
- 10) Vollständige Ausrüstung aller Zfr. mit leichten Infanteriewaffen muss sofort angepackt werden.
- 11) Mit den Einheiten muss abgesprochen werden, welche Fahrzeuge für die Zfr. zur Requirierung bereit stehen.

Von seiten der Krm. wurden ausserdem folgende *Vorschläge* gestellt:

- 1) Da zu befürchten ist, dass viele Zfr. im A-fall, der den dänischen Aktivisten zumindest ebenso früh bekannt sein wird, die Sammelplätze garnicht erst erreichen werden, wird vorgeschlagen, dass der Zfr. seine Waffe (Gewehr mit 10 Schuss) stets im Hause hat.
- 2) Manche Dienstgrade des Weltkrieges werden aufgrund von Unfähigkeit keine entsprechende Dienststellung erhalten können. Zur Vermeidung von Unstimmigkeiten und disz. Schwierigkeiten wird empfohlen die Rangbezeichnungen des Volkssturmes einzuführen. (Also nicht: Leutnant und Feldwebel sondern: Kompanieführer (ohne

Rücksicht auf Dienstgrad) und Zugführer.) Eine dementsprechende Kenntlichmachung durch Abzeichen ist bereits in einigen Standorten recht glücklich gelöst.

- 3) Der Name „Zeitfreiwilligendienst“ für eine militärische *Organisation* ist recht unglücklich. Eine Umbenennung in „Volkssturm Nordschleswig“, „Heimwehr“ oder „Schutztruppe“ wäre zu überlegen.

Eine genaue Aufstellung über die Zfr. Standorte, ihre Stärke und Bestand an eigenen Führern und Führeranwärtern ist in Vorbereitung.

<sup>1)</sup> Gruppe I omfattede de tidsfrivillige, som var forpligtet til at gøre tjeneste udenfor Nordslesvig. Med A-fall mentes invasion.

## 402.

### General v. Hannekens redegørelse for forhandlingerne med folkegruppen angående uddannelsen af de tidsfrivillige.

6. feb. 1948.

HERMANN VON HANNEKEN

Apenrade 6.II.48

#### Verhandlungen mit Volksgruppe betr. Ausbildung.

Ende 1942 oder Anfang 1943 machte mich Dr. Best mit der Volksgruppenleitung näher bekannt. Nach m. A. ist bei dieser Besprechung auch die Frage der militärischen Ausbildung das erste Mal besprochen worden. Dr. Best hatte mir *vor* der Besprechung mitgeteilt, dass von Seiten der Volksgr. eine verbesserte militärische Ausbildung, die schon bisher in einzelnen kleinen Abteilungen auf Grund Absprache mit Standortältesten lief — m. Wissens in Apenrade, Sonderburg u. Tondern —<sup>1)</sup> gewünscht wurde, und zwar wolle die Volksgruppe die Ausbildung durch einen generellen Befehl des Befehlshabers einheitlich durchgeführt erhalten u. dabei ihre besonderen Wünsche zur Geltung bringen.

In der Aussprache, bei der Dr. Moeller das Wort führte, es waren 1 oder 2 Herren der Volksgruppe in seiner Begleitung — ich glaube darunter Hr. Larsen — wurde ausgeführt, dass die Volksgruppe etwa 3000 Männer hätte, die für eine Ausbildg. in Frage kämen u. sie diese an einzelnen Tagen auf Stunden zur Ausbildung zur Verfügung stellen wollte. Es wurde die Bedingung daran geknüpft, dass:

- 1) Alle Anordnungen zur Einberufung von der Volksgruppe erlassen wurden,
- 2) die Volksgr. Ltg. über die gesamte Ausbildg. eine Übersicht erhalte,
- 3) die Volksgr. eine Art Mitbestimmungsrecht über die Auswahl derjenigen Volksgr. Männer erhalten solle, die als milit. Führer eingesetzt werden sollten,
- 4) von den Auszubildenden stände nur ein Teil der Wehrmacht im Bedarfsfall zur Verfügung,
- 5) Waffen und Bekleidung hätte die Wehrmacht zu stellen,
- 6) das Ausbildg. Personal der Wehrmacht möchte besonders sorgfältig u. im Hinblick auf den Einsatz der Volksdeutschen ausgewählt werden.

Die Besprechung war in der Nyboder Schule.

Von meinem Stabe nahmen Teil an der Besprechung: 1) der Chef d. Stabes Oberst Grf. Brandenstein. 2) der I a Oberstl. Leder, und so weit ich weiss der damalige Quartiermeister Oberst Meyer. Ausserdem war Dr. Best zugegen. Ich nahm die Ausführungen zur Kenntnis u. bat, da ja das mündlich gesagte doch nur ein Gerippe wäre u. wir, zumal die

Volksgr. wünschte die Anordnungen über sie zu geben, so ohne weiteres auf Grund der Besprechung keine Befehle geben könnten, dem Befehlshaber in schriftlicher Form die Ausbildgs. Wünsche präzisiert vorzulegen u. sich des weiteren des Oberstit. Leder dazu zu bedienen.

Grundsätzlich gab ich mein Einverständnis zur Ausbildung durch die Wehrmacht im Sinne des Antrages Möller.

Nach m. A. hat es etwa 2—3 Monate gedauert, ehe mir von Leder mitgeteilt wurde, dass endlich die schriftliche Formulierung eingegangen sei.<sup>2)</sup> Dabei trug Leder mir vor, dass gewisse Forderungen der Volksgr. mit Belangen der Wehrmacht gar nicht zusammenhängen u. uns in eine Abhängigkeit vom guten Willen der Volksgr. bringen würden.

Soweit ich erinnere lagen die Beanstandungen einmal auf dem Einsatzgebiet. Hier wollte die Volksgr. die Leute nach ihrem Gutdünken einsetzen. Weiter auf der Mitwirkung bei der Auswahl der zur Unterführung geeigneten Leute. Hier wünschte die Volksgr., dass nur Leute genommen wurden, die parteilich einwandfrei seien.

Es wurde dann ein Ausbildungsbefehl von meinem Stabe entworfen, der durch Leder mit der Volksgr. abgesprochen wurde und dann die Ausbildung befohlen.

M. E. war das etwa April 43.

Im Herbst 43 war ein erneuter Besuch von Dr. Möller bei mir wegen Ausbildungsfragen. Nach m. E. hatte die Volksgr. hier Beschwerden über den Standortält. v. Apenrade, der die Ausbildung nicht wunschgemäss durchführe, auch immer wieder ohne Mitwirkung der Volksgruppe Einzelanordnungen wegen der Ausbildg. unmittelbar an die Männer erteile u. überhaupt eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Volksgr. ablehne.

Dr. Best hatte mir schon vor der Ansprache Mitteilungen über die Anstände gemacht.

Ich liess die Dinge nachprüfen und entschloss mich vor allem um eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen zur Ablösung des Standortältesten v. Apenrade.

Eine 3. Besprechung fand m. W. Anfang 1944 in Silkeborg statt. Bei dieser Besprechg. war bestimmt von der Volksgr. Hr. Larsen mit anwesend. In dieser Besprechung wurde von Seiten der Volksgr. der beabsichtigte Einsatz der Volksgr. Leute im Ernstfall be-  
anstandet.

Die Volksgr. erklärte, dass sie keines Falls *alle* Ausgebildeten der Wehrmacht zum restlosen Einsatz stellen könnte. Sie brauche selbst für ihre Zwecke einen grossen Teil Leute u. könne nur eine ganz beschränkte Zahl der Wehrmacht zur freien Verfg. stellen.

Ich erklärte dazu, dass das nicht Sinn einer milit. Ausbildung sei. Ich wünsche genaue Angaben welche Leute als dienstverpflichtet für die Wehrmacht z. Verfg. ständen. Diese Leute würden dann aber *nur* durch die Wehrmacht eingesetzt.

Hierüber hat es dann ein langes Hin u. Her auch persönliche Reibungen gegeben, wobei von Seiten Best, Dr. Kaspar sowie Hr. Stehr eingeschaltet wurden.

Im Sommer 44 beauftragte ich dann dem damaligen I a Maj. Toepke sich der Fragen der Ausbildg. d. Volksdeutschen besonders anzunehmen. T. ist darauf soweit ich weiss 2 Mal in Apenrade gewesen, um ordnend einzugreifen.

Im Herbst 1944 war ich dann auf Wunsch von Toepke u. Dr. Kaspar in Apenrade zu einer Art Friedensversöhnung u. anschliessend in Gravenstein bei Dr. Möller zum Mittagessen.

**Hermann v. Hanneken.**

<sup>2)</sup> For underretten har von Hanneken den 24. maj 1948 forklaret, at der her måske er tale om en forveksling med de Noteinsatzpligtige, der jo var tyske statsborgere.

<sup>3)</sup> Angående denne skrivelse har von Hanneken den 28. april 1949 for landsretten forklaret, at det heri blev meddelt, at der stod ca. 3 000 mand til disposition, og at de tidsfrivillige kun skulle anvendes i Nordslesvig.

## 403.

**Kansteins redegørelse for oprettelsen af tidsfrivilligtjenesten.**

29. april 1948.

Ich erinnere mich, dass ich über den Zeitfreiwilligendienst der dänischen Staatsbürger in Nordslesvig mit Dyrklage Møller und Rudolf Stehr — vermutlich im Frühjahr 1943 — mehrfach gesprochen habe. Bei den Fragen, die besprochen wurden, handelte es sich um die Uniformierung der bereits in Entwicklung begriffenden Z.organisation und um Entschädigungsfragen für Arbeitsausfall und Verluste.

Es war mir zu der damaligen Zeit klar, dass die Bildung eines Z.korps Nordslesvig mit den völkerrechtlichen Bestimmungen nicht im Einklang stand, und dass es zur Legalisierung eines Abkommens mit der dänischen Regierung bedürfte. Soweit ich mich erinnere, hat der damalige Direktor im Aussenministerium, Hr. Svenningsen, mich auch gelegentlich auf den völkerrechtswidrigen Zustand aufmerksam gemacht, was ich entsprechend an den RB bzw. den Referenten Kassler weitergegeben habe: Wenn Møller oder Stehr mich danach gefragt hätten, würde ich sie sicher auf den völkerrechtswidrigen Zustand aufmerksam gemacht haben. Von anderen dänischen Behörden ist die Frage der Z. in Nordslesvig mir gegenüber nicht angeschnitten worden. Ich habe auch von mir aus mit anderen dänischen Dienststellen diese Frage nicht berührt.

Ich habe mit der deutschen Minderheit in Aabenraa (Møller, Larsen oder Stehr) niemals unmittelbar korrespondiert, speziell nicht in der Frage des Z.korps. Die Korrespondenz in Fragen der deutschen Minderheit in Aabenraa zu führen, lag in der Zuständigkeit des Volksgruppenreferenten beim RB, Kassler. Wenn von Møller oder Larsen angeführt wird, dass ich ihnen ein Schreiben zugeschickt hätte, wonach die dänische Regierung (Justizministerium) sich mit der Bildung des Z.korps in Nordslesvig einverstanden erklärt hätte, so muss ich dazu sagen, dass ich ein solches Schreiben niemals verfasst und abgesandt hätte, wenn nicht zuvor die dänische Regierung offiziell ihr Einverständnis gegeben und der RB bzw. der Volkstumsreferent einem solchen Schreiben zugestimmt hätten.

*Aabenraa, den 29. April 1948.*

**Paul Kanstein**

Ovenstaaende Erklæring er afgivet overfor Undertegnede

**Iver Møller**

**Poul Fink**

Politifuldmægtige

# N. Schleswigsche Kameradschaft.

## 404.

**Vomi til det tyske udenrigsministerium angående brune skjorter  
til Schleswigsche Kameradschaft.**

29. nov. 1940.

*Durchschlag.*

VOLKSDEUTSCHE MITTELSTELLE

29. November 1940.

*Betrifft:* Braunhemden für die Schleswigsche Kameradschaft.  
*Akt.Zch.:* I 8 b — Ra/Ja.

*An das*  
*Auswärtige Amt*  
*Kulturpolitische Abt.*  
*Berlin W 8*

Vorbehaltlich eines späteren ausführlichen Berichts über die durch den unterzeichneten Referenten der Volksdeutschen Mittelstelle in Nordschleswig festgestellte Lage wird einstweilen mitgeteilt, dass mit Rücksicht auf die nunmehr in Dänemark verfolgten politischen Ziele eine gewisse Änderung in der Zielsetzung der NSDAPN eintreten wird.

Bisher wurde in Nordschleswig vor Beginn an der Volkstumskampf ausschliesslich mit dem Ziele einer Grenzveränderung geführt. Innerlich beruhte der Volkstumskampf auf einem stark betonten Hass gegen das gesamte Dänentum. Es ist daher einleuchtend, dass die mit dem Ziele einer Gemeinschaft der nordischen Völker verfolgten politischen Zwecke hinsichtlich der Fritz Klausen-Bewegung der Masse der Volksdeutschen in Nordschleswig daher nicht sofort verständlich sind. Die NSDAPN wird daher in den nächsten Monaten ihr Hauptgewicht darauf legen müssen, den Gedanken populär zu machen, dass Volkstumshaltung und Grenzfrage 2 Dinge sind, die ihrer Natur nach nicht zusammengehören müssen. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass hinsichtlich der Grenzfrage weder durch den 9. April noch seit dem 9. April irgendwelche Änderungen eingetreten sind. Andererseits wird die Volksgruppe einsehen müssen, dass diejenigen Dänen, gegen welche sie bisher den Volkstumskampf geführt hat, nicht dieselben sind, welche in der Fritz Klausen-Bewegung stehen und somit sich unter einem unmittelbaren Einfluss von deutscher Seite befinden. Die Volksgruppe wird ferner ohne Vorbehalte die Grenzfrage der Entscheidung des Führers überlassen. Der unterzeichnete Referent glaubt überzeugt sein zu können, dass die Führerschaft der NSDAPN in aufrichtiger Disziplinbereitschaft diese Gedanken in Zukunft vertreten wird.

Im Zusammenhang mit dieser neuen Zielsetzung der NSDAPN bittet die Volksdeutsche Mittelstelle um Stellungnahme, ob seitens des Auswärtigen Amtes Bedenken bestehen, dass die mannschaftliche Formation der NSDAPN, die Schleswigsche Kameradschaft (SK), welche ihre Angehörigen zu vorübergehenden Kursen in der reichsdeutschen SS schickt, von nun an braune Hemden tragen kann. Es wird dies seitens der Volksdeutschen Mittelstelle deswegen vorgeschlagen, weil die SK heute gewissermassen ostentativ mit einem irredentistischen Untergedanken das sogenannte volksdeutsche weisse Hemd trägt um damit ihr Unerlöstsein zu bekunden. Andererseits tragen die Formationen der Fritz Klausen-Bewegung das Braunhemd. Es würde daher zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Volksgruppe und im Wege einer bei jedweder Lösung unzweifelhaften Entwicklung liegen, der SK schon heute das Tragen des Braunhemdes zu gestatten. Der Zeitpunkt der Einführung wäre insofern günstig, als z.Zt. in Dänemark Umzugsverbot besteht, sodass es zunächst nur im geschlossenen Saal getragen wird. Ein Affront gegenüber den Dänen fiel daher weg. Der Schwerpunkt des Anlegens des Braunhemdes liegt jedoch nach hiesigem Ermessen in einer von jeder Grenzveränderung unabhängig rein äusserlichen Angleichung an das Reich, welche die Unwesentlichkeit der Grenzfrage betont.

Mit Rücksicht darauf, dass in einigen Tagen die Führer der NSDAPN zu Besprechungen in Berlin weilen werden, wäre die Volksdeutsche Mittelstelle dankbar, wenn bis dahin eine Entscheidung erfolgen könnte.

Heil Hitler!

I. A.

gez. **Rimann**

**405.**

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående SKs indskriden overfor en mand, der havde krænket Hitler.**

**19. juni 1941.**

S/N Schl.

19. Juni 1941

**Eilt sehr!**

I Anlage.

*An*

*die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Heute mittag erfuhr ich gesprächsweise, dass die volksdeutsche S.K. in Krusau die dänische Polizei daran gehindert habe, ihren Parteigenossen Heinrich Goy zwecks Verbüssung einer Haftstrafe festzunehmen. Auf sofortige fernmündliche Anfrage erklärte der Leiter des Organisationsamts der NSDAP.-N., dass Goy kürzlich wegen tätlichen Angriffs gegen einen dänischen Schrankenwärter zu 20 Tagen Haft verurteilt worden sei. Goy habe von einer schweren Beleidigung des Führers durch den Schrankenwärter gehört und diesen später zur Rede gestellt, wobei es zu Auseinandersetzungen gekommen sei. Goy behaupte, dass er die ihm im Strafverfahren zur Last gelegte Tat nicht begangen habe.

Ich habe den Leiter des Organisationsamts gebeten, mir einen ausführlichen Schriftbericht über diese Angelegenheit zuzustellen, den ich abschriftlich hiermit vorlege<sup>1)</sup> und auf dessen Inhalt ich Bezug nehmen darf. Wie mir zusätzlich mitgeteilt wird, hat die S.K.

in Krusau völlig selbständig und ohne entsprechende Instruktionen der Parteileitung gehandelt. In letzter Zeit haben die Ortsgruppen der S.K. verschiedentlich bei der Parteiführung um Weisung gebeten, Beleidigungen des Führers, die tatsächlich in letzter Zeit sich häufen und seitens der dänischen Polizeibehörden aus eigener Initiative angeblich nicht tatkräftig genug verfolgt werden, durch die Männer der S.K. ahnden zu lassen. Bisher hat Volksgruppenführer Dr. Möller, nicht zuletzt auch auf mein Einwirken hin, eine solche Genehmigung nicht erteilt, obwohl auch er über die ihm bekannt gewordenen Beleidigungen des Führers sehr erzürnt ist und daher den an ihn herangebrachten Wünschen der S.K. innerlich sympatisch gegenüber steht. Die Angelegenheit Goy hat mir gezeigt, dass sich Dr. Möller auch mit einem Schweigen künftig nicht mehr wird begnügen können und in einem besonderen SK-Befehl ähnliche selbständige Unternehmungen der S.K. wird untersagen müssen. In diesem Sinn werde ich bei nächster Gelegenheit mit Herrn Dr. Möller sprechen, falls nicht von dortaus eine anders lautende Weisung hier eingeht.

<sup>1)</sup> Ikke medtaget.

## 406.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående SK.

23. juli 1941.

Kult 3 Nr. 2.

23. Juli 1941

Inhalt: Tätigkeit der S.K.

An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.

Die vor kurzem erfolgte Ernennung des Organisationsleiters der NSDAP.-N., Oblt. a.D. Larsen, zum Landesführer der SK macht sich in einer gesteigerten Aktivität der SK-Führung bemerkbar. Oblt. Larsen, der sich mit seiner ganzen Person energisch und zielbewusst für eine innere Reorganisation und den weiteren Ausbau der SK einsetzt, hat u.a. bereits verschiedene Führerbesprechungen grösseren Umfanges abgehalten, und zahlreiche organisatorische Neuerungen eingeführt. Mit Rücksicht auf diesen auch in der Nordschleswigschen Zeitung stark hervorgehobenen und in der dänischen Presse mit bemerkenswertem Interesse verfolgten Entwicklungsprozess der SK habe ich gestern Oblt. Larsen aufgesucht, um über seine Massnahmen und Pläne Klarheit zu erhalten. In der offen geführten Aussprache erhielt ich einen übersichtlichen Gesamteindruck, den ich nach dort mitzuteilen mich veranlasst fühle mit der Bitte um Prüfung, ob die Massnahmen der SK-Führung den aussenpolitischen Rücksichten des Reiches entsprechen.

1. Über Ziel und Aufgaben der SK-Arbeit befragt, erklärte mir Oblt. Larsen — unter Verwertung eines vom SK-Schulungsamt ausgearbeiteten Manuskripts — u.a. folgendes:

a) „Die SK ist die Erziehungsgemeinschaft der jungen Mannschaft Nordschleswigs. Der SK-Mann soll zum politischen Soldaten der Volksgruppe erzogen werden. Das grosse Vorbild, dem die SK nachstrebt, sind die SA- und SS-Männer der Kampfzeit. Die politische Schulung erstreckt sich auf die Grundsätze der nationalsozialistischen Weltanschauung, auf die allgemeinpolitischen Ereignisse und in Sonderheit auf den Grenzlandkampf. Der SK-Mann wird nie vergessen, dass er als Grenzlanddeutscher nicht nur den Kampf zu führen hat für den Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung in Nord-

schleswig, sondern auch für die deutsche Zukunft Nordschleswigs. Ziel der *soldatischen* Ausbildung ist, den SK-Mann körperlich und geistig wehrfähig zu machen und wehrfähig zu erhalten. Diese beiden grossen Erziehungsgebiete der politischen Schulung und der Wehrtüchtigung wirken zusammen, um den politischen Soldaten der Volksgruppe zu formen. Aus der SK werden in Zukunft die politischen Führer der Volksgruppe hervorgehen. Der Wahlspruch der SS „Unsere Ehre heisst Treue“ ist auch der Wahlspruch der SK. Die SK soll nicht nur die aktivste Sturmkolonne der Volksgruppe, sondern eine kompromisslose Elitetruppe der Partei werden.“

b) Über das Verhältnis zum dänischen Nationalsozialismus und zur Standarte Nordland wurde kürzlich folgende Erklärung des SK-Führers in der Nordschleswigschen Zeitung veröffentlicht: „Wir stehen mit den dänischen Nationalsozialisten auf gleicher weltanschaulicher Grundlage. Unser deutscher Weg führt aber ohne den Umweg über den Danebrog direkt zum deutschen Nationalsozialismus. Unsere jungen Kameraden dienen in der SS als deutsche Nationalsozialisten. Die Werbung für die Waffen-SS ist eine besondere Aufgabe der SK. Volksdeutsche melden sich zum Waffendienst bei den SK-Führern oder beim Organisationsamt der Partei. Sie gehen als deutsche Soldaten in einen deutschen Truppenteil.“

2 a) Dem Landesführer der SK unterstehen fünf Kreissturmführer, den letzteren die Sturmführer. Die Rangordnung innerhalb des Sturmes geht wie bei der SS vom Rottenführer, Scharführer, Truppführer zum Sturmführer. Die Mindeststärke eines Sturmes beträgt 67 Männer. Z.Zt. zählt die SK ca. 1500 aktive Mitglieder, wovon allerdings ein grosser Teil augenblicklich bei der Waffen-SS steht. Neben der Einsatz-SK wird künftig eine Bereitschafts-SK gebildet werden. Grundsätzlich soll jeder volksdeutsche Mann bis zum 35. Lebensjahr in die Einsatz-SK, es sei denn, dass berufliche oder andere Gründe ihn daran hindern, einen regelmässigen SK-Dienst mitzumachen. In solchem Fall entscheidet die SK-Führung auf Überweisung in die Bereitschafts-SK, die zwar auch als aktive Formation gilt, jedoch nur einmal im Monat Geländedienst macht. Vom 35. Lebensjahr ab soll der Bewerber selber frei darüber entscheiden, ob er in die Einsatz-SK oder Bereitschafts-SK eintreten will. — Für ganz Nordschleswig soll ein Reitersturm errichtet werden. In den einzelnen Kreisen werden geeignete SK-Männer entsprechend ausgebildet und zwar im Kreis Tingleff und Tondern vom einem reichsdeutschen Zollbeamten in Pebersmark, einem früheren Oberwachtmeister, und in Apenrade von dem volksdeutschen Reitlehrer Petersen. Letzterer ist auch als späterer Sturmführer für den Reitersturm in Aussicht genommen. — Ferner soll eine Sanitätskolonne (50—60 Mann) ausgebildet werden. Die Ausbildung geschieht durch volksdeutsche Ärzte; die oberste Ärzteleitung (gewissermassen als SK-Arzt) wird Dr. Meyer aus Hadersleben übernehmen. Führer der Sanitätskolonne wird ein hiesiger Apotheker. — Weiterhin ist später beabsichtigt, eine der SK eingegliederte Abteilung „Kraftfahrerkorps“ in etwa Sturmstärke zu gründen. — Verschiedene Einheiten der SK haben eigene Spielmanszüge. Man ist bestrebt, darüber hinaus einen Musikzug für ganz Nordschleswig zusammenzustellen. — Die Aktivität des neuen SK-Führers kommt auch darin zum Ausdruck, dass er bereits verschiedene neue Ämter gebildet hat, und zwar das Personalamt, das Presse- und Propagandaamt, das Amt für Musik und Feiargestaltung, das Amt für Ausrüstung und Bekleidung sowie ein Archiv für Bilddienst.

b) Die Uniform der SK besteht aus weissem Hemd, schwarzer Hose, langen schwarzen Stiefeln, Koppel, Schulterriemen, schwarze Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz in weissem Feld, schwarzer Skimütze mit *Hoheitszeichen*. Das weisse Hemd soll für den Geländedienst unbrauchbar sein. Ebenso auch für den Reitsport, da die SK-Männer die geliehenen Pferde geputzt abliefern möchten. Der SK-Führer will daher einen erneuten Vorstoss unternehmen, das Braunhemd als Uniform einführen zu können.

c) Der von der SK allwöchentlich ausgeübte Geländedienst ist regelmässig mit geschlossenen Märschen der Stürme durch die Landschaft verbunden. Oblt. Larsen vertritt die Ansicht, dass diese Märsche keine Demonstration darstellen, vielmehr lediglich im Rahmen der Geländesportübungen, insbesondere für den Erwerb des SA-Sportabzeichens unternommen werden. In letzter Zeit sind wiederholt sog. Sternfahrten der SK per Rad ausgeführt worden, um vor allem den Volksdeutschen in den vom Deutschtum sehr schwach besiedelten Gebieten neuen Auftrieb zu geben.

3. Oblt. Larsen wünscht eine engere Fühlungnahme der SK mit der SS im Kreis Flensburg und beabsichtigt, demnächst entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Das Bestreben der SK geht dahin, *inoffiziell* als eine selbständige Standarte anerkannt und hinsichtlich der reichsdeutschen Betreuung und sonstiger Fragen der Zusammenarbeit eng mit der SS-Standarte Flensburg bzw. der dieser übergeordneten Brigade gekoppelt zu werden. Eine solche lokale Zusammenarbeit zwischen Apenrade und Flensburg würde nach Ansicht des SK-Führers die Betreuung sehr erleichtern: Die Versorgung mit SS-Zeitschriftenmaterial und Büchern für eine eigene SK-Büchereiabteilung, die Beschaffung von Kleinkaliber-Gewehren, die Entsendung von SS-Rednern nach Nordschleswig für die SK-Schulung usw. Ein besonderer Herzenswunsch des Oblt. Larsen ist es, der SK den Namen Standarte Nordschleswig oder Standarte Königsau verleihen zu lassen. Während diese von der SK-Führung erörterten Gedanken z. Zt. lediglich Pläne und Wünsche darstellen, über die die Parteiführung vor allem mit der Volksdeutschen Mittelstelle sprechen wird, ist jedenfalls als Tatsache schon jetzt festzustellen, dass die SK sich hinsichtlich ihrer reichsdeutschen Vorbilder betr. Organisation und sachlicher Arbeit für die SS entschieden hat. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass von der SK in der Werbepropaganda und in Pressemitteilungen seit einiger Zeit als Cliché folgendes Zeichen benutzt wird: SS.

L[anwer]

## 407.

### Konsul Lanwer hindrer udgivelsen af nogle SK-sange, hvori der kræves grænseflytning.

26. juli 1941.

#### Lieder vom „Unbekannten SK-Mann“.

Kamerad, hörst du die Stimme? Kamerad, verschliess dich nicht!  
 Unser Bruder stürmt u. blutet. „Werdet hart!“ zu uns er spricht.  
 „Nur dem Starken hilft das Recht.  
 Wer sich beugt, bleibt ewig Knecht.“

Darfst du keine Waffen tragen — nimm das Herz in deine Hand,  
 für die Heimat soll es schlagen — härte es am Weltenbrand!  
 „Nur dem Starken hilft . . . . .“

Kamerad, hörst du die Stimme? Kamerad, fass den Entschluss!  
 Gleicher Schritt birgt Kraft u. Freiheit, gleicher Glaube hebt die Brust.  
 „Nur dem Starken hilft . . . . .“

*Mel.: Wohlauf die Luft.*

Es hat der Führer aus dem Reich die Wehrmacht uns gesendet.  
 Klein Hannemann ward plötzlich bleich, das Blatt hat sich gewendet!  
 Wir aber halten fest am Nein zu seinem Einverleiben,  
 wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben!  
 Heim ins Reich wollen wir! Wir wollen Deutsche bleiben.

Erst reichest du uns Zuckerbrot u. wolltest uns aufsaugen,  
dann brachtest du uns schwere Not, doch wollt auch dies nicht taugen.  
Uns wirst du weder je entzwein noch aus der Heimat treiben.  
Wir wollen keine Dänen sein . . . . .

Hau ab! Hau ab! Klein Hannemann, Hier hast du nicht verloren!  
Für uns steht jetzt der rechte Mann, und dem sind wir verschworen.  
Du magst nun in dein Spruchbüchlein dir diese Worte schreiben:  
Wir wollen keine Dänen sein . . . . .

*Mel.: Argonnerwald.*

Durch Schleswig Land marschieren wir,  
für Deutsch-Nordschleswig kämpfen wir.  
Das Schanddiktat, reißt es entzwei!  
Parole heisst: Achtung — Frei von Versailles!

Einst hat man uns vom Reich geraubt.  
Wir haben treu und fest geglaubt:  
Einst kommt der Tag, dann sind wir frei.  
Parole heisst: Achtung — Frei von Versailles!

Und lügt der Däne noch so frech,  
wir wissen: Unser ist das Recht.  
Und bleiben der Parole treu.  
Parole heisst: Achtung — Frei von Versailles!

Einst wird der Endsieg unser sein.  
Nordschleswig kehrt dann wieder heim;  
und laut ertönt der Freudenschrei:  
Jetzt sind wir frei, hurra, frei von Versailles!

*Vermerk.*

Aufgrund fernmündlicher Intervention bei Oblt. *Larsen* hat dieser den gesamten Druck sichergestellt und die beiden letzten Lieder abschneiden und vernichten lassen.

*Apenrade, den 26. Juli 1941.*

**Lanwer**

## 408.

Peter Larsen sender det tyske konsulat et eksemplar af en skrivelse til dr. Möller angående SK (med bilag).

28. juli 1941.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG  
Parteileitung  
Organisationsamt  
L/K

Apenrade, den 28.7.1941.

Herrn  
Konsul Dr. Lanwer  
Deutsches Konsulat  
Apenrade.

Sehr verehrter Herr Konsul Dr. Lanwer!

Mein Schreiben an Parteiführer Dr. Möller betr. S.K.-Angelegenheiten überreiche ich Ihnen beigefügt zur gefälligen Kenntnisnahme.

Heil Hitler!

Ihr

1 Anlage.

P. Larsen.

S.K. NORDSCHLESWIG  
S.K.-Führer

Apenrade, den 25.7.1941.

An  
Herrn Dr. Möller,  
Gravenstein.

Am 1. Juli haben Sie mir die Führung der S.K. übertragen. Als alter Soldat habe ich mit grosser Freude diese Aufgabe übernommen. Es soll mein Bestreben sein, der Heimat in der S.K. eine starke, einsatzbereite Aktivgruppe bereitzustellen.

Die deutsche Volksgruppe hat im unmittelbaren Einsatz bedeutende Kräfte dem Reich zur Verfügung gestellt. Sie hat nicht nur 2688 Kindern und 555 Müttern aus luftgefährdeten Gebieten, sowie 55 Frauen und 31 Kindern von SS Angehörigen ein Heim bereitet, sie hat ihre Männer auch direkt in den Dienst Deutschlands gehen lassen.

400 junge Nordschleswiger marschieren in der Waffen SS, über 100 in der Wehrmacht. Mehr als 4000 Männer sind im Süden in wehrwichtigen Betrieben und im Norden auf den Flugplätzen eingesetzt.

Dieser Einsatz unserer Besten verpflichtet uns, die wir hier bleiben mussten, in besonders hohem Masse.

Sie können von uns verlangen, dass die völkische Front steht und ausgebaut wird. Ein wichtiges Glied dieser Front ist die jederzeit bereite politische Aktivgruppe.

Der Wille zum Einsatz auch in dieser Gruppe ist vorhanden. Es gilt, diesem Willen Raum zu geben und ihn in die richtige Bahn zu lenken.

Jeder Organisation muss eine Aufgabe gestellt sein. Diese Aufgabe ist bei der S.K. ohne weiteres gegeben:

*Sie besteht in der Wehrtüchtigung und der politischen Durchschulung und Aktivierung.*

Es ist klar, dass man dieser Aufgabe nicht gerecht werden kann durch zeitweiligen Einsatz als Sprechchor, Singschar usw.

Die S.K. muss als politische Wehrorganisation das Recht haben zum Marsch, zum Schiessen, zum Geländedienst, sonst verkümmert sie und verliert ihren Wert als nationalsozialistische Organisation wehrhafter Männer.

Seit der Übernahme der Führung der S.K. habe ich versucht, sofort eine Reihe der dringlichsten Aufgaben anzupacken.

In erster Linie steht hier die *Ausbildung eines guten Führerkorps*.

Am 13. Juli wurden zum erstenmal sämtliche Führer bis zum Scharführer hinunter zu einem Führerkursus zusammengerufen. Weitere Führerschulungskurse werden in regelmässigen Abständen folgen.

Die Schaffung eines *Amtes für Presse und Propaganda* soll dazu dienen, der S.K. auch in der Öffentlichkeit der Volksgruppe die Stellung zu verschaffen, die ihr zukommt. Für die Wirksamkeit einer Organisation ist es notwendig, dass sie auch nach aussen in die Erscheinung tritt.

Die Einrichtung eines *Personalamtes*, die ebenfalls jetzt erfolgt ist, war eine organisatorische Notwendigkeit.

Innerhalb der S.K. ist mit dem Aufbau eines *Reitersturms* begonnen worden. Die Arbeit schreitet sehr gut vorwärts. In den Kreisen Tondern, Tingleff, Apenrade stehen bereits verschiedene Reitertrupps.

Ebenfalls wurde der Aufbau einer *Sanitätskolonne* in Angriff genommen.

Eine ganze Reihe volksdeutscher Ärzte haben sich zur Verfügung gestellt.

Mit der Zusammenfassung, der einheitlichen Ausrichtung und dem weiteren Ausbau der *Musik- und Spielmannszüge* ist der Kamerad Matthiesen — Apenrade beauftragt.

Durch die Gründung einer *S.K.-Bibliothek*, die der Hauptbücherei angeschlossen werden soll, werden die Mittel für eine einheitliche und wirksame geistige Betreuung der S.K. bereitgestellt.

Von der Gründung einer eigenen Zeitschrift ist abgesehen worden. Die von der gesamten deutschen Jugend herausgegebene Zeitschrift „*Junge Front*“ stellt ihre Spalten auch der S.K. zur Verfügung.

Die „*Junge Front*“ wird damit zur wirklichen politischen Kampfschrift der gesamten jungen Mannschaft.

Die S.K. hat zudem die strikte Weisung erhalten, durch ihr Auftreten *die deutschen Versammlungen zu prägen* und durch Entsendung von kleinen Trupps auch ihrerseits kräftig den Vorstoss in Leergebieten zu unterstützen.

Mit besonderer Freude hat die S.K. sich an der *V-Aktion* beteiligt. Im ganzen Land hat die S.K. mit V-Fähnchen an den Rädern Sternfahrten unternommen, die grosses Aufsehen erregten und das V als deutsches Zeichen wirksam unterstrichen.

Nach 4 Wochen intensiver Arbeit ist ein bedeutendes Anwachsen der S.K. festzustellen.

Die Zahl der S.K.-Männer beträgt heute rund 1500.

Es besteht die Absicht, diese 1500 S.K.-Männer in eine *Einsatz- und eine Bereitschafts-S.K.* aufzugliedern.

In der Einsatz-S.K. soll damit eine ganz besonders einsatzbereite Elitetruppe geschaffen werden.

Die S.K. ist eine *nationalsozialistische Wehrorganisation*. Sie wird ihrer Aufgabe und ihrem Wesen uns wirklich gerecht werden können, wenn sie in Form und Geist weitgehend den reichsdeutschen Vorbildern angepasst wird.

Diese Anpassung würde organisationsmässig erreicht durch die Bildung der *Standarte „Königsau“*, und die Zusammenfassung dieser Standarte mit der 50. SS Standarte zu einer neuen Brigade.

Eine starke Anlehnung der S.K. an die SS ist eine innere Notwendigkeit.

Die Anregungen der reichsdeutschen Organisation sind einfach unentbehrlich.

In der *Uniformierung* soll nach wie vor festgehalten werden an der volksdeutschen Paradeuniform, schwarze Reithose, weisses Hemd mit Schulterriemen und Schimütze mit dem Hoheitsabzeichen, wir sind eben noch nicht gelöst von Versailles.

Das weisse Hemd ist aber denkbar ungünstig im Dienst. Die Einführung des Braunhemdes für die Dienststunden ist darum äusserst wünschenswert.

Überhaupt besteht der Wunsch, den äusseren Aufbau der S.K. *nach den Regeln der Allgemeinen SS* erfolgen zu lassen und zwar in den Gliederungen und Chargen.

Dieser Wunsch ist keine Betonung des Äusserlichen, die äussere Form und das innere Leben einer Organisation sind nicht zu trennen.

Mit ganz besonderer Freude würden die S.K. Männer die Möglichkeit begrüessen, hier die Prüfung für das *S.A. Sportabzeichen* ablegen zu können.

Zu dem Zwecke wäre es notwendig, einer geringen Anzahl von Kameraden, vielleicht den Kreissturmführern, das Recht zur Abnahme dieser Prüfung zu gewähren.

Für die *Sanitätsabteilung* werden eine Reihe Ausbildungsgegenstände dringend benötigt.

Erforderlich sind ungefähr 50 Sanitätstornister und -Taschen und einige Tragbahren.

Der *Schiessport* wird nur wirklich intensiv durchgeführt werden können, wenn 60 Kleinkaliber-Gewehre mit Munition zur Verfügung gestellt werden.

Gerade diese Massnahme ist dringend notwendig, wenn eine wirkliche Wehrziehung durchgeführt werden soll.

Nachdem ich Ihnen ein Bild von meiner bisherigen Tätigkeit in der S.K. gegeben und gleichzeitig einige Wünsche zum Ausdruck gebracht habe, möchte ich Sie bitten, das Schreiben an die *Volksdeutsche Mittelstelle* weiterzuleiten und um eine persönliche Aussprache für Sie und mich dort anzutragen, damit wir von dort eindeutige Richtlinien für unsere S.K.-Arbeit bekommen, nach denen wir uns dann genau richten werden.

Heil Hitler!

Ihr

P. Larsen.

## 409.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående samtale  
med amtmand Refslund Thomsen om SK.**

9. aug. 1941.

DEUTSCHES KONSULAT

*Apenrade, den 9. August 1941.*

1 Anlage.

*An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Als ich heute vormittag Herrn Generalkonsul Soehring beim hiesigen Amtmann Thomsen einführte, kam letzterer in der Unterhaltung auch auf die neuerliche Tätigkeit der S.K. zu sprechen. Er erwähnte insbesondere die wiederholten Verletzungen des Uniformverbotes sowie die Pressemitteilungen über den neueingerichteten Schiessdienst und betonte, dass die Haltung der S.K. insoweit nicht mit den z. Zt. geltenden dänischen Gesetzesbestimmungen in Einklang zu bringen sei. Er werde von dänischen Kreisen stark zum behördlichen Eingreifen gedrängt und habe in seiner Berichterstattung nach Kopenhagen eine klare Entscheidung mit der Begründung erbeten, dass der bisherige Zustand die Autorität der dänischen Polizeibehörden unterminierte. Ich habe ihm entgegnet, dass man sich auch in deutschen Kreisen in Kopenhagen mit der Angelegenheit befasse und ich der Ansicht sei, dass dieses Problem nur in Kopenhagen entschieden werden könne. Im übrigen habe ich bewusst darauf verzichtet, in eine breite Erörterung einzutreten, lediglich zur Illustration erwähnt, dass die S.K. hinsichtlich ihres geschlossenen Auftretens immer wieder auf den Algang (der nach dänischen Pressemeldungen einen Akt der politischen Sammlung darstellte) und hinsichtlich des Schiessdienstes auf die behördlich genehmigte Tätigkeit der Schützenvereine hinweise.

L[anwer]

## 410.

**Meddelelse om førerskoling i Tinglev den 17. august 1941.**

(„Nordschleswigsche Zeitung“, 12. aug. 1941).

**Parteiämtliche Bekanntmachungen.**

**SK  
Führerschulung.**

Für alle SK-Führer bis zum Trupp- und Standortführer einschliesslich findet Sonntag, den 17. August 1941, in Tingleff eine Führerschulung statt. Bei Verhinderung ist ein geeigneter Stellvertreter zu entsenden.

*Verlauf:*

10 Uhr: Flaggenhissung, 10,15—11,45: Gewehrexerzieren, 11,45—12,15 Uhr: Referat über die Betreuung unserer Freiwilligen bei der Wehrmacht. 12,15—13,00: Eintopfessen. 13,00—13,30: Waffenlehre. 13,30—14,00: Schiesslehre. 14,15—15,00: Referat über bevölkerungspolitische Fragen. 15,00—16,00: Benehmen auf dem Schiessstand. 16,00: Niederholung der Flagge.

Sämtliche Gewehre sind mitzubringen. Anderweitige Benachrichtigung erfolgt nicht.

## 413.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående det  
forestående SK-skolingsmøde i Tinglev.**

15. aug. 1941.

Kult 12 Nr. 2

15. August 1941.

*An  
die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Wie dort aus dem Anzeigenteil der „Nordschleswigschen Zeitung“ bekannt sein dürfte, beabsichtigte die S.K., am kommenden Sonntag eine Führerschulung mit Gewehrexerzieren, Waffen- und Schiesslehre u. dergl. in Tingleff durchzuführen. In der Ankündigung heisst es u. a.: „Sämtliche Gewehre sind mitzubringen“. Vor allem der letztgenannte Satz hat den dänischen Kreisen erneut Gelegenheit gegeben, das Auftreten der S.K. anzugreifen. Der bisher schärfste Artikel dürften wohl die in der heutigen „Hejmdal“-Nr. erschienenen Ausführungen „Sollen wir uns alles bieten lassen?“ sein, die ich in wörtlicher Übersetzung beifüge.

Ich hatte bereits am vergangenen Donnerstag dem Landesführer der S.K. meine starken Bedenken hinsichtlich der Führerschulung und der Presseankündigung mitgeteilt und von Herrn Oberleutnant Larsen die Zusage erhalten, zumindest die Mitnahme der Gewehre auf andere Art und Weise zu regeln. Wie ich heute mittag zufällig(!) höre, erhielt Dr. Möller von der Dienststelle des Beauftragten für Innere Verwaltung einen unmittelbaren telefonischen Anruf mit der Weisung, auf der beabsichtigten Führerschulung weder in Uniform aufzutreten noch das in Aussicht genommene Gewehrexerzieren usw. durchzuführen. Am späten Nachmittag soll ein zweites Ferngespräch stattgefunden haben, in dem von der S.K.-Führung Unterlagen für eine im Dänischen Aussenministerium beabsichtigte Intervention angefordert wurden.

Da aus den scharfen dänischen Presseangriffen zu entnehmen ist, dass Zweck und Ziel der S.K. in den dänischen Kreisen nicht ganz richtig erkannt werden, wird die „Nordschleswigsche Zeitung“ morgen ein ausführliches Interview mit dem Landesführer der S.K. bringen, in dem vor allem herausgestellt werden soll, dass die halb-militärische Ertüchtigung deutscher Männer dem neuen deutschen männlichen Erziehungsideal und somit einem ausgesprochen völkischen Ziel entspreche, und dass ausserdem die vormilitärische Tätigkeit der S.K. die vorbereitende Stufe für eine intensive Werbung für die Waffen SS darstelle. In der Montag Nummer sollen die gleichen Gedanken in einem ausführlichen grundsätzlichen Artikel näher erläutert werden.<sup>1)</sup> Da diese deutschen Presseveröffentlichungen vermutlich bei der angeblichen Intervention in Kopenhagen verwertet werden können, wird sie Herr Oblt. Larsen unverzüglich der Dienststelle des Beauftragten für Innere Verwaltung zuschicken.

Heute abend erschien der hiesige Polizeimeister bei dem Landesführer der S.K. und legte ihm ein Schreiben vor, in dem Oblt. Larsen „efter Lov af Justitsministeren“ aufgefordert wurde, sämtliche im Besitze der S.K. befindlichen Waffen sofort bei der Polizei abzuliefern. Auch über diesen Vorfall ist Kopenhagen bereits unmittelbar fernmündlich unterrichtet worden.

L[anwer]

<sup>1)</sup> Interviewet findes i „Nordschleswigsche Zeitung“ for 16. aug. 1941. Derimod ses den omtalte artikel ikke at være optaget i bladet.

## Renthe-Fink til det tyske udenrigsministerium angående SK.

27. aug. 1941.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
DEUTSCHEN REICHES

27. August 1941.

Nr. 1173/41 vom 27.8.41.

*Betrifft:*

Unter Bezugnahme auf den Bericht  
—Nr.1100/41— vom 9. August 1941.

*Inhalt:*

Die Schleswigsche Kameradschaft  
(SK) in Nordschleswig.

*Anlagen:*

2 Doppel.

*An das  
Auswärtige Amt,  
Berlin.*

Wie bereits im Vorbericht erwähnt, hat der Wechsel in der Führung der S.K. und ihre Übernahme durch Oberleutnant *Larsen* zu einer starken Aktivierung der S.K. geführt. Sie tritt jetzt politisch viel mehr in Erscheinung und zeigt den Dänen gegenüber einen kämpferischeren Geist und eine aggressivere Haltung. Sie ist auch dazu übergegangen, trotz des seit dem 9. April 1940 in Dänemark allgemein bestehenden Verbotes, durch Ausführung von Sternfahrten in Uniform in Gegenden mit überwiegend dänischer Bevölkerung zu demonstrieren. Im Rahmen dieser Aktivierung hat sich die S.K. besonders dem Wehrsport zugewandt und ein Programm aufgestellt, das uniformiertes Marschieren in geschlossenen Formationen, Geländesportübungen und Schiessausbildung umfasst. Für die Schiessausbildung hat die SS-Standarte in Flensburg 30 Kleinkalibergewehre zur Verfügung gestellt. Die Gewehre sind ohne Genehmigung der dänischen Behörden eingeführt worden, ebenso sind die Schiessübungen ohne Genehmigung der dänischen Behörden begonnen worden.

Bei der dänischen Bevölkerung im Grenzgebiete hat sich eine steigende Beunruhigung durch diese Entwicklung der S.K. gezeigt, die hier und da auch in der lokalen Presse zum Ausdruck gekommen ist. Von dänischer amtlicher Seite war bisher gegen dieses Auftreten der S.K. nichts ernstliches unternommen worden, obwohl in Einzelfällen die Autorität der dänischen Polizei in Frage gestellt wurde. Die dänischen amtlichen Stellen begnügten sich zunächst damit, die in Frage kommenden Unterführer zu verwarnen, haben aber inzwischen in einzelnen Fällen Strafverfolgung eingeleitet.

Die dänische Regierung hat sich jetzt veranlasst gefühlt, die Frage der S.K. bei mir zur Sprache zu bringen. Sie wies dabei vor allem auf ihre Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Nordschleswig, auch im Interesse der deutschen Truppen und auf die bestehenden Verbote von Demonstrationen, Aufmärschen und Uniformtragen, sowie auf die Bestimmungen über die Einfuhr, den Besitz und den Gebrauch von Waffen hin. Anlass zu diesem Schritt der Regierung war eine an alle S.K.-Führer gerichtete öffentliche Aufforderung in der „Nordschleswigschen Zeitung“, sich am Sonntag, den 17. 8., in Tingleff zu einem Treffen mit Waffen (Gewehren) einzufinden.

Ich habe zunächst Parteiführer Möller veranlasst, die für Sonntag, den 17.8.41, geplante Veranstaltung abzusetzen und habe am folgenden Tage mit dem Führer der S.K., Oberleutnant *Larsen*, die aufgeworfenen Fragen besprochen. *Larsen* übergab mir dabei

die in Abschrift beigelegte Denkschrift über Wesen, Ziel und Notwendigkeit der S.K.<sup>1)</sup>, die ursprünglich in der „Nordschleswigschen Zeitung“ als Antwort auf die Angriffe der Dänen in der lokalen Grenzpresse veröffentlicht werden sollte. Ich habe Larsen zugesagt, dass wir den Fragenkomplex mit den Dänen klären würden.

In den Besprechungen, die daraufhin zwischen meiner Dienststelle und den Dänen stattgefunden haben, wiesen diese zunächst darauf hin, dass die Führer der Volksgruppe in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Äusserungen über Zweck und Ziele der S.K. getan hätten, die in der Grenzbevölkerung Erregung und in amtlichen dänischen Kreisen ernstliche Besorgnisse hervorgerufen hätten. Es wurden dabei u.a. Äusserungen zitiert, wonach die S.K. eine Organisation für den aktiven Einsatz bei der „Sicherung der Heimatfront“ und bei der „Regelung der Grenzfrage“ sein solle. Wir haben demgegenüber erklärt, dass uns solche Äusserungen nicht bekannt seien und dass, wenn sie wirklich gefallen, sie aufgebauscht seien und ihnen dänischerseits eine übertriebene Bedeutung beigelegt werde. Wir betonten, dass die S.K. lediglich eine Organisation zur Festigung des deutschen Volkstums und zur körperlichen und geistigen Wehrertüchtigung nach dem Vorbild im Reich sei. Auf meine Veranlassung hin sind die eingeleiteten Strafverfahren und die beantragte Beschlagnahme der Waffen einstweilen eingestellt worden.

Was die Schiessausbildung betrifft, so wurde verhältnismässig schnell eine Einigung erzielt. Die Dänen gaben zu verstehen, dass sie bereit seien, der S.K. als solcher die Genehmigung zum Besitz und zur Benutzung von 100 Kleinkalibergewehren zu geben und sie hinsichtlich der Ausübung des Schiessports mit den anerkannten Schiessportverbänden, die allein nach den dänischen gesetzlichen Vorschriften Schiessport betreiben dürfen, gleichzustellen. Diese Regelung wird wahrscheinlich den Wünschen der Volksgruppe gerecht. Auch hinsichtlich des Geländesports wurde eine Klärung dahin erzielt, dass von dänischer Seite gegen die Ausübung des Wehrsports in allen seinen Zweigen grundsätzlich nichts eingewendet wird.

Dagegen stiess das Tragen einer einheitlichen Kleidung — Stiefel, Stiefelhose, weisses Hemd, schwarzes Lederzeug mit Schulterriemen, einheitliche Mütze — ebenso wie das Marschieren in geschlossenen Formationen auf starken Widerstand der Dänen. Nach eingehender Aussprache war man dänischerseits zu gewissen Konzessionen bereit. Man will das Uniformtragen bei öffentlichen Treffen und Aufmärschen an den nationalen und Partei-Feiertagen der deutschen Volksgruppe gestatten. Man will ferner zulassen, dass in geschlossenen Versammlungen Uniform getragen wird, und dass auch auf dem Wege zu solchen Versammlungen die Uniform unter dem Mantel verdeckt angezogen werden kann. In beschränktem Umfange will man auch bei öffentlichen Versammlungen für eine Anzahl Teilnehmer — im Höchsthalle zwanzig — die Erlaubnis zum Uniformtragen geben.

Es ist anzunehmen, dass eine solche Regelung die Wünsche der Volksgruppe nicht befriedigt, da sie gerade auf öffentliches Tragen der Uniform und geschlossenes Marschieren Wert legt und die S.K. zu Demonstrationszwecken im Volkstumskampf einsetzen möchte. Andererseits liegt es aber auf der Hand, dass ein derartiges Auftreten der S.K. und ihre Verwendung zu Demonstrationen zu neuen Spannungen in Nordschleswig führen muss, und dass auf die Dauer Zwischenfälle mit der dänischen Bevölkerung nicht ausbleiben können. Es würde aller Voraussicht nach zu Beunruhigungen und Auseinandersetzungen kommen, die meines Erachtens im Interesse der militärischen Besetzung unerwünscht sind und auch unserer bisherigen politischen Linie nicht entsprechen.

Die Regelung der Uniformfrage und die Frage des Auftretens in geschlossenen Formationen entsprechend den Wünschen der Volksgruppe würde aber auch Rückwirkungen auf die dänischen Nationalsozialisten haben. Anzeichen liegen dafür bereits vor. Die DNSAP würde zweifellos dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen. Ich halte aber eine Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes im Interesse der Ruhe und Ordnung im Lande unter den jetzigen Verhältnissen nicht für tragbar. Der gleiche Standpunkt wird vom Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark vertreten. Das schliesst aber nicht aus, dass in beschränktem Umfange vielleicht doch noch einzelne Konzessionen an die Volksgruppe gemacht werden können, doch wird ihr Umfang sorgfältiger Prüfung bedürfen.

Ich würde es für wünschenswert halten, wenn die ganze Frage zum Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Auswärtigen Amt und der Volksdeutschen Mittelstelle gemacht

würde, wobei am besten auch der Volksgruppenführer und der S.K.-Führer hinzugezogen würden. Ich bitte, auch mir Gelegenheit zu geben, mich durch den Beauftragten für die innere Verwaltung und den Volkstumsreferenten meiner Dienststelle vertreten zu lassen. Bei der Bedeutung, die die Frage auch für die Wehrmacht hat, würde ich es für zweckmässig halten, wenn das OKW den Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark veranlassen würde, auch seinerseits einen Vertreter zu der Besprechung zu entsenden.

gez. **Renthe-Fink.**

<sup>1)</sup> Findes ikke ved akterne.

## 418.

### **Weizsäckers notits angående forhandling med den danske gesandt om den tyske folkegruppes ret til at bære uniform.**

23. aug. 1941.

St.-S. Nr. 552.

Berlin, den 28. August 1941.

Der *Dänische* Gesandte sprach heute bei mir vor, um, wie er sagte, ein Thema aufzunehmen, über welches zwischen Herrn von Renthe-Fink und Herrn von Scavenius eine Einigung nicht herbeigeführt worden sei. Herr Mohr war beauftragt, hier für Verständnis der Auffassung von Herrn von Scavenius zu wirken. Es handelt sich um die Gewohnheit der deutschen Minderheit und der Nationalsozialisten in Nord-Schleswig, Uniformen zu tragen. Das Tragen von Uniformen dieser Art sei in Dänemark verboten. Herr von Renthe-Fink stehe auf dem Standpunkt, es sei ein Gewohnheitsrecht der Minderheit und ein Ausfluss ihrer kulturellen Freiheit, solche Uniformen zu tragen, während die *Dänische* Regierung der Auffassung sei, sie könne auf diesem Gebiet der Minderheit nicht etwas bewilligen, was der Mehrheit verboten sei und letzterer auch nicht zugestanden werden könne, ohne Anlass zu Reibungen aller Art zu schaffen. Hinzu komme, dass der Charakter der Marschübungen in Uniform bei der Minderheit neuerdings in der Bevölkerung so gedeutet werde, als bereite sich hier eine Grenzverschiebung zu Ungunsten Dänemarks vor. Statt wie im Laufe des letzten Jahres einem freundschaftlichen Ausgleich zwischen der Minderheit und Mehrheit zuzustreben, nehme das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen an der Grenze neuerdings streitbarere Formen an. Kurzum, man möge in Berlin für die Auffassung der *Dänischen* Regierung Verständnis haben.

Da mir eine Berichterstattung von Herrn von Renthe-Fink in der Sache bisher nicht vorgelegen hat, behielt ich mir das Studium der Angelegenheit und einen weiteren Bescheid für später vor.

Herr Mohr regte an, dass die zuständige Stelle im Amt (am besten Herr von Grundherr, wenn er noch nicht in den Ferien sei) das Gespräch mit ihm fortsetze.

gez. **Weizsäcker.**

## 419.

**Telegram fra det tyske udenrigsministerium (Luther) til gesandtskabet i København angående overenskomst med Vomi om SK.**

[13.] sep. 1941.

Berlin, den September 1941.

zu D VIII 1945/41  
1946/41  
2007/41

St.S.  
(Ddr. steht zur Vfg. zu St.S.Nr.552 und 578)  
U.St.S.Dtschld.  
RL

Ref.: RR Dr. Goeken

**Telegramm<sup>1)</sup>**  
durch G-Schreiber

An  
den Bevollmächtigten des  
Deutschen Reiches in Dänemark  
in Kopenhagen.

Auf Bericht Nr. 1173 vom 27. August.

Hinsichtlich Betätigung Schleswigscher Kameradschaft wurde mit Volksdeutscher Mittelstelle folgende Vereinbarung getroffen:

- 1) Geschlossene Aufmärsche werden untersagt.
- 2) Einheitliche Kleidung wird nur in geschlossenen Veranstaltungen getragen.
- 3) Gegen Kleinkaliberschiesport können Bedenken nicht erhoben werden.

Führer der SK, Oberleutnant Larsen, erhält von Volksdeutscher Mittelstelle entsprechende Weisungen.

Hiesiger dänischer Gesandter, der in Angelegenheit hier vorgesprochen hat, wird unterrichtet.

**Luther**

Nach Abg.:

U.St.S.Pol z.K.  
Pol VI z.K.

*Vermerk:*

Herr Gesandter von Grundherr wurde fernmündlich bereits unterrichtet.

<sup>1)</sup> Af Goekens optegnelse af 15. sep. 1941 (A. nr. 420) fremgår det, at Luthers telegram var dateret 13. sep.

## 420.

**Optegnelse fra det tyske udenrigsministerium angående forhandlingerne  
om SK.**

15. sep. 1941.

ABTEILUNG DEUTSCHLAND.

e.o. D VIII 2188/41

Referat D VIII.

In dem Telegramm des Auswärtigen Amts Nr. 1097 vom 13. September 1941 nach Kopenhagen (D VIII 2007/41), betreffend die Betätigung der Schleswigschen Kameradschaft in Nord-Schleswig, wurde der Gesandtschaft mitgeteilt, dass der hiesige Dänische Gesandte, der in der Angelegenheit im Auswärtigen Amt vorgesprochen hat, über die Weisungen unterrichtet werden würde, die die Volksdeutsche Mittelstelle dem Führer der Schleswigschen Kameradschaft erteilen werde.

Gesandter von Renthe-Fink hat heute früh aus Kopenhagen angerufen und zu dem Telegramm erklärt, dass er es für unerwünscht halte, wenn der Dänische Gesandte in Berlin verständigt würde, da die Gesandtschaft zurzeit noch in Verhandlungen mit der Dänischen Regierung über diese Frage stehe. Herr von Renthe-Fink sagte auf meine Bitte zu, das Auswärtige Amt über die Verhandlungen drahtlich näher zu unterrichten.

*Berlin, den 15. September 1941.*

Goeken

## 421.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående danske  
nationalsocialisters optagelse i SK.**

18. sep. 1941.

Kult 3 Nr. 2.  
3 Durchschläge.

18. September 1941

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Vor einigen Tagen wurde mir von Oberleutnant Larsen mitgeteilt, dass er in letzter Zeit verschiedentlich Anträge dänischer Nationalsozialisten mit der Bitte um Aufnahme in die S.K. erhalten habe. Im Kreis Tingleff soll es sich um etwa zehn Anmeldungen zum dort neu gegründeten Reitersturm handeln. Die Volksgruppenführung steht diesen Anträgen sympatisch gegenüber und ist geneigt, ihnen stattzugeben. Abgesehen von der früheren S.K.-Propaganda dürften solche Anmeldungen vielleicht auch darauf zurückzuführen sein, dass Frits Clausen hier in Nordschleswig nicht recht Fuss fassen kann und unter Berücksichtigung der letzten Austritte führender Persönlichkeiten mehr und mehr

an Ansehen zu verlieren scheint. Ich möchte glauben, dass die dänischen S.K.-Bewerber aus dem Lager jener Jugend kommen, die durch kurzfristige Waffen-SS Ausbildung in Deutschland politisch geweckt worden ist und nunmehr eine entsprechende Aktivität sucht. Vom Standpunkt des Volkstumskampfes können die oben genannten Anmeldungen zweifellos als einen positiven Erfolg der deutschen Volksgruppe gewertet werden. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die neue Praxis — falls sie grössere Kreise mit-sichreissen sollte — irgendwie ein weiteres Hemmnis für die Arbeit der D.N.S.A.P. in Nord-schleswig werden kann. Ob dies im grosspolitischen Rahmen erwünscht erscheint, darf ich dortiger Prüfung anheimstellen. Ich persönlich habe gegen die Aufnahme dänischer Nationalsozialisten als S.K.-Mitglieder keine Bedenken. Denn die S.K. dürfte befugt sein, entsprechend den Tendenzen der ihr analogen reichsdeutschen SS-Formation auf der Grund-lage gleicher Rasse, Weltanschauung und Kultur ihre Mitglieder zu sammeln. Auch gross-politische Erwägungen können nach meiner Ansicht nicht durchschlagen, da auch bei einer nationalsozialistischen Staatsführung in Dänemark der Grenzkampf in Nordschleswig, d.h. also das Ringen um den einzelnen Menschen ohne Rücksicht auf das Bekenntnis zur dänischen nationalsozialistischen Partei weiterbestehen wird.

L[anwer]

422.

**Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående overenskomsten med den danske regering vedrørende SK.**

26. sep. 1941.

Kult 3 Nr. 2

26. September 1941

*Inhalt:* Schiessdienst der S.K.  
3 Anlagen.  
3 Durchschläge.

*An*  
*die Deutsche Gesandtschaft*  
*in Kopenhagen.*

Mit dem in Übersetzung beigelegten Schreiben vom 20. d.M. hat der Justizminister der S.K. gestattet, „Vereinsschiessen auf offenen und geschlossenen Kurzdistanzbahnen abzuhalten“. In dem gleichfalls in Übersetzung beigelegten, an die Polizeimeister übersandten Rundschreiben sind die einzelnen Bedingungen für die Erteilung der Schiesserlaubnis angeführt<sup>1)</sup>. Oberleutnant Larsen ist über die unter Ziffer 1—8 im Rundschreiben erwähnten Bedingungen nicht gerade erfreut, da er befürchtet, dass bei der praktischen Durchführung des polizeilichen Kontroll- und Aufsichtsrats eine schikanöse Behandlung eintreten könnte. Ich habe ihn dahin beraten, zunächst einmal abzuwarten, in welchen Formen sich die Zusammenarbeit mit der Polizei abwickeln wird. Herr Larsen ist auch gewillt, die auferlegten Bedingungen loyal zu erfüllen; lediglich Ziffer 4 des Rundschreibens hält er für unannehmbar. Der S.K.-Führer befürchtet nämlich aufgrund früherer Erfahrung, dass einerseits die laufende Unterrichtung der Polizei über Neuaufnahme von Mitgliedern im Volkstumskampf missbraucht wird und andererseits das Bekanntwerden dieser Praxis manchen Neuling den Entschluss zum Eintritt in die S.K. vielleicht erschweren wird. Vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt aus mag die Namenskontrolle berechtigt sein; in der Atmosphäre des Volkstumskampfes erhält eine solche polizeiliche Befugnis allerdings leicht den Beigeschmack der Bespitzelung. Nach meiner Überzeugung hätte sich die Polizei

mit der in Ziffer 1 des Rundschreibens niedergelegten Kontrolle begnügen können; denn hiernach dürfen nur Mitglieder der S.K., die zudem im Besitz einer Legitimationskarte sein müssen, am Schiessen teilnehmen. Ich möchte hoffen, dass die Bedingungen 1—8 dem für die dänischen Schützenorganisationen bestimmten Schema entnommen worden sind und dass die Polizei bei der Ausübung der Namenskontrolle mit dem notwendigen Taktgefühl vorgeht.

In diesem Zusammenhang übersende ich in Abschrift einen Bericht des S.K.-Führers vom 23.d.M.<sup>2)</sup>, den er auf Anfordern dem Verbindungsmann der Volksdeutschen Mittelstelle, Herrn Oberbürgermeister Dr. Kracht, erstattet hat. Der Bericht gibt den augenblicklichen Stand des Ergebnisses der Verhandlungen in S.K.-Angelegenheiten wieder. Bemerkenswert ist folgender Schlusssatz: „Dass die Arbeit der jungen Mannschaft Nord-schleswigs in diesem begrenzten Rahmen fortgeführt werden kann und dass die S.K. lebensfähig bleibt, ist dem starken Einsatz der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen zu verdanken“.

L[anwer]

<sup>1)</sup> Justitsministeriets cirkulæreskrivelse er trykt i ber. VII, 2. A. 1314.

<sup>2)</sup> Ikke medtaget. I skrivelsen præciserer Peter Larsen også de tyske ønsker, som ikke var blevet opfyldt: tilladelse til offentlig at bære SK-uniform, sluttet march fra og til øvelsespladsen og tilladelse til at marchere i sluttet formation.

## 423.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående den danske presses stilling til SK.

9. okt. 1941.

Kult 3 Nr. 2

9. Oktober 1941

Inhalt: Schleswigsche Kameradschaft  
(„S.K.“)

2 Anlagen (vierfach).

3 Durchschläge.

An

die Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.

Bekanntlich richtete die dänische Presse vor einigen Wochen heftige Angriffe gegen die Tätigkeit der S.K. Besonders „Hejmdal“ zeichnete sich durch eine unbeherrschte Hetze aus und nannte die S.K. eine Bürgerkriegswehr. Man konnte sich damals des Eindrucks nicht erwehren, dass in dieser übereinstimmenden, immer schärfer werdenden Kritik ein verabredetes System lag. In der Volksgruppenführung ist man darüber hinaus der Ansicht, dass Amtmann Thomsen sich diese Presse bestellt habe, um seiner Berichterstattung den notwendigen Rückhalt in der Öffentlichkeit und die beabsichtigte Wirkung in den Kopenhagener Ministerien zu geben. Bei der Durchsicht der dänischen Presse aus der vergangenen Woche finde ich nunmehr in „Hejmdal“ zwei neue Leitartikel, in denen wiederum mit der gefährlichen Begründung argumentiert wird, dass die Arbeit der S.K. Unruhe in das Grenzland hineintrage. Anlass zu dieser neuen Auseinandersetzung ist nicht etwa irgendein öffentliches Auftreten der S.K., die sich bekanntlich während der langen Dauer der Verhandlungen völlig zurückgezogen hatte, sondern lediglich die Äusserungen von Dr. Möller auf der letzten Amtswalsertertagung in Tingleff, dass die S.K.-Tätigkeit künftig im Mittelpunkt der Volksgruppenarbeit stehen werde. Bei dem genauen Studium der Artikel, die ich in Übersetzung beifüge, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass man dänischerseits entweder die nationalsozialistische mannschaftliche Erziehung grund-

sätzlich nicht dulden will oder aber die wahren Erziehungsziele der S.K.-Arbeit nicht kennt. Um zu verhindern, dass die genannten Artikel noch ähnliche und noch schärfere Forsetzungen erhalten, halte ich es zwecks Vermeidung einer „organisierten“ Unruhe für zweckmässig, wenn die dänische Presse rechtzeitig einen Wink erhält, dass die S.K.-Arbeit behördlicherseits genehmigt und eine weitere Beschäftigung mit dieser Frage in dem bisherigen Umfang unerwünscht ist. Ferner würde ich es begrüssen, wenn der S.K.-Führung von dort die Genehmigung erteilt werden könnte, den seinerzeit angefertigten Artikel über Wesen und Ziel der S.K.<sup>1)</sup> in der „Nordschleswigschen Zeitung“ zu veröffentlichen. Vielleicht kann der deutsche Artikel dazu beitragen, evtl. Missverständnisse der Dänen auszuräumen.

L[anwer]

<sup>1)</sup> Ang. denne redegørelse se Lanwers brev af 15. august 1941 (A. nr. 413).

## 425.

### Forslag til overenskomst vedrørende SK.<sup>1)</sup>

[okt. 1941].

1. Das Tragen der SK-Tracht (weisses Hemd, Koppel, Schulterriemen, Stiefelhose, lange Stiefel, Schimütze mit Hoheitszeichen, schwarze Hakenkreuzarmbinde) ist zulässig:

- a) an den nationalen und Parteifeiertagen (30. Januar, Heldengedenktag, 20. April, 1. Mai, Erntedanktag, 9. November) und an dem jährlich stattfindenden Volksgruppentag. Die erwähnte SK-Tracht kann an den genannten Tagen zu Aufmärschen, Paraden und Feiern unter freiem Himmel und auf dem Wege zu und von diesen Veranstaltungen offen getragen werden,
- b) in geschlossenen Versammlungen,
- c) in öffentlichen Versammlungen für nicht mehr als 20 Teilnehmer (Leitung, Musik usw.),
- d) auf dem Wege zu anderen als den unter a) genannten Veranstaltungen, wenn die Tracht durch Mantel oder anderweitig verdeckt getragen wird.

2. Der SK wird die Ausübung des Schiessports im Rahmen der für Schiessportverbände in Dänemark allgemein geltenden Bestimmungen gestattet. Die Bestimmungen im einzelnen sind als Anlage 1) beigefügt. Es wird Vorsorge dafür getroffen, dass die polizeiliche Überprüfung der Innehaltung der Schiessbestimmungen nicht in einer Weise erfolgt, die über den allgemein üblichen Rahmen hinausgeht oder verletzend wirken muss.

3. Die SK kann Geländesport im Rahmen der allgemein geltenden Bestimmungen treiben. Bei diesem Geländesport trägt die SK einheitlich: lange Stiefel, dunkle Stiefelhose, Schimütze ohne Abzeichen. Demgegenüber müssen die Jacken (Sportjacken, Windjacken) uneinheitlich sein. Das SK-Abzeichen kann auf dem Rockaufschlag sichtbar getragen werden.

<sup>1)</sup> Foroven på aktstykket er med blyant skrevet: *Tysk Udkast*, hvilket formentlig må betyde, at dokumentet er den tyske forhandlers forslag. En del blyantsnotitser, skrevet på tysk, må enten betragtes som danske forslag eller som resultatet af de mundtlige forhandlinger. 1 a) er overstreget, og udfor står: *Dispensation*. 2 har ved blyantsrettelserne fået en form, der svarer til den i det danske dokument, som er trykt i ber. VII, 2. A. 1318. Efter 3 er tilføjet: *Lederkoppel und Schulterriemen werden nicht getragen*.

Af udenrigsministeriets akter fremgår det iøvrigt, at et på tysk skrevet udkast til fastlæggelse af forhandlingernes resultat blev skrevet d. 31. okt. 1941. Samme dag holdtes et møde i justitsministeriet med justitsministeren, departementschef Eivind Larsen og kontorchef Herfelt. Slutningen af det i ber. VII, 2. A. 1318 trykte dokument, afsnit I, 2, havde i dette udkast oprindelig haft følgende formulering: . . . *sind die betreffenden Abteilungen der „Schleswigschen Kameradschaften“ berechtigt, ihre Mitglieder in der obenerwähnten Tracht zu Aufmärschen, Paraden und Feiern unter freiem Himmel und auf dem Wege zu und von diesen Veranstaltungen offen auftreten zu lassen*. Dette blev nu på mødet ændret, så formuleringen fik samme form som i det trykte dokument. To mindre ændringer er formodentlig foretaget ved samme lejlighed: i I, 2, er efter høsttakkefestdagen indskudt: *oder Volksgruppentag*, og i I, 3, er efter våben tilføjet: *jeder Art*.

## 427.

**Renthe-Fink til Lanwer angående SK-marchen 9. november.**

3. nov. 1941.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Kopenhagen

Kopenhagen, den 3. November 1941

Herrn

Vizekonsul Dr. Lanwer,  
Deutsches Konsulat  
Apenrade.<sup>1)</sup>

Lieber Lanwer!

Es ist von grosser Bedeutung, dass der 9. November, an dem die SK zum erstenmal in Uniform auftritt, reibungslos verläuft. Wenn ich auch überzeugt bin, dass seitens der Volksgruppe alles vermieden werden wird, was zu Störungen führen kann, so habe ich es doch für richtig gehalten, den anliegenden Brief an Dr. Möller zu richten, den ich Sie bitte, unverzüglich persönlich an ihn auszuhändigen. Bei der begreiflichen Erregung, die der Zwischenfall von Sonderburg innerhalb der Volksgruppe hervorgerufen hat, ist es umso wichtiger, dass jetzt bei dem ersten öffentlichen Auftreten der SK deutscherseits kühles Blut bewahrt wird, und dass man sich auch nicht durch etwaige Provokationen von unverantwortlicher dänischer Seite zu irgendwelchen unkorrekten oder unbedachten Handlungen hinreissen lässt.

Mit den besten Grüßen und

Heil Hitler!

stets Ihr

**Renthe-Fink**

<sup>1)</sup> Brevet bærer følgende håndskrevne påtegning: *An Oberltn. Larsen durch Petersen. .... ?/11.*

## 428.

**Scavenius takker Renthe-Fink for dennes brev af 6. november.**

7. nov. 1941.

Sv/Ir.C.

P.J.I.B. 7.Q.34.

Kopenhagen, den 7. November 1941.

Seiner Exzellenz

Herrn Minister C. von Renthe-Fink,  
Deutscher Gesandter und Bevollmächtigter  
des Deutschen Reiches,  
Kopenhagen.

Eure Exzellenz.<sup>1)</sup>

Hierdurch habe ich die Ehre Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom gestrigen Tage betreffend die für die „Schleswigschen Kameradschaften“ getroffene Regelung zu bestätigen.

Ihre Zusage, dass Sie Ihren Einfluss geltend machen wollen, damit die Deutsche Volksgruppe sich an die neuen Bestimmungen halten, habe ich dankend zur Kenntnis genommen.

Ich teile durchaus Ihre Hoffnung, dass die Grenzpresse in Zukunft auf diesem Gebiete eine ruhige und würdige Haltung einnehmen wird und darf wohl davon ausgehen, dass die Presse der Deutschen Volksgruppe von deutscher amtlicher Seite in diesem Sinne beeinflusst werden wird.

Mit den besten Empfehlungen

stets Ihr

sign. E. Scavenius.

<sup>1)</sup> I udenrigsministeriets arkiv findes et eksemplar af Renthe-Finks brev af 6. november (trykt ber. VII, 2. A. 1320). Det er dateret d. 29. okt. og bærer blyantspåkristen: *Entwurf*. Et udkast til Scavenius' brev bærer påkristen: *Vedtaget* <sup>3/11</sup> 41. [Sofenningsen].

## 429.

### Det tyske konsulat til gesandtskabet i København angående en artikel om SK i „Deutscher Volkskalender Nordschleswig“.

21. nov. 1941.

J.Nr. 817

21. November 1941

*Inhalt:* Bericht über die S.K.-Arbeit im „Deutschen Volkskalender Nordschleswig“.

3 Durchschläge.

2 Anlagen.

*An die  
Deutsche Gesandtschaft  
in Kopenhagen.*

Vor einigen Tagen erschien der „Deutsche Volkskalender Nordschleswig“ für das Jahr 1942, den ich in einem Exemplar beifüge.

Auf Seite 107 ff. bringt der Leiter des Amtes für Presse und Propaganda innerhalb der S.K., Lehrer *Bargfeldt*, einen Bericht über die S.K.-Arbeit, in dem leider einige sehr bedauernswerte Ausführungen enthalten sind. *Bargfeldt*, der einleitend die S.K. als „Sturmkolonnen“ (eine neue Deutung für „S.K.“?) der NSDAP.-N. bezeichnet, führt u.a. aus:

„Die erhöhte Aktivität löste bei den Dänen eine wüste Hetzkampagne in der Presse des Grenzlandes aus, in der die S.K. beispielsweise eine „Bürgerkriegsgarde“ genannt wurde, der man allerlei dunkle Absichten andichtete. Die Hetze führte schliesslich zu Verhandlungen mit dänischen Regierungskreisen.....“

Im übrigen aber wurden wir Bestimmungen unterworfen, die deutlich auf eine Lahmlegung der S.K.-Arbeit abzielen und uns zu der Feststellung zwingen, dass der dänische Staat noch immer nicht gewillt ist, der Volksgruppe das selbstverständliche Recht einzuräumen, ihr nationales Leben nach den Lebensgesetzen ihres eigenen Volkes zu gestalten.....

Dass die S.K. sich aber auch weiterhin nicht klein kriegen lassen wird, zeigte bereits das Reit- und Fahrturnier des Reitersturmes in Bredewatt am 12. Oktober. . . .

Die S.K. wird allen Beschneidungen ihrer Bewegungsfreiheit zum Trotz ihre Ziele weiterhin zu verfolgen wissen. Vor kurzem sprach der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, der Gesandte von Renthe-Fink, nach einem mehrtägigen Besuch in Nordschleswig aus, dass die soldatische Haltung der S.K. einen vorzüglichen Eindruck auf ihn gemacht habe, und . . . . .“.

Ich habe die obigen Ausführungen zunächst nicht verstehen können, zumal ich ausser meiner bekannten Mitteilung in dem nach dort in Abschrift übersandten, an Herrn Oberleutnant Larsen gerichteten Brief in einer unmittelbar nach Abschluss der S.K.-Verhandlungen im Kreise sämtlicher S.K.-Führer stattgefundenen Aussprache deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, dass nunmehr wegen der Neuregelung der S.K.-Arbeit ein Angriff gegen die dänische Regierung zu unterbleiben habe, weil bei der jetzt getroffenen Ordnung zahlreiche wesentliche Gesichtspunkte mitgesprochen hätten, die ausserhalb des guten Willens der dänischen Behörden in Kopenhagen gelegen hätten. Auf Anfrage bei Herrn Oberleutnant Larsen höre ich nun, dass der Artikel bereits Anfang Oktober, d.h. unmittelbar nach dem Ministerbesuch verfasst worden ist. Damals hat Oberleutnant Larsen, dem der Artikel vorgelegt worden war, gegen dessen Veröffentlichung keine Bedenken gehabt. Unter den heutigen Verhältnissen bedauert auch Herr Larsen den Artikel sehr, zumal auch er die Ansicht vertritt, dass solche Angriffe völlig überflüssig seien.

Die dänische Zeitung „Hejmdal“ bringt bereits in dem im Ausschnitt beigelegten Leitartikel mit der Überschrift „S.K.“ ausführliche Auszüge aus dem Artikel von Herrn Bargfeldt. Von einer eigenen Stellungnahme sieht die Zeitung ab, meint aber am Schluss folgendes:

„Wir haben geglaubt, dass diese Äusserungen über die S.K. auch für die dänische Bevölkerung des Grenzlandes von Interesse sein dürften.“

L[anwer]

## 430.

### **Skrivelse fra direktør Svenningsen til Kanstein angående Peter Larsens forhold til overenskomsten om SK.**

14. feb. 1942.

SV/BT

P.J.I.J.Nr.7.Q.34.

Kopenhagen, den 14. Februar 1942.

*Herrn Präsidenten P. Kanstein,  
Die deutsche Gesandtschaft,  
Dagmarhus, V.*

*Lieber Herr Kanstein.*

Bezugnehmend auf unsere Unterredung gestern abend betreffend die S.K. in Nordschleswig erlaube ich mir Ihnen hierdurch folgendes mitzuteilen:

Nachdem zwischen der Deutschen Gesandtschaft und dem Aussenministerium Einigkeit darüber erzielt worden war, dass dem Antrage der S. K. insofern stattgegeben werden sollte, dass die geplante Veranstaltung von dem 30. Januar auf den 1. Februar verlegt wurde, dass aber im übrigen die Veranstaltung sich im Rahmen der allgemeinen

Vereinbarung vom November 1941 halten musste, erteilte der Polizeiadjutant in Apenrade, Herr Amtmand Refslund Thomsen, dem Leiter der S. K. durch Schreiben vom 25. Januar 1942 die entsprechende Genehmigung. Gleichzeitig erbat sich der Polizeiadjutant bis zum 28. Januar die näheren Pläne für die Durchführung der Veranstaltung.

Da eine Antwort innerhalb der genannten Frist nicht einging, richtete der Polizeiadjutant am 30. Januar durch einen Oberwachtmeister eine Anfrage an Herrn Oberleutnant Larsen. Letzterer erklärte, dass die geplante Veranstaltung aufgegeben worden war, und zwar aus dem Grunde, weil nur eine beschränkte Erlaubnis erteilt worden war. Herr Oberleutnant Larsen müsse diese beschränkte Genehmigung als Chikane betrachten, indem die kleinen Abweichungen, die gewünscht waren, niemanden genieren könnten. Die getroffene Entscheidung sei daher nur eines von den vielen Hindernissen, die dem Leben der Volksgruppe in den Weg gelegt wurden, Hindernisse, die nur als eine Hemmung einer Verständigung und eines guten Verhältnisses in Nordschleswig wirken könnten. Künftig beabsichtige man nicht „soviel anzufragen“, man wolle vielmehr die Veranstaltungen ohne jemanden zu benachrichtigen durchführen, selbstverständlich innerhalb des Rahmens der getroffenen Vereinbarungen, die jedoch bis zur Grenze ausgenutzt werden würden.

Wenn wir nicht gestern abend zufälligerweise über diese Sache zu sprechen gekommen wären, hätte ich Ihnen das vorgefallene kaum unterbreitet.

Ich finde es bedauerlich, dass Herr Oberleutnant Larsen die Einhaltung eines deutsch-dänischen Abkommens als Chikane auffasst, zumal in einem Falle, wo jedenfalls Entgegenkommen insofern gezeigt war, dass der Wechsel des Tages genehmigt war.

Mit den besten Grüßen

Ihr stets ergebener

Nils Svenningsen.

## 431.

**Kassler til Lanwer angående forskellige spørgsmål i forbindelse med SK.**

19. marts 1942.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen

Kopenhagen, den 19. März 1942.

*Lieber Herr Lanwer!*

Ich möchte nochmals auf den mit Ihrem Bericht vom 20.2.d.Js.<sup>1)</sup> übersandten Artikel der Nordschleswigschen Zeitung v. 17.2. „Geländesport der SK“ zurückkommen.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass eine derartig ausführliche lokale Berichterstattung nicht zweckmässig ist, ganz abgesehen davon, dass die in dem Artikel erfolgte Beschreibung der Geländesportübungen angesichts des ernstesten Krieges im Osten etwas merkwürdig anmutet. Ich möchte Sie bitten, in diesem Sinne auf Herrn Larsen einzuwirken.

In Angelegenheiten der SK hat kürzlich Herr Svenningsen bei uns darüber Klage geführt, dass Herr Oberleutnant Larsen am 30.1. d.Js. einem Oberwachtmeister des dänischen Polizeiadjutanten auf das Ersuchen hin, die näheren Pläne für die Durchführung der SK-Veranstaltung mitzuteilen, geantwortet habe, er müsse die beschränkte

Genehmigung als eine Schikane betrachten. Künftig beabsichtige er, „nicht soviel anzufragen“, sondern die Veranstaltungen durchzuführen, ohne dass jemand benachrichtigt würde<sup>2)</sup>). Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Fall nachprüfen würden und Herrn Larsen, falls er derartige Äusserungen gemacht hat, darauf hinweisen könnten<sup>3)</sup>), dass die Pflicht, die dänischen Behörden rechtzeitig von beabsichtigten SK-Aufmärschen zu benachrichtigen, im Rahmen der SK-Vereinbarung mit den Dänen ausdrücklich festgelegt worden ist und Herr Larsen sich daher nicht über diese Bestimmung hinwegsetzen kann.

Mit den besten Grüßen und

Heil Hitler!

Ihr

**Kassler.**

---

<sup>1)</sup> Ikke medtaget.

<sup>2)</sup> Udfor det foregående punktum er der i marginen skrevet: *zugegeben.*

<sup>3)</sup> I marginen står følgende bemærkning: *geschehen!*

## O. Selbstschutz.

### 434.

**DBN til Vomi angående våben til beskyttelse mod sabotage.**

**3. febr. 1944.**

*Abschrift.*

DEUTSCHE BERUFSGRUPPEN  
IN NORDSCHLESWIG

3. Febr. 1944

*Betrifft:* Zur Verfügungstellung von Schusswaffen  
für die Sabotageabwehr.

*Akt. Zch.:* PHD/gha.

*An die  
Volksdeutsche Mittelstelle  
z. Hd. Herrn Hauptsturmführer Günther  
Berlin.<sup>1)</sup>*

In letzter Zeit häufen sich die Sabotagefälle in Nordschleswig. Hierdurch werden nicht nur unersetzbare Maschinen und Betriebseinrichtungen, wertvolle Rohstoffe und Halbfabrikate vernichtet, sondern die Auftragsverlagerung als solche wird sehr gefährdet, weil weder die auftraggebenden Dienststellen noch die Auftragnehmer die Verantwortung für die Verlagerung von grösseren Aufträgen übernehmen können, wenn eine ausreichende Sabotageabwehr nicht gewährleistet wird.

Die innere Abwehr der Menschen in Nordschleswig allein reicht nicht aus. Es ist unbedingt erforderlich, dass Schusswaffen zur Verfügung gestellt werden.

Es werden für die Sabotageabwehr in Nordschleswig etwa 400 Pistolen und 12 Maschinenpistolen mit Munition benötigt. Verhandlungen mit den zuständigen Wehrmächts- und wehrwirtschaftlichen Dienststellen haben bisher zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt, und es wurden bisher nur einigen grösseren Betrieben einzelne Schusswaffen zur Verfügung gestellt. Ich habe deshalb heute ein Telegramm an die Volksdeutsche Mittelstelle gesandt, mit der Bitte, zunächst 2 Maschinenpistolen und 20 Pistolen mit Munition durch Kurier hierher bringen zu lassen. Sollten die Waffen bei Erhalt dieses Schreibens noch nicht abgesandt sein, wird um aller schnellste Veranlassung gebeten. Ferner ist erforderlich, dass die Möglichkeit der zur Verfügungstellung von weiteren Schusswaffen dringend untersucht wird.

Zu Ihrer Kenntnisnahme teilen wir Ihnen mit, dass ein dringender geheimer Auftrag, der bereits an dänische Firmen vergeben war, aufgrund der Sabotagegefahr in Reichs-

dänemark zurückgezogen [wurde] um an die Betriebe der Liefergemeinschaft der DBN A/S. übergeben zu werden. Die Durchführung solcher Aufträge aber ist nur möglich, wenn den Betrieben genügender Schutz gegeben werden kann.

Heil Hitler!

Deutsche Berufsgruppen i Nordschleswig  
Arbeitsfront der Volksdeutschen (AdV)

gez. **P. Hansen-Damm**

Leiter

*An die Liefergemeinschaft  
an die Volksdeutsche Mittelstelle.*

- <sup>1)</sup> Brevet er overstreget, hvilket kunne tyde på, at det ikke var blevet sendt afsted. Afskriften er fundet i Volksgruppenamts arkiv, ikke i DBNs arkiv.

436.

**Dr. Best til det tyske udenrigsministerium angående oprettelse  
af Selbstschutz.**

17. feb. 1944.

**Telegramm<sup>1)</sup>**

(G-Schreiber)

Kopenhagen, den 17. Februar 1944 16.00 Uhr  
Ankomst: — 17. — — 24.00 Uhr

Nr. 215 vom 17.2.44.

Der Führer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, Dr. Moeller, hat im Benehmen mit mir die mannschaftliche Gliederung der Volksgruppe (S.K.), die schleswigsche Kameradschaft (S.K.) beauftragt, besondere zusätzliche Massnahmen zum Schutze volksdeutscher Einrichtungen in Nordschleswig gegen Sabotageakte durchzuführen. Zu diesem Zwecke ist im Rahmen der S.K. unter Leitung des S.K.-Führers Larsen eine Selbstschutzgruppe gebildet worden. Diese besteht vorläufig aus rund 200 Mann, die in der schwarzen Uniform der S.K. und mit Schusswaffen ausgerüstet neben der Ausübung ihres zivilen Berufes Dienst tun. In einem am 16.2. in der nordschleswigschen Zeitung veröffentlichten Aufruf Dr. Moellers<sup>2)</sup> wird u.a. ausgeführt, dass die Bildung der Selbstschutzgruppe notwendig war, weil in den letzten Wochen eine Verlegung der feindlichen Sabotage-tätigkeit nach Nordschleswig festzustellen war.<sup>3)</sup> Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, dass sich die angeordnete Massnahme nicht gegen die dänische Grenzbevölkerung richte, sondern im Gegenteil auch dem Schutze dänischer Einrichtungen in Nordschleswig diene.

**Dr. Best.**

- <sup>1)</sup> I marginen er med håndskrift tilføjet: *Bes. Pol. VI zu . . . . . zwecks Übernahme durch Inland II. Gr[undherr] 18/2.*
- <sup>2)</sup> I artiklen i „Nordschleswigsche Zeitung“ hedder det bl. a.: *„Es war daher ein Gebot der inneren Anständigkeit und der Selbsterhaltung, dass nunmehr seitens der Volksgruppe Schritte unternommen wurden um das Leben, das Hab' und Gut der Volksgruppe im verstärkten Umfange zu schützen“.* Dr. Møller har den 20. maj 1948 for underretten forklaret, at han ikke selv har konciperet artiklen, men ikke vil bestride, at den har været forelagt ham til godkendelse. Larsen oplyser 27. april 1949 for landsretten, at det muligvis er kontoret for presse og propaganda, der har formuleret artiklen.
- <sup>3)</sup> Hermed tænkes især på sabotagen mod Callesens motorfabrik i Aabenraa, som fandt sted natten mellem den 5. og 6. februar 1944.

**Det danske udenrigsministerium til dr. Best angående  
Selbstschutz.**

29. feb. 1944.

UDENRIGSMINISTERIET

P. J. I. 7. Q. 34 b.

Kopenhagen, den 29. Februar 1944.

*Seiner Exzellenz*

*dem Bevollmächtigten des deutschen Reiches in Dänemark,  
Herrn Dr. Werner Best,  
Dagmarhus.*

*Exzellenz,<sup>1)</sup>*

Die „Nordschleswigsche Zeitung“ vom 16. Februar 1944 enthält die Mitteilung, dass der Führer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig mit Rücksicht auf die Entwicklung der letzten Wochen dortselbst und die stellenweise Unzulänglichkeit des Werk-schutzes — nach Abschluss der hierzu erforderlichen Verhandlungen — die Bildung eines deutschen Selbstschutzes in Nordschleswig angeordnet hat. Dieser Selbstschutz bezweckt, wie es weiter aus der Mitteilung hervorgeht, die Durchführung aller Massnahmen, die erforderlich sind, um den Schutz der Volksgruppe in Nordschleswig zu verstärken, sowie einen Ausbau der bereits eingeleiteten Massnahmen nach den jeweils vorliegenden Um-ständen. Das Aufgabengebiet des Selbstschutzes scheint somit im voraus nicht näher umgrenzt zu sein.

Die dänische Zentralverwaltung hat mit Besorgnis von der Bildung des Selbst-schutzes der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Kenntnis genommen und muss davon Abstand nehmen, dass innerhalb einer politisch bestimmten Fraktion der dänischen Bevölkerung ein Machtfaktor in einer der Gesetzgebung nicht vorgesehenen Weise geschaf-fen wird. Sie verschliesst sich dem Wunsch der Volksgruppe nach tunlichster Sicherung ihrer Interessen selbstverständlich nicht, findet es aber bedauerlich, dass eine Massnahme wie diese getroffen wurde, ohne dass vorher mit den obersten dänischen Justizbehörden Fühlung genommen worden war. Es scheint sich ja nämlich um eine Massnahme zu handeln, die auf das Gebiet der Handhabung der Ordnung durch die zuständigen staat-lichen Exekutivorgane wird eingreifen können und daher nach dänischer Auffassung nicht ohne vorherige staatliche Genehmigung hätte durchgeführt werden sollen.

Was den Bedarf am Schutz der Interessen der deutschen Volksgruppe betrifft, dürfte die Sachlage eine solche sein, dass nicht mit Recht behauptet werden kann, dass die Ruhe und Ordnung in Nordschleswig in besonderem Grade gefährdet ist; im Gegenteil dürfte Nordschleswig zu denjenigen Landesteilen gehören, die von Ruhestörungen am meisten verschont geblieben sind. Die tatsächliche Sachlage in Nordschleswig, verglichen mit dem Zustand in anderen Teilen des Landes, wo der Einsatz von unautorisierten Selbst-schutzorganen nicht ohne weiteres vom Justizministerium hätte hingenommen werden können, rechtfertigt nach dänischer Auffassung die Errichtung des Selbstschutzes nicht.

Der Leiter des Kontors der deutschen Volksgruppe beim Staatsministerium, Herr Kontorchef Stehr, hatte am 11. Februar die Güte dem Aussenministerium davon Auf-schluss zu geben, dass die Errichtung des Selbstschutzes in Erwägung gezogen worden war. Herr Kontorchef Stehr erklärte jedoch bei dieser Gelegenheit, dass der Plan, von dem bis dann weder mit den Zentralbehörden in Kopenhagen noch mit den örtlichen Behörden in Nordschleswig verhandelt worden war, sich zunächst auf einem rein vorbereitenden Stadium befände. Seitens des Aussenministeriums wurde Herrn Kontorchef Stehr gegen-über hervorgehoben, dass es sich hier um eine schwierige und empfindliche Frage handelte, die einer näheren Erörterung mit den zuständigen dänischen Stellen unterzogen werden müsste.

Da die Schaffung des Selbstschutzes jedoch nun bereits eine öffentlich bekannte Tatsache ist, glaubt die dänische Zentralverwaltung von weiteren Anregungen absehen und ihre Wünsche darauf richten zu sollen, eine zweckmässige Lenkung und eine angemessene Umgrenzung der Aufgaben des Selbstschutzes zu erreichen.

Im Namen der dänischen Zentralverwaltung erlaube ich mir daher die Bitte an Sie, Herr Reichsbevollmächtigter, zu richten, Ihren Einfluss dahin geltend machen zu wollen, dass für die Tätigkeit des Selbstschutzes von vornherein feste Richtlinien aufgezogen werden, damit vermieden werden möge, dass unerwünschte Ausschreitungen vorkommen. Wichtig ist vor allen Dingen, dass sämtliche Mitglieder des Selbstschutzes einer verantwortlichen Einheitsleitung unterstellt werden, die Aufsicht damit führt, dass das näher zu beschränkende Tätigkeitsgebiet nicht überschritten wird. Und was letzteres betrifft, muss entscheidender Wert darauf gelegt werden, dass dem Selbstschutz keine Aufgaben übertragen werden, die das Gebiet der staatlichen Ordnungshandhabung beeinträchtigen könnten. Der Selbstschutz müsste sich mit anderen Worten auf die Aufgaben eines reinen Werkschutzes beschränken, sodass ihm besonders keine Befugnisse, Verhaftungen vorzunehmen, erteilt werden. Dies ist nach hiesiger Auffassung von der allergrössten Wichtigkeit, wenn vermieden werden soll, dass der Einsatz des Selbstschutzes zu unerwünschten Reibungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen in Nordschleswig Anlass gibt.

Indem ich mir schliesslich gestatte die Bedeutung dessen zu unterstreichen, dass die verantwortliche oberste Leitung des Selbstschutzes bestrebt sei, ein Gegensatzverhältnis zu der dänischen Polizei zu vermeiden, möchte ich nicht verfehlen hinzufügen, dass die dänische Zentralverwaltung es begrüssen würde, wenn ihr die beruhigende Mitteilung gegeben werden könnte, dass es sich bei dem Selbstschutz der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in der Tat nur um einen ausgebauten Werkschutz, d.h. einen reinen Objektschutz, handelt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Direktor des Aussenministeriums

**Nils Svenningsen.**

<sup>1)</sup> På gennemslaget noteret følgende: *Kopi sendt til Ges. Barandon. Afleveret til Dr. Best 1/2 44. Sv.*

## 440.

### **Dr. Best til direktør Svenningsen angående Selbstschutz.**

9. marts 1944.

DER REICHSBEVOLLMÄCHTIGTE  
IN DÄNEMARK  
I C Nordschl. 1

*Kopenhagen, den 9. März 1944.*

*An den*

*Direktor des dänischen Aussenministeriums  
Herrn Svenningsen,  
Kopenhagen.<sup>1)</sup>*

Auf Ihr Schreiben vom 29.2.44 (P.J.I. Journal Nr. 7 Q 34 b) teile ich Ihnen folgendes mit:

Die wachsende Unsicherheit in Dänemark und die Untätigkeit der dänischen Polizei gegen Sabotage und Terror haben in den letzten Monaten die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig sehr beunruhigt.

Da die gewerblichen Betriebe der Volksdeutschen in Nordschleswig im allgemeinen klein sind und deshalb starke Sabotagewachen nicht anstellen können, erwog die Volks-

gruppenführung die Möglichkeiten gemeinsamer Abwehr der drohenden Gefahren. Es wurde der Entschluss gefasst, durch eine geeignete Organisation die gemeinsame und bewegliche Ausübung des Schutzes von Betrieben und Personen gegen rechtswidrige Angriffe sicherzustellen.

Der ursprünglich gehegte Wunsch, eine offizielle Zusammenarbeit mit der dänischen Polizei zur Bekämpfung von Sabotage und Terror herbeizuführen, wurde durch die bekannten Ereignisse in Apenrade überholt, die das Vertrauen zur dänischen Polizei endgültig erschütterten. Die Führung der Volksgruppe entschloss sich aus diesem Anlass, unverzüglich die Selbstschutz-Gruppe im Rahmen der S.K. (Schleswigsche Kameradschaft) in Tätigkeit treten zu lassen.

Andere Zwecke als die gemeinsame Ausübung des Schutzes von Betrieben und Personen gegen rechtswidrige Angriffe sind der Selbstschutzgruppe nicht gesetzt. Insbesondere ist sie nicht beauftragt, polizeiähnliche Vollzugshandlungen vorzunehmen.

**W. Best.**

<sup>1)</sup> Til rapport af 19. maj 1947 har Kassler forklaret, at det er ham, der har lavet udkast til dette brev, men at der af dr. Best blev foretaget ændringer i hans koncept.

## 441.

### Det tyske kontor til dr. Best angående Selbstschutz.

15. marts 1944.

KÖNTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM  
P.II 22/43 — St./L.

15. März 1944.

*Betrifft:* Selbstschutz der Volksgruppe.

*An den*

*Herrn Reichsbevollmächtigten in Dänemark  
SS-Gruppenführer Dr. Best,  
Kopenhagen  
Dagmarhus.*

Unter dem 9. März habe ich dem Organisationsamt der NSDAP-N in Apenrade mitgeteilt, dass die Angehörigen des Selbstschutzes nicht als Hilfspolizisten legitimiert werden und daher auch nicht mit polizeilichen Funktionen betraut sind. Die Selbstschutzformation bleibt vielmehr eine interne Angelegenheit der Volksgruppe mit dem Ziel, das deutsche Leben und Eigentum in Nordschleswig zu schützen, wobei selbstverständlich die Möglichkeit offen bleibt, dänische Betriebe auf ihren Wunsch hin mit in die Aktion hinein-zubeziehen. Der Selbstschutz muss sich bei dieser Tätigkeit beziehen:

1. auf das Notwehrrecht, das jedem einzelnen zusteht, sowie
2. auf eine analoge Anwendung der Befugnisse, die den Angehörigen des Werkschutzes nach der Bekanntmachung des dänischen Justizministeriums vom 9. Januar 1943 zustehen.

Das Organisationsamt ist darauf hingewiesen worden, dass durch Notwehr gebotene Handlungen nicht rechtswidrig sind. Dabei wird als Notwehr diejenige Verteidigung bezeichnet, welche erforderlich ist, um gegenwärtige rechtswidrige Angriffe von sich oder einem anderen abzuwenden.

Die analoge Heranziehung der Vorschriften über die Angehörigen des Werkschutzes ist, wie dem Organisationsamt ebenfalls mitgeteilt worden ist, insofern gegeben, als der

Selbstschutz als eine Art „ambulanter Werkschutz“ bezeichnet werden kann. Sämtliche geschützte Betriebe bilden gewissermassen eine Einheit, die über den im Einzelfall vorhandenen aber unzulänglichen Werkschutz hinaus von der Selbstschutzformation zusätzlich bewacht werden.

Die Bekanntmachung des Justizministeriums über die Polizeibefugnisse des Werkschutzes vom 9. Januar 1943 ist dem Organisationsamt zur Kenntnisnahme zugeleitet worden.

Ferner ist mitgeteilt worden, dass die Vorgangsweise im Falle Krusau über die Kompetenzen hinausgehe, die nach diesen Richtlinien dem Werkschutz zugesprochen werden können.

Heil Hitler!

## 442.

### Det tyske kontor til dr. Möller angående Selbstschutz' virksomhed under begivenhederne i Graasten.

2. juni 1944.

KONTOR DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE  
BEIM STAATSMINISTERIUM  
P.II 22/43 — St/L.

2. Juni 1944.

*Betrifft:* Einsatz des Selbstschutzes.

*An den*  
*Volksgruppenführer Dr. Möller*  
*Gravenstein.*

*Lieber Dr. Möller!*

In Verbindung mit dem gestern veröffentlichten Interview und einer Besprechung der Vorgänge in Gravenstein habe ich mich mit dem R.B. auch über die Zuständigkeiten des Selbstschutzes unterhalten. Ich erklärte, dass der Selbstschutz in Gravenstein zum Schutz der Geschäfte, die man gezwungen habe zu schliessen, nicht eingesetzt worden sei.<sup>1)</sup> Larsen hätte mir gegenüber erklärt, dass ein solcher Einsatz nur möglich sei, wenn man auch das Recht habe, die Leute, die gegen die Geschäfte vorgingen, festzunehmen und sie beispielsweise der Polizei zuzuführen. Der R.B. vertrat hierzu die Auffassung, dass die Ausübung eines Zwanges zum Schliessen des Geschäftes als Nötigung, d.h. als rechtswidriger Angriff aufgefasst werden müsse. Bei einem rechtswidrigen gegenwärtigen Angriff sei aber das Notwehrrecht und damit auch das Recht zur Festnahme gegeben.

Nach den Information, die mir hier zugegangen sind, ist es politisch und psychologisch sicherlich klug gewesen, den Selbstschutz an dem fraglichen Tage in Gravenstein nicht einzusetzen.

Ich wollte Ihnen aber doch von dem Inhalt des Gespräches Kenntnis geben und halte es auch für gut, dass gerade in diesem Zeitpunkt das in der Nordschleswigschen Zeitung veröffentlichte Gespräch mit dem R.B. von der Stellung des Selbstschutzes seinen Ausgang nimmt.

Heil Hitler!

<sup>1)</sup> Otto Niels Rasmussen, der var Standortführer for Selbstschutz i Graasten, har forklaret, at han den 26. maj 1944 optrådte på gaden sammen med de tyske soldater. Det skete efter ordre fra kredslederen, lærer Clausen, som havde påbudt, at der skulle foretages patrouillering for at beskytte de tyske virksomheder. Rasmussen fik desuden ordre af „Gestapo“ til at rydde gaden. Først dagen efter hørte dr. Möller om disse Selbstschutz-patrouiller (A. nr. 451).

## 443.

**Kortsch til de lokale førere angående Selbtschutz.**

18. juli 1944.

Abschrift.

Apenrade, den 18.7.44.

*An den Kreismannschaftsführer!*

1. Mit der Leitung der militärischen Ausbildung der Zeitfreiwilligen ist Major Sie-Seegaard beauftragt worden.
2. Auf Anordnung des Parteiführers soll der Selbtschutz auf eine Stärke von 500 Mann gebracht werden. Seine militärische Ausbildung erhält der Selbtschutzmann als Zeitfreiwilliger. Darüber hinaus erhält er eine Sonderausbildung. Im Fall der Invasion wird der Selbtschutz zum militärischen Dienst eingezogen, verbleibt aber in Nord-schleswig.

Die Stärke des Selbtschutzes in den Kreisen beträgt

Sonderburg: 80	Tingleff: 70	Tondern: 90
Apenrade S.: 60	Apenrade N.: 80	Hadersleben Ost: 70
		Hadersleben West: 50.

In Bezug auf die Versorgung usw. wird der Selbtschutz in die Fürsorge der Waffen-SS eingegliedert. Dies macht eine ärztliche Untersuchung der Männer nötig, die Ende Juli oder Anfang August in den 5 Kreisstädten stattfindet. Die Kreismannschaftsführer geben daher möglichst bis zum 20.7.44 ein Verzeichnis der Angehörigen des Selbtschutzes ihres Kreises an mich ein. Das Verzeichnis soll folgende Angaben enthalten: Name und sämtliche Vornamen. Geburtsdatum, Geburtsort sowie Heimatanschrift. Spätere Untersuchungen können nur in Kopenhagen vorgenommen werden.

3. Donnerstag den 20. Juli, findet verabredungsgemäss eine Meldeübung statt. (Scherrebeck, Hoyer, Gravenstein, Nordburg, Christiansfeld, Rødding, Sommerstedt, Løgumkloster).
4. Kreisappelle.

Es kommen der SK-Führer und die Stabsleiter.

- |   |   |
|---|---|
| 1. Meldung 10. Min.                                     | 3. Exerzierdienst 75 Min.               |
| 2. Musterung 15 Min.                                    | 4. Unterricht (Stabslt.Kortsch) 45 Min. |
| 5. Pistolenreinigen (d. Kreismannschaftsführer) 45 Min. |   |

Exerzierdienst (Leitung)

- a.) Exerzieren in Gruppen: Marschieren und Halten, Schwenken, lks. und rechts um im Marsch.
  - b.) Exerzieren in 2—3 Zügen: Antreten, abzählen, richten, Marschieren, Halten, Schwenken, Reihe rechts, lks. und rechts aufmarschieren. Pause.
  - c.) Exerzieren im Sturm: Antreteformen, Wendungen. Aus der Linie in die Marschrichtung. Lks. und rechts um im Marsch, Marsch mit Lied.
- Mit dem Appell kann ein KK-Schiessen oder dergl. verbunden werden.
5. Der SK-Führer hat den Kreismannschaftsführer L. Claussen, Gravenstein mit der Leitung des SK-Dezernates für Fragen der germanischen SS beauftragt.
  6. Ich bitte Umschau zu halten mit geeigneten Sanitätären. (3—5 in jedem Kreis).
  7. Ich erinnere nochmals an das Inventurverzeichnis.

Heil Hitler!

gez. O. Kortsch.

**Månedsberetning vedrørende Selbtschutz' virksomhed i juli 1944.**

27. juli 1944.

S.K. TONDERN

Kreisführung

Lügumberg, d. 27.7.44.

**Monatsbericht für Juli 1944.***II. Aus der Arbeit:*

1. S.K.: Hauptsächlich Schiessdienst. 31 Mann errangen das Schiessabzeichen II. Klasse, 1 Mann das Abzeichen I. Klasse.
2. Selbtschutz: Streifendienst: In der Stadt Tondern 10 Streifen; sonst keine. Hoyer ist nicht dazu zu bewegen, den Streifendienst aufzunehmen, bevor die Uniformfrage gelöst ist. — Stabsbesprechung: Sonntag, d. 16.7. in Tondern. Thema: Erweiterung des Selbtschutzes, Meldernetz usw. — Erweiterung des Selbtschutzes: Ging in Lügumkloster glatt. Statt der vorgesehenen 25 Mann konnten 37 Mann aufgenommen werden. In Tondern und Hoyer entstanden Schwierigkeiten. Tondern sollte auf 40 Mann gebracht werden, brachte es nur auf 25 Mann. 50 Mann waren aufgefordert worden. Hoyer erreichte 22 Mann; vorgesehen waren 25 Mann. Das Resultat ist somit folgendes:

Sturm Tondern.....	25 Mann
Sturm Hoyer.....	22 Mann
Sturm Lügumkloster.....	37 Mann
	84 Mann

Vorgesehen waren 90 Mann, die also kaum erreicht wurden. Wir hoffen, bis zur erwarteten Musterung die restlichen 6 Mann zu bekommen.

*Kreistreffen des Selbtschutzes* in Tondern am 23. Juli.  
Beteiligung: 63 Mann.

*Plan:*

1. Exerzieren.
2. Pistolenschiessen, Keulenwerfen, Unterricht an der Waffe.  
— Eintopfessen aus der Feldküche. —
3. Appell vor dem Stabsführer.
4. Exerzieren.
5. Ansprache des Stabsführers. (Dienstanweisung usw.)

Heil Hitler!

**Carl Tønder.**

Kreismannschaftsführer

## 445.

## Skrivelse fra SK-ledelsen til kredsforerne.

10. nov. 1944.

S.K.-FÜHRUNG

Apenrade, den 10.11.44.

An die  
Kreismannschaftsführer.<sup>1)</sup>

Anliegend gebe ich Ihnen einen Auszug aus einem Schreiben der Berufsgruppen an ihre Mitglieder<sup>2)</sup> zur Kenntnisnahme durch, das für uns wichtig ist, da es eine Abmachung zwischen Selbstschutz und SK enthält.

Gleichzeitig bitte ich möglichst umgehend feststellen zu wollen, ob einer der als Führer oder Unterführer eingesetzten Männer des Selbstschutzes seine Freiwilligenmeldung bei einer der in Nordschleswig stattgefundenen Musterungen *nicht* abgegeben hat. Diese Feststellung hat zunächst nur rein orientierenden Charakter.

*In Bezug auf Selbstschutz folgendes:*

Die Standortführer müssen mit ev. vorhandenen Dienststellen der Sicherheitspolizei, Feldgendarmerie usw. Verbindung aufnehmen. Diese sind über Aufgaben des Selbstschutzes usw. aufzuklären.

Dann wird es u.a. auch möglich sein bei ev. Anpöbeleien unserer Streifen einen Burschen festzunehmen und einer der obengenannten Dienststellen zu übergeben.

Wenn man vorher den rechten Kontakt mit diesen Dienststellen gefunden hat, wird es möglich sein, dass so ein Bursche mal auf einige Tage von der Bildfläche verschwindet.

Heil Hitler!

Otto Kortsch

Anlage

<sup>1)</sup> Peter Larsen har om denne skrivelse forklaret, at det var direkte i strid med partiledelsens ordre, at der blev givet påbud om at søge kontakt med sikkerhedspolitiet.

<sup>2)</sup> Sml. A. nr. 135.

## 446.

## Ausweis for medlemmer af Selbstschutz.

[1944].

Nr. 96.

Bescheinigung.<sup>1)</sup>

Es wird hiermit bestätigt, dass der Inhaber dieses Ausweises, für den ein Waffenschein beantragt ist, Angehöriger des Selbstschutzes der deutschen Volksgruppe in Nord-schleswig ist.

Er ist im Besitze folgender Waffe:

Mod.: .....  
 Nr.: .....  
 Kal.: .....

(Stpl.:  
 Der Befehlshaber der Sicherheits-  
 polizei und des SD in Dänemark.)

**Köhnert**

(Stpl.:  
 Deutscher Selbstschutz  
 Nordschleswig.)

**O. Kortsch**  
 Stabsleiter im Selbstschutz

(Stpl.:  
 SS-Obersturmführer und  
 Aussenstellenleiter.)

(Stpl.:  
 Der Inhaber dieses W-Scheines ist  
 Mitglied des Selbstschutzes der deut-  
 schen Volksgruppe Nordschleswig.)

<sup>1)</sup> For underretten har Kortsch den 27. februar 1948 forklaret, at oprindeligt havde han og dr. Best underskrevet de udelte våben-Ausweise. I den sidste tid underskrev Köhnert i stedet for dr. Best.

## 447.

### Rapport fra Waldemar Gunnensen om Selbstschutz' afspærringsøvelse 11. januar 1945.

11. jan. 1945.

#### Bericht über die Absperrübung am Donnerstag, den 11. 1. 1945.<sup>1)</sup>

Die Übung wurde am Dreieck: Landstrasse Apenrade—Lügumkloster—Bahnüberführung nach Kolstrup — durchgeführt. 3 Gruppen 1 : 3 und ein Melderstand waren eingeteilt. In den Dienststunden war das Verhalten besprochen und Fragen geklärt worden. Den Streifenführern wurden Lage-Skizzen ausgehändigt. 1. Gruppe ca. 100 m westlich der Kreuzung (Richtung Rothenkrug), 2. Gruppe ca. 100 m ostwärts (Richtung Stadt), 3. Gruppe ca. 50 m ab Viadukt auf dem Wege nach Kolstrup.

Der eigentliche Kontroll-Posten war 1 : 2 stark, 1 Posten war ca. 30 m vorausgestellt.

Kraftwagen wurden durch Blink-Signal und Passanten durch Anruf zum Halten aufgefordert. An Ausweisen wurde die Legitimationskarten und die Fahrerlaubnis verlangt.

Die Ausweise wurden von Allen ohne Zögern vorgezeigt, und die Übung verlief reibungslos.

Pendelverkehr zwischen den einzelnen Posten von einer Gruppe 1 : 2 (m/MPi).

Anfang 20,50 — Ende 22,45 Uhr.

*Standort Apenrade*

**Waldemar Gunnensen**  
 Stdf.

<sup>1)</sup> Om denne øvelse har Bargfeldt oplyst, at den tyske kommandant havde fremsat ønske om, at de tidsfrivillige og Selbstschutz i givet fald kunne indbygges i værnemagtens patrouilletjeneste m. h. t. jernbanestrækninger. Ledelsen indenfor Selbstschutz var dog imod dette. Samtidig havde kommandanten anmodet om, at man ville forberede sig på en sådan tjeneste ved at afholde en afspærrings-

øvelse. Dette havde ledelsen intet imod, hvis øvelsen kunne foregå i tidsfrivillig-uniformen. Kortsch har derimod forklaret, at det ikke kan have været et ønske fra tysk side, at en sådan øvelse skulle afholdes. Han tilføjer, at dr. Møller havde bebrejdet ham, at han ikke havde hindret den pågældende øvelse, der gik ud over SKs kompetence. For underretten har Kortsch den 27. februar 1948 forklaret, at han, Peter Larsen og den lokale kommandant havde deltaget i mødet om afspæringsøvelsen, mens Bargfeldt den 25. maj 1948 har oplyst, at også han var med til dette møde. Gunnersen har den 25. maj 1948 i underretten fortalt, at der deltog 15—16 mand i øvelsen. De var dels i Selbstschutz-uniform, dels i tidsfrivillig-uniform.

Af månedsberetningen fra SK-kredsen fremgår det, at „den krigsmæssige øvelse“ oprindeligt havde været planlagt til december, men måtte udskydes efter anmodning fra den stedlige kommandant, da denne havde principielle betænkeligheder, og værnemagten på samme tidspunkt skulle foretage en lignende aktion. I beretningen hedder det: „*Ich bitte eine Behebung der „grundsätzlichen Bedenken“ des Oriskommandanten herbeiführen zu wollen*“. Månedsrapporten for januar oplyser, at disse bortfaldt den 9. januar.

## 449.

### Fjernskriverbrev fra den tyske øverstbefalende i Danmark [til de tyske værnemagtsafdelinger] angående Selbstschutz' deltagelse i militære bevogtningsopgaver.

14. april 1945.

#### Fernschreiben des Wehrmacht-Befehlshaber Dänemark vom 14.4.1945.<sup>1)</sup>

Für den Fall, dass der Selbstschutz der Volksgruppe zu militärischen Bewachungsaufgaben herangezogen wird (Bahn oder Objektschutz) erhält er allein seine Befehle von der zuständigen militärischen Dienststelle. Die Befehle werden in diesem Falle an den vom W. B. K. A. eingezogenen Führer des Selbstschutzes erteilt. Sonst mit Niederschrift einverstanden.

<sup>1)</sup> Ang. dette brev har bibliotekar Peter Callesen (se A. nr. 372) overfor politiet forklaret, at Pancke en tid forsøgte at få Selbstschutz lagt ind under sig for at få dets medlemmer til at forrette polititjeneste. Dette blev afværget af dr. Møller, som i 1945 imidlertid fik den tanke, at der bestod en hemmelig aftale om, at Pancke i tilfælde af invasion skulle have Selbstschutz under sig. Dr. Møller henvendte sig derfor til den tyske øverstbefalende, og fjernskrivermeddelelsen er dennes bekræftelse af, at Selbstschutz kun skulle modtage ordrer fra værnemagten.

## P. Angiveri og spionage.

### 453.

#### Eksempler på indberetninger til Organisationsamt angående forskellige danske overgreb og tyskfjendtlige udtalelser.

April—juli 1940.

„... und mich seit dem Tage boykottierten.“<sup>(1)</sup>)

Stellmacher Andreas Beyer Jakobsen, wohnhaft in Brede pr. Bredebro, berichtet:

„Tondern, den 4. September 1940.“

Am 9. April 1940 rückten die deutschen Truppen auch in unser Dorf ein. Am alten Spritzenhaus in Bredebro hatten zwei dänische Soldaten ein Maschinengewehr aufgestellt. Da ich im Weltkriege in der deutschen Armee gedient habe und aus alter Kameradschaft es für unerträglich hielt, dass hier auf deutsche Soldaten geschossen werden sollte und ferner, dass durch solche Handlung, die gewiss von dänischer Seite als soldatische Pflichterfüllung angesehen werden konnte, doch über mein Heimatdorf bitteres Leid und ungeheure Verwüstung gebracht haben würde, äusserte ich den Soldaten gegenüber in durchaus höflichem Ton: „Lasst nach mit dem vergeblichen Widerstand. Ihr erreicht nur, dass das ganze Dorf zerschossen wird.“ Diese meine Äusserung gab Veranlassung, dass die danebenstehenden Dänen mich für einen verfluchten Deutschen ausschimpften und mich seit dem Tage boykottierten. Weitere Veranlassung dazu war Gruss an die von Lügumkloster kommenden deutschen Soldaten: „Guten Morgen, Kameraden, was bringt ihr uns für eine Ueberraschung?“ Darauf antworteten die deutschen Kameraden: „Wer schießt hier auf uns von der Kirche?“ Antwort von mir: „Davon weiss ich wirklich nichts!“ Darauf die Soldaten: „Wird von Zivil geschossen?“ Meine Antwort: „Hier in Dänemark schießt kein Zivil auf euch, und die Soldaten haben Bescheid erhalten, von jeglichem Schiessen abzusehen.“ Dies mein Verhalten den deutschen Kameraden gegenüber gab Veranlassung, dass mir der Vorwurf gemacht wurde, ich hätte das deutsche Ueberfallkommando feierlich willkommen geheissen. Ich habe aber nur als Kamerad gehandelt, indem ich sie begrüßte und über die Vorgänge aufklärte. Dass ich zusammen mit anderen Deutschen des Dorfes meine Kameraden bewirtete, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Seit jenen Vorgängen aber werde ich boykottiert und suche daher Arbeit in Deutschland. Ein Gesuch auf Bewilligung von Staatsmitteln zur Anschaffung von Maschinen ist inzwischen vom Ministerium abgelehnt. Ich vermute, dass meine Haltung dazu Veranlassung gab, da mir von Dänen gemeldet wurde, die Sache würde abgelehnt werden. Es ist also scheinbar von Vertrauensleuten über mich nach Kopenhagen Meldung erfolgt. Ich sehe mich gezwungen, den Ort zu verlassen.“

gez. Andreas Beyer Jakobsen

Das Original liegt beim Organisationsamt der NSDAP-Nordschleswig.

P. Larsen

„Dann geht es Euch wie im Sudetenland!“

Der Kreisleiter Jes Petersen, Tondern, berichtet:

„Tondern, den 6. Juni 1940.“

Die Familie *Wolff*, Tondern — Strucksallee, hat ausserordentlich unter den Gehässigkeiten der Dänen zu leiden. Sie wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschimpft und chikaniert. Die Familie *Wolff* wünscht nur Ruhe zu haben, kann aber nicht in Frieden leben; besonders schlimm sind Frau Andersen, Tondern, Strucksallee, und Maler Lorenzen, Tondern — Strucksallee. U.a. drohte er mit: „Wartet nur bis die Soldaten weg sind, dann geht es Euch nicht gut. Dann geht es Euch wie im Sudetenland.“

**Jes Petersen**

Das Original mit *eigenhändiger Unterschrift* liegt beim Organisationsamt der NSDAPN.

**P. Larsen**

Leiter des Organisationsamts  
der NSDAPN.

„..... Deutsche sollten nach England abtransportiert werden.“

Der Gastwirt Diedrichsen, Wollerup, Kreis Tondern, berichtet:

„Wollerup, den 20. Juni 1940.“

In Kollund an der Flensburger Förde hat man eine Liste über diejenigen Deutschen gefunden, die im Falle einer Besetzung Nordschleswigs durch englische Truppen nach England abtransportiert werden sollten.“

**Diedrichsen**

*NB.*

Diese Mitteilung steht im Einklang mit den vielen Meldungen aus anderen Kirchspielen über ähnliche Listen.

Das Original mit *eigenhändiger Unterschrift* liegt beim Organisationsamt der NSDAPN.

**P. Larsen**

Leiter des Organisationsamts  
der NSDAPN.

„..... trägt aus diesem Grunde jetzt immer seinen Dolch bei sich.“

Der Pg. Ed. Jüngling, Quars, berichtet:

„Quars, den 30. April 1940.“

Die Bevölkerung ist hier zum Teil tief beunruhigt durch die Drohungen, die immer wieder von fanatischen Dänen ausgestossen werden. Die Dänen haben sich dahin geäußert, dass sie bei Gelegenheit die deutschen Einwohner von Quars gehörig verprügeln würden. Diese Drohungen richten sich auch besonders gegen mich. Ich trage daher jetzt immer einen Dolch bei mir. Verschiedene deutsche Volksgenossen fühlen sich so bedroht, dass sie es nicht wagen, abends allein auf die Strasse zu gehen. Sie gehen immer nur in Begleitung mehrerer Volksgenossen aus.“

**Ed. Jüngling**

Das Original mit *eigenhändiger Unterschrift* liegt beim Organisationsamt der NSDAPN.

**P. Larsen**

Leiter des Organisationsamts  
der NSDAPN.

„..... u.a. auch eine Kartothek über sämtliche Heimdeutschen in Nordschleswig.“

H. Fürsen, Apenrade, teilt mit:

„Apenrade, den 9. Juni 1940.

Der Volksgenosse Harald Johannsen, Baurup, berichtet mir persönlich, dass der auch in Deutschland nicht unbekanntere Schriftsteller Marcus Lauesen, der s.Zt. seinen Wohnsitz in Loitkirkeby bei Apenrade hatte, aber Anfang April 1940 mit seiner Familie nach Kopenhagen verzogen ist, u.a. auch eine Kartothek über sämtliche Heimdeutschen unserer Heimat mit sich führte. Diese Kartothek war so angelegt, dass die Deutschen in drei Gruppen eingeteilt wurden: die bewusst kämpfenden Deutschen, die sich bekennenden Deutschen und die Deutschen, die ihre Gesinnung nur ungern zeigen. M. Lauesen soll den Auftrag gehabt haben, diese Kartothek den Engländern zu überreichen, wenn diese in Dänemark landen würden.

.... Ich mache darauf aufmerksam, dass der Name Lauesen für uns Volksdeutsche einen recht üblen Klang hat. Er war es, der mit den Salonkommunisten Kopenhagens zusammen den Kulturkampf an Dänemarks Südgrenze proklamierte und der in seinem Hause während des jetzigen Krieges monatelang einen Engländer beherbergte, von dem wir bestimmt annehmen, dass er im englischen Geheimdienst tätig war. Von den Dänen ist dieser dänische „Dichter“ als der Dichter der Heimat und des Grenzlandes herausgeschrien worden.“

H. Fürsen

Das Original mit *eigenhändiger Unterschrift* liegt beim Organisationsamt der NSDAPN.

P. Larsen

Leiter des Organisationsamts  
der NSDAPN.

III 18

*Abschrift.*

„..... und zieh in gröbster Weise die Ehre der deutschen Soldaten in den Dreck.“

Der Ortsgruppenleiter Dr. H. Kardel teilt mit:

„300 deutsche Soldaten, die sich geweigert haben, nach ihrem Aufenthalt in Dänemark an die Front zu gehen, sind zwischen Apenrade und Seegaard erschossen worden.

Die Soldaten wollten lieber hier als an der Front erschossen werden!“

Dieses Gerücht ist verbreitet worden durch den Telegrafearbeiter Alex Asmussen, Apenrade, Lügumklosterweg. So lügt man ständig noch und zieht in gröbster Weise die Ehre der deutschen Soldaten in den Dreck.

*Apenrade, den 15.7.1940.“*

gez. H. Kardel.

Das Original mit *eigenhändiger Unterschrift* liegt bei dem Organisationsamt der NSDAP-N.

gez. P. Larsen.

„... dass der dänische Staat scheinbar anfängt, seine grösseren Besitze in Nordschleswig zu realisieren...“

Der Bauer Pg. J. Schmidt-Osterterp berichtet:

„Osterterp, den 21. September 1940.

Ist man sich an zuständiger Stelle darüber klar, dass der dänische Staat scheinbar anfängt, seine grösseren Besitze in Nordschleswig zu realisieren, resp. in gut dänische Pächterhände zu bringen?

Vor nicht langer Zeit wurde Werthemine auf Alsen an einen Dänen verkauft. Gamelgaard ist vor ca. 14 Tagen an einen Reichsdänen verpachtet worden, wahrscheinlich mit Vorkaufsrecht für den Pächter. Die frühere Domäne Sieverkrug bei Bedstedt (100 Hektar) soll auch verkauft werden. Die Pacht für Tannenhof (270 Hektar), der uns vor sechs Jahren auf unglaublich brutale Art vom Bodengesetzausschuss genommen wurde, ist im Frühjahr 1941 abgelaufen. Der reichsdänische Pächter hat Vorkaufsrecht. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass der Pächter anfängt, sich auf längere Zeit dort häuslich einzurichten.

Es liegt nahe, anzunehmen, dass der dänische Staat versuchen wird, vor einer politischen Entscheidung möglichst viel ehemals deutschen Boden fest in dänische Hand zu bringen.“

gez. J. Schmidt

Das Original liegt beim Organisationsamt der NSDAP-Nordschleswig.

P. Larsen

<sup>1)</sup> Angående disse beretninger om Gehässigkeiten se nærmere under A. nr. 59 og 482.

## 454.

**Renthe-Fink til det tyske konsulat angående indberetning om danske overgreb.**

14. juni 1940.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Kopenhagen

Nr.S.N.Schl./860.

Kopenhagen, den 14. Juni 1940.

An das  
Deutsche Konsulat in  
Apenrade.

Es wird um fortlaufende Berichterstattung über Beschwerdepunkte der Volksdeutschen in Nordschleswig gebeten, insbesondere über:

- 1) Wirtschaftliche Boykottmassnahmen dänischerseits gegen Volksdeutsche, darunter etwaige Entlassungen volksdeutscher Angestellter durch dänische Arbeitgeber,
- 2) Zwangsversteigerungen gegen Volksdeutsche,

3) Diskriminierung Volksdeutscher gegenüber Dänen bei Polizeistrafen, z.B. wegen Übertretung von Verkehrsregeln u.ä.,

4) etwaige Fälle von polizeilichen Sistierungen von weiblichen Angehörigen der Volksgruppe wegen Verkehrs mit Wehrmichtsangehörigen, die in der Annahme erfolgen, dass es sich um Däninnen handelt,

5) Tötlichkeiten und Ausschreitungen sonstiger Art von Dänen gegenüber Volksdeutschen,

6) Anfeindungen von Volksdeutschen in der dänischen Grenzpresse, auch wenn es sich nur um Zitate aus anderen dänischen Blättern diesseits oder jenseits der Grenze handelt.

Es kommt mir darauf an, jeweils konkrete Fälle mit Zeit-, Orts- und Namenangabe der Beteiligten zu erfahren, damit ich sie zum Gegenstand von Vorstellungen gegenüber den zuständigen dänischen Behörden machen und Abhilfe fordern kann. Ich bitte Sie im besonderen, sich von Herrn Möller-Gravenstein, Herrn Stehr und Herrn Larsen die ihnen bekannt gewordenen Fälle nennen zu lassen.

Renthe-Fink

## 455.

**Lundberg til det tyske konsulat angående boykot, som NSDAP-N truer med at anmelde til værnemagten.**

28. juli 1940.

Sonderburg, d. 28. Juli 1940.

Betr. Boykott Volksdeutscher.

An  
das Deutsche Konsulat  
in Apenrade.

Der Holzhändler Willesen in Höruphaff hat den Volksdeutschen Arbeiter *Heesch*, der 18 Jahre in dem Betrieb tätig gewesen ist, entlassen. Die Entlassung ist als „Boykott“ aufzufassen, da nachweislich Arbeiter mit bedeutend weniger Dienstjahren noch im Betrieb tätig sind. Der Vorfall ist der Partei gemeldet worden und der stellvertretende Ortsgruppenleiter, Chr. Roth, hat von der Parteileitung Weisung erhalten, Willesen aufzufordern, die Kündigung sofort rückgängig zu machen, widrigenfalls der Vorfall sonst der Wehrmacht gemeldet werden würde.

Das Schreiben ist bereits an Willesen abgegangen.<sup>1)</sup>

C. Lundberg

<sup>1)</sup> Roths skrivelse til firmaet H. Willesen er dateret 25. juli 1940. Det hedder heri: „Wir erwarten Ihre Mitteilung, ob Sie gewillt sind, Pg. Heesch sofort wieder einzustellen. Falls eine Antwort bis Montag mittag bei der Geschäftsstelle der Kreisleitung der NSDAPN, Sonderburg, Perlestrasse 7, nicht eingegangen ist, geben wir eine entsprechende Meldung an die deutsche Wehrmacht weiter“.

## 456.

**Lanwer til Schaller angående indsendelse af meddelelser om  
danske overgreb.**

30. juli 1940.

Kult 3 Nr. 2

30. Juli 1940.

Herrn

*Gesandtschaftsrat Dr. Schaller  
in Kopenhagen  
Deutsche Gesandtschaft*

*Lieber Schaller!*

Vor einiger Zeit erhielt ich vom Organisationsamt der NSDAP.-N eine Sammlung von Mitteilungen mit zusammenfassenden Begleitberichten vom 21. Juni und 4. Juli d.J. über Boykott, Bodenkampfpolitik und allgemein über das Verhalten zwischen Deutsch- und Dänentum. Ich nehme an, dass die gleiche Sammlung s.Zt. Landrat Schröder von hier mitgenommen und dem Herrn Minister vorgelegt hat. Ich möchte solchenfalls von einer Übersendung meiner Exemplare absehen. Nur wenn meine Annahme unrichtig ist, wäre ich für eine Anforderung durch private Mitteilung dankbar.

Herzliche Grüsse

m[anu] p[ropia]

L[anwer]

## 457.

**Lanwer til dr. Möller, Stehr og Peter Larsen angående indberetninger om klager  
fra det tyske mindretal.**

5. aug. 1940.

S/NSchl.

5. August 1940

Herrn

*Dr. J. Möller  
in Gravenstein*

*Herrn Assessor Rudolf Stehr, Hadersleben  
Oberleutnant Larsen, Apenrade*

*Lieber Herr Larsen,  
Lieber Herr Stehr,  
Sehr geehrter Herr Möller.*

Ich bin erneut von dem Herrn Gesandten um unverzügliche fortlaufende Berichterstattung über Beschwerdepunkte der Volksdeutschen in Nordschleswig gebeten worden, insbesondere über:¹)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei dieser Berichterstattung behilflich sein und mir über jeweils auftretende Fälle rechtzeitig eine kurze Mitteilung zukommen lassen könnten.

Mir wird diese Bitte umso leichter in der Erwartung, dass die erbetene Tätigkeit wohl auch von Ihrer Seite als unbedingte Unterstützung Ihrer Aufgaben aufgefasst wird. Ich bitte, dieses Schreiben nach Kenntnissnahme zu vernichten.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

gez. L[anwer]

<sup>1)</sup> Herefter følger en gengivelse af punkt 1—6 i Renthe-Finks brev af 14. juni 1940 (A. nr. 454).

## 458.

**Schaller meddeler Lanwer, at det tyske gesandtskab har fået tilsendt materialet om de danske overgreb.**

7. aug. 1940.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
Kopenhagen

Kopenhagen, den 7. August 1940.

*Herrn*

*Vizekonsul Dr. Lanwer  
Deutsches Konsulat  
in Apenrade*

*Lieber Lanwer!*

Auf Dein Schreiben vom 30. Juli ds.Js. —Kult 3 Nr. 2— teile ich Dir mit, dass —wie ich von dem zuständigen Sachbearbeiter beim Bevollmächtigten des Reiches erfahren habe — von der NSDAP-N eine Sammlung von Berichten unmittelbar hierher geleitet wurde. Der Sachbearbeiter nimmt an, dass es sich um dieselbe auch dort vorliegende Sammlung handelt. Die Auswertung des Materials ist bereits hier erfolgt. Ich glaube daher, dass eine nochmalige Übersendung nicht notwendig ist.

.....

• Mit herzlichsten Grüßen und Heil Hitler.

Dein

G. Schaller

## 459.

Skrivelse fra Organisationsamt til Martin Autzen, Løgumkloster, angående eventuel anmeldelse af en krænkende omtale af den tyske værnemagt.

14. okt. 1941.

NATIONALSOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI  
NORDSCHLESWIG  
Parteileitung  
Organisationsamt

Apenrade, den 14. Oktober 1941

L/K

*Herrn*  
*Martin Autzen,*  
*Lügumkloster.<sup>1)</sup>*

Sie haben in Gegenwart zweier deutscher Zeugen eine unglaubliche Beleidigung der Wehrmacht ausgesprochen, indem Sie behaupteten, dass man die Verwundeten sortiere und die Schwerverwundeten ihrem Schicksal überliesse.

Sie werden hiermit aufgefordert Ihre unerhörte Behauptung zu beweisen oder innerhalb von 48 Stunden eine ausführliche schriftliche Entschuldigung einzureichen an die untenstehende Adresse, widrigenfalls Ihr unverschämter Angriff auf die deutsche Ehre sofort weitergemeldet wird.

Heil Hitler!

P. Larsen.

<sup>1)</sup> Martin Autzen har som vidne i landsretten den 24. februar 1949 oplyst, at den pågældende udtalelse var et referat af en russisk radioudsendelse. Efter at have rådført sig med politimesteren i Tønder gav han den forlangte undskyldning. For underretten har Peter Larsen den 17. marts 1948 forklaret, at han skrev brevet efter opfordring fra lokal side. Han havde ikke til hensigt at lade sagen gå videre.



## 461.

**Organisationsamt til afdelingslederne indenfor NSDAP-N angående indberetninger om overgreb mod folketyskere.**

26. aug. 1943.

ORGANISATIONSAMT DER  
N.S.D.A.P.-N.

Apenrade, den 26. August 1943.

*An die Ortsgruppenleiter der  
N.S.D.A.P.-Nordschleswig.<sup>1)</sup>*

Auf Grund der augenblicklichen politischen Lage in Dänemark sind auch verschiedentlich Übergriffe gegen Volksdeutsche vorgekommen. Da es unbedingt notwendig ist, dass wir hierüber laufend und schnellstens informiert werden, erinnere ich daran, dass die Ortsgruppenleiter nach wie vor umgehend nach hier über solche Ereignisse zu berichten haben. Es ist von grösster Bedeutung, dass wir über Demonstrationen, Sabotageakte, Übergriffe gegen Volksdeutsche und ähnliche Vorkommnisse schnellstens Bericht erhalten.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

<sup>1)</sup> Ovenover skrivelsen er med maskine skrevet: *Meldung an die Kreisleitung, da eine Sammeliste abgesandt wird.*

## 462.

**Organisationsamt til afdelingslederne angående indberetninger om sabotage.**

6. sep. 1943.

Vertraulich.

NSDAP-NORDSCHLESWIG  
Organisationsamt

Apenrade, den 6. Sept. 1943.

*An die Ortsgruppenleiter.<sup>1)</sup>*

Die gegenwärtige Lage in Dänemark macht es erforderlich, der Sabotageabwehr und der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Ausbreitung von Streikbewegungen und vor allem von Sabotagefällen vom Norden nach Nordschleswig muss sehr stark entgegengetreten werden. Wenn auch bisher die Entwicklung in Nordschleswig verhältnismässig ruhig verlaufen ist, zeigen doch einige Fälle in letzter Zeit, dass auch in Nordschleswig aktive Kräfte auf diesem Gebiete am Werke sind.

Die politischen Organisationen der Volksgruppe haben sich in dieser Aufgabe besonders einzuschalten. Für die Ortsgruppenleiter der NSDAP-N wird daher folgendes angeordnet:

1. Einberufung des politischen Arbeitsausschusses der Ortsgruppe mit dem Ziel, eine Überholung des Ortes vorzunehmen. Es muss in diesem Kreis besprochen werden, wo irgendwelche verdächtigen Elemente vorhanden sind, die bei Sabotagehandlungen mitwirken könnten, bezw. den Saboteuren Vorschub leisten und sie decken würden.
2. Laufende Überwachung der verdächtigen Kreise und sofortige Meldung an die mit der Sabotageabwehr betreuten Dienststellen,<sup>2)</sup> wenn irgendwie Anlass zu besonderer Vorsicht geboten erscheint. Der Ortsgruppenleiter ernennt, wenn er selbst aus irgendeinem Grunde diese Aufgabe nicht übernehmen kann, hierfür einen geeigneten Vertrauensmann.
3. Besprechungen mit den Betriebsleitern des Ortes zwecks Überholung der einzelnen Betriebe, der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten und Besprechung sonstiger Massnahmen (z.B. Einrichtung eines Werkschutzes, eines Streifendienstes od. dergl. in Fällen, wo es als unbedingt notwendig erscheint).
4. Sofortige Meldung an das Organisationsamt der NSDAP-N über jeden auftretenden Sabotagefall. Bei diesen Meldungen interessieren in kurzen Angaben folgende Punkte:
  - a) Volksdeutscher? Politische Einstellung bei Nichtvolksdeutschen?
  - b) Ort?
  - c) Art des Betriebes? (Zahl der Angestellten und Arbeiter, Produktionskapazität, Arbeit für die Wehrmacht).
  - d) Art und Umfang des Schadens?
  - e) Wiederingangsetzung des Betriebes möglich? Bis wann?
  - f) Besondere Art der Sabotage: Brand verursacht, wodurch, Zeit des Sabotagefalles, Spuren, Ursprung der Bomben usw.
  - g) Täterverdacht?
  - h) Art der getroffenen Sicherheitsmassnahmen?
  - i) Warum haben die Sicherheitsmassnahmen versagt? Aus welchem Grunde sind sie unzureichend gewesen?
  - j) Sonstige Beobachtungen und Feststellungen?

Da die genannte Aufgabe eine der wichtigsten der kommenden Zeit ist, bitte ich um sofortige Einleitung der notwendigen Massnahmen. Auch auf dem Lande ist die Überwachung notwendig, da auch schon Sabotage gegen die Ernte verübt wurde. Der Arbeitsausschuss des Ortes hat laufend zusammenzutreten und vor allem ist die Berichterstattung (Punkt 4) nach hier genauestens durchzuführen.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

<sup>1)</sup> Angående denne skrivelse har Peter Larsen til rapporter af 13. august og 22. september 1945, 5., 16. og 17. juli 1946 forklaret, at grunden til, at skriven blev udsendt, var, at nogle parti-medlemmer havde henvendt sig direkte til besættelsesmagten med oplysninger. Afdelingslederne blev også bestormet med meddelelser fra folkefæller. Det kunne være om ringeagtstyrringer overfor værnemagten eller mistanke om illegal virksomhed. Larsen har givet afdelingslederne besked om, at de ikke måtte lade den slags meddelelser gå videre til de tyske politi- og værnemagtsmyndigheder. Man ville have, at medlemmerne skulle gå „tjenestevejen“, så beretningerne via afdelings- og kredslederne blev sendt til Organisationsamt, og det var det, skriven skulle fastslå. Larsen oplyser, at den iøvrigt kun har givet anledning til få indberetninger. Han erindrer at have fået sådanne fra Usinger i Graasten (jfr. A. nr. 468). De modtagne indberetninger blev imidlertid ikke videregivet til de tyske myndigheder, og de fleste blev omgående tilintetgjort. For underretten har Larsen den 11. juni 1948 forklaret, at han havde givet sit personale ordre til at tilintetgøre de beretninger, der kunne bringe folk i fare.

Det var fra først af Larsens mening, at indberetningerne ikke skulle længere end til Organisationsamt. Han ville være neutral, og skriven var i virkeligheden bluff. Det hedder herom i rapport af 22. september 1945: „Naar Komp. saaledes har bluffet sine Folkefæller ved at lade dem tro, at deres „gode Oplysninger“ kom de rette tyske Myndigheder i Hænde, naar de blot gav dem til Ortsgruppelederne, saa er det sket for at forhindre dem i paa egen Haand at give deres Oplysninger direkte til Tyskerne“. Den 17. juli 1946 forklarer Larsen dog, at udsendelserne må ses på baggrund

af henvendelser fra afdelingslederne og mundtlig meddelelse fra Rudolf Stehr om, at de tyske myndigheder i København (dr. Best og Rüstungsstab) „holdt Folkegruppen forpligtet til at medvirke ved Beskyttelsen af Virksomheder i Landsdelen“. Stehr har bekræftet rigtigheden af denne udtalelse.

Dr. Møller havde intet kendskab til skrivelsen, der foruden til afdelingslederne også er sendt til SK og formodentlig også til kredslederne indenfor ungdomsorganisationerne. Den har ikke været forelagt det lille politiske råd. Larsen oplyser, at han selv har udfærdiget skrivelsen, og at den voldte ham en del hovedbrud. Til rapport af 25. juli 1946 har lederen af Gestapoaafdelingen i Aabenraa, kriminalassistent Hinrich N. Voigts, udtalt, at den ikke kan stamme fra Peter Larsen, men må være udformet af et tysk tjenestested, gesandtskabet eller måske værnemagten i landsdelen. Oberfeldwebel Schönfeldt har oplyst, at han på Ortskommandanturen i Aabenraa har deltaget i drøftelser med Peter Larsen angående det under punkt 1 anførte. Bovensiepen, der har fået skrivelsen forevist uden at se hovedet og underskriften, har til rapport af 30. juli 1946 udtalt, at den må være skrevet af Peter Larsen, der havde trang til at lege politi. Da Bovensiepen besøgte ham i begyndelsen af 1944, tilbød han at stille sit „apparat“ til rådighed til bekæmpelsen af sabotagen. Møller og Stehr talte iøvrigt om det samme ved en anden lejlighed. Bovensiepen afviste dog et direkte samarbejde. Hverken Stehr eller Møller kender noget til et sådant tilbud, og Peter Larsen erklærer til rapport af 20. november 1946, at Bovensiepens udtalelser er direkte løgn. Han har aldrig talt med Bovensiepen, kun været tilstede ved et møde med ham. Det er rigtigt, at han, da SD-afdelingen i Aabenraa blev oprettet, tilbød, at folkegruppens „apparat“ stod til SDs rådighed med hensyn til gennemlysningerne, men det er i sig selv meget usandsynligt, at han skulle have fremsat et tilbud om mere vidtgående samarbejde i dr. Møllers tilstedeværelse, da folkegrupperefereren havde forbudt ethvert samarbejde med SD eller det tyske politi. Allerede til rapport af 13. august 1945 havde han udtalt sig mere indgående om dette forhold. Det var, siger han, ikke forbudt medlemmerne at have tilknytning til Gestapo og lignende organisationer, selvom det var imod ledelsens idé. Lederne måtte absolut ikke have tilknytning til disse organisationer. Til rapport af 28. september 1945 siger han, at dr. Møller var indforstået med de såkaldte gennemlysninger. Hvad der herudover måtte være indberettet eller videresendt, står han alene til ansvar for. Jep Schmidt oplyser til rapport af 16. juli 1946, at han i april 1944 efter henstilling fra dr. Møller har meddelt sine afdelingsledere, at de intet måtte have med det tyske politi at gøre. Også andre af folkegruppens ledere har omtalt, at det var blevet forbudt at have samarbejde med SD og SP, og dr. Møller har selv til rapport af 18. juni 1945 forklaret, at han havde forbeholdt sig, at enhver forhandling af nogen som helst betydning og enhver henvendelse fra det tyske politi med undtagelse af gennemlysninger skulle forelægges ham personlig til afgørelse.

<sup>2)</sup> Peter Larsen har til rapport af 13. august 1945 oplyst, at med dette udtryk mentes Organisationsamt. „Det var“, siger han, „nødvendigt at give det Udseende af, at det var alvorligt ment, da man i modsat Fald ikke fik Medlemmerne til at henvende sig til Organisationen“. Han mener ikke, at nogen af afdelingslederne kunne misforstå skrivelsen, og i rapport af 22. september 1945 hedder det: „det må antages, at enhver Ortsgruppeleder af sin Kredsleder er blevet informeret om, at „die mit Sabotageabwehr betreuenden Dienststellen“ var identisk med Organisationsamt“. Kredslederne i Haderslev, Aabenraa, Tønder og Tinglev kredse er blevet afhørt om skrivelsen, som de alle har nægtet at have modtaget eller i hvert fald at have nogen erindring om. Oberfeldwebel Schönfeldt har til rapport udtalt, at der med det pågældende udtryk kun kan være ment SD.

## 463.

### Partibefaling („den gule“) til afdelingslederne indenfor NSDAP-N angående indsendelse af politiske indberetninger og fortegnelser over værnepligtige tyskere.

[ca. 1943].

#### Parteibefehl.<sup>1)</sup>

An

*sämtliche Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P.-N.*

1. Von jeder Ortsgruppe sind genaue Listen in doppelter Ausführung über alle im Bezirk der Ortsgruppe wohnenden wehrpflichtigen Deutschen der Jahrgänge 1900 bis 1924 (beide Jahrgänge einschliesslich) durch Ausfüllen der anliegenden Listen anzufertigen. Die Listen sind bis zum 20. Mai an den zuständigen Kreisleiter, und von den Kreisleitern bis zum 25. Mai an das Organisationsamt einzusenden.

2. Es wird nochmals daran erinnert, politische Berichte (Boykott, Entlassung u.s.w.) an die Kreisleiter laufend einzusenden. Die Kreisleiter haben zum 1. und 15. eines jeden Monats einen politischen Gegenbericht unter Beifügung der an sie eingesandten Berichte und Meldungen an das Organisationsamt einzusenden.

Die politische Bedeutung der Berichte kann nicht überschätzt werden, sie liegt aber nicht in einer Veröffentlichung in der Nordschleswigschen Zeitung. Solche Veröffentlichungen haben daher ohne Zustimmung der politischen Leitung zu unterbleiben.

Heil Hitler!

gez. Dr. Möller.

<sup>1)</sup> Peter Larsen har til rapport af 27. august 1946 udtalt, at skrivelsen stammer fra Organisationsamt og er konciperet af ham. Partibefalinger er efter hans mening blevet vedtaget eller behandlet i det lille politiske råd. I landsretten har han den 25. februar 1949 forklaret, at da der er tale om årgang 1924, må partibefalinger være fra 1943.

## 464.

### Skrivelse fra det tyske hemmelige militærpoliti i Kolding til NSDAP-N i Sønderborg angående angiveriet mod Ejlf Grau.

10. jan. 1944.

GRUPPE GEHEIME FELDPOLIZEI 737

Kolding, den 10.1.1944

— Sekretariat Kolding —

Tgb.Nr.94/43

Betr.: Festnahme des Lehrlings Ejlf Grau,<sup>1)</sup> Sønderburg, Oerstedstrasse 28.

Bezug: Dortiges Schreiben an den Standortoffizier Sønderburg v. 17.12.43.

An die

National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Nordschleswig

— Kreisleitung Sønderburg —

in Sønderburg.

Zu Ihrer Anzeige gegen den Lehrling Ejlf Grau, wohnhaft in Sønderburg, Oerstedstrasse 28, wird mitgeteilt, dass eine strafbare Handlung im Sinne des deutschen Strafgesetzbuches nicht vorliegt.

Da Graus Äusserung aber als Beleidigung des deutschen Nationalgefühls aufgefasst werden kann, erschien es angebracht, den Beschuldigten vom 24.12.43 bis zum 10.1.44 in der Wehrmachthaftanstalt Kolding einsitzen zu lassen. Es dürfte damit gleichzeitig eine abschreckende Wirkung auf die deutschfeindlich eingestellten Kreise in Sønderburg erzielt worden sein.

Es wird gebeten, den Grau möglichst unter Beobachtung zu halten. Sollte er dort nochmals auffallen oder sich gar deutschfeindlich betätigen, wird um Mitteilung an die hiesige Dienststelle gebeten.

Seine Überführung in ein deutsches Arbeitslager wird dann von hier aus veranlasst werden.

A. B.

Walcken.

Feldpolizeisekretär  
u. Sekretariatsleiter.

<sup>1)</sup> Af en beretning fra Geheime Feldpolizei i Kolding fremgår det, at Ejlf Grau var blevet fængslet, fordi han om en tilbagevendt SS-mand havde sagt, at det ville have været bedre, om han havde mistet hovedet i stedet for det ene ben.

## 465.

[Jef Blume] til Oberbannführer Brinckmann angående Peter Larsens arbejde, herunder også hans forbindelse med SD.

29. marts 1944.

29.3.1944

An

Oberbannführer Brinckmann  
Reichsjugendführung  
Berlin-Charlottenburg

Lieber Herbert!

.....

Am 15. April werde ich nun endgültig einberufen, darüber besteht jetzt kein Zweifel mehr. Der Volksgruppenführer hat sich in sehr deutlicher Weise gegen eine anderweitige Verwendung im Reich oder dergl. ausgesprochen. Er hat mich nur unter ganz enormen Schwierigkeiten für den Einsatz in der Waffen-SS freigegeben und würde nie auf den Gedanken kommen, mich für eine Arbeit in Berlin freizugeben. Darüber habe ich Dich, glaube ich, auch nicht im Zweifel gelassen, so dass mir alle weiteren Diskussionen darüber als überflüssig erscheinen. Der Volksgruppenführer hat mich freigegeben, weil er sich der Tatsache nicht verschliessen konnte, dass es für meine spätere Arbeit in der Volksgruppe notwendig sei, einen längeren Einsatz zu haben. Er hat sich nur von diesen Gesichtspunkten leiten lassen. Von der rein arbeitsmässigen Seite her gesehen ist es, wie der Volksgruppenführer mir sagte, völlig unverantwortlich, mich überhaupt gehen zu lassen, da Pg. Larsen so mit Arbeit überhäuft ist, dass er sich kaum noch durchsehen kann. Du wirst es verstehen, wenn Du hörst, welche Aufgaben er augenblicklich hat: Er ist Leiter des Organisationsamtes der NSDAP-N, SK-Führer, Leiter der deutschen Selbsthilfe, Leiter des Selbstschutzes, Beauftragter für die Durchführung des Zeitfreiwilligendienstes, Beauftragter für die gesamte SS-Werbung, für die Betreuung und die Fürsorge der Hinterbliebenen, ausserdem hat er sehr viel mit dem SD zu tun und einen laufenden Betrieb in der Dienststelle, der ihn kaum zum Arbeiten kommen lässt. Es dürfte daher auch verständlich sein, wenn Dr. Möller nicht auf den Gedanken kommt, mich für eine Arbeit im Reich freizugeben. Dass ich mich in diesem Falle nach dem Volksgruppenführer richte, gebrauche ich nicht erst zu betonen. Er ist für mich in allen diesen Fragen die unbedingt Zuständige, und es ist ganz unmöglich, irgend etwas ohne seine Zustimmung, bzw. über seinen Kopf hinweg zu entscheiden, oder es in die Wege zu leiten.

.....

Heil Hitler!

## 466.

## Uddrag af Vomis månedsberetning.

Maj 1944.

Akt.Zch.: IV/10 a — Hu.

**Monatsbericht Mai 1944**  
des  
**Hauptamtes Volksdeutscher Mittelstelle.**

.....  
(Nordschlesw.)

Am 26.5. wurden in Jütland 24 führende Personen des öffentlichen Lebens, vor allem Schriftleiter und höhere Polizeibeamte, unter dem dringenden Verdacht der Spionage und der Mitarbeit an einer illegalen militärischen Organisation verhaftet. Die Verhafteten stammen etwa zur Hälfte aus Nordschleswig. Diese Verhaftungen erregten bei den Dänen grosses Aufsehen und führten zu einer starken Spannung zwischen der dänischen und der deutschen Bevölkerung. In Gravenstein kam es zu Unruhen. U.a. schlossen die dänischen Geschäfte. Seitens der deutschen Wehrmacht wollte man die Geschäfte mit Gewalt wieder öffnen, der Polizeimeister von Gravenstein erhob aber dagegen Einspruch. Der Reichsbevollmächtigte ermächtigte den Volksgruppenführer hier eine Entscheidung zu treffen. Der Volksgruppenführer verzichtete auf die gewaltsame Öffnung der Geschäfte in der Erwartung, dass die Geschäfte am nächsten Tag im Interesse der Versorgung der dänischen Bevölkerung von selbst wieder öffnen würden. Dies geschah auch.

Dies war das erstemal, dass der Reichsbevollmächtigte eine so wichtige Entscheidung in die Hand des Volksgruppenführers legte.

Andererseits wurde auf Wunsch des Volksgruppenführers der dänische Pastor *Warncke* aus Ullerup, der sich früher schon als Hetzer gegen die Volksgruppe betätigt hatte und der sich nunmehr weigerte, eine Trauung vorzunehmen, solange als Teilnehmer ein dänischer Freiwilliger in der Kirche war, verhaftet.

.....

## 467.

## Indberetning angående terrænsporten i Haderslev.

[1944].

*Abskrift.<sup>1)</sup>**Hadersleben meldet:**Betr.: Terrainsportverein.*

Über die Tätigkeit des hiesigen Terrainsportvereins ist verhältnismässig wenig bekannt, da dieser seit längerer Zeit keine Berichte über seine Veranstaltungen an die hiesige Zeitung gibt. Jedoch ist uns bekannt, dass hin und wieder Übungen stattfinden.

Der Leiter des hiesigen Vereins ist der ehemalige dänische Stabsofficiant William Munk Jensen, wohnhaft in Hadersleben, Christiansfelderweg 7. Jensen ist bis zum August 43 in der dänischen Wehrmacht aktiv tätig gewesen. Er hat jetzt einen Druckposten innerhalb des CB bekommen.

Wer ausserdem im Terrainsportverein aktiv tätig ist, lässt sich nicht ohne weiteres feststellen. Es ist jedoch bekannt, dass der Kaufmann Jörgen Oggesen, wohnhaft: Hadersleben, Parkweg 14, zu den aktivsten Mitgliedern gehört. Beide Genannten sind sehr deutschfeindlich eingestellt.

Ausserdem veranstaltet die hiesige Spejder-Organisation Terrainsportübungen. Es handelt sich hierbei jedoch in erster Linie um junge, unkonfirmierte Mitglieder.

<sup>1)</sup> Afskriften af indberetningen er fundet i SDs arkiv i Aabenraa sammen med to andre lignende beretninger, den ene fra Graasten, den anden formodentlig fra Sønderborg. Lederen af SD-kontoret, F. G. Köhnert, har overfor politiet oplyst, at nogle måneder efter, at kontoret var oprettet, fik han fra sine foresatte i København ordre til at skaffe oplysninger om terrænsportsforeningerne. Han rettede derefter henvendelse til Peter Larsen, hvorfra han senere modtog de omtalte beretninger. På grundlag heraf indsendte han en redegørelse til København. Afdelingslederen i Haderslev, Georg Kley, har til rapport af 9. november 1946 forklaret, at han omkring 1944 fik en anmodning fra Peter Larsen om at fremskaffe oplysninger om stabsofficiant Munk Jensen og en anden person, ligesom han i telefonen har givet Larsen nogle oplysninger om terrænsportsforeningen i Haderslev. Han mener derimod ikke at have indsendt nogen skriftlig redegørelse derom. Han har i hvert fald ikke skrevet den foreliggende beretning, og det er ikke alle oplysningerne heri, som stammer fra ham. Larsen har i sin forklaring til rapport af 20. november 1946 på det bestemteste nægtet at have skrevet beretningerne om terrænsporten. Han anser det for utænkeligt, at han har indhentet telefoniske oplysninger fra Kley, og han erindrer intet om en forespørgsel angående Munk Jensen. For underretten har han den 5. juni 1948 dog udtalt, at han hverken vil bekræfte eller benægte, at Organisationsamt efter anmodning fra Köhnert har fremskaffet personlige oplysninger om stabsofficianten. Munk Jensen blev den 5. september 1944 arresteret af det tyske politi. Den 13. september blev han overført til Frøslevlejren, hvorfra han blev løsladt den 23. november 1944.

Øverst til højre bærer dokumentet påskriften: VA, hvilket formodentlig betyder, at det skal anbringes under „Verbände-Akten“.

## 468.

**Indberetning fra Usinger, Graasten, til Organisationsamt  
angående A. H. Jørgensens flugt og om våbendepotet på Graasten slot.**

17. feb. 1945.

NATIONAL-SOZIALISTISCHE  
DEUTSCHE ARBEITER-PARTEI  
NORDSCHLESWIG  
NSDAPN

17.2.45.<sup>1)</sup>

Ortsgruppe: Gravenstein  
Telefon 276

Gestern Abend während der Selbstschutzstreife machte Binscheck eine Bemerkung, dass die OT hier im Ort gegen 20 Gummireifen verschoben haben soll! Es ist ja auch kein Wunder, meinte er, wo kriegens sie sonst das Geld zum Saufen her.

Gestern wollte man vom SD aus den Leiter der Luftwehr A. H. Jørgensen hier festnehmen. Er war aber schon fortgeflogen zur Freude der dänischen Mitbürger. Vor 3 Wochen bereits war hier jemand, der von seiner unmittelbar bevorstehenden Festnahme sprach. Man hat ein bisschen lange gewartet. Das Schlimme ist dabei, dass der Mann nun ja an anderer Stelle aktiv eingesetzt wird. Er ist früherer Offizier und man fragt sich immer wieder, warum man nur damals die dänische Wehrmacht und Polizei hat laufen lassen und der illegalen Bewegung so die besten und aktivsten Kräfte zugeführt hat. Man wundert sich ja auch, dass die Familien der unter die Erde gegangenen Beamten dafür auch noch das Gehalt weiterbeziehen. Da würden die Dänen bei den Russen wohl anderes erleben. Dieser Jørgensen soll mit Waffen geschoben haben und zwar soll er drei Kisten mit Waffen hier im Luftschuttkeller im Schloss gelagert haben. Damit hätte man das Schlossgebäude für illegale Zwecke benutzt. Wäre es dann nicht immerhin besser, es als Lazarett oder Flüchtlingsheim zu benutzen. Es ist ja anzunehmen, dass Mitwisser vorhanden sind, denn er wird die Kisten ja nicht allein hingetragen haben. Die deutsche Polizei pflegt ja Gebäude, die für derartige Zwecke benutzt werden, zu sprengen. Da würde man dänischerseits das Schloss doch gewiss lieber für andere Zwecke verwendet sehen.

Heil Hitler!

R. Usinger.

<sup>1)</sup> Indberetningen er fundet i SDs arkiv i Aabenraa. Øverst til højre bærer den påskriften: *Auszug f. OT*, på siden: *Auszug KK 3500*. Lederen af SD-kontoret, G. F. Köhnert, har forklaret, at indberetningen er modtaget fra Organisationsamt og er blevet behandlet af hans medarbejder, Kirchmeyer. Bemærkningerne viser, at der er blevet taget uddrag til Organisation Todt og til „kartotekskort 3500“, betegnelsen for småting. Köhnert har for underretten den 7. juni 1948 udtalt, at når Graasten slot blev beslaglagt, skyldtes det et forslag fra hans side, men han er ikke blevet inspireret hertil af Usingers indberetning. Af en forklaring, afgivet af slotsgartner Frandsen, fremgår det, at tre tyske officerer den 20. september 1944 havde beset slottet med beslaglæggelse for øje. Den 16. februar 1945 foretog det tyske sikkerhedspoliti ransagning på slottet, og den 16. april blev det beslaglagt til lazaret. Dr. Møller har iøvrigt i landsretten den 12. maj 1949 forklaret, at han fik en henvendelse om, at våbnene på Graasten slot var blevet flyttet andetsteds hen. Han havde store samvittighedskvaler i den anledning, men undlod dog at foretage indberetning til tyskerne, bl. a. fordi Lilholdts gård i Brunde var blevet sprængt i luften uden varsel — mod det givne løfte.

## 469.

**Organisationsamt til afdelingslederne angående indsendelse  
af oplysninger om finske statsborgere.**

23. feb. 1945.

N.S.D.A.P.-N.  
Organisationsamt.

*Apenrade, den 23. Februar 1945.*

*An die  
Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P.-N.<sup>1)</sup>*

Von einer deutschen Dienststelle ist das Organisationsamt gebeten worden, festzustellen, ob sich in Nordschleswig finnische Staatsangehörige aufhalten.

Die Ortsgruppenleiter werden hiermit aufgefordert festzustellen, ob in Ihrem Bereich finnische Staatsangehörige sind. Zutreffendenfalls wird gebeten, die Namen, Geburtsdatum und die Adresse der Betreffenden festzustellen und über die Kreisleitung nach hier einzusenden.

Meldetermin bis zum 10. 3. 45.

Heil Hitler!

gez. P. Larsen.

<sup>1)</sup> For landsretten har Peter Larsen den 6. april 1949 erkendt at have søgt oplysninger om finske statsborgere i Nordslesvig. Opfordringen hertil kom vistnok fra Köhnert. Iøvrigt fremgik det af de indkomne besvarelser, at der ikke var finske statsborgere i Nordslesvig.

## 477.

**Köhnerts redegørelse for forholdet mellem dr. Möller og SD, Aabenraa.**

2. sep. 1946.

Sonderburg, den 2.9.1946.

**Volksgruppenführer, Tierarzt Dr. Jens Möller und der Sicherheitsdienst (SD).**

Einige Zeit nach meinem Eintreffen in Apenrade, etwa im Laufe des Monats Oktober 1943, machte ich meinen ersten Besuch bei dem Volksgruppenführer Dr. Möller.

Dr. Möller begrüßte mich höflich und sagte wohl so dem Sinne nach, dass er eine gute Zusammenarbeit zwischen Herrn Larsen und mir wünsche. —

Im Laufe des Monats Dezember 1943 machte SS-Standartenführer Dr. Mildner einen Besuch in Apenrade, wobei ich z.T. auch zugegen war. Dr. Mildner wurde im Dibbernhause von Dr. Möller und Herrn Petersen und Herrn Larsen empfangen. Hr. Stehr war in Begleitung von Herrn Mildner aus Kopenhagen mitgekommen. Bei dieser Gelegenheit wurde ebenfalls auf die gute Zusammenarbeit mit der Volksgruppe hingewiesen. —<sup>1)</sup>

Im Monat Februar 1944 machte der neu nach Kopenhagen gekommene SS-Obergruppenführer und General der Polizei Pancke seinen Antrittsbesuch bei Dr. Möller. Aus diesem Anlass hatte Dr. Möller eine Anzahl Gäste in seine Wohnung in Gravenstein geladen, u.a. Dr. Kracht von Flensburg, Kreisleiter Hans von Flensburg, verschiedene Herren von der Volksgruppenführung, u.a. Herr Larsen und Herr Petersen. Ich selbst war ebenfalls geladen, wobei ich die Gelegenheit benutzte, mich für die bisherige gute Zusammenarbeit mit der deutschen Volksgruppe zu bedanken.<sup>2)</sup>

Kurz vorher war auch mein direkter Vorgesetzter, SS-Sturmbannführer Dr. Scherdin gelegentlich einer Dienstreise durch Jütland bei mir in Apenrade gewesen, wobei er die Gelegenheit benutzte, seinerseits Dr. Möller in seiner Wohnung in Gravenstein einen Besuch zu machen.

Diese Besuche sind naturgemäss als reine Höflichkeitsbesuche zu werten, denn es war klar, dass die hohen Chefs es als ihre Pflicht ansahen, auch den Führer der deutschen Volksgruppe in Dänemark persönlich zu kennen. —

SS-Obergruppenführer hat noch mehrere Besuche in Apenrade bei der Deutschen Volksgruppe gemacht, bei denen ich jedoch nicht zugezogen wurde. Es handelte sich dabei wohl in der Hauptsache um die Eingliederung des Selbstschutzes (SK) in den Rahmen der SS bzw. Polizei. Damals waren auch Bestrebungen seitens der Wehrmacht im Gange, den SK näher an die Wehrmacht im Rahmen der Zeitfreiwilligen anzugliedern. Dr. Möller und auch die übrigen Herren der Volksgruppenführung haben die Eingliederung des Selbstschutzes in die SS bez. Polizei *nicht gewollt* und daher sind die diesbezüglichen Verhandlungen ergebnislos verlaufen. SS-Obergruppenführer Pancke hat dem Selbstschutz allerdings einige Waffen (Pistolen nebst Munition) zur Verfügung gestellt. Es waren jedoch nicht allzu viele. Weitere Wünsche nach Lieferung von Pistolen hat er jedoch später nicht mehr erfüllt, weil die Volksgruppe ihrerseits nicht auf seinen Plan zwecks Unterstellung des Selbstschutzes eingegangen ist. Pancke war darüber, wie er mir gegenüber einmal sich ausdrückte, verärgert und hat auch nachher es gemieden, gelegentlich seiner Anwesenheit in Apenrade auch einen Besuch im Dibbernhause zu machen. —

Im weiteren Verlaufe des Jahres 1944 bis zur Kapitulation hatte ich mit Dr. Möller noch mehrere Unterredungen, wobei er von mir meistens etwas über die Gründe von Festnahmen wissen wollte, bzw. sich für Festgenommene einsetzte. In vielen Fällen konnte ich ihm die Gründe gar nicht nennen, weil ich selber darüber nicht unterrichtet war oder

ich musste mir erst in Kolding oder in Apenrade bei der Sicherheitspolizei darüber Auskunft einholen. Soweit es anging habe ich dann auch die Gründe ihm mitgeteilt. U.a. hat sich Dr. Möller für Amtmand Refslund-Thomsen eingesetzt, für eine Reihe Grenzgendarme und Polizisten und auch für den Pastor Madsen aus Sonderburg. Es war wohl meistens so, dass man sich aus den Reihen von Verwandten oder Bekannten der Festgenommenen an Dr. Möller oder sonst eine Persönlichkeit der Volksgruppenführung gewendet hatte. Ich habe alle an mich auf diese Weise herangetragenen Gesuche weitergeleitet, teils nach Kopenhagen und teils nach Kolding, je nachdem von welcher Stelle die Sache bearbeitet wurde. Auch in der Angelegenheit „Paludan-Möller“ in Gravenstein hat sich Dr. Möller direkt mit Dr. Best in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, dass die Leiche von den Angehörigen beerdigt werden konnte. —

Im Übrigen hat Dr. Möller in den letzten Monaten des Krieges eine merkwürdige Einstellung gezeigt. So hat er bei einigen Volksdeutschen enttäuscht, weil er seinen Sohn nicht zur Waffen-SS schickte, sondern erst Abitur machen liess. Einige Wochen vor der Kapitulation weilte er in Berlin und nach seiner Rückkehr hat er auch in der Öffentlichkeit erzählt, dass der Krieg für Deutschland verloren sei. Ich habe von der Wehrmacht-kommandantur Apenrade eine diesbezügliche Meldung erhalten, die ein Offizier abgegeben hatte, der bei einer Gesellschaft in Gravenstein zugegen war, bei welcher Dr. Möller dies geäußert hatte. Diese Meldung habe ich pflichtgemäss an den SS-Standartenführer Bovensiepen weitergeleitet und sie auch gelegentlich der Anwesenheit von SS-Obergruppenführer Pancke diesem vorgelegt. — Es ist jedoch daraufhin nichts veranlasst worden, obwohl in Deutschland derartige Äusserungen damals recht gefährlich waren und bestraft wurden. —

Ich selbst habe mich bemüht, während meiner Anwesenheit mit Dr. Möller ein gutes Verhältnis zu haben, daher bin ich auch nach Möglichkeit allen seinen Wünschen um Auskunft gerne nachgekommen, um zu vermeiden, dass das gute Verhältnis zu Herrn Larsen in keiner Weise gestört würde. Dies wäre zweifellos erfolgt, wenn ich meinerseits mit Dr. Möller in Konflikt geraten wäre.

#### Georg Friedrich Köhnert.

- 1) Af dr. Möllers gæstebog fremgår det, at dr. Mildner og Stehr også var i Graasten. Besøget fandt sted den 29. november 1943. Dr. Mildner har i gæstebogen skrevet: „1937 såh ich von Glücksburg nach Norden und träumte von Beseitigung der Grenze. Aus Träumen wurde Tat. Das Gross-Germanische Reich wird!“
- 2) Panckes besøg i Graasten fandt sted den 28. februar 1944. Han skrev i gæstebogen, at besøget „war mir und uns allen ein Erlebnis der Kameradschaft und des gegenseitigen Verständnisses“. Til rapport af 26. september 1946 har Köhnert iøvrigt forklaret, at han ved den lejlighed fortalte, hvorledes det havde været muligt for ham at opspore sabotørerne fra Callesens motorfabrik ved hjælp af oplysninger, han havde fået fra nogle medlemmer af den tyske folkegruppe.

## 483.

**Bovensiepens redegørelse for samarbejdet mellem Organisationsamt og SD.**

23. maj 1948.

*Aabenraa, den 23. Maj 1948.*

Den til Rapport af 30. Juli 1946 . . . . til Larsens Sag afhørte:

*Richard Otto Bovensiepen (Duisburg 8/7-05)*

har til nærværende dikteret, hvad han i Dag husker vedrørende „Organisationsamt“'s Samarbejde med SD:

„Ich kam am  $\frac{5}{1}$  1944 nach Dänemark als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes.

Mein erster Besuch bei der Volksgruppe fandt Mitte 1944 statt. Der Anlass war einmal das Bedürfnis, die leitenden Herren der Volksgruppe kennenzulernen, zum andern das Bestreben, einige Mängel in der Arbeit der SD-Dienststelle abzustellen. Ich hatte den Eindruck, dass die SD-Berichte in der Hauptsache die Auffassungen und Ansichten der Volksgruppe über deren Arbeit und ihr Verhältnis zur Gastbevölkerung wiedergaben und nicht auf Material gestützt war, das aus weiten Kreisen der Bevölkerung stammte. Weiter wollte ich die Tätigkeit Köhnerts auf polizeilichem Gebiet abstellen. Der Anlass zu diesem Plan war die Aktion Köhnerts aus Anlass der Sabotage gegen die Maschinenfabrik „Callesen“. Ich habe zunächst Köhnert meinen Standpunkt auseinandergesetzt und bin dann mit ihm zur Volksgruppe ins Dibbernhaus gegangen, wo ich mit den Herren Møller und Larsen und einem dritten Herrn, von dem ich nichts mehr in Erinnerung habe, über diese Probleme sprach. Ich habe den Herren auseinandergesetzt, dass ich an einem breiten V-Mannnetz interessiert sei, und habe wahrscheinlich auch gebeten, die Ortsgruppen der Volksgruppe anzuweisen, Köhnert bei dem Aufbau einer solchen Nachrichtenorganisation behilflich zu sein. Hierauf entgegnete mir Dr. Møller, dass dies nach seiner Ansicht nicht notwendig sei, da die Leitung der Volksgruppe mit Köhnert ausgezeichnet zusammenarbeitete, und Köhnert auf diesem direkten Wege alles erfahren könne, was er zu wissen wünsche.<sup>1)</sup> Ich habe dann noch die Polizeifrage, das heisst die Zuständigkeit der Aussendienststelle Kolding für polizeiliche Angelegenheiten erörtert und dabei daraufhin gewiesen, dass ich Wert darauf legte, dass etwaige Mitteilungen, die eine Tätigkeit der dänischen Widerstandsbewegung betrafen, der Dienststelle in Kolding zuzuleiten seien. Ich glaube mich zu erinnern, dass weder Dr. Møller noch Herr Larsen bisher den Kommissar Burfeind von der Aussendienststelle in Kolding kannten. Ich habe daher erklärt, dass ich Burfeind anweisen würde, mit der Volksgruppe Fühlung aufzunehmen.

Am Schluss der Unterhaltung wurde ich von Dr. Møller nach Gravenstein eingeladen, habe aber diese Einladung nicht angenommen, da ich von dem Ergebnis der Verhandlung nicht befriedigt war. Ich bin dann mit Köhnert zu seiner Dienststelle zurückgegangen und habe ihn angewiesen nunmehr selbständig ein V-Mannnetz in seinem Bereich aufzubauen und habe auch in der Folgezeit von Köhnert Berichte erhalten, die wesentlich kritischer gegenüber der Volksgruppe waren und vielleicht nun in dieser Richtung über das Ziel hinausschossen.

Auf der Rückreise habe ich auch Burfeind aufgesucht und diesen angewiesen sich bei der Volksgruppe vorzustellen, im übrigen aber unabhängig von der entstehenden Zusammenarbeit ebenfalls ein eigenes Nachrichtennetz aufzubauen und Köhnert aus seiner polizeilichen Tätigkeit auszuschalten.

Das nächste Mal, wo ich mit Dr. Møller zusammenkam, war in Kopenhagen. Er suchte mich in meiner Dienststelle im „Shellhaus“ auf, um mit mir die Angelegenheit der dänischen Grenzpolizei zu besprechen. Er erklärte mir, dass die Aktion gegen die Grenzpolizei, im besondern die Verschickung nach Deutschland, in der Volksgruppe grossen

Unwillen hervorgerufen habe, und dass er es im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Arbeit der Volksgruppe für notwendig halte, dass die Grenzgendarmen freigelassen, zu mindesten aber in das Frøslev-Lager überführt würden. Ich habe ihm entgegnet, dass ich mich diesem Plan widersetzen müsse, da eine Sonderbehandlung der Grenzpolizei nach meinem Empfinden nicht tragbar, die Rückführung der gesamten Polizei aber aus Sicherheitsgründen nicht möglich sei. Dr. Møller erklärte hierauf, dass er meinen Standpunkt nicht billigen könne. Die Volksgruppe müsse mit der dänischen Bevölkerung — gleichgültig wie der Krieg auslaufe — zusammenarbeiten, und müsse schon jetzt dafür Sorge tragen, dass das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen entspannt werde. Er werde daher bei der geplanten Besprechung in Berlin eine andere Stellung einnehmen als sie von der deutschen Polizei vertreten werde.

Mein drittes Zusammentreffen mit Dr. Møller fand anlässlich meines Vortrages in der Volksgruppe statt. Die Anregung dazu erfolgte durch Herrn *Stehr*, entsprach aber durchaus meinen Wünschen, da ich gerne Gelegenheit nehmen wollte, vor der Volksgruppe meinen Standpunkt zu entwickeln, insbesondere deshalb weil ich der Auffassung war, dass die Tätigkeit der deutschen Polizei kritisiert wurde. Ich habe in diesem Vortrag die gesamte Arbeit der Sicherheitspolizei geschildert und bin dabei naturgemäss besonders auf die Aktionen eingegangen, die örtliches Interesse fanden, d.h. die frühere Aktion gegen höhere dänische Polizeibeamten in Jütland (<sup>26</sup>/<sub>5</sub>-44), dann die Aktion gegen die dänische Polizei vom <sup>19</sup>/<sub>5</sub>-1944 und schliesslich Einzelfälle, die ich heute nicht mehr in Erinnerung habe. Im Anschluss an den Vortrag fand eine kurze Aussprache statt, an der sich hauptsächlich Dr. Møller beteiligte. Dr. Møller kritisierte bei dieser Gelegenheit nochmals die Aktion gegen die Grenzgendarmarie und schilderte ferner einen oder zwei Fälle, wobei meine Beamten Übergriffe bei Festnahmen vorgenommen hatten, ein Fall betrifft einen Dänen aus Hadersleben, der im ersten Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft hat und die höchste erreichbare Auszeichnung erworben hatte, den anderen Fall weiss ich heute nicht.

Auf Frage gebe ich noch an, dass Dr. Møller, als er mir bei meinem ersten Besuch erklärte, ein eigenes V-Mannnetz der SD sei nicht nötig, weil Köhnert durch die Leitung der Volksgruppe alles erfahren könne, was er zu wissen wünsche, wohl den Ausdruck gebraucht hat, dass ihm der Apparat der Volksgruppe zur Verfügung stehe. Weiter möchte ich in diesem Zusammenhang noch bemerken, dass ich mich heute mit Sicherheit erinnere, dass nicht Herr Larsen sondern Dr. Møller der Wortführer war und die entsprechenden Äusserungen gemacht hat.

Bovensiepen.

I. Møller.

F. A. Braun.

Politifuldmægtig.

Krm.obtj.

<sup>1</sup>) For underretten har Köhnert den 8. juni 1948 givet en lignende forklaring. Da Bovensiepen talte med dr. Møller om udvidelsen af meldesystemet, sagde denne, at han jo kunne få alt fra Organisationsamt.

